

Werte, Wandel und Raum

Theoretische Grundlagen und empirische Evidenzen zum
Wandel regionaler Mentalitäten in der Schweiz

Dissertation

zur

Erlangung der naturwissenschaftlichen Doktorwürde
(Dr. sc. nat.)

vorgelegt der

Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät

der

Universität Zürich

von

Michael Hermann

von Bern BE

Begutachtet von

Prof. Dr. Kurt Brassel
Prof. Dr. Hans Elsasser
Prof. Dr. Michael Vester

Zürich 2006

Die vorliegende Arbeit wurde von der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich auf Antrag von Prof. Dr. Hans Elsasser und Prof. Dr. Robert Weibel als Dissertation angenommen.

Vorwort und Dank

Die Analyse politischer Werte und Weltanschauungen in ihrer räumlichen Differenzierung und zeitlichen Entwicklung bildet seit dem Beginn der Diplomarbeit den Kern meiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Den grössten Teil der Zeitspanne bis zum Abschluss der Dissertation bestritt ich gemeinsam mit Heiri Leuthold. Wir führten ein Nationalfondprojekt (SOTOMO) zum Thema durch und publizierten unsere Analysen zumeist gemeinsam. Mit dem «Atlas der politischen Landschaft – ein weltanschauliches Porträt der Schweiz» (2003) machten wir schliesslich unsere Forschung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Die vorliegende Arbeit stellt eine Vertiefung und Erweiterung der in den letzten Jahren verschiedener Orts publizierten Analysen dar. Als Dissertation erscheint die Arbeit als Werk eines Autors. Die langjährige Forschungszusammenarbeit bedeutet jedoch naturgemäss, dass eine Vielzahl der Gedanken und Untersuchungen in dieser Arbeit nicht auf einen einzelnen Autor zurückgeführt werden kann. Die gilt besonders für die beiden Teile (Methodik und Empirie), die auch Bestandteile der Dissertation von Heiri Leuthold sind. Als zweite wichtige Quelle für die vorliegenden Ausführungen seien die Arbeiten unserer Diplomierenden genannt, die wir auf verschiedene Teilaspekte unseres Forschungsprojekts angesetzt hatten. Im Besonderen gilt dies für die Diplomarbeit von Sandro Bischof zur Methode der zeitlichen Interpolation.

Danken möchte ich zuerst Heiri Leuthold – nicht nur für die langjährig, fruchtbare Zusammenarbeit – sondern auch für unsere Freundschaft. Ebenso Corinna Heye, die unsere Forschungsgruppe um eine wertvolle Dimension erweitert hat. Prof. Dr. Kurt Brassel danke ich für seine Grosszügigkeit, unserer Forschungsgruppe eine Umgebung zu schaffen, in der neue Ideen verwirklicht werden konnten und für seine konstruktive Begleitung und Begutachtung der vorliegenden Abhandlung. Gedankt sei Prof. Dr. Hans Elsasser, der nach der Emeritierung Kurt Brassels die letzte Phase der Arbeit treuhändlerisch begleitet und ihr mit seinem Einsatz, seinen konstruktiven Hinweisen und seinem Gutachten zu einem guten Ende verholfen hat. Prof. Dr. Michael Vester danke ich für seine Bereitschaft die Arbeit als externe Fachperson zu begutachten und Prof. Dr. Robert Weibel in seiner Funktion als zweites verantwortliches Fakultätsmitglied. Mein herzlicher Dank geht an Sara Landolt, die als konstruktive Gegenleserin, als Gesprächs- und Lebenspartnerin viel zum Gelingen beigetragen hat. Darüber hinaus richtet sich meine Dankbarkeit an meine Familie und an alle meine Freunde und Freundinnen.

Zusammenfassung

Thema dieser Arbeit sind politisch-weltanschauliche Dispositionen in ihrer räumlichen Differenzierung und ihrer zeitlichen Entwicklung. Die empirische Basis der Arbeit bilden die Volksabstimmungen in der Schweiz, die aufgrund ihrer Häufigkeit (durchschnittlich neun Vorlagen im Jahr) und ihrer feinen räumlichen Aufgliederung nach Kommunen eine hervorragende Grundlage für eine raum-zeitliche Analyse von Werten und Einstellungen bilden.

Der erste Teil der Arbeit widmet sich theoretischen Grundfragen, die mit der Erforschung des Wandels regionaler Mentalitäten aufgeworfen werden. Es wird gezeigt, dass durch das Anwachsen der individuellen Entscheidungsspielräume mentale Dispositionen eine zunehmend wichtige Rolle für die Gestaltung der Lebenswelt und für die Strukturierung der gesellschaftlichen Ordnung bekommen. Trotz Prozessen wie Individualisierung und Globalisierung kommt es dabei nicht zu einer völligen Auflösung regionaler Mentalitäten und regionaler Mentalitätsunterscheide, diese verändern jedoch ihren Charakter. Traditionelle (lokale) Bindungen und Eigenheiten verlieren an Bedeutung, Mobilität und Segregation führen jedoch zugleich dazu, dass sich Menschen mit ähnlichen Werten und Anschauungen räumlich konzentrieren und jedem Orten eine spezifische Prägung geben. Durch die verschiedenen Aspekte dessen, was Norbert Elias als Zivilisationsprozess bezeichnet hat, kommt es zu einer laufenden Differenzierung der Wertelandschaft. In der Arbeit wird aufgezeigt, dass sich in diesem Prozess zwei Entwicklungslinien überlagern, die dazu führen, dass sich eine zweidimensionale Wertelandschaft auffächert, deren Diagonale die Hauptentwicklungssachse bildet.

Im zweiten, methodischen Teil werden Werkzeuge entwickelt, mit denen aus einer Vielzahl von heterogenen politischen Abstimmungsvorlagen die wichtigen Grunddimensionen des politisch-weltanschaulichen Profils extrahiert werden können. Im Sinne einer quantitativen Hermeneutik werden die Daten mittels Faktorenanalyse vorstrukturiert und anschliessend einer systematischen Inhaltsanalyse unterzogen. Mit diesem Vorgehen können drei unabhängige Grunddimensionen statistisch und inhaltlich festgelegt werden. In der Arbeit wird ausserdem ein 9-Dimensionales Modell des politisch-weltanschaulichen Profils vorgestellt, in dem die induktiv ermittelten Grundkonflikte deduktiv auf die wichtigsten Politikfelder zurückgeführt werden.

Eine zentrale Herausforderung dieser Arbeit liegt in der Integration der zeitlichen Dimension. Die Volksabstimmungen liefern zwar eine Menge an Information in

grosser zeitlicher Dichte, aufgrund ihrer inhaltlichen Heterogenität ist jedoch ein direkter, intertemporaler Vergleich nicht möglich. Mit einem neu entwickelten Interpolationsverfahren können die wichtigen zeitlichen Entwicklungstrends jedoch aus der Datenmenge extrahiert werden.

Im dritten, empirischen Teil der Arbeit wird die Entwicklung der politisch-weltanschaulichen Landschaft der Schweiz zwischen 1981 und 2005 untersucht. Es kann gezeigt werden, dass sich in dieser Zeit eine eigentliche urbane Weltanschauung entwickelt hat, die sich von allen anderen mentalen Profilen unterscheidet. In den Grossstädten überlagern sich die beiden Entwicklungsdimensionen, die im theoretischen Teil beschrieben wurden. Der systematische Vergleich zwischen Deutscher und Französischer Schweiz zeigt jedoch, dass in diesem Entwicklungsprozess erhebliche kulturelle Differenzen bestehen. Im frankofonen Teil der Schweiz setzt dieser Prozess später ein und wird bis heute durch den klassischen sozialen Gegensatz geprägt.

Durch die integrale Analyse politischer Mentalitäten in der Schweiz wird sichtbar, dass die gesellschaftliche Differenzierung durch zwei Hierarchien geprägt ist: eine soziale und eine regionale. Die soziale Hierarchie beruht auf sozialen Ungleichheiten innerhalb einer Lebenswelt, diese übertragen sich durch Segregationsprozesse auf den Raum. Die regionale Hierarchie beruht auf der räumlichen Ordnung der Wirtschaft, welche die gesellschaftlichen Möglichkeiten und Restriktionen in jedem Raum mitprägt und damit eine soziale Dimension besitzt. In der empirischen Analyse wird gezeigt, wie sich das Verhältnis der beiden Hierarchien in den letzten Jahren verändert hat.

Summary

This thesis investigates the change of value patterns in Switzerland during the last 25 years with a main focus on regional mentalities. The theoretical part explains how the growth in individual decision-making options has led to an increased importance of values and mentalities in structuring personal life as well as the shape of society. The various factors that Norbert Elias has subsumed as «Civilizing Process» are resulting in a differentiation of value patterns. It is shown that the process of value differentiation consists of two sub processes that are leading to a two dimensional value landscape.

The empirical analysis is based on the results of Swiss popular referenda. These frequent popular referenda (approximately 9 every year) on specific political issues provide a high-resolution picture of the geographical variety of political mentalities.

In order to analyze this data, a new method of time interpolation was developed. The empirical analysis shows that traditional differences in regional mentalities have faded in recent years. On the other hand the findings suggest that the landscape of mentalities has further differentiated within urban areas. Increased mobility and the pluralization of lifestyles lead to an urban landscape where people segregate themselves according to self-similarity.

Inhaltsübersicht

1	EINLEITUNG.....	1
2	THEORETISCHER TEIL	7
2.1	EINFÜHRUNG INS THEMA	8
2.2	INHALTE UND BEGRIFFE.....	23
2.3	KOLLEKTIVE MENTALITÄTEN.....	50
2.4	INKORPORIERUNG UND EXTERNALISIERUNG	73
2.5	REGIONALE MENTALITÄTEN.....	90
2.6	MODERNISIERUNG UND WERTENTWICKLUNG	105
3	METHODISCHER TEIL	141
3.1	STAND DER ABSTIMMUNGSFORSCHUNG	144
3.2	METHODENTHEORETISCHE GRUNDFRAGEN	169
3.3	ANALYTISCHE KONSTRUKTION DES RAUMS DER WELTANSCHAUUNGEN	193
3.4	INTERPRETATIVE KONSTRUKTION DES RAUMS DER WELTANSCHAUUNGEN	203
3.5	ZEITLICHE ANALYSE VON MERKMALSRÄUMEN	221
3.6	KARTOGRAFISCHE REPRÄSENTATION	236
4	EMPIRISCHER TEIL	245
4.1	ANALYSE SOZIALRÄUMLICHER SPANNUNGSFELDER	246
4.2	ANALYSE DER ZEITLICHEN ENTWICKLUNG.....	278
5	SYNTHESE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	295
6	LITERATUR.....	305

Inhalt

1	EINLEITUNG.....	1
2	THEORETISCHER TEIL	7
2.1	EINFÜHRUNG INS THEMA	8
2.1.1	<i>Die sozialwissenschaftliche Dimension des Mentalen</i>	<i>8</i>
2.1.1.1	Materialismus und Idealismus	9
2.1.1.2	Individuelle Werte im Korsett sozialer Normen	10
2.1.1.3	Von der struktur- zur strukturationstheoretischen Perspektive	12
2.1.1.4	Der Zwang zur Wahl.....	14
2.1.1.5	«De gustibus non est disputandum»	15
2.1.1.6	Die Grenzen objektiver Kriterien	16
2.1.2	<i>Fundament und Genese mentaler Dispositionen</i>	<i>17</i>
2.1.2.1	Menschliche Grundbedürfnisse	17
2.1.2.2	Sozial bedingte Dispositionen	19
2.1.2.3	Kulturelle Dispositionen	20
2.1.2.4	Subjektive Konstruktion der Werte	21
2.2	INHALTE UND BEGRIFFE.....	23
2.2.1.1	Interpretativ-klassierende Schemata.....	23
2.2.2	<i>Was sind Werte?</i>	<i>24</i>
2.2.2.1	Bedürfnisse als Fundament der Werte.....	24
2.2.2.2	Die subjektive und die objektive Dimension von Werten.....	27
2.2.2.3	Idealistisches und praxeologisches Wertkonzept.....	29
2.2.2.4	Ordnung der Werte.....	32
2.2.2.5	Werte und Einstellungen.....	33
2.2.2.6	Wertsysteme	34
2.2.3	<i>Mentalität, Weltanschauung und Ideologie</i>	<i>35</i>
2.2.3.1	An der Schwelle des Bewusstseins.....	36
2.2.3.2	Mentalität und Habitus.....	37
2.2.3.3	Diskursive Ebene.....	39
2.2.3.4	Die doppelte Hermeneutik von Ideologie und Mentalität	40
2.2.3.5	Weltanschauung und praktisches Bewusstsein	41
2.2.4	<i>Die politische Dimension des Mentalen</i>	<i>42</i>
2.2.4.1	Private und öffentliche Sphäre.....	43
2.2.4.2	Politisierungsgrad.....	44
2.2.4.3	Die Rolle des politischen Diskurses	46
2.2.4.4	Diskursivität und Politisierungsgrad	47
2.3	KOLLEKTIVE MENTALITÄTEN.....	50
2.3.1	<i>Kollektiv und kollektives Handeln.....</i>	<i>51</i>
2.3.1.1	Der soziale Verband als Kollektiv.....	51
2.3.1.2	Integration und Identität.....	53
2.3.1.3	Nicht-organisierte Kollektive	56
2.3.1.4	Typisierung sozialer Kollektive.....	59
2.3.2	<i>Bildung kollektiver Mentalitäten</i>	<i>61</i>
2.3.2.1	Modell der kollektiven Mentalitätsbildung	61
2.3.2.2	Mentalitätsgenese: Internalisierung	62
2.3.2.3	Mentalitätsgenese: Adaptation.....	64
2.3.2.4	Mentalitätsfilterung: Selektion	65
2.3.2.5	Mentalitätsfilterung: Segregation	67
2.3.2.6	Zusammenfassende Typisierung	70

2.4	INKORPORIERUNG UND EXTERNALISIERUNG.....	73
2.4.1	<i>Inkorporierte soziale Strukturen</i>	73
2.4.1.1	Subjektiver Objektivismus.....	74
2.4.1.2	Handeln als strukturierendes Prinzip.....	75
2.4.2	<i>Innere und äussere Strukturen</i>	76
2.4.2.1	Erkenntnistheoretische Perspektive.....	77
2.4.2.2	Anthropologische Perspektive.....	78
2.4.2.3	Verflechtung innerer und äusserer Strukturen	79
2.4.3	<i>Zivilisationsentwicklung und Gestaltungsmacht</i>	80
2.4.3.1	Verlagerung der Adaptationsprinzipien	81
2.4.3.2	Typologie der Macht.....	83
2.4.3.3	Regulierte Macht.....	84
2.4.3.4	Entwicklung von Eigenmacht und Wirkungsmacht	85
2.4.3.5	Macht und Ungleichheit.....	86
2.5	REGIONALE MENTALITÄTEN.....	90
2.5.1	<i>Modernisierung und Raum</i>	90
2.5.1.1	Raumverankerung traditioneller Gesellschaften.....	90
2.5.1.2	Raumentankerung in der Moderne.....	91
2.5.1.3	Das Ende des Raums?.....	93
2.5.1.4	Raum als Konsumgut	94
2.5.2	<i>Produktion und Reproduktion regionaler Mentalitäten</i>	96
2.5.2.1	Basis regionaler Mentalitäten	96
2.5.2.2	Reproduktion durch Internalisierung.....	97
2.5.2.3	Regionale Mentalitätsbildung durch räumliche Entmischung	99
2.5.2.4	Konsequenzen der Modernisierung.....	100
2.5.3	<i>Bedeutung regionaler Mentalitäten</i>	101
2.5.3.1	Gestaltung des öffentlichen Angebots.....	102
2.5.3.2	Gestaltung der regionalen Kultur	102
2.5.3.3	Prinzip der Selbstverstärkung.....	103
2.6	MODERNISIERUNG UND WERTENTWICKLUNG.....	105
2.6.1	<i>Erste Dimension – Die Entfaltung des Individuellen</i>	106
2.6.1.1	Wertintegrierte Lebenssysteme	107
2.6.1.2	Von der Gemeinschafts- zur Ich-Zentrierung	108
2.6.1.3	Leistungs- und Selbstentfaltungswerte.....	110
2.6.1.4	Gestaltungsmacht und Weltoffenheit	112
2.6.2	<i>Zweite Dimension – Zivilisierung der Gesellschaft</i>	113
2.6.2.1	Hierarchie der Bedürfnisse	113
2.6.2.2	Zivilisationsprozess und Wertentwicklung.....	115
2.6.2.3	Empathie, Sensibilität und Egalität	116
2.6.2.4	Wertverschiebung und Geschlechterrollen	118
2.6.3	<i>Zweidimensionales Modell der Wertenwicklung</i>	121
2.6.3.1	Vier Stufen der Wertentwicklung.....	122
2.6.3.2	Ausdifferenzierung der Wertelandschaft	124
2.6.3.3	Milieubildung und Milieudifferenzierung.....	125
2.6.4	<i>Entwicklung von Wertkonflikten</i>	126
2.6.4.1	Wertkonflikte und Cleavage-Theorie.....	126
2.6.4.2	Der klassische Gegensatz liberal vs. konservativ	128
2.6.4.3	Der klassische Gegensatz links vs. rechts.....	129
2.6.4.4	Der diagonale Gegensatz	131
2.6.4.5	Reduktion der Konfliktdimensionen	133
2.6.5	<i>Wertewandel im Kontext der Globalisierung</i>	134
2.6.5.1	Wertewandel im Schatten des Westens.....	135
2.6.5.2	Konsequenzen der wirtschaftlichen Öffnung.....	137
2.6.5.3	Konsequenzen der internationalen Migration.....	138

3	METHODISCHER TEIL	141
3.1	STAND DER ABSTIMMUNGSFORSCHUNG	144
3.1.1	<i>Allgemeines zur Abstimmungsforschung</i>	<i>144</i>
3.1.1.1	Typen von Abstimmungen.....	144
3.1.1.2	Methodische Grundprobleme der Abstimmungsforschung.....	146
3.1.1.3	Ökologischer Fehlschluss	147
3.1.1.4	Modifiable Areal Unit Problem.....	147
3.1.1.5	Individualdatenanalysen	148
3.1.1.6	Aggregat- vs. Individualdatenanalysen	149
3.1.2	<i>Themen der Abstimmungsforschung</i>	<i>149</i>
3.1.2.1	Der internationale Diskurs über Volksabstimmungen.....	150
3.1.2.2	Gliederung der Abstimmungsforschung in der Schweiz.....	151
3.1.3	<i>Abstimmungen als Forschungsgegenstand</i>	<i>153</i>
3.1.3.1	Determinanten des Abstimmungsverhaltens.....	153
3.1.3.2	Partizipationsforschung.....	154
3.1.3.3	Abstimmungsentscheid	154
3.1.4	<i>Abstimmungen als Indikatoren</i>	<i>156</i>
3.1.4.1	Abstimmungen als Indikatoren für das politische System	157
3.1.4.2	Abstimmungen als Indikatoren für gesellschaftlichen Wandel.....	158
3.1.4.3	Abstimmungen als Indikatoren für die regionale politische Kultur.....	159
3.1.5	<i>Ökologische Abstimmungsforschung in der Schweiz</i>	<i>159</i>
3.1.5.1	Die Anfänge in den 1970er Jahren	161
3.1.5.2	Regionale politische Kulturen	162
3.1.5.3	Kritik am ökologischen Ansatz	163
3.1.6	<i>Innovationen und Neuauflage</i>	<i>165</i>
3.1.6.1	Theoriegeleitete Abstimmungsökologie	165
3.1.6.2	Methodische Innovationen.....	166
3.2	METHODENTHEORETISCHE GRUNDFRAGEN	169
3.2.1	<i>Renaissance der Exploration.....</i>	<i>169</i>
3.2.1.1	Typologie empirischer Daten	169
3.2.1.2	Synthetische Daten und Handlungsspuren.....	173
3.2.1.3	Veränderte Rahmenbedingungen der empirischen Sozialforschung	174
3.2.2	<i>Entwurf einer quantitativen Hermeneutik.....</i>	<i>176</i>
3.2.2.1	Hermeneutik	176
3.2.2.2	Hermeneutik in der Geografie	177
3.2.2.3	Hermeneutischer Zirkel.....	178
3.2.2.4	Hermeneutik quantitativer Daten.....	180
3.2.2.5	Vorgehen bei einer «Hermeneutik quantitativer Daten».....	182
3.2.3	<i>Raummetaphern als Instrumente der Exploration.....</i>	<i>183</i>
3.2.3.1	Raum als formaler Ordnungsraster.....	183
3.2.3.2	Soziale Welt und Raummetaphern	184
3.2.3.3	Das Konzept der Karte.....	185
3.2.3.4	Kartografie und «Spatialization»	186
3.2.3.5	Voraussetzungen für Konstruktion und Visualisierung.....	187
3.2.4	<i>Hermeneutische Analyse der politisch-mental Topografie</i>	<i>188</i>
3.2.4.1	Zwischen Datenanalyse und sozialtheoretischer Interpretation	188
3.2.4.2	«Ground truth» und Einbezug von Alltagsexperten	191
3.3	ANALYTISCHE KONSTRUKTION DES RAUMS DER WELTANSCHAUUNGEN	193
3.3.1	<i>Induktiv-hermeneutische Perspektive</i>	<i>193</i>
3.3.1.1	Abstimmungen als Indikatoren.....	194
3.3.1.2	Benennung und Mehrdimensionalität	195

3.3.2	<i>Konstruktion des Raums der politischen Ziele</i>	196
3.3.2.1	Kategorisierung der Abstimmungen	196
3.3.2.2	Katalog der politischen Ziele	197
3.3.2.3	Faktorenanalyse und Integration der politischen Ziele	199
3.3.2.4	Ergebnisse der aktualisierten Faktorenanalyse	201
3.4	INTERPRETATIVE KONSTRUKTION DES RAUMS DER WELTANSCHAUUNGEN	203
3.4.1	<i>Drei Dimensionen der Weltanschauung</i>	203
3.4.1.1	Links gegen rechts	204
3.4.1.2	Liberal gegen konservativ	205
3.4.1.3	Ökologisch gegen technokratisch	207
3.4.2	<i>Der Raum der Weltanschauungen</i>	209
3.4.2.1	Zwei Arten der Liberalisierung	209
3.4.2.2	Der dreidimensionale Raum	210
3.4.3	<i>Gesellschaftliche Basis</i>	212
3.4.3.1	Produktion und Reproduktion	212
3.4.3.2	Macht und Ohnmacht	213
3.4.3.3	Wirkungsmacht und Eigenmacht	214
3.4.3.4	Natur und Kultur	215
3.4.4	<i>Extraktion von Sachkonflikten</i>	215
3.4.4.1	Politisches Profil in 9 Dimensionen	216
3.4.4.2	Inhaltliche Beschreibung der Sachkonflikte	217
3.4.4.3	Zuordnung der Abstimmungen	218
3.5	ZEITLICHE ANALYSE VON MERKMALSRÄUMEN	221
3.5.1	<i>Grundlagen</i>	221
3.5.1.1	Darstellung von zeitlichen Entwicklungen	221
3.5.1.2	Zeitliche Vergleichbarkeit in den Sozialwissenschaften	222
3.5.1.3	Strukturerkennende Verfahren und Zeitvergleich	224
3.5.1.4	Projektions- und Interpolationsansatz	225
3.5.2	<i>Zeitliche Interpolation von angefallenen Daten</i>	227
3.5.2.1	Faktorenanalyse	228
3.5.2.2	Faktorwertkoeffizienten	228
3.5.2.3	Zeitliche gewichtete Faktorwertkoeffizienten	230
3.5.2.4	Definition des zeitlichen Fokus	231
3.5.2.5	Zeitreihenanalyse: «weighted moving focus»	232
3.5.3	<i>Zeitliche Interpolation im Raum der Weltanschauungen</i>	233
3.5.3.1	Veränderung der Bedeutung der Dimensionen	234
3.6	KARTOGRAFISCHE REPRÄSENTATION	236
3.6.1	<i>Modellierung der politischen Landschaften</i>	237
3.6.1.1	Punktkarten und Kreisscheiben	238
3.6.1.2	Interpolation der Dichteoberfläche	239
3.6.1.3	Punktsignaturen und Beschriftungen	241
3.6.2	<i>Generalisierung und Fokussierung</i>	243
4	EMPIRISCHER TEIL	245
4.1	ANALYSE SOZIALRÄUMLICHER SPANNUNGSFELDER	246
4.1.1	<i>Einleitung</i>	246
4.1.1.1	Die mentale Topografie im Überblick	246
4.1.1.2	Historisch-kulturelle und sozioökonomische Faktoren	249
4.1.1.3	Fokus der Analyse	250
4.1.2	<i>«Deutsch» und «Welsch» im Vergleich</i>	251
4.1.3	<i>Stadt-Land-Gegensätze</i>	254
4.1.3.1	Zentrum-Peripherie-Gegensatz	254
4.1.3.2	Kernstadt-Umland-Gegensatz	258

4.1.4	<i>Sozialer Gegensatz</i>	265
4.1.4.1	Soziale Hierarchie in den Grossagglomerationen.....	265
4.1.4.2	Verlassende Wohlfahrtswerte.....	267
4.1.5	<i>Integrierende Perspektive</i>	271
4.1.5.1	Die sozialräumliche Gliederung im Vergleich.....	271
4.1.5.2	Weltanschauliches Raumtypenschema.....	272
4.1.6	<i>Wirtschaftsgeografische Grundlagen</i>	273
4.1.6.1	Wissensbasierte Dienste.....	273
4.1.6.2	Horizontale Differenzierung	275
4.2	ANALYSE DER ZEITLICHEN ENTWICKLUNG	278
4.2.1	<i>Entwicklung des Sprachgegensatzes</i>	278
4.2.1.1	Der sozialpolitische Gegensatz.....	280
4.2.2	<i>Wandel der Stadt-Land-Gegensätze</i>	281
4.2.3	<i>Die fünf grossen Agglomerationen in Bewegung</i>	285
4.2.3.1	Agglomeration Zürich.....	285
4.2.3.2	Agglomeration Basel.....	286
4.2.3.3	Agglomeration Bern.....	287
4.2.3.4	Agglomeration Genf.....	288
4.2.3.5	Agglomeration Lausanne	289
4.2.4	<i>Innerstädtische Entwicklung</i>	290
4.2.4.1	Entwicklung der Stadtkreise Zürichs	291
4.2.4.2	Entwicklung der Zählkreise Genfs	293
5	SYNTHESE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	295
5.1.1.1	Regionale und soziale Hierarchie.....	296
5.1.1.2	Weltanschauliche Implikationen	299
5.1.1.3	Objektive und wahrgenommene Ungleichheiten.....	301
6	LITERATUR.....	305

1 Einleitung

In den letzten zwanzig Jahren (1985-2005) wurden in der Schweiz auf Bundesebene 200 Volksabstimmungen durchgeführt. Durch das Instrument der direktdemokratischen Partizipation können sich die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger regelmässig zu konkreten politischen Sachgeschäften äussern. Als Nebenprodukt der Direktdemokratie ist über Jahrzehnte eine wertvolle sozialwissenschaftliche Datensammlung entstanden. Diese Datensammlung, welche die Stimmenverhältnisse der Gemeinden und teilweise auch von Stadtquartieren enthält, gibt Auskunft über politische Positionen und Einstellungen der Stimmenden zu unterschiedlichsten Sachfragen, von der registrierten Partnerschaft für gleichgeschlechtlicher Paare bis zur Deregulierung bei der Post.

Auf weltweit einzigartige Weise ermöglichen die eidgenössischen Volksabstimmungen eine Analyse politischer Einstellungen und Werte in feinsten räumlicher Auflösung für ein gesamtes Staatswesen. Mit herkömmlichen Meinungsumfragen kann zwar die zeitliche Dimension von politischen und ausserpolitischen Einstellungen einwandfrei abgebildet werden, ein derart differenziertes Abbild räumlicher Unterschiede wie es die flächendeckenden Abstimmungsdaten ermöglichen, ist damit, allein schon aus Kostengründen, nicht möglich.

Durch die statistische und inhaltliche Synthese der einzelnen Abstimmungsvorlagen lassen sich das politisch-weltanschauliche Profil aller Gemeinden (und jedes Aggregats davon) bestimmen. So ist es möglich, die Einstellungsprofile von Zentren und Peripherien, von Industrie- und Dienstleistungsregionen ebenso wie von Kernstädten und ihrem Umland zu vergleichen. Die feine räumliche Gliederung erlaubt zudem, Differenzierungen innerhalb von Ballungsräumen zu erfassen, die in bisherigen Analysen unerkannt blieben. Dabei handelt es sich namentlich um den Gegensatz zwischen den statustiefen und den statushohen Wohngebieten.

Die Abstimmungsdaten lassen ein differenziertes Bild räumlicher Unterschiede entstehen, sie ermöglichen gleichzeitig aber auch die Rekonstruktion zeitlicher Entwicklungen. Auf Basis eines neu entwickelten (zeitlichen) Interpolationsverfahrens kann die Veränderung der politisch-mental Struktur der letzten Jahrzehnte nachgezeichnet werden. Sichtbar wird dabei einerseits, wie sich die politisch-mental Konfliktslinien verändern und verlagern, andererseits, wie sich durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur und den Prozess der Urbanisierung die politisch-mental Profile von Kernstadt, Suburbia und dem ländlichen Raum gewandelt haben.

Die Sammlung der Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen bildet eine ausgezeichnete Basis für die raum-zeitliche Analyse politischer Mentalitäten und Werte in der Schweiz. Diese «natürliche» Datenquelle, die als Nebenprodukt politi-

scher Entscheidungsprozesse entstanden ist – und nicht etwa als synthetische Erhebung einer zuvor aufgeworfenen wissenschaftlichen Fragestellung – verlangt nach einem besonders sorgfältigen theoretischen und methodischen Zugang ebenso wie nach einer an den Gegenstand angepassten empirischen Analyse. In den folgenden Abschnitten wollen wir entlang der Dreiteilung – Theorie, Methodik, Empirie – die Ziele, Problemstellungen und Grundfragen dieser Arbeit skizzieren. Es soll dabei zugleich ein Überblick über die Struktur und den Aufbau der Arbeit geschaffen werden.

Theoretischer Teil

Ein bedeutender Teil der vorliegenden Arbeit widmet sich theoretischen Grundfragen, die mit der Erforschung des Wandels regionaler Mentalitäten aufgeworfen werden. Grundsätzlich/Primär geht es dabei um die Einordnung der gesellschaftlichen Bedeutung mentaler Dispositionen und ihrer räumlichen Differenzierung. Welche Rolle spielen Werte und Einstellungen in einer westlichen Wohlstandsgesellschaft? Auf welche Weise tragen sie zur Strukturierung der gesellschaftlichen Ordnung bei? (Kapitel 2.1.1)

Entscheidend ist dabei die Frage, ob das individuelle Phänomen der mentalen Handlungssteuerung eine über-individuelle Dimension besitzt. Nur wenn Werte und Einstellungen systematisch innerhalb der Gesellschaft variieren und einen Bezug zu objektiven Lebensbedingungen aufweisen, kann die empirische Analyse von Mentalitätsunterschieden zu einem sinnvollen Ergebnis führen (Kapitel 2.3.1). Das heisst, dass mentale Dispositionen neben der individuellen auch eine kollektive Dimension besitzen müssen. In einer Gesellschaft wie der Schweiz, in der Individualisierung und Pluralisierung weit fortgeschritten sind, ist dies nicht selbstverständlich. Es lässt sich jedoch zeigen, dass verschiedenen Prozesse der kollektiven Mentalitätsgenese, die wir in einem theoretischen Modell beschreiben, dazu führen, dass sich auch unter spätmodernen Bedingungen, kollektive Strukturen ausbilden und reproduzieren (Kapitel 2.3.2).

Aus geografischer Sicht gesellt sich zur Frage der Bedeutung von kollektiver Strukturen eine weitere, spezifische Problematik: Das Wachstum der Mobilität, die Entwicklung der Telekommunikation und der Übergang zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft haben die Bedeutung lokaler Ressourcen schwinden lassen und dazu geführt, dass sich die gesellschaftlichen Bezugssysteme zunehmend von ihrer Verankerung im Raum lösen (Kapitel 2.5.1). Da und dort wurde deshalb bereits das «Ende der Geografie» proklamiert. Tatsächlich führt die aktuelle gesell-

schaftliche Dynamik dazu, dass traditionelle regionale Mentalitäten erodieren und ihre Bedeutung verlieren. Dieser Prozess ist vergleichbar mit jenem, der zum Schwinden der Dialektvielfalt führt.

Während traditionelle regionale Mentalitäten an Bedeutung verlieren oder gar verschwinden, entstehen neue Formen regionalisierter Werte und Einstellungen. Die grosse Mobilität sowie Unterschiede in den Wohnstandortpräferenzen führen zu einer räumlichen Entmischung der Gesellschaft nach Mentalitäten (Kapitel 2.5.2). Eine wichtige Rolle kommt dabei dem Wertewandel zu, der seit den späten Sechzigerjahren nicht nur zur Verbreitung neuer Werte, sondern auch zur Pluralisierung der Wertelandschaft geführt hat. Die Pluralisierung, die sich nicht zuletzt in einer Ausdifferenzierung der Wohnideale spiegelt, bildet heute einen wichtigen Motor in der Entwicklung der urbanen Siedlungslandschaft. Die theoretische Abhandlung schliessen wir mit dem Versuch, den in den Siebziger- und Achtzigerjahren stark beforschten und diskutierten «Wertewandel» aus heutiger Sicht – und auf Basis der eigenen Forschungserfahrung – neu zu beurteilen und in seine unabhängigen Dimensionen zu gliedern (Kapitel 2.6).

Methodischer Teil

Die methodische Herausforderung dieser Arbeit liegt in der Struktur der untersuchten Daten. Wie erwähnt, handelt es sich dabei um «natürliche» Daten, die nicht nach wissenschaftlichen Kriterien entworfen und erhoben wurden, sondern als Nebenprodukte politischer Entscheidungsprozesse angefallen sind. Die Auswahl der Daten ist dabei selber Teil der Untersuchung: Aufgrund des Initiativ- und Referendumsrechts gelangen wichtige und umstrittene Sachgeschäfte früher oder später unweigerlich an die Urne. Es ist die Gesamtheit der Abstimmungsvorlagen, die ein ausgewogenes Bild der politisch-mental Landschaft der Schweiz entstehen lässt.

Die Auswertung der Abstimmungslandschaft erfordert eine methodologische Neuorientierung. Die zentrale Frage lautet: Wie kann eine Datenbasis, deren Stärke das Umfassende, Offene und Unstrukturierte ist, empirisch adäquat erschlossen werden? Der Siegeszug des Computers führt dazu, dass immer grössere Datenmengen digital erfasst sind. Bei vielen dieser Daten handelt es sich um digitale Spuren realer Handlungen. Der Vorteil dieser Daten liegt darin, dass sie oft einen Sachverhalt umfassend abdecken und dass der Aufwand der Erhebung entfällt, umso anspruchsvoller ist jedoch die Strukturierung und Interpretation. Um dies leisten zu können, schlagen wir ein induktiv-hermeneutisches Vorgehen vor, das in Erweiterung zur klassischen Hermeneutik für die Analyse quantitativer Daten angewandt werden kann (Kapitel

3.2.2). Für unsere Auswertung der Volksabstimmungsergebnisse kommt eine kombinierte Anwendung von Faktoren- und Inhaltsanalyse zum Zuge, womit wir die Grunddimensionen der politischen Weltanschauung extrahieren und benennen können (Kapitel 3.3 u. 3.4).

Die zweite methodische Herausforderung stellt die Analyse der Entwicklung regionaler Mentalitäten dar. Die enge zeitliche Folge, in der Volksabstimmungen durchgeführt werden und der grosse Zeitraum, der die Volksabstimmungen abdecken, lassen es nahe liegend erscheinen, die politischen Mentalitäten nicht nur im Quer-, sondern auch im Längsschnitt zu untersuchen. Dies ist jedoch anders als bei periodischen strukturierten Erhebungen wie der Volkszählung nicht ohne weiteres möglich. Der Datensatz eidgenössischer Volksabstimmungen besteht zwar aus einer Vielzahl zeitlich gestaffelter Erhebungen, die einzelnen Vorlagen sind jedoch immer Unikate, die eine spezifische Sachfrage in einem spezifischen Kontext widerspiegeln. Ein direkter zeitlicher Vergleich zwischen einzelnen Abstimmungen ist daher nur in Ausnahmefällen möglich.

Mit der Entwicklung einer Methode zur zeitlichen Interpolation grosser, unstrukturierter Datenmengen ist es uns jedoch möglich, zeitliche Entwicklungen zu interpolieren. Wir nützen dabei die Tatsache, dass die einzelnen Abstimmungsvorlagen zwar Unikate sind, dass zwischen den Abstimmungen jedoch grosse Kovarianzen bestehen (Kapitel 3.5).

Empirischer Teil

Ergebnisse, der im Rahmen des sotomo-Projekts erfolgten empirischen Erforschung der regionalen Dimension der schweizerischen Abstimmungslandschaft wurde von uns (d.h. Hermann/Leuthold) verschiedentlich publiziert. Das wichtigste Produkt bildet der «Atlas der politischen Landschaft – ein weltanschauliches Porträt der Schweiz» (2003), das aus einer ganzheitlichen Perspektiv die regionale Differenzierung der Einstellungen und Werte darstellt. Mit den vertieften Ausführungen zu Theorie und Methodik in der vorliegenden Dissertationsschrift gilt es nicht zuletzt, den «Atlas der politischen Landschaften» theoretisch und methodisch zu fundieren. Der empirischen Analyse im dritten Teil dieser Abhandlung kommt ihrerseits die Rolle der Vertiefung und Erweiterung des «Atlas» zu. Dabei stehen zwei Analysedimensionen im Vordergrund: Erstens der Einbezug von sekundärstatistischen Strukturdaten zur Objektivierung der im «Atlas» vorgestellten politisch-weltanschaulichen Konfliktstrukturen, zweitens die empirische Analyse der Entwicklung der politischen Landschaft auf Basis der Methode der zeitlichen Interpolation.

Der inhaltliche Fokus gilt der Untersuchung des Verhältnisses zwischen der regionalen Hierarchisierung und der sozialen Hierarchisierung des Raums. Der Fokus gilt dabei zunächst der politisch-mental Entwicklung des urbanen Siedlungsraums. Seit Beginn der Neunzigerjahre setzte in der Schweiz – wie in vielen anderen westlichen Staaten – ein Prozess der Reurbanisierung ein. Die grossen Kernstädte, die sich zuvor mehr und mehr zu sozialen und ökologischen Brennpunkten entwickelten, wurden als Wohnorte wieder attraktiv, was sich in einem überdurchschnittlichen Anstieg des sozialen Status widerspiegelte (Hermann et al. 2005). Mit der Analyse der Entwicklung der mentalen Topografie des urbanen Raums, wollen wir der Frage auf den Grund gehen, ob und wie sich die Reurbanisierung auf die weltanschaulichen Profile und auf die Wertkonflikte auswirken.

Der zweite Fokus gilt dem Übergang von der Industrie- zu einer globalisierten Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Modernisierung und Öffnung haben nicht nur die regionale Interessens- und Konfliktstruktur verändert, sondern sind von einer Dynamik begleitet, welche die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der Modernisierung teilt. Die empirische Analyse soll zeigen, auf welche Art und Weise sich Tertiarisierung und Globalisierung in der politisch-mental Konfliktstruktur niederschlagen. Wie entwickeln sich die Grundorientierungen in den Regionen, die zu den Gewinnern und wie in jenen, die zu den Verlierern der Modernisierung gehören?

Dank der einmaligen Datensammlung von Volksabstimmungsergebnissen bietet sich die Schweiz als Forschungsfeld für die Untersuchung regionaler Mentalitäten an. Die Direktdemokratie ist jedoch nicht der einzige Faktor, der die Qualität der Schweiz als sozialwissenschaftliches Labor begründet. Durch die Mehrsprachigkeit können hierzulande sozialräumliche Untersuchungen in einem einheitlichen politischen Rahmen und zugleich in unterschiedlichen kulturellen Bezugssystemen durchgeführt werden. Die empirische Analyse erfolgt deshalb durchgehend in einer parallelen Betrachtung der Verhältnisse in der französischen und der deutschen Schweiz. Mit dem «interkulturellen» Vergleich können wir zeigen, dass der sozialräumliche Wandel massgeblich durch kulturelle Faktoren mitgeprägt ist.

2 Theoretischer Teil

2.1 Einführung ins Thema

2.1.1 Die sozialwissenschaftliche Dimension des Mentalen

Mentale Dispositionen sind mehr als bloss individualpsychologische Phänomene. Wie wir im Folgenden darlegen werden, spielen Werte und Geisteshaltungen eine wichtige Rolle für die Strukturierung der Gesellschaft und sind deshalb Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Einer der Ersten, der die Bedeutung von Werten und Geisteshaltungen für die Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft erkannte, war Max Weber. In seinem Werk «Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus» (1904/05) vertrat Weber die These, dass die rationale und asketische Ethik des Protestantismus ein wichtiger Faktor für die Verbreitung von Arbeitsethos und Leistungsdenken war und damit den Nährboden für die Entwicklung des Kapitalismus bildete. Wird der von Weber postulierte Zusammenhang zwischen Grundwerten und Wirtschaftsform vom spezifischen Hintergrund der Entwicklung des Kapitalismus gelöst, so kann daraus die generelle These abgeleitet werden, dass sich die in einer Gesellschaft vorherrschenden mentalen Dispositionen in die Institutionen und Strukturen der Gesellschaft einlassen und damit deren objektive Ordnung mitgestalten. Die Vorstellung der Gestaltungsmacht des Mentalen beruht auf zwei Grundannahmen:

1. Werte und Geisteshaltungen haben einen signifikanten Einfluss auf das menschliche Handeln.
2. Das menschliche Handeln strukturiert die objektive Ordnung der Gesellschaft.

Voraussetzung für die Gültigkeit der ersten Grundannahme ist die Existenz individueller Handlungsspielräume. Mentale Dispositionen sind als Leitlinien des Handelns nur dann von Bedeutung, wenn das Handeln nicht durch gesellschaftliche Zwänge und Normen determiniert ist. Die zweite Grundannahme impliziert, dass die objektive gesellschaftliche Ordnung nicht starr ist, sondern durch menschliches Handeln verändert werden kann. Dies heisst, dass verbreitete und wiederkehrende Handlungsmuster die gesellschaftliche Wirklichkeit gestalten, so wie Wasser eine Flusslandschaft formt. Werden die beiden Grundannahmen akzeptiert, dann folgt daraus, dass mentale Dispositionen die Strukturierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit mitbestimmen.

Das Mentale entfaltet seine Wirkung über das Medium des *Handelns*. Sind in einer Gesellschaft unternehmerische Werte verbreitet, so überträgt sich dies auf das Handeln der diese Werte tragenden Subjekte: Firmen werden gegründet und in politischen Gremien werden unternehmerfreundliche Positionen bezogen. Je länger in dieser Art gehandelt wird, desto stärker prägt sich der Unternehmergeist in die objektive gesellschaftliche Ordnung ein. Mentalitäten entfalten ihre strukturierende Wirkung jedoch nicht nur in diskursiv begründeten, strategischen Entscheidungen, sondern auch im alltäglichen Handeln. So wird mit jedem Kaufentscheid der Absatz des gewählten Produkts erhöht und damit ohne Absicht ein Stück zur Strukturierung des Marktes beigetragen, denn jede Veränderung in der Nachfrage wirkt sich auf die Struktur des Angebots aus. Im Güterangebot einer Marktwirtschaft spiegeln sich somit nicht nur objektive ökonomische Faktoren und rationale Entscheidungen, sondern auch die subjektiven Präferenzen der Konsumentinnen und Konsumenten.

Die Beispiele zeigen, dass sich Werte und Einstellungen auf unterschiedlichste Weise auf die objektive Ordnung der Gesellschaft übertragen können. In den meisten Feldern der Sozialwissenschaften besitzen Werte jedoch nur eine untergeordnete Bedeutung für die Erklärung der gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung. Stattdessen werden andere Kräfte und Konzepte als Motoren der Entwicklung angesehen.

2.1.1.1 Materialismus und Idealismus

Weber bezog mit seinem Ansatz eine Gegenposition zum historischen Materialismus von Marx, der sich mit seiner materialistischen Position seinerseits von Hegels idealistischer Geschichtsphilosophie distanzierte. In der Logik des historischen Materialismus sind es die materiellen Produktionsverhältnisse, welche die Geschichte vorantreiben und die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen. Die Werte und das Denken werden dagegen als bloße Abbilder der objektiven Verhältnisse angesehen. 1846 schrieben Marx und Engels in ihrem Buch «die deutsche Ideologie»:

«Die Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen behalten hiermit nicht länger den Schein der Selbständigkeit. Sie haben keine Geschichte, sie haben keine Entwicklung, sondern die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens. Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein.» (1969 [1846]: 26-27)

Sechzig Jahre später bezog Weber mit dem «Geist des Kapitalismus» die Gegenposition, in dem er das *Bewusstsein* beziehungsweise die *Ideen* als treibende Kräfte der

Geschichte beschrieb. Weber versteifte sich allerdings keineswegs auf einen anti-materialistischen Standpunkt, sondern betonte vielmehr die Wechselseitigkeit von Sein und Bewusstsein:

«...so kann es dennoch natürlich nicht die Absicht sein, an Stelle einer einseitig ‚materialistischen‘ eine ebenso einseitig spiritualistische kausale Kultur- und Geschichtsdeutung zu setzen. Beide sind gleich möglich, aber mit beiden ist, wenn sie nicht Vorarbeit, sondern Abschluss der Untersuchung zu sein beanspruchen, der historischen Wahrheit gleich wenig gedient.» (1996 [1904/05]: 155)

Mit dieser Aussage entzieht Weber dem theoretischen Konflikt zwischen der materialistischen und der idealistischen Geschichtsdeutung den Boden. Es gibt denn auch wenig Anlass nicht davon auszugehen, dass sich die ideelle und die materielle Sphäre wechselseitig beeinflussen und dass beide Sphären den Gang der Geschichte mitbestimmen (vgl. Inglehart 2000). Etwa so wie der Fluss, der zwar sein Flussbett formt und gestaltet, zugleich jedoch von diesem Flussbett geführt wird. Die beiden Erklärungsrichtungen schliessen sich weder logisch noch praktisch aus. Auf Basis seiner Werte und Einstellungen gestaltet der Mensch sein Leben und sein Umfeld, zugleich sind seine Werte und Einstellungen von Lebenserfahrungen und von der Sozialisation geprägt.

Mit Weber haben wir dargelegt, dass sich unternehmerische Werte auf die wirtschaftliche Dynamik einer Gesellschaft auswirken können. Umgekehrt gilt jedoch auch, dass sich objektiven Strukturen – wie beispielsweise die herrschende Wirtschaftsordnung, oder die Verteilung der Ressourcen – auf die Wertentwicklung auswirken.

2.1.1.2 Individuelle Werte im Korsett sozialer Normen

Unsere Ausgangsthese ist, dass Werte und Einstellungen dem Handeln zugrunde liegen und damit zur Strukturierung der gesellschaftlichen Ordnung beitragen. Häufig tragen mentale Dispositionen jedoch bloss zur Reproduktion objektiver Bedingungen bei. Bestehende Strukturen und Regeln werden aufrechterhalten und verfestigt, indem sich Individuen konform dazu verhalten. Verantwortlich dafür sind in der Gesellschaft bestehende Regeln, Normen und Konventionen, die das Handeln kanalisieren. So wird beispielsweise das Prinzip des sich Aufreihens in Warteschlangen fortwährend reproduziert, weil die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die entsprechende Verhaltensregel gelernt und verinnerlicht hat. Konventionen wie das «Schlangestehen» werden nicht jedes Mal hinterfragt, sondern routiniert angewendet

und reproduziert (vgl. Giddens 1995: 36 f.). Ähnliches gilt für Regeln im Umgang mit technischen Geräten und Expertensystemen. So sind das Bedienen eines Geldautomaten, das Lenken eines Fahrzeuges oder das Bezahlen einer Konsumation routinierte Tätigkeiten, bei denen gelerntes Wissen umgesetzt wird. Verinnerlichte Regeln bilden die Voraussetzung für ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander. Wenn nur wenige sich dem Prinzip der Warteschlange widersetzen oder sich nicht an Verkehrsregeln halten, stellt dies eine ernsthafte Herausforderung für die bestehende Ordnung dar.

Deshalb steht das einzelne Individuum unter gesellschaftlichem Druck, sich an bestehende Regeln zu halten. Seit Durkheims Untersuchung über die gesellschaftlichen Bedingungen des Selbstmords (1897) ist die Frage der «sozialen Kontrolle» ein wichtiges Thema der Soziologie. Parsons, der in der soziologischen Debatte in der Mitte des letzten Jahrhunderts eine dominierende Rolle einnahm (vgl. Münch 1999: 25), sieht in der «Normerhaltung» sozialer Systeme durch die Verpflichtung des Individuums auf gemeinsam geteilte Wertmuster eine zentrale Bedingung der gesellschaftlichen Selbsterhaltung und Modernisierung (Parsons 1996 [1971]: 25 f.).

Der *Homo Sociologicus* (Dahrendorf 1977 [1958]) besitzt zwar eigene Interessen und Präferenzen, er muss sein Handeln jedoch an herrschenden Normen anpassen. Sanktionen durch Macht- und Ordnungspersonen aber auch durch Mitmenschen garantieren die Durchsetzung von Normen. So wird jemand, der sich nicht in eine Warteschlange einordnet, von den anderen Wartenden zurechtgewiesen.

Die «Normerhaltung» sozialer Systeme geschieht durch Prozesse der Sozialisation (Berger/Luckmann 1994 [1966]), die zur Internalisierung bestehender institutionalisierter Werte führen. Neben gesamtgesellschaftlich verbindlichen Normen werden durch die Sozialisation auch solche vermittelt, die nach Status und Position ausdifferenziert sind. Diese spezifischen Normen äusseren sich als Rollenerwartungen und Rollenzwang (z.B. Claessens 1968; Dahrendorf 1977 [1958]).

In der Logik der klassischen – an Durkheim orientierten – Soziologie führen gesellschaftliche Normen und Rollenzwang zu einer Kongruenz zwischen der objektiven und der subjektiven Sphäre der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Normabweichendes Verhalten kommt zwar durchaus vor, führt jedoch zu Sanktionen und zur Ausgrenzung aus dem System. Individuelle Werte und Präferenzen entfalten in dieser Logik deshalb keine strukturierende Kraft, sondern sind durch ein Korsett sozialer Normen eingebunden, die von aussen an den Einzelnen getragen werden.

2.1.1.3 Von der struktur- zur strukturationstheoretischen Perspektive

Zwar geht die strukturzentrierte Soziologie von der Vorherrschaft gesellschaftlicher Normen über individuelle Werte aus, doch verneint sie nicht grundsätzlich die Bedeutung von Werten und Weltanschauungen für die Konstitution der Gesellschaft. Zumindest die von Weber geprägten soziologischen Strömungen anerkennen, dass das normative Gefüge der Gesellschaft auf einem Fundament von Werten beruht (Dahrendorf 1977 [1958]). So hielt Parsons den asketischen Protestantismus der puritanischen Einwanderer in die 13 Kolonien Amerikas als grundlegenden Faktor für die Ausbildung der herrschenden normativen Ordnung der US-amerikanischen Gesellschaft (1996 [1971]: 111 f.). Gemäss den Überlegungen Parsons sind die Werte und Weltanschauungen früherer Akteure in den sozialen Normen der aktuellen Gesellschaft eingelagert. In einer reifen Gesellschaft sind die Werte jedoch verfestigt und in den Institutionen und Strukturen eingelassen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Prozess der «Wertverallgemeinerung» (ebd.: 26). Wertverallgemeinerung bedeutet, dass gesellschaftliche Wertsysteme institutionalisiert sind (z.B. durch die Gesetzgebung) und zu abstrakten, über die konkrete Handlungssituation hinausgehende Normen gefasst werden. Durch die Wertverallgemeinerung entziehen sich die Werte dem direkten Zugriff der Handelnden.

Parsons ging (implizit) von zwei Phasen der Gesellschaftsentwicklung aus: In einer ersten, ungefestigten Phase der Entwicklung sickern die Werte der Gesellschaftsmitglieder (zum Beispiel der puritanischen Siedler) in die sich ausbildenden Institutionen. In einer modernen Gesellschaft sind die Institutionen und Strukturen jedoch so weit verfestigt, dass sie den Handelnden unerbittlich gegenüberstehen. Zwar sind noch immer die Werte und Anschauungen der «Gründerväter» darin eingefroren, als institutionalisierte Werte haben sie sich jedoch verselbständigt. Übersetzt auf das oben gezeichnete Bild der Flusslandschaft heisst dies, dass der Fluss zwar ursprünglich sein Bett geformt hat, dass dieses Bett jedoch heute durch Verbauungen soweit gesichert und verfestigt ist, dass es sich vom Wasser nicht mehr gestalten lässt.

Die klassisch moderne Vorstellung einer finalen Entwicklung der gesellschaftlichen Ordnung (Parsons ging davon aus, dass die amerikanische Gesellschaft der Nachkriegszeit nahe an der Vollendung war) lässt keinen Raum für von den Handelnden – zum Beispiel auf Grund eines Wertewandels – ausgelöste Veränderungen. Die gesellschaftlichen Unruhen und Bewegungen, welche die westliche Welt in den späten Sechziger- und in den Siebzigerjahren erschütterten, hatten deshalb die klassisch strukturzentrierten Gesellschaftsvorstellungen grundsätzlich in Frage gestellt.

Als Antwort auf das Dilemma der strukturzentrierten Soziologie sind seit dieser Zeit verschiedene neue gesellschaftstheoretische Ansätze entstanden, die den Graben zwischen Handeln und Struktur zu überwinden versuchen. Dazu gehören in erster Linie die Strukturationstheorie von Giddens (1995 [1984]) und die «praxiologische» Gesellschaftstheorie von Bourdieu (1979 [1972]). Einige Aspekte vorweg genommen, hatten bereits Berger und Luckmann mit ihrer Schrift die «gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit» (1994 [1966]).

In diesen synthetischen Ansätzen wird das Handeln konzeptualisiert als gleichermassen durch Strukturen bestimmt und Strukturen schaffend. Mit anderen Worten: Bestehende Normen und Regeln sind zwar Rahmenbedingungen des individuellen Handelns, das individuelle Handeln trägt jedoch immer auch zur Strukturierung und Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei.

Mit der Wende zu strukturationstheoretischen Konzepten erhält nicht nur das Handeln eine zentrale Rolle in der Strukturierung der Gesellschaft, sondern auch die dem Handeln zugrunde liegenden mentalen Dispositionen. Gehören doch zu den strukturellen Bedingungen des Handelns nicht nur die von aussen an das Individuum herangetragenen Regeln, Erwartungen und Normen, sondern auch die inneren Strukturen des mentalen Apparats. Dazu Giddens:

«Struktur ist den Individuen nicht ‚äusserlich‘: in der Form von Erinnerungsspuren und als in sozialen Praktiken verwirklicht, ist sie in gewissem Sinn ihren Aktivitäten eher ‚inwendig‘ als ein – im Sinne Durkheims – ausserhalb dieser Aktivitäten existierendes Phänomen. Struktur darf nicht mit Zwang gleichgesetzt werden: sie schränkt Handeln nicht nur ein, sondern ermöglicht es auch.» (1995 [1984]: 77)

Übertagen auf den Themenbereich der mentalen Dispositionen führt die strukturationstheoretische Wende zu folgenden Konsequenzen: Normen und Rollenzwänge legen das individuelle Handeln nicht fest, sondern bilden (veränderbare) Rahmenbedingungen, mit denen sich die Handelnden auseinandersetzen müssen. Ändern sich die Werte in einer Gesellschaft, überträgt sich das mit zeitlicher Verzögerung auf die sozialen Normen und schliesslich auch auf das Rechtssystem. Dies zeigt sich beispielhaft bei der gesellschaftlichen Haltung zur Homosexualität. In den letzten dreissig Jahren hat der Wandel der Einstellung zur Homosexualität zu einer Veränderung der sozialen Normen geführt und in vielen europäischen Staaten schliesslich auch zur Änderung der Rechtsprechung, indem registrierte Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare geschaffen wurden.

2.1.1.4 Der Zwang zur Wahl

Wie das Beispiel der Homosexualität deutlich macht, kann ein Wandel gesellschaftlicher Werte selbst in Feldern, die durch restriktive Normen geregelt sind, zu einem Wandel der gesellschaftlichen Ordnung führen. Werte verändern in solchen Feldern jedoch nur dann die bestehenden Strukturen, wenn sie über längere Zeit und in breiten Kreisen von den institutionalisierten Normen abweichen. Ansonsten führen Konformitätsdruck und rechtliche Sanktionen dazu, dass die Beharrungskraft institutionalisierter Normen die Oberhand behält.

Variabler sind gesellschaftliche Felder, die keiner strengen, normativen Regelung unterliegen und in denen den Akteuren verschiedene, gesellschaftlich tolerierte Handlungsoptionen offen stehen. Überall dort, wo das Handeln nicht durch Normen geregelt ist, können auch keine bestehenden normativen Strukturen reproduziert werden. Damit erhalten die Präferenzen und Werte der Handelnden einen grossen Entfaltungsraum, so dass sich diese unmittelbar auf die Strukturierung der Gesellschaft auswirken.

Giddens (1995 [1984]: 111-116) hat darauf hingewiesen, dass Alltagshandlungen aus Gründen der Aufwandminimierung nicht fortwährend begründet, sondern zu einem grossen Teil durch Routinen und Gewohnheiten gelenkt werden und damit auch nicht immer Werturteile zum Ausdruck bringen. Der Fluss der Routine wird im Alltag jedoch immer wieder unterbrochen, weil sich eine Weggabel öffnet, die nach Orientierung und einer Entscheidung verlangt. So gilt es Filme aus dem Kinoprogramm auszuwählen, sich für Feriendestinationen zu entscheiden und sich Herausforderungen in Partnerschaft und Beruf zu stellen. Seltener sind grundsätzliche Entscheide wie für eine bestimmte Ausbildung, einen Beruf, eine Wohnung, ein Fortbewegungsmittel oder für die Form des Zusammenlebens. Derartige Grundsatzentscheide zeichnen sich jedoch durch Konsequenzen aus, die weit über den Tag hinausreichen, an dem sie gefällt werden.

Die Bedeutung von wertbasierten Handlungsentscheiden nimmt mit der Modernisierung und Entwicklung der Gesellschaft fortlaufend zu (Inglehart 1997). Demokratisch und marktwirtschaftlich geregelte Wohlstandsgesellschaften zeichnen sich durch einen allgegenwärtigen *Zwang zum Wählen* aus. Der Grund dafür sind zum einen die sich auflösenden normativen Leitplanken der individuellen Lebensführung. Andererseits führen ein immer vielfältigeres Kommunikations-, Konsum- und Freizeitangebot und ein Anwachsen der materiellen und immateriellen Ressourcen zu einer Erweiterung der individuellen Gestaltungsmacht. Dies gilt zwar nicht für alle Gesellschaftsschichten gleichermassen, doch ist die Entwicklung zur «Multioptionengesellschaft»

(Gross 1994), in der man nicht bloss nach Tradition und festgeschriebenen Normen sein Leben leben kann, ein herausragendes Merkmal unserer Zeit (Giddens 1996 [1990]).

2.1.1.5 «De gustibus non est disputandum»

Wird der Mensch mit Interpretationsfreiheiten und Handlungsspielräumen konfrontiert, so kann er die Entscheidungsfindung auf seine Präferenzen und Werte abstützen. Innere Dispositionen bilden jedoch keineswegs die einzige Entscheidungsgrundlage in offenen Handlungssystemen. Den individuellen Handlungsentscheiden können auch objektive Kriterien wie Kosten, Distanzen und Zeitspannen zugrunde gelegt werden.

Objektive Entscheidungskriterien stehen im Fokus der ökonomischen Verhaltensforschung. Mit ihrem Anspruch, menschliches Handeln mittels mathematischer Funktionen und messbaren Grössen zu beschreiben, tat sich die Ökonomie mit subjektiven Erklärungsfaktoren schon immer schwer. Bereits in den 1930er-Jahren erfolgte in der Ökonomie eine Hinwendung zu rein materiell begründeten Nutzenkonzepten (Robbins 1932) und zum *Homo Oeconomicus*, der nach streng rationalen Kriterien seinen persönlichen Nutzen maximiert. Mit dem Klassiker «de gustibus non est disputandum» von Stigler und Becker (1977) setzte sich in der Ökonomie der wissenschaftliche Konsens durch, dass subjektive Präferenzen komplett aus der Analyse auszuklammern seien (vgl. Caplan 2003). Laut Stigler und Becker tragen die Differenzierung von Geschmack und Präferenzen nicht zum besseren Verständnis des menschlichen Verhaltens bei.

In ihrer Selbstwahrnehmung als «Königin der Sozialwissenschaften» entwickelte die Ökonomie ein «imperialistisches Programm» gemäss dem das ökonomische Verhaltensmodell auf alle anderen Sozialwissenschaften übertragen werden sollte (vgl. Frey/Benz 2002). In den letzten Jahren ist in der Ökonomie jedoch zunehmend die Einsicht gereift, dass einem rein objektiven Verhaltensmodell Grenzen gesetzt sind. Mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass nicht nur Restriktionen, sondern auch Präferenzen systematisch untersucht und verglichen werden können und damit adäquatere Aussagen über das menschliche Handeln möglich werden (Caplan 2003). Ein wichtiger Beitrag des ökonomischen Verhaltensmodells bleibt aber so oder so die Erkenntnis, dass Handlungen nie alleine durch Präferenzen und Werte geprägt sind, sondern ebenso durch objektive Kriterien und rationale Entscheide.

2.1.1.6 Die Grenzen objektiver Kriterien

Handlungsentscheide resultieren in einem Zusammenspiel von subjektiven und objektiven Kriterien. Je nach Handlungskontext unterscheidet sich dabei die relative Bedeutung der beiden Sphären. Dies lässt sich am Beispiel des Mobilitätsverhaltens veranschaulichen: Während die Wahl der Route von A nach B durch objektive Faktoren wie Zeit und Geld geprägt ist, spielen für die Wahl des Verkehrsmittels subjektive Kriterien eine weit wichtigere Rolle. So ist für die einen die Privatsphäre und die Autonomie des eigenen Fahrzeugs ausschlaggebend, andere schätzen es, in der Bahn die Reisezeit für Tätigkeiten wie Lesen zu nutzen; objektive Faktoren wie Preis und Zeitaufwand treten beim Vergleich verschiedener Verkehrsmittel häufig in den Hintergrund.

Sind Ausgangs- und Zielort sowie Verkehrsmittel bekannt, können Verkehrsströme angemessen mittels objektiven Kennzahlen analysiert werden. Die Verkehrsmittelwahl kann dagegen ohne Berücksichtigung von subjektiven Präferenzen nur unzureichend erklärt werden. So unterscheidet sich in der Schweiz beispielsweise die Bahnenbenützung erheblich zwischen den Sprachregionen und ist damit offenbar unter anderem durch die kulturelle Faktoren mitbestimmt (Sager et al. 1999).

Objektive Masszahlen eignen sich, um verschiedene Ausprägungen einer Merkmalsdimension zu vergleichen, sie versagen jedoch, wenn unterschiedliche Merkmalsdimensionen in Beziehung gesetzt werden müssen. So können zum Beispiel Wohnungen nach einzelnen Merkmalsdimensionen wie Grösse, Umschwung, Zentralität und Preis jeweils objektiv beurteilt und eingeordnet werden, ein objektiver Vergleich zwischen diesen Merkmalen ist jedoch nicht möglich. Je nach persönlichen Präferenzen ist für eine Person die zentrale Lage der Wohnung besonders wichtig, für eine andere ist es dagegen die Grünfläche ums Haus. Unterschiedliche Merkmalsdimensionen können immer nur auf Grundlage von subjektiven Wertungen in Beziehung gesetzt werden. Dinge vergleichbar zu machen, die an sich nicht vergleichbar sind, ist eine der zentralen Funktionen von Werten und Präferenzen.

Gemäss neoklassischer Argumentation lassen sich jedoch auch unterschiedliche Merkmalsdimensionen objektiv zu einander in Beziehung setzen – nämlich über ihren Preis und ihre Kosten (Stigler/Becker 1977). Die Möglichkeit unterschiedlichste Güter und Leistungen als monetäre Grössen auszudrücken, ist denn auch der eigentliche Grund, weshalb die Ökonomie das subjektive Phänomen des Handelns rein objektiv erklären will. Preise und andere monetäre Grössen sind jedoch nur scheinbar objektive Masszahlen. Sie basieren immer auf einer Vielzahl von subjektiven Bewertungen durch die Marktteilnehmenden. So fliessen die Präferenzen und

Bedürfnisse der Konsumenten und Konsumentinnen in die Preisbildung ein, auch die Festsetzung von Löhnen ist an gesellschaftliche Wertvorstellungen geknüpft. Bereits 1900 hat Georg Simmel in seiner «Philosophie des Geldes» festgehalten: «Im Tausch wird der Wert übersubjektiv, überindividuell, ohne doch eine sachliche Qualität und Wirklichkeit an dem Dinge selbst zu werden» (1900: 28).

Die «Objektivität» von monetären Grössen liegt darin, dass sehr viele subjektive Bewertungen zu ihrer Generierung beitragen. Preise und Löhne können folglich als Indikatoren für die herrschenden Werte in einer Gesellschaft aufgefasst werden.

2.1.2 Fundament und Genese mentaler Dispositionen

Bisher haben wir versucht zu zeigen, dass Werte und Präferenzen eine wichtige Rolle für die Strukturierung der Gesellschaft spielen und dass deren Erforschung folglich sozialwissenschaftlich relevant ist. Von besonderem Interesse ist jedoch auch die Frage nach dem Fundament und der Genese mentaler Dispositionen. Geiger meinte dazu: «Die Soziologie kann sich nicht mit dem bloßen Registrieren menschlicher Handlungsweisen begnügen, sondern muß auch versuchen, die ihnen zugrunde liegenden subjektiven Prozesse aufzudecken und zu beschreiben» (1948/49: 292).

Die erste Wissenschaft, die sich mit dem Aufdecken und Beschreiben subjektiver Prozesse befasst, ist die Psychologie. Angesiedelt an der Grenze zwischen Natur- und Geisteswissenschaft interessiert sie sich für die allgemeine Struktur und Funktion von Motiven und Bedürfnissen. Psychische Grunddispositionen tragen durch ihre Universalität wesentlich zur Produktion und Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung bei. Sie bilden das unsichtbare Fundament auf dem sich Gesellschaft und Kultur ausgebildet haben. Während die Psychologie das Allgemeine und Verbindende fokussiert, interessieren sich Soziologie, Politologie und Kulturwissenschaften für Werte und Einstellungen, die systematisch innerhalb der Gesellschaft und zwischen Gesellschaften und Kulturen variieren. Mentale Dispositionen, welche die Menschen nicht verbinden, sondern trennen sind eine wichtige Dimension der Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft und der unterschiedlichen Entwicklung verschiedener Kulturen. Schliesslich sind sie auch der Nährboden auf dem soziale und kulturelle Spannungen und politische Gegensätze entstehen können.

2.1.2.1 Menschliche Grundbedürfnisse

Die psychologische Motivations- und Bedürfnisforschung zeigt, dass allen (gesunden) Menschen bestimmte Grunddispositionen eigen sind, die ihr Handeln strukturie-

ren. Dazu gehören der Wunsch nach Sicherheit, Vertrauen, Geborgenheit aber auch das Streben nach sozialer Anerkennung und Autonomie (vgl. Maslow 2005 [1954]; Erikson 2003 [1966]; Bischof 1985). Maslow meinte, dass zwar «verschiedene Kulturen vollkommen verschiedene Wege zur Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses anbieten können», dass aber «die tiefen oder elementaren Bedürfnisse nicht annähernd so stark voneinander verschieden sind wie ihre bewußten alltäglichen Wünsche». Maslow kam zum Schluss, dass die «Menschen sich mehr gleichen als man auf den ersten Blick sieht» (2005 [1954]: 49).

Wie weit sich die Menschen nun tatsächlich gleichen, ist strittig, unbestritten ist jedoch, dass Grundbedürfnisse, wie sie in der Psychologie aufgedeckt wurden, weit verbreitet sind und fortwährend in Handlungen aktualisiert werden. Dies allein gibt diesen Bedürfnissen eine ausserordentliche Bedeutung als Gestaltungsmomente der Gesellschaft. Sie tragen nicht erst heute zur Strukturierung bei, sondern hatten schon immer ihren Anteil daran und konnten sich so auch in sich nur langsam verändernde Gesellschaftsbereiche und Institutionen einlagern.

Weil sich die menschlichen Grundbedürfnisse und -dispositionen tief in die bestehenden Strukturen eingelagert haben, entziehen sie sich häufig der bewussten Wahrnehmung und werden unhinterfragt als strukturelle Rahmenbedingungen hingenommen. Offenkundig wird ihre Bedeutung meist erst, wenn politische oder wirtschaftliche Entscheidungsträger und -trägerinnen sie zu verneinen versuchen, indem sie theoretisch entwickelte Konzepte, Pläne oder Utopien in Realität umsetzen wollen, die den menschlichen Grunddispositionen zuwiderlaufen.

Es gibt unzählige Beispiele, wo architektonische Entwürfe oder planerische Massnahmen gescheitert sind, weil sie bloss ästhetischen oder funktionalen Regeln gefolgt sind, die elementaren Bedürfnisse der Benutzer und Benutzerinnen jedoch vernachlässigt haben. Ähnlich verhält es sich mit politischen Gesellschaftsentwürfen, die sich nicht mit Ansprüchen der menschlichen Grunddispositionen vereinen lassen (vgl. Fest 1991). So wurden seit Beginn der Moderne immer wieder Versuche unternommen, Kommunen ohne private Sphäre und Eigentum zu gründen. Die meisten dieser Vorhaben haben sich jedoch nicht als stabil erwiesen. Ähnlich erfolglos blieben die Ansätze einer konsequent antiautoritären Kindererziehung, genauso wie Kampagnen, welche die Bevölkerung zu einem ökologischeren Lebenswandel mittels Konsumverzicht bewegen wollten.

Seit Beginn der Moderne haben die sich kumulierenden Erfahrungen mit erfolgreichen und gescheiterten Projekten dazu geführt, dass Planungsexperten und Entscheidungsträgerinnen ihr Wissen über die menschliche Bedürfnisstruktur mehr und mehr

vertieft haben. Utopien und grosse Planungswürfe haben vorsichtigeren, der menschlichen Natur besser angepassten Konzepten Platz gemacht. Die vorausschauende Integration menschlicher Grunddispositionen führt dazu, dass sich diese nur noch direkter und tiefer in die gesellschaftliche Ordnung eingraben.

2.1.2.2 Sozial bedingte Dispositionen

Das primäre Interesse der Psychologie liegt in der allgemeinen Struktur des psychischen Apparats. Insbesondere die Sozialpsychologie hat jedoch immer auch für die systematischen Unterschiede in den Einstellungen und Präferenzen interessiert (Stroebe et al. 2002). Eine Pionierrolle kommt dabei Maslow (1943) zu, der mit seinem noch heute populären Konzept der Bedürfnispyramide einen direkten Zusammenhang zwischen Bedürfnisstruktur und Lebensbedingungen herstellte. Maslow ist davon ausgegangen, dass mit einer Verbesserung der materiellen Lebenssituation neben den Grundbedürfnissen zunehmend Bedürfnisse höherer Stufe an Bedeutung gewinnen.

Grundsätzlich ist die Untersuchung der sozialen Lebensbedingungen als Bestimmungsfaktoren mentaler Dispositionen jedoch die typische Perspektive der Soziologie. Es war Marx, der mit seinem historischen Materialismus – auf den wir oben bereits zu sprechen kamen – den Blick auf die sozialen und ökonomischen Bestimmungsfaktoren für die Ausbildung des Klassenbewusstseins gelenkt hat. Auch wenn Marx' deterministische Geschichtsphilosophie und seine Fixierung auf den Zweiklassengegensatz von Arbeit und Kapital vor der Geschichte nicht bestehen konnte, so bleibt seine Feststellung, dass das «Leben» des Menschen sein «Bewusstsein» bestimmt (1969 [1846]: 27), bis heute einen Grundsatz der Soziologie.

Ende der 1920er Jahre befasste sich Geiger bei seinen Untersuchungen zur sozialen Basis der nationalsozialistischen Wahlerfolge mit der Korrelation von «objektiver» sozialer Lage in der Klassengesellschaft und «subjektiven» (politischen) Einstellungen (1987 [1932]). Geiger kommt zum Schluss, dass sich die mentalen Dispositionen nicht aufgrund der blossen, «objektiv» bestimmbaren Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse entwickeln, sondern aus den Alltagserfahrungen, die sich zwischen den sozialen Schichten stark unterscheiden. Je nach Position in der Gesellschaft macht ein Mensch andere, immer wiederkehrende Erfahrungen im Berufsleben, im öffentlichen Raum oder in seinem sozialen Umfeld, die ihn bestimmte Dispositionen und Einstellungen ausbilden lassen. Mentalitätsunterschiede reflektieren unterschiedliche Lebensbedingungen und sind demnach ein Abbild der sozialen Differenzierung einer Gesellschaft. Erst die dem Alltag entspringende Mentalität mache eine bestimmte

Schicht wie etwa die Industriearbeiterschaft oder das Kleinbürgertum empfänglich für die eine oder andere Ideologie. Mit seinem differenzierten Konzept der sozialen Genese mentaler Orientierungen hat sich Geiger vom Marxismus distanziert, ohne den essenziellen Zusammenhang zwischen «Leben» und «Bewusstsein» zu verneinen.

Geigers Schriften sind zwar zeitweise in Vergessenheit geraten, doch ist in ihnen vieles bereits angelegt, was Jahrzehnte später in Bourdieus Sozial- und Habitus-theorie grosse Verbreitung in den Sozialwissenschaften gefunden hat (Geissler 1999: 285). Wie Geiger geht Bourdieu (1994 [1979]: 727-752) davon aus, dass mentale Strukturen, inkorporierte soziale Strukturen sind. Entscheidend für Bourdieu ist, dass sozial differenzierte Mentalitäten zur Reproduktion und Vertiefung bestehender sozialer Gegensätze beitragen. Einstellungsunterschiede tragen einerseits zur Bildung einer Identität innerhalb einer sozialen Klasse bei und sie unterstützen andererseits die Distinktion gegenüber den anderen. Unter expliziter Bezugnahme auf Geiger hat Vester und seine Gruppe (Vester et al. 2001) das Konzept von Bourdieu weiterentwickelt und dabei an die Verhältnisse im deutschsprachigen Raum adaptiert.

2.1.2.3 Kulturelle Dispositionen

Neben den menschlichen Grundbedürfnissen und den sozialen Lebensbedingungen bildet die *Kultur* eine dritte Quelle, auf welche die Genese mentaler Dispositionen zurückgeführt wird. Während soziale Erklärungsfaktoren vor allem von eher links positionierten Soziologen und Soziologinnen favorisiert wurden und werden, sind kulturelle Erklärungsversuche bei bürgerlich-konservativen Sozialwissenschaftlern und Historikerinnen beliebter (vgl. Glazer 2002).

Die kulturalistische Erklärungsrichtung ist diejenige, mit der sich Weber gegen die marxistische Position gestellt hatte. Laut Weber wirkt sich die protestantische Ethik nicht nur auf die Entwicklung des kapitalistischen Systems insgesamt aus, sondern spielt auch bei der Genese individueller Werte eine wichtige Rolle. So schrieb Weber, dass «die durch die religiöse Atmosphäre der Heimat und des Elternhauses bedingte Richtung der Erziehung» zur Ausbildung einer bestimmten «geistigen Eigenart» führt, welche «die Berufswahl und die weiteren beruflichen Schicksale bestimmt» (1996 [1904/05]: 5).

Seit Weber bildet die Religion der am meisten beachtete kulturelle Faktor. Anders als beispielsweise beim kulturellen Merkmal *Sprache* lassen sich aus den Lehrsätzen und Dogmen einer Religion verhaltensrelevante Dispositionen direkt ableiten. Einen Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und mentaler Grundorientierung

herzustellen, drängt sich deshalb auf. Auch wenn Religion ein wichtiger Aspekt der kulturellen Identität und Differenzierung ist, dürfen die Lehrsätze religiöser Schriften nicht mit der gelebten Alltagskultur gleichgesetzt werden. In den in einer Kultur gepflegten und von Generation zu Generation weiter getragenen Denkweisen und Sitten bilden sich eine Vielzahl von Erinnerungsspuren und Traditionen ab, die unter dem von Maurice Halbwachs geprägten Begriff des «kollektiven Gedächtnis» (1991 [1950]) gefasst werden können. Zum kollektiven Gedächtnis gehören politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Erfahrungen genauso wie religiöse Traditionen. Während sich die im vorangegangenen Abschnitt thematisierten sozialen Lebensbedingungen als persönliche Erfahrungen in die mentalen Dispositionen einlagern, werden kulturelle Werte durch Erziehungs- und Lernprozesse vermittelt und verinnerlicht. So hat Robert Putnam in seiner bekannten Studie über die «zwei Italien» (1993) gezeigt, wie sich auf Basis von unterschiedlichen historischen Erfahrungen mit Institutionen im Norden und im Süden Italiens unterschiedliche Bürgerkulturen ausgebildet haben. Diese Kulturen prägen die Mentalitäten in den beiden Teilen des Landes. Der Einfluss kultureller Werte auf den wirtschaftlichen Erfolg verschiedener Länder und Regionen ist ein breit erforschtes Feld (z.B. Greif 1994; Hofstede 2001). In den letzten Jahren haben kulturelle Erklärungsfaktoren zu einer neuen Popularität gefunden. Die Konfrontation des Westens mit den aufstrebenden asiatischen Wirtschaftsmächten und die zunehmende Konfrontation der westlichen Welt mit dem Islam gaben der Faktor Kultur eine neue Brisanz. In «The Clash of Civilizations» (1993) hat der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington ein düsteres Bild der Zukunft des Planeten gezeichnet, dessen Konflikte durch den Faktor Kultur angeheizt werden.

2.1.2.4 Subjektive Konstruktion der Werte

Die sozialen Lebensbedingungen und das kulturelle Bezugssystem bilden neben den menschlichen Grundbedürfnissen die wichtigsten Faktoren, die zur Ausbildung von mentalen Dispositionen führen. Die multifaktorielle Genese der Mentalität hat zur Folge, dass jeder Versuch einer deterministischen Reduktion des Mentalen auf einzelne strukturelle Rahmenbedingungen scheitern muss. Es ist jedoch nicht nur der multifaktorielle Charakter des Mentalen, der einer deterministischen Betrachtungsweise zuwiderläuft. Die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen übertragen sich nicht einfach auf den psychischen Apparat, sondern sie werden durch das erkennende Subjekt erst gefiltert und interpretiert.

Die Bedeutung der Wirklichkeitsinterpretation zeigt sich exemplarisch beim Phänomen der *relativen Deprivation*. Dieses ursprünglich in der Konfliktforschung entwickelte Konzept reflektiert die Erkenntnis, dass für die Bereitschaft zum gewaltsamen politischen Protest weniger die objektive soziale Lage, als die relativen Abweichungen zu sozialen Vergleichsgruppen und -personen entscheidend ist. Der amerikanische Konfliktforscher Ted Gurr, der diesen Ansatz entwickelt hatte, bezeichnete die relative Deprivation als «wahrgenommene Diskrepanz zwischen den Werterwartungen der Menschen und ihren Wertansprüchen» (1973 [1970]: 268). Das Phänomen der relativen Deprivation zeigt, dass objektive Verhältnisse nur indirekt – durch den Filter subjektiver Interpretation – in mentale Dispositionen transportiert werden. Die bereits vorhandenen Werte wirken sich auf die Beurteilung der Wirklichkeit aus.

Das heisst, dass die Genese mentaler Dispositionen nicht als passives Internalisieren gesellschaftlicher Rahmenbedingungen verstanden werden darf. Jeder Mensch versucht seine Lebensumstände gemäss seinen subjektiven Einstellungen und Werten zu gestalten. Personen mit einer postmaterialistischen Grundorientierung suchen sich andere Berufe und Freizeitbetätigungen als solche, die an einem luxuriösen, materialistischen Lebensstil interessiert sind. Auch wenn nicht alle Menschen die gleichen Möglichkeiten besitzen, sich ihr Leben zu gestalten, kann doch davon ausgegangen werden, dass sich die Mentalität, die zu ihr passende Wirklichkeit zumindest teilweise erschaffen kann.

Das heisst, dass Marx' soziologischer Grundsatz, dass das Leben das Bewusstsein bestimmt, auch in seiner Umkehrung gültig ist: *Das Bewusstsein bestimmt das Leben*. Die beiden Sphären sind durch eine Rückkopplungsschleife verbunden, so dass es unmöglich ist, eine eindeutige kausale Wirkungsrichtung festzumachen.

2.2 Inhalte und Begriffe

Im Alltag wie auch im wissenschaftlichen Diskurs existiert eine Vielzahl von Begriffen zur Benennung von beurteilenden Denkkategorien. Man spricht von Einstellungen, Werten, Weltanschauungen, Ideologien oder Mentalitäten. Der semantische Gehalt dieser Begriffe überlagert sich teilweise und weicht teilweise voneinander ab. In den folgenden Ausführungen soll das von diesen Begriffen aufgespannte semantische Feld strukturiert und inhaltlich ausgeleuchtet werden.

2.2.1.1 Interpretativ-klassierende Schemata

Die «Kontextualität» jeder Handlungssituation und die «gegenseitige reflexive Steuerung» interagierender Akteure erachtet Giddens als grundlegende Bestimmungsfaktoren der «sozialen Integration» (1995 [1984]: 120-123). Die hierbei zugrunde liegenden kognitiven Deutungsmuster, in denen gesellschaftliche Normen und subjektive Sinnstrukturen verschmelzen, nennt Giddens *Interpretationsschemata* (1995 [1984]: 81-88). Interpretationsschemata sind nicht nur nötig, um die wahrgenommene Wirklichkeit zu deuten, sondern ebenso zur subjektiven Sinngebung und Begründung des eigenen Handelns. Sie ermöglichen dem Individuum «für die eigenen Handlungen verantwortlich zu sein» (ebd.: 82).

Giddens betont die gesellschaftsintegrierende Funktion von Werten und Einstellungen, Bourdieu rückt dagegen deren distinktive Funktion in den Vordergrund. Die «sozialen Distinktion» (1994 [1979]: 405-499) beruht gemäss Bourdieu im Wesentlichen auf klassierenden Urteilen, in denen soziale Hierarchien eingelagert sind. Typische Gegensatzpaare, die dem Urteilen zugrunde gelegt werden, sind: hoch vs. niedrig, fein vs. grob, weit vs. eng, einzigartig vs. gewöhnlich. Mit diesen distinktiven Gegensatzpaaren können soziale Klassierungen mit allen Aspekten des sozialen Handelns, von der Sprache, über die Kleidung bis zum Freizeitverhalten verknüpft werden (ebd.: 730 f.). Mentale Dispositionen kommen ebenso in Stil- und Geschmacksurteilen zum Ausdruck wie in Grundwerten und Idealen.

Als übergeordneter Ausdruck für die Benennung mentaler Dispositionen verwendet Bourdieu den Begriff *Klassifikationsschemata* (ebd.: 727-755). Dieser Begriff spricht zwar eine zentrale Funktion mentaler Dispositionen an, nicht alle Klassifikationen beruhen jedoch auf subjektiven Urteilen. So erlernt und besitzt der Mensch Klassifikationsschemata zum Unterscheiden von technischen Geräten, Naturphänomenen und sozialen Institutionen, die nicht primär seine mentalen Dispositionen zum Ausdruck

bringen, sondern objektive Massstäbe. Nicht in jeder Klassifikation ist die gesellschaftliche Hierarchie abgebildet. Das subjektive Element wird durch den von Giddens bevorzugten Begriff des Interpretierens eingefangen. Um beiden Aspekten gerecht zu werden, verwenden wir als Überbegriff für wertende Dispositionen den gleichermassen an Giddens und an Bourdieu angelehnten Begriff *interpretativ-klassierende Schemata*.

2.2.2 Was sind Werte?

Ein wichtiges Element interpretativ-klassierender Schemata verbirgt sich hinter dem Begriff der *Werte*. Diesem schillernden Begriff, der in Wissenschaft und Alltag alles andere als konsistent verwendet wird, wollen wir in den folgenden Abschnitten auf die Spur kommen. Einen ersten Zugang zum Wertbegriff liefert Simmel, der in seiner «Philosophie des Geldes» (1900) festgehalten hatte, dass Sinn und Bedeutung den Dingen erst durch ihre subjektive *Bewertung* eingeschrieben wird:

«In jedem Augenblick, in dem unsere Seele kein bloßer interesseloser Spiegel der Wirklichkeit ist - was sie vielleicht niemals ist, da selbst das objektive Erkennen nur aus einer Wertung seiner [selbst] hervorgehen kann - lebt sie in der Welt der Werte, die die Inhalte der Wirklichkeit in eine völlig autonome Ordnung faßt.» (Simmel 1900: 5)

Die Funktion der Werte ist es, «die Inhalte der Wirklichkeit» in eine für das bewertende Subjekt relevante und gegen aussen «autonome Ordnung» zu fassen. Die Werte bilden gewissermassen ein mentales Pendant zu dem was in der Ökonomie als *Preise* bekannt ist. Während Preise den ökonomischen Wert von Gütern beziffern und diese so vergleichbar machen, können Werte als eine Art subjektives «Preissystem» angesehen werden, das den Gehalt und die Wichtigkeit verschiedener Sachverhalte aus Sicht des Akteurs klassiert und festlegt, wie viel er dafür zu geben bereit ist. Die Ausbildung eines subjektiven Wertsystems ist die unabdingbare Voraussetzung für das menschliche Handeln. Wie in Kapitel 2.1.1 gezeigt, kann der Mensch seine Handlungsentscheide nicht allein auf objektive, äusserliche Kriterien abstützen, sondern braucht dazu innere Bewertungsmassstäbe.

2.2.2.1 Bedürfnisse als Fundament der Werte

Eine wichtige Grundlage für die Ausbildung von Werten bilden *Bedürfnisse*. Bedürfnisse sind mentale Antriebsschemata, die der Motivierung des Handelns zugrunde liegen (Maslow 2005 [1954]). Bedürfnisse liegen zwar der Ausbildung von Werten zugrunde, sie sind jedoch nicht mit Werten gleichzusetzen. Während Werte rationale

Konzepte sind, sind Bedürfnisse dem bewussten Denken vorgelagert. Bedürfnisse beeinflussen das Denken, in dem sie ihm ein bestimmtes Verlangen unterlegen. Ein solches Verlangen ist beispielsweise der Hunger, das unser Denken zunehmend aufsässig bedrängt, wenn der Glykogenspiegel in der Leber unter ein bestimmtes Niveau sinkt. Das Bedürfnis nach Nahrung bleibt so lange bestehen, bis der Glykogenspiegel durch Nahrungsaufnahme wieder gehoben wird.

Bedürfnisse haben vielfach einen direkten physiologischen Hintergrund oder sind zumindest in den Tiefen des psychischen Apparats angesiedelt. Dementsprechend sind Bedürfnisse keine ausschliesslich menschlichen Konzepte, sondern solche, die in unterschiedlicher Form allen Lebewesen eigen sind. Höher entwickelte Tiere kennen dabei nicht nur physiologische Basisbedürfnisse wie Atmung, Nahrung und Fortpflanzung, sondern auch psychische, wie die Bedürfnisse nach Zuneigung, Alberei, Dominanz oder Aufmerksamkeit. Die Bedürfnisstrukturen zwischen Menschen und Tieren überlagern sich zu grossen Teilen. Werte hingegen sind rein menschliche Konzepte.

Aktuelle und zukünftige Bedürfnisse

Als einziges Tier ist der Mensch fähig, über seinen aktuellen Bedürfnishorizont hinaus zu denken. Selbst unsere nächsten tierischen Verwandten – die Menschenaffen – haben keine Zeitvorstellung, die über den Tag hinaus reicht (Bischof 1985: 540-543). Nur der Mensch ist sich im satten Zustand bewusst, dass er in Zukunft an Hunger leiden könnte (auch wenn ihm dies nicht immer leicht fällt). Er ist fähig, bereits im Sommer an den Winter und an mögliche Engpässe zu denken und entsprechend Vorräte anzulegen.¹ Das heisst, wir kennen nicht nur das Bedürfnis nach Essbarem, sondern wir wissen auch um den *Wert* der Nahrung.

Während andere Tiere Gefangene ihrer Bedürfnisse sind, hat sich der Mensch zumindest partiell von deren Diktat emanzipiert. Viele Menschen leben beispielsweise ihr Bedürfnis nach Sexualität nicht aus, auch wenn sie die Gelegenheit dazu hätten. Ein willensstarker Mensch ist grundsätzlich fähig, sein Bedürfnis nach Nahrung zu unterdrücken und zwar so lange, bis er daran zugrunde geht. Selbst der willensstärkste Mensch schafft es jedoch nicht, sich durch das Anhalten seines Atems umzubringen – ab einem bestimmten Punkt hebt nämlich der Atemreflex den bewussten Willen

¹ Es gibt zwar auch Tiere, die Nahrungsmittelvorräte anlegen, wie zum Beispiel das Europäische Eichhörnchen oder die Rötelmaus. Diese tun dies jedoch nicht, weil sie um den zukünftigen Wert der Vorräte wissen, sondern weil sie einen von Instinkten gesteuerten Drang verspüren, Eicheln und anderes zu vergraben.

aus. Je vitaler ein Bedürfnis und je unaufschiebbarer seine Befriedigung, desto größer ist dessen Gewalt über unser Denken und Handeln (ebd.: 330-334).

Doch auch die bloss partielle Emanzipation vom Diktat der Bedürfnisse ist aus biologischer Sicht ein Risiko, denn sie erlaubt es dem Menschen, Signale seines Körpers zu ignorieren und sich bewusst für schädliche Verhaltensmuster zu entscheiden. Wie das Beispiel der Nahrungsmittelvorräte gezeigt hat, ist die Emanzipation jedoch zugleich eine Chance: Nur weil der Mensch nicht dem Diktat seiner aktuellen Bedürfnisse ausgeliefert ist, ist er fähig und bereit, Energie in etwas zu investieren, das ihm erst in Zukunft Befriedigung bringen wird. Die Fähigkeit zur Antizipation zukünftiger Bedürfnisse spielt eine ganz zentrale Rolle dafür, dass der Mensch als einziges Tier eine Zivilisation errichtet hat (ebd.: 553).

Werte zwischen subjektiven Bedürfnissen und gesellschaftlichen Erwartungen

Damit der Mensch über seine aktuellen Bedürfnisse hinaus in die Zukunft planen kann, braucht er ein von den Bedürfnissen entkoppeltes Konzept der Motivation und Entscheidungsfindung. Dieses Konzept sind die *Werte*. Anders als Bedürfnisse sind Werte nicht Teil der erlebten und gefühlten Realität. Es sind keine Vorbedingungen des Denkens, sondern es sind Inhalte davon.

Werte korrespondieren in der Regel mit den Bedürfnissen: Wer ein ausgeprägtes Harmoniebedürfnis besitzt, dem sind Werte wie Kollegialität und Freundlichkeit in der Regel wichtig. Wer das Bedürfnis nach Selbstentfaltung verspürt, der vertritt in der Regel eher egalitäre als autoritäre Werte. Als Denkinhalte sind Werte jedoch im Prinzip beliebig gestaltbar und müssen nicht mit den eigenen Bedürfnissen übereinstimmen. Dies hat zur Folge, dass Werte weit stärker als Bedürfnisse von aussen beeinflusst und durch Dritte mitgestaltet werden können. Eine wichtige Rolle für die persönliche Wertentwicklung kommt deshalb dem sozialen Umfeld und der Gesellschaft zu (Rokeach 1973: 19-21). Durch Sozialisationsprozesse werden die in einer Gruppe oder einer Gesellschaft bestehenden Idealvorstellungen und Ziele vermittelt und durch Gruppen- und Gesellschaftsmitglieder internalisiert.

Die gesellschaftlich vermittelten Ideale können (aber müssen nicht) den persönlichen Bedürfnissen widersprechen. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der Sexualität: In einer sittenstrengen Gesellschaft werden sexuelle Bedürfnisse moralisch entwertet. Die Werte werden dabei als zivilisierende Klammer um die dumpfen Naturbedürfnisse angesehen. Seit der sexuellen Revolution hat sich dies jedoch vielerorts grundlegend geändert und eine aktiv ausgelebte Sexualität wird geradezu als gesellschaftliche Tugend angesehen. Grundsätzlich vollzieht sich die Entwicklung persönlicher Werte

immer in einem Spannungsfeld zwischen subjektiven Bedürfnissen und gesellschaftlichen Erwartungen.

2.2.2.2 Die subjektive und die objektive Dimension von Werten

Der Begriff der «Werte» findet auf zwei Arten Verwendung (Rokeach 1973: 4). Zum einen kann ein Wert als Attribut eines Gegenstandes oder einer Handlungsweise angesehen werden. So spricht man vom Wert eines Schmuckstücks oder vom Wert der Freiheit. In der zweiten Begriffsverwendung werden Werte (typischerweise in Mehrzahl) als Attribute von Personen oder Kollektiven verstanden. Man spricht davon, dass Person A diese oder jene Werte habe oder dass in einer Kultur bestimmte Werte verbreitet seien.

Das heisst, Werte können sowohl als Attribute von Objekten als auch als Attribute von Subjekten angesehen werden. Beide Wertbegriffe sind gleichermassen zulässig, es handelt sich jedoch bei beiden im Grunde genommen um sprachliche Verkürzungen. Dem Konzept der Werte liegen nämlich immer ein bewertendes Subjekt und ein bewertetes Objekt zugrunde. Werte sind *Subjekt-Objekt-Relationen*.

Ein Schmuckstück beispielsweise hat nur deshalb einen Wert, weil es von einem oder mehreren Subjekten als wertvoll erachtet wird. Während Attribute wie Form oder Gewicht einem Objekt fest eingeschrieben sind, besteht der Wert eines Objekts nur in der Relation zum bewertenden Subjekt. So hat für eine Person ein bestimmtes Schmuckstück viel mehr Wert als für eine andere, weil sie beispielsweise wertvolle Erinnerungen damit verbindet. Dasselbe gilt für immaterielle Güter wie Solidarität, Freiheit oder Pflicht. Diese abstrakten Leitlinien des Handelns sind Dinge, die nur deshalb als Werte bezeichnet werden können, weil sie von wertenden Subjekten als positiv eingestuft werden.

Träger von Werten

Wie gezeigt, gehört zu einem Wert ein bewertendes Subjekt. Das heisst, jede Person besitzt Werte und hat somit ein Werteprofil. In den Werten einer Person kommt zum Ausdruck, was ihr wichtig und teuer ist. So zum Beispiel «Ungebundenheit», «materieller Wohlstand», «Freiheit» und «Gesundheit». Aus subjektiver Sicht sind Werte relative Konzepte. Für die meisten Personen stellt Freiheit einen Wert dar, Freiheit ist jedoch nicht für alle gleich wichtig. Das Werteprofil einer Person ergibt sich aus der relativen Bewertung verschiedener Güter und Handlungsziele.

Werte werden jedoch nicht nur von einzelnen Personen, sondern auch von sozialen Kollektiven getragen. Die kollektiven Werte einer sozialen Gruppe kommen bei-

spielsweise in der Bewertung unterschiedlicher Verhaltensweisen und Leistungen zum Ausdruck. So werden in einem sozialen Umfeld eher intellektuelle Leistungen und in einem anderen eher das Umsetzen und Machen wertgeschätzt.

Neben Personen und Kollektiven können auch Institutionen zu Trägern von Werten werden. Institutionalisierte Werte kommen zum Beispiel in der Mittelausstattung verschiedener Fächer und Disziplinen an Hochschulen zum Ausdruck: In einer Gesellschaft sind Geisteswissenschaften gut ausgestattet, in einer anderen fließen die Mittel vornehmlich in anwendungsorientierte Ingenieurwissenschaften. In der Verfassung und anderen Leitbildern sind die Werte eines Kollektivs explizit festgehalten. Die explizit verfassten Leitbilder müssen jedoch nicht mit den tatsächlich gelebten Werten der handelnden Subjekte im Kollektiv übereinstimmen.

Inhalte von Werten

Spricht man von Werten, so denken wohl die meisten in erster Linie an abstrakte Leitbilder wie «Freiheit», «Solidarität», «Menschenwürde» oder «Gerechtigkeit» und nicht an konkrete Gegenstände und Ereignisse wie «Erinnerungsfotos», «Sonntagsausflüge» oder «Kleider». Diese Vorstellung von Werten spiegelt sich im Wertbegriff der Werteforschung, wo Werte in der Regel als übergeordnete und generalisierte Dispositionen definiert werden (z.B. Reichhardt 1979: 24; Hepp 1994: 4). Rokeach ging in seinem Grundlagewerk «The Nature of Human Values» sogar so weit, dass er die Zahl der Grundwerte bei erwachsenen Menschen auf zwölf festlegte (1973: 11).

Durch die Einschränkung des Wertbegriffs auf wenige übergeordnete Dispositionen wird das Konzept der Werte wissenschaftlich operationalisierbar. Mit zwölf oder zwanzig Werten kann man umgehen, mit einer unbeschränkten Zahl jedoch nicht. Die Eingrenzung des Wertbegriffs auf wenige Leit- oder Grundwerte ist jedoch nicht unproblematisch, denn es wird damit eine künstliche Grenze zwischen grundlegenden und alltäglichen Werturteilen gezogen, die es in der Praxis nicht gibt. Aus Sicht des Individuums besteht kein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Bewertung von alltäglichen Dingen wie Erinnerungsfotos und der Bewertung von Handlungsidealen wie Freiheit oder Solidarität. Alle begehrten Dinge und alle angestrebten Ziele besitzen einen Wert und sind durch ihren Wert miteinander vergleichbar.

Eine grundsätzliche Eingrenzung des Wertbegriffs ist inhaltlich nicht begründbar. Es können jedoch allgemeine Grundwerte von spezifischen Alltagswerten unterschieden werden, wobei speziellere Werte zumindest partiell durch allgemeinere Werte repräsentiert werden können. Wer viel Wert auf Ungebundenheit legt, wird wahrscheinlich

auch die berufliche Selbständigkeit hoch schätzen. Aus Sicht der Werteforschung macht es deshalb Sinn, Grundwerte herauszuarbeiten, welche die alltäglichen Wertzuschreibungen möglichst gut repräsentieren, ohne dabei jedoch auf einer künstlichen Eingrenzung des Wertbegriffs zu beharren.

2.2.2.3 Idealistisches und praxeologisches Wertkonzept

Personen, die mit dem Wertebegriff argumentieren, stellen diesen häufig in die Nähe von Moral und gesellschaftlichen Normen. Werte werden als moralischer Überbau angesehen, der dem Egoismus des Einzelnen Grenzen setzt. Werte gelten dabei als Grundlage für die gesellschaftliche Integration. Wer in dieser Art von Werten spricht, vertritt in der Regel eine idealistische Gesellschaftskonzeption. Die entsprechende Konzeptionalisierung der Werte bezeichnen wir entsprechend als *idealistisches Wertkonzept*. Dem idealistischen stellen wir ein *praxeologisches Wertkonzept* entgegen, das von einem pragmatischen und alltagszentrierten Wertbegriff ausgeht.

Idealistisches Wertkonzept

Gemäss idealistischem Menschenbild befindet sich der Mensch in einem Spannungsfeld zwischen dunklen, animalischen Trieben und einem moralisch-geistigen Überbau, der diese Triebe zähmt und reguliert. Aus idealistischer Sicht kann nur eine «Kultivierung des Ichs» (Stern 2005 [1961]: 18) verhindern, dass Egoismus, Brutalität und Haltlosigkeit ausbrechen und zu einer Implosion der gesellschaftlichen Ordnung führen. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Werten zu, die als geistige Leitlinien dem Menschen zu Orientierung und Gemeinsinn verhelfen. Nur durch Werte kann das Tier im Menschen gezähmt werden. Dementsprechend versteht man unter einem «Menschen mit Werten» jemanden, der nicht bloss an die persönliche Nutzenmaximierung und Bedürfnisbefriedigung denkt, sondern für Überzeugungen und Ideale einsteht.

Wie der Geistesgeschichtler Stern in seinem Klassiker «Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland» (2005 [1961]) aufzeigte, ist das beschriebene idealistische Menschenbild ein Phänomen, das seine Wurzeln im Deutschland des 19. Jahrhunderts hat und einen prägenden Einfluss auf die Geistesgeschichte dieses Landes entwickelten sollte. Laut Stern bildete die idealistische Denkweise dieser Zeit, über die Philosophien des «Deutschen Idealismus» (Kant, Fichte, Schelling, Hegel usw.) hinaus, «eine Art Lebensgefühl, ein Gefüge von Empfindungen und Werten» (ebd.: 17), welches das Denken der gebildeten Schichten charakterisierte.

Die idealistische Tradition in Deutschland spiegelt sich beispielhaft in der Typologie des sozialen Handelns von Max Weber, die wertrationales und zweckrationales Handeln unterscheidet. Zweckrational Handeln heisst, Aufwand und Ertrag gegeneinander abzuwägen und den eigenen Nutzen zu maximieren. Das wertrationale Handeln orientiert sich dagegen an höheren Zielen. Laut Weber handelt wertrational, «wer ohne Rücksicht auf die vorauszusehenden Folgen handelt» und wer «Pflicht, Würde, Schönheit, religiöse Weisung, Pietät, oder die Wichtigkeit einer ‚Sache‘» in den Vordergrund rückt (1972 [1922]: 12 f.). Die von Weber aufgeführten Werte haben den Charakter von gesellschaftlichen *Idealen* und *Tugenden*. Als solche stehen sie den egoistischen *Bedürfnissen* und *Trieben* gegenüber, die dem zweckrationalen Handeln zugrunde liegen.

Idealistische Wertkonzepte sind bis heute unter deutschen Wertforschern verbreitet, so zum Beispiel bei Hepp (1994) oder Hillmann (2004). Hepp (1994: 5) definiert Werte als in unterschiedliche «Dignitätsstufen» geordnete Orientierungsleitlinien, die dem Handeln im Stile eines Leitbilds einen Sinn und eine Richtung geben. Das «integrierende Fundamentum an gemeinsamen und einheitlichen Wertüberzeugungen» (ebd.) bildet für Hepp die Grundlage für die gesellschaftliche Integration. «Wo zentrale Werte fehlen, stellen sich denn auch Sinn-, und Identitätsverluste ein» (ebd.: 4).

Stern führte in seiner Analyse zur «nationalen Ideologie in Deutschland» aus, dass der Idealismus des 19. Jahrhunderts der geistige Nährboden für den Kulturpessimismus bildete, der seinerseits das geistige Fundament für die verhängnisvolle Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhunderts werden sollte. Noch heute ist das idealistische Wertkonzept häufig von einer kulturpessimistischen Grundstimmung begleitet. Aus kulturpessimistischer Sicht führt die mit der Modernisierung verbundene Individualisierung zu einer Auflösung eines verbindlichen moralischen Rahmens. Während der Bürgersinn verloren geht, breitet sich ein haltloser Materialismus aus, der nicht selten von einer psychologischen Destabilisierung begleitet ist. Für Autoren wie Hillmann (1979; 2004) wird die Pluralisierung der Werte deshalb als Indiz für einen «Wertezerfall» gesehen.

Um der befürchteten Degeneration der Werte entgegenzutreten, werden deshalb eine aktive «Wertepolitik» und eine «Werteerziehung» gefordert (z.B. Klages 1988; Hepp 1994; Hillmann 2004; Breit/Schiele 2000). Das Ziel ist dabei, dem Einzelnen ein stabiles Wertefundament zu vermitteln, das ihn zu einem verantwortungsbewussten Mitglied der Gesellschaft macht. Den «Werteliten» (Hillmann 1994: 930) in Politik, Bildung und Gesellschaft kommt folglich eine wichtige Rolle bei der Wertstabilisie-

rung der breiten Bevölkerung zu. Es ist das für kulturpessimistische Denker typische «Elite-Massen-Syndrom» (Lenk 1989: 195), das hier zum Ausdruck kommt. In der Gegenüberstellung von «Elite» und «Masse» spiegelt sich das Eingangs dieses Abschnitts beschriebene Menschenbild: Die «Masse» steht dabei für den animalischen und unbotmässigen und die «Elite» für den kultivierten Teil des menschlichen Ichs. Nach Lenk ist das Elite-Massen-Syndrom ein zentrales Element der konservativen Legitimierung der Herrschaftsausübung durch die Eliten (ebd: 197).

Da der Begriff der «Werte» (vor allem im deutschsprachigen Raum) durch die eben beschriebene idealistische Wertvorstellung geprägt ist, werden darunter häufig traditionelle Tugenden und Sittenvorstellungen verstanden, und er wird zumeist von konservativen Kreisen ins Feld geführt.

Praxeologisches Wertkonzept

Die von uns vertretene Konzeption der Werte basiert auf einem anderen Menschen- und Gesellschaftsbild als das idealistische Wertkonzept. Die Gegenüberstellung von niederen animalischen Trieben und geistig-moralischem Überbau wird dem menschlichen Wesen nicht gerecht. Die Fähigkeit zur Empathie und ein sozialer Sinn gehören ebenso zur menschlichen Natur wie Sexualität oder Aggressivität. Individualisierung und Pluralisierung führen deshalb nicht zu einem Wertezerfall, sondern bloss zu einem Wertewandel. Gemäss dem Bedürfniskonzept von Maslow (2005 [1954]) eröffnet die mit der Modernisierung verbundene Sättigung der Grundbedürfnisse durchaus positive Perspektiven für die Wertentwicklung. Was sich beispielsweise in einer erhöhten gesellschaftlichen Toleranz und einer zunehmenden ökologischen Sensibilität manifestieren kann. Oder, wie Brecht in der Dreigroschenoper schrieb: «Erst kommt das Fressen, dann die Moral».

Das Hauptproblem des idealistischen Wertkonzepts ist jedoch die moralisch-normative Aufladung des Wertbegriffs und die damit verbundene Gleichsetzung von Werten mit gesellschaftlichen Idealen und Tugenden. Aus wissenschaftlicher Sicht geht es nicht um die Bewertung von Werten, sondern um die möglichst adäquate Beschreibung der Wirkungsweise von Werten als Instrumente der mentalen Handlungssteuerung und es geht um die Analyse von Wertdifferenzen innerhalb der Gesellschaft und um die mit der Modernisierung verbundene Wertentwicklung.

Das praxeologische Wertkonzept steht für eine grundsätzliche Vergleichbarkeit von allgemeinen und spezifischen Werturteilen. Es ist möglich, und im Alltag üblich, den Wert eines Sportautos mit dem Wert «Freiheit» in Beziehung zu setzen. Man stelle sich dazu folgende Situation vor: Eine Person möchte ein bestimmtes Sportauto

erwerben, es fehlen ihm jedoch die dazu nötigen Mittel. Sie steht dabei vor der Option, eine Arbeit anzunehmen, bei der sie zwar mehr verdient, die ihr jedoch einen Teil ihrer gegenwärtigen Autonomie und Handlungsfreiheit nehmen würde. Um sich entscheiden zu können, muss die Person dem Wert eines konkreten materiellen Guts, gegen den Wert eines Grundwerts aufwiegen.

In der Praxis setzt der Mensch häufig ein ganzes Bündel von Werten in Beziehung. Eine typische wertorientierte Entscheidungssituation sieht beispielsweise so aus: «Ist es mir wert, ein Stunde länger zu pendeln, um zu einem vertretbaren Preis in einem eigenen Haus in ruhiger Umgebung wohnen zu können?» Dabei wird der Wert des Geldes, des Wohneigentums, der Wohnform und des durch das Pendeln erlittenen Zeitverlusts gegeneinander abgewogen.

Subjektive Bewertungen beziehen sich gleichermassen auf die kleinen Dinge des Alltags wie auch auf die grossen Fragen des Lebens. Für das Handeln sind konkrete, alltägliche Werturteile in der Regel bedeutsamer als Positionsbezüge zu abstrakten Grundwerten. So haben die meisten Menschen eine relativ klare Vorstellung davon, was ihnen eine konkrete Sache Wert ist. Je abstrakter und genereller der zu bewertende Sachverhalt, desto schwieriger wird dagegen die Bestimmung seines Werts. Es ist eher möglich, eine Vorstellung vom Wert der Reisefreiheit oder vom Wert der freien Berufswahl zu haben, als eine Vorstellung vom Wert der Freiheit an sich.

2.2.2.4 Ordnung der Werte

Aus Sicht des idealistischen Wertkonzepts bilden übergeordnete Ideale die Leitlinien des Handelns. Das idealistische Wertkonzept steht für die Vorstellung einer *deduktiven Wertentwicklung*. Deduktiv bedeutet, dass spezielle Werte aus allgemeinen Werten abgeleitet werden. Die Ordnung der Werte wird dementsprechend als streng hierarchisch angesehen. Spezielle Werte sind den allgemeinen Werten untergeordnet. Die Vorstellung einer deduktiven Wertentwicklung impliziert, dass mit der Einflussnahme auf die Grundwerte ein Wandel im alltäglichen Handeln bewirkt werden kann. Ein entsprechend hohes Gewicht wird der Verfassung und anderen Leitbildern und Programmen zugeschrieben. Einigt sich ein sozialer Verband auf ein verbindliches, gemeinsames Leitbild, so kann damit gemäss idealistischem Wertkonzept das Handeln der Verbandsmitglieder gesteuert werden.

Das praxeologische Wertkonzept schliesst die Möglichkeit deduktiver Wertentwicklungen nicht grundsätzlich aus. Wie zuvor beschreiben, wird beim praxeologischen Konzept jedoch den im Alltag gelebten Werten eine grössere Relevanz zugeschrieben als vagen Leitbildern und Idealen. Als Hauptrichtung der Wertentwicklung wird die

Induktion angesehen. Das heisst, Grundwerte leiten sich aus Alltagswerten ab und nicht umgekehrt

Induktive Wertentwicklung

Grundwerte wie Gleichheit oder Autonomie sind abstrakte Konzepte, die nur diskursiv erschlossen werden können. Wie oben bereits angesprochen wurde, sind die Grundwerte für die empirische Wertforschung relevant, denn ein vernünftiger wissenschaftlicher Diskurs über Werte kann nur geführt werden, wenn spezifische Werte zu allgemeinen Werten zusammengefasst werden.

Für das praktische Handeln sind Grundwerte dagegen eher implizit als explizit von Bedeutung. Entscheidend ist weniger, dass jemand wortreich für das Ideal «Freiheit» einsteht, als dass er in seinem alltäglichen Handeln eine freiheitliche Gesinnung zum Ausdruck bringt. Kaum jemand wird sein Handeln streng deduktiv aus dem Grundwert «Freiheit» ableiten, zu dem er sich zuvor bekannt hat. Wichtiger für die Wertentwicklung dürften persönliche Erfahrungen mit Freiheiten und die in der Sozialisation vorgelebten Handlungsweisen primärer Bezugsbezugspersonen sein. Nur wer bereits eine Affinität zu einem Grundwert besitzt, fühlt sich von diesem angesprochen und bekennt sich allenfalls auch diskursiv dazu. Die Bedeutung von Grundwertdebatten für die konkrete Wertentwicklung sollte demzufolge nicht überschätzt werden. Im wissenschaftlichen Kontext spielen allgemeine Grundwerte eine wichtige Rolle. Die Tatsache, dass die Wertentwicklung primär induktiven Charakter hat, ist jedoch auch hier von Bedeutung. Eine empirische Wertstudie, in der Personen direkt nach ihren Grundwerten befragt werden, ist aus Sicht des praxeologischen Wertkonzepts problematisch. Das reale Alltagshandeln muss keineswegs mit den in Selbstdeklaration angegebenen Grundwerten übereinstimmen. Ein adäquateres Bild von den Werten einer Person lässt sich durch die Erfassung von konkreten Handlungssituationen erschliessen – zum Beispiel durch das Abstimmungsverhalten.

2.2.2.5 Werte und Einstellungen

Werte bilden den subjektiven Kern dessen, was wir auf Grundlage der Begrifflichkeit von Giddens und Bourdieu als interpretativ-klassierende Schemata bezeichnen. Wichtige interpretativ-klassierende Schemata sind neben Werten auch *Einstellungen*. Einstellungen sind Schemata, die eine Positionsnahme zu einem bestimmten Thema beinhalten. Einstellungen gibt es zu politischen Fragen (Schwangerschaftsabbruch, Kündigungsschutz, Parteiaffinität) ebenso wie zu gesellschaftlichen (Rollenteilung in der Familie, Alkoholkonsum) oder ästhetischen (Filmgeschmack, Kleiderstil). Ein-

stellungen sind häufig durch Werte begründet. So leitet sich beispielsweise die Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch aus einer Gegenüberstellung des Werts des keimenden Lebens und der Entscheidungsfreiheit der Frau ab.

Sind Einstellungen einmal ausgebildet, entkoppeln sie sich von der direkten Wertbindung. So wird die Einstellung zu Bionahrungsmittel nicht bei jedem Einkauf hinterfragt, sondern der Kaufentscheid wird direkt durch die Einstellung gesteuert. Einstellungen führen zu einer Minimierung des kognitiven Aufwands und erlauben eine routinierte Beurteilung von Handlungsoptionen. Sie bilden ein wichtiges Konzept der Alltagsbewältigung. Aufgrund ihres schematischen und reproduktiven Charakters taugen Einstellungen jedoch nicht zur Beurteilung von neuen und einmaligen Handlungssituationen. Der Handlungsentscheid muss in diesen Fällen wieder auf die tiefer liegenden Werte zurückgeführt werden. So wird die Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch zwar nicht in jedem Gespräch zum Thema neu begründet, ist jemand jedoch persönlich mit einer ungewollten Schwangerschaft konfrontiert, so wird er oder sie nicht mehr bloss gemäss Einstellung handeln, sondern den Entscheid für oder gegen die Abtreibung erneut durch Wertabwägungen begründen.

Auch wenn die Werte eine wichtige Grundlage für die Ausbildung von Einstellungen sind, können diese nicht alleine auf Werte zurückgeführt werden. Einstellungen werden durch gesellschaftliche Normen und Traditionen mitbestimmt. Dies gilt selbst für Einstellungen mit einem überwiegenden Wertbezug. So ist die Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch nicht nur durch die eigenen Werte, sondern auch durch gesellschaftliche Vorgaben mitgeprägt. So kann das katholische Dogma gegen den Schwangerschaftsabbruch dazu führen, dass eine an sich liberal gesinnte Person, aufgrund ihrer Verankerung im katholischen Milieu gegen eine liberale Regelung eingestellt ist.

2.2.2.6 Wertsysteme

Das mentale Profil einer Person besteht aus einem System von interpretativ-klassierenden Schemata. Dieses System ist mehr als ein zufälliges Aggregat von isolierten Werten und Einstellungen. Die Einstellungen sind zumindest partiell durch Werte begründet und auch die Werte stehen in gegenseitiger Relation: Werte sind zwar nicht streng hierarchisch geordnet, trotzdem können typische Wertekombinationen festgestellt werden. Es gibt Werte, die sich «mögen» und solche, die sich aus dem Weg gehen. So treten egalitäre Grundwerte häufig gemeinsam mit sozialen Werten auf und modernisierungsfreundliche Anschauungen verbinden sich in der Regel mit einer politischen Weltoffenheit (vgl. Kapitel 3.4). Das Werteprofil einer Person kann ohne

wesentlichen Informationsverlust durch eine reduzierte Zahl von Dimensionen beschrieben werden (Kapitel 3.3).

Die spezifische Kombination von Werten einer Person bildet deren *Weltanschauung*². Der Begriff der Weltanschauung bringt zum Ausdruck, dass sich die interpretativ-klassierenden Schemata zu einem Ganzen zusammenfügen und sich daraus eine bestimmte Anschauung der Welt ergibt.

Eine andere Bezeichnung für ein System von interpretativ-klassierenden Schemata liefert der Begriff *Ideologie*. Anders als der Weltanschauungsbegriff umfasst jedoch der Ideologiebegriff nicht die Gesamtheit der Werte einer Person, sondern er bezieht sich auf ein geschlossenes System von Beurteilungsschemata zu einem bestimmten Themenkomplex – das nicht von einer bestimmten Person getragen werden muss.

Als dritte wichtige Bezeichnung eines interpretativ-klassierenden Systems steht der Begriff *Mentalität*. Es ist dies der offenste der drei Begriffe. Mentalitäten sind thematisch nicht geschlossen wie Ideologien und sie sind nicht auf einzelne Personen bezogen wie Weltanschauungen. Die Mentalität ist nicht nur das System der Werte und Einstellungen einer Person, sondern kann ebenso als Merkmal von sozialen Gruppen, Kulturräumen und Regionen verstanden werden (Geiger 1987 [1932]). Im nachfolgenden Kapitel werden die drei Begriffe Mentalität, Weltanschauung und Ideologie in Relation gesetzt.

2.2.3 Mentalität, Weltanschauung und Ideologie

Interpretativ-klassierende Schemata entfalten ihre Wirkung auf verschiedenen Ebenen des kognitiven Apparats und unterscheiden sich dabei im Grad ihrer Verbalisierung und Formalisierung. Den höchsten Formalisierungsgrad weisen *Ideologien* auf. Es handelt sich dabei um symbolische Systeme, die theoretisch begründet und ausformuliert sind und den Anspruch haben, in sich geschlossen zu sein (Mannheim 1995 [1929]). Auf Grundlage von Ideologien können konkrete Handlungsanweisungen abgeleitet werden. Aufgrund ihres hohen Verbalisierungsgrads sind sie der diskursiven Auseinandersetzung zugänglich. Am anderen Ende der Skala befinden sich

² Insbesondere in Deutschland gilt der Begriff Weltanschauung als vorbelastet, da er zum Vokabular der Nationalsozialisten gehörte. Die kritische Beurteilung des Weltanschauungs-Begriffs wird nicht zuletzt durch das Buch «LTI – Lingua Tertii Imperii» (1975 [1947]) des deutschen Literaturwissenschaftlers Victor Klemperer gestützt. Die noch während der Kriegsjahre verfasste Abhandlung über die manipulative Kraft der Sprache gilt in Deutschland bis heute als Standardwerk für den Deutsch- und Geschichtsunterricht. Die negative Konnotation des Begriffs wird folglich immer weiter reproduziert. Dem Nationalsozialismus wird dabei, natürlich ohne Absicht, bis heute unnötigerweise Macht über den Gebrauch der deutschen Sprache zugestanden.

Interpretativ-klassierende Schemata, die als nicht-verbalisierte Einstellungen und Positionen dem alltäglichen Handeln zugrunde liegen. Diese werden als *Mentalitäten* bezeichnet. Anders als Ideologien sind Mentalitäten der diskursiven Auseinandersetzung kaum zugänglich, da sie weder verfasst noch begründet sind.

Das Spannungsfeld zwischen Ideologie und Mentalität spiegelt den stratifizierten Aufbau des menschlichen Geists. Die rational begründeten Denkinhalte bilden nur die oberste Sphäre des kognitiven Apparats, die auf einem bereiten Fundament von unbewussten oder halbbewussten Denkleistungen ruht. Freud, der mit seinen bahnbrechenden Arbeiten das Unbewusste ins gesellschaftliche und wissenschaftliche Bewusstsein gehoben hatte, ist von einer Dreiteilung des psychischen Apparats ausgegangen. Sein «Drei-Instanzen-Modell» (1923) teilt die menschliche Psyche in die Instanzen *Es*, *Ich* und *Über-Ich*. Das Ich als zentrale Instanz liegt demnach im Spannungsfeld zwischen unbewussten Bedürfnissen und Trieben (*Es*) und von aussen herangetragenen Pflichten und Normen (*Über-Ich*). Von zentraler Bedeutung für Freud ist dabei der Widerspruch zwischen dem triebhaften *Es* und dem gestrengen *Über-Ich*, das dem Menschen als schlechtes Gewissen erscheint.

Giddens hat das freudsche Modell des psychischen Apparats von seiner psychoanalytischen Prägung gelöst und als allgemeines, formales Modell für sozialwissenschaftliche Zwecke erschlossen (1995 [1984]: 91-120). Anstelle der Teilung zwischen *Es*, *Ich* und *Über-Ich* unterscheidet Giddens die drei Ebenen «grundlegendes Sicherheitssystem, praktisches und diskursives Bewusstsein». Das «grundlegende Sicherheitssystem» fusst dabei im unbewussten Teil der Psyche. Laut Giddens strukturieren interpretativ-klassierende Schemata das menschliche Handeln auf allen drei kognitiven Ebenen (1995 [1984]: 92). Je nach Ebene unterschieden sich jedoch Form und Wirkungsweise dieser Schemata. Das von Freud übernommene und adaptierte «Drei-Instanzen-Modell» ist als heuristisches Konzept zu verstehen. Giddens zieht keine scharfen Grenzen zwischen den Bewusstseinssebenen, sondern geht grundsätzlich von einem graduellen vertikalen Aufbau des psychischen Apparats aus.

2.2.3.1 An der Schwelle des Bewusstseins

Interpretativ-klassierende Schemata liegen dem menschlichen Handeln zugrunde und sind dabei zu einem grossen Teil so tief im kognitiven Apparat eingelagert, dass sie im Alltag nicht bewusst wahrgenommen werden. Sie bilden das Fundament, auf dem bewusste und diskursiv begründete Handlungsentscheide basieren.

Nicht nur Giddens (1995 [1984]: 57) sondern auch Bourdieu (1994 [1979]: 730) sowie Berger und Luckmann (1994 [1966]: 16) heben die Bedeutung von nicht

bewusst reflektierten Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata für die Konstitution der Gesellschaft hervor. In den drei Sozialtheorien, die je auf eigene Art das Ineinandergreifen von Handlung und Struktur begründeten, spielen die tieferen Ebenen des kognitiven Apparats eine zentrale Rolle, weil hier inkorporierte gesellschaftliche Strukturen direkt an der Motivationsbasis des individuellen Handelns ansetzen. Sie stimmen damit mit den Erkenntnissen der modernen Psychologie (vgl. Bischof 2005) überein, die wichtige Teile der menschlichen Entscheidungsfindung im vorbewussten Bereich des Denkens verankert sieht.

Nicht-reflektierte Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata können als *Mentalitäten* bezeichnet werden. Der auch in der Alltagssprache verwendete Begriff, steht für die Gesamtheit der mentalen Dispositionen, die dem bewussten Handeln vorgelagert sind. Anders als Ideologien sind Mentalitäten nicht theoretisch begründet, sondern es sind Produkte der praktischen Lebenserfahrungen der Handelnden. Aufgrund ihrer Genese sind sie weder konsistent, noch ergeben sie ein geschlossenes Ganzes, in ihnen spiegelt sich jedoch der soziale und kulturelle Hintergrund ihrer Träger. Der Begriff der Mentalität wird deshalb häufig nicht auf einzelne Individuen, sondern auf soziale Milieus und kulturelle Gruppen bezogen. Dies kommt zum Ausdruck, wenn man von einer «urbanen Mentalität» spricht oder von «Mentalitätsunterschieden» zwischen den USA und Kontinentaleuropa.

Trotz ihrer Verankerung im Unbewussten sind Mentalitäten nie gänzlich aus der Sphäre des Bewusstseins verbannt. Über die Schwelle der bewussten Wahrnehmung treten Mentalitäten dann, wenn sich Menschen mit unterschiedlichem kulturellem oder sozialem Hintergrund konfrontiert sehen. Wenn kultur- oder milieufremde Personen in bestimmten Situationen anders agieren und reagieren, als man es in seinem eigenen Kreis gewohnt ist, führt dies zu Dissonanzen, welche die Mentalitätsunterschiede augenfällig machen. Typischerweise wird dabei eher das Handeln der andern als Ausdruck einer spezifischen Mentalität wahrgenommen, während das eigene Handeln als normal und angemessen erscheint.

2.2.3.2 Mentalität und Habitus

Zu den ersten, die das Phänomen der Mentalität thematisierten, gehörten die Vertreter der *Annales*-Schule. Es handelte sich dabei um einen offenen Zirkel französischer Historiker, die in der 1929 von Marc Bloch und Lucien Febvre gegründeten Zeitschrift «*Annales. Économies sociétés civilisations*» publizierten. Sie beschäftigten sich mit «kollektivpsychologischen» Strukturen von langer Dauer und zeichneten sich aus durch ihre Offenheit zu den kulturwissenschaftlichen Nachbardisziplinen

Anthropologie, Psychologie, Völkerkunde und Religionswissenschaften (vgl. Dinzelsbacher 1993: XV f.). Unter dem Begriff der «historischen Mentalität» verstehen die Vertreter der *Annales* «das Ensemble der Weisen und Inhalte des Denkens und Empfindens, das für ein bestimmtes Kollektiv in einer bestimmten Zeit prägend ist» (ebd.: XXI).

Einzigartig am Konzept der *Annales* war der ausgesprochen weit gefasste Mentalitätsbegriff, der nicht nur die Inhalte der Ideen- und Geistesgeschichte umfasste, sondern in die Sphäre der Alltagspraktiken und -empfindungen ausgreift. Dazu gehören ästhetische Anschauungen und Stile genauso wie das Verhältnis von Körper und Geist, sowie der Umgang mit Sexualität, Krankheit, Alter und Tod. Die französischen Historiker hatten erkannt, dass sich die Charakteristik und der Zustand einer Gesellschaft gerade auch in den alltäglichsten Dispositionen der breiten Bevölkerung und den damit verbundenen Praktiken spiegeln. Die *Annales* grenzten sich gegen die klassische Ideen- und Geistesgeschichte ab, die ihre Untersuchungen vornehmlich auf die bewusste Selbstdarstellung der Eliten abstützte, die nicht immer der gelebten Realität entsprechen musste.

Zeitgleich mit den Historikern der Annales-Schule entwickelte der deutsche Soziologe Theodor Geiger einen nahezu kongruenten Mentalitätsbegriff:

«Lebenshaltung, Gewohnheiten des Konsums und der sonstigen Lebensgestaltung, Freizeitverwendung, Lesegeschmack, Formen des Familienlebens bilden im Ensemble den Typ des Lebensduktus und dieser ist Ausdruck der Mentalität.» (Geiger 1987 [1932]: 80)

Geiger, der sich als Soziologe besonders für die soziale Genese der Mentalitäten interessierte, hat aus heutiger Sicht einen visionären Ansatz geschaffen, der direkt zum Habitus-Konzept von Bourdieu weist. Bourdieus Habitus-Begriff bezeichnet die innere geistige Haltung (1979 [1976]: 165), die analog zu Geigers Mentalität alle Aspekte des Denkens, Urteilens und Empfindens umfasst. Habitus ist «ein System dauerhafter und übertragbarer Dispositionen» (ebd.). Im Gegensatz zu Mentalität wird mit Habitus im allgemeinen Sprachgebrauch jedoch nicht nur die innere Haltung bezeichnet, sondern ebenso die äussere Haltung und Erscheinung. Bourdieu selber lässt die zweite Bedeutung von Habitus häufig mitschwingen, indem er Zeichen der Distinktion wie die gesprochene Sprache, die Kleidung oder die Körperhaltung zum Habitus zählt. Für Bourdieu ist Habitus kein bloss geistiges Konzept, sondern es sind «die einverlebten, zu Körpern gemachten Werte.» (ebd.: 200).

2.2.3.3 Diskursive Ebene

Das Gegenstück zu den im Unbewussten verankerten Mentalitäten bilden interpretativ-klassierende Systeme, die verbalisiert und formalisiert sind und dementsprechend auf der diskursiven Ebene des kognitiven Apparats ansetzen. Dazu zählen politische Doktrinen, religiöse Bekenntnisse und wissenschaftliche Theorien. Es handelt sich dabei um Systeme von diskursiv begründeten Positionen, Urteilen und Schlüssen, die unter dem Überbegriff *Ideologie* gefasst werden können. Der so gefasste Ideologiebegriff weicht vom heute im deutschen Sprachgebrauch gängigen ab.

Ideologie hat im Deutschen einen zunehmend negativen Beigeschmack erhalten. Als «ideologisch» werden dogmatische, nicht auf Fakten beruhende Weltbilder bezeichnet. Der hier verwendete Ideologiebegriff schliesst dagegen an die klassisch sozialwissenschaftliche Begriffsverwendung an. Bereits Ende der 1920er-Jahre hatte der deutsche Soziologe Theodor Geiger Ideologie im Gegensatz zu Mentalität definiert:

«Unter Ideologie seien verstanden: Lebens- und Weltdeutungen oder auch Gedankengefüge, die sich auf enger abgesteckte Gegenstandsbereiche, z.B. auf die Wirtschaft oder einzelne wirtschaftliche Tatsachen beziehen. Gemein ist diesen, umfassenden sowohl als gegenständlich begrenzten Ideologien, dass sie als Doktrin oder Theorie auftreten. Sie sind also mitteilbar, sind mögliches Lehrgut, können gepredigt und verbreitet werden. Die Mentalität dagegen ist geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrung.» (Geiger 1987 [1932]: 77)

Als formulierte und begründete Weltdeutungen sind Ideologien der diskursiven Kritik und Auseinandersetzung zugänglich. Sie unterliegen politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten über ihre Stringenz und Gültigkeit. Sie entfalten nur dann eine Wirkung auf das gesellschaftliche Handeln, wenn sie von grösseren Bevölkerungskreisen verinnerlicht werden und als Werte und Einstellungen dem Handeln zugrunde gelegt werden.

In der durch Karl Mannheim geprägten Wissenssoziologie spielen Ideen und Ideologien eine zentrale Rolle für die Erklärung der Wirklichkeitswahrnehmung (1995 [1929]). Mannheim repräsentierte eine «intellektualistische» Tradition der Wissenssoziologie (Berger/Luckmann 1994 [1966]: 9-16), die auf einem idealistischen Weltbild basiert, in der Art wie wir es oben skizziert haben (Kapitel 2.2.2.3). Die intellektualistische Weltdeutung impliziert, dass die von den geistigen Eliten entworfenen Ideen den Gang der Gesellschaft entweder direkt bestimmen, oder dass ihre Ideen von den Massen aufgenommen werden und so indirekt Einfluss entfalten.

In der jüngeren, von Berger und Luckmann geprägten Wissenssoziologie wird die Bedeutung von durch Eliten entworfenen, ideologischen Konzepten jedoch relativiert. Berger und Luckmann schrieben dazu:

«Theoretische Gedanken, ‚Ideen‘, Weltanschauungen, sind so wichtig nicht in der Gesellschaft. Obwohl auch diese Phänomene in sie hineingehören, sind sie doch nur ein Teil dessen, was ‚Wissen‘ ist. Nur ein begrenzter Kreis von Leuten ist zum Theoretisieren berufen, zum Geschäft mit ‚Ideen‘ bestellt, zur Fabrikation von Weltanschauungen. Aber jedermann in der Gesellschaft hat so oder so Teil an Wissen.» (Berger/Luckmann 1994 [1966]: 16)

2.2.3.4 Die doppelte Hermeneutik von Ideologie und Mentalität

Während gelebte Mentalitäten dem alltäglichen Handeln zugrunde liegen, fristen die von geistigen Eliten verfassten Ideologien nicht selten ein theoretisches Dasein jenseits der Praxis. Menschliche Akteure leben ihr Leben im Allgemeinen nicht nach geschlossenen ideellen Vorgaben, sondern entwickeln ihre mentalen Dispositionen aus einer Vielzahl von Erfahrungen und Lernprozessen. Trotzdem sollte die Bedeutung von diskursiv begründeten Gedankengebäuden nicht unterschätzt werden. Dabei muss deren Wirkungsweise jedoch jenseits intellektualistischer Voreingenommenheit neu definiert werden.

Ideologien und Mentalitäten bedingen sich gegenseitig. Ideelle Entwürfe können sehr wohl das praktische Denken prägen, sie sind jedoch immer auch darin verwurzelt und darauf aufgebaut. Giddens bezeichnet die wechselseitige Durchdringung von (sozialwissenschaftlicher) Theorie und gesellschaftlicher Praxis als «doppelte Hermeneutik» (1995 [1984]: 338), da beide Seiten die Entwicklung der jeweils anderen interpretierend aufnehmen und sich so gegenseitig strukturieren. Das Prinzip der doppelten Hermeneutik, das Giddens spezifisch auf die Sozialwissenschaften bezieht, kann ohne weiteres auf das Verhältnis zwischen Ideologie und Mentalität im Allgemeinen erweitert werden.

Die doppelte Hermeneutik zwischen ideellen Konzepten und gelebten Mentalitäten lässt sich am Beispiel des Sozialismus veranschaulichen: Es ist offenkundig, dass ideologische Entwürfe wie der Marxismus das Denken von breiten Gesellschaftskreisen geprägt und geleitet haben. Ihre Wirkung konnten die sozialistischen Ideologien jedoch nur entfalten, weil sie von den Werten, Anschauungen und dem Lebensgefühl ihrer Zeit durchdrungen waren. Die sozialistischen Vordenker hatten ihre Ideologien nicht aus dem reinen Geist geboren, sondern sie erhoben bestehende Mentalitäten und Anschauungen in eine diskursive Form. Durch die Verfassung von ideologischen

Konzepten werden bestehende Denkweisen kanalisiert, gestärkt und verfestigt, jedoch nicht aus dem Nichts geschaffen. Die doppelte Hermeneutik wurde in ihrem Kern bereits von Geiger beschrieben:

«Aus der Mentalität wächst die Ideologie als Selbstausslegung hervor – und umgekehrt: kraft schichttypischer Mentalität bin ich für diese oder jene ideologische Doktrin empfänglich: sie ist mir adäquat.» (Geiger 1987 [1932]: 78)

In der Sichtweise der doppelten Hermeneutik erscheint auch Webers (1996 [1904/05]) Verbindung von «protestantischer Ethik» und mit dem «Geist des Kapitalismus» in einem anderen Licht. Reformatoren wie Luther, Zwingli und Calvin hatten die von ihnen postulierten ethischen Grundsätze nicht einfach erfunden. Vielmehr sind damals in den erwachenden bürgerlichen Gesellschaften neue Werte aufgekomen, die sie als Theologen aufgenommen und verarbeitet hatten. Nur so ist erklärbar, dass ihrer Reformanstösse auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Das heisst auch, dass sich die Reformation vor allem dort durchsetzen konnte, wo bereits ein bürgerlich-kapitalistischer Nährboden vorhanden war. Die «protestantische Ethik» und der «Geist des Kapitalismus» waren zwei Seiten einer Medaille, die sich gegenseitig durchdrungen und verstärkt haben (vgl. dazu auch Hofstede 1997: 16).

Die doppelte Hermeneutik zwischen Mentalitäten und Ideologien führt dazu, dass die beiden Grundtypen von interpretativ-klassierenden Systemen häufig eng miteinander verwoben sind und deshalb beide einen wichtigen Anteil an die Strukturierung der Gesellschaft leisten.

2.2.3.5 Weltanschauung und praktisches Bewusstsein

Mentalität und Ideologie stehen sich als gegensätzliche Instanzen interpretativ-klassierender Systeme gegenüber. Wie eingangs dieses Kapitels aufgezeigt, weist der kognitive Apparat gemäss dem Modell Giddens keine Zwei-, sondern eine Dreiteilung auf. Zwischen den im Unterbewussten fussenden Mentalitäten und den diskursiv begründeten Ideologien kann ein weiterer Typ von interpretativ-klassierenden Systemen ausgemacht werden. Diese gründen im so genannt «praktischen Bewusstsein» (Giddens 1995 [1984]: 91-95).

Das praktische Bewusstsein nimmt in Giddens Handlungstheorie eine zentrale Stellung als Steuerungsinstanz alltäglicher, routinierter Handlungen ein. Es handelt sich dabei um Denkinhalte, die prinzipiell begründbar sind, die jedoch aus praktischen und denkökonomischen Gründen im Alltag nicht begründet, sondern als gegeben angenommen werden und meist unreflektiert ins Handeln einfließen. Geisteshaltungen,

die auf der Ebene des praktischen Bewusstseins ansetzen, haben die Form von *Weltanschauungen*. Weltanschauungen sind in Bezug auf ihren Artikulationsgrad und ihren Anspruch nach Stringenz zwischen Mentalitäten und Ideologien angesiedelt. Weltanschauungen können gleichermassen als Sonderform von Ideologien, wie auch als Sonderform von Mentalitäten angesehen werden. Sie können als eine Sonderform der Ideologie angesehen werden, insofern als sie in sich geschlossene Deutungs- und Sinnsysteme sind. Weltanschauungen sind praktische und praktizierte Ideologien. Sie gründen im menschlichen Bedürfnis nach Orientierung in der Welt und nach der *grossen Erzählung*, welche die verschiedenen Aspekte des Seins in einen Zusammenhang stellt.

Weltanschauungen können jedoch ebenso als Sonderform von Mentalitäten angesehen werden. Im Gegensatz zu Ideologien sind Weltanschauungen keine erdachten und formal verfassten Gedankengebäude, sondern es sind im Alltag gelebte interpretativ-klassierende Systeme. Die Weltanschauung ist jener Teil der Mentalität, der einer reflexiven Begründung unterliegt und zumindest eine partiell bewusste Positionnahme verlangt. Als Teil des praktischen Bewusstseins wird die Weltanschauung im Alltag normalerweise nicht reflektiert, sondern nur wenn eine Handlungssituation eine Erklärung und Begründung der eigenen Sichtweise verlangt.

2.2.4 Die politische Dimension des Mentalen

In den bisherigen Ausführungen wurden Mentalitäten, Weltanschauungen und Werte insgesamt betrachtet. Das Kernthema dieser Arbeit sind jedoch jene Dispositionen, die der politischen Auseinandersetzung zugrunde liegen und die sich darin manifestieren. Die politische Dimension des Mentalen lässt sich nicht trennscharf ermitteln. Zwischen politischen und ausserpolitischen Dispositionen besteht ein gradueller Übergang und potenziell kann jeder Aspekt einer Mentalität oder einer Weltanschauung politische Relevanz erhalten.

Trotzdem können systematische Unterschiede im Politisierungsgrad verschiedener Dispositionen festgestellt werden. Bedeutsam sind dabei die inhaltlichen Bezugsfelder von mentalen Dispositionen: Einen eher geringen politischen Bezug weisen beispielsweise Geschmacksurteile auf. Wichtig sind diese vor allem für das Konsumverhalten und damit für die Strukturierung des ökonomischen Angebots. Wie Bourdieu (1994 [1979]) zeigte, spielen Geschmacksurteile jedoch auch für die soziale Distinktion und die Reproduktion von Klassegegensätzen eine wichtige Rolle und besitzen somit zumindest indirekt eine politische Bedeutung. Bestandteil der politi-

schen Grundorientierung im engeren Sinn sind sie jedoch nicht. Einen direkten politischen Bezug weisen Einstellungen und Werte auf, die nicht nur die eigene Lebensgestaltung betreffen, sondern sich auf die gesellschaftliche Ordnung insgesamt beziehen. Dazu gehören beispielsweise Einstellungen zu Autoritäten oder zu Gerechtigkeit.

Um das Feld der politischen Dispositionen eingrenzen zu können, müssen die interpretativ-klassierenden Schemata nach ihren inhaltlichen Bezugsfeldern gegliedert werden. Auf Grundlage dieser Gliederung können die relevanten Kriterien für den Politisierungsgrad von Einstellungen und Werten festgemacht werden.

2.2.4.1 Private und öffentliche Sphäre

Für die Unterteilung mentaler Dispositionen von zentraler Bedeutung ist der Gegensatz zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Handlungssphäre. Im persönlich-privaten Bereich haben mentale Dispositionen eine unmittelbar strukturierende Wirkung, denn sie können – im Rahmen bestimmter Restriktionen – von den handelnden Individuen der Gestaltung ihrer eigenen Lebenswelt zugrunde gelegt werden. Subjektive Einstellungen und Werte beziehen sich jedoch immer auch auf Sphären, die jenseits der eigenen Gestaltungsmacht liegen. Als gesellschaftliches Wesen hat der Mensch Vorstellungen darüber, nach welchen Regeln und Bedingungen das Zusammenleben organisiert werden soll. Mit Ausnahme eines autokratischen Herrschers ist jedoch niemand fähig, diese Vorstellungen autonom in Tat umzusetzen. Mentale Dispositionen, die sich auf Dinge der öffentlichen Sphäre beziehen, strukturieren die Wirklichkeit nicht direkt, sondern nur indirekt über die öffentliche Debatte und über die politische Partizipation.

Private Sphäre

In den eigenen vier Wänden, in der Freizeit und beim privaten Konsum ist die strukturierende Wirkung mentaler Dispositionen eine unmittelbare. Da in diesen Lebensbereichen eine relativ grosse Handlungsautonomie besteht, können die eigenen Bedürfnisse und Wünsche nicht nur geäussert, sondern auch ausgelebt werden. Selbst im privatesten Bereich ist die Autonomie jedoch immer nur eine partielle: Gesetze und gesellschaftliche Normen setzen einen Rahmen, den zu überschreiten mit Sanktionen verbunden ist. Eine andere Einschränkung bilden die verfügbaren Ressourcen, die bestimmen, welche Wünsche überhaupt realisiert werden können.

Besonders in wohlhabenden liberalen Gesellschaften öffnet sich für die meisten Individuen trotz Einschränkungen ein relativ grosses Feld, das sie gemäss ihren

Präferenzen und Werten gestalten können. Die Zunahme des Wohlstands und die Lockerung des normativen Rahmens führen zu einer Differenzierung des Habitus und zu einer Pluralisierung der Lebensformen. Durch die Pluralisierung der Güternachfrage und durch das Herausragen neuer Lebensformen in den öffentlichen Raum strukturieren Dispositionen, die an sich die individuell-private Sphäre betreffen, indirekt auch Gesellschaftsbereiche jenseits dieser.

Öffentliche Sphäre

Die Gestaltung der individuell-privaten Sphäre unterliegt einem grossen persönlichen Interesse und sie ist durch ein hohes Mass an Autonomie geprägt. Einstellungen und Werte beziehen sich jedoch nicht nur auf die eigene Privatsphäre, sondern ebenso auf die öffentliche Sphäre, deren Gestaltung sich auf das eigene Leben auswirkt. Im Unterschied zum eigenen Kreis ist die Gestaltungsmacht für den Einzelnen im Bereich der öffentlichen Ordnung stark eingeschränkt.

Dies hat zwei Gründe: Erstens kollidieren in der öffentlichen Sphäre unterschiedlichste Werte und Bedürfnisse. Zweitens besteht in dieser Sphäre häufig ein Zwang zur Koordination und Einigung auf einheitliche Regelungen. Dies zeigt sich bei der Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raums: So kann zum Beispiel eine Strasse nicht zugleich qualitativ hochstehender Lebensraum und Verkehrsader sein. Ein Einigungszwang besteht in weiten Breichen der gesellschaftlichen Ordnung. In einem Rechtsstaat mit dem ihm eigenen Anspruch nach Rechtsgleichheit können gesellschaftliche Regulierungen wie die Finanzierung des Staathaushalts oder die Ausgestaltung von Asylverfahren nicht individualisiert werden, auch wenn in der Gesellschaft divergierende Haltungen dazu bestehen.

Das heisst, dass in der gesellschaftlich-öffentlichen Sphäre die Vielfalt der individuellen Dispositionen reduziert wird und dass sich bestimmte Bedürfnisse und Anliegen gegenüber anderen durchsetzen. Die Entscheidungsprozesse, die zu dieser Reduktion führen, sind ausschlaggebend dafür, welche Werte und Einstellungen schliesslich der Strukturierung der Gesellschaft zugrunde liegen.

2.2.4.2 Politisierungsgrad

Die vorangegangene Charakterisierung der Bezugssphären von Werten und Einstellungen bildet die Basis, auf der politische und ausserpolitische Dispositionen unterschieden werden können. Politisch sind Dispositionen, die sich auf Sachverhalte beziehen, die einem zwar betreffen, über die man jedoch nicht autonom verfügen kann, da sie einer geteilten Entscheidungsmacht unterliegen. Politische Werte und

Einstellungen sind solche, die in Konkurrenz zu andern Werten und Einstellungen stehen. Nur wenn sie sich gegen die andern durchsetzen, fliessen sie in die Gestaltung der objektiven Ordnung ein.

Politische Dispositionen beziehen sich in erster Linie auf die öffentliche Sphäre. Der Druck zur Integration unterschiedlicher Positionen ist hier besonders gross, was dazu führt, dass die unterschiedlichen Einstellungen in permanenter Konkurrenz zueinander stehen. Der Politisierungsgrad hängt dabei einerseits von der Betroffenheit der beteiligten Individuen ab und andererseits von den Unterschieden in der Art der Betroffenheit. So sind beispielsweise die Einstellungen zur Steuergesetzgebung stark politisiert und zwar zum einen, weil diese alle Gesellschaftsmitglieder unmittelbar betrifft. Zum anderen weil sich die Art der Betroffenheit individuell (je nach Einkommen und Vermögen) stark unterscheidet.

Ausserpolitisch sind dagegen in der Regel die Einstellungen und Werte, welche die private Sphäre betreffen. Dies gilt jedoch nur bedingt, denn die Grenze zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre kann an unterschiedlichen Orten gezogen werden. Die Sphäre des öffentlichen Interesses kann fast beliebig in die persönliche Sphäre ausgedehnt werden, womit dieser Sphäre der private Charakter entzogen wird. So war beispielsweise im Kanton Zürich das Zusammenwohnen unverheirateter Paare bis 1972 verboten. Da der Staat und zumindest Teile der Öffentlichkeit das Wie des Zusammenwohnens als eine zu regulierende Angelegenheit einstufen, waren die Einstellungen dazu politisch. Noch heute herrscht keine Einigkeit darüber, ob unverheiratetes Zusammenwohnen sittlich sei, politisch ist die Angelegenheit jedoch nicht mehr, denn es besteht ein breiter Konsens darüber, dass es nicht die Sache der Öffentlichkeit ist, sich hier einzumischen.

An diesem Beispiel zeigt sich die Variabilität der Grenze zwischen dem ausserpolitischen und dem politischen Teil mentaler Dispositionen. In den westlichen Gesellschaften ist in den letzten Jahrzehnten das Thema der Sittlichkeit weitgehend entpolitisiert worden. Daraus zu schliessen, dass die persönliche Sphäre generell entpolitisiert worden sei, ist jedoch falsch: So ist die Problematik der häuslichen Gewalt, die lange Zeit kaum ein politisches Thema war, in den letzten Jahren politisiert worden. Im Kanton Zürich ist die häusliche Gewalt seit 2004 ein Offizialdelikt.

Ähnliche Verschiebungen des Politisierungsgrades in beide Richtungen finden sich auch bei ethisch-religiösen Fragen. Im Zuge von Aufklärung und Modernisierung wurden zwar viele Aspekte von Religion und Ethik entpolitisiert. Die Maxime Friedrichs des Grossen – Jeder kann nach seiner Façon selig werden – hat sich durchgesetzt. Durch den technischen Fortschritt sind jedoch bestimmte ethische Fragen erst

heute politisch geworden: So die Frage nach der künstlichen Verlängerung des Lebens oder nach dem Einsatz der Gentechnologie.

2.2.4.3 Die Rolle des politischen Diskurses

Politische Einstellungen und Werte beziehen sich auf Sachverhalte, die potenziell eine Vielzahl von Personen betreffen, über die jedoch das einzelne Individuum nicht in Eigenregie verfügen kann. Im Idealfall sorgen demokratische Entscheidungsprozesse dafür, dass sich die mehrheitsfähigen Anschauungen durchsetzen. Aus Sicht des politischen Individuums bedeutet dies, dass es die eigenen Anschauungen artikulieren, in den politischen Diskurs und schliesslich auch bei Wahlen und Abstimmungen einbringen muss, wenn es Mitgestalten will. Das heisst, dass politische Einstellungen, auch wenn sie Themen betreffen, über die unmittelbar keine Verfügungsgewalt besteht, doch Gestaltungsmacht entfalten können.

Eine zentrale Rolle im politischen Entscheidungsprozess nimmt der politische Diskurs ein. Im politischen Diskurs werden die konkurrenzierenden Anschauungen offen gelegt, mit Argumenten begründet und unterlegt und es werden Sachfragen mit weltanschaulichen Positionen und Parteipositionen verknüpft. Menschen, die an diesem Diskurs aktiv oder passiv teilnehmen, reflektieren die konkurrierenden Argumente, verschaffen sich ein Bewusstsein über ihre eigene Position und können darüber Auskunft geben. Politische Dispositionen erhalten deshalb unweigerlich einen höheren Bewusstseins- und Artikulierungsgrad als ausserpolitische Dispositionen, die unmittelbar in gestaltendes Handeln umgesetzt werden können.

Die Konkurrenz der Ideen und der Zwang zur Mehrheitsfindung bilden die Grundlage dafür, dass den politischen Dispositionen eine besondere Rolle in der Erforschung des Mentalen zukommt. Der politische Diskurs und die politische Partizipation gehören zu den wenigen «natürlichen» Handlungsgefässen, in denen Weltanschauungen und Werte artikuliert und aufgezeichnet werden. Der politische Diskurs trägt ausserdem zu einer überdurchschnittlichen Reflektiertheit der eigenen Position bei. Viele Menschen sind fähig, ihre politischen Einstellungen und Grundhaltungen zu beschreiben, was für etliche andere Aspekte der eigenen Mentalität nicht gegeben ist.

Diese Eigenheiten führen dazu, dass der politische Bereich mentaler Dispositionen aus wissenschaftlicher Sicht von besonderem Interesse ist. Auch wenn sich das Interesse nicht ausschliesslich auf die Einstellungen zur Politik beschränkt, bilden politische Einstellungen einen fruchtbaren Zugang zur Erforschung interpretativ-klassierender Schemata. Wie wir gezeigt haben, beziehen sich die politischen Werte

und Einstellungen nicht nur auf die öffentliche Sphäre, sondern betreffen aufgrund deren zumindest partiellen Politisierung auch die persönlich-private Sphäre.

In besonderem Mass gilt dies natürlich für die Schweiz und andere politische Systeme (wie zum Beispiel Kalifornien), in denen regelmässig Volksabstimmungen durchgeführt werden. Hier entwickelt sich ein breiter politischer Diskurs zu den unterschiedlichsten Sachthemen und es wird eine Unzahl von politischen Meinungsäusserungen durch den direktdemokratischen Partizipationsprozess erfasst und abgebildet.

2.2.4.4 Diskursivität und Politisierungsgrad

Die hohe Diskursivität des Politischen führt dazu, dass politische Dispositionen stärker aus den unbewussten Schichten des kognitiven Apparats in das diskursive Bewusstsein ragen als die meisten anderen Aspekte des interpretativ-klassierenden Systems. Dies spiegelt sich im Verhältnis des Politischen zu den Konzepten «Mentalität», «Weltanschauung» und «Ideologie». Je diskursiver ein interpretativ-klassierendes System, desto höher ist dessen Politisierungsgrad. Entsprechend der Darstellung (Abbildung 2-1) bezieht sich der Ideologiebegriff auf Wirklichkeitsbereiche, die zumindest einen implizit politischen Charakter besitzen. Der Mentalitätsbegriff weist dagegen eine weit weniger starke politische Färbung auf und wird häufig in Zusammenhang mit Alltagspraktiken verwendet (Dinzelbacher 1993). Trotzdem umfasst der Begriff der Mentalität auch den politisierten Teil des interpretativ-klassierenden Systems. Als Bindeglied zwischen Mentalität und Ideologie nimmt die Weltanschauung auch hier eine intermediäre Position ein.

Der Begriff der Ideologie wird im modernen Sprachgebrauch auf (zumindest im weiteren Sinn) politische Sachverhalte bezogen. Wer von Ideologie spricht, denkt in der Regel an Gedankengebäude wie Sozialismus, Liberalismus oder Faschismus. Neben diesen umfassenden politischen Ideologien werden auch Ideensysteme zur Wirtschaftsordnung (Keynesianismus, Monetarismus, Neoliberalismus usw.) und zu den existenziellen Seinsbedingungen (Konstruktivismus, Behaviorismus, Kreationismus usw.) als Ideologien bezeichnet. Diese Ideensysteme gründen im wissenschaftlichen beziehungsweise im ethisch-religiösen Diskurs, greifen jedoch aus ihrer jeweiligen Perspektive politische Grundfragen auf.

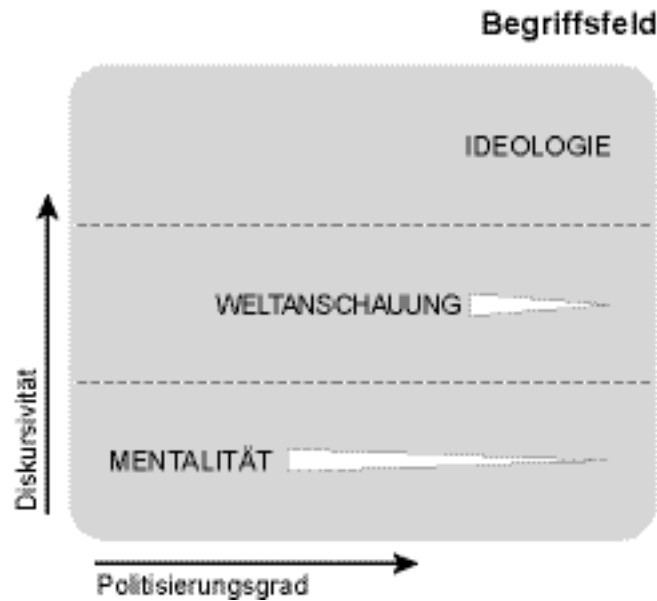


Abbildung 2-1: Ordnung der Begriffsfelder (eigene Darstellung)

Die starke politische Aufladung des Ideologiebegriffs leitet sich aus der differenzierten Wirkungsweise von Werten und Einstellungen ab. Im alltäglichen Kontext werden diese meist ohne bewusste Reflexion dem Handeln zugrunde gelegt. Da die Akteure ihre Wünsche und Bedürfnisse autonom umsetzen können, müssen sie ihr Handeln nicht argumentativ begründen.

Ideologien können ihre Wirkung nur dort entfalten, wo dem Handeln eine bewusste Reflexion vorangeht und unter den Akteuren ein Bedürfnis nach argumentativer Begründung ihres Tuns vorhanden ist. Wie oben dargelegt, ist dies ein typisches Merkmal für die politische Sphäre, in der Dispositionen nur mittelbar in die Gestaltung der Wirklichkeit einfließen. Im politischen Diskurs können die Stärken von geschlossenen und kohärenten Ideensystemen ausgeschöpft werden. Durch ihre logische Stimmigkeit erreichen Ideologien eine hohe Überzeugungskraft und können so dazu beitragen, bestimmten Anliegen und Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Ähnliches gilt für den wissenschaftlichen und den ethisch-religiösen Diskurs, bei denen die Überzeugungskraft von Positionen und Anschauungen ebenso ein Erfolgsfaktor ist.

Allerdings sind Kohärenz und Stimmigkeit nicht die einzigen Faktoren für die Überzeugungskraft im politischen, wissenschaftlichen und ethisch-religiösen Diskurs. Ebenso wichtig ist die empirische Evidenz. Die Bedeutung der empirischen Evidenz nimmt dabei tendenziell gegenüber dem Faktor der inneren Stringenz zu. Dies ganz

einfach deshalb, weil immer neue empirische Erfahrungen gewonnen werden und dadurch der Raum für Gedankengebäude tendenziell kleiner wird.

Im persönlichen Bereich spielen Ideologien keine bestimmende Rolle. Am ehesten können sie dort ansetzen, wo das Handeln zumindest zeitweise hinterfragt und neu begründet wird. Bewusste Reflexionen sind typisch für die Bereiche Gesundheit, Ernährung, Verhältnis zum Tod und allenfalls Kindererziehung.

2.3 Kollektive Mentalitäten

Mentale Dispositionen haben ihren Sitz im psychischen Apparat des Menschen. Es sind kognitive Werkzeuge, die dem handelnden Individuum als Wahrnehmungs- und Beurteilungsgrundlagen zur Verfügung stehen. So wie der Charakter oder das Temperament ist die Mentalität ein Persönlichkeitsmerkmal. In den vorangegangenen Abschnitten wurde jedoch bereits angedeutet, dass interpretativ-klassierende Schemata nicht alleine als individuelle Phänomene angesehen werden können. Mentale Dispositionen entstehen und bestehen in einem sozialen und kulturellen Kontext. Personen, die sich in demselben Kontext bewegen, bilden ähnliche Mentalitäten aus. Gleichen sich die Mentalitäten der Menschen, die in einem bestimmten gemeinsamen Bezugssystem stehen, sprechen wir von *kollektiven Mentalitäten*. Anders als die Mentalitätshistoriker in der Tradition der Annales-Schule oder auch Geiger (Dinzelbacher 1993: XXI; Geiger 1987 [1932]: 78) bestimmen wir jedoch Mentalität nicht explizit als kollektives Phänomen, sondern als eines, das sowohl eine individuelle wie eine kollektive Dimension besitzt.

Der Begriff des Kollektivs ist dabei mit Bedacht und Sorgfalt zu verwenden, denn Konzepte wie *kollektives Handeln*, *kollektives Bewusstsein* oder *kollektive Identität* suggerieren die Existenz von sozialen Ganzheiten mit menschengleichen Wesenszügen und einer eigenen Subjektivität (Berger/Luckmann 1994 [1966]: 185 f.). Die holistische Vorstellung eines Kollektivs mit einer eigenen Subjektivität und eigenen Empfindungen bildet das intellektuelle Fundament totalitärer Ideologien wie Faschismus oder Kommunismus, bei denen die Bedürfnisse der Einzelnen auf Kosten des Ganzen zurückgedrängt werden. Der politische Missbrauch holistischer Konzepte hat dazu geführt, dass in Teilen der Sozialwissenschaften das Kollektiv als Analyseobjekt generell zurückgewiesen wurde und wird (vgl. Werlen 1995: 36-49).

Den Verzicht auf die Analyseebene des Kollektivs erachten wir als unnötige Selbstbeschränkung, die zur Ausblendung wesentlicher Aspekte des gesellschaftlichen Seins führt. Aufgrund der Problematik der Hypostasierung des Kollektivs ist es jedoch unerlässlich, dass die theoretischen Konzepte der kollektiven und der regionalen Mentalität differenziert und gewissenhaft untermauert werden. Als erstes wird im Folgenden beleuchtet, was unter *Kollektiv* und *kollektivem Handeln* zu verstehen ist.

2.3.1 Kollektiv und kollektives Handeln

Durkheim sah im Kollektiv ein annähernd «absolutes Subjekt, dem die Menschen als von vorneherein Ohnmächtige gegenüberstehen» (Lenk 1984: 39). Die «conscience collective» beschreibt Durkheim als lebendige und tätige Kraft:

«Die innerhalb von Gruppen entstehenden und wachsenden Gefühle besitzen eine Energie, an welche die rein individuellen Gefühle nicht heranreichen. [...] Von der Kollektivität mitgerissen, gibt das Individuum das Interesse an sich selbst preis, es vergisst sich, widmet sich ganz den gemeinsamen Zwecken.» (Durkheim 1984 [1925]: 164)

Das Kollektiv im durkheimschen Sinn ist ein integriertes Ganzes, in dem das einzelne Individuum vollständig aufgeht und das *Ich* durch das *Wir* ersetzt wird. Dabei stimmen auch die interpretativ-klassifizierenden Schemata zwischen dem Ganzen und den Einzelnen überein. Kollektive dieser Art sind, wenn es sie überhaupt gibt, die Ausnahme. Am nächsten an ein Kollektiv im durkheimschen Sinn kommen totalitäre religiöse Sekten und doktrinäre politische Bewegungen. Geiger betonte deshalb zu Recht: «Der Lebensdrang der Gruppe deckt sich nicht mit dem Lebensdrang der einzelnen Mitglieder» (1987 [1926]: 7).

2.3.1.1 Der soziale Verband als Kollektiv

Jenseits des substantialistischen Kollektivbegriffs Durkheims kann das *Kollektiv* nüchtern als ein *Verband* im Sinne von Weber (1972 [1922]: 26-30) aufgefasst werden. Es handelt sich dabei um eine «nach außen regulierend beschränkte oder geschlossene soziale Beziehung» (ebd.: 26), bei der die Mitglieder einen Teil ihrer Handlungsautonomie an das Kollektiv – repräsentiert durch die Verbandsleitung – abgeben (müssen). Zum Typus des sozialen Verbands gehören Gebilde wie die Familie, Vereine, Parteien, Kirchen, Gemeinden und der Staat.

Verbände sind nicht einfach Aggregate von Individuen, sondern sie besitzen ein «objektives Sein», das in der Regel auch dann Bestand hat, wenn sich die Verbandsmitglieder erneuert haben (Geiger 1987 [1926]: 7). So bleibt beispielsweise eine Partei auch dann meist bestehen, wenn alle ihre Gründungsmitglieder gestorben sind. Die Basis für das Fortbestehen von Verbänden ist die Existenz eines Systems von Normen, Werten und Regeln, welches von Weber als *Verbandsverfassung* bezeichnet wird. Der Begriff der Verbandsverfassung deckt sich nicht mit der formalen Verfassung im Sinne eines Grundgesetzes, sondern er umfasst gleichermassen alle formellen

und informellen Schemata die den Zutritt zum Verband und die Rollenverteilungen im Verband regeln und die generellen Richtlinien des kollektiven Handelns umfassen. Durch die Übertragung von Handlungsmacht an die Verbandsleitung und an andere Verbandsorgane erhalten diese die Vollmacht, den Verband zu führen und die Verbandsmitglieder zu bestimmten Handlungen zu verpflichten. Anstelle oder zusätzlich zur Machtübertragung kann das Verbandshandeln auch auf direktdemokratische Entscheidungsprozesse abgestützt werden (etwas, das Weber nicht in Erwägung gezogen hatte). Verbände existieren in unterschiedlichem Organisationsgrad: Neben stark regulierten Gebilden wie Staaten oder Unternehmen weisen auch lose *soziale Gruppen* Verbandseigenschaften auf. So bestehen beispielsweise in Peergruppen Zutrittsbeschränkungen und Verhaltensregeln und es gibt Anführer und Anführerinnen, die im Namen der Gruppe handeln. Das heisst, es besteht ein gradueller Übergang zwischen ephemeren sozialen Verbindungen und persistenten, hoch-integrierten sozialen Organisationen.

Kollektives Verbandshandeln

Durch die Übertragung von Macht von den einzelnen Mitgliedern an die Verbandsorgane werden Verbände zu Handlungsträgern: Ein Staat kann in den Krieg ziehen, eine Firma neue Märkte erschliessen und eine Partei kann an Wahlen teilnehmen. Als handelnde Einheit ist der Verband ein Kollektiv im engeren Sinn.

Zu Recht gab Parsons jedoch zu bedenken, dass auch das kollektive Handeln eines Verbands letztlich «immer eine Sache individuellen Verhaltens» ist. Für ihn ist das, «was gewöhnlich als Einheit kollektiven Verhaltens bezeichnet wird, [...] das komplexe Ergebnis der verschiedenen Handlungen der das Kollektiv bildenden Akteure» (1994 [1939]: 174). Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille: Ein Individuum, das eine bestimmte Rolle in einem Verband einnimmt und in dieser Rolle repräsentativ für den Verband handeln kann, handelt anders als eine ungebundene Person. Die Machtübertragung ist mit bestimmten Erwartungen und Bedingungen verknüpft. Ausserdem sind die Repräsentationspersonen des Verbands nicht einfach beliebige Verbandsmitglieder, sondern solche, die sich innerhalb des Verbandes eine Autorität erschaffen haben und sich gegen Mitbewerbende durchsetzen konnten. Im Handeln der Verbandrepräsentanten und -repräsentantinnen spiegeln sich deshalb die dominierenden interpretativ-klassierenden Schemata und die Machtstrukturen des Verbands.

Organismusanalogie

Der soziale Verband besitzt strukturelle Ähnlichkeiten mit einem Organismus im biologischen Sinn. Wie ein Organismus ist ein Verband ein System mit Systemgren-

zen, das sich entwickeln, das sich aber auch auflösen kann. Persistenten Verbänden liegt ein Fliessgleichwicht von ein- und austretenden Mitgliedern zugrunde, wie Organismen unterliegen sie dabei einem Stoffwechsel. Ausserdem sind Verbände wie Organismen intern gegliedert. Sie bestehen aus verschiedenen *Verbandsorganen* mit unterschiedlichen Funktionen. Der soziale Verband bildet wie ein biologischer Organismus eine reproduktions- und handlungsfähige Ganzheit. Wie jede Analogie hat auch die Organismusanalogie ihre klaren Grenzen. Der englische Intellektuelle Herbert Spencer, auf den die Vorstellung der Gesellschaft als «sozialen Organismus» zurückgeht, hatte die Grenzen seines heuristischen Vergleichs selber klar erkannt, als er festhielt:

«It is well that the lives of all parts of an animal should be merged in the life of the whole, because the whole has a corporate consciousness capable of happiness or misery. But it is not so with a society; since its living units do not and cannot lose individual consciousness, and since the community as a whole has no corporate consciousness.» (Spencer 1860: 9.17)

Der bis heute vielerorts als kruder Sozialdarwinist verschmähte Spencer (Turner et al. 2002) hatte ein ausgesprochen klare Vorstellung von der nicht-biologischen Struktur des sozialen Organismus und vertrat im Gegensatz zu vielen zum Holismus neigenden Sozialwissenschaftlern seiner Zeit ein freiheitliches Gesellschaftsverständnis, das er in einem Satz auf den Punkt gebracht hatte: «the corporate life must [...] be subservient to the lives of the parts» (1860: ebd.). Jedes Mitglied eines Verbands hat ein individuelles Bewusstsein und individuelle Interessen, ausserdem gehört es meist nicht nur einem, sondern mehreren Verbänden an. Ein Verband kann zwar als Kollektiv handeln, er besitzt jedoch weder ein kollektives Empfinden noch ein kollektives Bewusstsein und hat damit im Gegensatz zu einem Organismus auch keinen Selbstzweck.

2.3.1.2 Integration und Identität

Eine wichtige Voraussetzung für das Potenzial eines Verbands kollektiv zu handeln, ist, dass nicht nur die Verbandsrepräsentanten und -repräsentantinnen, sondern auch die einfachen Verbandsmitglieder das Verbandshandeln mittragen. Wenn die Basis streikt, Obstruktion betreibt und sich permanent gegen die Verbandsregeln widersetzt, verliert der Verband seine Handlungsfähigkeit und damit seinen Charakter als Kollektiv.³ Das heisst im Umkehrschluss: Die Verbandsmitglieder müssen eine innere

³ Ausnahmen bilden Zwangsverbände mit ausgebauten Kontroll- und Sanktionsorganen, wie Strafanstalten oder geschlossene psychiatrische Abteilungen. Diese Verbände organisieren sich klar als

Bereitschaft besitzen, sich in den Verband einzugliedern, damit dieser als Kollektiv bestehen kann.

Das Prinzip der Integration

Das Eingliedern einzelner Teile in ein Ganzes wird als *Integration* bezeichnet. Dazu gehört das gegenseitige Abstimmen des Handelns, das sich Orientieren an gemeinsamen Zielen und Werten und das Beachten von Regeln und Normen. Integration führt zur Koordination des Handelns der einzelnen Individuen, sie führt jedoch nicht zur Auflösung der Individualität. Auch wenn die Verbandsmitglieder ihr Handeln (freiwillig oder zur Vermeidung von Sanktionen) an den Anforderungen des Kollektivs orientieren, verfolgen sie ihre eigenen Interessen.

Ein Beispiel für einen hoch-integrierten und zugleich stark individualisierten Handlungsbereich ist der Strassenverkehr. Der private Strassenverkehr funktioniert nur, wenn sich die Verkehrsteilnehmenden an klare Regeln halten und sich aufeinander abstimmen – ein Geisterfahrer genügt, um den Verkehr lahm zulegen. Trotz der hochgradigen Integration des Verkehrsverhaltens verfolgen die Verkehrsteilnehmenden jedoch ihre eigenen Interessen und Ziele, die in keiner Weise mit jenen der anderen übereinstimmen müssen.

Der Begriff der Integration wurde massgeblich durch den Strukturfunktionalismus von Parsons geprägt. Laut Parsons ist die «Integrationsfunktion» die Hauptaufgabe «sozialer Systeme». «Das vorrangige Integrationsproblem eines Handlungssystems ist die Koordination seiner Teileinheiten» (1996 [1971]: 12). Besonders wichtig ist die Integration bei sozialen Verbänden, denn dort geht es nicht nur um die Koordination von Teileinheiten, sondern auch um die Delegation von Macht. Zur Integration in einen Verband gehört deshalb das Vertrauen, dass die Übertragung von Handlungsmacht nicht zu Missbrauch führt, sondern den Einzelnen, die auf einen Teil ihren Autonomie verzichten, zum Vorteil gereicht.

Integration ist eine wichtige Voraussetzung für die Handlungs- und Funktionsfähigkeit eines Verbands, zugleich ist sie jedoch auch eine Folge davon. Wenn beispielsweise ein Staat effizient mit seinen Einnahmen wirtschaftet und für die Sicherheit seiner Bevölkerung sorgt, dann nimmt deren Integrationsbereitschaft zu. Das heisst, die vom Staat gesetzten Regeln werden verinnerlicht und die Bereitschaft zur Entrichtung von Steuern steigt.

Kollektive, auch wenn die Verbandsmitglieder nicht integrationsbereit sind. Diese Zwangsverbände sind jedoch nur begrenzt handlungsfähig. Zwangsverbände, die kollektiv handeln müssen, wie zum Beispiel Armeen, können dies erfolgreich nur mit einem zumindest ansatzweise integrationsbereiten Mitgliederkörper.

Das Prinzip der Identität

Das Beispiel des Strassenverkehrs zeigt, dass die Integration in ein Kollektiv aus rationalen Überlegungen erfolgen kann: Wer einen Unfall oder eine Busse vermeiden will, hält sich an die Verkehrsregeln und integriert sich somit in das Verkehrssystem. Die Integrationsbereitschaft einer Person in einem Verband kann nicht alleine mit dem objektiven Nutzen erklärt werden, der damit verbunden ist. Berger und Luckmann erkannten als wesentlichen Faktor für die Bildung von Kollektiven die Identifikation der Einzelnen mit dem Ganzen (1994 [1966]: 142).

Identifikation und *Identität* sind kognitive Konzepte, die tief im menschlichen Bewusstsein verankert sind. Grundlage dafür ist das Vorstellungsvermögen des Menschen, welches dazu führt, dass er nicht nur Subjekt, sondern auch Objekt seines Denkens ist. Während das *subjektive Ich* als Wahrnehmungszentrum den Dreh- und Angelpunkt der eigenen Welt bildet, ist das *objektive Ich* aus dem Zentrum des Universums verbannt, es ist als Vorstellungsinhalt nur ein Ich unter anderen Ichs.

Die Fähigkeit zur Identitätsbildung ermöglicht dem Menschen seine beiden Ichs – das subjektive und das objektive – als unterschiedliche Ausdrucksformen des eigenen *Selbst* wahrzunehmen. Entsprechend wird unter Identität in der Sozialpsychologie die als Selbst erlebte innere Einheit einer Person verstanden. In seinem posthum veröffentlichten Klassiker «Mind, Self and Society» (1934) hatte George Herbert Mead dabei gezeigt, dass das Selbst ein Produkt sozialer Interaktionen ist. Die Identität einer Person ist nicht nur durch Eigenschaften bestimmt, die diese von anderen unterscheidet, sondern vor allem auch durch Eigenschaften, die diese mit anderen verbindet.

Die von Mead als die «signifikanten Anderen» bezeichneten Bezugspersonen formen das Selbst und sind Teil davon. Eine entscheidende Rolle kommt dabei dem objektiven Ich zu, das anders als das subjektive Ich nicht den egozentrischen Nabel der Welt darstellt. Das objektive Ich ist das Bild, das sich ein Mensch von sich und seiner Position in der Welt macht. Als Vorstellungsinhalt ist dieses Bild im Prinzip beliebig form- und erweiterbar. Dies kommt zum Ausdruck, wenn sich jemand als Mensch, als Frau, als Ärztin, als Toggenburgerin, als Mitglied einer Partei oder als Anhängerin eines Fussballclubs beschreibt. Das heisst, das objektive Ich umfasst nicht nur das nackte Ego, sondern alle Bezugssysteme, die mit ihm verknüpft sind. Aufgrund der empfundenen Identität zwischen subjektivem und objektivem Ich werden diese Bezugssysteme zu einem integralen Bestandteil des eigenen Selbst.

Sich mit etwas zu identifizieren heisst, dieses andere in das eigene Selbst aufzunehmen. Identifikation ist die Grundlage für Empathie, denn nur wer seine eigene Emp-

findsamkeit in anderen wieder erkennt, kann mit diesen anderen mitfühlen. Die soziale Identität des Menschen führt dazu, dass es keine scharfe Grenze zwischen *Ego* und *Alter* gibt. Der Kern des Selbst bildet zwar in der Regel die eigene Person, ausgehend davon besteht jedoch ein gradueller Übergang, der von der Familie und anderen persönlichen Beziehungen zu Verbänden, Klassen und Orten reicht, die eine zunehmend periphere Position in der eigenen Identität einnehmen.

Dem Gegensatz zwischen egoistischem und altruistischem Handeln, wie er dem ökonomischen Handlungsmodell zugrunde liegt, wird durch die Existenz einer sozialen Identität die Basis entzogen. Weil zum Selbst auch Dinge gehören, die jenseits des Egos liegen, sind egoistisches und pro-soziales Handeln in vielen Fällen nicht gegensätzlich. Wenn man sich mit einer Person oder einem Verband identifiziert, ist das Wohlergehen dieser Person oder dieses Verbands zu einem gewissen Grad mit dem eigenen Wohlergehen verknüpft. Sich für diese Person oder diesen Verband einzusetzen, macht deshalb auch aus selbstbezogener Sicht Sinn, selbst wenn daraus keine direkte Gegenleistung resultiert.

2.3.1.3 Nicht-organisierte Kollektive

Das klassische Kollektiv ist der soziale Verband, bei dem die Einzelnen auf einen Teil ihrer Handlungsmacht zugunsten des Ganzen freiwillig verzichten oder verzichten müssen. Neben dem Verband als organisiertem Kollektiv finden sich Kollektive und kollektiv-ähnliche Strukturen, denen kein organisiertes Ganzes zugrunde liegt. Die nicht-organisierten Kollektive können ihrerseits in zwei Typen untergliedert werden.

Merkmalsgruppen als Kollektive

Der erste Typ von nicht-organisierten Kollektiven basiert auf dem Prinzip der Identität. Wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde, ist Identität das Fundament der Integrationsbereitschaft in einen sozialen Verband. Wie ebenfalls gezeigt wurde, erstreckt sich das Identitätsvermögen des Menschen jedoch nicht nur auf organisierte Verbände, sondern auf alle Arten von sozialen Bezugssystemen. Eine wichtige Form der Identifikation bilden dabei gemeinsam geteilte Eigenschaften. Typische Beispiele sind das Geschlecht, die Ethnie, die geografische Herkunft, der Beruf, die politische Orientierung oder die soziale Stellung. In diesen Fällen besteht keine Identifikation mit konkreten Personengruppen, sondern mit allen Personen, die bestimmte Merkmale teilen. Mead sprach dabei von den «generalisierten Anderen» (1934). Die generalisierten Anderen können auch als Klassen oder Typen bezeichnet werden, wir

verwenden den Begriff der *Merkmalsgruppe*. Merkmalsgruppen sind im Gegensatz zu sozialen Verbänden keine organisierten Kollektive mit einer Machtdelegation vom Einzelnen auf das Ganze. Die Zugehörigen einer Merkmalsgruppe sind nicht direkt verbunden, sie stehen weder in einen gemeinsamen Interaktionsrahmen noch sind sie an eine gemeinsame Verbandsverfassung gebunden. Trotzdem können die Individuen einer Merkmalsgruppe eine *Klassenidentität*⁴ entwickeln und durch diese Identität den Charakter eines Kollektivs erhalten.

Merkmalsgruppen werden dann zu Kollektiven, wenn sich die Einzelnen aufgrund ihrer Identifikation mit dem Ganzen an diesem orientieren. Da eine nicht-organisierte Merkmalsgruppe keine Verbandsverfassung besitzt, stellt sich dabei allerdings die Frage, woran sich die Einzelnen überhaupt orientieren können. Die Antwort liegt im von Halbwachs konzeptualisierten «kollektives Gedächtnis» (1991 [1950]). Jede nicht-organisierte Merkmalsgruppe wird im Laufe ihrer Geschichte mit Bildern, Mythen, Vorstellungen, Werten und normativen Mustern befrachtet. Diese leben als Images im öffentlichen Diskurs und werden von den Zugehörigen der Gruppe verinnerlicht und weitergegeben. So hat sich beispielsweise die Erfahrung der Sklaverei und der darauf folgende Apartheid in das kollektive Gedächtnis der schwarzen Bevölkerung Amerikas eingeprägt (Patterson 2000).

Eine wichtige Rolle bei der Bildung von nicht-organisierten Kollektiven nehmen einzelne, prominente Persönlichkeiten ein, die der Merkmalsgruppe ein Gesicht geben. Im Gegensatz zu den Repräsentierenden von Verbänden sind diese zwar keine eigentlichen Machttträger und Machttträgerinnen mit Weisungsbefugnis. Aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung können sie jedoch die interpretativ-klassierenden Schemata ihrer Merkmalsgruppe mitprägen und so den Charakter des Kollektivs mitgestalten.

Merkmalsgruppen sind häufig die Basis für die Gründung von organisierten Verbänden. So schliessen sich Personen mit einem bestimmten Beruf zu einem Berufsverband zusammen und die Ethnie bildet die Grundlage für die Bildung von Nationalstaaten und autonomen Regionen. In der Regel sind dabei nicht alle Zugehörigen einer Merkmalsgruppe in einem Verband organisiert. So gehören beispielsweise nicht alle Berufsleute einem Berufsverband an. Aufgrund ihrer stärkeren Integration und ihrem Potenzial kollektiv zu handeln, kann der organisierte Verband für die gesamte Merkmalsgruppe eine bestimmende Rolle einnehmen.

⁴ Wird von *Klassenbewusstsein* gesprochen, so ist damit häufig das gemeint, was wir als *Klassenidentität* bezeichnen. Der Begriff der *Klassenidentität* ist dabei jedoch vorzuziehen, denn *Klassenbewusstsein* suggeriert, dass eine soziale Klasse eine eigene Subjektivität besitzen kann.

Kollektiv als Nebenprodukt individueller Handlungen

Soziale Verbände und Merkmalsgruppen sind *integrierte Kollektive*. Das heisst, dass sich in diesen Kollektiven die Einzelnen in das Ganze einordnen. Von den integrierten können die *nicht-integrierten Kollektive* unterschieden werden. Bei nicht-integrierten Kollektiven besteht eine mehr oder weniger starke Übereinstimmung des Handelns verschiedener Individuen ohne gegenseitige Bezugnahme und ohne Ausrichtung am Ganzen. Das Handeln der Einzelnen korrespondiert, ohne dass sich die beteiligten Individuen der Übereinstimmung ihres Handelns bewusst sind. Die Gleichrichtung des Handelns wird nicht angestrebt, sondern ist vielmehr eine nicht-intendierte Folge individuell motivierter Handlungen (vgl. Merton 1936: 894; Elias 2001 [1939]: 229).

Nicht-integrierte Kollektive entstehen, wenn Akteure unabhängig voneinander zu denselben oder ähnlichen Handlungsentscheiden gelangen und damit unabsichtlich eine geordnete Struktur generieren. Ordnung als «das unbeabsichtigte gesellschaftliche Ergebnis individuellen Handelns» (Troitzsch 1996: 200) ist ein Thema, dass in den Sozialwissenschaften seit Anbeginn vor allem die Ökonomie beschäftigt hatte. Der erste, der sich dieser Thematik annahm, war Adam Smith. In seinem bahnbrechenden Werk «The Wealth of Nations» (1776) ging der Begründer der Volkswirtschaftslehre der Frage nach, warum das individuelle Streben nach Glück in der Summe zu gesellschaftlichem Wohlstand führt. Smiths Erklärung war, dass der Markt als «unsichtbare Hand», das Handeln der einzelnen Individuen koordiniert und zu einem geordneten Ganzen verbindet, ohne dass sich die Einzelnen an den normativen Ansprüchen und Zielen des Kollektivs orientieren müssen.

«It is not from the benevolence of the butcher, the brewer, or the baker, that we expect our dinner, but from their regard to their own interest. We address ourselves, not to their humanity but to their self-love, and never talk to them of our own necessities but of their advantages.» (Smith 1776: I.2.2)

Das entscheidende Faktum des Markts ist, dass dieser das Handeln durch Anreize und Kosten koordiniert und nicht durch Gebote und Verbote. In einer reinen Marktsituation ist das Individuum – ihm Rahmen seiner Ressourcen – grundsätzlich frei in seinen Handlungsentscheiden. Trotzdem ist das Handeln nicht unkoordiniert. Stimmen nämlich subjektive Präferenzen, verfügbare Ressourcen und äussere Restriktionen überein, so resultieren daraus auch übereinstimmende Handlungsentscheide. Aus subjektiver Perspektive werden diese als individuell und nicht an einem

Kollektiv ausgerichtet wahrgenommen, trotzdem führen sie im Effekt zu kollektivem Handeln.

Thomas Schelling konnte dies mit seinem dynamischen Segregationsmodell (1971; 1979) augenfällig darlegen. In seiner Modellsimulation der residentiellen Segregation ging Schelling von der Prämisse aus, dass die meisten Individuen es bevorzugen, in einem Umfeld zu leben, das mehrheitlich von Personen aus der eigenen Gruppe bzw. Ethnie bewohnt wird. Die Simulation dieses Verhaltens führt zu einer mehr oder weniger vollständigen räumlichen Segregation der einzelnen Gruppen. Giddens bezeichnete diese Art des kollektiven Handelns als «jedermanns Tun und niemandes Tun» (1995 [1984]: 61).

Obwohl jedes Individuum nur seine persönlichen Interessen verfolgt, resultieren auf der Makroebene kollektive Verhaltensmuster. Von einer Art *Maxwellschen Dämon*⁵ gelenkt, tendieren Individuen in sozialen Systemen dazu, sich zu entmischen und damit nicht nur kollektiv zu Handeln, sondern auch eigentliche Kollektive im Sinn von sozialen Gruppen zu bilden. Kollektive, die als Nebenprodukte individueller Handlungsentscheide entstehen, sind weder integriert noch organisiert, sie können jedoch der Entwicklung von integrierten und organisierten Kollektiven zugrunde liegen. Entwickelt beispielsweise ein Stadtteil aufgrund von Segregationsprozessen ein bestimmtes soziokulturelles Profil, so kann dieses zur Grundlage einer gemeinsamen Identität werden. Oder: Raucher, die sich aufgrund des Rauchverbots regelmäßig am Eingang ihrer Firma zum Rauchen treffen, können sich zu einer sozialen Gemeinschaft entwickeln.

2.3.1.4 Typisierung sozialer Kollektive

Die Erörterungen zu Kollektiven und kollektivem Handeln haben gezeigt, dass verschiedene Untertypen von Kollektiven unterschieden werden müssen. Die primäre Unterteilung besteht dabei zwischen organisierten und nicht-organisierten Kollektiven (Abbildung 2-2). Als organisierte Kollektive gelten soziale Verbände. Auf Grundlage einer Machtübertragung von den Einzelnen an das Ganze können soziale Verbänden als Kollektive handeln.

⁵ Es handelt sich dabei um ein Gedankenexperiment des schottischen Physikers James Clerk Maxwell (1831-1879), welches den 2. Hauptsatz der Thermodynamik hinterfragt. In diesem Gedankenexperiment sorgt ein Dämon an einer Schleuse in einem Behälter dafür, dass die energiereichen Moleküle nur in einer Richtung und die energiearmen nur in die andere passieren können. Dies hätte zur Folge, dass die eine Hälfte des Behälters warm und die andere kalt werden würde, was nach dem 2. Hauptsatz der Thermodynamik nicht möglich ist.

Anders als bei organisierten wird bei nicht-organisierten Kollektiven keine Machtübertragung vollzogen. Das heisst, dass das Kollektiv als Ganzes keine Handlungsmacht besitzt. In nicht-organisierten Kollektiven beruht das kollektive Handeln alleine im korrespondierenden Handeln der beteiligten Individuen. Das heisst, dass die am Kollektiv beteiligten Personen in bestimmter Hinsicht übereinstimmend oder auf ähnliche Weise handeln und sich dabei von den nicht am Kollektiv beteiligten Personen unterscheiden.

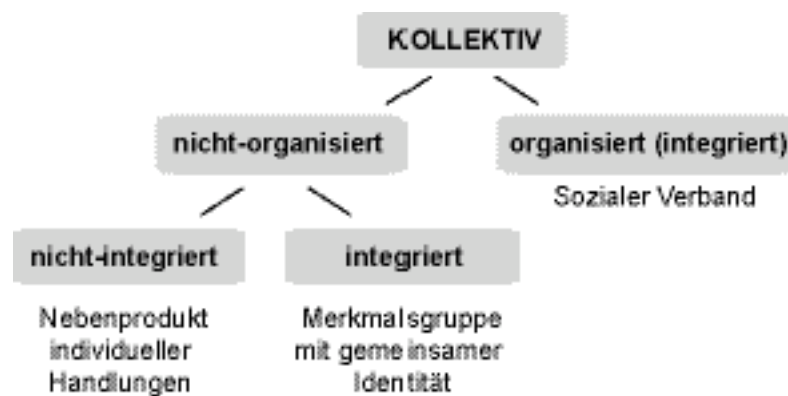


Abbildung 2-2: Typisierung von Kollektiven (eigene Darstellung)

Die nicht-organisierten Kollektive können ihrerseits untergliedert werden in solche, die integriert sind und in andere, die ohne Integration der beteiligten Individuen zustande kommen. Integrierte nicht-organisierte Kollektive beruhen auf einer gemeinsamen Identität der beteiligten Individuen. Die gemeinsame Identität, die auf einem gemeinsam geteilten Merkmal beruht (Beruf, Herkunft, Ethnie, usw.) hat zur Folge, dass sich die am Kollektiv Beteiligten an ähnlichen Vorbildern, Typen und Mustern orientieren und damit ähnliche Handlungsweisen ausbilden. Auch ohne organisierten Verband kommt es dabei zu einer Integration innerhalb der Merkmalsgruppe.

Nicht-integrierte Kollektive sind Ganzheiten, die als Nebenprodukte individuellen Handelns entstehen. Soziale Systeme zeichnen sich dadurch aus, dass sich Personen mit ähnlichen Merkmalen in bestimmten Feldern und Orten konzentrieren, was zur Folge hat, dass sich Personen mit abweichenden Merkmalen entmischen. Da Personen mit ähnlichen Merkmalen ähnlich handeln, zeichnen sich segregierte Gruppen zugleich durch spezifische (kollektive) Handlungsmuster aus. Da sich bei nicht-integrierten Kollektiven die Teile nicht auf das Ganze ausrichten, sondern sich bloss

aufgrund von übereinstimmenden Merkmalen ähnlich verhalten, handelt es sich dabei um Kollektive im weiteren Sinn.

2.3.2 Bildung kollektiver Mentalitäten

Kollektive im engeren und weiteren Sinn führen zu Integration und Koordination menschlichen Handelns. Wie gezeigt, entsteht kollektives Handeln, wenn sich Personen an gemeinsamen Regeln und Zielen orientieren und so bewusst im Sinn des Kollektivs handeln. Weniger sichtbar, aber nicht weniger bedeutsam, ist die Handlungskoordination, die nicht erst beim Handeln, sondern bereits bei dessen Begründung durch Werte und Einstellungen ansetzt. Menschen, die übereinstimmende Werte und Einstellungen besitzen, entwickeln ähnliche Ziele und Wünsche und kommen somit zu ähnlichen Handlungsentscheidungen. Kollektive Mentalitäten führen deshalb zu kollektivem Handeln. In den folgenden Ausführungen wollen wir zeigen, welche Prozesse der kollektiven Mentalitätsbildung zugrunde liegen.

2.3.2.1 Modell der kollektiven Mentalitätsbildung

Die theoretische Entflechtung der Faktoren und Mechanismen der kollektiven Mentalitätsbildung zeigt, dass diese grundsätzlich auf vier Prozesstypen zurückgeführt werden kann. Die vier Prozesstypen haben wir zu einem *Modell der kollektiven Mentalitätsbildung* zusammengefügt. Dieses Modell ist in Abbildung 2-3 dargestellt.

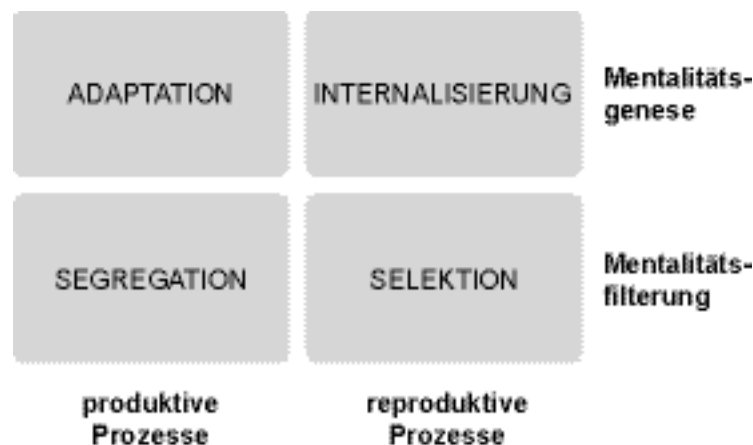


Abbildung 2-3: Modell der kollektiven Mentalitätsbildung (eigene Darstellung)

Die vier Prozesse der kollektiven Mentalitätsbildung bezeichnen wir in Anlehnung an bestehende sozialwissenschaftliche Konzepte als *Adaptation*, *Internalisierung*, *Seg-*

regation und *Selektion*. Wie Abbildung 2-3 zeigt, lassen sich die Prozesse auf zwei Weisen gruppieren. Nur zwei der vier Prozesse stehen für eine eigentliche *Mentalitätsgenese* (Adaptation und Internalisierung). Das heisst, dass mit ihnen eine Änderung der Mentalitäten der Mitglieder eines Kollektivs verbunden ist. Bei den beiden anderen Prozessen basiert die kollektive Mentalitätsbildung dagegen auf Eintritt in und Austritt aus dem Kollektiv (*Segregation* und *Selektion*). Kollektive Mentalitäten entstehen, wenn Personen mit zum Kollektiv passenden Mentalitäten eintreten, Personen mit abweichenden Mentalitäten dagegen austreten. Diesen Prozesstyp bezeichnen wir als *Mentalitätsfilterung*.

Die zweite Art der Gruppierung betrifft das Bezugssystem der kollektiven Mentalitätsbildung. Ein Teil der Prozesse (Internalisierung und Selektion) beruht auf einem bestehenden Kollektiv, das die Prozesse steuert und sich dabei selber *reproduziert*. Die beiden Prozesse *Adaptation* und *Segregation* verlangen dagegen kein bestehendes Kollektiv als Bezugssystem. Vielmehr tragen sie zur *Produktion* kollektiver Strukturen bei.

2.3.2.2 Mentalitätsgenese: Internalisierung

Der Begriff der Internalisierung fand durch Parsons (1955) Verbreitung. Das dem Begriff zugrunde liegende Konzept wurde jedoch schon von Durkheim (1997 [1897]) und Weber (1996 [1904/05]) beschreiben. Internalisierung bedeutet, dass die Mitglieder eines Kollektivs die im Kollektiv vorherrschenden interpretativ-klassierenden Schemata sich zu Eigen machen. Durch Internalisierung werden keine neuen Mentalitäten geschaffen, sondern bestehende Übereinstimmungen und Gegensätze verstärkt und reproduziert.

Identität als Basis der Internalisierung

Die Grundlage des Prozesses der Internalisierung bildet die *Identität*. Wer sich mit einem Kollektiv identifiziert, nimmt dieses als Teil seines Selbst wahr. Die durch das Kollektiv verkörperten Werte und Anschauungen werden folglich zum Massstab für das eigene Denken und Handeln genommen.

Für die Entwicklung mentaler Dispositionen von entscheidender Bedeutung ist die primäre Sozialisation im Sinne von Berger und Luckmann (1994 [1966]: 139-156). In dieser Phase heisst Identität in erster Linie mit seinen eigenen Eltern verbunden zu sein und die von ihnen vermittelten und vorgelebten Werte zu internalisieren. Durch die primäre Sozialisation werden indirekt zusätzlich die kollektiven Mentalitäten grösserer Bezugssysteme reproduziert. In den von den Eltern weitergegebenen Ein-

stellungen und Werten reflektiert sich deren soziale Lage. In der sekundären und tertiären Sozialisation im Jugend- und Erwachsenenalter nimmt die Identifikation mit den Eltern ab, die Identität differenziert sich und die Internalisierung erfolgt zunehmend selektiv. Jeder Mensch bewegt sich dabei in verschiedenen kollektiven Bezugssystemen (Beruf, Wohnort, Vereine usw.), in denen er mentale Dispositionen aufnimmt und reproduziert.

Diffusion von Dispositionen

Durch Internalisierung werden zwar immer bereits bestehende interpretativ-klassierende Schemata reproduziert, trotzdem ist Internalisierung nicht allein ein strukturerhaltendes Prinzip. Internalisierung ist die kognitive Grundlage für die *Diffusion* neuer Denkweisen und Praktiken. Besonders bedeutsam ist die Diffusion durch Internalisierung für die Verbreitung von Stilelementen. Neue Kleider- oder Lebensstile, die von der Kreativabteilung eines Unternehmens oder spontan von einer Lebensstilavantgarde geschaffen werden, verbreiten sich durch Internalisierung nach dem Schneeballprinzip in zunehmend breitere Gesellschaftskreise. Ähnlich wie beim beliebten Kinderspiel des sich Zuflüsterns einer Botschaft von Ohr zu Ohr (stille Post) führt die wiederholte Internalisierung mentaler Schemata zu *Mutationen*. Die vorgelebten Stile und Denkweisen werden nicht eins-zu-eins internalisiert, sondern auf die eigenen Bedürfnisse angepasst und mit bestehendem kombiniert. Durch Internalisierung können folglich auch neue Denkweisen und Praktiken entstehen.

Ein Beispiel für die Entwicklung kollektiver Mentalitäten durch Internalisierung ist die *Gangster Kultur*, die ihre Wurzeln im Lebensstil schwarzer Gangs in US-amerikanischen Grossstadtghettos hat. Typische Elemente dieser Kultur sind Hip Hop, grosse Stereoanlagen und überdimensionierter Goldschmuck («Bling-bling-Lifestyle») ebenso, wie ein demonstrativer Sexismus und die Verherrlichung kriminellen Verhaltens. Stilisiert und vermittelt von amerikanischen Rap-Musikern verbreiteten sich seit den 1990er-Jahren die Kulturmerkmale des Gangsta Rappers auch jenseits der Unterklassen zuerst in den USA und später in der gesamten Welt. Dabei wurde die Gangster Kultur vor allem für schwarze Jugendliche zum Bestandteil einer weltumspannenden kollektiven Identität (Auzanneau 2003).

2.3.2.3 Mentalitätsgenese: Adaptation

Der zweite Prozess der Mentalitätsgenese ist die Adaptation. Im Gegensatz zur Internalisierung ist die Adaptation in der Soziologie kein fester Begriff. Parsons (1951) verstand darunter die Anpassung des Wirtschaftssystems an die Produktionsbedin-

gungen. Der hier verwendete Begriff knüpft an Merton (1957) an, der Adaptation nicht im Sinn von Parsons als Eigenschaft des Gesellschaftssystems, sondern als Handlungsstrategie verstand.

Im Kontext der Mentalitätsgenese heisst Adaptation, dass Individuen Werte und Anschauungen entwickeln, die ihren Lebensbedingungen angepasst sind. Wer beispielsweise wiederholt die Erfahrung macht, gesellschaftlichen Veränderungen ausgeliefert zu sein, ohne mit ihnen Schritthalten zu können, bildet typischerweise eine eher konservative, gegen Reformen gerichtete Weltanschauung aus. Wer sein Leben dagegen als gestaltbar erlebt und aus Veränderungen neue Möglichkeiten schöpft, der tendiert zu einer progressiv-liberalen Einstellung. Objektive Unterschiede in den Lebensbedingungen ziehen deshalb eine mentale Segmentierung der Gesellschaft nach sich.

Adaptation als kreativer Prozess

Das Prinzip der Adaptation hatte bereits Marx erfasst und im Satz «das Leben formt das Bewusstsein» auf eine Kurzform gebracht. Es kommt ebenso in Lazarfelds Aussage «A person thinks, politically as he is socially. Social characteristics determine political preference» (1944: 27) zum Ausdruck. Doch auch wenn man der Aussage, dass das Leben das Bewusstsein formt, zustimmt, ist damit noch nicht gesagt, in welcher Weise es dies tut. Anders als bei der Internalisierung werden bei der Adaptation keine bestehenden Mentalitäten reproduziert. Adaptation ist als ein kreativer Prozess zu begreifen. Adaptation heisst, Strategien zu entwickeln, um mit den eigenen Lebensbedingungen klar zu kommen.

Da es in der Regel verschiedene Strategien gibt, die auf einen bestimmten Lebenskontext angepasst sind, kann ein Adaptationsprozess zu verschiedenen Lösungen führen. Wer sich gesellschaftlichen Veränderungen ausgeliefert fühlt, muss keine konservative Grundhaltung ausbilden, sondern kann darauf auch mit einer rebellischen oder eskapistischen Haltung reagieren (vgl. Merton 1957: 140-156).

Die mentale Adaptation ist kein deterministischer Prozess, weil es jedoch geeignete und weniger geeignete Adaptationsweisen gibt, führt Adaptation zur Kanalisierung der Denkweisen und zur Ausbildung von typischen mentalen Mustern. So zeigen empirische Studien beispielsweise, dass xenophobe Einstellungen ihre grösste Verbreitung in tiefen sozialen Schichten haben (Winkler 2003). Verändern sich die Lebensbedingungen in einer Gesellschaft, so werden durch Adaptation neue Mentalitäten geschaffen.

Verflechtung von Internalisierung und Adaptation

Internalisierung und Adaptation sind in der Praxis eng verzahnt. Typischerweise werden Mentalitäten, die durch die Adaptation bestimmter Lebensbedingungen generiert wurden, durch das Prinzip der Internalisierung verstärkt und erweitert.

Dies illustriert beispielsweise die Entwicklung der Arbeitermentalität: Materielle Entbehrung, Ohnmacht gegenüber den Arbeitgebenden und Entfremdung vom produzierten Gut waren die Lebensbedingungen, mit denen sich viele Industriearbeiter und -arbeiterinnen im Zeitalter der Industrialisierung konfrontiert sahen. Ein Teil der Arbeitenden reagierte auf diese Lebensbedingungen, in dem sie eine kapitalismuskritische und wohlfahrtstaatliche Grundorientierung ausbildeten. Im politischen Diskurs und durch Arbeiten von Theoretikern wie Engels und Marx haben sich diese Grundorientierungen zu politischen Doktrinen verfestigt. In der Folge diffundierten die als Sozialismus oder Kommunismus gefassten und homogenisierten Norm- und Wertmuster durch Internalisierung in zunehmend grössere Teile der Arbeiterklasse und entwickelte sich zu einem eigentlichen Klassenbewusstsein (Geiger 1987 [1932]: 79). Durch Diffusion und Internalisierung erreichte das sozialistische Gedankengut auch Personen, die aus wohlhabenden Milieus stammten, deren Lebensbedingungen nicht mit jenen übereinstimmten, die zur primären Adaptation geführt hatten.

Weil sich innerhalb eines Sozialisationsumfelds die Lebensbedingungen häufig gleichen, verstärken sich Internalisierung und Adaptation gegenseitig. Die enge Verflechtung der beiden Prinzipien der Mentalitätsgenese in der gesellschaftlichen Praxis ist mit ein Grund dafür, dass diese im sozialwissenschaftlichen Diskurs meist weder begrifflich noch inhaltlich unterschieden werden.

2.3.2.4 Mentalitätsfilterung: Selektion

Kollektive Mentalitäten entstehen nicht nur durch die Angleichung der Denkweisen der Kollektivmitglieder, sondern ebenso durch Filterungsprozesse, die einerseits zu einer Konzentration ähnlicher Dispositionen in einem Kollektiv führen und andererseits die mentale Segmentierung der Gesellschaft verstärken.

Filterungsprozesse, die aktiv durch ein bestehendes Kollektiv betrieben werden, bezeichnen wir als *Selektion*. Bei der Selektion bestimmt das Kollektiv direkt oder indirekt über die Aufnahme in seinen Kreis oder den Ausschluss daraus. Um selektiv zu sein, muss ein Kollektiv zumindest als informeller Verband organisiert sein. Nur eine als Verband organisierte Gruppe kann als eine «nach außen regulierend beschränkte [...] soziale Beziehung» (Weber 1972 [1922]: 26) ihren Mitgliederkörper selber gestalten. Ein Verband kann bestimmte formale Anforderungen an einen

Beitritt stellen oder Verbandsorgane (die dadurch die Rolle von Gatekeepern erhalten) über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden lassen.

Als Filterungsprozess trägt die Selektion zur Ausbildung von kollektiven Mentalitäten bei. Voraussetzung ist, dass der Filter für Personen mit unterschiedlichen Einstellungen und Werten unterschiedlich durchlässig ist und so dafür sorgt, dass sich die Mentalität der Ingroup zunehmend von jener der Outgroup unterscheidet.

Selektive Prozesse führen nicht nur zur mentalen Segmentierung zwischen verschiedenen Verbandskollektiven, sondern fördern auch die verbandsinterne mentale Segmentierung. Verbände sind intern meist in verschiedene Sektionen und Organe gegliedert, die durch Selektion gestaltet werden. So werden Klasseneinteilungen in Schulen aufgrund erbrachter Leistungen vorgenommen und in Unternehmen werden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gemäss ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten in verschiedene Abteilungen eingeteilt.

Direkte und indirekte mentale Selektion

Den grössten Wirkungsgrad bei der kollektiven Mentalitätsbildung weisen Verbände auf, zu deren Selektionskriterien unmittelbar die Einstellungen und Werte potenzieller Mitglieder zählen. Dies trifft vor allem auf politische Parteien und weltanschaulich-religiöse Sekten zu und in etwas geringerem Mass auch auf Organisationen wie Burschenschaften, Naturschutzvereine und auf informelle Netzwerke von Gleichgesinnten.

Auch wenn die Selektion nicht direkt auf die Einstellungen und Werte, der zu Selektierenden zielt, unterstützt sie die Ausbildung kollektiver Mentalitäten. In den Selektionskriterien spiegeln sich immer die Einstellungen und Werte der Gatekeeper, die über die Selektion entscheiden. Wer diese Einstellungen und Werte teilt, hat höhere Chancen in den entsprechenden Verband aufgenommen zu werden.

Ein Beispiel: Gatekeeper in den Berufungskommissionen an Hochschulen bestimmen, die Kriterien, die an eine Hochschulkarriere gestellt werden (z.B. Mobilitätsbereitschaft, internationale Sichtbarkeit usw.). Dies führt dazu, dass sich Personen mit einem bestimmten Persönlichkeits- und Werteprofil eher durchsetzen als andere. Das mit den Selektionskriterien korrespondierende Profil gewinnt dabei immer mehr Einfluss und liegt der Ausbildung einer typischen Hochschul-Mentalität zugrunde.

Entwicklung des Selektionsprinzips

Seit einigen Jahren zeichnen sich private und öffentliche Institutionen durch eine Professionalisierung und Verwissenschaftlichung ihrer Selektionsprozesse aus. Statt einfachen Bewerbungsgesprächen werden intensive Assessment-Verfahren durchge-

führt und statt unsystematischer Kriterien werden systematische und quantifizierbare Indikatoren beigezogen. Die Selektion wird immer zuverlässiger und die Selektierten entsprechen immer besser dem von den Selektierenden gewünschten Profil. Die Verbesserung der Selektionsprozesse hat zur Folge, dass der Output der Selektion immer geringeren Schwankungen unterliegt. In Verbänden mit starker Selektivität und professionellen Selektionsinstrumenten entsteht somit ein zunehmend homogener Verbandskörper mit einem spezifischen mentalen Profil.

Besonders fortgeschritten sind diese Prozesse in global orientierten Branchen wie den Finanzdienstleistungen oder den Hochschulen. Die internationale Ausrichtung dieser Branchen ermöglicht eine Standardisierung, Formalisierung und Institutionalisierung der selektionsrelevanten Qualifikationskriterien und Indikatoren. Die standardisierte Selektion wirkt sich dabei auch auf diejenigen aus, die in einer solchen Institution aufsteigen wollen. Aus deren Sicht ist es vernünftig, das eigene Profil gezielt auf die gestellten Anforderungen auszurichten, was zu einer vorseilenden Internalisierung der in diesen Institutionen relevanten Selektionskriterien führt. Durch den Ausbau von professionalisierten und standardisierten Selektionskriterien können Verbände zwar die Zutrittswilligen besser vergleichen und höhere Standards setzen, es wird damit jedoch zugleich in Kauf genommen, dass ihre Pluralität und Vielseitigkeit verloren geht.

2.3.2.5 Mentalitätsfilterung: Segregation

Der Prozess der Selektion bezieht sich immer auf ein bestehendes Kollektiv, das sich durch die selektive Auswahl neuer Mitgliedern reproduziert. Wie das Modell von Schelling (1971; 1979) zeigt, führen segregative Prozesse dazu, dass sich soziale oder ethnische Gruppen auch dann im Raum entmischen, wenn keine behördlichen Zuteilungen der Wohnorte bestehen. Der Prozess der Segregation liegt nicht nur ethnischen und sozialen Entmischung zugrunde, sondern bildet ebenso ein Prozess der kollektiven Mentalitätsbildung.

Durch Segregation erfolgt keine Veränderung der Mentalität, sondern eine Umgruppierung und Entmischung der Mentalitätsträger. Wie die anderen Prozesse der kollektiven Mentalitätsbildung führt die Segregation damit zu einer auf Mentalitätsunterschieden beruhenden Segmentierung der Gesellschaft. Im Unterschied zur Selektion wird die Segregation – so wie wir sie hier verstehen – nicht aktiv von einem bestehenden Kollektiv betrieben, sondern entsteht spontan.⁶ Sie hat nicht wie die Selektion

⁶ Im Amerikanischen wird der Begriff der Segregation häufig zur Bezeichnung von *Rassentrennung* verwendet und ist damit synonym zu *Apartheid*. Wir verwenden den Begriff der Segregation

primär reproduktiven Charakter, sondern liegt der Produktion neuer kollektiver Strukturen zugrunde.

Segregation hat verschiedene Ursachen – eine davon sind Unterschiede in den Präferenzen und Wünschen. Diese zeigt sich beispielsweise bei der residentiellen Segregation zwischen urbanem und suburbänem Wohnraum: Innenstädte sind für Personen mit anderen Präferenzen und Lebensweisen attraktiv als Wohnorte im Umland der Stadt. Unterschiedliche Wohnideale führen zu einem Prozess der Segregation nach mentalen Dispositionsunterschieden. Dieser Prozess hat zur Folge, dass sich in Stadt und Umland unterschiedliche kollektive Mentalitäten etablieren die sich beispielsweise in einem unterschiedlichen Wahl und Abstimmungsverhalten manifestieren (vgl. Kapitel 5).

Segregation und Raum

Der aus der Geobotanik entlehnte Begriff der Segregation wird seit der Einführung in die Sozialwissenschaften durch die Vertreter der Chicago School (Park & Burgess 1921; McKenzie 1924) fast ausschliesslich auf den Raum bezogen. Meist wird darunter die soziale oder ethnische Entmischung von Wohnorten verstanden, man spricht dabei von residentieller Segregation. Ein Grund für die starke Verknüpfung des Segregationsbegriffs mit dem Raum liegt in seiner traditionellen Verankerung in der Stadtforschung. Es ist dies jedoch nicht der einzige Grund. Tatsächlich sind segregative Prozesse für die Ausbildung räumlicher Kollektive besonders wichtig. Kollektive, die als Verband organisiert sind, können direkten Einfluss auf die Reproduktion ihrer Mitglieder nehmen. Die Niederlassungsfreiheit verhindert jedoch, dass eine Gemeinde oder ein Quartier seine Bewohner selber durch Selektion bestimmt. Die Ausnahme bilden so genannte «Gated Communities», bei denen das Prinzip der Niederlassungsfreiheit aufgehoben ist.

Segregation als allgemeiner Prozess der Mentalitätsfilterung

Das Prinzip der Segregation bildet jedoch nicht nur die Basis für Entmischung von Wohnstandorten. Segregative Filterungsprozesse sind überall dort von Bedeutung, wo Zu- und Austritt, Ordnung und Einteilung nicht durch Gatekeeper vorgenommen werden, sondern auf individuellen Präferenzen und Ressourcen beruhen. Dies ist bei Handlungssystemen der Fall, die durch marktliche Prinzipien geregelt sind oder sich

ausschliesslich für nicht-intendierte Filterungsprozesse. Die Rassentrennung fällt unter den Begriff der Selektion.

spontan organisieren. Ein typisches Beispiel für einen durch segregative Prozesse geprägten Handlungsbereich ist das Freizeitverhalten.

Persönliche Vorlieben und die vorhandenen Ressourcen sind ausschlaggebend dafür, wo und wie man seine Freizeit verbringt. Deshalb finden sich in der Oper, im alternativen Kleintheater, im Fussballstadion, auf der Langlaufloipe und im Skigebiet unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Mentalitäten. Das mentale Profil dieser Personen widerspiegelt sich in ihrem Handeln, was zur Ausbildung unterschiedlicher Kulturen in diesen Kollektiven führt. In einzelnen Bereichen der Freizeitgestaltung spielen jedoch auch selektive Prozesse durchaus eine Rolle – so bei Ausgehlokalen mit Türstehern, bei exklusiven Sportclubs (Golf, Segeln usw.) oder bei so genannten Serviceclubs wie Rotary oder Kiwanis.

Durch segregative Prozesse ist auch die Medienlandschaft geprägt. Zumindest in demokratischen Gesellschaften bestimmt jede Person aufgrund ihrer Präferenzen und Einstellungen, welche Medien sie konsumieren will. Dies hat zur Folge, dass die an ein Medium gebundenen Konsumenten und Konsumentinnen sich durch Ähnlichkeiten in ihren mentalen Dispositionen auszeichnen. Die Medienhäuser, die Präferenzen und Wünsche der Konsumierenden kennen, richten ihr Produkt darauf aus und tragen damit zur Ausbildung kollektiver Mentalitäten bei. Je breiter und vielfältiger das mediale Angebot, desto bedeutsamer werden segregativer Prozesse und desto segmentierter wird die öffentliche Meinung.

Verflechtung von Selektion und Segregation

In vielen Handlungsbereichen greifen Selektions- und Segregationsprozesse ineinander. Massgeblich durch beide Prozessstypen geprägt ist die auf mentalen Dispositionen beruhende Segmentierung der Berufswelt. Segregative Prozesse spielen dabei für die primäre Wahl der Ausbildungs- und Berufsrichtung eine entscheidende Rolle. Die Präferenzen und Fähigkeiten der Auszubildenden sind entscheidend dafür, von welchen Berufsbildern sie angesprochen werden. Dies führt zu einer Segregation, die sich darin äussert, dass in betriebswirtschaftlichen Fächern andere Mentalitäten vorherrschen als in der Soziologie und dass die Kultur an der Berufsschule für Metzger und Metzgerinnen eine andere ist, als in einer Schule pflegerische Berufe.

Das Mentalitätsprofil verschiedener Ausbildungsrichtungen wird jedoch auch durch selektive Prozesse mitbestimmt. Gatekeeper definieren die Aufnahmekriterien und nehmen damit zumindest indirekt Einfluss auf die Auswahl der Auszubildenden. Zum bestimmenden Faktor wird die Selektion jedoch erst bei der Stellenvergabe, wo die Gatekeeper nicht nur allgemeine Selektionskriterien definieren können, sondern

direkt über die Besetzung ihrer Stellen befinden. Doch auch dieser Prozess beruht auf einem Zusammenspiel von Selektion und Segregation. Die Gatekeeper können zwar selektieren, jedoch nur unter denjenigen Personen, die sich auch tatsächlich auf eine bestimmte Stelle bewerben.

Dies heisst zusammenfassend, dass in der Berufswelt immer eine segregierte Nachfrage nach Arbeitsplätzen auf ein selektives Angebot an Arbeitsplätzen trifft. Die relative Bedeutung der beiden Prozesse der Mentalitätsfilterung hängt von der Struktur des Arbeitsmarkts ab. In einem Arbeitsmarkt mit einem knappen Stellenangebot dominiert das Prinzip der Selektion. In einem Arbeitsmarkt mit einem Überangebot an Stellen, nimmt der Einfluss der segregativen Entmischung zu.

2.3.2.6 Zusammenfassende Typisierung

Gemäss dem von uns entwickelten Modell der kollektiven Mentalitätsbildung können vier relevante Prozesse unterschieden werden: Internalisierung, Adaptation, Selektion und Segregation. Wie anfangs erwähnt, können die vier Prozesse auf zwei Arten gruppiert werden. Diese Gruppierungen sollen im Folgenden nochmals zusammenfassend dargestellt werden.

Mentalitätsgenese und Mentalitätsfilterung

Die erste Gruppierungsart unterscheidet die Prozesse der Mentalitätsgenese von den Prozessen der Mentalitätsfilterung. Der Unterschied der beiden Prozesstypen ist in Abbildung 2-4 visualisiert.

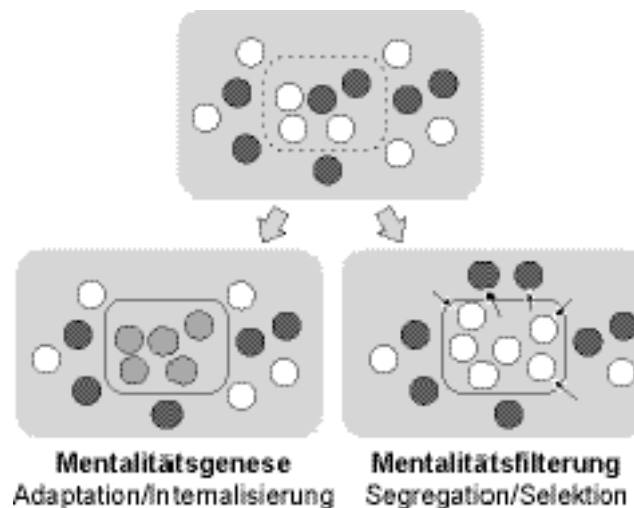


Abbildung 2-4: Mentalitätsgenese und Mentalitätsfilterung (eigene Darstellung)

Die Punkte in den drei Feldern repräsentieren einzelne Individuen, die Helligkeit entspricht ihrem mentalen Profil. In der Ausgangssituation (Feld oben) besteht eine zufällige Verteilung von Individuen und Mentalitäten. Das Feld unten links zeigt, wie sich kollektive Mentalitäten durch *Mentalitätsgenese* ausbilden. Innerhalb eines bestimmten Kreises gleichen sich die mentalen Dispositionen an (Helligkeitsveränderung), was dazu führt, dass sich in diesem Kreis eine kollektive Mentalität ausbildet. Der Kreis kann dabei ein beliebiges soziales Bezugssystem wie zum Beispiel ein Verband sein.

Die Mentalitätsgenese beruht entweder auf *Adaptation* oder auf *Internalisierung*. Bei der Adaptation führen homogene Lebensbedingungen innerhalb des Kreises zur Angleichung der Mentalitäten. Bei der Internalisierung werden die im Kreis vorherrschenden Mentalitäten von den dazugehörenden Individuen übernommen.

Das Feld unten rechts in Abbildung 2-4 zeigt die Wirkungsweise der *Mentalitätsfilterung*. Bei den Filterungsprozessen bleiben die Mentalitäten unverändert. Kollektive Mentalitäten entstehen, indem sich Individuen mit ähnlichen Mentalitäten innerhalb eines Kreises konzentrieren und solche mit abweichenden Mentalitäten den Kreis verlassen. Die Mentalitätsfilterung basiert auf den Prozessen der *Segregation* und der *Selektion*. Bei der Segregation bestimmen die Präferenzen und Ressourcen der Individuen über den Zutritt in den Kreis und den Austritt davon. Beim der Selektion entscheiden die Gatekeeper des Kreises darüber welche Individuen hinein dürfen und welche raus müssen.

Produktion und Reproduktion kollektiver Mentalitäten

Die Prozesse der kollektiven Mentalitätsbildung können als produktiv und reproduktiv unterschieden werden. In Abbildung 2-5 sind die beiden Prozesstypen dargestellt.

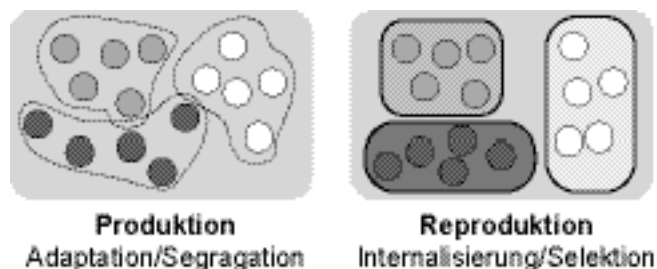


Abbildung 2-5: Produktion und Reproduktion (eigene Darstellung)

Sowohl die Adaptation als auch die Segregation haben *produktiven* Charakter. Die beiden Prozesse gehen nicht von einem bestehenden Kollektiv aus, sondern sie liegen der Generierung kollektiver Strukturen zugrunde.

Bei der Adaptation passen sich Individuen ihren Lebensbedingungen an und bilden nur deshalb ein Kollektiv, weil sich in ihrer Umgebung in der Regel Menschen in ähnlichen Lebensbedingungen befinden. Auch bei der Segregation besteht kein direkter Bezug auf das Kollektiv, viel mehr entsteht dieses erst durch korrespondierendes Handeln von Personen mit ähnlichen Dispositionen. Das produktive Prinzip der kollektiven Mentalitätsbildung ist im linken Feld des Schemas dargestellt: Im Zentrum der Mentalitätsbildung stehen die Individuen (Punkte). Individuelle Handlungsentscheide führen dazu, dass sich die mentalen Dispositionen (Helligkeit) sozial oder räumlich benachbarter Individuen gleichen. Diese Übereinstimmungen können sekundär der Ausbildung organisierter Kollektive zugrunde gelegt werden.

Internalisierung und Selektion haben dagegen *reproduktiven* Charakter. Voraussetzung für diese Prozesse ist ein bestehendes Kollektiv. Bei der Internalisierung nehmen die Individuen die Werte und Einstellungen des Kollektivs an. Bei der Selektion bestimmen Gatekeeper des Kollektivs über die Aufnahme bzw. den Ausschluss von Mitgliedern. Der reproduktive Prozesstyp ist im rechten Feld des Schemas dargestellt: Der Verband (gerundetes Rechteck) bildet das Bezugssystem, das bestimmend ist für die Dispositionen (Helligkeit) der Individuen (Punkte), die zum Verband gehören.

2.4 Inkorporierung und Externalisierung

Die im letzten Kapitel dargestellten Prozesse der kollektiven Mentalitätsbildung führen zu einer Segmentierung der Gesellschaft. Die Segmentierung der Gesellschaft in Milieus und Kollektive mit unterschiedlichen mentalen Dispositionen vollzieht sich dabei nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund der bestehenden objektiven gesellschaftlichen Ordnung. Bestehende Unterschiede in den äusseren Lebensbedingungen und bestehende Ungleichheiten in der Verteilung von Kapital und Ressourcen gestalten die Prozesse Adaptation, Internalisierung, Selektion und Segregation mit. Durch die Prozesse der Mentalitätsbildung erwächst den objektiven Ungleichheiten ein subjektives Gegenstück. Was bedeutet, dass die objektive Ordnung der Gesellschaft im Denken und Handeln der einzelnen Gesellschaftsmitglieder «inkorporiert» (Bourdieu 1994 [1979]) wird.

Für Bourdieu (ebd.) sind inkorporierte soziale Strukturen nicht einfach ein passives Abbild der objektiven Gesellschaftsordnung, sondern bilden einen integrierten Bestandteil davon. Die inkorporierten sozialen Strukturen sorgen dafür, dass die Gesellschaftsmitglieder in der Logik ihrer sozialen Position und Rolle handeln. Gesellschaftliche Hierarchien und Differenzierungen werden nur deshalb fortwährend reproduziert, weil sie im Denken und Handeln der Gesellschaftsmitglieder eingeschlossen sind.

Anders als Bourdieu gehen wir davon aus, dass Mentalitäten nicht bloss zur Reproduktion der objektiven gesellschaftlichen Ordnung beitragen, sondern selber ein wichtiger Faktor bei der Gestaltung dieser Ordnung sind. In den Werten und Denkweisen der Gesellschaftsmitglieder spiegeln sich zwar die objektiven sozialen Bedingungen, die gesellschaftliche Ordnung kann jedoch auch als *Externalisierungen* mentaler Strukturen verstanden werden.

2.4.1 Inkorporierte soziale Strukturen

Wichtige Teile der für die gesellschaftliche Ordnung relevanten Strukturen sind nicht in Institutionen verankert, in kulturellen Artefakten abgebildet oder in Regeln enthalten, sondern sind im psychischen Apparat menschlicher Individuen eingelagert. Bourdieu sprach dabei von «inkorporierten sozialen Strukturen» (1994 [1979]: 729-734). Er führte die Ausbildung mentaler Profile nicht auf das bloss Erlernen und Verinnerlichen von gesellschaftlichen oder rollenspezifischen Regeln und Normen zurück. Vielmehr sah er darin durch «homogene Konditionierungen» und «Anpas-

sungsprozesse» (ebd.: 175) «inkorporierte objektive Gesetze» (ebd.: 735). In Anlehnung an und Erweiterung der klassisch marxistischen Position sind für Bourdieu dabei vor allem die verfügbaren Ressourcen relevant: «Kapitalvolumen, Kapitalstruktur und zeitliche Entwicklung dieser beiden Größen (ausgedrückt in der vergangenen wie potentiellen Laufbahn)» (ebd.: 196) bestimmten die Position im sozialen Raum und damit die Ausbildung der subjektiven «Klassifikationsschemata». Zum Adaptationsprozess gehört das Erkennen der eigenen Grenzen und Möglichkeiten (ebd.: 187-193) und das Ausbilden von Strategien, das eigene Kapital möglichst optimal ein- und umzusetzen (ebd.: 193-195).

2.4.1.1 Subjektiver Objektivismus

Bourdieu hatte mit seiner Sozialtheorie den Anspruch verbunden, den Gegensatz zwischen objektivistischen und subjektivistischen Sozialtheorien aufzuheben und die objektiven Lebensbedingungen und die subjektive Sinngebung als gleichermassen relevant für Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung zu betrachten (ebd. 752-755). Dass Bourdieu der mentalen Dimension der gesellschaftlichen Wirklichkeit in seiner Analyse einen zentralen Platz eingeräumt hatte, ist nicht zu bestreiten, seine Perspektive bleibt im Kern jedoch eine objektivistische. Bourdieu geht davon aus, «dass die soziale Ordnung sich fortschreitend in den Köpfen und Gehirnen der Menschen festsetzt» (ebd.: 734) und betrachtet folglich die soziale Ordnung als die bestimmende Dimension, die mentale Sphäre hingegen als Abbild davon, die als solches für die Reproduktion der sozialen Ordnung zwar eine entscheidende Rolle spielt, jedoch keine eigenständige produktive Kraft besitzt. Weil das Subjektive bei Bourdieu zwar eine Rolle spielt, jedoch durch objektive Faktoren bestimmt ist, kann seine gesellschaftstheoretische Perspektive als *subjektiver Objektivismus* bezeichnet werden. Mit seiner objektivistischen Bestimmung des Subjektiven befindet sich der französische Soziologe in Gesellschaft mit einem von ihm auf politischer Ebene heftig bekämpften Ansatz – nämlich der neoklassischen Ökonomie. Auch diese gesteht den handelnden Subjekten einerseits eine entscheidende Rolle für die Bestimmung der sozialen Wirklichkeit zu, führt andererseits das Handeln jedoch auf objektive Kriterien, nämlich die ökonomische Nutzenmaximierung zurück. Im Gegensatz zu Bourdieu spielen bei der neoklassischen Ökonomie zwar soziale Strukturen keine Rolle, beide vertreten jedoch ein rationales, an Nutzenmaximierung orientiertes Handlungsmodell.

Was in der Bourdieu-Rezeption nur wenig Beachtung findet, ist, dass er mit seiner Sozialtheorie im Grunde genommen das ökonomische Rational-Choice-Modell in die

objektiv-strukturzentrierte Soziologie integrierte. Auch bei Bourdieu maximieren die Handelnden ihren Nutzen: Sie versuchen ihre vorhandenen und potenziellen Kapitalien (ökonomischer, kultureller und sozialer Art) optimal einzusetzen und im «Kampf der Klassifikationssysteme» (ebd.: 748) ihrer spezifischen Kapitalstruktur zusätzliche Legitimität zu verschaffen.

2.4.1.2 Handeln als strukturierendes Prinzip

Bourdieu's Prinzip der Inkorporierung besagt, dass «in den Köpfen und Gehirnen der Menschen» (1995 [1984]: 734) die objektive gesellschaftliche Ordnung eingeschrieben ist. Nicht in Betracht zieht er dagegen den umgekehrten Abbildungsprozess. Nämlich die Übertragung der subjektiven Struktur der menschlichen Psyche auf die objektive Ordnung der Gesellschaft. Bourdieu zeichnet sich zwar durch ein ausgezeichnetes Sensorium für feine gesellschaftliche Unterschiede aus, die Eigenstruktur und Gestaltungskraft der menschlichen Psyche überdeckt er jedoch mit seinem starren, ökonomistischen Handlungskonzept.

Eine mit Bourdieu verwandte und ihm zugleich entgegengesetzte Position nimmt Giddens mit seiner «Theorie der Strukturierung» (1995 [1984]) ein. Wie Bourdieu betont Giddens die Bedeutung der Praxis für die Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung und positioniert sich damit ebenfalls zwischen Objektivismus und Subjektivismus. In Giddens Worten heisst dies: «In ihrem Alltagshandeln beziehen sich die Akteure immer und notwendig auf die strukturellen Momente übergreifender sozialer Systeme, [die] [...] sie so zugleich reproduzieren» (ebd.: 76). Anders als bei Bourdieu steht bei Giddens die Gestaltungsmacht der handelnden Akteure im Zentrum. Für Giddens ist Handeln und Macht eng verbunden: «Im weitesten Sinn der Bedeutung von ‚Macht‘ ist Macht logisch der Subjektivität, der Konstitution der reflexiven Steuerung des Verhaltens vorausgesetzt», das heisst, «daß Handeln Macht im Sinne eines umgestaltenden Vermögens logisch einschließt» (ebd.: 66). Giddens setzt Handeln mit *Gestaltungsmacht* gleich und sieht in den strukturellen Handlungsbedingungen weniger den Zwangscharakter als das Ermöglichende.

Mit seiner positiven Konnotation von Macht und Struktur stellte Giddens das Verhältnis von Objektivität und Subjektivität in eine andere Ordnung als Bourdieu. Lässt sich die Position Bourdieus als subjektiver Objektivismus bezeichnen, kann Giddens' Position als *objektiver Subjektivismus* gefasst werden. Gemäss Giddens werden objektive Strukturen durch gesellschaftliches Handeln nicht bloss reproduziert, sondern auch produziert und gestaltet. Dabei stellt Giddens allerdings unmissverständlich

fest, dass dies grösstenteils auf Basis von «unerkannten Handlungsbedingungen» und durch «unbeabsichtigte Handlungsfolgen» (ebd.: 56) geschieht.

In der Perspektive von Giddens' objektivem Subjektivismus rücken Intentionen, Motive und machtvoll realisierte Handlungen ins Zentrum der Analyse. Die subjektive Dimension bildet nicht bloss die Projektionsfläche der objektiven, sondern sie ist ein wichtiges und eigenständiges Fundament der gesellschaftlichen Strukturierung. Dementsprechend beschäftigte sich Giddens mit den Bestimmungsgründen alltäglichen routinierten Handelns und zog hierbei die psychologischen Ansätze von Freud und Erikson und die Analysen symbolischer Interaktionen von Goffman bei.

Mit seiner stärkeren Fokussierung des menschlichen Handelns lieferte Giddens eine wichtige ergänzende Perspektive zu Bourdieus eher schematischen Konzeptionalisierung der Subjektivität. Bei Bourdieu erscheint das einzelne Individuum als ein Zahnrad in einer unterbitterlich rotierenden gesellschaftlichen Maschine. Giddens macht demgegenüber klar, dass mit Handeln notwenig auch Macht verbunden ist und die Strukturierung der Gesellschaft letztlich auf intentionales Handeln zurückgeführt werden kann. Anders als Bourdieu mit seinen schonungslosen Analysen gesellschaftlicher Ungleichheiten (1997), bleibt Giddens in seiner Sozialtheorie jedoch ausgesprochen diffus, wenn es um die Bestimmung der Ungleichverteilung gesellschaftlicher Gestaltungsmacht geht. In den beiden Ansätzen kommen nicht zuletzt die unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen der beiden Sozialwissenschaftler zum Ausdruck. Giddens als der liberalere der beiden (z.B. 1997 [1994]), betont die Gestaltungsmacht des Einzelnen, während der dezidiert links positionierte Bourdieu (z.B. 1998) die gesellschaftlichen Ungleichheiten und die Grenze der Freiheit ins Zentrum rückt.

2.4.2 Innere und äussere Strukturen

Bourdieu nahm mit seinem Konzept der Inkorporierung eine Aussensicht ein und sah in den Köpfen der Menschen die gesellschaftliche Ordnung abgebildet. Giddens dagegen betonte mit dem Beizug psychologischer Konzepte wie «praktisches Bewusstsein», «Handlungsroutinen», «Vertrauen» und «Handlungsmacht» die Eigengesetzlichkeit der subjektiven Sphäre. Spricht Giddens von Strukturen und Strukturmomenten, unterscheidet er jedoch meist nicht zwischen inneren und äusseren. Das heisst, zwischen solchen, die im kognitiven Apparat eingelagert sind, und solchen die als Institutionen, Regeln und Ressourcen bestehen.

Wir sind der Meinung, dass gerade das Zusammenspiel der beiden Strukturbereiche für die Konstitution der Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Für die Klärung des Verhältnisses zwischen innerer und äusserer Struktur lohnt es sich, den Blick etwas zu öffnen und jenseits der reinen Gesellschaftsanalyse nach Hinweisen zu suchen. Fruchtbare Ansätze finden sich dabei in der Erkenntnistheorie, die sich in der Zeit der Aufklärung dieser Frage angenähert hatte und schliesslich auch in der Anthropologie und in der Frage nach der Natur des Menschen.

2.4.2.1 Erkenntnistheoretische Perspektive

Der subjektive Objektivismus, wie er in der Soziologie bourdieuscher Prägung zum Ausdruck kommt, steht in der erkenntnistheoretischen Tradition des englischen Empirismus. Zumindest implizit wird dabei nämlich der menschliche Verstand als eine *tabula rasa* (John Locke) angesehen, die erst durch die gesellschaftlichen Erfahrungen voll geschrieben wird. In der Logik des subjektiven Objektivismus leistet der kognitive Apparat keinen *synthetischen* Beitrag zur Strukturierung der Gesellschaft, sondern er wird als rein *analytisches* Instrument angesehen, das vernünftig auf die ihm objektiv vorgegebene Ordnung reagiert. Für die Strukturierung der gesellschaftlichen Ordnung spielen mentale Dispositionen folglich zwar eine aktive, nicht jedoch eine kreative Rolle.

Als unversöhnliche Gegenposition zum englischen Empirismus galt in der Zeit der Aufklärung der Rationalismus kontinentaleuropäischer Prägung (Descartes, Leibniz), der die Zufälligkeit von Sinneserfahrungen betonte und echte, synthetische Erkenntnis nur in der Verstandestätigkeit ortete («cogito ergo sum»). Übertragen auf die Gesellschaftstheorie bedeutet die rationalistische Erkenntnislogik, dass das Sein des Menschen nicht durch äussere Lebensbedingungen geprägt sein kann, sondern entweder (göttlich) vorgegeben ist oder sich aus sich selbst erschafft, was später in radikaler Form von Sartre vertreten wurde («der Mensch ist dazu verdammt, frei zu sei» 1943).

Es war die Meisterleistung von Kant und seiner «Kritik der reinen Vernunft» (1787) den Gegensatz zwischen Empirismus und Rationalismus zu überwinden. Er ging davon aus, dass nur ein aktiver, mit Verstandesbegriffen ausgestatteter Geist überhaupt erkennen kann, dass Verstandesbegriffe jedoch empirisch mit Inhalten gefüllt werden müssen, um Relevanz zu erhalten («Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind»). Gemäss Kant sind Wahrnehmen und Denken untrennbar verknüpft und die wahrgenommene Wirklichkeit entsteht aus einem Zusammenspiel innerer Denkschemata und äusserer Empfindungen.

Kants Erkenntnistheorie bildet den Schlüssel zu einer Gesellschaftstheorie, die zwar die Bedeutung der Inkorporierung anerkennt, diese jedoch nicht als blosser Projektion der objektiven Ordnung in die mentalen Dispositionen interpretiert. Die a priori bestehende Struktur des menschlichen Geists, die ihn überhaupt erst zur Wahrnehmung fähig macht, gestaltet die Wahrnehmung der Lebensumstände mit. Inkorporieren ist kein passiver, sondern ein aktiver Prozess, der sich nicht nur auf äussere Strukturen bezieht, sondern ebenso die inneren Prädispositionen mit einbezieht und damit zugleich vorstrukturiert und offen ist. Der Mensch ist gleichsam durch seine Lebensumstände geprägt und zu Freiheit verdammt.

2.4.2.2 Anthropologische Perspektive

Gemäss Kants Erkenntnistheorie kann der Mensch Sinneseindrücke nur verarbeiten, weil sein kognitiver Apparat strukturiert und mit mentalen Werkzeugen (Begriffe, Kategorien) ausgestattet ist, die ihm helfen, die wahrgenommenen Eindrücke sinnvoll zu deuten. Kant fand jedoch keine plausible Erklärung für die Genese dieser a priori bestehenden Strukturen. Eine solche lieferte erst die evolutionäre Erkenntnistheorie (Lorenz 1941). In der Logik dieser Theorie ist der erkenntnisfähige kognitive Apparat des Menschen ein Produkt der Evolution genauso wie die anderen Organe. Während seiner Phylogenese hat der Mensch ein zunehmend komplexes Gehirn ausgebildet, das ihn nicht nur zum analytischen Denken befähigt, sondern, wie die Gestaltpsychologie gezeigt hatte, auch seine Wahrnehmung aktiv strukturiert (z.B. Metzger 1953).

In den von *kulturalistischen* Anschauungen dominierten Sozialwissenschaften ist dagegen bis heute die Haltung verbreitet, dass der Mensch erst durch die kulturelle Entwicklung sich selber geworden ist. So bestimmte der Anthropologe Arnold Gehlen (1940) den Menschen als ein «Mängelwesen», das sich aufgrund seiner unterentwickelten Instinkte die Überlebensfähigkeit durch die Ausbildung von Kultur und einer künstlichen Umwelt erst sichern musste (vgl. Bischof 1985: 512 f.).

Vergegenwärtigt man sich die Zivilisationsgeschichte des Menschen, so wird die Unhaltbarkeit dieser kulturalistischen Anthropologie offensichtlich. Das vermeintliche Mängelwesen Mensch hat in seiner aktuellen biologischen Ausprägung mehr als hunderttausend Jahre ohne nennenswertes kulturelles Gehäuse erfolgreich überlebt, bevor es in seiner allerjüngsten Vergangenheit zu einer rasanten zivilisatorischen Entwicklung übergegangen ist. Auch als einfacher Jäger und Sammler war der Homo Sapiens ein komplettes Wesen, das sich sozial organisierte, sich intensiv der «Brutpflege» widmete und in unterschiedlichsten Lebensräumen behaupten und vermehren

konnte. Der Mensch besass die geistigen Fähigkeiten zur Ausbildung einer komplexen gesellschaftlichen Ordnung, längst bevor er eine solche erschaffen hatte. Im Zuge der Zivilisationsentwicklung haben sich diese mentalen Strukturen immer stärker auf die objektiven Lebensbedingungen übertragen.

2.4.2.3 Verflechtung innerer und äusserer Strukturen

Die Natur des Menschen, die sich in seiner grundlegenden Bedürfnisstruktur, seiner Soziabilität, seiner Neugier und Entdeckerlust und vielem mehr zeigt, hat die Entwicklung der menschlichen Zivilisation von Anbeginn begleitet und mitgestaltet. Sie wurde in diesem Prozess zwar überprägt und erweitert, verschwunden ist sie jedoch nicht. Genauso gut, wie die mentalen Dispositionen als Inkorporierung der gesellschaftlichen Ordnung angesehen werden können, lässt sich die gesellschaftliche Ordnung als Materialisierung der Struktur der menschlichen Psyche begreifen.

Dabei muss mit Nachdruck festgehalten werden, dass das Anerkennen der biologischen Vorstrukturierung des kognitiven Apparats keine *biologistische* Anthropologie impliziert. Die in den letzten Jahren zunehmend populär gewordene Vorstellung eines allzeit auf Weitergabe seines Genpools getrimmten Menschen ist ebenso unhaltbar, wie die Ansicht, der Mensch habe sich komplett von seiner biologischen Natur befreit.

Die innere biologische und die äussere soziale Struktur sind seit Beginn der Zivilisationsentwicklung eng ineinander verwoben, denn die beiden Strukturbereiche haben sich in einem permanenten Wechselspiel entwickelt, so dass eine Entflechtung der beiden Stränge heute kaum mehr möglich ist.

Ein Beispiel hierzu ist die hierarchische Organisation sozialer Verbände. Es gibt wenig begründete Zweifel, dass die Fähigkeit zur Ausbildung hierarchischer sozialer Beziehungen in der menschlichen Natur angelegt ist. Solitäre oder in anonymen Herden lebende Säugetiere haben kein Konzept von Hierarchie. Säugtiere, die sich in sozialen Gruppen mit persönlichen Beziehungen organisieren (zu denen auch der Mensch gehört), besitzen jedoch durchwegs die Fähigkeit zur Unter- oder Überordnung⁷ (Bischof 1985: 291-309). Nicht weniger bedeutsam für das hierarchische Denken ist jedoch die Inkorporierung. Die Bereitschaft zu Einordnung in hierarchische Strukturen wird durch die Sozialisierung vermittelt und durch spätere Lebenserfahrungen bestätigt.

⁷ Deshalb lassen sich die soziablen Hunde in hierarchische Beziehungen mit den Menschen ein, die solitären Katzen jedoch nicht.

Die relative Bedeutung von biologischer Prädisposition und Sozialisation für die Ordnung des Sozialen ist kaum zu ermitteln. Entscheidend ist einzig, dass der Mensch sowohl der inneren und äusseren Vorstrukturierung nicht einfach ausgeliefert ist, sondern, dass mentale und soziale Strukturen gestaltbar sind. So zeigen Wertstudien, dass die gesellschaftlichen Einstellungen zu Hierarchien stark variieren (Inglehart 1997) und die Wirtschaft kommt heute in der Regel mit flacheren Hierarchien aus als in der Hochmoderne (Müller-Jentsch 2003).

2.4.3 Zivilisationsentwicklung und Gestaltungsmacht

Die Voraussetzung für die Externalisierung mentaler Strukturen ist das Vermögen, die gesellschaftlichen Lebensbedingungen nach subjektiven Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten. Das Verhältnis zwischen inneren und äusseren Strukturen hängt deshalb unmittelbar mit dem Verhältnis von Macht und Ohnmacht zusammen. Wer ohnmächtig ist, der sieht sich mit unveränderbaren Lebensbedingungen konfrontiert und hat keine andere Wahl als die objektiven Strukturen zu verinnerlichen. Wer mächtig ist, der vermag seine Lebensbedingungen zumindest teilweise zu gestalten, so dass sich darin seine mentalen Strukturen materialisieren.

Macht – im Sinne von Gestaltungsmacht – ist in der Gesellschaft weder gleich verteilt noch konstant. Technische und organisatorische Innovationen haben im Zuge der Zivilisationsentwicklung zu einer radikalen Ausdehnung der gesellschaftlichen Gestaltungsmacht geführt. Das Potenzial der Externalisierung mentaler Strukturen ist seit Beginn der Zivilisationsentwicklung fortlaufend angewachsen. Je grösser das Machtvolumen in einer Gesellschaft, desto grösser ist jedoch auch das potenzielle Gefälle zwischen den Mächtigen und den Ohnmächtigen.

Interne und externe Adaptation

Ein wichtiges Konzept für die Analyse des Verhältnisses zwischen inneren und äusseren Strukturen ist die *Adaptation*. In Kapitel 2.3.2.3 haben wir den Prozess der mentalen Adaptation als Anpassung der Dispositionen an die Lebensbedingungen definiert. Es handelt sich dabei um die Anpassung der inneren an die äusseren Strukturen. Die Anpassung der beiden Sphären kann jedoch auch in umgekehrter Richtung erfolgen, indem die äusseren Strukturen (objektiven Lebensbedingungen) den inneren Bedürfnissen und Wünschen angepasst werden. Sprachlich lassen sich die beiden Adaptationsrichtungen als interne und externe Adaptation unterscheiden. Wobei erstere die Anpassung innerer Strukturen an die objektiven Lebensbedingungen ist und letztere die Anpassung der Lebensbedingungen an die subjektiven Bedürfnisse.

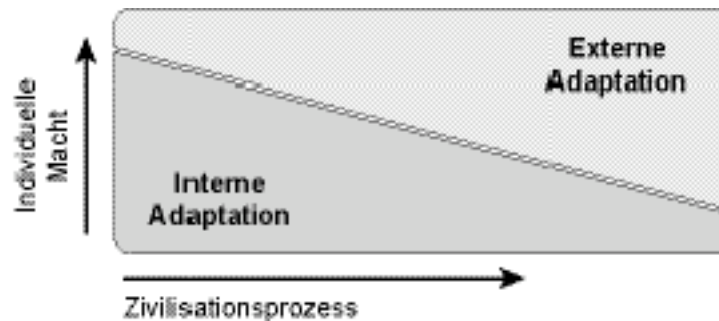


Abbildung 2-6: Verhältnis der beiden Adaptationstypen (eigene Darstellung)

Das Verhältnis von interner und externer Adaptation verschiebt sich im Laufe des Zivilisationsprozesses und hängt ausserdem von der gesellschaftlichen Verteilung der Macht ab.

Adaptation als biologisches und als kulturelles Phänomen

Adaptation ist ein Prinzip, das nicht nur im gesellschaftlichen Kontext eine Rolle spielt. Sie ist einer der wichtigsten Motoren der biologischen Evolution. Zwischen der Adaptation im kulturellen und im biologischen Kontext besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied. Das biologische Adaptationsprinzip beruht nämlich fast immer in einer Anpassung des Organismus an seine Umwelt (interne Adaptation) und nicht in einer Anpassung der Umwelt an die Bedürfnisse des Organismus (externe Adaptation). Demgegenüber ist der Mensch als Kulturwesen ein Meister der externen Adaptation. Dies zeigt sich zum Beispiel im Umgang mit unterschiedlichen Witterungsbedingungen. Auf der Ebene der biologischen Evolution bedeutet Klima-Adaptation, dass sich der Organismus durch Veränderung von Anatomie und Physiologie an unterschiedliche Klimabedingungen anpasst. Der zivilisierte Mensch passt das Mikroklima dagegen mittels Isolationsmaterial, Heizung und Klimaanlage an seinen Temperaturbedürfnissen an und kann so in allen Klimazonen der Welt ohne innere Anpassung komfortabel überleben.

Das Prinzip der externen Adaptation ist im Wesentlichen ein menschliches Phänomen, in einigen Fällen ist es auch bei anderen Lebewesen zu beobachten: So errichten staatenbildende Insekten, wie Ameisen oder Bienen, nicht nur ausgeklügelte Schutzbauten, sondern sind auch fähig, diese Schutzbauten zu klimatisieren.

2.4.3.1 Verlagerung der Adaptationsprinzipien

Die Fähigkeit zur externen Adaptation geht beim Menschen jedoch weit über die physischen Lebensbedingungen hinaus. Im Zuge der Zivilisationsentwicklung hat der

Mensch fortdauernd sein Vermögen erweitert, seine Lebenswelt so zu gestalten, dass sie ihm zur Befriedigung seiner psychischen und mentalen Bedürfnisse dient. Selbst wenn mit einem Schlag alle Menschen von der Welt entfernt würden, könnte aus der Unzahl von Artefakten, die diese hinterlassen, das Wesen des Menschen bis in seine Tiefen erschlossen werden.

Die externe Adaptation führt dazu, dass sich die menschlichen Bedürfnisse und Werte in die objektive gesellschaftliche Ordnung übertragen. In Umkehrung von Bourdieus Bild der «inkorporierten sozialen Struktur» führt die externe Adaptation dazu, dass sich mentale Strukturen in Institutionen und Artefakten externalisieren.

Die generelle Verlagerung von der internen zur externen Adaptation darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die interne Adaptation auf jeder Stufe der Zivilisationsentwicklung ein wichtiges Strukturprinzip geblieben ist. Der Mensch hat seine bemerkenswerte Anpassungsfähigkeit bis heute nicht verloren. Ob freiwillig oder unter äusserem Druck kann der Mensch in unterschiedlichsten Kontexten bestehen, sei es als Arbeiter in einem Kohlebergwerk, als Teilnehmerin an einer Arktisexpedition oder in einer distinguierten Gesellschaft mit komplexen Verhaltensregeln.

Technische und organisatorische Innovationen

Eine wichtige Rolle bei der Verlagerung von der internen zur externen Adaptation kommt dem technischen Fortschritt zu, der den Menschen mehr und mehr von seiner Umweltabhängigkeit befreit. Bereits in der Frühphase der Zivilisationsentwicklung kam es zu einer entscheidenden Verlagerung der Adaptationsprinzipien. Während der Mensch als Jäger- und Sammler vollständig von den in seinem Lebensraum vorhandenen Ressourcen abhängig war und sich diesen anpassen musste, verschaffte ihm der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht die Möglichkeit, den Lebensraum seinen Nahrungsbedürfnissen anzupassen (Diamond 1997).

Eine neue Dimension erreichte die externe Adaptation mit der Industrialisierung, welche das menschliche Gestaltungspotenzial in kurzer Zeit fast ins Unermessliche steigerte. Dabei konnten die Lebensbedingungen an immer mehr Aspekten des subjektiven Bedürfnisprofils angepasst werden. So bestehen heute ganze Industriezweige, die einzig darauf ausgerichtet sind, das menschliche Bedürfnis nach Unterhaltung und Zerstreuung zu befriedigen.

Parallel zum technischen Fortschritt haben organisatorische Innovationen zur Steigerung des Potenzials der externen Adaptation geführt. So hat beispielsweise die Entwicklung des modernen Staates zu einer Anpassung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen an das subjektive Bedürfnis nach Sicherheit beigetragen. Demokratie und

Marktwirtschaft können dabei sogar als institutionalisierte Prinzipien der externen Adaptation angesehen werden. Durch demokratische Mitbestimmung fließen die subjektiven Bedürfnisse und die Werte der Stimmenden in die Ausgestaltung des staatlichen Handelns ein. Die Marktwirtschaft sorgt dafür, dass die Präferenzen der Konsumierenden sich im Angebot an Gütern und Dienstleistungen niederschlagen. Die Flexibilität des Marktpinzips ermöglicht dabei, dass der und die Einzelne seine/ihre Umwelt an die eigenen Bedürfnisse anpasst.

2.4.3.2 Typologie der Macht

Externe Adaptation heisst, die objektive Wirklichkeit nach eigenem Willen zu gestalten. Das Vermögen zur externen Adaptation kommt damit dem sozialwissenschaftlichen Konzept der *Macht* gleich. Max Weber hatte Macht als Chance definiert «innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen» (1972 [1922]: 28). Macht wie wir sie verstehen, bezieht sich jedoch nicht nur auf soziale Beziehungen, sondern steht für jede Art der Verwirklichung subjektiver Ziele – und zwar nicht durch deren Anpassung an die Möglichkeiten, sondern durch die Anpassung der Möglichkeiten an die Ziele. Wer Macht besitzt, ist nicht durch die Verhältnisse bestimmt, sondern besitzt das Potenzial die Verhältnisse nach eigenem Willen zu gestalten.

Macht besteht aus zwei Komponenten: *Eigenmacht* und *Wirkungsmacht* (vgl. Hermann/Leuthold 2001c). Eigenmacht ist das Vermögen, sein eigenes Leben zu gestalten. Es ist die Freiheit sich nicht an äussere Zwänge anpassen zu müssen, sondern seinen eigenen Neigungen nachgehen zu können. Eigenmacht ist die persönliche Dimension der Macht, Wirkungsmacht ist dagegen deren gesellschaftliche Dimension. Wirkungsmacht heisst, auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit Einfluss nehmen zu können. Die klassische Form der Wirkungsmacht ist *Herrschaft*. Weber definierte Herrschaft als «Chance für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebaren Personen Gehorsam zu finden» (Weber 1972 [1922]: 28). Herrschaft über Personen ist jedoch nur eine Form von Wirkungsmacht. Die technologische Entwicklung und die Ausbildung moderner Institutionen haben dazu geführt, dass Machtentfaltung immer weniger an Personen gebunden ist. Stattdessen haben die Kontrolle über Ressourcen aller Art und die Möglichkeit Regeln zu setzen an Bedeutung gewonnen.

Macht über Personen, Ressourcen und Regeln bezeichnen wir als *materielle Wirkungsmacht*. Wirkungsmacht kann jedoch auch ideellen Charakter besitzen. *Ideelle Wirkungsmacht* heisst, dass nicht durch Kontrolle und Befehlsgewalt, sondern durch

geistige Tätigkeit auf die Gestaltung der Wirklichkeit Einfluss genommen wird. Ideelle Wirkungsmacht geht vor allem von Personen aus, die als Entwickler, Analytikerinnen, Intellektuelle oder Kreative tätig sind. Die Zivilisationsentwicklung hat dafür gesorgt, dass das Gestaltungspotenzial insgesamt gestiegen ist. Immer mehr Menschen besitzen potenziell immer mehr Macht, ihre Lebensbedingungen zu gestalten.

2.4.3.3 Regulierte Macht

Technischer und organisatorischer Fortschritt führen dazu, dass die Gestaltbarkeit der objektiven Wirklichkeit zunimmt. Der damit verbundene Zugewinn an Gestaltungsmacht überträgt sich jedoch nicht eins zu eins auf einen Zugewinn an individueller Gestaltungsmacht. Ein wichtiges Charakteristikum der Zivilisationsentwicklung ist die Regulierung der Macht. Es ist dies ein Phänomen, das von Norbert Elias in seinem Hauptwerk «Über den Prozess der Zivilisation» (1939) identifiziert wurde.

Laut Elias ist der Zivilisationsprozess mit einem Übergang von «Fremdzwängen» in «Selbstzwänge» verbunden (2001 [1939] II: 312). Das heisst, dass der Mensch zwar seinen äusseren Gestaltungsspielraum vergrössert, sein Handeln jedoch zugleich systematisch reguliert und damit der Freiheit Grenzen setzt. Durch die Entwicklung von Gesetzen, Regeln und Normen wird der Willkür des Handelns Schranken gesetzt und ein Teil der Macht institutionell gebunden. Für Elias gehört zur Charakteristik zivilisierter Gesellschaften jedoch nicht nur die institutionelle Regulierung, sondern auch eine Regulierung der Sitten und Umgangsformen. Statt dass er seine Lust und Unlust, seine Triebe und sein Drängen spontan auslebt, wird vom zivilisierten Menschen ein hohes Mass an Selbstbeherrschung und Mässigung erwartet. Durch rigide Verhaltensnormen entzieht sich der zivilisierte Mensch ein Teil seiner gewonnenen Handlungsmacht.

Partielle Entkopplung von Macht und Status

Die Regulierung der Macht ist für jene Gesellschaftsschichten am bedeutsamsten, die vermeintlich die meiste Macht akkumulieren. Wer Karriere in einer grossen, mächtigen und hierarchisch organisierten Institution machen will, muss heute meist bereit sein, seine Eigenmacht zurück zu binden. Ein enges Geflecht institutioneller Regeln und die Standardisierung der Selektionskriterien (vgl. Kapitel 2.3.2.4), die für den Verlauf einer Karriere entscheidend sind, haben zur Folge, dass sich diejenigen, die in einer Grossinstitution wie einer Bank oder dem Staat aufsteigen wollen, sich anpassen müssen.

Die Regulierung der Macht in mächtigen Institutionen beschränkt jedoch nicht nur die Eigen-, sondern auch die Wirkungsmacht der Handlungsträger in diesen Institutionen. Als Repräsentant bzw. Repräsentantin und Teil einer grossen Institution kann ein Kadermitglied seine potenzielle Wirkungsmacht nicht ausschöpfen. Es befindet sich in einem regulierten Umfeld, das durch Interessensverflechtungen und Vorgaben geprägt ist. Auch innerhalb ihrer Machtbefugnisse können die Kader jedoch nicht einfach frei entscheiden, sondern sind bei ihrer Entscheidungsfindung mehr und mehr auf Entscheidungsgrundlagen abstrakter Expertensysteme angewiesen (Giddens 1996 [1990]: 107). Dies führt im ungünstigsten Fall dazu, dass die vermeintlichen Entscheidungsträger nur mehr autonom nachvollziehen, was bereits vorgegeben ist.

Die Regulierung der Macht in zivilisierten Gesellschaften im Sinne von Norbert Elias führt dazu, dass Macht und Status teilweise auseinander fallen. Idealtypisch wird das Auseinanderfallen von Macht und Status durch repräsentative Staatsoberhäupter verkörpert, die zwar formell an der Spitze eines Staates stehen, dabei jedoch kaum Gestaltungsmacht besitzen. Die Entkopplung von Macht und Status ist dabei immer nur partiell. Auch in einer zivilisierten Gesellschaft korreliert Macht und Status im Grossen und Ganzen. Die Institutionalisierung und Regulierung von Macht führt jedoch dazu, dass gerade in grossen und gefestigten Institutionen eine Kaderposition durchaus mit einem subjektiven Gefühl der Ohnmacht verknüpft sein kann.

2.4.3.4 Entwicklung von Eigenmacht und Wirkungsmacht

Durch Regulierung werden nicht alle Formen der Macht gleichermassen gebunden. Elias betonte in seiner Analyse des Zivilisationsprozesses die Verlagerung von Fremd- zu Selbstzwängen. Dies würde bedeuten, dass die Zivilisierung eine Einschränkung der Eigenmacht zur Folge hat. Dies stimmt, wenn man den Übergang von der ländlich-gewerblichen zur industriellen, fordistischen Wirtschaftsordnung zum Massstab nimmt. Mit der Ausbildung von grossen, hierarchisch organisierten Institutionen hat die Fremdbestimmung im wirtschaftlichen Leben stark zugenommen und die Eigenmacht abgenommen. Elias, der seine Analyse zum Zivilisationsprozess in der Hochblüte des Fordismus geschrieben hatte, konnte nicht voraussehen, dass mit dem fortschreitenden Zivilisationsprozess das Potenzial zur Entfaltung von Eigenmacht wieder zunehmen sollte.

Die gesellschaftliche Öffnung seit 1968 und die Vervielfältigung der Konsummöglichkeiten haben die Freiräume in der Lebensgestaltung in der Spätmoderne stark ansteigen lassen. Die Entwicklung von sozialen und kulturellen Dienstleistungsbranchen und der Bedeutungsgewinn von kleinen Unternehmen und Einzelfirmen haben

dazu geführt, dass in einem wachsenden Teil der Wirtschaftswelt Eigenmacht wieder gefragt ist. Typisch für den spätmodernen Kontext ist, dass das Potenzial zur Entwicklung von Eigenmacht stark zwischen Branchen und Unternehmensformen variiert und dass der Einzelne sein Mass an Eigenmacht durch die Planung der Laufbahn mitbestimmen kann. So erleben heute längst nicht alle, die in einer Bank oder einem Handelsunternehmen arbeiten, die Einschränkung der Eigenmacht als Zwang. Eine starke Verhaltensregulierung nimmt dem und der Einzelnen die Last sich zu entscheiden ab und die damit verbundene Ausbildung einer starken «Corporate Identity» macht ihn und sie zum Teil eines grossen Ganzen.

Verlagerung von materieller zur ideeller Wirkungsmacht

Die technologische und organisatorische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat zu einer Bedeutungsverlagerung von der materiellen zur ideellen Wirkungsmacht geführt. Die Regulierung der Macht betrifft in erster Linie deren materielle Dimension. Da Ideen und Innovationen weit schwerer institutionalisiert und monopolisiert werden können, wurde die ideelle Dimension der Macht vom Prozess der Regulierung nur ansatzweise erfasst (zum Beispiel durch Patente).

Unabhängig von der Regulierungsfrage wurde das Potenzial der ideellen Wirkungsmacht mit dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft stark erweitert. In der heutigen, wissensbasierten Wirtschaft bilden originäre intellektuelle Leistungen einen wichtigen Rohstoff, der von den Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen regelrecht aufgesogen wird. Eine entscheidende Rolle hierfür spielt die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, die in einer zunehmend eng geflochtenen, globalen Vernetzung von Information und Wissen resultiert. Diese Wissensvernetzung führt dazu, dass innovative und originelle Ideen in kurzer Zeit eine enorme Wirkung entfalten können. Wie das Beispiel der Suchmaschine Google zeigt, kann die ideelle Wirkungsmacht durchaus auch in materielle Wirkungsmacht umgewandelt werden.

2.4.3.5 Macht und Ungleichheit

Auch wenn die durch die Zivilisationsentwicklung freigesetzte Macht durch institutionelle Regulierungen teilweise gebunden wird, ändert dies nichts an der langfristigen Tendenz einer Zunahme der gesellschaftlichen Gestaltungsmacht und damit einer Verlagerung vom Prinzip der internen zum Prinzip der externen Adaptation. Durch die Regulierung der Macht verlieren zwar einzelne Entscheidungsträger an Gestaltungsmacht, insgesamt bieten Regulierungen jedoch Schutz vor Willkür und erhöhen

die Stabilität der sozialen Beziehungen, was – wie Giddens zu Recht betonte – eine wichtige Basis für Freiheit ist (1995 [1984]: 227).

Ein zentrales Charakteristikum von Macht – auf jeder Stufe der Zivilisationsentwicklung – ist deren ungleiche Verteilung. Während ein Teil der Bevölkerung ihre Lebenswelt weitgehend selbst gestalten kann, sind andere Spielball der Umstände und gezwungen, sich an harte, vorgegebene Lebensbedingungen anzupassen, die keinen oder wenig Raum und Perspektiven lassen. Je grösser das Gestaltungspotenzial in einer Gesellschaft, desto grösser ist das Machtgefälle zwischen denen, die das wachsende Gestaltungspotenzial ausschöpfen können und jenen, die ohnmächtig bleiben.

Wenn wir davon sprechen, dass durch die Zunahme der Gestaltungsmacht und durch den Bedeutungsgewinn der externen Adaptation sich die mentalen Dispositionen mehr und mehr auf die objektiven Strukturen übertragen, so gilt dies nur für die mentalen Dispositionen der Mächtigen. Wie Giddens gehen wir zwar von einer prinzipiellen Strukturierbarkeit der gesellschaftlichen Ordnung aus. Die Strukturierung der gesellschaftlichen Ordnung ist jedoch durch Machtungleichheiten geprägt. Weil die Mächtigen ihre Bedürfnisse und Werte in die sozialen Strukturen externalisieren können, wissen sie sich am besten in diesen zu bewegen. Machtungleichheiten werden dadurch verstärkt. Ein Beispiel hierfür ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die den Handlungsmächtigen Perspektiven und Chancen verschafft, die Ohnmächtigen jedoch in ihrer Ohnmacht bestärkt.

Macht und Unterdrückung

Gestaltungsmacht ist nicht nur ungleich in der Gesellschaft verteilt, sondern die Erweiterung der Macht der Einen kann auch direkt auf dem Entzug der Macht anderer beruhen. Die Extremform der Machtakкумуляtion durch Machtentzug ist die Sklaverei. Versklavung bedeutet, dass einer Gruppe von Menschen die Handlungsmacht gewaltsam entzogen wird, mit dem Ziel, das Machtpotenzial einer anderen Gruppe zu erweitern. Ein direkter Transfer von Macht findet überall dort statt, wo eine Gruppe aus Not oder durch Nötigung ihre Handlungsmacht zugunsten einer anderen Gruppe einbüsst. Dies geschieht in totalitären Regimes und teilweise auch in kapitalistischen Wirtschaftssystemen.

Kritiker und Kritikerinnen des Kapitalismus gehen denn auch davon aus, dass Machtakкумуляtion grundsätzlich auf einem Machtentzug der unteren Schichten beruht. So heisst es in einer Liedzeile des Berner Chansonier und Mundartpoeten Mani Matter (1970) in sinngemäßem Hochdeutsch: «Jenen, denen es gut geht, ginge es besser,

ginge es jenen besser, denen es weniger gut geht, was aber nicht geht, ohne dass es jenen weniger gut geht, denen es gut geht». Matter impliziert damit, dass es sich bei der Verteilung von Macht und Möglichkeiten um ein Nullsummenspiel handelt, bei dem die einen nur auf Kosten der anderen gewinnen können. Wie wir in den vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, ist die Summe der gesellschaftlichen Macht jedoch nicht fixiert, sondern sie erweitert sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Auch aus Sicht der Mächtigen ist es in der Regel besser, wenn es denen, welchen es weniger gut geht, zumindest ein bisschen besser geht. Wie die Geschichte zeigt, ist die totale Unterdrückung der Massen in einer Gesellschaft mit grossem Energieaufwand verbunden. Unterdrückungsregimes zeichnen sich ausserdem in der Regel durch eine gebremste Entwicklung aus. So wird das Faktum, dass das römische Reich auf Sklavenarbeit beruhte, als wichtiger Faktor für dessen Zerfall angesehen (Elias 2001 [1939] II: 79 f.). Weil es das Anwachsen des Machtvolumens bremst, kehrt sich der Versuch der Mächtigen, ihre Gestaltungsmacht mittels Unterdrückung zu erweitern, in der langen Frist ins Gegenteil.

Da die Machtverteilung kein Nullsummenspiel ist, ist die marxistische Voraussage von der Verelendung des Proletariats und dem Zusammenbruch des Kapitalismus, wie sie in Grossmanns «Zusammenbruchsgesetz» (1970 [1929]) formuliert wurde, nicht eingetroffen und dies obwohl die heutigen Kapitalisten und Kapitalistinnen weit mehr Kapital akkumuliert haben als jene zur Zeit des schrankenlosen Manchesterkapitalismus.

Statt mit aller Gewalt den Widerstand der politisierten Arbeiterschaft zu brechen, wurden die Rahmenbedingungen von Wirtschaft und Staat zumindest in einem gewissen Mass den subjektiven Bedürfnissen der Arbeiterschaft angepasst. Was in der langen Frist auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Mächtigen erweitert hat, da die Arbeitenden dies mit einer grösseren Leistungsbereitschaft dankten (Vester et al. 2001: 72-74).

«Brave New World»

Bereits im Jahre 1932 hatte Aldous Huxleys mit seinem brillanten Zukunftsroman «Brave New World» aufgezeigt, dass Herrschaft nicht nur durch Unterdrückung gesichert werden kann, sondern auch durch die kompromisslose (Über-)Sättigung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Der Roman zeigt eine totale Wohlstandsgesellschaft «im Jahr 632 nach Ford», die sich in jeder Hinsicht den subjektiven Bedürfnissen der Individuen angepasst hat. In eine Gesellschaft, die auf Jungendlichkeit getrimmt,

durch bequemen Konsum und gesellschaftlich geförderte Sexualität gesättigt ist, bestehen weder Bedürfnis noch Verständnis für individuellen Freiheitsdrang und politische Rebellion.

Der «schönen neuen Welt» von Huxley hatte George Orwell 1949 mit seinem Roman «1984» ein kontrastierendes Zukunftsszenario gegenübergestellt. Vor dem Hintergrund des Stalinismus entwickelte Orwell eine Vision einer totalitären Unterdrückungsgesellschaft, in der die Gesellschaftsmitglieder unter den Augen des «grossen Bruders» jeder Freiheit beraubt sind und in permanenter Angst leben.

In beiden Visionen geht es um Machtausübung in einem totalitären System. Bei Orwell wird die gesellschaftliche Ordnung durch Unterdrückung der Gesellschaftsmitglieder erreicht, bei Huxley durch die totale Befriedigung ihrer Bedürfnisse. In Orwells Vision dominiert das Prinzip der interne Adaptation: Die Bevölkerung hat sich den knechtenden Ansprüchen des Systems nicht nur anzupassen, sondern zu unterwerfen. Huxleys Vision beruht dagegen auf der konsequenten Umsetzung des Prinzips der externen Adaptation. Durch die geschmeidige Anpassung der gesellschaftlichen Ordnung an die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung wird diese ruhig gestellt.

Betrachtet man die heutige Welt «70 Jahre nach Ford», die sich als Welt des globalen und universellen Konsums präsentiert, in der es kaum noch klassische Unterdrückungsregimes gibt, sondern Macht in der Regel mit subtileren Methoden gesichert wird, hat sich Huxleys Zukunftsszenario zweifellos als das visionärere erwiesen.

2.5 Regionale Mentalitäten

Aus geografischer Sicht besonders bedeutsam sind mentale Strukturen, die sich im Raum entfalten. Im Zentrum steht dabei das Konzept der regionalen Mentalität. Regionale Mentalitäten sind kollektive Mentalitäten, die an den Raum gebunden sind. Das bedeutet, dass die Träger dieser Mentalitäten ihr Handlungszentrum in einem räumlich begrenzten Gebiet besitzen. Regionale Mentalitäten implizieren, dass die Gesellschaft räumlich segmentiert ist und unterschiedliche Räume durch unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Mentalitäten gestaltet werden. Regionale Mentalitäten sind nicht nur ein Faktor der Regionalisierung, sie sind ebenso eine Grundlage für die Ausbildung regionaler politischer Auseinandersetzungen.

Im Kontext der Globalisierung lösen sich allerdings immer mehr Raumbindungen auf und die Bezugssysteme des Handelns brechen aus der engen räumlichen Kammerung aus und beziehen zunehmend globale Faktoren mit ein. Zu Beginn des Kapitels zu regionalen Mentalitäten soll zunächst auf die Frage eingegangen werden, ob und wie weit die Globalisierung die Existenz regionaler Mentalitäten untergräbt.

2.5.1 Modernisierung und Raum

Mit dem Übergang vom Nomadentum zur permanenten Sesshaftigkeit – vom Jagen und Sammeln zur Landwirtschaft – verwurzelte sich der Mensch im Raum. Eine Verwurzelung, die über Jahrtausende standhalten sollte und sich erst im Zeitalter der Industrialisierung zu lockern begann.

2.5.1.1 Raumverankerung traditioneller Gesellschaften

Bis zur aufkeimenden Modernisierung und Industrialisierung hing die Gesellschaft fundamental von der landwirtschaftlichen Produktion ab und diese ihrerseits von lokalen Geofaktoren: Das Klima, die Topografie und die Bodenbeschaffenheit hatten als Rahmenbedingungen entscheidenden Einfluss auf die Effektivität unterschiedlicher Produktionsweisen. Der vormoderne Mensch war seinen natürlichen Lebensbedingungen in vielerlei Hinsicht ausgeliefert und konnte sich kaum leisten, diese Bedingungen zu ignorieren (vgl. Diamond 1997). Oder mit anderen Worten: Sein Potenzial der *externen Adaptation* war im Vergleich zu heute gering. Statt die Umwelt seinen Bedürfnissen anzupassen, musste sich der Mensch auf die vorgefunden Umweltbedingungen einlassen und konnte diese nur moderat – in dem er beispielsweise Bewässerungssysteme errichtete – verändern.

Schon vor der Industrialisierung existierten beachtliche Handelsrouten, doch die limitierten Transportkapazitäten und vor allem die geringe Transportgeschwindigkeit erlaubten keinen extensiven Güteraustausch. Der Handel beschränkte sich auf Luxusgüter; Güter des täglichen Bedarfs stammten aus der unmittelbaren Umgebung (Elias 2001 [1939]: 42). Was für die Wirtschaft galt, hatte auch für die Gesellschaft Gültigkeit: Die Immobilität war zwar nicht universell, so sahen Söldner, Handwerkergehlen und Fernkaufleute bereits damals viel von der Welt, für die meisten Menschen blieb jedoch der Lebensradius auf das lokale Umfeld begrenzt (Lucassen & Lucassen 1997).

Traditionelle regionale Mentalitäten

Die Raumverankerung, die in der vormodernen Gesellschaft alle Aspekte des Lebens umfasste, lag der Ausbildung regionaler Mentalitäten zugrunde. Die Geschichte, die wirtschaftliche und politische Struktur eines Ortes bildeten den Hintergrund, auf dem sich lokale kulturelle Praktiken und sprachliche Eigenheiten entwickelten. Es waren die Historiker der Annales-Schule, welche die mentale Dimension dieser Unterschiede ins Blickfeld rückten (vgl. Dinzelbacher 1993).

Je enger die räumliche Kammerung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und je geringer die räumliche Mobilität, desto autonomer und regionaler gestaltete sich die Entwicklung von Mentalität und kultureller Praxis. Ein Musterbeispiel bildete dabei die Schweiz. Die schroffe Gebirgslandschaft, die weite Teile des heutigen Nationalstaats charakterisiert, war mit vormodernen Verkehrs- und Kommunikationsmitteln nicht leicht zugänglich und folglich politisch nur schwer kontrollierbar, ausserdem war das nur mit Mühen zu bewirtschaftende Land politstrategisch von mässiger Bedeutung. Diese Faktoren begünstigten eine kleinräumige, dezentrale politische Ordnung und damit einhergehend eine Vielfalt regionaler Kulturen und Mentalitäten auf kleinstem Raum, wie sie anderswo in Mitteleuropa kaum vorstellbar war.

2.5.1.2 Raumentankerung in der Moderne

Mit der aufkommenden Moderne setzte jedoch eine Erosion der traditionell gewachsenen regionalen kulturellen Vielfalt ein. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Prozess der Territorialisierung der Politik und der Gründung und Entwicklung der Nationalstaaten, der in der frühen Neuzeit einsetzte und bis in die Hochmoderne anhalten sollte. Dieser Prozess war verbunden mit einer Zentralisierung der politischen Entscheidungsmacht und einer Homogenisierung der politischen Kultur. Der zweite wichtige Faktor war die mit der Eisenbahn eingeleitete und später mit dem Automobil

und dem Flugverkehr beschleunigte Mobilisierung von Gütern und Menschen, welche die Welt schrumpfen liess und die Pufferwirkung des Raums bei der Diffusion neuer Ideen und Anschauungen abbaut. Mit der Einführung des Telegrafen und anderer Formen der Telekommunikation wurde es schliesslich möglich, über grösste Distanzen hinweg in Echtzeit zu kommunizieren und somit den physischen Raum als Hindernis zumindest beim Austausch von Informationen vollständig aufzuheben.

Entankerung der Gesellschaft

Nationalstaatenbildung und gestiegene Mobilität führten zu einer zunehmenden «Entankerung» (Werlen 1995: 110) beziehungsweise «Entbettung» (Giddens 1996 [1990]: 33) der Gesellschaft aus dem lokalen räumlichen Kontext. Die Entankerung vollzog sich dabei typischerweise nicht an jedem Ort in gleicher Geschwindigkeit und in gleichem Ausmass. Auch längst nach Beginn der Industrialisierung waren viele Regionen durch Landwirtschaft und Gewerbe geprägt. Zu einer beschleunigten Erosion traditioneller Kulturen und Mentalitäten kam es dagegen in den schnell anwachsenden urbanen Zentren. Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft und eine zunehmende Nachfrage nach industriellen Arbeitskräften liessen immer mehr Menschen ihren ländlichen Herkunftsort verlassen und in die industrialisierten Ballungsräume ziehen.

In den Industrieregionen kam es dabei nicht nur zur Vermengung der Herkunftskulturen, sondern es setzte ein Prozess ein, den man als *Rekulturalisierung* bezeichnen kann. Zwar trugen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Mentalität ihrer Herkunftsregion mit und streiften ihre verinnerlichten Werte und Anschauungen nicht von einem Tag auf den anderen ab, doch hinterliessen die Lebensbedingungen im neuen Umfeld zunehmend Spuren in ihren Köpfen und vor allem in den Köpfen ihrer Nachfahren. Dabei entwickelte sich eine Mentalität der Industriearbeiterschaft (Geiger 1987 [1932]: 92-97). Anders als die traditionellen regionalen Mentalitäten war diese weniger vom spezifischen regionalen Kontext geprägt als von den sich in allen Industrieregionen gleichenden sozialen Lebensbedingungen. Anstelle der traditionellen regionalen Identität trat dabei zunehmend eine nicht-regionalisierte Klassenidentität. Die sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen, welche die Arbeitermentalität in die Politik trugen, zeichneten sich denn auch durch einen relativ geringen Regionalisierungsgrad auf (Hermann/Leuthold 2003a), wobei auch die Gründung der Sozialistischen Internationalen die nationalen Partikularitäten nie zu überwinden vermochte.

2.5.1.3 Das Ende des Raums?

In der Spätmoderne hat sich die Erosion traditioneller regionaler Mentalitäten weiter an Intensität zugenommen. Die entscheidende Triebfeder war und ist dabei die Entwicklung der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Bereits durch die Industrialisierung hat sich die Abhängigkeit von den lokalen Geofaktoren gelockert, grundlegende Abhängigkeiten blieben jedoch bestehen: Zugang zu Wasserkraft, zu Rohstoffen, eine flache Topografie und geeignete Verkehrswege bilden wichtige Faktoren für die Entwicklung industrieller Komplexe. Die eigentliche Emanzipation der Wirtschaft von den naturräumlichen Bedingungen erfolgte erst mit dem Übergang zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Nur Informationen kennen keine Raumwiderstände und nur Informationen können an jedem Ort der Welt produziert werden.

Die rasante Entwicklung der Informationstechnologie seit den 1960er-Jahren führte dabei zu einer zunehmenden Verlagerung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bezugssysteme in die elektronische und digitale Welt. Computer, Internet und mobile Kommunikation führen den Menschen in eine Wirklichkeit, die jenseits des physischen Raums besteht. Die Welt kann heute wie selbstverständlich ins Wohnzimmer und an den Arbeitsplatz geholt werden. Werte, Einstellungen, Lebensstile und kulturelle Praktiken insgesamt werden im digitalen Informationsraum entwickelt und ohne Verzögerung global verbreitet (Löw 2001: 93-104).

Die in der Spätmoderne beschleunigte räumliche Entankerung der Gesellschaft hat insbesondere in den der Zeit der Globalisierungseuphorie im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts zu der Vorstellung geführt, dass das «Ende der Geografie» gekommen sei und dass der Raum keine relevante Kategorie der Gesellschaftsanalyse mehr darstellen würde. Wie ähnliche Voraussagen vom Ende der Geschichte (Fukuyama 1992) oder dem Ende der Klassengesellschaft (Beck 1986) hat sich jedoch auch die Voraussage vom Ende der Geografie nicht bewahrheitet.

Raum als komplexes Bezugssystem

Auch im Kontext der Globalisierung sind die meisten Menschen nicht grenzenlos mobil und geben ihre lokale räumliche Verankerung nicht auf. Der Mensch ist ein körperliches Wesen und als solches in seine physische Umwelt eingebettet. Die raumlose digitale Welt hat die Leiblichkeit des Menschen weder aufgelöst noch ersetzt, sondern sich als neue gesellschaftliche Sphäre über die alte geschoben. Der spätmoderne Mensch bewegt sich zwischen dem raumlosen digitalen Kosmos und räumlichen hier und jetzt, welches ihm sein Leib vorgibt (Werlen 1997: 245 f.).

Der Raum hat sich dabei von einem einfachen und integrierten Behälter, der die Welt zwischen dem Nahen und dem Fernen teilt, zu einem komplexen Bezugssystem entwickelt, das aufgrund seiner Vielschichtigkeit zu einem faszinierenden Objekt der wissenschaftlichen Analyse geworden ist. Modernisierungsprozesse haben die starke räumliche Gebundenheit der Gesellschaft aufbrechen lassen und sie führten zur Erosion traditioneller Mentalitäten. Doch auch unter spätmodernen Bedingungen werden regionale Mentalitäten produziert und reproduziert. Im Vergleich zur Vormoderne und zur Hochmoderne haben sich jedoch die Faktoren und Prinzipien verändert, die den regionalen Mentalitäten zugrunde liegen.

2.5.1.4 Raum als Konsumgut

Im Vergleich zur vormodernen agrarischen Gesellschaft hat sich die Abhängigkeit des Menschen vom Raum und von den lokalen Lebensbedingungen in grundlegender Weise gelöst. Der eigene Grund und Boden bildet längst nicht mehr die Basis für die Versorgung, mit der Motorisierung des Verkehrs hat sich die enge Bindung des Wohn- an den Arbeitsort gelöst und das Internet erlaubt es einem, schliesslich auch weit ab eines Zentrums, mit der Welt in Verbindung zu bleiben. Die grössere Freiheit und Unabhängigkeit vom Raum bedeutet nun allerdings nicht, dass dem Menschen sein Wohnumfeld und sein Lebensraum insgesamt gleichgültig geworden wäre. Im Gegenteil: Mit dem Wohlstand und den wachsenden Handlungsoptionen sind auch die Ansprüche an die Qualität des Wohnumfelds gestiegen.

Wohnstandort und Pluralisierung der Präferenzen

Durch die Lockerung der Raumbindung sind die Wahlmöglichkeiten bei der Festlegung des Wohnstandorts gestiegen. Dies gilt insbesondere für die mittleren und oberen sozialen Schichten, in geringerem Mass aber auch für die Unterschicht. Die Arbeiter in der Zeit der Industrialisierung waren aus Mangel an Transportmöglichkeiten gezwungen, sich in unmittelbarer Nähe ihrer Fabrik niederzulassen. Mit der Verbreitung des Automobils sind die Freiheitsgrade bei der Wohnstandortwahl selbst für grosse Teile der Unterschicht gestiegen.

Wie wir oben (Kapitel 2.4) dargelegt haben, folgt aus einer Erweiterung der Handlungsoptionen, dass der Einfluss von Werten und Einstellungen auf die Gestaltung des Handelns zunimmt. Innerhalb jedes Preissegments gilt es zwischen verschiedenen Wohnungstypen und Wohnumfeldern zu entscheiden. Wie die Kleidung, die Freizeitgestaltung oder der Kulturkonsum ist auch das Wohnen zu einem Bestandteil des Lebensstils geworden. Zum Lebensstil Wohnen gehört dabei nicht nur die Art der

Wohnung und deren Einrichtung, sondern auch deren Standort. Wie andere «Konsumgüter» unterliegen Wohnstandorte einer Produktdifferenzierung. Das heisst, je nach Standorteigenschaften sind sie für jeweils andere Personenkreise mit anderen Präferenzen und Ressourcen attraktiv und bezahlbar.

Vertikale und horizontale Differenzierung

Die klassische Art der Produktdifferenzierung reflektiert die vertikale Schichtung der Gesellschaft. So hat jeder Autobauer edlere und einfachere Modelle im Angebot oder er spezialisiert sich auf eine bestimmte Wagenklasse. Eine vertikale Produktdifferenzierung der Wohnstandorte gibt es seit Beginn der Moderne und ist heute ein fester Bestandteil der Siedlungsstruktur. Mit dem Niedergang der fordistischen Produktionsweise und der Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft (vgl. Leuthold 2006) hat neben der vertikalen Produktdifferenzierung zunehmend eine horizontale eingesetzt. Das heisst, es werden in jeder Preisklasse unterschiedliche Güter mit unterschiedlichen Merkmalstypen entwickelt. So bieten Autobauer sportliche sowie komfortable Modelle an, um damit differenziert auf die Bedürfnisse ihrer Kunden eingehen zu können.

Wie Bourdieu in seiner bahnbrechenden Analyse zum sozialen Raum gezeigt hatte (1994 [1979]) liegt auch der horizontalen Differenzierung von Gütern und Lebensstilen eine gesellschaftliche Dichotomie zugrunde. Bourdieu beschreibt diese Dichotomie als Gegensatz zwischen kulturellem und ökonomischem Kapital. In der deutschsprachigen Weiterentwicklung von Vester et al. (2001: 29) wird der horizontale Gegensatz nicht an der Kapitalstruktur festgemacht, sondern an der Einstellung zur Autorität. Es stehen sich die Grundtypen der «Hierarchiebindung» und der «Eigenverantwortung» gegenüber.

Die horizontale Achse der gesellschaftlichen Differenzierung spiegelt sich im Angebot an Wohnstandorten und wird dabei durch den Gegensatz von urbanem und suburbanem Wohnen repräsentiert (Hermann/Leuthold 2003a). In beiden Zonen gibt es sowohl statushohe wie auch statustiefe Wohngebiete (Heye/Leuthold 2004a). Der Wohnstandortentscheid zwischen Kernstadt und Umland hängt deshalb in erster Linie von Präferenzen und Bedürfnissen ab. Die beiden Zonen zeichnen sich durch unterschiedliche Qualitätsmerkmale aus. Die potenziellen Qualitätsmerkmale urbaner Wohnstandorte sind multikulturelle Lebendigkeit, ein intensives öffentliches Leben, ein breites kulturelles Angebot, Anonymität und kurze Wege. Die potenzielle Qualität suburbaner Lebensräume liegt im vermehrten Platz, in der Ruhe, in der Nähe zu Erholungsräumen und in der sozialen Homogenität. Während die Qualitäten des

urbanen Lebensraums vor allem für alternativ-individualisierte Milieus attraktiv sind, finden eigentumsorientierte, bürgerliche Milieus eher im suburbanen Umland ein bedürfnisgerechtes Umfeld.

Auf das Verhältnis zwischen Kernstadt und Umland wird im empirischen Kapitel 4.1.3 vertieft eingegangen. Zunächst soll hier bloss die Tatsache festgehalten werden, dass Wohnstandorte als Konsumgüter nicht nur vertikal, sondern auch horizontal differenziert sind. Diese doppelte Differenzierung bildet die Basis für die mentale Regionalisierung im spätmodernen Kontext. Menschen mit unterschiedlichen Werten und Einstellungen treffen unterschiedliche Wohnstandortentscheide und konzentrieren sich an unterschiedlichen Orten im Raum. Die räumliche Entmischung des Mentalen führt zur Ausbildung typischer regionaler Mentalitäten in Stadt und Umland.

2.5.2 Produktion und Reproduktion regionaler Mentalitäten

Regionale Mentalitäten im klassischen Sinn sind Traditionen und Denkweisen, die sich im Verlauf der Geschichte in einem räumlich begrenzten Gebiet entwickelt haben. Diese für eine Region typischen Denkweisen sind im kollektiven Gedächtnis der Bewohner und Bewohnerinnen ebenso wie in den regionalen Institutionen eingelagert. Durch Sozialisation und alltägliche Kommunikationsprozesse werden sie von Generation zu Generation weiter getragen.

Die Reproduktion bestehender Denktraditionen durch Internalisierung ist jedoch nur eine Art der Produktion und Reproduktion regionaler Mentalitäten. Regionale Mentalitäten sind kollektive Mentalitäten. Das heisst, dass ihnen verschiedene Prozesse der kollektiven Mentalitätsbildung zugrunde liegen können. Neben der Internalisierung sind dies die von uns weiter oben beschriebenen Prozesse der Adaptation, der Selektion und der Segregation.

2.5.2.1 Basis regionaler Mentalitäten

Regionale Mentalitäten entstehen aufgrund von regionalen Unterschieden in den Lebensbedingungen. Dazu gehören Unterschiede in der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur ebenso wie Unterschiede in den politischen Institutionen. Adaptationsprozesse haben zur Folge, dass sich die Unterschiede in den Lebensbedingungen in den mentalen Dispositionen niederschlagen. So verlangt beispielsweise das Leben in einem urbanen Problemquartier mit täglichen sozialen Spannungen nach anderen mentalen Anpassungsstrategien als ein Leben in einem Dorf mit hoher sozialer Vernetzung und Kontrolle. Entsprechend entwickeln sich in den beiden Regionstypen

unterschiedliche Mentalitätsstrukturen. Ebenso unterscheiden sich die Lebensbedingungen und damit auch die kollektiven Mentalitäten zwischen Regionen, die durch grosse monostrukturelle Industriekomplexe geprägt sind und Regionen mit einer kleinstrukturierten Vielfalt von mittelständischen Unternehmen.

Neben spezifisch regionalen Lebensbedingungen können auch kollektive Erfahrungen zur Basis regionaler Mentalitäten werden. So hinterlassen Krisensituationen aller Art Spuren im kollektiven Gedächtnis einer Region. Die traumatische Erfahrung des Dritten Reichs prägte nach dessen Ende jahrzehntelang die kollektive Mentalität der Deutschen. Das «Gefühl tiefer Beschämung» (Klages 1988: 44), das sich nach dem jähen Sturz des zu Beginn rauschhaft gefeierten Regimes in Deutschland breit machte, ist laut Helmut Klages die mentale Grundlage für den Rückzug ins Private und das Klammern an materiellen Gütern, das Deutschland in den Nachkriegsjahren auszeichnete. Neben gewonnenen und verlorenen Kriegen bilden auch Phasen der politischen Unterdrückung – beispielsweise durch Kolonialisierung – eine Grundlage für die Entwicklung spezifischer Mentalitäten. Im Extremfall können sich auch Einzelereignisse wie die Anschläge vom 11. September 2001 nachhaltig auf die Entwicklung regionaler Mentalitäten auswirken.

2.5.2.2 Reproduktion durch Internalisierung

Haben sich bestimmte regionale Mentalitäten einmal ausgebildet, so werden diese durch den Prozess der Internalisierung fortwährend reproduziert. Das hat zur Folge, dass regionale Mentalitäten auch bestehen blieben, wenn die ihr zugrunde liegenden Bedingungen und Ereignisse nicht mehr bestehen.

Grundlegend für den Prozess der Internalisierung ist, wie wir weiter oben gezeigt haben, das Prinzip der Identifikation. Identifikation mit einem Kollektiv führt dazu, dass die durch dieses Kollektiv verkörperten Werte zum Massstab für das eigene Handeln genommen werden.

Eine wichtige Rolle für die Reproduktion regionaler Mentalitäten spielt folglich die regionale Identität. Auch unter heutigen Lebensbedingungen ist die eigene Identität mehr oder weniger stark regional gebunden (Mustred/van Zelm 2001). Dies zeigt sich, daran, dass wir in der Regel überdurchschnittlich stark an gesellschaftlichen Ereignissen teilhaben, die nicht irgendwo auf der Welt stattfinden, sondern im eigenen Quartier, in der eigenen Gemeinde, Region, Nation oder im eigenen Kulturkreis. Diese Identifikation mit dem räumlich und kulturell Nahen führt zur Bereitschaft, die durch die eigenen Regionen verkörperten Werte, Einstellungen und Praktiken zu internalisieren.

Das Vorhandensein einer regionalen Identität bildet zwar einen Faktor für die Reproduktion regionaler Mentalitäten, sie ist jedoch nicht Voraussetzung dafür. Tatsächlich ist die regionale Identität immer nur eine Identität unter vielen. Stärker als mit der eigenen Region identifiziert man sich in der Regel mit der eigenen Familie, dem Beruf oder dem sozialen Milieu, in dem man sich bewegt. Anders als die regionale Identität ist die soziale Identität nicht unmittelbar mit dem Raum verknüpft. Die wichtigen sozialen Bezugssysteme (Familie, Beruf, Milieu usw.) sind jedoch nicht zufällig im Raum verteilt. Die Körperlichkeit des Menschen und die Bedeutung von Körpernähe für soziale Interaktionen führen dazu, dass soziale Bezugssysteme nicht nur sozial, sondern auch räumlich nahe sind (Giddens 1995 [1984]: 120). In den sozialen Bezugssystemen spiegeln sich deshalb die in der eigenen Region typischen Werte und Einstellungen.

Die regionale Identität dürfte für die Reproduktion regionaler Mentalitäten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Weit wichtiger ist die Tatsache, dass die eigenen sozialen Beziehungen einen regionalen Bias aufweisen und durch Bezugssysteme dominiert werden, die in räumlicher Nähe verankert sind.

Auflösung traditioneller regionaler Mentalitäten

Internalisierungsprozesse tragen nur dann zur Reproduktion regionaler Mentalitäten bei, wenn die Bezugssysteme der Identifikation räumlich verankert sind. Diese Verankerung lockert sich jedoch durch die Entwicklung der Mobilität und der elektronischen Kommunikation. Binnenwanderung und internationale Migration führen dazu, dass vormals autochthone Regionen zunehmend durch ein Gemenge von Kulturen und Traditionen geprägt werden.

Traditionell gewachsene, regionale Mentalitäten, die in der Geschichte und im kollektiven Gedächtnis einer Region verankert sind, werden mit der Modernisierung immer stärker durch überregionale Einflüsse überprägt. Selbst in ländlichen Regionen, wo die regionale Verankerung der sozialen Beziehungen noch immer stärker ist als im urbanen Kontext und sich deshalb regionale Eigenheiten eher halten konnten, werden diese zunehmend abgeschliffen. Sichtbar wird das Verwischen traditioneller regionaler mentaler Bezugssysteme in der Entwicklung der Sprache. Die Dialektlandschaft, die in der kulturell heterogenen Schweiz traditionell sehr feingliedrig ist, schleift sich heute in dem Mass ab, wie sich die eng gekammerten sozialen Bezugssysteme auflösen.

Die Auflösung traditioneller regionaler Kulturen bedeutet jedoch nicht, dass die kulturelle Vielfalt generell verloren geht. Die Pluralisierung der Lebensweisen und

die internationale Migration führen zur Ausdifferenzierung der kulturellen und mentalen Landschaft. So gibt es in der Schweiz zwar immer weniger traditionelle Dialekte, aufgrund der Migration nimmt jedoch gleichzeitig die sprachliche Vielfalt zu. Diese neue kulturelle Vielfalt ist jedoch nicht räumlich verwurzelt.

2.5.2.3 Regionale Mentalitätsbildung durch räumliche Entmischung

Die Reproduktion traditioneller Mentalitäten durch Internalisierung verliert unter den Bedingungen der Globalisierung zunehmend ihre räumliche Schärfe. Viele soziale Bezugssysteme sind heute nur noch teilweise im Lokalen verankert und integrieren zunehmend globale Bezugssysteme. Im Gegenzug zum Bedeutungsverlust des Prinzips der Internalisierung gewinnen heute die beiden Prozesse der räumlichen Entmischen – Selektion und Segregation – stetig an Bedeutung.

Während sich die Prozesse der Mentalitätsgenese unter modernisierten und globalisierten Bedingungen teilweise von ihrer räumlichen Verankerung lösen und damit an Bedeutung für die auf Mentalitätsunterschieden basierende Regionalisierung verlieren, zeigt die Entwicklung der räumlichen Filterungsprozesse in die entgegengesetzte Richtung. Die Dynamik segregativer und selektiver Prozesse nimmt mit dem Wachstum der sozialen und räumlichen Mobilität zu. Nur ein System, in dem Bewegung herrscht, kann sich entmischen. Dies gilt gleichermassen für die räumliche und die soziale Dimension. In spätmodernen Kontext führen Segregation und Selektion zu einer räumlichen Segmentierung der Gesellschaft.

Idealtypisch für eine Gesellschaft, deren räumliche Struktur sehr stark durch Filterungsprozesse gestaltet ist, steht die USA. Die Entwicklung der modernen USA beruht nachgerade auf Mobilität und Immigration, was in einer ausgeprägten sozial-räumlichen Entmischung der Bevölkerung zum Ausdruck kommt.

Segregation

Eine unbestritten wichtige Rolle bei der Regionalisierung des Wohnens kommt dem Prinzip der Segregation zu. Segregation ist dadurch charakterisiert, dass die resultierende räumliche Ordnung nicht geplant, sondern ein nicht-intendiertes Nebenprodukt individueller Handlungsentscheide ist. Ein Mensch, der umzieht, hat nicht die Gestaltung der räumlichen Ordnung im Sinn, sondern seine persönlichen Wohnbedürfnisse. Die Grundlage für eine segregative Regionalisierung der Wohnbevölkerung sind Niederlassungsfreiheit und ein funktionierender Wohnungs- und Immobilienmarkt. Diese haben zur Folge, dass Wohnstandortentscheide dezentral und ungeplant erfolgen.

Selektion

Wie in Kapitel 2.3.2 gezeigt wurde, gehen Segregation und Selektion bei der Bildung von Kollektiven meist Hand in Hand. Dies gilt auch für die räumliche Verteilung der Wohnbevölkerung, die in der Praxis nicht alleine auf Segregation zurückgeführt werden kann.

Der politisch-administrative Verband, der ein bestimmtes Territorium kontrolliert, kann durch Selektionsmechanismen die Bevölkerungsentwicklung zu gestalten versuchen. Aufgrund der Niederlassungsfreiheit kann zwar niemand daran gehindert werden, seinen Wohnsitz in einer Gemeinde zu beziehen, mit geeigneten politischen Massnahmen kann jedoch der Versuch unternommen werden, gezielt bestimmte Personengruppen anzuziehen und andere fernzuhalten. Die Massnahmepalette reicht dabei von der Fiskalpolitik, über die Raumplanung bis zur Sozialpolitik. Eine Gemeinde kann beispielsweise in der Zonenplanung nur Ein- und Mehrfamilienhäuser vorsehen, Wohnblöcke dagegen verhindern und damit Personen aus tieferen sozialen Schichten von einem Zuzug abzuhalten versuchen.

Die grösste Wirksamkeit besitzen selektive Mechanismen im Bereich der internationalen Migration. Anders als bei der Wohnstandortwahl im Inland ist im internationalen Personenverkehr in der Regel die Niederlassungsfreiheit nicht garantiert. Das heisst, die Selektion erfolgt nicht nur indirekt, sondern setzt direkt bei den migrationswilligen Personen an. Ähnlich wie bei der Mitarbeiterwerbung eines Unternehmens kann der Staat seine Grenzen gezielt für bestimmte Personen mit einem gewünschten Profil (z.B. Computerfachleute) öffnen und für andere schliessen.

Ein zunehmendes Bewusstsein für die Bedeutung von Filterungsprozessen führt dazu, dass politisch-administrative Verbände auf allen Stufen von der Gemeinde bis zum Nationalstaat das Prinzip der Selektion immer professioneller und zielgerichteter einsetzen. Dabei geht es meist darum, Personen und Firmen für einen Zuzug zu gewinnen, die für die Verbesserung der Finanzkraft sorgen oder ein Plus für den Arbeitsmarkt bringen.

2.5.2.4 Konsequenzen der Modernisierung

Die Prozesse der Modernisierung wirken sich in widersprüchlicher Weise auf die mentalitätsbasierte Regionalisierung aus. Traditionelle Faktoren der regionalen Mentalitätsbildung verlieren an Bedeutung, andere dagegen gewinnen an Gestaltungskraft.

Werte, Einstellungen und kulturelle Praktiken werden zunehmend von grossräumigen, wenn nicht gar globalen Bezugssystemen vermittelt. Dies hat zur Konsequenz,

dass traditionelle, historisch gewachsene Mentalitäten erodieren (vgl. Abbildung 2-7, oben). Besonders im urbanen Umfeld finden sich heute globale Denkweisen und Lebensstile. Durch Pluralisierung und Individualisierung entstehen gleichzeitig neue kulturelle und mentale Unterschiede. Internationale Migration führt dazu, dass sich in jeder Gesellschaft unterschiedliche kulturelle Traditionen vermengen.

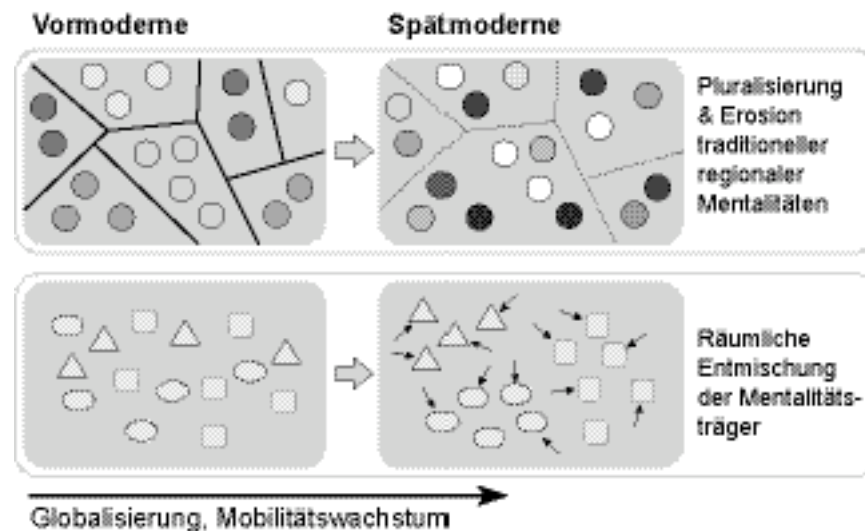


Abbildung 2-7: Enträumlichung und Verräumlichung des Mentalen (eigene Darstellung)

Dies ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Dieselben Entwicklungsprozesse, welche die traditionellen regionalen Mentalitäten erodieren lassen, führen zu einer neuen Art der mentalitätsbasierten Regionalisierung. Im Kontext der räumlichen Entankerung der Gesellschaft führen Filterungsprozesse zur sozialräumlichen Entmischung der Bevölkerung. Die Menschen sortieren sich auf Grundlage von Präferenzen, Ressourcen und Restriktionen. Jeder Ort erhält damit ein spezifisches Bevölkerungsprofil, das nicht nur durch sozioökonomische Merkmale charakterisiert ist, sondern ebenso durch typische Werte und Einstellungen. Diese Werte und Einstellungen bilden die Basis regionaler Mentalitäten der Spätmoderne.

2.5.3 Bedeutung regionaler Mentalitäten

Von einer regionalen Mentalität kann dann gesprochen werden, wenn sich die Werte und Einstellungen der Menschen in einer Region gleichen und sich von den Werten und Einstellungen der Menschen in anderen Regionen unterscheiden. Sowohl die Übereinstimmung als auch der Unterschied ist dabei jedoch nur relativ. In jeder

Region findet sich eine Bandbreite von Mentalitäten und diese Mentalitäten unterscheiden sich nur partiell von jenen anderer Regionen.

Regionale Mentalitäten sagen nichts über das Denken Einzelner aus, sie werden erst in aggregierter Form greifbar. Nach dem Gesetz der grossen Zahl können Unterschiede, die für den Einzelfall kaum messbar sind, in der Summe eine klare Kontur erhalten. Die durch regionale Mentalitäten geprägten Handlungsweisen tragen zur Gestaltung der regionalen Lebensbedingungen bei.

2.5.3.1 Gestaltung des öffentlichen Angebots

Regionale Mentalitätsunterschiede sind von unmittelbarer Bedeutung für das Handeln politischer Institutionen. Offensichtlich ist dies überall dort, wo das politische Handeln auf Mehrheitsentscheiden beruht und die Meinung einer knappen Mehrheit Konsequenzen für die Allgemeinheit hat. Dies hat zur Folge, dass sich relative regionale Unterschiede in den Werten und Einstellungen in einer unterschiedlichen Ausgestaltung der Gesetzgebung und der staatlichen Infrastruktur auswirken. Dies manifestiert sich beispielsweise in regionalen Unterschieden in der Ausstattung mit Krippenplätzen für Kinder.

Regionale Mentalitätsunterschiede wirken sich nicht nur auf das staatliche, sondern auch auf das privatwirtschaftliche Angebot aus. Für jedes Produkt und jede Produktgruppe existieren Schwellenwerte, die darüber entscheiden, ob diese profitabel angeboten werden können. Die durch die Werte und Einstellungen der Konsumenten und Konsumentinnen mitgeprägte Nachfrage entscheidet darüber, ob und in welcher Intensität an einem Ort beispielsweise biologische Lebensmittel oder Filme im Originalton angeboten werden. Das heisst, dass auch im an sich stark individualisierten Bereich des privaten Konsums kollektive Handlungsweisen für die Möglichkeiten der Einzelnen bedeutsam sind.

Zu guter Letzt gestalten regionale Mentalitäten auch das gemeinschaftlich-soziale Angebot mit. Dazu gehören Institutionen wie der Turnverein, die Gesangsgruppe, der Kunstverein oder der alternative Kulturtreff. Diese Angebote bestehen nur so lange als eine relevante Nachfrage nach ihnen vorhanden ist.

2.5.3.2 Gestaltung der regionalen Kultur

Die regionalen Mentalitäten sind nicht nur für die Gestaltung des öffentlichen Angebots bedeutsam, sondern manifestieren auch in den alltäglichen sozialen Interaktionen an einem Ort.

Die für das Alltagshandeln eines regionalen Kollektivs bestimmenden interpretativ-klassierenden Schemata bezeichnen wir als *regionale Kultur*. Typische Elemente einer regionalen Kultur sind Sitten, Rituale, Normen genauso wie ästhetische Ausdrucksformen. Die regionale Mentalität manifestiert sich in der regionalen Kultur, wobei sich darin nicht nur die gegenwärtige regionale Mentalität spiegelt, sondern ebenso die Mentalitäten, die während der Entwicklung der regionalen Kultur bedeutsam waren.

Die regionale Kultur ist ein wichtiges Merkmal jedes Lebensraums. So wird in einer hierarchischen Kultur ein anderer Umgang mit Behörden oder Vorgesetzten gepflegt als in einer egalitären. Andere Aspekte der regionalen Kultur sind das Vertrauen in Institutionen, der Umgang mit Risiko oder die Offenheit gegenüber Neuem und Fremden.

Auf die Bedeutung kultureller Werte für die objektive gesellschaftliche Ordnung haben bereits in den 1960er-Jahren die beiden Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sydney Verba aufmerksam gemacht. Sie zeigten, dass die politischen Verhältnisse eines Landes nicht nur von dessen institutioneller Ordnung abhängen, sondern auch von der «politischen Kultur». Auch in der Ökonomie haben kulturalistische Erklärungen heute einen festen Platz (z.B. Greif 1994). Die regionale Kultur manifestiert sich in allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens. Sie wird damit zu einem Standortfaktor genauso, wie der Arbeitsmarkt oder die Bildungsinstitutionen. Die regionale Kultur charakterisiert das öffentliche und halb-öffentliche Leben an einem Ort und ist damit ein Element des Entscheids an diesen Ort zu ziehen oder ihm den Rücken zu kehren.

2.5.3.3 Prinzip der Selbstverstärkung

Die in einer Region dominierenden Mentalitäten gestalten die Lebensbedingungen mit. Wie wir in Kapitel 2.4.3 gezeigt haben, hängt das Gestaltungspotenzial von der Macht der Handlungsträger und –trägerinnen ab. Je wohlhabender und entwickelter eine Region ist, desto grösser ist das Potenzial zur Gestaltung der Lebensbedingungen.

Sind die Lebensbedingungen an einem Ort erst einmal auf die subjektiven Bedürfnisse der Einwohner und Einwohnerinnen ausgerichtet, so setzt dies ein selbstverstärkender Anpassungsprozess in Gang. Die durch das mentale Profil einer Region gestalteten Lebensbedingungen bilden die Grundlage dafür, dass sich dieses mentale Profil weiter verstärkt. Die Prinzipien der Adaptation und der Internalisierung führen zu einer *internen Reproduktion* des bestehenden mentalen Profils. Das heisst, Perso-

nen, die bereits in einer Region leben, werden durch die dort bestehenden Lebensbedingungen geprägt (Adaptation) und von den dort verbreiteten Werten und Einstellungen beeinflusst (Internalisierung).

Eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung regionaler Mentalitäten kommt dem Prinzip der *externen Reproduktion* zu. Das bestehende mentale Profil einer Region wird verstärkt, indem Personen, welche die entsprechenden Lebensbedingungen schätzen, vermehrt dorthin ziehen und Personen, denen diese Bedingungen nicht zusagen, verstärkt abwandern.

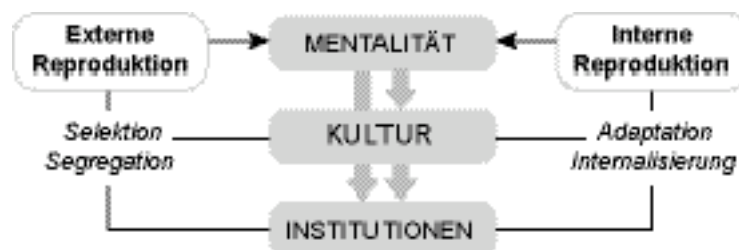


Abbildung 2-8: Produktion und Reproduktion regionaler Mentalitäten (eigene Darstellung)

Besonders stark ist das Prinzip der selbstverstärkenden Mentalitätsentwicklung im urbanen Kontext. Die Kultur- und Freizeitbedürfnisse der Städter und Städterinnen übertragen sich auf das Angebot an Bars, Kinos, Theatern usw. Das auf ein urbanes Publikum zugeschnittene Angebot erhöht die Attraktivität der Stadt für andere Personen mit ähnlichen Mentalitäten. Diese ziehen vermehrt in die Stadt und verstärken damit die Nachfrage nach ähnlichen Aktivitäten, was sich wiederum auf das Angebot auswirkt.

Wichtig für die selbstverstärkende Mentalitätsentwicklung ist nicht nur das reale Angebot an einem Ort. Alleine das Image einer Region kann die Entwicklung regionaler Mentalitäten vorantreiben. So übt San Francisco mit seinem liberalen Image auf andere Personen eine Anziehungskraft aus als beispielsweise Huston, Texas. In der Schweiz bietet die als beschaulich und zunehmend als linksalternativ geltende Bundeshauptstadt Bern ein anderes Stilbild als das dynamische und unternehmerische Zürich. In der langfristigen Tendenz verstärken diese Orte ihr charakteristisches Profil, da ihr Image zu einer selektiven Reproduktion führt.

2.6 Modernisierung und Wertentwicklung

Die gesellschaftlichen Unruhen und die heftigen Generationskonflikte, die in den späten Sechziger- und den Siebzigerjahren Europa und teilweise auch die USA erschütterten, hatten mit einem Schlag ein Bewusstsein für die Wandelbarkeit der herrschenden Wertesysteme geschaffen, was sich nicht zuletzt darin äusserte, dass der Wertewandel zu einem populären wissenschaftlichen Thema wurde. Bald schon verlor jedoch der Wertewandel zumindest äusserlich an Schwung. Der vor allem aufgrund der Arbeiten von Roland Inglehart erwartete Übergang von einer materialistischen zu einer postmaterialistischen Werteordnung ist ausgeblieben. Der Wertegraben zwischen den Generationen wurde zugeschüttet und ein allgemeiner gesellschaftlicher Trend der Wertentwicklung ist heute nur noch schwer auszumachen. Dementsprechend hat auch das wissenschaftliche Interesse an der Thematik des Wertewandels langsam wieder abgenommen.

Die grössere zeitliche Distanz zu den Jugendunruhen und Generationskonflikten ermöglicht jedoch heute einen distanzierteren und differenzierteren Blick auf die Entwicklung der Wertelandschaft, die weder in den Sechzigerjahren eingesetzt hatte, noch in den Neunzigerjahren zum Erliegen gekommen ist. Der Wandel der Werte und Mentalitäten ist genuin verknüpft mit dem Prozess der Modernisierung. Er ist Ursache und Folge zugleich der gesellschaftlichen Entwicklung.

Zwei Dimensionen der Wertentwicklung

Der Prozess der Modernisierung ist keine uniforme Entwicklung, sondern ein Phänomen mit zahlreichen Facetten. Er ist gekennzeichnet durch technische Innovationen, die Entwicklung von nach rationalen Prinzipien strukturierten Institutionen, die Erweiterung der individuellen Gestaltungsmacht, eine lang anhaltende Bildungsexpansion und einen zunehmenden materiellen Wohlstand. Der mit der Modernisierung verknüpfte Wertewandel beruht auf einem entsprechend breiten Bündel von Faktoren, die nicht alle in dieselbe Richtung weisen. Da die verschiedenen Entwicklungslinien jedoch Teil des Grossprozesses «Modernisierung» sind, werden sie in der Analyse des Wertewandels häufig nicht entflochten und in ihrer spezifischen Bedeutung untersucht, sondern unter einem als zentral angesehenen Prozess subsumiert.

So interpretierte Inglehart (1971; 1979) die Verschiebung von alten zu neuen Werten als Übergang vom Materialismus zu Postmaterialismus. Flanagan (1979; 1989) und später Kitschelt (1994) sprachen von einer Verlagerung von autoritären zu libertären Werten. Klages (1983; 1988) schliesslich machte für den Wertewandel den Übergang

von einem gemeinschafts- zu einem ich-zentrierten Weltbild verantwortlich. Ähnlich argumentiert auch Beck (1986), wenn er von einem Wandel von Kontroll-Normen zu Konstitutiv-Normen spricht. Zwar setzen diese Ansätze unterschiedliche Schwerpunkte, sie sind jedoch alle unter dem Eindruck der des Wertewandelschubs in den späten 1960er- und 70er-Jahren entstanden. Trotz unterschiedlicher Bezeichnung gleichen sich bei all diesen Ansätzen die gegenübergestellten alten und neuen Werte (vgl. Bolliger 2006: 44-46).

Individualisierung und Zivilisierung

Wird der Wertewandel jedoch nicht primär an den Ereignissen des letzten Drittels des zwanzigsten Jahrhunderts festgemacht, sondern als Prozess der gesamten Moderne angesehen, so können zwei Entwicklungsdimensionen identifiziert werden, welche die Wertentwicklung auf unterschiedliche Weise voran trieben und noch immer voran treiben. Es sind dies einerseits die Individualisierung und andererseits der Zivilisationsprozess. Während die Individualisierung bereits im 18. und 19. Jahrhundert zur Verbreitung von liberalen Werten führte, hat der Zivilisationsprozess zur Zeit der Industrialisierung zur Ausbildung sozialer Bewegungen geführt, indem die Zivilisierung eine Verlagerung von harten zu weichen Werten auslöste.

In der Wertentwicklung der letzten Jahrzehnte überlagern sich die beiden Prozesse der Wertentwicklung: Es kommt zu einer Verbindung von liberalen und weichen Werten. Diese Überlagerung ist ein wichtiger Grund dafür, dass die oben erwähnten Ansätze nicht sauber zwischen den beiden Dimensionen trennen. Von den erwähnten Autoren entspricht Klages Ansatz am ehesten der Individualisierungsdimension der Wertentwicklung, wohingegen der Ansatz von Inglehart sich am ehesten auf den Zivilisationsprozess bezieht. In den folgenden Abschnitten versuchen wir die beiden Dimensionen der Wertentwicklung herauszuarbeiten.

2.6.1 Erste Dimension – Die Entfaltung des Individuellen

Ein wichtiges Charakteristikum der Modernisierung ist die Emanzipation des handelnden Individuums von seiner gemeinschaftlichen und traditionellen Gebundenheit (Beck 1986). Das heisst einerseits, dass die Wünsche und Bedürfnisse des Ichs gegenüber den Anforderungen der sozialen Gemeinschaft ins Zentrum rücken. Andererseits bedeutet dies, dass sich das handelnde Ich von seiner Orientierung an Traditionen löst und ein zunehmendes Bewusstsein für seine eigene Gestaltungsmacht erhält. Helmut Klages hatte im «Übergang von einem nomozentrischen zu einem autozentrischen Selbst- und Weltverständnis» (1988: 64) den Kerngehalt des Wertewandels

gesehen. Das heisst, dass sich das Handeln zunehmend an individuellen Ansprüchen ausrichtet und die Allmacht der gemeinschaftlichen Bedürfnisse zurückgedrängt wird.

2.6.1.1 Wertintegrierte Lebenssysteme

Ausgangspunkt für die Analyse des Wertewandels ist die traditionelle, vormoderne Gesellschaft des europäischen Hochmittelalters. In dieser Gesellschaftskonstellation war das Individuum weitgehend in die Gemeinschaft eingebettet. Die einzelnen Gesellschaftsmitglieder waren untrennbar mit dem, durch eine allmächtige Kirche vorgegebenen, gemeinschaftlichen Werte- und Normensystem verbunden (Dinzelbacher 1993: 18-37). Eine hohe Sterblichkeit, intensive Jenseitsvorstellungen und die Allgegenwart des Todes führten dazu, dass der Wert des individuellen Lebens nicht allzu hoch eingeschätzt wurde (ebd.: 244 f.). Klages beschrieb die mittelalterliche Gesellschaft als wertintegriertes Lebenssystem:

«Werte waren die allgemein anerkannten normativen Mittelpunkte einer alle Gebiete des Lebens überspannenden Ordnung, die von einer zentralen Institution – der Kirche – getragen, von allen anderen Mächten und Einrichtungen aber anerkannt und mitvollzogen wurden. Von den Menschen wurde erwartet, dass sie die christlichen Lebenswerte in jeder Lebenslage, in jedem Alter und jedem Beruf [...] aktiv nachvollzogen und verinnerlichten. Man kann ohne weiteres sagen, dass es zu den typischen Merkmalen älterer Gesellschaften gehört, dass sie *wertintegrierte Lebenssysteme* waren.» (Klages 1988: 14 f.)

Die «wertintegrierten Lebenssysteme» wurden erstmals mit den Religionsschismen in der frühen Neuzeit erschüttert. Die Reformation und andere Abspaltungen von der vormals universellen katholischen Kirche machten die Relativität des gesellschaftlichen Wertesystems offenbar (ebd.:16). In der Folge beflügelte der Siegeszug der Naturwissenschaften den Glauben an die Rationalität und damit an die intellektuelle Eigenständigkeit des einzelnen Individuums. In der Zeit der Aufklärung mündete dies in einen ersten Höhepunkt der intellektuellen Emanzipation des handelnden Ichs von seiner gemeinschaftlichen Einbettung (ebd.).

Die Philosophen der Aufklärung stellten die Kirche als wertgebende Instanz genauso in Frage, wie die Vorstellung einer unabänderlichen, gottgegebenen Gesellschaftsordnung. Das Ich wurde damit zumindest potenziell zum sinnsetzenden und gestaltenden Zentrum der Welt.

Die Aufklärung legte die intellektuelle Basis für die Emanzipation des Individuums von seiner absoluten Gemeinschaftsverbundenheit. Nur nach und nach erreichte das Eliteprojekt Aufklärung jedoch den Alltag der breiten Bevölkerung. Die Emanzipa-

tion des Individuums von seiner gemeinschaftlichen Einbettung ist ein Prozess der bis heute anhält.

2.6.1.2 Von der Gemeinschafts- zur Ich-Zentrierung

Ulrich Beck (1986) sieht die Basis für die Individualisierung im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und der damit einhergehenden Veränderung der Lebensbedingungen. Wie wir mit Klages gezeigt haben, setzte der Übergang von gemeinschafts- zu ich-zentrierten Wertorientierungen jedoch viel früher ein und ist kein spezifisches Phänomen der Wissensgesellschaft. Die Entwicklung der weltanschaulichen Ich-Orientierung ist ein Prozess der bis an die Anfänge der Moderne zurückreicht und in verschiedenen Teilprozessen begründet ist.

Vergesellschaftung von sozialer Sicherheit, Bildung und Information

Eine entscheidende Rolle für den Übergang von der Gemeinschafts- zur Ich-Zentrierung kommt der Vergesellschaftung sozialer Beziehungen zu, die durch die Entwicklung der Institutionen des modernen Staats vollzogen wurde. Nach Max Weber (1972 [1922]: 125) zeichnet sich der moderne Staat durch seine rational begründete Herrschaft und durch die Bürokratisierung seines Handelns aus. Wichtige soziale Beziehungen haben im Zuge der Modernisierung ihren persönlichen und gemeinschaftlichen Charakter verloren. Dies gilt insbesondere für die beiden Bereiche *soziale Sicherung* und *Erziehung/Bildung*.

Mit dem Aufbau des Wohlfahrtsstaats löste sich die soziale Sicherung von persönlichen Beziehungen und Loyalitäten. Dies hat nicht nur die Bedeutung gemeinschaftlich organisierter Solidarität sinken lassen, sondern ebenso zur Emanzipation der Einzelnen von ihrer gemeinschaftlichen Eingebundenheit beigetragen. Hängt die persönliche soziale Sicherheit nämlich nicht mehr vom Wohlwollen von Familie und Gemeinschaft ab, so nimmt der Druck ab, sich geistig-moralisch in diese einzufügen. Während der Wohlfahrtsstaat zu einer Lockerung der materiellen Abhängigkeit des Individuums von der Gemeinschaft führte, hat die Errichtung von säkularen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen seine ideelle Abhängigkeit von der Gemeinschaft reduziert. Bildung trägt zur Kultivierung des Ichs und zur Entwicklung eines verstärkten individuellen Selbstbewusstseins bei. Mit der Verbreitung von aufklärerischen Ideen haben Schulen und Universitäten die ideelle Emanzipation von den durch Familie, Gemeinschaft und Kirche gesetzten Wahrheiten befördert. Die Bildungsexpansion, die in den 1960er-Jahren einsetzte, hat zwar zu einer Beschleunigung der

aufgezeigten Entwicklung geführt, eingesetzt hat der Prozess jedoch schon im 19. Jahrhundert.

Im Prozess der Modernisierung wurden nicht nur Wohlfahrt und Bildung vergesellschaftet, sondern es haben sich auch gemeinschaftsunabhängige Informationssysteme entwickelt. Durch die Verbreitung von Zeitungen und andere Massenmedien wurde das Informationsmonopol der sozialen Gemeinschaft gebrochen. Massenmedien, die kontroverse Meinungen zulassen, geben dem Einzelnen die Möglichkeit, die Wahrheiten der sozialen Gemeinschaft zu hinterfragen und tragen damit zur Auflösung der wertintegrierten Lebenssysteme bei.⁸

Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems

Die Institutionalisierung und Vergesellschaftung sozialer Beziehungen bildet die eine wichtige Faktorgruppe für den Übergang von der Gemeinschafts- zur Ich-Zentrierung, die zweite Faktorgruppe ist in der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems begründet. Wie Weber in seiner Analyse der protestantischen Ethik (1904/05) gezeigt hatte, war die Entwicklung der Geldwirtschaft von Anbeginn von freiheitlichen, individuumszentrierten Werten begleitet. Wer Handel betrieb und damit Geld verdiente, löste sich von der engen gemeinschaftlichen Einbindung wie sie die Naturalwirtschaft charakterisierte. Der Kapitalismus führte dazu, dass die Möglichkeiten der Einzelnen nicht mehr durch die Position im sozialen Gefüge determiniert waren, sondern durch die individuelle Leistungsbereitschaft mitbestimmt wurden.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus wurde die Gesellschaft dynamischer und die *soziale und räumliche Mobilität* nahm zu. Traditionelle gemeinschaftliche Banden, die räumlich und sozial verankert sind, haben dabei unwillkürlich an Bedeutung verloren und die Einzelne wurde in seiner Lebensorientierung vermehrt auf sich selber zurück geworfen.

Das heisst, dass nicht nur die institutionell, sondern auch die wirtschaftlich begründete Individualisierung kein Phänomen der Spätmoderne ist. Der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, den Beck als grundlegend für den Individualisierungsprozess ansieht, bildet bloss eine weitere Etappe auf dem Weg zur Emanzipation des Individuellen. Diese jüngste Etappe ist durch die Differenzierung der Berufswelt und des Konsumangebots charakterisiert. Im Vergleich zur

⁸ Die Omnipotenz des Fernsehens als Medium der Informationsvermittlung hat allerdings in einzelnen Gesellschaften zu einer Reintegration des normativen Bezugssystems geführt. Die Fernsehnation wird dabei zum passiven Bestandteil einer Art Super-Gemeinschaft, die zumindest im Ansatz den Charakter eines «wertintegrierten Lebenssystems» im Sinne von Klages besitzt.

Hochmoderne, die durch industrielle Massenproduktion im fordistischen Stil geprägt war, hat sich dabei die Wahl- und Gestaltungsfreiheit des einzelnen Individuums sowohl im beruflichen wie auch im Freizeitbereich stark erweitert. Individuelle Unterschiede in den Werten und Bedürfnissen können seither immer besser artikuliert und ausgelebt werden. Die damit einhergehende Pluralisierung der Lebensformen hat die Möglichkeit zur Durchsetzung verbindlicher Gemeinschaftsnormen beschnitten. Die Multioptionalität im Sinne von Gross (1994) nötigt die Einzelnen, ihr Leben selber zu gestalten.

Technologische Innovationen und Tertiarisierung führen dazu, dass in wachsenden Bereichen der Berufswelt anspruchsvolle, individuelle Anforderungen gestellt werden. Personen mit guter Bildung und/oder hoher Eigeninitiative haben so die Möglichkeit, sich in ihrem Beruf zu verwirklichen. Damit ist jedoch auch der individuelle Druck auf all jene gewachsen, die – wenn überhaupt – nur eine mässig herausfordernde Arbeitsstelle besitzen. Wenn sich nämlich ein Teil der Bevölkerung beruflich entwickeln und diese Entwicklung nicht alleine durch Stand und Herkunft bestimmt ist, so erhöht dies das Ohnmachtsgefühl und die Versagensängste jener, die an dieser Entwicklung – egal aus welchen Gründen – nicht teilnehmen können.

Es ist ein Ausdruck der autozentrischen Werteordnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dass Arbeit nicht mehr einfach als Pflicht und als Dienst an der Gemeinschaft wahrgenommen wird, sondern mit einem Anspruch an persönlicher Entfaltung verbunden wird und damit gleichermassen zur Quelle von Frust und Erfüllung geworden ist.

2.6.1.3 Leistungs- und Selbstentfaltungswerte

Für Helmut Klages bildet die Emanzipation des Ichs von der gemeinschaftlichen Gebundenheit die Grundlage des Wertewandels. Durch die Individualisierung kommt es zu einer Verschiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu so genannten Selbstentfaltungswerten. Zur ersten Gruppe gehören laut Klages traditionell bürgerliche Werte wie «Disziplin», «Gehorsam», «Leistung», «Treue» und «Enthaltsamkeit». Unter dem Begriff der Selbstentfaltung subsumiert der deutsche Soziologe dagegen Werte wie «Emanzipation», «Gleichheit», «Autonomie», «Genuss», «Kreativität» und «Ungebundenheit» (vgl. Klages 1984: 18).

Unverkennbar kommt in Klages Gegenüberstellung die Konfliktstruktur des 1968 ausgebrochenen Generationengegensatzes zum Ausdruck, dessen Nachbeben sich bis in die Achtzigerjahre zogen. Insbesondere die linke Orientierung und die anti-bürgerliche Haltung der bewegten Studentenschaft sind jedoch nur indirekt mit der fort-

schreitenden Individualisierung verknüpft. So sind Werte wie «Ungebundenheit» oder «Genuss» wohl Ausdruck einer gesteigerten Autozentrierung, der Wert «Gleichheit» jedoch nicht. Ausserdem bringt der Wert «Leistung», den Klages zu den Pflicht- und Akzeptanzwerten zählte, kein nomo- sondern ein autozentrisches Weltbild zum Ausdruck.

Die 68er-Bewegung stand in vielerlei Hinsicht in der Tradition des liberalen Bürgertums des neunzehnten Jahrhunderts, das sich gegen die «gottgegebene» feudale Ordnung stemmte und sich für freiheitliche Werte und individuelle Verantwortung einsetzte.

Zwei Phasen der Individualisierung

Die Entwicklung eines liberalen Bürgertums in den westlichen Gesellschaften bildete die erste Stufe der Emanzipation des Individuums von der Einbindung in die nomozentrische Ordnung. Die positive Konnotation von Leistung, Erfolg und dem Streben nach persönlichem Glück zeugten von einer Weltsicht, in welcher der Mensch eine emanzipierte Rolle als handelndes Individuum besitzt. Die liberale, bürgerliche Haltung unterschied sich grundsätzlich vom traditionellen, konservativen Gesellschaftsbild, in dem die Einzelnen nicht durch Leistung herauszuragen hatten, sondern bloss ihre ihnen vorgegebenen Rolle im Ganzen ausfüllen sollten (Lenk 1989: 42).

Der Individualismus des klassisch-modernen Bürgertums beschränkte sich jedoch weitgehend auf die Sphäre der individuellen Leistung und auf die Verantwortung für das eigene Schicksal. Das Korsett gesellschaftlicher Regeln wurde mit der Entwicklung des Bürgertums nicht gelockert, sondern in mancher Hinsicht sogar noch enger geschnürt. In doppelter Abgrenzung zur vermeintlichen Dekadenz der Aristokratie und zur ebenfalls vermeintlichen Zügellosigkeit der Massen hatte sich das protestantisch-pietistisch geprägte Bürgertum einer Kultur der Selbstdisziplinierung und der «innerweltlichen Askese» (Weber 1996 [1904/05]) verschrieben.

Lange Zeit blieb die Entwicklung hin zu einer autozentrischen Wertorientierung auf die harten, wirtschaftlichen Lebensbereiche beschränkt. Die Koppelung von Freiheit und Selbstbeschränkung passte jedoch auf die Dauer nicht zusammen. Der klassische bürgerliche Liberalismus stellte nur die erste Stufe der gesellschaftlichen Liberalisierung dar. Aus heutiger Sicht kann die 68er-Bewegung als Manifestation der zweiten Stufe der Emanzipation des Ichs von seiner Einbettung in ein gemeinschaftlich gebundenes Wertsystem angesehen werden. Die in der Nachkriegszeit sozialisierte Generation war immer weniger bereit, die persönliche Lebensgestaltung in das aufgezogene Korsett der Selbstdisziplinierung zu zwingen und individuelle Freiheit als

einseitig wirtschaftliche Angelegenheit zu betrachten. Die Rebellion gegen den Mief der Elterngeneration bezog sich zwar auf die durch diese Generation verkörperten «Plicht- und Akzeptanzwerte» (Klages), im Kern handelte es sich dabei jedoch um die Fortsetzung der liberalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. In der zweiten Emanzipationsstufe erweiterte sich das liberale Grundverständnis auf gesellschaftliche Fragen. Seit 1968 wird in zunehmend breiteren Gesellschaftsschichten die Gestaltung des Lebens als Entscheidung des Individuums angesehen, was sich besonders deutlich im Umgang mit Homosexualität manifestiert. Selbst in klassisch bürgerlichen Kreisen hat sich heute eine affirmative Haltung zu Genuss, Konsum und Sexualität durchgesetzt, von einer «innerweltlichen Askese», die Max Weber noch als fundamental für das moderne Bürgertum angesehen hatte, ist kaum noch etwas zu spüren.

Mit der verstärkten Ich-Zentrierung und dem Bestreben sich selber zu verwirklichen sinkt die Bereitschaft sich in verbindliche gemeinschaftliche Strukturen wie Vereine oder Parteien zu integrieren. Die autozentrische Wertordnung ist auf den persönlichen Nutzen und die persönlichen Bedürfnisse ausgerichtet. Wie Klages richtig feststellte, impliziert sie jedoch nicht automatisch ein egoistisches und unsolidarisches Handeln (1988: 69 f.). Solidarität kann in einer autozentrischen Ordnung jedoch nur entstehen, wenn sie aus einem inneren Bedürfnis der Handelnden erwächst.

2.6.1.4 Gestaltungsmacht und Weltoffenheit

Der Übergang von der nomo- zur autozentrischen Ordnung ist von einem Anstieg an individueller Gestaltungsmacht begleitet. Wie wir in Kapitel 2.4.5 ausführten, hat die gesellschaftliche Entwicklung zu einer Erweiterung der individuellen Gestaltungsmacht geführt. Je grösser die Gestaltungsmacht in einer Gesellschaft, desto weniger taugen tradierte Rezepte zur Lebensbewältigung. Eine Gesellschaft, die sich in einer sich verändernden Welt durchsetzen will, muss den Herausforderungen der Zukunft flexibel und proaktiv begegnen, das heisst sie muss zukunfts offen sein (vgl. Giddens 1996 [1990]: 52-69). Eng verbunden mit der Zukunfts offenheit ist die Weltoffenheit spätmoderner Gesellschaften. Mobilität und Kommunikation erweitern den Erfahrungshorizont und lösen die klaren Grenzen zwischen Eigenem und Fremdem immer mehr auf (ebd.: 33-43).

Der relative Bedeutungsverlust von Tradition und die Dynamisierung und Öffnung der Gesellschaft spiegeln sich in der Wertentwicklung. Der spätmoderne Mensch lernt mit Wandel und Fremden umzugehen und nimmt sein Leben als veränder- und

gestaltbar war. Entsprechend welt- und zukunfts offen ist die typische autozentrische Wertorientierung.

Wie wir bereits gezeigt haben, ist untrennbar mit dem Phänomen der Macht auch das Phänomen der *Ohnmacht* verknüpft. Im wertintegrierten Lebenssystem einer vormodernen Gesellschaft existierten weder individuelle Macht und noch individuelle Ohnmacht. Als eingebetteter Teil einer stationären, sozialen Gemeinschaft gingen die Einzelnen im überpersonalen Geflecht von Normen und Regeln auf. Ohnmacht entstand erst, als sich die Gesellschaft dynamisch zu entwickeln und zu öffnen begann und sie sich dabei zunehmend in Gewinner und Verlierer der Modernisierung teilte.

Ohnmachtgefühle entwickeln sich, wenn jemand glaubt, vom Wandel der Gesellschaft überrollt zu werden und sich im Vergleich zu anderen zurückgesetzt fühlt. Während subjektiv wahrgenommene Macht die Grundlage für Welt- und Zukunfts offenheit bildet, ist subjektive Ohnmacht die Basis für regressive Anschauungen, die explizit gegen Öffnung und Veränderung gerichtet sind.

2.6.2 Zweite Dimension – Zivilisierung der Gesellschaft

Die erste Dimension der Wertentwicklung haben wir mit Klages als Übergang von einem gemeinschafts- zu einem ich-zentrierten Weltbild beschrieben. Grundlegend dafür sind einerseits der relative Bedeutungsverlust gemeinschaftsgebundener Institutionen und andererseits die Zunahme individueller Gestaltungsmacht.

Bestimmend für die zweite Dimension der Wertentwicklung ist der Zivilisationsprozess im Sinne von Norbert Elias (2001 [1939]). Die Entwicklung der Zivilisation führt zur Sicherung und Sättigung von Grundbedürfnissen und damit zu einer Verlagerung in den Wünschen und Zielen der Bevölkerung. Die durch den Zivilisationsprozess ausgelöste Wertentwicklung wurde von Roland Inglehart als postmaterialistischer Wertewandel beschreiben. Da wir den Schwerpunkt etwas anders setzen als Inglehart sprechen wir nicht vom Gegensatz Materialismus vs. Postmaterialismus, sondern vom Gegensatz weiche vs. harte Werte.

2.6.2.1 Hierarchie der Bedürfnisse

Das theoretische Fundament zur Erklärung der zweiten Dimension des Wertewandels findet sich bei Abraham Maslow. Der amerikanische Psychologe ging davon aus, dass sich die menschlichen Bedürfnisse im Lauf der Evolution entwickelt haben (2005 [1954]: 127-130). Wie bei jedem Lebewesen stehen dabei physiologische

Bedürfnisse an der Basis. Dazu zählen Atmung, Nahrung, Schutz vor Kälte genauso wie die Verteidigung vor körperlichen Angriffen. Erst in einer spätern Phase der Evolution wurden diese Grundbedürfnisse durch Bedürfnisse erweitert, die weniger dem direkten Überleben als dem körperlichen und seelischen Wohl dienen. Dazu zählen Pflege, Fürsorge, Entspannung, Zuneigung und Liebe. Als dritte Gruppe von Bedürfnissen identifizierte Maslow spezifisch menschliche Bedürfnisse der persönlichen Entfaltung wie Anerkennung, Einfluss, Kreativität aber auch Altruismus. Die drei Bedürfnisgruppen bilden laut Maslow ein hierarchisches Bedürfnisgefüge, das von den «niederen» physiologischen, über die sozialen, zu den «höheren» geistigen Bedürfnissen reicht. Nur wenn die «niederen» Bedürfnisse befriedigt sind, kann sich der Mensch der Befriedigung höherer Bedürfnisse zuwenden. Auf Grundlage dieser Konzeption entwickelte Maslow seine berühmte Bedürfnispyramide.

Im Gegensatz zu Maslow gehen wir nicht von einer linearen Bedürfnishierarchie aus. Die drei zuvor beschriebenen Bedürfnisgruppen stehen in einem komplexen, mehrdimensionalen Verhältnis und man tut gut daran, die Gruppen und ihre Beziehungen einzeln zu betrachten. Bereits ausführlich diskutiert haben wir die dritte Bedürfnisgruppe (persönliche Entfaltung), die durch Individualisierung und zunehmende Gestaltungsmacht an Bedeutung gewonnen hat. Für die zweite Dimension der Wertentwicklung ist dagegen vor allem das Verhältnis zwischen der ersten und der zweiten Bedürfnisgruppe von Bedeutung.

Harte und weiche Werte

Ein für die soziale Ordnung entscheidender Gegensatz besteht zwischen den «harten» Bedürfnissen der materiellen Überlebenssicherung und den «weichen» Bedürfnissen des körperlichen und seelischen Wohlergehens. Um überhaupt überleben zu können, muss der Mensch fähig sein, sich genügend Ressourcen (wie Nahrung, Kleidung usw.) zu verschaffen und er muss fähig sein, sich selber und die eigenen Ressourcen vor Übergriffen zu verteidigen. Voraussetzungen dafür sind Eigenschaften wie physische Kraft, Mut, Aggressivität und Durchsetzungsfähigkeit. Die mit diesen Eigenschaften verbundenen Werte bezeichnen wir als *harte Werte*.

Neben den Bedürfnissen der Überlebenssicherung besitzt jeder Mensch jedoch auch regenerative und soziale Bedürfnisse. Als bindungsfähiges Wesen ist der Mensch auf partnerschaftliche und familiäre Liebe und Zuneigung ausgerichtet und als soziales Wesen besitzt er schliesslich ein Bedürfnis nach Kommunikation und Geselligkeit. Um diese regenerativen und sozialen Bedürfnisse befriedigen zu können, sind emoti-

onale, fürsorgende und kommunikative Fähigkeiten gefragt, die damit verbundenen Werte bezeichnen wir als *weiche Werte*.

Harte und weiche Werte haben komplementären Charakter, anders als das Bild der Bedürfnispyramide suggeriert, stehen sie nicht in einer strengen Hierarchie, sondern treten in der Regel gemeinsam auf. Im Zuge der Zivilisationsentwicklung hat sich allerdings die relative Bedeutung der beiden Wertgruppen verändert.

2.6.2.2 Zivilisationsprozess und Wertentwicklung

Der Prozess der Zivilisierung hat dazu geführt, dass das Leben komfortabler geworden ist und nicht mehr als nackter Überlebenskampf geführt werden muss. In einer fortgeschrittenen Zivilisation sind die Grundbedürfnisse gesättigt und der Umgang zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ist soweit zivilisiert, dass die Einzelnen sich in der Regel nicht vor Gewalt fürchten müssen. Der Zivilisationsprozess hat zur Folge, dass die Bedeutung von harten Werten zurückgestuft wird und sich weiche Werte besser entfalten können.

Ein wichtiger Motor des Zivilisationsprozess ist der technische Fortschritt. Durch die Entwicklung von durch Wasser, Brennstoffe oder Elektrizität betriebener Maschinen hat der Wert von Kraft, Ausdauer und Aggressivität zur Lebensbewältigung drastisch abgenommen. Dies gilt nicht nur für die Ressourcenbeschaffung, sondern ebenso für gewaltsame Auseinandersetzungen, die durch die Mechanisierung ihren Charakter verändert haben.

Die zweite, nicht weniger wichtige Komponente des Zivilisationsprozesses ist, wie Elias gezeigt hatte, die Entwicklungen regulierender Institutionen, die zur Stabilisierung sozialer Beziehungen beitragen. In einem entwickelten Rechtsstaat sind die sozialen Interaktionen geregelt und die Gewaltanwendung für die Durchsetzung eigener Interessen verboten. Die Verteidigung von Hab und Gut muss nicht selbst besorgt werden, sondern kann in der Regel an Polizei und Justiz delegiert werden. Elias sprach dabei von den «Monopolinstitutionen der körperlichen Gewalt» (2001 [1939]: II 324). Die Institutionalisierung und Kanalisierung von Konflikten zeigt sich ebenso in der Arbeitswelt, wo die Entwicklung von Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat zu einer «Institutionalisierung des Klassenkonflikts» (Geiger 1949) geführt haben. Der Zivilisationsprozess führt laut Elias zu einem neuen «Menschentypen» (2001 [1939]: II 164), der sich nicht mehr durch rohe Kraft im «freien Konkurrenzkampf» (ebd.) behaupten muss, sondern sich feineren Genüssen und Zielen hingeben kann.

Die technologische Entwicklung und die Regulierung der sozialen Beziehungen haben insgesamt zur Folge, dass die mit harten Werten verknüpften primären Überlebensbedürfnisse leichter befriedigt werden können und sie somit weniger Raum im Alltag des Menschen einnehmen. Dies setzt Zeit und Energie frei für die Befriedigung sekundärer Bedürfnisse.

Der Wandel im Potenzial der Bedürfnisbefriedigung bildet den Ausgangspunkt für das Konzept des Wertewandels von Roland Inglehart. In Anwendung von Maslows Bedürfnispyramide ging Inglehart davon aus, dass die relative Sättigung der primären (materiellen) Grundbedürfnisse einen Wertewandel zugunsten von *postmaterialistischen* Werten auslösen würde (1971; 1977). Wie Klages stand Inglehart bei der Formulierung seiner These des Wertewandels unter dem Eindruck der 68er-Bewegung. Da sich in dieser Phase des Wertewandels – wie weiter oben bereits angesprochen – verschiedene Prozesse der Wertentwicklung überlagerten, vermengen sich bei Ingleharts Gegenüberstellung die beiden von uns als eigenständig betrachteten Dimensionen des Wertewandels. Während der Ansatz Klages näher bei unserer ersten Dimension angesiedelt ist, zielt der Ansatz Ingleharts zumindest in seiner theoretischen Konzeption in dieselbe Richtung wie unsere zweite Dimension.

2.6.2.3 Empathie, Sensibilität und Egalität

Die relative Befriedigung harter Überlebensbedürfnisse lässt die Bedeutung von, für das Überleben weniger zentralen, weichen Bedürfnissen ansteigen. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Entwicklung des wirtschaftlichen Konsums: Zivilisierte, wohlhabende Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen grossen Anteil der ökonomischen Ressourcen in Regeneration, Pflege, Kultur und Kommunikation investierten. Dies hat zur Folge, dass soziale, kommunikative und kulturelle Dienstleistungsbranchen in diesen Gesellschaften wichtige Wirtschaftsfaktoren werden.

Der Wandel der Bedürfnisse spiegelt sich in der Wertschätzung der damit verbunden Merkmale und Fähigkeiten. «Harte Kerle» und rohe Kraft spielen in einer entwickelten Dienstleistungsgesellschaft kaum noch eine Rolle, entsprechend ist deren Wertschätzung gesunken. Die besonders in den sozialen und kulturellen Dienstleistungsbranchen (aber nicht nur dort) gefragten weichen Kompetenzen wie Sensibilität, Empathie, kommunikative Fähigkeiten und Kreativität erfahren heute dagegen eine relativ hohe Wertschätzung.

Der Bedeutungsgewinn von weichen Werten zeigt sich in der Sphäre der Wirtschaft, er zeigt sich jedoch insbesondere auch in Politik und Gesellschaft. Typische weiche politische Anliegen sind «soziale Gerechtigkeit» und «ökologische Sensibilität»,

«Gleichstellung der Geschlechter» und «Pazifismus». Diese Anliegen bilden den Kern von dem, was Inglehart als postmaterialistische Werte bezeichnete (vgl. Hepp 1994: 14-18). Die Verbreitung von weichen Werten in der Politik setzte jedoch nicht erst in den 1960er-Jahren ein. Insbesondere die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit bildete schon viel früher ein zentrales Feld der politischen Auseinandersetzung.

Die im Verlauf der Modernisierung gestiegene Bedeutung von weichen Werten widerspiegelt sich in der Entwicklung des modernen Staats. Die jungen Staaten im Europa des neunzehnten Jahrhunderts erfüllten fast ausschliesslich Funktionen, die mit harten Werten verknüpft sind: Im Zentrum standen Armee und Landesverteidigung, daneben kümmerte sich der Staat allenfalls um die Polizei und die Wirtschaftsordnung. Der erste Entwicklungsschritt in Richtung weicher Werte wurde mit der Errichtung des Wohlfahrtsstaats genommen. Später sind Bildung, Gesundheit, Ökologie und Kultur dazu gekommen. Zumindest in Europa befinden sich bis heute die Ausgaben für die militärische Verteidigung im Rückgang, während die weichen Aufgabenbereiche – Soziales, Bildung und Gesundheit – längst den Staatshaushalt dominieren.

Grenzen der Werteververschiebung

Inglehart prognostizierte in den Siebzigerjahren (1971; 1977) den Übergang von einer materialistischen zu einer postmaterialistischen Wertordnung. Er ging davon aus, dass sich die in der Zeit des Wirtschaftswunders sozialisierte Babyboomer-Generation in ihrer Wertorientierung grundlegend von der durch Wirtschaftskrise und Weltkrieg geprägten Elterngeneration unterscheiden würde. Im Nachgang zur Bewegung von 1968 entwickelten sich in den Siebziger- und Achtzigerjahre die so genannt «neuen sozialen Bewegungen», die für Pazifismus, Ökologie, Feminismus und gegen AKWs kämpften. Seither besitzen die weichen Werte einen festen Platz in der Gesellschaft, zu einem vollständigen Wertewandel ist es jedoch nicht gekommen.

Eine hochzivilisierte Gesellschaft zeichnet sich nicht durch die Absenz von harten Werten aus, sondern durch den relativen Bedeutungsanstieg von weichen Werten. Beide Wertebereiche stehen heute in einem komplementären Verhältnis. Die harten Grundbedürfnisse nach Versorgung und Sicherheit sind nicht einfach ein für alle Mal befriedigt. Auch in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bleiben harte Werte von eminenter Bedeutung: Wer wirtschaftlichen Erfolg haben will, kann zwar auf physische Auseinandersetzungen verzichten, muss sich jedoch gleichwohl gegen Konkurrenz durchsetzen, Führungsstärke beweisen und Mut zum Risiko aufbringen. Sowohl in der Wirtschaft wie in der Gesellschaft und der Politik haben sich weiche

Werte Beachtung und Raum verschaffen, die harten Werte haben sie dabei jedoch nicht verdrängt.

2.6.2.4 Werteverchiebung und Geschlechterrollen

Der in den vorangegangenen Absätzen beschriebene Gegensatz zwischen harten und weichen Werten weckt Assoziationen: Harte Werte wie Risikofreude, Kraft, Aggressivität und Dominanz sind Werte und Eigenschaften, die normalerweise mit Männlichkeit in Verbindung gebracht werden. Empathie, Sensibilität und Fürsorge gelten dagegen eher als weibliche Eigenschaften. Auch wenn diese Zuschreibung einem Stereotyp entspricht und sich diese Wertesphären in der Praxis verwischen, ist es offensichtlich, dass das Verhältnis von harten und weichen Werten in einer Gesellschaft für das Rollenverständnis von Mann und Frau von entscheidender Bedeutung ist (vgl. Hofstede 2001: 279-284). Der Prozess der Zivilisierung bildet eine wichtige Grundlage für die Entwicklung des Geschlechterverhältnisses. Oder anders formuliert: Das Verhältnis der Geschlechter in einer Gesellschaft ist ein guter Indikator für den Stand des Wertewandels.

Wurzeln des Machismo

Geschlechterrollen sind kulturelle Phänomene, es lässt sich jedoch nicht verneinen, dass die Asymmetrie der Geschlechter biologische Wurzeln besitzen. Für die bessere Einordnung der Entwicklung der Rollenunterschiede beim Menschen lohnt sich deshalb der Blick über die Artgrenze hinaus (vgl. Bischof-Köhler 2002).

Ausgeprägte Verhaltensunterschiede zwischen den Geschlechtern sind typisch für Säugetiere mit einer langen und intensiven Brutpflege. Die lange Tragzeit und das säugerspezifische Ernährungsprinzip des Säugens haben zur Folge, dass bei nicht-menschlichen Säugetieren meist die Mutter die Hauptlast der Fürsorge und Brutpflege übernimmt. Fürsorglichkeit als weiche Verhaltensdisposition ist deshalb vor allem bei weiblichen Säugetieren entwickelt.⁹ Die Säugetiermütter können sich allerdings in der Regel nicht alleine auf das Fürsorgerische konzentrieren, da sie selber Nahrung beschaffen und die Brut verteidigen müssen. Weibliche Säugetiere sind deshalb meist Allrounder, die sowohl weiche wie auch harte Verhaltensmuster entwickelt haben.

⁹ Säugetiere unterscheiden sich dabei von anderen Tieren mit intensiver Brutpflege. So zeichnen sich paarbildende Vögel in der Regel durch eine Aufteilung der Brutpflege zwischen Mutter und Vater aus. Entsprechend finden sich bei diesen Vogelarten (z.B. Amseln) kaum ausgeprägte Geschlechtsunterschiede.

Eher beschränkt ist dagegen die Rolle typisch männlicher Säugetiere, die nicht in die Brutpflege eingebunden sind. Ihr Fortpflanzungserfolg hängt primär von ihrer sexuellen Attraktivität ab und der damit verbundenen Chance, viel Nachwuchs produzieren zu können. Die sexuelle Attraktivität wird unterstrichen durch Demonstration von Vitalität und Männlichkeit – sei es im alltäglichen Gehabe oder im Wettstreit unter Artgenossen. Übersteigerte und zur Schau gestellte Männlichkeit wird im menschlichen Kontext als *Machismo* bezeichnet.

Der Machismo als Verhaltensmuster ist eng verflochten mit den oben beschriebenen harten Werten. Harte Werte und harte Verhaltensdispositionen dienen nicht alleine der Überlebenssicherung, sondern spielen eine wichtige Rolle für die Sicherung von Dominanz und für die Demonstration von Potenz. Sinnbildlich dafür steht der männliche Löwe, der mit seiner Mähne zwar besonders beeindruckend wirkt, das Jagen jedoch den Löwinnen überlässt.

Flexible Rollenteilung und Verweiblichung der Frau

Der Homo Sapiens zeichnet sich im Vergleich zu anderen Säugetieren durch eine besonders intensive Pflege des Nachwuchses aus. Stark ausgeprägt sind dabei die familiären Bindungen, in die auch der Vater einbezogen ist. Im Verhältnis der Geschlechter führt dies zu einer Erweiterung der Möglichkeiten. Die feste Paarbindung bildet die Voraussetzung für die Einbindung des Vaters in die sozialen und fürsorgenden Aufgabenbereiche der Familie. Das heisst, sie bietet die Voraussetzungen für eine weitgehend egalitäre Rollenteilung, in der keine Spezialisierung auf harte und weiche Bedürfnisse besteht. Zugleich bildet die feste Paarbindung jedoch auch die Voraussetzung für eine besonders ausgeprägte zweiseitige Rollenteilung, bei der die beiden Elternteile sich auf jeweils unterschiedliche Aufgabenbereiche des Familienverbands ausrichten.

Der in den Familienverband einbezogene Vater kann für die gesamte Familie die Rolle des Ernährers und Beschützers übernehmen und so die Mutter von diesen Aufgabenbereichen entbinden. Nur in einer festen Paarbindung ist es möglich, dass sich die Mutter alleine auf die fürsorgenden und pflegenden Aufgaben konzentriert. Während bei Säugetieren mit loser Paarbindung die Weibchen immer Allrounderinnen sind und sich nur die Männchen auf ein Rollenverhalten spezialisieren, schafft die feste Paarbindung die Voraussetzung für eine einseitig weiche Profilierung der Frau. Mit anderen Worten: Es bestehen die Voraussetzungen für eine *Verweiblichung der Frau*.

Das spezifisch menschliche Phänomen der Verweiblichung der Frau manifestiert sich in einer demonstrativen Zurschaustellung sekundärer und tertiärer Geschlechtsmerkmale durch deren üppige Dekoration aber auch in der Demonstration von Verletzlichkeit und Schutzbedürftigkeit. Während Machismo eine im Tierreich weit verbreitete Erscheinung ist, ist das weibliche Gegenstück davon – die demonstrative und übersteigerte Weiblichkeit – eine menschliche Besonderheit. Herausgeputzt sind männliche Pfauen, Paviane, Löwen nicht jedoch ihre Weibchen.

Das herausragendste Charakteristikum der menschlichen Rollenteilung ist jedoch nicht das Potenzial zur Verweiblichung der Frau, sondern die enorme Flexibilität, mit der die Aufgaben zwischen den Geschlechtern eingeteilt werden können. Von einer praktisch egalitären Rollenverteilung bis zu einer ausgeprägten zweiseitigen Rollenspezialisierung ist alles möglich. Diese Flexibilität hat zur Konsequenz, dass sich die Geschlechterverhältnisse mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wandeln und deshalb, trotz biologischer Wurzeln, primär kulturell bestimmt sind.

Drei Entwicklungsstufen

Die im Zuge des Zivilisationsprozesses gewandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass sich die typischen Rollenteilungen gewandelt haben. Die zuvor beschriebene Werteverschiebung von harten zu weichen Werten spielt dabei eine ganz zentrale Rolle. Aufgrund seiner physisch-psychischen Prädisposition nimmt der Mann in einem Umfeld, in dem harte Werte bestimmend sind, eine dominante Rolle ein. In einem zivilisierten Umfeld, in dem sich weiche Werte entfalten können, verliert die Geschlechterdichotomie dagegen an Bedeutung. Die gesellschaftliche Emanzipation der Frau verläuft deshalb typischerweise parallel zum postmaterialistischen Wertewandel im Sinne von Inglehart. Laut Elias, setzte sie jedoch schon in sehr frühen Phasen des Zivilisationsprozesses ein. In seiner Analyse mittelalterlicher, höfischer Gesellschaften kam er zum Schluss, dass «wie überall dort, wo die Männer zum Verzicht auf körperliche Gewalt gezwungen sind, stieg das soziale Gewicht der Frauen» (2001 [1939]: II 118)

Der Zivilisationsprozess führte nicht linear zu einer Angleichung der Geschlechterunterschiede. Vielmehr lassen sich drei Stufen der Entwicklung des Geschlechterverhältnisses skizzieren.

1. In einer vormodernen Gesellschaft stehen Überlebensbedürfnisse im Zentrum. Weiche Werte besitzen neben den harten nur eine untergeordnete Rolle. Diese Konstellation verhilft dem physisch dominanten Mann typischerweise zu einer Vormachtstellung, sie impliziert jedoch nur einen schwach ausgeprägten

Rollendualismus. Knappe Ressourcen führen nämlich dazu, dass sich die Frau nicht auf die weichen Rollenteile beschränken kann, sondern in die Ressourcenbeschaffung eingebunden wird.

2. Durch die Zivilisierung der Gesellschaft nimmt die Bedeutung weicher Bedürfnisse zu. Die verbesserte Absicherung der Grundbedürfnisse ermöglicht es der Frau, sich auf die pflegerische und fürsorgende Rolle zu konzentrieren, während der Mann für Schutz und Ernährung sorgt. Der ausgeprägte Rollendualismus wird durch eine für die klassische Moderne typische Trennung von Wohnen und Arbeiten unterstützt. Im Gegensatz zur ersten Stufe besteht in der zweiten Stufe zwar mehr Raum für weiche Bedürfnisse, dieser Raum findet sich jedoch vor allem im häuslichen Umfeld. Die verstärkte Rollendichotomie ist die Grundlage für die Verweiblichung der Frau, die diese in eine besondere Abhängigkeit zum Ernährer und Beschützer bringt.
3. Die Spätmoderne zeichnet sich dadurch aus, dass die weichen Bedürfnisse nicht mehr nur im häuslichen Umfeld, sondern auch in der öffentlichen Sphäre an Bedeutung gewinnen. Mit der Zivilisierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verliert die öffentliche Sphäre ihre männliche Prädisposition. Dies erleichtert der Frau den Zutritt in die Wirtschaftswelt und fördert zugleich die Entfaltung weicher Verhaltensdispositionen beim Mann. Während ersteres das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern abbaut, führt letzteres zu einem Verwischen der Geschlechterunterschiede. Weiche und harte Bedürfnisse lösen sich dabei zunehmend von ihrer Gebundenheit an die biologische Geschlechtlichkeit.

Die drei skizzierten Stufen der Entwicklung des Geschlechterverhältnisses stellen zwar einen Entwicklungsprozess dar, die älteren Stufen sind mit dem Aufkommen der neueren Stufen jedoch nicht verschwunden. Das heisst, wir finden heute alle drei Grundtypen der Entwicklung.

2.6.3 Zweidimensionales Modell der Wertenwicklung

Die Entwicklung der Werte kann im Wesentlichen auf zwei Prozesse der Gesellschaftsentwicklung zurückgeführt werden. Der erste Prozess ist die Emanzipation des Individuums von der sozialen Gemeinschaft als einem wertintegrierten Lebenssystem. Grundlegend dafür sind die Vergesellschaftung sozialer Beziehungen und die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die zur Ausbildung eines individuellen Selbstbewusstseins führen und die Bedeutung gemeinschaftlicher

Die zweite Dimension der Wertentwicklung beruht auf dem Zivilisationsprozess, der eine Verfeinerung der gesellschaftlichen Sitten und Bedürfnisse nach sich zieht. Technische und institutionelle Entwicklungen führen zu einem relativen Bedeutungsverlust von harten Werten wie Stärke, Furchtlosigkeit, Mut und Aggressivität. Im Gegenzug nimmt der Raum für weiche Werte wie Sensibilität, Fürsorglichkeit und Kreativität zu.

Die beiden Dimensionen der Wertentwicklung überlagern sich in einem zweidimensionalen Entwicklungsprozess. Das entsprechende Modell, das in gewissem Sinn eine Differenzierung der maslowschen Bedürfnispyramide darstellt, ist in Abbildung 2-9 dargestellt und in vier Entwicklungsstufen gegliedert.



Ordnungs- und Wohlfahrtswerte sind Werte, die nicht an eine entwickelte Individualität geknüpft sind. Sie zielen auf die Sicherung von Grundbedürfnissen ab.

Ordnungswerte: Den Ausgangspunkt der Wertentwicklung bilden die Ordnungswerte. Diese sind auf die Sicherung der Überlebensbedürfnisse und auf die Festigung der gemeinschaftlichen Integration gerichtet. Dazu zählen Gehorsamkeit, Verteidigungsbereitschaft und Rollenakzeptanz. Ordnungswerte sind harte Werte, die in traditionellen Gesellschaften mit einem tiefen Zivilisationsgrad, mit einer schwach ausgebildeten Individualisierung und mit geringer individueller Gestaltungsmacht.

Wohlfahrtswerte: Den harten Ordnungswerten sind die weichen Wohlfahrtswerte gegenübergestellt. Wohlfahrtswerte sind nicht auf das nackte Überleben, sondern auf das bessere Überleben ausgerichtet. Im Zentrum stehen dabei die physische und psychische Regeneration, sowie Zuneigung und Pflege. Wie die Überlebenswerte setzen die Wohlfahrtswerte keine fortgeschrittene Individualisierung voraus. Wohlfahrtswerte gehören zu den menschlichen Grundbedürfnissen, sie können sich jedoch nur entfalten, wenn das Überleben gesichert ist. Technischer Fortschritt und Konfliktregulierung haben im Zuge des Zivilisationsprozess den Raum für Wohlfahrtsbedürfnisse erweitert.

Hoher Individualisierungsgrad: Expansionswerte

Durch die Individualisierung und die Zunahme der Gestaltungsmacht haben sich im Prozess der Modernisierung expansive Wertorientierungen ausgebildet, die über die Grundbedürfnisse hinaus auf die Erweiterung der Möglichkeiten zielen.

Leistungswerte: Die Individualisierung manifestierte sich zuerst im wirtschaftlichen Kontext und führte zu einem Übergang von Ordnungs- zu Leistungswerten. Statt der blossen Überlebenssicherung führte die Zunahme der individuellen Gestaltungsmacht zu einer stärkeren Betonung von Leistung, Erfolg und Eigenverantwortlichkeit. Leistungswerte sind harte Werte mit expansivem Charakter. Sie beruhen auf denselben Grunddispositionen wie die Ordnungswerte, gehen jedoch von einem selbstbewussten, handlungsmächtigen Ich aus, das seine Möglichkeiten erweitern will.

Selbstentfaltungswerte: Die jüngste Stufe der Wertentwicklung kommt in der Verbreitung von Selbstentfaltungswerten zum Ausdruck. Selbstentfaltung bedeutet, dass die im Zuge der Modernisierung erweiterte Handlungsmacht nicht nur für die Akkumulation von Wohlstand eingesetzt, sondern der Gestaltung des eigenen Lebens zugrunde gelegt wird. Selbstentfaltungswerte sind weiche Werte mit expansivem Charakter. Während Leistungswerte auf die Erweiterung der Wirkungsmacht zielen, stehen Selbstentfaltungswerte für die Erweiterung der Eigenmacht. Wichtige Elemente der Selbstentfaltung sind Ungebundenheit und Kreativität.

2.6.3.2 Ausdifferenzierung der Wertelandschaft

Die dargestellte Entwicklung der vier Wertegruppen ist kein linearer und kein serieller Prozess. Die neueren Werte ersetzen die älteren nicht, sondern sie erweitern das Wertespektrum in der Gesellschaft. Die jüngeren Wertegruppen gewinnen im Laufe der Modernisierung zwar an Bedeutung, eine Zuwendung zu diesen erfolgt jedoch immer nur bei einem Teil der Bevölkerung, für andere Bevölkerungsteile bleiben dagegen die älteren Wertegruppen zentral. Durch die Verbreitung neuer Werte in der Gesellschaft kommt es zu einer Ausdifferenzierung der Wertelandschaft. Diese Wertelandschaft reflektiert dabei die in einer Gesellschaft bestehenden Unterschiede in den Lebensbedingungen.

Regionale Hierarchie

Sowohl der Individualisierungs- als auch der Zivilisierungsprozess setzte nicht überall in der Gesellschaft gleichzeitig ein und auch die Geschwindigkeit dieser Prozesse ist nicht überall gleich gross. In den grossen urbanen Zentren ist die wirtschaftliche- und gesellschaftliche Dynamik am grössten. Hier besteht das grösste Potenzial für das Ausleben expansiver Werte und es bestehen die meisten Möglichkeiten zur Befriedigung von differenzierten kulturellen und kommunikativen Bedürfnissen. Der ländliche Raum zeichnet sich dagegen durch seine strukturelle Persistenz aus, was zur Folge hat, dass neue Werte dort nur langsam einsickern. Der zeitliche Prozess der Wertentwicklung bildet sich deshalb im Raum ab und manifestiert sich in unterschiedlichen Wertorientierungen in Zentrum und Peripherie.

Soziale Hierarchie

In einem speziellen Verhältnis stehen Wohlfahrts- und Leistungswerte, die nicht in einer zeitlichen Entwicklungsfolge stehen, sondern komplementären Charakter besitzen. Die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf Basis des Leistungsprinzips ermöglichte einem Teil der Bevölkerung die Erweiterung ihrer Möglichkeiten. Diese Erweiterung Möglichkeiten implizierte jedoch ein verstärktes soziales Gefälle. Komplementär zu einer verstärkten Leistungsorientierung stieg in der Gesellschaft deshalb das Wohlfahrtsbedürfnis.

Dort, wo wirtschaftliche Perspektiven und individuelle Karrierechancen bestehen, können sich Leistungswerte verbreiten. Wirtschaftliche Unsicherheit, mangelnde Aufstiegschancen und einseitige Abhängigkeit vom Arbeitgeber fördern dagegen die Verbreitung von Wohlfahrtswerten.

2.6.3.3 Milieubildung und Milieudifferenzierung

Da die Verbreitung der vier Wertegruppen von den Lebensbedingungen abhängen, gleichen sich die Werteprofile der Menschen, die in einem gemeinsamen Lebenskontext stehen. Wie wir in Kapitel 2.3.2 dargelegt haben, sind dafür neben der direkten Adaptation an die Lebensbedingungen auch die Prozesse der Internalisierung, der Selektion und der Segregation von Bedeutung.

So wird beispielsweise die traditionelle Wertstruktur, die aufgrund der Lebensbedingungen in einer ländlichen Dorfgemeinschaft besteht, durch Internalisierung verstärkt. Wer in einer Dorfgemeinschaft sozialisiert wird, orientiert sich an den dort vorherrschenden Werten und Einstellungen. Verstärkt wird das typische Werteprofil jedoch auch durch Entmischungsprozesse: Personen, denen die ländliche Lebenswelt nicht zusagt, ziehen dagegen weg und tragen damit zur Segregation der Werte bei.

Auch in einer individualisierten Gesellschaft besitzen Werte eine kollektive Dimension. Die Konvergenz von Werten und Lebensbedingungen führt zur Ausbildung sozialer Milieus. Soziale Milieus werden dabei als Gruppen verstanden, die sich sowohl bezüglich objektiver Lage im sozialen Raum, als auch in Bezug auf Mentalitäten und Lebensstil gleichen (vgl. Vester et al. 2001: 24 f.). Da die wertrelevanten Lebensbedingungen räumlich differenziert sind (vgl. Kapitel 2.5), sind soziale Milieus typischerweise auch geografisch-räumlich gebunden.

Milieudifferenzierung

Mit Vester et al. gehen wir davon aus, dass die Prozesse der Individualisierung und der Zivilisierung nicht zu einem Bruch und einer Neuschaffung der gesellschaftlichen Ordnung geführt haben, sondern zu einem «relativen Umbau der Mentalitäten und Milieus» (2001: 78). Parallel zur Entwicklung von der Agrar- zur Industrie- und von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft hat sich die Wertelandschaft differenziert und erweitert. Dabei sind neue Milieus entstanden, ohne dass die alten verschwunden sind. Die älteren Milieus sind dabei jedoch nicht statisch verharnt, sondern haben sich entwickelt. Die neuen Werte und Lebensformen sind längst auch in ländliche Milieus diffundiert. Entscheidend ist jedoch, dass deswegen der relative Unterschied zu den urbanen Zentren nicht abgenommen hat (vgl. Hermann et al. 2005). Nur weil sich die gesamte Gesellschaft in einem Entwicklungsprozess in eine bestimmte Richtung bewegt, heisst dies nicht, dass bestehende Gegensätze sich nivellieren. Entscheidend für die Ausdifferenzierung sind Unterschiede in der Entwicklungsgeschwindigkeit.

2.6.4 Entwicklung von Wertkonflikten

Die Verbreitung neuer Werte führt zur Differenzierung der Wertelandschaft. Da die jeweiligen Wertegruppen nicht nur die eigene Lebensgestaltung betreffen, sondern sich auch auf die Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens beziehen, bilden sie die Basis für politische Wertkonflikte. Dabei werden die Milieus, die sich nicht am Wertewandel beteiligen, durch den Wertewandel herausgefordert. Vormalig selbstverständliche Positionen und Einstellungen werden durch die neuen Werte in Frage gestellt und müssen fortan aktiv verteidigt werden.

2.6.4.1 Wertkonflikte und Cleavage-Theorie

Der klassische Ansatz zur Erklärung politischer Konfliktlinien ist die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967). Lipset und Rokkan identifizierten in ihrer Analyse vier zentrale Konflikte, welche die Parteiensysteme Europas geformt hatten. Bei den Cleavages von Lipset und Rokkan handelt es sich jedoch nicht um Wertkonflikte, sondern um strukturelle Interessenskonflikte. Diese Interessenskonflikte bestehen zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Stadt und Land und zwischen Arbeit und Kapital. Die beiden ersten Gegensätze haben dabei primär kulturellen und die beiden letzten primär ökonomischen Charakter.

Lipset und Rokkan gingen davon aus, dass die politische Auseinandersetzung unmittelbar durch ökonomische und kulturelle Dichotomien geprägt ist – Werte und Weltanschauungen spielen in der Cleavage-Theorie keine Rolle. Tatsächlich können politische Auseinandersetzungen unmittelbar durch Interessen geprägt sein. So ist eine Vorlage, die einen besseren Arbeitnehmerschutz verlangt im Interesse der Arbeitnehmer und gegen das Interesse der Arbeitgeber. Trotzdem ist nicht jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin automatisch für den Ausbau des Arbeitnehmerschutzes, sondern er oder sie ist dies nur, wenn er oder sie eine wohlfahrtsorientierte Wertorientierung besitzt. Politische Auseinandersetzungen sind nicht nur interessen-, sondern auch wertgebunden, wobei die beiden Sphären korrespondieren. Das heißt, «Kapitalisten» vertreten typischerweise Leistungs- und «Arbeiter» typischerweise Wohlfahrtswerte.

Dualität politischer Konflikte

Politische Auseinandersetzungen können sowohl auf der Ebene der Werte als auch auf der Ebene struktureller Interessenskonflikte ausgetragen werden. Die beiden Ebenen unterscheiden sich in ihrem Abstraktionsgrad. Strukturelle Interessenskonflikte entzünden sich an konkreten Sachfragen und bestehen zwischen beliebig defi-

nierten Gruppen, wie Ethnien, Konfessionen oder Regionen. Noch spezifischer sind Interessensgruppen wie Ferienhausbesitzende, Rauchende oder Fahrradfahrende.

Wertkonflikte sind abstrakter und allgemeiner. Sie sind im Wesentlichen auf die Wertegruppen beschränkt, die wir im vorangegangenen Kapitel skizziert haben. Wertkonflikte sind jedoch nicht nur abstrakter, sondern auch universeller als sachbezogene Interessenskonflikte. Sie sind nicht auf vorgegebene Themen beschränkt, sondern es lassen sich daraus Einstellungen zu konkreten Sachfragen ableiten.

Die Dualität von konkreten Interessens- und abstrakten Wertkonflikten spiegelt sich in der Parteienlandschaft. Parteien können sich ebenso durch konkrete Positionsnahmen wie auch durch abstrakte Wertorientierungen definieren. Ein schönes Beispiel sind die klassischen linken Volksparteien, die sich in einigen Ländern Europas als Arbeiterparteien bezeichnen und in anderen als sozialistische oder sozialdemokratische Parteien. Nur einen geringen weltanschaulichen Bezug besitzen regionale, ethnische oder konfessionelle Minderheitenparteien, die eine weltanschaulich heterogene Bevölkerungsgruppe vertreten, die nur durch ein äusseres Merkmal verbunden ist.

Der Vorteil abstrakter Leitlinien

Im Laufe der Modernisierung hat die Ebene der Werte für die Parteienpositionierung mehr und mehr Bedeutung gewonnen. Das politische System impliziert nämlich, dass sich Parteien nicht nur zu spezifischen Interessensgegensätzen zu äussern haben, sondern zu allen Fragen, die politisch geregelt werden. Ein gemeinsames Wertefundament bildet die Basis dafür, dass in einer Partei zur gesamten Palette von Sachthemen eine gemeinsame und kohärente Position gefunden werden kann. Die Positionierung einer Partei alleine auf Basis eines konkreten Interessenskonflikts (zum Beispiel zwischen verschiedenen Ethnien) ergibt nur dann eine genügend starke Klammer, wenn dieser Interessenskonflikt alle anderen Gegensätze überschattet.

Auch für die Wählenden ist die Parteienwahl nach Werteprofil in der Regel die vernünftigste Handlungsweise: Mit der Wahl einer Partei, die ein weltanschauliches Profil besitzt, das dem eigenen entspricht, besteht die grösste Chance, dass diese insgesamt die eigenen Einstellungen und Interessen am besten vertritt. Wählt man dagegen eine Partei, die für einen konkreten Themenkomplex entsteht, so ist die Übereinstimmung bei diesem spezifischen Themenkomplex zwar gross, bei allen anderen Themen ist die Übereinstimmung jedoch fraglich. Das heisst, man wählt diese Partei nur, wenn diesem Themenkomplex die gesamte eigene Aufmerksamkeit gehört.

Je komplexer die Welt und je vielfältiger die politischen Auseinandersetzungen, desto stärker rücken Werte in den Vordergrund. Durch ihren übergeordneten Charakter können sie als Leitlinien für beliebige spezifische Fragestellungen eingesetzt werden. Das von Dalton et al. (1984) beschriebene Phänomen des *cleavage-dealignment* ist ein Zeichen dafür, dass in der Spätmoderne die objektive Gruppen- oder Klassenzugehörigkeit nicht mehr direkt zu einer Wahlentscheidung führt. Stattdessen gewinnt das Werteprofil der Parteien an Bedeutung für die Parteienaffinität. Weil sich in den Werten typischerweise die Lebensbedingungen spiegeln, führt auch die wertgebundene Parteienwahl dazu, dass sich die Wählenden unterschiedlicher Parteien in ihrem soziokulturellen Profil unterscheiden. Nach dem *cleavage-dealignment* wurde denn auch bald ein *cleavage-realignment* entlang von neuen gesellschaftlichen Teilungen diagnostiziert (Crewe/Denver 1985; Franklin et al. 1992).

Wertkonflikte als Kern der politischen Auseinandersetzung

Die Dualität politischer Konflikte besagt, dass sich diese sowohl als konkrete Interessenskonflikte, wie auch als abstrakte Wertkonflikte manifestieren. Aufgrund ihrer grösseren Flexibilität und Verallgemeinerbarkeit sind Werte für Wahl und Positionierung von Parteien zunehmend wichtig geworden.

Als Kern der politischen Auseinandersetzung haben Werte jedoch seit Beginn der Demokratieentwicklung eine wichtige Bedeutung inne. Die Wertkonflikte haben sich dabei parallel zur Verbreitung neuer Werte in der Gesellschaft verändert und verlagert.

2.6.4.2 Der klassische Gegensatz liberal vs. konservativ

Mit der Entwicklung des an individueller Leistung orientierten Bürgertums im 18. und 19. Jahrhundert entspannte sich ein erster, grundlegender Wertkonflikt. Die bürgerliche Emanzipationsbewegung, die das «tätige Individuum zum Mass aller Dinge» (Lenk 1989: 42) machte und die hergebrachte Ordnung in Frage stellte, forderte jene konservativen Kräfte heraus, welche «jede Abweichung vom hergebrachten, gott- und naturgewollten Legitimitätsprinzip [...] als Anfang vom drohenden Ende» (ebd.: 40) betrachteten. In der politischen Arena etablierte sich dieser Gegensatz als Konflikt zwischen konservativen und liberalen Parteien.

Während die Liberalen das Glück und die Autonomie der Einzelnen in Vordergrund rückten, stellte für die Konservativen das Königreich, die Nation oder das Volk ein unteilbares Ganzes dar, dem sich die individuellen Bedürfnisse im Konfliktfall unterzuordnen hatten. Säkularisierung, Marktwirtschaft und Demokratisierung bildeten die

zentralen Projekte der klassischen Liberalen. Diesen Projekten stellten die Konservativen das Prinzip des durch eine starke Autorität geführten, durch Tradition legitimierten, streng hierarchisch gegliederten Gemeinwesens entgegen.

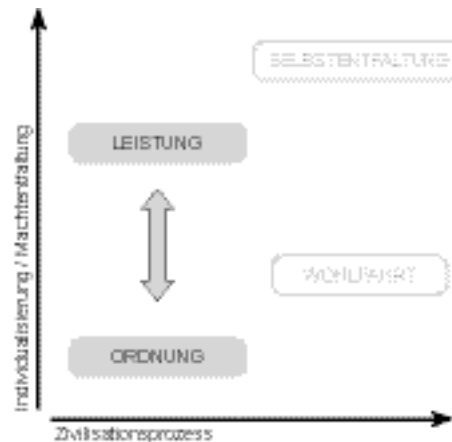


Abbildung 2-10: Erster Wertkonflikt (eigene Darstellung)

2.6.4.3 Der klassische Gegensatz links vs. rechts

Mit dem Anwachsen der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Arbeiterklasse bildet sich Ende 19. Jahrhundert eine neue Gruppe von Werten aus, die sich unter dem Begriff «Wohlfahrtswerte» subsumieren lassen. Die Forderungen der Arbeiterklasse nach Schutz vor Ausbeutung und nach sozialer Sicherung standen den Interessen der Arbeitgeber gegenüber und bildeten die Basis für den Klassenkampf, der bis in die 1960er-Jahre die dominierende gesellschaftliche Konfliktlinie bleiben sollte. Der politische Gegensatz zwischen rechtem Bürgertum und linkem Sozialismus der sich dabei entwickelt hatte, ist mehr als ein blosser Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital. Im Aufeinanderprallen zwischen Wohlfahrt einerseits und Leistung und Ordnung andererseits kommt ein weltanschaulicher Gegensatz zwischen harten und weichen Werten zum Ausdruck.

Die harte, rechte Grundorientierung steht für ein Bild der Welt, das von Konkurrenz und Feindseligkeit dominiert wird. Um den Gefahren der Welt begegnen zu können, müssen Leistungsstärke und Wehrhaftigkeit gefördert werden. Die linke Position steht dagegen für eine weiche Grundorientierung, in der das Wohlergehen der Einzelnen über der Leistungsfähigkeit des Ganzen steht.

Der Gegensatz zwischen harten und weichen Werten zeigt sich nicht nur in sozialen Fragen, sondern ebenso im Bereich von Ordnung und Sicherheit. Es stehen sich das

rechte Prinzip des «Falken» und das linke Prinzip der «Taube» gegenüber. In der Logik des Falken ist Angriff die beste Verteidigung, in der Logik der Taube geht es dagegen darum, keine Spirale der Gewalt in Gang zu setzen und Konflikte auszugleichen statt anzuheizen.

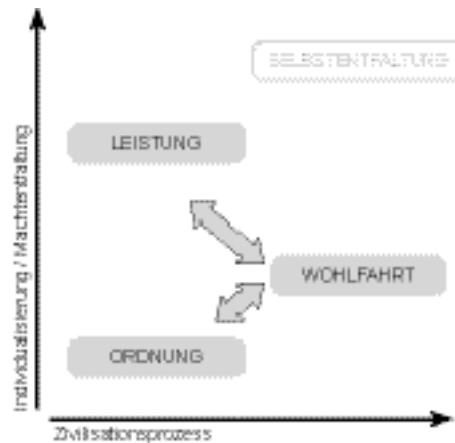


Abbildung 2-11: Zweiter Wertkonflikt (eigene Darstellung)

Klassische Wohlfahrtswerte werden in der politischen Arena von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien vertreten. Die sozialistische Linke steht dabei gleichermassen den liberalen und dem konservativen Lager gegenüber, wobei sich der Schwerpunkt der Auseinandersetzung unterscheidet. So beruht der weltanschauliche Gegensatz zwischen links und konservativ in erster Linie auf unterschiedlichen Einstellungen zu Ordnung und Sicherheit. Beim Gegensatz zwischen links und liberal stehen dagegen wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen im Vordergrund. In beiden Fällen stellt die Linke, den harten Position der Rechten eine weiche, soziale und ausgleichende Haltung gegenüber.

Durch den Bedeutungsgewinn der weichen Wohlfahrtswerte hat der klassische Gegensatz zwischen Liberalen und Konservativen an Bedeutung verloren. Die Angst vor einem sozialistischen Umsturz und der kalte Krieg haben schliesslich zu einem eigentlichen bürgerlichen Schulterschluss geführt. Der grundlegende gesellschaftliche Wertekonflikt zwischen liberalen und konservativen Orientierung ist dabei jedoch nicht verschwunden. Mit dem Ende der sozialistischen Bedrohung ist er wieder stärker ins politische Blickfeld gerückt.

2.6.4.4 Der diagonale Gegensatz

Seit den 1960er-Jahren hat sich mit den Selbstentfaltungswerten eine vierte Wertegruppe in den westlichen Gesellschaften etabliert und damit das gesellschaftlich, politische Konfliktfeld erweitert.

Die Entwicklung einer neuen Konfliktlinie erfolgte dabei nicht von einem Tag auf den anderen. In den Sechziger- und Siebzigerjahren war die politische Auseinandersetzung in den westlichen Gesellschaften vom klassischen Links-rechts-Gegensatz dominiert. Die neuen Werte, die sich im Kern gegen den autoritären Patriarchalismus richteten standen von Anbeginn in Opposition zu einem geschlossenen bürgerlichen Lager. Dies hatte zur Folge, dass die Gemeinsamkeiten mit der klassischen Linken ins Zentrum rückten. Die neue, durch die 68er-Bewegung geprägte Linke orientierte sich an alten linken Ideologien wie Marxismus oder Maoismus. Mit dem Aufkommen der neuen Werte veränderten sich zwar teilweise der Stil und der Inhalt der politischen Auseinandersetzung, eine Erweiterung des weltanschaulichen Konfliktmusters blieb jedoch bis nach Ende des Kalten Kriegs aus.

In Erweiterung zu den bestehenden Wertorientierungen hat die Entwicklung von Selbstentfaltungswerten zu einer bis dahin eher atypischen Kombination von linken und liberalen Orientierungen geführt. Wie wir weiter oben dargelegt haben, beruhen die Selbstentfaltungswerte analog zu den Leistungswerten auf einer entwickelten Individualität und einer subjektiv erlebten Gestaltungsmacht. Selbstentfaltungswerte stehen für eine liberale, ich-zentrierte Weltsicht. Im Gegensatz zum klassischen Liberalismus ist der neue jedoch ein weicher Liberalismus, der sich weniger an Eigentum und Konkurrenzdruck als an Egalität und Sensibilität orientiert.

Die linksliberale Wertekombination, als jüngstes Kind der Wertentwicklung, hat Berührungspunkte mit der klassisch liberalen ebenso wie mit der klassisch sozialdemokratischen Wertorientierung. Den linksliberalen Selbstentfaltungswerten stehen die rechtskonservativen Ordnungswerte gegenüber. Der neue Wertkonflikt verläuft folglich diagonal zu den beiden klassischen Wertkonflikten (vgl. Abbildung 2-12).

Aufgrund des dialektischen Charakters des Wertewandels hat die Verbreitung von linksliberalen Einstellungen auch zu einer Verstärkung rechtskonservativer Positionen geführt. Die Öffnung, Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft hat das konservative politische Bewusstsein geschärft. Für heimatverbundene, pflichtorientierte Konservative mit einem traditionellen Familienbild entwickelt sich die Gesellschaft seit 1968 in eine falsche Richtung.

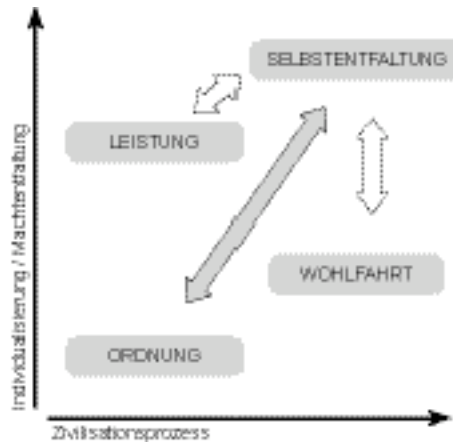


Abbildung 2-12: Dritter Wertkonflikt (eigene Darstellung)

Die späte Entwicklung der vierten Gruppe von Werten hatte zur Folge, dass diese Werte auf ein gefestigtes Parteiensystem trafen und sich deshalb weit weniger als die älteren Wertegruppen in der Parteienlandschaft abgebildet haben. Der liberal-konservative Schulterchluss zur Zeit des Kalten Kriegs hatte zur Folge, dass sich die Träger der neuen Werte im oppositionellen linken Lager sammelten.

Diese frühe parteipolitische Anbindung des linksliberalen Gedankenguts an die politische Linke ist bis heute prägend für die politische Auseinandersetzung geblieben. Obwohl sich in den westlichen Gesellschaften in den letzten dreissig Jahren liberale Wertorientierungen stark verbreitet haben (Inglehart/Welzel 2005), konnten die liberalen Parteien Europas kaum davon profitieren. Bemerkenswert ist dabei, dass zumindest in Deutschland und der Schweiz das sozialliberale Gedankengut in den liberalen Parteien in den letzten Jahren zunehmend marginalisiert wurde.

Wie Herbert Kitschelt in seiner wegweisenden Studie «The Transformation of European Social Democracy» (1994) zeigen konnte, haben sich die neuen Werte vor allem in den sozialdemokratischen Parteien festgesetzt. Dabei haben sich diese von den klassischen Wohlfahrtswerten entfernt und ihr Profil zunehmend auf die Selbstentfaltungswerte ausgerichtet. Besonders ausgeprägt zeigte der Wandel des sozialdemokratischen Profils in Grossbritannien, wo mit «New Labour» aus einer klassisch gewerkschaftlichen eine liberale Reformpartei entstanden ist (ebd.).

Die Neuausrichtung der politischen Linken hat sich typischerweise auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums ausgewirkt. Das zeigt sich exemplarisch in der Parteienlandschaft der Schweiz. Als Kraft gegen gesellschaftliche und politische Öffnung des Landes konnte die prononciert rechtskonservative SVP in den letzten

fünfzehn Jahren eine zunehmend dominante Stellung innerhalb des bürgerlichen Lagers ausbilden (Kriesi et al. 2005).

Die neuen Werte der vierten Stufe der Wertentwicklung wurden zum grossen Teil von den Parteien absorbiert, die bereits bestanden und damit eine gefestigte Position im politischen System besaßen. Als kleinere Milieuparteien konnten sich jedoch in verschiedenen europäischen Ländern die grünen Bewegungen etablieren.

2.6.4.5 Reduktion der Konfliktdimensionen

Wir haben weiter oben dargelegt, dass die Entwicklung neuer Werte nicht zu einer Ablösung alter Werte geführt hat, sondern vielmehr zu einer Erweiterung des Wertespektrums. Dieselbe Feststellung gilt für die Entwicklung der Wertkonflikte. Mit jeder Stufe der Wertentwicklung wurde das Spektrum der Wertkonflikte erweitert.

In der politischen Arena bildet sich die Vielheit der gesellschaftlichen Wertkonflikte allerdings nicht eins zu eins ab. Wertkonflikte, die in einer bestimmten Epoche dominant sind – wie beispielsweise der klassische Links-rechts-Gegensatz in der Zeit des Kalten Kriegs – können alle anderen Gegensätze überdecken, so dass diese nur noch latent vorhanden sind.

Die entscheidende Einschränkung der Konfliktdimensionen erfolgt jedoch aufgrund der Struktur des politischen Systems. Entscheidend für die Bedeutung von Parteien ist nicht nur ihre politische Positionierung, sondern ebenso ihr Potenzial die Politik mitzugestalten. In Ländern mit Mehrheitswahlrecht existieren in der Regel nur zwei Parteien oder Blöcke von politischer Bedeutung. Bei Ländern mit proportionalem Wahlrecht bilden sich zwar theoretisch alle relevanten Grundorientierungen ab, in der Praxis besitzen neue Parteien jedoch einen strukturellen Nachteil gegenüber den etablierten. Wer eine kleine, neue Partei wählt, riskiert seine Stimme zu verschenken. Die grossen, etablierten Parteien dominieren dagegen in der Regel die Regierung und besitzen deshalb eine breitere Ausstrahlung.

Da einem Wahlergebnis nicht nur das weltanschauliche Profil der Parteien zugrunde liegt, sondern auch strategische Überlegungen zum Gestaltungspotenzial der verschiedenen Parteien, kann die Parteienlandschaft nicht als getreue Repräsentation der weltanschaulichen Spannungsfelder in einer Gesellschaft angesehen werden. Besonders die vierte Stufe der Wertentwicklung (Selbstentfaltungswerte) hat das Parteienspektrum in der Regel nur noch rudimentär erweitert.

Rolle der Direktdemokratie

Differenzierter als in repräsentativen bildet sich die gesellschaftliche Wertstruktur in direktdemokratischen Systemen ab. Im Gegensatz zu Wahlen spielen bei Volksabstimmungen machstrategische Überlegungen keine Rolle. Durch das Instrument der Volksabstimmungen können Einstellungen zu Sachfragen direkt geäußert werden. Abstimmungsergebnisse geben deshalb einen unmittelbaren Einblick in die in der Gesellschaft vorhandenen Wertkonflikte.

Im politischen System der Schweiz, in dem über alle wichtigen und umstrittenen Themen abgestimmt wird, manifestiert sich in der politischen Meinungsäußerung die gesamte Vielfalt der weltanschaulichen Konfliktdimensionen. Wie wir im empirischen Teil der Arbeit zeigen werden, eignet sich die Auswertung von Abstimmungsergebnissen in der Schweiz besonders gut für die Untersuchung der gesellschaftlichen Wertkonflikte und deren Entwicklung.

2.6.5 Wertewandel im Kontext der Globalisierung

Der Wertewandel führt nicht nur zu einer Pluralisierung der Werte innerhalb verschiedener Gesellschaftsschichten, sondern ebenso zu einer Ausdifferenzierung des räumlichen Wertemusters. Die dem Wertewandel zugrunde liegenden Prozesse – Individualisierung und Zivilisationsentwicklung – verlaufen nicht überall auf der Welt in gleichem Tempo und in gleicher Weise.

In den sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesellschaftlicher Hinsicht dynamischen Metropolen greifen diese Prozesse schneller und sind weiter fortgeschritten als in der ländlichen Peripherie. Je urbaner und zentraler eine Region, desto größer ist der Anteil der neuen Werte. Die zeitliche Entwicklung überträgt sich deshalb auf den Raum. Unterschiede in der Wertentwicklung bestehen nicht nur innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch zwischen verschiedenen Ländern und Kontinenten. Europa und andere westliche Regionen sind als Inseln des Wohlstands und der Demokratie in der weiter oben beschriebenen Wertentwicklung weit fortgeschritten, wohingegen in anderen Regionen der Welt Ordnungswerte noch immer dominieren (Hofstede 2001; Inglehart 2000).

Wirtschaftliche und politische Expansion des Westens haben dazu geführt, dass die Wertentwicklung in den anderen Teilen der Welt sehr früh durch die Entwicklung des Westens mitgeprägt wurde. Die neuen Werte wurden von aussen in die nicht-westlichen Gesellschaften getragen und entwickelten sich nicht von innen. Im Kontext der Globalisierung haben sich dabei insbesondere in der islamischen Welt eigentliche

Gegenbewegungen gegen die neuen, vermeintlich westlichen Werte entwickelt. Auf die Reaktion peripherer Kulturen auf die Entwicklung der Zentralkultur gehen wir im folgenden Abschnitt ein. Anschliessend werden wir zeigen, dass sich die Globalisierung seit einiger Zeit auch auf die Wertentwicklung der westlichen Gesellschaften auswirkt.

2.6.5.1 Wertewandel im Schatten des Westens

Die weiter oben beschriebene Wertentwicklung – von den Ordnungs-, über die Wohlfahrts- und Leistungswerte hin zur individuellen Selbstentfaltung – ist kein spezifisch westlicher Prozess. Die Wertentwicklung beruht auf der Individualisierung und der Zivilisationsentwicklung und erfasst alle Länder und Regionen, in denen diese Prozesse ablaufen (Inglehart/Welzel 2005).

Trotzdem besteht ein prinzipieller Unterschied im Wertewandel des Westens im Vergleich zum Wertewandel in allen anderen Regionen der Welt: Der Westen war in diesem Prozess der übrigen Welt voraus und hat deshalb eine Definitionsmacht über diese Werte erhalten. Sowohl im Westen als auch in der übrigen Welt werden die neuen Werte heute als «westliche Werte» wahrgenommen. Dies bleibt nicht ohne Konsequenzen auf die Wertentwicklung. Im Westen wurden die neuen Werte in einer ersten Phase jeweils von den herrschenden Gesellschaftsschichten bekämpft und marginalisiert um dann nach und nach in das Konzert gesellschaftlich akzeptierter Werte aufgenommen zu werden. Dies galt im 19. Jahrhundert für die Leistungswerte, Mitte des 20. Jahrhunderts für die Wohlfahrtswerte und Ende des 20. Jahrhunderts für die Selbstentfaltungswerte.

In den nichtwestlichen Ländern, die durch den Westen kolonialisiert wurden oder zumindest indirekt in dessen Einfluss standen, zeigte sich eine andere Prozessstruktur. Bevor in diesen Ländern der Wertewandel von der Basis her einsetzen konnte, wurde er durch die herrschenden Schichten importiert. Da es sich dabei nicht um eine von innen gewachsene Entwicklung handelte, blieb dieser Import häufig oberflächlich. Das heisst, dass nicht die «westlichen» Werte in ihrer ganzen Tiefe übernommen wurden, sondern vor allem der mit diesen Werten verbundene Lebensstil. Während der Wertewandel im Westen durch Adaptationsprozesse von innen heraus gewachsen ist, hat er sich in der nicht-westlichen Welt durch Internalisierung beziehungsweise durch Nachahmung verbreitet und ist dabei nicht immer bis an die Basis der Gesellschaft vorgedrungen.

Die «westlichen» Werte waren die Werte der autokratischen Herrschaftsschicht. Dies hatte die fatale Konsequenz, dass die vermeintlich westlichen Werte zum Negativbild

der Emanzipations- und Freiheitsbewegungen in den entsprechenden Ländern werden konnte. Während die neuen Werte im Westen durch Emanzipationsbewegungen in die Gesellschaft getragen wurden, wurden sie in Ländern, die durch westlich geprägte Regimes beherrscht wurden, durch Emanzipationsbewegungen aus der Gesellschaft vertrieben. Idealtypisch hierfür ist der Iran: Das westlich orientierte Schah-Regime wurde durch eine Koalition von sozialrevolutionären und konservativen Kräften aus den Angeln gehoben.

Emanzipation und Ablehnung der Zentralkultur

Da der Westen die neuen Werte als seine Werte betrachtet und diese Werte auch in nicht-westlichen Regionen als solche betrachtet werden, haben sich die Bedingungen für den Wertewandel verändert. Der Wertewandel kann heute immer als Zeichen der Verwestlichung interpretiert werden und damit als Aufgabe der eigenen Identität und Autonomie. Dies hat zur Folge, dass sich nicht nur konservative, sondern auch emanzipatorische Kräfte gegen den Wertewandel stellen und dessen Entwicklung bremsen.

Diese gesellschaftlichen Gegenbewegungen, die sich früh in Ländern wie dem Iran oder Algerien gezeigt haben, werden im Zuge der fortschreitenden Globalisierung zu einem weltweiten Phänomen. Das Schrumpfen der Distanzen und der intensivere interregionale kulturelle und ökonomische Austausch erhöhen auch das Bewusstsein für die Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Die Dominanz des Westens entsteht heute nicht mehr in erster Linie durch koloniale Regimes, sondern durch eine universelle ökonomische, politische und kulturelle Hegemonie. Da der Westen zugleich potenter und unfassbarer geworden ist, haben sich auch die Ziele der nicht-westlichen Emanzipationsbewegungen verändert. Statt auf die Beseitigung eines real existierenden Regimes haben sie sich auf den Westen und die westliche Kultur insgesamt fokussiert.

Die Ablehnung westlicher Werte und die Verstärkung der eigenen religiösen Identität ist ein Phänomen, das sich heute in weiten Teilen der islamischen Welt zeigt. Die Ablehnung einer dominanten Zentralkultur und die Besinnung auf regionale Eigenheiten, ist jedoch kein exklusiv islamisches Phänomen. Innerhalb des Westens hat das unverhohlenen dominante Auftreten der Zentralmacht USA zu einer Besinnung auf regionale mentale Eigenheiten geführt. Sei dies in Europa oder in Lateinamerika.

2.6.5.2 Konsequenzen der wirtschaftlichen Öffnung

Lange Zeit konnte der Westen seinen Einfluss einseitig auf die wirtschaftlich weniger entwickelten Teile der Welt entfalten. Der Westen exportierte Werte, ohne selber von den Werten der restlichen Welt betroffen zu sein. Leicht zugängliche, globale Kommunikationsstrukturen und insbesondere die enorme Verbilligung der Mobilität haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten jedoch die Durchlässigkeit des globalen Systems von den weniger entwickelten zu den entwickelten Regionen erhöht.

Für die westlichen Gesellschaften wird das sich Abschotten gegenüber der restlichen Welt immer schwieriger. Dies bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Entwicklung der Wertelandschaft. Die «Inseln der Selbstentfaltung» zu denen sich westlichen Nationalstaaten in der Nachkriegszeit entwickelt haben, werden durch die Globalisierung herausgefordert.

Die westeuropäischen Länder stehen heute zunehmend in Konkurrenz mit Regionen, die keine ausgebauten sozialen Sicherungssysteme besitzen und auch deshalb billiger produzieren können. Ausserdem führt die zunehmende Mobilitätsbereitschaft zu einem Migrationsdruck von Personen, die bereits sind, zu tieferen Standards zu arbeiten als die inländische Bevölkerung.

Der neue soziale Gegensatz

Die wirtschaftliche Öffnung hat zur Folge, dass in den westlichen Gesellschaften der soziale Gegensatz wieder an Bedeutung gewinnt, der Konflikt zwischen Ordnung und Selbstentfaltung dagegen etwas in den Hintergrund gerät. Der sozialökonomische Gegensatz reflektiert dabei die entwickelte Wertelandschaft des frühen 21. Jahrhunderts. Auf der einen Seite dieses Gegensatzes steht eine Gruppe von «leistungsorientierten Modernisten», die mehr Flexibilität und Leistungsbereitschaft von der Bevölkerung verlangen und Wirtschaft und Staat einer «Fitnesskur» unterziehen wollen, um der Herausforderung der Globalisierung begegnen zu können.

Auf der anderen Seite des neuen sozialen Gegensatzes befindet sich der Pol der «sozial Marginalisierten». Diese gesellschaftliche Gruppe, die am unteren Ende der sozialen Hierarchie steht, ist durch die Globalisierung weiter an den Rand gedrängt worden. Ihr Anliegen ist die Sicherung des Wohlfahrtsstaats aber auch der Schutz vor Immigration und Konkurrenzdruck.

Das wachsende Segment der «sozial Marginalisierten» findet bei den etablierten linken Parteien keine echte Heimat. Die heutige Kernwählerschaft von SP und Grünen gehört nämlich nicht zu den Verlierern der Globalisierung. Die soziokulturellen Wirtschaftsbranchen in denen diese häufig tätig sind, können nicht einfach aus dem

lokalen Kontext gelöst und in Schwellenländer verlagert werden und sind deshalb relativ globalisierungsresistent. Ein konsequent protektionistischer Kurs ist innerhalb der gemässigten Linken nicht mehrheitsfähig. Mit dem anhaltenden Liberalisierungs- und Konkurrenzdruck erhöhen sich deshalb die Chancen für links-populistische Bewegungen, welche die «sozial Marginalisierten» – sofern sich diese nicht komplett aus dem politischen Prozess zurückziehen – abholen können.

2.6.5.3 Konsequenzen der internationalen Migration

Die enormen Wohlstandsunterschiede, die in der Welt bestehen, führen zu einem Migrationsdruck auf die Inseln des Wohlstands. Dieser Druck wird durch die Globalisierung verstärkt, denn wachsende Mobilität und schrumpfende Distanzen lassen Arm und Reich immer näher zusammenrücken.

Wie im letzten Abschnitt dargelegt, erhöht die Immigration in westlichen Ländern den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt. Die Immigration führt jedoch auch ausserhalb der Arbeitswelt zu einer Konfrontation der Wertsysteme. Wie wir in Kapitel 2.6.2 dargelegt haben, führt eine fortgeschrittene Zivilisationsentwicklung zur Ausbildung von weichen Werten. Ein grosser Teil der Einwanderer und Einwanderinnen, die vor wirtschaftlicher oder politischer Not geflüchtet sind, stammen aus Kulturen, in denen harte Werte wie Stolz, Ehre, Männlichkeit und physische Durchsetzungsfähigkeit hoch angesehen sind. Der Wertegraben wird zusätzlich durch die regionale und soziale Herkunft der Armutsmigranten und -migrantinnen innerhalb des Auswanderungslandes verstärkt. Häufig ist es nicht die gebildete, urbane Schicht, die emigriert, sondern es handelt sich um untere Schichten aus der ländlichen Peripherie. In einer entwickelten Zivilgesellschaft, in der vor allem die Bildung über die beruflichen Perspektiven entscheidet, sind harte Überlebenswerte, wie sie (vor allem männliche) Migranten mitbringen, insgesamt eher hinderlich. Es gibt jedoch Ausnahmen: Im öffentlichen Raum und in Peergroups, wo keine Institutionen und keine Spielregeln die Hierarchien festlegen, sind die harten Werte den weichen überlegen. Mit Kraft und Aggressivität macht man zwar keine berufliche Karriere, unter Arbeitskollegen, auf dem Pausenplatz und im Ausgang kann man sich damit jedoch Respekt verschaffen. Die Macho-Kultur, die bei einem Teil der Bevölkerung ausländischer Herkunft verbreitet ist, löst bei der zu weichen Werten sozialisierten inländischen Bevölkerung Abwehrreflexe aus und trägt zu einer eher negativen Grundstimmung gegenüber entsprechenden Ausländergruppen bei.

Da man mit einer Macho-Kultur nur in Randbereichen der Gesellschaft Überlegenheit gewinnt, stellt die Armutsmigration keine grundsätzliche Bedrohung für die inländi-

sche Werteordnung dar. Im Kontext einer entwickelten Zivilgesellschaft sind weiche Werte stärker als harte. Offen ist die Frage, wie weit die harten Werte im öffentlichen Raum und in Peergroups die Oberhand gewinnen. Entscheidend für diese Frage sind die Attraktivität der weichen Werte und die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. Nur wenn der Wandel der Werte mit einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive verknüpft ist, werden die Selbstbehauptungswerte fallengelassen. Die harten Werte taugen zwar nur für das Überleben auf der Strasse und in einer Subkultur, bei fehlenden Alternativen kann dies jedoch attraktiver erscheinen als das Leben eines erfolglosen «Weicheis». Statt zu einer allmählichen Integration kommt es zu einer Kultivierung des Machismo und zu Verherrlichung von Aggression und Gewalt. Extreme Beispiele sind die Gangster-Kultur in den USA oder die Jugendbanden in den Banlieues Frankreichs.

3 Methodischer Teil

Die Arbeiten unserer Forschungsgruppe bewegen sich thematisch im Schnittbereich von Geografie, Soziologie und Politikwissenschaften. Diese interdisziplinäre Ausrichtung spiegelt sich in den verwendeten und entwickelten Methoden. Die Verankerung der Forschung in verschiedenen wissenschaftlichen Traditionen macht es möglich, unterschiedliche methodische Ansätze und Werkzeuge zu kombinieren und durch die Fokussierung spezifischer Stärken weiter zu entwickeln. Substantielle methodische Entwicklungen wurden in drei Bereichen geleistet. Erstens: durch die Integration der beiden Verfahren Faktorenanalyse und Textanalyse wurde ein neuer Zugang für die Strukturerkennung bei sozialen Daten entworfen. Bisher häufig als gegensätzlich empfundene qualitative und quantitative Forschungstraditionen werden dabei zu einem neuen Ansatz vereint. Zweitens: Die Ergebnisse der Faktorenanalyse wurden mittels eines zeitlichen Interpolationsverfahrens dynamisiert. Hierfür wurden Techniken, die aus dem Bereich der räumlichen Interpolation stammen, übernommen und für die Analyse der Zeit-Dimension umgesetzt. Drittens: Methoden von GIS und Kartografie werden für die Modellierung und Visualisierung von sozialwissenschaftlichen Raummetaphern adaptiert. Damit wird das Konzept der *Spatialization* für wissenschaftliche Bereiche (Sozialgeografie, Politologie usw.) erschlossen, in denen bis heute nur rudimentäre Methoden der Visualisierung Eingang gefunden haben.

Die Verschmelzung und Weiterentwicklung bestehender Analysemethoden ist ein Produkt der interdisziplinären Ausrichtung unserer Forschung, es spiegelt sich darin aber auch der Wandel der Rahmenbedingungen der empirischen Sozialforschung. Der Siegeszug des Computers und die Digitalisierung zunehmender Lebensbereiche haben sowohl die Möglichkeiten der Datenverarbeitung als auch das vorhandene Datenmaterial stark erweitert und verändert. Diese veränderten Rahmenbedingungen ermöglichen und verlangen eine Weiterentwicklung der methodischen Zugänge.

Gliederung

In methodisch-thematischer Hinsicht knüpft die Analyse der Ergebnisse eidgenössischer Abstimmung an die Tradition der ökologischen Abstimmungsforschung in der Schweiz an. In Kapitel 3.1 erfolgt eine detaillierte Aufarbeitung des Stands der Forschung zu diesem Themenfeld. In Kapitel 3.2 gehen wir auf grundsätzliche methodentheoretische Fragen ein, die mit den sich verändernden Datengrundlagen und -typen aufgeworfen werden. Im Zentrum steht dabei die «Hermeneutik quantitativer Daten» als methodologisches Konzept zur Analyse von digitalen Handlungsspu-

ren. Vorgestellt wird ausserdem das Prinzip der metaphorischen Räume für die Erkundung und Analyse gesellschaftlicher Differenzierungsachsen.¹⁰

Aufbauend auf das methodologische Fundament wird in den Kapiteln 3.3 und 3.4 das konkrete methodische Vorgehen dargelegt. An erster Stelle steht dabei die Konzeption und Konstruktion des Raums der Weltanschauungen auf Basis der Gemeinderesultate der eidgenössischen Volksabstimmungen. Der Text stammt bis auf einige Aktualisierungen aus einem Beitrag in der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaften (Hermann/Leuthold 2001c). Die zeitliche Dynamik im Raum der Weltanschauungen wird im Kapitel 3.5 hergeleitet. Das dort vorgestellte Verfahren der zeitlichen Interpolation von Merkmalsräumen wurde im Rahmen der Diplomarbeit von Sandro Bischof (2001) erstmals implementiert. Das abschliessende Kapitel 3.6 des Methodenteils thematisiert den Prozess, der zur kartografischen Visualisierung der politischen Landschaft der Schweiz geführt hat. Die daraus resultierenden Darstellungen haben Eingang gefunden in den «Atlas der politischen Landschaften» (Hermann/Leuthold 2003a).¹¹

¹⁰ Zum Thema Methodologie: Hermann/Leuthold 2000; 2002b

¹¹ Zum Thema Visualisierung: Leuthold et al. 2006 (eingereicht).

3.1 Stand der Abstimmungsforschung

3.1.1 Allgemeines zur Abstimmungsforschung

3.1.1.1 Typen von Abstimmungen

Im eidgenössischen Kontext ist besonders die Unterscheidung der verschiedenen Abstimmungstypen hervorzuheben. Dies ist wichtig, weil die verschiedenen Abstimmungstypen unterschiedliche Funktionen innerhalb des schweizerischen politischen Systems haben und die verschiedenen direktdemokratischen Instrumente von verschiedenen Akteuren und zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt werden. Eine ausführliche Abhandlung über Geschichte, Funktionen und Einsatzmöglichkeiten der Volksabstimmungen in der Schweiz findet sich bei Linder (1999: 235–294).

Anders als in vielen europäischen Staaten, wo es den Exekutiven obliegt, ob sie ein Projekt durch ein Plebiszit legitimieren wollen oder nicht, ist in der Schweizer Verfassung festgelegt, welche Fragen unter welchen Bedingungen durch eine Volksabstimmung zu entscheiden sind. Das schweizerische System kennt sechs verschiedene Arten von Volksabstimmungen, die je eigene Spielregeln haben (vgl. Linder 1999: 243). Zunächst werden Referenden und Initiativen unterschieden. Bei den Referenden wird das Volk aufgerufen, über eine von Regierung und Parlament verabschiedete Vorlage zu entscheiden, bei den Volksinitiativen dagegen geht die Anregung zu einer Vorlage durch die Einreichung von 100'000 Unterschriften von der Bevölkerung aus.¹² Wenn eine Behördenvorlage Verfassungsänderungen mit sich bringt, untersteht sie dem obligatorischen Referendum, d.h., es muss zwingend eine Volksabstimmung abgehalten werden. Ebenfalls dem obligatorischen Referendum unterstehen die so genannten dringlichen Bundesbeschlüsse, d.h. die nachträglich Aufhebung oder Sanktionierung von Beschlüssen des Bundesrates (Exekutive), die unter Dringlichkeitsrecht gefällt wurden. Fakultativ ist ein Referendum dann, wenn eine Volksabstimmung über einen Beschluss des Parlaments durch die Beibringung von 50'000 gültigen Unterschriften aus der Bevölkerung oder von acht Kantonen

¹² Als weiteren Typ der Volksinitiative weist Linder die Verfassungsinitiative auf Totalrevision aus. Dieses bereits in der 1. Bundesverfassung von 1848 verankerte Instrument ermöglicht ein Misstrauensvotum des Volkes. Wird nämlich ein entsprechendes Begehren auf Totalrevision vom Volk angenommen, muss das Parlament neu gewählt werden und die Totalrevision der Bundesverfassung an die Hand genommen werden. In der gesamten Geschichte des Bundesstaates wurde erst ein einziges Mal, im Jahr 1935, über eine Verfassungsinitiative auf Totalrevision abgestimmt, die damals von der «Nationalen Front» lanciert worden war.

verlangt wird. Dem fakultativen Referendum sind Gesetze und Gesetzesänderungen durch das Parlament sowie ein Teil der Staatsverträge unterstellt.

Die verschiedenen Abstimmungstypen unterscheiden sich nicht nur bezüglich der Urheberschaft und der Erfordernisse für das Zustandekommen, sondern auch in der Art der Zählweise. Während alle Verfassungsänderungen – Volksinitiativen und Behördenvorlagen gleichermassen – die Mehrheit des Volkes und die Mehrheit aller Stände gewinnen müssen, reicht bei fakultativen Gesetzes- und Staatsvertragsreferenden das einfache Volksmehr aus.

Die Unterscheidung der verschiedenen Typen von Volksabstimmungen ist nicht unerheblich in Bezug auf die Auswirkungen von Abstimmungen auf die Demokratie. So zeigen umfassende Untersuchungen zu den direktdemokratischen Instrumenten Initiative (z.B. Sigg 1978; Delley 1978; Werder 1978) und Referendum (Sciari-ni/Trechsel 19986; Trechsel/Sciari-ni 1998), dass diese sowohl in konstruktiver als auch in bremsender Hinsicht eingesetzt werden können.

Die Volksinitiative hat zwei Gesichter: Einerseits ist sie ein konstruktives Mitwirkungsinstrument im Sinne einer Anregung an die politischen Eliten. Probleme und Bedürfnisse, die in der Bevölkerung wahrgenommen werden, von den politischen Eliten aber noch nicht als solche erkannt worden sind, können auf diesem Weg in den politischen Prozess eingebracht werden. Andererseits wird die Volksinitiative auch als Oppositionsinstrument eingesetzt, indem Beschlüsse des Parlamentes oder Verordnungen der Regierungen über einen Verfassungsartikel bekämpft werden (vgl. Linder 1999).¹³

Das fakultative Referendum war von seinen Vätern im 19. Jahrhundert einst als Erweiterung der gesetzgeberischen Legitimation durch das Volk vorgesehen, erwies sich jedoch bald einmal als plebiszitäre Vetomöglichkeit und wurde seit seiner Einführung 1874 vor allem von der parlamentarischen und ausserparlamentarischen Opposition eingesetzt, um einen Parlamentsentscheid umzustossen. Oft entfaltet das Referendum im politischen Entscheidungsprozess eine indirekte Wirkung, indem die blossе Androhung eines Referendums als Verhandlungspfand eingesetzt wird. Während also die Initiative als gleichermassen progressives als auch bremsendes

¹³ Die thematische Palette der Volksinitiativen ist sehr breit. Sie enthält Grundsatzforderungen wie etwa die Einführung des Proporzwahlrechtes, der Einführung einer Volkspension oder der Abschaffung der Armee, eher gesetzgeberische Fragen, wie das Absinthverbot, das Verbot der Werbung von Tabakwaren und Alkohol oder die Verwahrung von nichttherapierbaren Sexualstraftätern. Es gibt aber auch eine Reihe von Volksbegehren, die Einzelentscheidungen betreffen, wie den Bau eines Kraftwerks bei der Rheinau, den Bau eines Autobahnteilstückes im Knonauer Amt, oder die Beschaffung von 40 neuen Kampfflugzeugen des Typs FA/18 für die Armee.

Instrument angesehen wird, gilt die Wirkung des fakultativen Referendum als eher destruktiv, innovationshemmend und bremsend (Linder 1999).

3.1.1.2 Methodische Grundprobleme der Abstimmungsforschung

Analog zur Wahlforschung gibt es auch in der Abstimmungsforschung eine Debatte über die Möglichkeiten und Grenzen von Aggregatdatenanalysen bzw. Individualdatenanalysen (vgl. Seitz 1996: 292–305; Heberle 1978). Am meisten umstritten ist die Frage, ob es zulässig sei, von statistisch festgestellten Zusammenhängen zwischen auf der Ebene von Wahlkreisen aggregierten sozialen Merkmalen der Wählerschaft und dem Wahlergebn in den Wahlkreisen auf einen Zusammenhang zwischen den sozialen Merkmalen und den Abstimmungsverhalten zu schließen.

Fragen über die Zulässigkeit von solchen so genannten *ökologischen Schlüssen* (ecological inference) sind nicht nur auf das politische Verhalten beschränkt, sondern betreffen statistische Analysen von räumlichen Aggregaten generell. Sie sind seit rund 50 Jahren Gegenstand von aktiver Forschung und einer lebendigen Debatte zwischen Statistikern, Geografen, Soziologen und Politikwissenschaftlern. Während die einen behaupten, dass mit den geeigneten statistischen Verfahren die Gefahr eines *ökologischen Fehlschlusses* aufgehoben werden könne und deshalb von Aggregatdaten sehr wohl auf Individualverhalten geschlossen werden könne (vgl. King 1997; 2000), halten andere Autoren dagegen und sprechen von einem schlichtweg unlösbaren Problem (Lohmöller et al. 1995, O’Loughlin 2000; Fotheringham 2000). Ein Konsens besteht aber darüber, dass die Vermischung der beiden Ebenen methodische Schwierigkeiten bietet und dass für wirklich gesicherte Aussagen eine Mehrebenenanalyse (Hummel 1972; Jones 1991) angebracht ist.

Für die Analyse des politischen Verhaltens ist die erwähnte Debatte wichtig, weil sie das Grundproblem der empirischen Wahlforschung tangiert (Heberle 1978): Der Wahlakt ist zwar eine individuelle Handlung und jedes Wählen ist auf ein einzelnes Individuum zurückführbar. Der individuelle Wahlakt untersteht aber auch dem Wahlgeheimnis, so dass bereits bei der Stimmabgabe an der Urne eine Anonymisierung vorgenommen und eine spätere Verknüpfung mit den persönlichen Merkmalen der Wähler und Wählerinnen verunmöglicht wird. Aus diesem Grund kann die Forschung nicht auf die einzelnen Wahl- bzw. Abstimmungsentscheide der Individuen zugreifen, sondern nur auf die Ergebnisse in den Wahlkreisen. Will man nun Aussagen über den Zusammenhang zwischen Individualmerkmalen wie Beruf, sozialem Status, Geschlecht, Alter etc. und Wahlverhalten machen, muss man sich

mit Korrelationen auf der Aggregatebene behelfen oder aber auf Befragungen von Individuen ausweichen.

3.1.1.3 Ökologischer Fehlschluss

Korrelationen auf der Aggregatebene bergen die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses und sind deshalb mit Vorsicht zu interpretieren. Das Phänomen wurde erstmals von Robinson (1950) erkannt und beschrieben und bezeichnet die Möglichkeit, dass ein auf Aggregatebene festgestellter Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen auf der Ebene des Individualverhaltens gar nicht besteht. Als Begründung für den ökologischen Fehlschluss werden Milieueffekte angeführt, das heisst typische Konstellationen von Bevölkerungsgruppen, die an den gleichen Orten wohnen, aber ein unterschiedliches Wahlverhalten zeigen. Ein Fall eines solchen ökologischen Fehlschlusses liegt beispielsweise vor, wenn aus der positiven Korrelation zwischen dem Anteil Personen im Rentenalter und dem Wähleranteil der Sozialdemokratischen Partei (SP) in den Wahlkreisen geschlossen wird, dass die SP vor allem von Betagten gewählt wird. Ein solcher Zusammenhang wird jedoch von Befragungsdaten auf der Individualebene widerlegt (Selb/Lachat 2004). Selbstverständlich birgt der ökologische Fehlschluss nicht nur den Fehler 1. Art, sondern auch den Fehler 2. Art, also dass ein tatsächlich auf Individualebene bestehender Zusammenhang nicht erkannt wird, weil er auf der Aggregatebene nicht messbar ist. Der klassische Fall für einen Fehler 2. Art betrifft das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen. Auf Aggregatebene wird ein solches nicht sichtbar, weil Frauen und Männer im Raum praktisch gleich verteilt sind. Auf Individualebene kann für bestimmte Parteien jedoch ein starker Gender-Bias nachgewiesen werden (vgl. Selb/Lachat 2004).

3.1.1.4 Modifiable Areal Unit Problem

Eine zweite Schwierigkeit bei Aggregatdatenanalysen stellt die Willkür der Wahlkreiseinteilung dar. Das als *Modifiable Areal Unit Problem (MAUP)* bekannte Problem entsteht, weil sich die Ergebnisse von Korrelationen auf der Ebene von Aggregaten stark verändern können, wenn die Grenzen der Raumeinheiten anders gezogen werden (Openshaw 1977; 1984; Taylor/Johnston 1979). Das MAUP führt häufig zum Fehler 2. Art, weil feinregionale Differenzierungen, die durch residentielle Segregation entstehen, mit der Aggregation ausgeglichen werden (Glättung) und deshalb in einer Aggregatdatenanalyse nicht abgebildet werden. Im schweizerischen Kontext führt das MAUP dazu, dass auf dem Aggregationsniveau der Kantone vor allem die Gegensätze zwischen den Sprachregionen und zwischen zentralen und

peripheren Regionen sichtbar werden, weil diese durch die Kantonseinteilung abgebildet werden. Der Gegensatz zwischen Kernstädten und den Agglomerationsgürteln, der eine ebenso tiefe mentale Kluft bildet wie der Sprachgraben wird dagegen im Vergleich zwischen den Kantonen praktisch nicht abgebildet, weil mit Ausnahme von Baselland und Basel-Stadt die Konflikte zwischen den Kernstädten und ihren Agglomerationsgemeinden in den Kantonsresultaten aufgehen und nivelliert werden (vgl. auch Hermann et al. 2005: 62 f.).

3.1.1.5 Individualdatenanalysen

Als Alternative zur Aggregatdatenanalyse bietet sich die Analyse von durch Befragung erhobenen Individualdaten. Diese haben den Vorteil, dass ein direkter Zusammenhang von persönlichen Merkmalen und dem Abstimmungsverhalten gemessen werden kann und dass auch weitergehende Angaben zu den Motiven des Abstimmungsentscheides erhoben und untersucht werden können. Der Nachteil von solchen Befragungen sind die mangelnde (räumliche) Repräsentativität und die möglichen Artefakte und Verzerrungen, die durch die «künstliche» Befragungssituation erzeugt werden können wie: soziale Erwünschbarkeit, Verweigerung, Schweigespirale etc. (vgl. Atteslander 2000; Bortz/Dörig 1995; Költringer 1993).

Seit 1977 werden in der Schweiz zu jeder Abstimmung Individualdaten erhoben. Dazu besteht eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem GfS-Forschungsinstitut und den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Genf, Bern und Zürich zur Durchführung und Auswertung von Nachbefragungen zu jeder Volksabstimmung. Diese VOX-Befragungen werden jeweils bei rund 1200 Stimmberechtigten durchgeführt. Sie erheben neben dem Stimmentscheid und soziodemografischen Merkmalen auch die Motive und Gründe für das Abstimmungsverhalten, Parteisympathien, die wichtigsten von den Stimmberechtigten genutzten Informationskanäle, die Kompetenz zu einer Vorlage und die persönliche Betroffenheit vom gefällten Entscheid.¹⁴

Diese Zeitreihe von Individualdaten ermöglicht vertiefte Analysen über die Entscheidungsprozesse bei Volksabstimmungen und den Einfluss persönlicher Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand oder Einkommen. Wie alle Befragungen, die auf Stichproben basieren, fehlt den Vox-Datensätzen allerdings die räumliche Differenzierung. Es können allenfalls die Kategorien von Stadt und Land unterschieden

¹⁴ Vgl. <http://www.polittrends.ch/vox-analysen>, Zugriff vom 23. Januar 2006.

<http://www.sidos.ch>, Zugriff vom 23. Januar 2006.

werden oder Aussagen über das Abstimmungsverhalten in den beiden grossen Sprachregionen gemacht werden. Aussagen über Kantone oder noch kleinere Regionen sind aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich.

3.1.1.6 Aggregat- vs. Individualdatenanalysen

Ältere Arbeiten zur Abstimmungsforschung konnten aufgrund der unzulänglichen Datenlage einzig auf die Analysen der Abstimmungsergebnisse auf Bezirks- oder auf Kantonsebene zurückgreifen (z.B. Joye 1984, Nef 1980, Gilg/Frischknecht 1976) oder mussten sich auf die Gemeinden einzelner Kantone beschränken (Monsch 1971, Eschet-Schwarz 1989). Seit 1981 sammelt das Bundesamt für Statistik die Resultate in allen Gemeinden der Schweiz. Durch diese zentrale Sammlung und Archivierung ist inzwischen ein Datensatz mit den Ergebnissen von über 200 Abstimmungen in rund 3000 Gemeinden entstanden, der eine feinregionale Analyse ermöglicht.¹⁵ Neuere Aggregatdatenanalysen verwenden deshalb in der Regel Gemeindeaggregate (z.B. Kriesi et al. 1996, Linder et al. 2001, Hermann/Leuthold 2001c; 2003a).

Da beide Verfahren, die Aggregatdatenanalyse und die Individualdatenanalyse, ihre Schwächen haben, werden seit den 1990er Jahren häufig kombinierte Analysen, sogenannte Mehrebenenanalysen (Hummel 1972; Jones 1991) durchgeführt. Vatter (1994) wollte es genau wissen und unterzog die Ergebnisse einer Aggregatdatenanalyse und Individualdatenanalyse der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) von 1992 einem direkten Vergleich. Dabei konnte er einzig bei den Variablen «Einkommen» und «Alter» eine Differenz im Erklärungsgehalt feststellen. Alle anderen Variablen zeigten entweder in beiden Modellen (Individual- und Aggregatdatenanalyse) oder in keinem der beiden Modelle eine empirische Evidenz als Determinanten des Abstimmungsentscheides.

3.1.2 Themen der Abstimmungsforschung

Die weltweite Spitzenposition der Schweiz bezüglich der Anzahl durchgeführter Abstimmungen bringt ihr auch einen Spitzenplatz in der Forschung zur direkten Demokratie ein. Vor allem die empirische Forschung zu Volksabstimmungen stammt mehrheitlich aus der Schweiz oder bezieht sich zumindest auf die Schweiz. Dies dürfte mit ein Grund sein, dass sich in der Schweiz nicht nur Politikwissenschaftler

¹⁵ Im Rahmen des Nationsfondsprojektes «Sozialtopologie und Modernisierung» ergänzten Hermann und Leuthold (2004) den Datensatz des BFS um die Gemeindergebnisse von 138 weiteren Bundesabstimmungen der Jahre 1945 bis 1981, so dass nun für 22 Kantone lückenlose Zeitreihen der Gemeindergebnisse von Bundesabstimmungen von 1945 bis 2005 zur Verfügung stehen.

und Staatsrechtler mit Volksabstimmungen befassen, sondern auch Historiker, Ökonomen, Soziologen, Geografen und Forscher aus anderen Disziplinen. Nach einer kurzen Übersicht über die internationale Diskussion wird hier deshalb vor allem auf die verschiedenen Strömungen der Abstimmungsforschung in der Schweiz eingegangen.

3.1.2.1 Der internationale Diskurs über Volksabstimmungen

Infolge der weltweiten Zunahme von Volksabstimmungen (vgl. Butler & Ranney 1994) ist das Interesse an Forschung über Volksabstimmungen auch auf internationaler Ebene (wieder)erwacht. Die Arbeiten sind meist theoretischer Natur und beziehen sich auf die potenziellen Auswirkungen der direkten Demokratie (Cronin 1989; Schiller 2002), die verschiedenen Ausprägungen der direkten Demokratie (Ellis 2002; Kaufmann/Waters 2004) und die direktdemokratischen Erfahrungen im Zusammenhang mit der europäischen Integration (z.B. Gallagher/Uleri 1996).

Verschiedene Autoren nehmen klar Stellung in der Debatte über Vor- und Nachteile von Volksabstimmungen für das Funktionieren der Demokratie. Kirchgässner et al. (1999) betonen die Vorzüge der direkten Demokratie aus einer ökonomischen Optik als modernes und erfolgreiches Instrument zur Steigerung der Bürgerzufriedenheit und zur Eindämmung des Politikversagens, das propagiert und weiterverbreitet werden soll. Ein von Heussner und Jung (1999) herausgegebener Sammelband widerlegt verschiedene in Deutschland kursierende Vorbehalte gegen die Einführung von mehr direkter Demokratie, insbesondere den Mythos, dass die Volksabstimmungen in der Weimarer Republik der NSDAP eine demagogische Plattform geboten hätte und somit letztlich deren Machtübernahme begünstigt hätten. Eine gegenteilige Position nimmt beispielsweise der Amerikaner John Haskell (2001) ein. Er hält Volksabstimmungen für ungeeignet zur Erfassung des Volkswillens und argumentiert, dass die direkte Demokratie im Widerspruch zu Minderheitenrechten steht und zu einer unberechenbaren Regierungsform führt, wo die Verantwortlichkeiten nicht zugeordnet werden können.

Mehrere empirische Analysen zielen auf den in repräsentativen Demokratien häufig auftretenden, so genannten «referendum-election-nexus» (Mitbo/Kjell 1998). Damit wird der Effekt bezeichnet, dass von einer Regierung ausgelöste Plebiszite zu einer Vertrauensabstimmung über die Regierung umgedeutet wird. Verschiedene Arbeiten versuchen deshalb zu schätzen, wie stark der Abstimmungsentscheid auf die Parteibindung, die Sympathie und/oder die Zufriedenheit mit der aktuellen Regierung

zurückgeführt werden kann (z.B. Smith 1976; Franklin et al. 1995; Mitbo/Kjell 1998).

3.1.2.2 Gliederung der Abstimmungsforschung in der Schweiz

Eine eigentliche Forschungstätigkeit zu Volksabstimmungen in der Schweiz gibt es erst seit circa 1970. Der Beginn des Interesses der Schweizer Akademiker an den Entscheidungsprozessen fällt zeitlich zusammen mit dem starken Anstieg des Gebrauchs der Volksrechte in den frühen 1970er Jahren (vgl. Trechsel 2002: 588).

Vereinzelte frühere Arbeiten, die sich eingehend und auch empirisch mit Volksabstimmungen beschäftigten, stammen bereits aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Funk 1925; Batteli 1932; Giovanoli 1932; Schönbein 1933). Diese sind jedoch gemäss Seitz (1996: 308) «... keine eigentlichen Abstimmungsanalysen, sondern eher juristisch und staatspolitisch inspirierte Abhandlungen – mit einem normativen Unterton über ausgewählte Volksabstimmungen». Ähnliches gilt auch für die später erschienen Abhandlungen von Weber (1963) und Imboden (1963). Als eigentliche Pionierwerke der Abstimmungsforschung, die aber wieder in Vergessenheit geraten sind, können die politikgeografische Arbeit von Siegfried (1949b) und die Partizipationsanalyse von Hümbelin (1948) gelten.

Seit den 1970er Jahren ist die Anzahl wissenschaftlicher Analysen von eidgenössischen Volksabstimmungen stark angestiegen und wird nunmehr in verschiedenen Disziplinen und zu verschiedenen Themen angewandt. Der gegenwärtige Stand der schweizerischen Abstimmungsforschung lässt sich in Teilbereiche gliedern, die sich aufgrund ihrer Zielsetzungen und dem Stellenwert, der den Abstimmungen im Rahmen der Empirie zukommen unterscheiden.

Abstimmungsforschung			
Im engeren Sinne Abstimmungen als Forschungsgegenstand		Im weiteren Sinne Abstimmungen als Indikatoren	
Institutionelle Wirkung	Abstimmungs- verhalten	Indikatoren für das politische System	Indikatoren für Gesellschaft und Raum
Juristische Arbeiten zu Volksrechten und direkter Demokratie	Determinanten von Partizipation und Urteilsentscheid	Beziehung zwischen Volk und Eliten	Indikatoren des sozialen Wandels
Analysen der Institutionen der direkten Demokratie	Einflüsse von Verbänden, Parteien Medien u. Behörden	Grad der Kooptation	Indikatoren für die politische Kultur
		Heterogenität der Parteien	Indikatoren für region. Mentalitäten

Abbildung 3-1: Gliederung der schweizerischen Abstimmungsforschung (eigene Darstellung)

Eine erste Unterscheidung kann vorgenommen werden zwischen der Abstimmungsforschung im engeren Sinne, welche die Volksabstimmungen in ihrer Funktion als politische Entscheidungsprozesse zum Forschungsgegenstand hat, und der Abstimmungsforschung im weiteren Sinne die Volksabstimmungsergebnisse als Indikatoren zur Beschreibung von anderen Phänomenen wie beispielsweise des sozialen Wandels oder der politischen Kultur verwendet.

Die Abstimmungsforschung im engeren Sinn kann wiederum gegliedert werden in juristische Arbeiten zur direkten Demokratie und zu den Volksrechten, in institutionell orientierte Arbeiten, welche die Funktionsweise und die Effekte der direkten Demokratie untersuchen, und in Arbeiten zur Theorie des politischen Verhaltens, die sich mit der Abstimmungsteilnahme und dem Zustandekommen eines Abstimmungsentscheides auf Seiten der Wählenden auseinandersetzen. Als Abstimmungsforschung im weiteren Sinne sind all jene Arbeiten zu bezeichnen, die Abstimmungsergebnisse als Indikatoren verwenden. Dabei ist wiederum zu unterscheiden zwischen eher politologischen Arbeiten, die Volksabstimmungsergebnisse für die Charakterisierung des politischen Systems verwenden oder für das Studium der Entwicklung bestimmter Politikbereiche einsetzen, und historischen, soziologischen oder geographi-

schen Arbeiten, die Abstimmungen als Indikatoren für nicht-politologische Phänomene verwenden wie beispielsweise den sozialen Wandel, regionale Mentalitäten oder das Verhältnis der Sprachgemeinschaften untereinander. Zu dieser Kategorie gehören auch die Ansätze der Abstimmungsökologie, eine Forschungstradition, in die sich die vorliegende Arbeit einordnen lässt. Wir verwenden die Abstimmungen als Indikatoren zur Messung und Charakterisierung der regionalen politischen Mentalitäten.

3.1.3 Abstimmungen als Forschungsgegenstand

Die Fragestellungen der Abstimmungsforschung im engeren Sinne sind die klassischen Themen der Politikwissenschaften: Fragen zu den Institutionen, den Akteuren und den Entscheidungsprozessen innerhalb eines politischen Systems. Institutionell orientierte Arbeiten untersuchen die direkte Demokratie als Institution und fragen nach den Funktionen Auswirkungen von Abstimmungen im politischen System (vgl. z.B. Papadopoulos 1998; Linder 1999; 2002; Trechsel 2000; Trechsel/Kriesi 2006). Eine zweite Gruppe politologischer Arbeiten bezieht sich auf das Abstimmungsverhalten. Sie untersuchen die Art und Weise, wie die Abstimmungsergebnisse zu Stande kommen, wer an Abstimmungen teilnimmt (Partizipation) und welche politischen Konflikte sich dabei auftun. Eine weitere Forschungsrichtung, die das Abstimmungsverhalten ins Zentrum stellt, untersucht den Einfluss von Parteien, Verbänden und Medien auf den Abstimmungskampf und das Abstimmungsverhalten.

3.1.3.1 Determinanten des Abstimmungsverhaltens

Zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens von Individuen nennen Linder (1999) bzw. Hardmeier (1995) die drei klassischen theoretischen Ansätze aus der politikwissenschaftlichen Theorie, wie sie in der angelsächsischen Literatur für die Erklärung des politischen Verhaltens bei Wahlen verwendet werden. Es sind dies erstens der sozial-strukturelle oder soziologische Ansatz nach Paul Lazarsfeld (1968 [1944]), der das Abstimmungsverhalten eines Individuums als determiniert durch die soziale Position und Schichtzugehörigkeit betrachtet; zweitens der ökonomisch orientierte Rational-Choice-Ansatz nach Anthony Downs (1954), bei dem der Partizipations- wie auch der Abstimmungsentscheid als Resultat des rationalen Abwägens von Kosten und Nutzen angeschaut wird. Als dritter und jüngster Erklärungsansatz wird der sozial-psychologische Ansatz nach Agnus Campbell (1976 [1954]) genannt, bei

dem die sozialisierten Werte, Gruppen- und Parteiidentifikationen der Individuen als Determinanten des Abstimmungsentscheides im Zentrum stehen.

3.1.3.2 Partizipationsforschung

Hardmeier (1995) zeigt in einem Überblicksartikel, dass sich die meisten Studien der Schweizer Partizipationsforschung einem der drei in der internationalen Literatur üblichen Erklärungsmodelle zuordnen lassen. Beispiele für den sozial-strukturellen Ansatzes sind die Arbeiten von (Girod/Ricq 1970; Nef 1979; Eschet-Schwarz 1989; Mottier 1993; Kriesi 1992; Vatter 1994), für den sozial-psychologischen Ansatz (z.B. Ballmer-Cao, 1977; Giger, 1976, Linder et al. 1991) und für den Rational-Choice-Ansatz (Stolz 1972; Kirchgässner/Pommerehne 1978; Blöchliger/Spillmann 1992; Kirchgässner/Schulz 2005). Die meisten Autoren kommen zum Schluss, dass keiner der drei Ansätze als alleinige Erklärung für das Partizipationsverhalten ausreicht, da alle drei Erklärungsmodelle empirische Evidenzen zeigen (Hardmeier, 1995; Vatter, 1994). Buri und Schneider (1993) vergleichen die Aussagekraft der drei Erklärungsmodelle und zeigen, dass der sozial-strukturelle Ansatz vor allem eine Erklärungskraft für die Partizipation bzw. für die Stimmabstinenz bietet, während der wertorientierte sozial-psychologische Ansatz eher den Abstimmungsentscheid erklären kann. In jüngster Zeit bezieht sich die Partizipationsforschung auf die Effekte von neuen Formen des Abstimmens (brieflich, elektronisch). Besonders über das in verschiedenen Kantonen und Ländern in der Evaluationsphase steckende E-voting wurde in den letzten Jahren reichlich publiziert (vgl. z.B. Trechsel/Mendez 2004; Muralt Müller et al. 2002).

3.1.3.3 Abstimmungsentscheid

Zur Erklärung des Abstimmungsentscheides stehen sich dieselben Erklärungsmodelle gegenüber wie bei der Partizipationsforschung, und auch hier sind die empirischen Evidenzen unterschiedlich. Die sozial-strukturellen Erklärungsansätze orientieren sich an den wegweisenden Arbeiten von Rokkan (1970) und Lipset/Rokkan (1967) zu innergesellschaftlichen Gräben, die das politische Verhalten bestimmen. Über die Stärke und Bedeutung solcher Cleavages für das Zustandekommen des Abstimmungsentscheides gehen die Meinungen auseinander, und es liegen teilweise widersprüchliche empirische Resultate vor. Diese Widersprüchlichkeit ist jedoch weitgehend in den unterschiedlichen methodischen Zugängen begründet (Trechsel 2002). So konnte mit Aggregatdatenanalysen die Existenz von sozioökonomischen (Klassengegensätze, Stadt-Land), konfessionellen und linguistischen Gräben bei

Volksabstimmungen nachgewiesen werden (Gilg/Frischknecht 1976; Nef 1979). Eine spätere Studie von Sardi und Widmer (1993) auf der Basis von Individualdaten behauptet, dass auf Individualebene die traditionellen Einflussfaktoren «Klasse», «Konfession», «Sprache» und «Geschlecht» einen geringeren Einfluss ausüben als durch die Aggregatdaten suggeriert wird. Kriesi et al. (1996) nehmen die Sprachregionen und insbesondere den Sprachgraben zwischen französischer und deutscher Schweiz unter die Lupe und zeigen, dass dieser so genannte «Röstigraben» seit Gründung des Bundesstaates 1848 existiert und auch aufgrund der Analyse der seit 1980 bestehenden Individualdatenreihe als einer der bedeutendsten Faktoren des Abstimmungsentscheides nachgewiesen werden kann. Hermann und Leuthold (2001a; 2001d; 2003b) zeigen, dass sich dieser linguistische Cleavage in den 1990er Jahren nicht nur stark vergrössert, sondern auch in seiner thematischen Ausprägung verändert hat.

Ein wichtiges Resultat dieser zum Teil methodisch induzierten Diskussion ist die Erkenntnis, dass die verschiedenen identifizierbaren Gräben (Cleavages) stark themenabhängig sind, d.h., dass bei verschiedenen Politikbereichen auch unterschiedliche soziale Cleavages angesprochen werden, die sich zum Teil überlappen bzw. kumulieren (Vatter 1995; Sciarini 1998; Linder et al. 1997; Linder et al. 2000). Zu einem ähnlichen Schluss kommen auch die Vertreter des politökonomischen Erklärungsmodells. So konnten verschiedene Autoren so genannt rationales bzw. nutzenmaximierendes Abstimmungsverhalten vor allem bei finanzpolitischen Vorlagen nachweisen (Feld/Krichgässner 2001; Kirchgässner 2002). Von politikwissenschaftlicher Seite werden diese Ansätze und deren Ergebnisse jedoch eher kritisch betrachtet und teilweise auch empirisch widerlegt (vgl. Vatter 1994; Vatter/Nabholz 1995).

Neben den individuellen Motiven und den gesellschaftlichen Konfliktlinien interessieren Abstimmungen auch als Teile der politischen Entscheidungsprozesse. In solchen prozessorientierten Arbeiten wird nach der Kompetenz der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen (Gruner/Hertig 1983; Passy 1993; Kriesi 1995), dem Einfluss der Parolenfassung von Parteien und Verbänden (Ossipow/Papadopoulos 1982; Schneider 1982; 1985; Trechsel/Sciarini 1998) sowie der Wirkung von Kampagnen und den aufgewendeten Propagandabudgets (Hertig 1982; Linder 1990; Longchamp 1991; Papadopoulos 1994c) nach der Mobilisierung und den Abstimmungsergebnissen gefragt. Bei all diesen Fragen zeigt sich in den Arbeiten ein interessanter zeitlicher Trend. Während die Pionierarbeit von Gruner und Hertig (1983) dem Stimmvolk nach der Auswertung damals neuer Individualdatensätzen ein eher schlechtes Zeugnis

ausstellen, von einer mangelhaften Kompetenz sprechen und von der faktischen Käuflichkeit von Abstimmungssiegen durch den Einsatz sehr grosser Propagandamittel ausgehen (Hertig 1982), werden diese Aussagen von neueren Arbeiten zum Teil widerlegt oder zumindest stark relativiert. Als Grund für diese Demontage der Pioniere werden vor allem die verbesserte Datenlagen und die grössere methodische Erfahrung genannt (Trechsel 2002: 569–574).

Eine unseres Erachtens besonders zentrale Erkenntnis aus der grösseren Erfahrung in der Forschung über Volksabstimmungen ist das gewachsene Bewusstsein für die Abhängigkeit der mobilisierten politischen Konfliktlinie vom Thema der Abstimmung (vgl. auch Trechsel 2002: 581). Es dürfte nicht zuletzt eine Konsequenz aus dieser Erkenntnis sein, dass sich heute vertiefte Studien mit den Auswirkungen der direkten Demokratie auf bestimmte Politikbereiche befassen und nicht bloss auf die Frage, wie die direkte Demokratie die Politik als Ganzes beeinflusst. So erschienen im vergangenen Jahrzehnt neben den klassischen politökonomischen Analysen zum Impact der direkten Demokratie auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik mehrere Abhandlungen über die Auswirkungen der direkten Demokratie auf die Aussenpolitik (Marquis 1997; Marquis/Sciarini 1999; Kobach 1997; Hug 1997), die Umweltpolitik (Schneider 2003; Schulz 2002) und die Integrationspolitik (Mottier 1995).

3.1.4 Abstimmungen als Indikatoren

Die Abstimmungsforschung im weiteren Sinne verwendet Abstimmungsergebnisse als Datenquelle, hat aber nicht das Ziel, die Stimmbeteiligung oder das Abstimmungsverhalten zu erklären. Es wird dabei von der Tatsache profitiert, dass mit den Abstimmungsergebnissen auf der Aggregatsstufe von Gemeinden, aber auch auf der Ebene von Bezirken und Kantonen ein Datensatz mit einer grossen Zahl von Antworten auf Sachfragen besteht.

Diese besondere Art von Befragungsdaten haben ganz spezifische Qualitäten, die man sich zunutze machen kann. Erstens bestehen sie aus einem sehr grossen Sample, nämlich rund 2 Millionen Stimmberechtigten, die sich durchschnittlich an einem Urnengang beteiligen. Zweites haben sie eine hohe räumliche Auflösung. Drittens geht es bei Volksabstimmungen sehr häufig um wichtige wertgeladene Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Organisation. Viertens existieren neben den eigentlichen Abstimmungsergebnissen auch ein Abstimmungskampf mit Argumenten und Gegenargumenten von Befürwortern und Gegnern einer Vorlage sowie ein Diskurs in den Medien. Fünftens äussern sich nicht nur die

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu den Vorlagen, sondern zu jeder einzelnen Abstimmungsfrage gibt es eine Stellungnahme von Regierung und Parlament, Empfehlungen von politischen Parteien und Verbänden sowie von den Redaktionen wichtiger Tageszeitungen.

Die aufgezählten Vorteile machen die eidgenössischen Volksabstimmungen zu interessanten Indikatoren zur Beschreibung von Teilaspekten des politischen Systems. Weiter bieten die Volksabstimmungsergebnisse aber auch eine Datengrundlage zur Untersuchung von Sachverhalten, die weit über das Politische hinausgehen. Deshalb erscheint eine Unterscheidung zwischen politologischen Arbeiten, die Abstimmungen als Indikatoren für das politische System verwenden, und Arbeiten aus anderen Disziplinen, die Abstimmungen als Indikatoren verwenden, zweckmässig. Diese Unterscheidung ist aus zwei Gründen wichtig: Erstens abstrahieren soziologische oder geografische Arbeiten zu Volksabstimmungen häufig vom politischen Kontext und behandeln die Volksabstimmungsergebnisse als «statistisches Material» wie andere Datenquellen auch (vgl. Seitz 1996: 327). Zweitens unterscheiden sich die nicht-politologischen Arbeiten in der Terminologie von den politologischen Arbeiten, obwohl sie nicht selten dasselbe untersuchen.

3.1.4.1 Abstimmungen als Indikatoren für das politische System

Für institutionell orientierte politologische Studien sind Abstimmungen und ihre Ergebnisse von grossem Interesse, weil dieselben Sachfragen auf allen Ebenen der Politik diskutiert werden. Das Parlament stimmt über die Vorlage ab, die Regierung gibt eine Empfehlung ab, Parteien und Verbände fassen auf ihren Delegiertenversammlungen Parolen und schliesslich stimmen Volk und Stände darüber ab. Diese Informationen werden sozusagen als Fiebermesser für das politische System benutzt. Im Vergleich von Parteiparolen und Abstimmungsergebnissen werden Veränderungen des Einflusses der Parteien auf die Stimmbürger festgestellt (z.B. Gruner/Hertig 1983; Kriesi 1994; Ladner/Brändle 2001). Die Behandlung derselben Sachfrage auf den unterschiedlichsten Ebenen ergibt aber auch einen vertieften Einblick in die Verteilung der Meinungen und Einstellungen innerhalb der politischen «Pyramide». Im Vergleich zwischen den Abstimmungsergebnissen im Parlament und im Volk zeigen sich die Divergenzen zwischen den politischen Eliten und dem Volk (Hug 1994a, Papadopoulos 1994a; 1994b; Sciarini/Trechsel 1996; Trechsel/Sciarini 1998; Kobi 2000). Zu demselben Zweck werden die Zustimmungsraten zu den direktdemokratischen Oppositionsinstrumenten «Volksinitiative» und «fakultatives Referendum» über die Zeit verglichen (Hug 1994b). Sciarini und Trechsel (1996) zeigen

anhand der Veränderung des Anteils «behördenstützender» und «behördendesavouierender» Abstimmungsausgänge, dass seit Gründung des Bundesstaates das Vertrauen der Regierten in die Regierenden gewachsen ist und sich von einer konfliktuellen Situation zu einer eher harmonischen Koexistenz zwischen Volk und Behörden entwickelt hat. Sie gehen davon aus, dass «... das gefährliche Biest direkte Demokratie im Laufe der Zeit erfolgreich gebändigt werden konnte» (Trechsel 2002: 576), indem sich das Konkordanzsystem ausbildete und anpasste. Linder, Riedwyl und Steiner (2000) überprüfen die Konkordanztheorie und messen den Grad der Konkordanz, in dem sie die Volksabstimmungsergebnisse als Indikatoren zur Messung von politischer Heterogenität über die Zeit verwenden.

Ladner und Brändle (Ladner/Brändle 2001; Ladner 2004) verwenden die Parteiparolen zu den Volksabstimmungen als Indikatoren für die Heterogenität der Parteien. Sie nutzen die Tatsache, dass einzelne Kantonalparteien oft eine eigene Parole zu den Volksabstimmungen abgeben, die in vielen Fällen von der Parole der Mutterpartei abweicht. Aus diesen abweichenden Parolen entwickelt Ladner (2004) ein Mass für die interne Heterogenität der Schweizer Parteien. Von Wartburg (2004) verwendet die Parteiparolen der Kantonalsektionen zur ideologischen Gruppierung der Kantonalsektionen.

3.1.4.2 Abstimmungen als Indikatoren für gesellschaftlichen Wandel

Neben den stark politologisch ausgerichteten Arbeiten gibt es eine Reihe von Studien aus anderen Disziplinen, die Abstimmungsergebnisse verwenden. Individualanalysen fokussieren bestimmte Gruppierungen und deren Abstimmungsverhalten, um damit spezifische gesellschaftliche Phänomene zu beschreiben. So untersucht Voll (1991) unter Verwendung von Individualdaten zu Volksabstimmungen den Zerfall der katholischen «Versäulung» und «Sondergesellschaft». Senti (1998) dagegen hat Genderfragen im Visier. Er untersucht anhand von sieben gleichstellungspolitisch relevanten Vorlagen, ob das Geschlecht eine einheitsstiftende Kategorie ist und zu Parteigrenzen übergreifender Frauensolidarität führen kann. Dabei stellt er fest, dass zwar die ideologischen Differenzen zwischen links und rechts grösser sind als die Geschlechteridentität aber bei grundsätzlich auf Gleichberechtigung ausgerichteten Vorlagen zur Verankerung der Gleichstellung in der Verfassung eine Parteigrenzen übergreifende Frauensolidarität messbar ist. Bühler (2001) verwendet Abstimmungsergebnisse, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Gleichstellung der Geschlechter zu messen. Zur Berechnung eines regionalen Gleichstellungsindex' integriert sie deshalb

neben harten Indikatoren die regionale Zustimmungseigung zu gleichstellungspolitisch relevanten Abstimmungsvorlagen.

3.1.4.3 Abstimmungen als Indikatoren für die regionale politische Kultur

Die Verwendung von Abstimmungen zur Erklärung und Messung von Werthaltungen und Einstellungen in der Bevölkerung wurde in den 1980er Jahren von einer Forschungsgruppe am Soziologischen Institut der Universität Zürich betrieben. Diese betrachteten die regional unterschiedlichen Ergebnisse der Volksabstimmungen als Ausdruck von spezifischen regionalen politischen Kulturen. Daraus folgerten sie, dass die mentale und kulturelle Differenzierung der Schweiz mittels eidgenössischen Volksabstimmungen erschlossen werden kann. Mit ihrem Ansatz ist die Gruppe in theoretischer Hinsicht den Political-culture-Ansätzen nach Almond und Verba (1963) sehr ähnlich. In methodischer Hinsicht reihen sie sich mit der regionszentrierten und aggregatbasierten Vorgehensweise in die Tradition der Wahlökologie nach Siegfried (1913) und später Heberle (1963) ein.

Auf der Basis dieser Konzeption entstanden mehrere empirische Arbeiten zur Identifizierung von regionalen politischen Kulturen (Nef 1979; Nef/Ritschard 1979) und Determinanten des Abstimmungsverhaltens (Nef/Ritschard 1978), aber auch eine Vielzahl von Analysen zu einzelnen Sachabstimmungen oder thematisch verwandter Abstimmungen (z.B. Nef 1981; 1985a; 1985b; 1988; 1989).

Konzeptionell und methodisch ist die vorliegende Arbeit diesen an der Wahlökologie orientierten Political-Culture-Ansätzen zuzuordnen. Diese im Überblick nur summarisch abgehandelte Richtung der Abstimmungsforschung wird im folgenden Abschnitt deshalb vertieft dargestellt. Dies erscheint insofern wichtig, als die ökologische Abstimmungsforschung in den 1980er Jahren sehr stark und heftig kritisiert wurde, so dass diese Forschungsrichtung nicht mehr weitergeführt wurde (vgl. Seitz 1996: 32). Es wird deshalb nicht nur ein Überblick über die bisherigen Arbeiten gegeben, sondern auch über die Kritikpunkte daran. Ausgehend von einer Auseinandersetzung mit diesen Kritikpunkten werden theoretische und methodische Implikationen für eine Neuauflage abgeleitet.

3.1.5 Ökologische Abstimmungsforschung in der Schweiz

Der Begriff der politischen Ökologie hat eine unterschiedliche Bedeutung in den Politikwissenschaften und in der Humangeografie. Der in den Politikwissenschaften bis heute gebräuchliche Begriff stammt von Rudolf Heberle (1963; 1978) und hat

nichts mit naturwissenschaftlicher Ökologie im Sinne von Umweltschutz, Biodiversität oder Nahrungsketten zu tun, sondern bezeichnet eine Forschungsrichtung, die den Fokus auf den Kontext und die räumlichen Milieueffekte des politischen Verhaltens richtet (vgl. Seitz 1996: 294; Falter/Schoen 2005: 107–132).

In der Humangeografie hat sich in jüngerer Zeit eine Teildisziplin entwickelt, die sich mit den politischen und ökonomischen Bedingungen, Prozessen und Machtstrukturen im Zusammenhang mit der Nutzung natürlicher Ressourcen beschäftigt und als *Political Ecology* bezeichnet wird. Diese Forschungsrichtung versteht sich als «... interdisciplinary scientific investigation of the political and economic principles controlling the relations of human beings to one another and to the environment».¹⁶ Politische Ökologie, wie sie in der Wahl- und Abstimmungsforschung und auch im Zusammenhang dieser Arbeit verwendet wird, ist deshalb klar zu unterscheiden von dieser neuen Teildisziplin der Humangeografie. Der Begriff politische Ökologie nach Heberle bezieht sich analog zum Begriff «Humanökologie» oder «Sozialökologie» bei der Chicagoer Schule um Robert Park (1925) auf den griechischen Wortstamm «oikos», was soviel wie Haus oder Heimat bedeutet und auf die Fokussierung der räumlichen Kontext- und Milieueffekte verweist (vgl. Seitz 1996: 294).

Die Tradition der politischen Ökologie geht auf das späte 19. und das frühe 20. Jahrhundert zurück. Die Pionierarbeiten von Siegfried (1913) in Nordwestfrankreich und später (1949b) in der Ardèche zeigten auf, dass Wahlergebnisse nicht nur einen politischen Entscheidungsprozess widerspiegeln, sondern in ihrer räumlichen Verteilung und Ausprägung Rückschlüsse auf das spezifische politisch-moralische Milieu einer Region bzw. das «tempérament politique», wie er es nannte, ermöglichen. Siegfrieds Ansatz wurde von Rudolf Heberle (1963) aufgenommen und auf die Entwicklung der ländlichen Bezirke Schleswig-Holsteins während der Weimarer Republik angewandt. Er konnte mit seiner Analyse zeigen, dass es vor allem die ökonomisch verunsicherten kleinbäuerlichen Milieus waren, die sich im Laufe der 1920er Jahre mehr und mehr von ihren traditionellen Parteien und berufsständischen Interessensorganisationen ab- und den Nationalsozialisten zuwandten.

Während Siegfrieds Methode der kartografische Vergleich war und aufgrund der Korrelationen zu Bodenbeschaffenheit und Grundbesitz der Ruch des Geodeterminismus anhaftete (vgl. Seitz 1996: 295), arbeitete Heberle mathematischer. Er

¹⁶ Das Zitat stammt von der Webseite der Political Ecology Society (PESO), die auch eine wissenschaftliche Zeitschrift mit Namen «Journal of Political Ecology» herausgibt.

<http://dizzy.library.arizona.edu/ej/jpe>, Zugriff vom 30.6.2006.

untersuchte die Zusammenhänge zwischen räumlicher Verteilung der Wählerstimmenanteile und der Sozialstruktur mit Hilfe des bivariaten Korrelationskoeffizienten von Pearsons. Zudem beschränkte sich Heberle auf eine alleinige soziologische Argumentation zur Erklärung der regional unterschiedlichen Parteipräferenzen und verzichtete auf den Einbezug terrestrischer Variablen in seinen Analysen. Die Kernelemente der politischen Ökologie blieben jedoch dieselben: Aus dem Zusammenhang zwischen räumlich aggregierten Merkmalen der Bevölkerung und den Wahlergebnissen wurden verschiedene Determinanten der Parteipräferenz isoliert. In der vergleichenden Perspektive der verschiedenen Regionen wurden Typen politisch-moralischer Milieus identifiziert, und im Vergleich über die Zeit schliesslich wurden Persistenzen und Wandel dieser regionalen Milieus analysiert.

Die Schweiz mit ihrer regionalen Vielfalt, mit ihren sich gegenseitig überlappenden und durchdringenden sozioökonomischen, sprachlichen und konfessionellen Gräben, mit ihrer institutionellen Konstanz und nicht zuletzt auch wegen der vielen Volksabstimmungen ist geradezu prädestiniert, als Labormodell für politische Ökologie zu dienen. Dennoch setzten die ersten Arbeiten zu ökologischen Abstimmungsanalysen erst sehr spät ein. Zwar beschrieb Siegfried (1949b) auch die politische Geografie der Schweiz, doch seine Studie erreichte die Schweiz kaum und geriet in Vergessenheit. Wohl gehörten Tabellen und Karten mit den Abstimmungsergebnissen in den Kantonen bereits in der Zwischenkriegszeit zum beliebten Kommunikationsmittel der politischen Kommentatoren nach einem eidgenössischen Urnengang, eine systematische ökologische Analyse blieb jedoch aus.

3.1.5.1 Die Anfänge in den 1970er Jahren

Die Forschung über die politische Ökologie der Schweiz begann gleichzeitig wie die systematische Abstimmungsforschung Anfang der siebziger Jahre. Geografen, Soziologen und Politologen versuchten regionale Unterschiede und Kontexteffekte in den Ergebnissen von kantonalen oder eidgenössischen Volksabstimmungen zu erklären. So verschieden der fachliche Hintergrund dieser Pioniere war, so verschieden waren auch ihre Fragestellungen. Der Geograf Monsch (1973) verfolgte eine regionalgeografisch-raumwissenschaftliche Perspektive und war vor allem an der Methodik interessiert. Der Politologe Gilg (1976; 1987) wollte die sozioökonomische und kulturelle Basis von politischen «Hochburgen» untersuchen. Die Soziologen Nef (1980) und Joye (1987) schliesslich hatten die Absicht, politische Konflikte als soziale Konflikte zu identifizieren und individuelles politisches Verhalten als determiniert durch das soziale und kulturelle Umfeld oder Milieu zu erklären.

Trotz dieser unterschiedlichen Zielsetzungen gingen alle erwähnten Autoren methodisch ähnlich vor. Sie korrelierten die Ja-Stimmen-Anteile von auf politische Raumeinheiten aggregierten Abstimmungsergebnissen, identifizierten verwandte Vorlagen und extrahierten daraus grundlegende Konfliktdimensionen. In den meisten Fällen wurde eine Faktorenanalyse über die Matrix der prozentualen Ja-Stimmenanteile mit den Abstimmungen als Variablen und den Kantonen oder Bezirken als Fälle durchgeführt. Je nach disziplinärem Hintergrund wurden die resultierenden Faktoren anders benannt. So heissen sie «politische Präferenzdimensionen» bei Nef (1980) und Gilg (1987), «conflits fondamentaux» bei Joye (1987).

Weil es seit 1872 regelmässig bundesweite Abstimmungen gibt, lag auch der Vergleich über die Zeit nahe. Die weitreichendsten Längsschnittanalysen stammen von Joye (1987) und von Nef (1988). Joye arbeitete mit nach Kantonen aggregierten Daten, Nef verwendete Bezirksaggregate. Beide stellten einen dominierenden Konflikt zwischen klassischer Rechten und klassischer Linken fest, der sich über das gesamte 20. Jahrhundert hinzieht. Die zweite Dimension von Joye (1987) beschreibt einen Konflikt zwischen Reformfreudigkeit und Reformfeindlichkeit, der sich als Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie zeigt. Joye nimmt auch eine Stabilitätsprüfung vor und kann zeigen, dass beide Konfliktdimensionen über rund 100 Jahre unabhängig voneinander persistieren. Einzig in den 1930er Jahren fallen beide Konflikte zusammen.

3.1.5.2 Regionale politische Kulturen

Der Soziologe Nef (1980) publizierte eine viel beachtete Studie zu den sozialstrukturellen und kulturellen Faktoren, die das Abstimmungsverhalten determinieren. Darin identifizierte er vier politisch-kulturelle Makroregionen der Schweiz. In seiner Analyse bezog sich Nef auf das Konzept der politischen Kultur von Meier und Rosenmund (1978; 1982), das auf dem Konzept des kollektiven Gedächtnisses nach Maurice Halbwachs (1950) basiert. Meier/Rosenmund argumentieren in ihren Ausführungen ähnlich wie die Urväter der Political-culture-Ansätze von Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) sowie der soziologischen (Pappi 1970) und politikwissenschaftlichen Konzeptionen von politischer Kultur (Berg-Schlosser 1972). Mit dem regionalen Fokus liegen sie auch nahe bei der regional-historischen Lesart von politischer Kultur der beiden Deutschen Wehling (1985) und Rohe (1982). Meier und Rosenmund bezogen sich jedoch nicht auf die bestehenden theoretischen Ansätze zur politischen Kultur und schafften damit in terminologischer Hinsicht den

Anschluss an den internationalen Diskurs nicht, was zu einer gewissen Isolation der schweizerischen Arbeiten führte.

Meier/Rosenmund (1978; 1982) unterschieden eine materielle Ebene und eine immaterielle Ebene der politischen Kultur. Zur *materiellen politischen Kultur* gehören nach Meier/Rosenmund 1. die politischen Institutionen und Organisationen, 2. die Güter, die aus dem politischen Prozess hervorgehen, und 3. das politische Leben insgesamt und das politische Verhalten im Besonderen. Die *immaterielle politische Kultur* wirkt als Gedächtnishintergrund für das politische Bewusstsein und Handeln. Es wird geprägt durch historische Bilder und kulturformende Faktoren wie Sprache und Bilder.

Nef (1980) identifiziert in seiner Studie aufgrund seiner Faktorenwerte des Abstimmungsverhaltens und weiterer soziodemografischer und kultureller Variablen drei Haupttypen der politischen Kultur in der Schweiz: Die *retrospektiv-binnengerichtete Kultur* mit den katholischen Deutschschweizer Kantonen des ehemaligen Sonderbundes, die *prospektiv aussengerichtete Kultur* bestehend aus den mehrheitlich französischsprachigen Kantonen und dem Tessin und die Zentralkultur mit den übrigen Kantonen. Die Zentralkultur unterteilte er dabei nach dem Zentrum-Peripherie-Muster in eine ökonomisch *hoch entwickelte Region der Zentralkultur* mit den Deutschschweizer Kantonen des goldenen Dreiecks zwischen Basel, Bern und Zürich und eine ökonomisch *tief entwickelte Region der Zentralkultur* mit den Ostschweizer Kantonen. Nefs Typologie der politisch-kulturellen Makroregionen ist dem Schema der interregionalen Beziehungen nach Hechter (1974) sehr ähnlich, das innerstaatliche Hierarchien und regionale Differenzen aus dem Zusammenspiel ökonomischer und kulturellen Dominanz und Subordination erklärt. Dabei orientiert sich die Typologie Nefs jedoch vor allem an der sprachlichen Trennung und der historischen Lagerbildung des 19. Jahrhunderts zwischen Katholisch-Konservativen und Liberalen. Die sozioökonomische Differenzierung und ihre Auswirkung auf die politische Kultur werden praktisch ausgeblendet bzw. im Falle der Zentralkultur nur als sekundär behandelt.

3.1.5.3 Kritik am ökologischen Ansatz

Wo inhaltliches und methodisches Neuland betreten wird, da sind auch die Kritiker nicht weit. Nachdem die ersten Arbeiten erschienen waren, wurde der ökologische Ansatz von verschiedenen Seiten scharf kritisiert. Die Kritik war derart heftig, dass die Ansätze nicht mehr weiter verfolgt wurden.

Der Berner Professor Peter Gilg (1987), der selbst zu den Pionieren der Abstimmungsökologie gehört, benennt vor allem die methodischen Probleme und die Grenzen des Ansatzes. Seine zentralen Kritikpunkte betreffen die Eignung der Volksabstimmungen als Indikatoren, insbesondere die Vergleichbarkeit der Abstimmungen. Er weist darauf hin, dass Abstimmungsvorlagen häufig inhaltlich mehrdimensional sind und es deshalb nicht immer klar sei, welche politische Präferenzdimension angesprochen wird. Ein zweiter Punkt betrifft den Bias, der durch den Abstimmungstyp entstehe. Insbesondere bei den «Oppositionsinstrumenten» Initiative und fakultatives Referendum sei in den Abstimmungskämpfen auch die Urheberchaft thematisiert. Als dritter Punkt weist Gilg darauf hin, dass häufig ein und dieselbe Vorlage nicht im ganzen Land in derselben Art und Weise interpretiert würden. Besonders zwischen den Sprachregionen, die jeweils einen eigenen Diskursraum bilden, gäbe es nicht selten erhebliche Unterschiede in der Interpretation der Abstimmungsinhalte. Schliesslich verweist Gilg auch auf die «Lückenhaftigkeit» der Datenbasis, weil möglicherweise relevante politische Präferenzdimensionen über längere Zeit nicht zur Abstimmung kommen. Aus diesen genannten Gründen plädiert Gilg für eine sehr selektive Auswahl derjenigen Abstimmungen, die zur Bestimmung der Präferenzdimensionen und zur Identifizierung und Beschreibung von regionalen politischen Kulturen verwendet werden sollen.

Die Kritikpunkte von Erich Gruner (1987) sind grundsätzlicher Art. Er zweifelt am Ansatz generell und hält diesen für indäquat. Seine zentralen Kritikpunkte sind die Heterogenität des Datenmaterials aus den Volksabstimmungen – es würden dabei unzulässigerweise Äpfel mit Birnen verglichen – und die Theorielosigkeit des Verfahrens. Den soziologisch orientierten Arbeiten unterstellt er einen Zirkelschluss, da sie aus dem Abstimmungsverhalten ein Artefakt «politische Kultur» konstruierten und dieses wiederum zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens verwenden würden.

Epple (1998) bemängelt die einseitige Fokussierung und Überbewertung persistierender Konfliktachsen und eine Blindheit gegenüber historischen Prozessen und strukturellem Wandel. Dieses Problem liegt nach Epples Ansicht in der Methode, weil die Faktorenanalyse auf Korrelationen über eine bestimmte Zeitspanne basiert. Wenn sich nun aber in bestimmten Orten die Grundorientierung ändere, so die Argumentation von Epple, dann würde das bei an sich inhaltlich verwandten Abstimmungsvorlagen eine geringe Korrelation ergeben. Dementsprechend würde das Verfahren nur die über die ganze Zeit persistierenden Konfliktdimensionen erkennen und den sozialen, politischen und den räumlichen Wandel systematisch ausblenden.

Die harsche Kritik aus der politologischen Fachwelt führte dazu, dass die ökologische Abstimmungsforschung in der Schweiz nicht mehr weiter vorangetrieben wurde. Wohl gab es nach wie vor Aggregatdatenanalysen einzelner Abstimmungen – vor allem die Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 wurde mehrfach auf alle möglichen statistischen Einflussfaktoren getestet. Eine methodisch verfeinerte Neuauflage der politischen Ökologie zur Identifizierung und Beschreibung der regionalen politischen Mentalitäten blieb jedoch aus.

3.1.6 Innovationen und Neuauflage

Das Unterfangen, die Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen zu nutzen, um eine politisch-mentale Topografie der Schweiz zu zeichnen, bleibt unseres Erachtens lohnend und fruchtbar. Insbesondere um die Auswirkungen des ökonomischen, des sozialen und des räumlichen Strukturwandels auf die regionalen Mentalitäten zu untersuchen, bilden die eidgenössischen Volksabstimmungen in Kombination mit den Daten der eidgenössischen Volkszählungen eine ideale Grundlage. Für eine Neuauflage der politischen Ökologie ist es jedoch wichtig, sich mit der geübten Kritik auseinanderzusetzen. Die grundsätzlichen Kritikpunkte am Ansatz bezüglich Adäquanz, Theorielosigkeit und zirkulärer Erklärung müssen argumentativ ausgeräumt werden können. Den methodischen Kritikpunkten muss mit methodischen Innovationen begegnet werden.

3.1.6.1 Theoriegeleitete Abstimmungsökologie

Ein wesentlicher Faktor, dass vor allem die soziologisch orientierte Abstimmungsökologie auf grosse Skepsis bei der schweizerischen Politikwissenschaft stiess, ist u. E. die «theoretische Isolation» der Arbeiten von Nef, Meier, Rosenmund und Ritschard. Zwar drangen diese Soziologen inhaltlich und thematisch in die Domäne der Politikwissenschaften ein und entwickelten theoretische Konzepte der politischen Kultur, ein theoretischer bzw. terminologischer Anschluss an den politikwissenschaftlichen Diskurs fand jedoch nicht statt. Dies vermag den Vorwurf der Theorielosigkeit des ökologischen Ansatzes teilweise entschärfen. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass die faktorenanalytische Extraktion von Konflikt- bzw. Präferenzdimensionen aus einer Menge von Volksabstimmungsergebnissen ein induktives Vorgehen impliziert. Die Theorielosigkeit ist jedoch in keiner Art und Weise durch die Methodenwahl vorgegeben, denn auch eine Interpretation von deskriptiven oder

explorativen Datenanalysen kann und soll theoriegeleitet sein. Wie wir im Kapitel 3.2 darlegen, ist gerade für kontextbezogene Fragestellungen ein iteratives, hermeneutisches Vorgehen angebracht, das Analyse- und Interpretationsschritte auf der Daten- seite mit der Verankerung dieser Interpretation in der sozialwissenschaftlichen Theorie kombiniert.

Die Kritik des Zirkelschlusses vom politischen Verhalten auf die politische Kultur, die dann wiederum zur Erklärung des politischen Verhaltens verwendet wird, muss als Resultat eines unglücklichen Fehlschlusses von der verwendeten Methode auf die Fragestellung gesehen werden. Ein solcher Zirkelschluss würde tatsächlich vorliegen, wenn es primär darum ginge, die Abstimmungsergebnisse mit der Variable «politische Kultur» zu erklären. Aus einer soziologischen und auch einer sozialgeografischen Perspektive stehen jedoch die Auswirkungen der Lebensbedingungen und des sozialen und kulturellen Milieus auf das Abstimmungsverhalten im Zentrum der Untersuchung. Man misst also das Abstimmungsverhalten in den Regionen und rekonstruiert daraus regionale politische Mentalitäten, die durch soziale und kulturelle Faktoren erklärt werden können.

3.1.6.2 Methodische Innovationen

Die von Gilg (1987), Seitz (1996) oder (Epple 1998) geäusserten Kritikpunkte an der Methodik der Abstimmungsökologie beziehen sich vor allem auf die Eignung der Volksabstimmungen für die Identifizierung von regionalen politischen Kulturen und auf die Eignung der Faktorenanalyse für Längsschnittanalysen. Keiner der Kritiker äusserte sich jedoch über das verwendete Aggregationsniveau der Abstimmungsergebnisse. Die Frage des Aggregationsniveaus ist unseres Erachtens eines der wichtigsten methodischen Probleme der bisherigen Arbeiten zur Abstimmungsökologie in der Schweiz. Wie bereits weiter oben ausgeführt, hängen die Ergebnisse von Aggregatdatenanalysen mitunter vom Aggregationsniveau ab. Bei grösseren Aggregations- einheiten werden die Korrelationen tendenziell zwar stärker, aber kleinräumige Strukturierungen werden ausgeblendet. Die Verwendung von Kantonsaggregaten ist aus verschiedenen Gründen zu verwerfen: Erstens sind die Kantone sehr unterschiedlich in ihrer Grösse¹⁷, zweitens bilden die Kantone die kulturelle Differenzierung und die Zentrums-Peripherie-Dimension des Landes ab, nicht aber die sozioökonomische Differenzierung (vgl. Hermann et al. 2005), und schliesslich bietet sich auch ein

¹⁷ Die Grösse der 26 Kantone variiert im Jahre 2000 zwischen dem kleinsten Kanton Appenzell Innerrhoden mit 14'600 Einwohnern und dem grössten Kanton Zürich mit 1'247'900 Einwohnern (vgl. Odermatt/Wachter 2004).

mathematisches Problem für die Faktorenanalyse, die nur stabile Ergebnisse bieten kann, wenn die Anzahl der Fälle grösser ist als die Anzahl der Variablen (Bortz 1993). Mit 25 resp. 26 Kantonen und Halbkantonen hat man aber viel zu wenig Merkmalsträger für die Extraktion von stabilen Faktoren aus rund 200 Abstimmungen. Das Aggregationsniveau von Gemeinden oder zumindest von Bezirken ist bedeutend adäquater als jenes von Kantonen.

Für unsere eigene faktoranalytische Analyse der Volksabstimmungen sind vier methodische Innovationen zentral, durch die sie sich von vorangegangenen ähnlichen Analysen markant unterscheidet. Die wesentlichen methodischen Innovationen werden hier kurz aufgelistet.

1. *Aggregationsniveau:* Mit der Verwendung der Gemeindeergebnisse, die seit 1981 vom Bundesamt für Statistik gesammelt werden, steht uns eine um ein Vielfaches reichere und differenziertere Datengrundlage zur Verfügung als den Arbeiten von Joye (1984), Nef (1980) oder Gilg/Frischknecht (1976). Anders als die Kantonsresultate erfassen die Gemeindeergebnisse insbesondere in den Agglomerationen auch kleinräumige, durch soziale Segregation bedingte Unterschiede. Mit der Anzahl von rund 3000 Fällen werden die Faktorergebnisse ausreichend bestimmt und sind stabil.¹⁸
2. *Abstimmungsinhalte:* Parallel zur statistischen Faktorenanalyse der Abstimmungsergebnisse wird eine inhaltliche Analyse der Abstimmungskämpfe durchgeführt. Mit Hilfe der artikulierten politischen Ziele von Befürwortern und Gegnern können die politischen Inhalte der Vorlagen erschlossen werden und in einem weiteren Schritt zur Interpretation und Benennung der extrahierten Dimensionen verwendet werden. Weil einer Vorlage mehrere Ziele zugeordnet werden, bildet die inhaltliche Mehrdimensionalität kein Problem. Indem die resultierenden Präferenzdimensionen als mehrdimensionaler orthogonaler Raum interpretiert werden, können Vorlagen, die eine inhaltliche oder eben auch eine ideologische Mehrdimensionalität aufweisen, in ihre Komponenten zerlegt werden.

¹⁸ Idealerweise würde man die grossen Städte in ihre Stadtkreise und Stadtquartiere unterteilen, um so die Variationsbreite der Gemeindegrössen zu reduzieren und die innerstädtische Differenzierung ebenfalls abbilden zu können. Die Ergebnisse in den Stadtkreisen werden jedoch vom Bund nicht zentral gesammelt, liegen aber für Genf und Zürich vor. In anderen Städten werden die brieflichen Stimmen nicht auf die Quartiere ausgezählt, was zu sehr starken Verzerrungen führt.

3. *Mapping:* Aus den extrahierten unabhängigen Konflikt- bzw. Präferenzdimensionen eines politischen Raumes wird ein kartesisches Koordinatensystem gebildet. Mit der kartografischen Darstellung der Gemeinden und der verschiedenen Regionen können im gleichen Modell räumliche Mikro- und Makrostrukturen analysiert und verglichen werden.
4. *Zeitliche Interpolation:* Die Schwierigkeit, dass eine Faktorenanalyse von Volksabstimmungen, die über einen längeren Zeitraum verteilt sind, nur die persistierenden Konflikte abbilden kann und blind gegenüber Wandel ist, erfordert die Ergänzung der Faktorenanalyse um eine zeitliche Dimension. Mit einem neu entwickelten Verfahren zur Interpolation von Faktorenwerten über die Zeit kann die Statik einer Faktorenanalyse aufgebrochen werden. Insbesondere Veränderungen, die durch den sozialräumlichen Wandel hervorgerufen werden, können so modelliert und sichtbar gemacht werden.
5. *Theoretische Einbettung:* Ein fünfter Punkt betrifft die sorgfältige Einbettung der Analyse in die soziologischen, politikwissenschaftlichen und die geographischen Theorietraditionen.

3.2 Methodentheoretische Grundfragen

3.2.1 Renaissance der Exploration

Die digitale Revolution in den 1990er Jahren hat dazu geführt, dass grosse Mengen von Daten und Texten in digitaler Form gespeichert werden. Dadurch hat sich auch die Verfügbarkeit von wissenschaftlich verwertbarer Information gegenüber den 1980er Jahren um ein Vielfaches erhöht. Die Flut an einfach zugänglicher, wissenschaftlich verwertbarer Information hat Konsequenzen für die empirischen Wissenschaften insgesamt und für die Sozialwissenschaften im Besonderen.

Das Anwachsen sozialwissenschaftlich verwertbarer Datenbestände und die daraus resultierenden methodologischen Konsequenzen wurden bereits von Erwin Scheuch (1973) erkannt und in René Königs Standardwerk «Handbuch der empirischen Sozialwissenschaften» beschrieben. Scheuch stellt eine Akzentverlagerung weg von der eigenen Datenerhebung und hin zur Sekundäranalyse fest, verweist auf die Bedeutung von Datenbanken und die Möglichkeiten zur Verknüpfung unterschiedlicher Datensätze sowie die Anwendung statistischer Verfahren zur explorativen Analyse und zur Inhaltsanalyse grosser Datenbestände.

In Unkenntnis der später eingetretenen Entwicklungen in der Computertechnologie und des WWW stellte Scheuch in geradezu prophetischer Art, Überlegungen zu den Chancen und Herausforderungen an, die sich der empirischen Sozialforschung durch die Digitalisierung der amtlichen und privaten Datenbestände, Archive, Protokolle etc. stellen (ebd. 168–174; 195–208). Viele von Scheuchs Prognosen sind eingetreten. Was er 1973 nicht ahnte, ist die grosse Datenmenge, die durch die Durchdringung des spätmodernen Alltags mit computergestützten Dienstleistungen anfällt und eine ganz neue Perspektive für die sozialwissenschaftliche Forschung bietet.

Heute, mehr als 30 Jahre später, zeigen sich die Konsequenzen der Digitalisierung offensichtlich: In vielen Fällen ist nicht mehr die Erhebung von Daten in genügend grosser Anzahl das zentrale Problem der empirischen Sozialforschung, sondern deren Selektion und Interpretation, weil das Wissen über den Kontext der Datenproduktion fehlt.

3.2.1.1 Typologie empirischer Daten

Es können vier Grundtypen von Daten systematisch auseinander gehalten werden, die sich aufgrund ihres Herstellungskontexts unterscheiden. Drei Kriterien sind für diese

Unterteilung von Bedeutung. Das erste Kriterium unterscheidet zwischen Daten, die spezifisch zur empirischen Überprüfung einer bestimmten Fragestellung hergestellt wurden, und Daten, die allgemeineren Zwecken dienen. Das zweite Kriterium unterscheidet Daten, die für wissenschaftliche Zwecke erhoben wurden, und solchen, die in einem ausserwissenschaftlichen Kontext entstanden sind. Das dritte Kriterium teilt zwischen Daten, die systematisch erhoben wurden, und Daten, die als unbeabsichtigte Nebenprodukte angefallen sind. Abbildung 3-2 zeigt, wie sich die vier Grundtypen von Daten aus den drei Kriterien zusammensetzen. Bei den vier Grundtypen handelt es sich um Idealtypen. In der Praxis ist die Abgrenzung oft nicht trennscharf, und manche Datensätze weisen Charakteristiken auf, die nicht nur einem Typus zuzuordnen sind (z.B. Daten von Fernerkundungssatelliten).

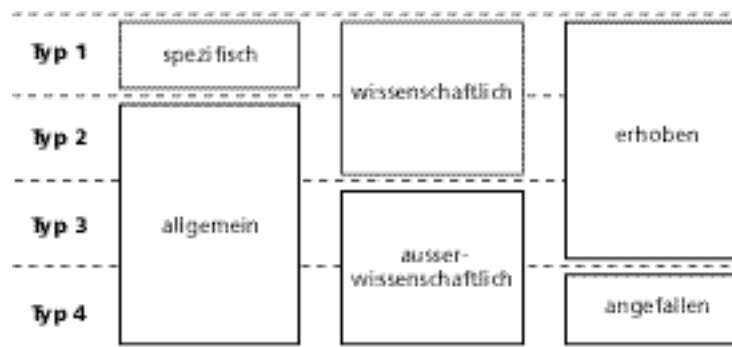


Abbildung 3-2: Herstellungskontext wissenschaftlich auswertbarer Daten (eigene Darstellung)

Typ 1: Fragestellungsspezifische Daten

Zum Datentyp 1 gehören jene Daten, die traditionellerweise das Fundament der empirischen Sozialforschung gebildet haben. Es sind dies Daten, die eigens für die empirische Untersuchung einer bestimmten Fragestellung erhoben werden. Der Datentyp 1 ermöglicht eine maximale Kontrolle über den Erhebungskontext. Durch eine sorgfältige Operationalisierung können die zu untersuchenden Aspekte der Wirklichkeit massgeschneidert und in den gewünschten Skalen abgebildet werden. Fragestellungsspezifische Datenerhebungen werden typischerweise von denselben Wissenschaftlern durchgeführt, die sie auswerten. Eine Sekundäranalyse derartiger Daten für andere Fragestellung ist vielfach schwierig, weil die Daten aufgrund ihrer spezifischen Ausrichtung in der Regel nicht auf andere Fragestellungen übertragen werden können.

Typ 2: Polyvalente wissenschaftliche Daten

Unter Typ 2 fallen alle Daten, die für den Zweck der (wissenschaftlichen) Analyse erhoben werden. Dazu zählen die klassischen amtlichen Statistiken (Volkszählung, Betriebszählungen, Arealstatistik usw.). Eine zweite wichtige Gruppe bilden Panels und Erhebungsreihen von privaten und öffentlichen Forschungsinstituten (Haushaltspanel, Vox-Befragungen, thematische Mikrozensen usw.). Bei Typ 2 ist die Erhebung der Daten ausgelagert und muss nicht von den Forschenden selber durchgeführt werden. Dennoch sind diese Daten auf den Zweck der wissenschaftlichen Analyse zugeschnitten und entsprechend dokumentiert. Sie zeichnen sich für die Anwender deshalb durch einen geringen Bearbeitungsaufwand aus, können aber nicht immer auf die gewünschte Fragestellung zugeschnitten werden.

Ein wichtiges Merkmal von Daten des Typs 2 ist, dass mit diesen ausgedehnte zeitliche, räumliche und inhaltliche Felder abgedeckt werden können. So liegen amtliche Statistiken meist flächendeckend für Staaten und andere politische Einheiten vor. Normalerweise werden Daten, die für polyvalente Analysezwecke erhoben werden, periodisch erneuert, so dass Zeitvergleiche möglich sind. Obwohl bei der Erhebung in der Regel auf eine Harmonisierung mit früheren Datenserien geachtet wird, ändern sich die erhobenen Indikatoren im Laufe der Zeit, so dass Längsschnittanalysen nicht immer mit der gewünschten Präzision durchführbar sind.

Typ 3: Ausserwissenschaftlich erhobene Daten

Daten werden nicht nur für die wissenschaftliche Analyse erhoben, sondern ebenso als Indikatoren für staatliches und unternehmerisches Handeln und zu dokumentarischen Zwecken. Für die Wirtschaftsprüfung werden Buchhaltungen geführt, für den Finanzausgleich werden Daten zur regionalen Wirtschaftskraft erhoben und für die demokratische Entscheidungsfindung werden Wahlen, Abstimmungen und Vernehmlassungen durchgeführt. Diese Daten fließen direkt in die Entscheidungsfindung ein und bilden reale Handlungssituationen ab. Auch wenn sie nicht für wissenschaftliche Analysen erhoben werden, können diese Daten als Abbildungen realer Handlungen für die wissenschaftliche Analyse besonders wertvoll sein. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung sind sie ausserdem immer besser zugänglich und verwertbar.

Die wissenschaftliche Analyse der Daten ist bei Typ 3 nicht die eigentliche Zweckbestimmung, sondern nur ein Nebenprodukt. Deshalb sind diese nicht nach wissenschaftlichen Kriterien systematisiert und dokumentiert. Im Vergleich zu klassischen wissenschaftlichen Datenquellen (Typen 1 u. 2) sind deshalb zusätzliche Anforderun-

gen an die Erschliessung und Strukturierung dieser Daten gestellt (z.B. Abklärungen zur Grundgesamtheit, zur exakten Definition der Variablen, zum Verfahren und zur Qualität der Erfassung, zur Art der Entstehung etc.).

Viele Daten liegen im Schnittbereich zwischen Typ 2 und 3. Das heisst, sie werden zwar nicht für wissenschaftliche Zwecke erhoben, dienen aber der Analyse und Planung. Es sind dies Daten, die als Analysegrundlagen für wirtschaftliche und politische Akteure erhoben werden. Beispiele dafür sind Meinungsumfragen, Konjunktur-Barometer oder Immobilien-Monitore. Wie bei den Daten des Typs 2 ist bei diesen ausserwissenschaftlichen Analysedaten (Typ 3) meist ein direkter Zugriff ohne zusätzlichen Erschliessungsaufwand möglich. Vor allem im privatwirtschaftlichen Kontext führen Kosten-Nutzen-Überlegungen jedoch häufig zu einem im Vergleich zum wissenschaftlichen Kontext gesenkten Anspruch an die Datenqualität.

Typ 4: Angefallene Daten

Der vierte Typ wird von Daten gebildet, die nicht im eigentlichen Sinn erhoben werden, sondern in Form von Handlungsspuren anfallen. Dieser Datentyp ist ein Ergebnis der Digitalisierung menschlicher Interaktionen. Eine der wichtigsten Quellen für angefallene Daten bildet das WWW, das als Informationsplattform immer weitere Bereiche des sozialen Handelns digital abbildet. Aber auch ausserhalb des Webs werden Informations- und Kommunikationsprozesse zunehmend digital abgewickelt. Zeitungen, Geschäftsberichte und Dokumentationen aller Art sind auf elektronischen Trägern gespeichert. Ebenso wird ein wachsender Anteil der alltäglichen, zwischenmenschlichen Kommunikation als Mail- und sms-Verkehr auf digitaler Basis geführt. Elektronische Protokolle werden bei Einkäufen (z.B. Scannerkassen, Geldautomaten), Reisen (z.B. SBB-Ticketautomaten) oder Kinobesuchen (z.B. Cinecard) erzeugt. Durch die nachträgliche Digitalisierung von Archiven und Bibliotheken werden seit einigen Jahren auch Handlungsspuren, die ursprünglich nur in Papierform aufgezeichnet wurden, für die elektronische Bearbeitung nutzbar gemacht.

Handelt der Mensch in einem digitalisierten Kontext, hinterlässt sein Handeln eine digitale Datenspur, die Basis für die wissenschaftliche Analyse sein kann. Angefallene Daten müssen nicht mehr erhoben werden, unter Umständen ist jedoch der Aufwand gross, sie in eine wissenschaftlich verwertbare Form zu bringen. Ausserdem sind jene Daten, die von Unternehmen aufgezeichnet werden, vielfach nicht für die allgemeine wissenschaftliche Analyse zugänglich.

Bezüglich der Kontrolle des Erhebungskontexts unterscheidet sich Typ 4 radikal von Typ 1. Das heisst, auf den Kontext der Erhebung kann praktisch kein Einfluss genommen werden, ausserdem ist dieser Kontext häufig nicht einmal bekannt. Das grosse Plus angefallener Daten ist jedoch, dass diese es ermöglichen, in grossem Umfang alltägliche Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext¹⁹ zu untersuchen. Etwas, was im nicht-digitalen Bereich nur punktuell und in kleinem Umfang durch Beobachtung möglich ist.

3.2.1.2 Synthetische Daten und Handlungsspuren

Im Zuge der digitalen Revolution ist nicht nur die Menge an verfügbaren Daten angestiegen, sondern es ist zu einer Verlagerung in der relativen Bedeutung der vier Datentypen gekommen. Im Verhältnis zu den klassischen wissenschaftlichen Datentypen (1 u. 2) haben ausserwissenschaftlich erhobene Daten (Typ 3) und angefallene Daten (Typ 4) stark an Bedeutung gewonnen. Diese Verlagerung ist insbesondere im Bereich der sozialwissenschaftlichen Daten von grundlegender Bedeutung. Zur Charakteristik der Datentypen drei und vier gehört, dass sie häufig reale Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext erfassen. Offensichtlich ist dies bei angefallenen Daten. Diese Daten zeichnen Handlungen unmittelbar bei ihrer Entstehung auf. Die Handelnden befinden sich dabei in ihrem alltäglichen Handlungsfluss und sind sich der Aufzeichnung ihrer Handlungen meist nicht bewusst. Bei Typ 3 erfolgt zwar eine Erhebung der Daten, mit diesen Erhebungen werden jedoch häufig reale Handlungssituationen protokolliert. So sind zum Beispiel Volksabstimmungen zwar Datenerhebungen, diese Erhebungen sind jedoch Teil eines realen Handlungsprozesses mit Implikationen für die Handelnden.

Im Gegensatz dazu erlauben klassische sozialwissenschaftliche Daten häufig keinen Zugang zum Handeln in seinem «natürlichen» Kontext. Mittels Befragung wird in einer synthetischen Situation versucht, reale Handlungen und Motive zu erschliessen. In einer künstlichen Befragungssituation kann jedoch das reale Handeln, auf das geschlossen werden soll, nicht immer verzerrungsfrei wiedergeben werden, denn die Befragten sind sich der künstlichen Handlungssituation bewusst und reagieren deshalb nicht immer in derselben Art, wie sie es im alltäglichen Kontext täten. Nicht alle klassisch sozialwissenschaftlichen Daten haben jedoch synthetischen Charakter. So können mit der Methode der Beobachtung Handlungen in ihrem «natürlichen»

¹⁹ Als im «natürlichen» Kontext oder der «natürlichen» Situation erhoben werden in der empirischen Sozialforschung Daten bezeichnet, die nicht auf einer künstlich herbeigeführten Situation, wie bei einem Experiment oder einer Befragung, basieren (vgl. Atteslander 2000: 59f).

Kontext erfasst werden. Unter Anwendung von digitalen Aufzeichnungs- und Auswertungsmethoden kann dabei das Potenzial der wissenschaftlichen Beobachtung stark gesteigert werden.

Dank der digitalisierten Erfassung von Handlungsspuren ist es heute möglich, mit geringen Grenzkosten eine grosse Zahl von Fällen zu erfassen. Vielfach können bestimmte Handlungsfelder komplett abgedeckt werden (z.B. bei Volksabstimmungen). Die Problematik kleiner Stichproben und den damit verbundenen Fehlerquellen (z.B. α -Fehler), wie sie häufig bei synthetischen Daten besteht, verliert durch die Aufzeichnung digitaler Handlungsspuren an Bedeutung.

Der primäre Schwachpunkt von «natürlichen» Daten ist das Fehlen von Kontrollmöglichkeiten über den Erhebungsinhalt und -kontext. Während bei synthetischen Datenerhebungen die gewünschte Information in der gewünschten Form abgefragt werden kann, muss man sich bei der Aufzeichnung von Handlungsspuren mit dem begnügen, was die untersuchte Handlungssituation hergibt. Ausserdem ist es häufig nicht möglich, von allen untersuchten Individuen alle gewünschten Variablen zu erfassen. Es kann zwar eine grosse Menge an Handlungen erfasst werden, bezogen auf das einzelne Individuum bleibt die Information jedoch meist lückenhaft.

3.2.1.3 Veränderte Rahmenbedingungen der empirischen Sozialforschung

Digital aufgezeichnete Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext bilden ein grosses und wachsendes Potenzial für die sozialwissenschaftliche Forschung. Das Arbeiten mit diesen Datenquellen erfordert jedoch einen eigentlichen Paradigmawechsel in der empirischen Sozialforschung. Das bis heute dominierende kritisch-rationale Paradigma nach Popper (1979) ist einseitig auf die Anforderungen synthetischer Datenquellen ausgerichtet. Gemäss kritisch-rationalem Paradigma besteht das Ziel der empirischen Sozialforschung darin, deduktiv entwickelte Hypothesen mittels konfirmatorischer Empirie zu verifizieren oder zu falsifizieren. Die Wahl der Erhebungsinstrumente (Fragebögen o. ä.) und die zu erhebenden Variablen leiten sich dabei aus der zu prüfenden Hypothese ab. Ziel des streng deduktiven Vorgehens ist die theoretische Fundierung der Empirie und die Vermeidung von Fehlschlüssen (vgl. auch Lenk 1986: 52–76; Schneider 1998: 127–137).

Die Dominanz des deduktiv-konfirmatorischen Paradigmas hat jedoch auch pragmatische Gründe. Bis in die 1990er Jahre gab es wenig Alternativen zu einem massgeschneiderten empirischen Forschen, da das Angebot an sozialen Daten klein und der Aufwand für eigene Datenerhebungen gross war. Datenerhebungen mussten

deshalb effizient und zielgerichtet sein, was nur dann möglich ist, wenn klare Hypothesen vorliegen.

Die äusseren Voraussetzungen der sozialwissenschaftlichen Empirie haben sich im digitalen Zeitalter grundlegend gewandelt. Grosse Mengen von elektronisch aufgezeichneten und verwertbaren Handlungsspuren liegen sprichwörtlich auf der Strasse und brauchen nur noch aufgehoben zu werden. Die neuen Datenquellen decken dabei bestimmte Handlungskontexte vollständig ab und sind deshalb für explorative Zugangsweisen geeignet. Aufgrund ihres Umfangs und ihrer inhaltlichen Tiefe können sie überhaupt nur mittels Exploration durchdrungen werden.

Die dazu nötigen statistischen Werkzeuge wie Faktorenanalyse (Thurstone 1947), Clusteranalysen (Tryon 1939) und multidimensionale Skalierung (Kruskal/Wish 1978) wurden bereits vor Jahrzehnten entwickelt. Erst mit der digitalen Revolution sind jedoch Voraussetzungen gegeben, um das Potenzial dieser Werkzeuge auszuschöpfen. Zusätzlich zu den statistischen Werkzeugen hat sich in den vergangenen Jahren unter der Bezeichnung *Data Mining* ein neuer Zweig der Informationswissenschaften gebildet (Hand et al. 2001). Das Ziel von Data Mining ist das Aufspüren und Extrahieren von Informationen aus grossen Datenmengen. Der Extraktions- und Aufarbeitungsprozess wird dabei mit Software-Agenten, Such- und Filterprogrammen automatisiert. Data Mining bildet die Grundlage für die Bearbeitung von angefallenen Daten, bei denen die verwertbaren Teile aus einer unüberschaubaren Datenmenge extrahiert werden müssen.

Auch wenn die methodischen Voraussetzungen für explorative Analysen heute gegeben sind, ist das theoretische Verständnis für diese Art der Analyse in den Sozialwissenschaften noch wenig entwickelt. Aufgrund des herrschenden kritisch-rationalen Paradigmas hat der explorativen Datenanalyse jahrzehntelang das Stigma der «naiven Empirie» und der «Theorielosigkeit» angehaftet, so dass der entsprechende Forschungszugang nicht gepflegt wurde (vgl. die Kritik an der ökologischen Abstimmungsforschung in Kapitel 3.1.5.3; Lenk 1986). Die Anwendung und Entwicklung explorativer Methoden wurde deshalb vor allem von technisch-methodischer Seite vorangetrieben, die Verankerung im sozialwissenschaftlichen Theoriegebäude blieb jedoch aus (vgl. Scheuch 1973: 195–208). Die theoriebezogenen Sozialwissenschaften und die explorative Datenanalyse haben bis heute noch kaum zusammengefunden. Die Potenziale neuer Datenquellen und Methoden können jedoch vor allem dann ausgeschöpft werden, wenn die technisch-methodischen und die inhaltlich-theoretischen Perspektiven miteinander verflochten werden.

3.2.2 Entwurf einer quantitativen Hermeneutik

Digitale Handlungsspuren und insbesondere angefallene Daten bedürfen eines spezifischen theoretischen Erkenntniskonzepts. Ein fruchtbarer Anknüpfungspunkt bildet dafür die wissenschaftliche Methode der Hermeneutik. Es ist dies eine Methode, die für das Verstehen und Auslegen von textlichen Quellen entwickelt wurde. Ähnlich wie bei modernen digitalen Handlungsspuren handelt es sich bei klassischen Textquellen, wie sie beispielsweise in den Geschichtswissenschaften verwendet werden, um Spuren von Handlungen in ihrem «natürlichen» Kontext. Historische Texte sind wertvolle Datenquellen, typisch für «natürliche Daten» ist jedoch, dass der Forschende keine Kontrolle über die Datenproduktion ausüben kann und sich somit mit dem begnügen muss, was vorhanden ist. Die Ansätze und Erfahrungen der Hermeneutik bilden deshalb ein gutes Fundament für die Arbeit mit digitalen Handlungsspuren. In beiden Bereichen ist das Entwickeln eines Verständnisses für den Kontext der Datenproduktion und dafür, was die Daten überhaupt abbilden, von entscheidender Bedeutung. In Anlehnung an die klassische Hermeneutik entwickeln wir ein Konzept für eine «Hermeneutik quantitativer Daten», als theoretisches Erkenntniskonzept für die verstehende Auswertung von digitalen Handlungsspuren.

3.2.2.1 Hermeneutik

Hermeneutik ist die Wissenschaft des Verstehens, Auslegens und Interpretierens von Texten. Sie stammt ursprünglich aus der Theologie, als Kunst des Auslegens von Bibeltexten. Von Friedrich Schleiermacher (1768–1834) wurde die Hermeneutik erstmals als wissenschaftliche Methode bzw. Technik des Verstehens für die Geisteswissenschaften propagiert.²⁰ Seither gehört die Hermeneutik zum Methodenkatalog der historischen Wissenschaften. Der Philosoph, Psychologe und Erziehungswissenschaftler Wilhelm Dilthey (1833–1911) erhob die Hermeneutik zur gemeinsamen Methode für die Geistes- und Sozialwissenschaften, gewissermaßen als Gegenpart zu den Methoden der exakten Naturwissenschaften, mit welcher der innere Sinn sämtlicher Lebensäußerungen erschlossen werden kann.²¹

²⁰ Die wichtigsten Schriften Schleiermachers zur Hermeneutik wurden erst 1838 postum von seinem Schüler Friedrich Lücke herausgegeben unter dem Titel «Hermeneutik und Kritik mit besonderer Beziehung auf das Neue Testament». Eine neuere Edition stammt von Manfred Frank (1977).

²¹ Diltheys Hauptwerke zur Hermeneutik, in denen er sein psychologisierendes Konzept des Verstehens entwickelt, sind: «Die Entstehung der Hermeneutik» von 1900 und «Das Erlebnis der Dichtung» von 1911.

«Wir nennen den Vorgang, in welchem wir aus Zeichen, die von aussen gegeben sind, ein Inneres erkennen. Verstehen. [...] Dies Verstehen reicht vom Auffassen kindlichen Lallens bis zu dem des Hamlets oder der Vernunftkritik. Aus Steinen, Marmor, musikalisch geformten Tönen, aus Gebärden, Worten und Schrift, aus Handlungen, wirtschaftlichen Ordnungen und Verfassung spricht derselbe menschliche Geist zu uns und bedarf der Auslegung.» (Dilthey: «Die Entstehung der Hermeneutik» zit. in Schneider 1998: 99)

Seit Dilthey ist die Hermeneutik auch für die Sozialwissenschaften zu einer wichtigen Methode geworden. Zum einen liegen die empirischen Quellen häufig in textlicher Form vor, und zum anderen werden mit der Verwendung eines erweiterten Textbegriffes, wie ihn Dilthey formulierte (vgl. Zitat oben), sämtliche Produkte des menschlichen Handelns als Texte betrachtet und mit einem hermeneutisch-interpretativen Zugang analysiert. In jüngster Zeit beschäftigen sich Soziologen vermehrt mit «Texten» im weiteren Sinn. Dazu gehören nicht-schriftliche Kommunikationsformen wie Fotos, Filmaufnahmen und Audiodokumente, aber auch Objekte, die nicht nur und nicht primär der Kommunikation dienen, so wie Design-Objekte oder Strassenzüge in Grossstädten.

Aufgrund des offenen Textbegriffs und der Verbreitung der Hermeneutik in einem breiten disziplinären Spektrum (Theologie, Rechtswissenschaften, Literaturwissenschaften, Sozialwissenschaften, historische Wissenschaften etc.) gibt es eine Vielzahl von «speziellen Hermeneutiken». Einen Überblick über die verschiedenen Hermeneutiken in den Sozialwissenschaften geben Hitzler & Honer (1997). Sie zeigen darin auf, dass nicht nur die Textarten, die einer hermeneutischen Interpretation unterzogen werden können, sehr verschieden sind, sondern dass auch die Ziele der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik sehr stark variieren. So unterscheiden sie sehr grob die «biografieanalytisch applizierten Verfahren», die in der sozialwissenschaftlichen Biografieforschung zur Auswertung von narrativen Tiefeninterviews verwendet werden, die «Textstrukturell interessierten Verfahren» und die «kulturtheoretisch orientierten Verfahren», deren Forschungsinteresse vor allem in der Aufdeckung der in Texten verborgenen Tiefenstrukturen liegt.

3.2.2.2 Hermeneutik in der Geografie

Die Hermeneutik als explizites Verfahren hat in der Geografie (zumindest in der deutschsprachigen) eine relativ geringe Bedeutung, obwohl die Geografie eine Kontextwissenschaft *par excellence* ist und sich häufig mit Handlungsspuren des

Menschen auseinandersetzt (z.B. Stadtgeografie, Entwicklungsländerforschung, Landschaftsgeografie etc.).

Bereits in den Fünfzigerjahren stellte Wolfgang Hartke (1956; 1962) die Forderung nach einer Sozialgeografie auf, die sich mit dem «Spurenlesen» in der «Registrierplatte der Kulturlandschaft» beschäftigen sollte (vgl. auch Werlen 2000: 147–161). Hartke hat damit den erweiterten Textbegriff der modernen sozialwissenschaftlichen Hermeneutik für die Geografie adaptiert, ohne sich explizit auf die Hermeneutik zu beziehen. Seine visionäre Idee des «Spurenlesens» fand allerdings keinen Eingang in den geografischen Mainstream. Ausserdem stand die Hermeneutik lange im Ruf, eine rein geisteswissenschaftliche Methode der Textinterpretation zu sein (vgl. Lamnek 1995). Erst in den Achtzigerjahren wurden explizite Bezüge zur sozialwissenschaftlichen Hermeneutik hergestellt. Sehr schön hat Gerhard Hard (1985) das Potenzial der hermeneutischen Methode für die Geografie anhand des Beispiels von städtischen Grünanlagen aufgezeigt. Hard betrachtet städtische Grünanlagen als Texte, deren Inhalt für ihr Verstehen gelesen und gedeutet werden muss. In einem hermeneutischen Zirkel interpretiert er die Wahl der Pflanzengesellschaft, die Gestaltung und die Regulative in grossstädtischen Grünanlagen.

3.2.2.3 Hermeneutischer Zirkel

Die Methode der Hermeneutik besteht aus einer Herangehensweise von wechselseitigem Textverstehen und Erweiterung des Vorverständnis' über den Sachverhalt und seinen Kontext. Es ist diese ein zirkulärer Prozess von Lektüre eines Textes, Interpretation des Inhaltes und Erweiterung des Verständnis' dieses Textes. Man spricht deshalb auch vom «hermeneutischen Zirkel».

Der zu untersuchende Text wird zunächst mit einem bereits bestehenden rudimentären Vorverständnis gelesen. Dabei wird das ursprüngliche Vorverständnis erweitert und korrigiert. Somit erscheint der Text in einem neuen Zusammenhang. Mit diesem veränderten Vorverständnis wird der Text wiederum gelesen und das Verständnis wiederum revidiert.



Abbildung 3-3: Der hermeneutische Zirkel I (nach Lamnek 1995)

Zur Erweiterung des Textverständnisses gehört nicht nur die Einordnung des gesamten Texts in seinen Entstehungs- oder Handlungskontext, sondern ebenso die Einordnung der einzelnen Textbausteine in den Kontext des Gesamttexts. Ergänzend zum äusseren spricht man dabei vom inneren Textverständnis.

Die Bedeutung von Wörtern und Sätzen hängt von der Bedeutung der sie umgebenden Sätze ab, und sie wird durch die Botschaft des gesamten Texts mitgeprägt. Ein erweitertes Verständnis für einen Text verändert deshalb auch das Verständnis für die einzelnen Aussagen in diesem Text. Folglich kann sich die Bedeutung von Aussagen in einem Text bei wiederholtem Lesen verändern. Die Wichtigkeit des inneren Kontexts für das Textverstehen führt somit ebenfalls zu einem zirkulären Modell.

In einem zweiten hermeneutischen Zirkel wird aus dem Sinn von Textteilen ein Verständnis für den Gesamttext gewonnen und aufgrund des Gesamtzusammenhangs des Textes für die einzelnen Teile ein neues oder erweitertes Verständnis erlangt.

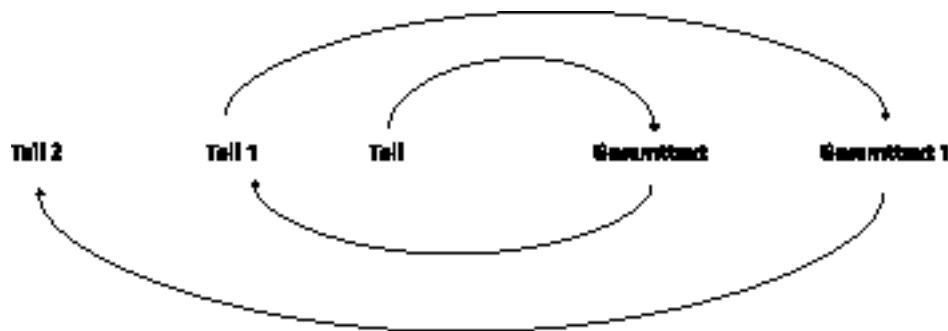


Abbildung 3-4: Der hermeneutische Zirkel II (nach Lamnek 1995)

Die beiden zirkulären Prozesse greifen ineinander, denn auch das Vorverständnis des äusseren Kontexts beeinflusst die wahrgenommene Bedeutung der einzelnen Textteile und umgekehrt.

Der doppelte hermeneutische Zirkel kann auf Texte im engeren wie auch im weiteren Sinn angewendet werden. Handelt es sich nicht um einen geschriebenen Text, sondern beispielsweise um ein gemaltes Bild, so ist der Textteil nicht ein Satz, sondern eine Figur oder ein Objekt des Bildes. Ist der zu untersuchende Text ein Gespräch, so können einzelne Aussagen, Gesten, der Tonfall der Stimme oder bestimmte Ausdrücke als Textteile betrachtet werden. In jedem Fall bestimmt der Text als Ganzes und sein äusserer Kontext die Bedeutung der Textteile mit, so dass mit einem systematischen zirkulären Vorgehen dessen Sinn und Bedeutung erschlossen werden kann.

3.2.2.4 Hermeneutik quantitativer Daten

Hermeneutik ist eine Methode, die in der Regel auf qualitative Analysewerkzeuge abstützt und für die Bearbeitung von qualitativen Daten bzw. «Forschungsmaterialien» (Strauss 1994) zugeschnitten ist. Das interpretativ-verstehende Paradigma, zu dem die Hermeneutik zählt, wird von vielen Autoren gewissermassen als Antithese zu quantitativen Methoden und Daten gesehen (vgl. z.B. Lamnek 1995; Flick 2000). Die oben beschriebenen Veränderungen der Datenlage, wie sie im letzten Jahrzehnt als Folge von Computerisierung und Digitalisierung erfolgte, legen aber den Schluss nahe, dass diese Gleichsetzung von Hermeneutik und qualitativen Methoden nicht mehr haltbar ist.

Die Kombination von hermeneutischer Methode und quantitativer Datenanalyse kann auf zwei Weisen geschehen. Die erste Art der Verknüpfung kann als «*quantitative Hermeneutik*» bezeichnet werden. Es handelt sich dabei um die Unterstützung der hermeneutischen Erschliessung von Textquellen durch quantitative Methoden. Der Einsatz quantitativer Methoden zur Erkenntnisunterstützung ist heute in vielen kulturwissenschaftlichen Disziplinen verbreitet. Aufgrund ihrer zunehmenden Digitalisierung sind Forschungsmaterialien wie Texte, Bilder und Dokumente quantitativ auswertbar. Es steht hierfür eine breite Palette von Algorithmen der Strukturerkennung für geschriebene Texte und andere Medien zur Verfügung.

Die zweite Art der Verbindung von Hermeneutik und quantitativer Datenanalyse kann als «*Hermeneutik quantitativer Daten*» bezeichnet werden. Ausgangspunkt dafür ist der erweiterte Textbegriff nach Dilthey. Quantitative Daten, einerlei ob als Reisezeiten, Preise, Längen oder Gewichte gemessen, sind im hermeneutischen

Verständnis ebenso Texte wie narrative Abhandlungen. Sie besitzen eine Semantik, die vom inneren und äusseren Kontext abhängt. Bei klassischen wissenschaftlichen Datenquellen ist der Prozess der Erschliessung und Interpretation von Sinn und Kontext allerdings nicht sehr anspruchsvoll. Im Normalfall ist der Herstellungskontext dieser Daten dokumentiert und durch die strukturierte und systematische Erhebung der in den Daten enthaltenen Sinn leicht zugänglich.

Mit der Verbreitung von neuen Datenquellen, die nicht für wissenschaftliche Zwecke erhoben werden, gewinnt das interpretative und kontextverstehende Moment jedoch stark an Bedeutung. Ähnlich wie bei historischen Quellen gilt es aus einer heterogenen Menge von Dokumenten Erkenntnisse zu ziehen, in dem diese Dokumente nach Relevanz und Zuverlässigkeit geprüft werden. Es müssen die Ziele der Datenproduzenten aufgedeckt und die Hintergründe der Datenproduktion erschlossen werden.

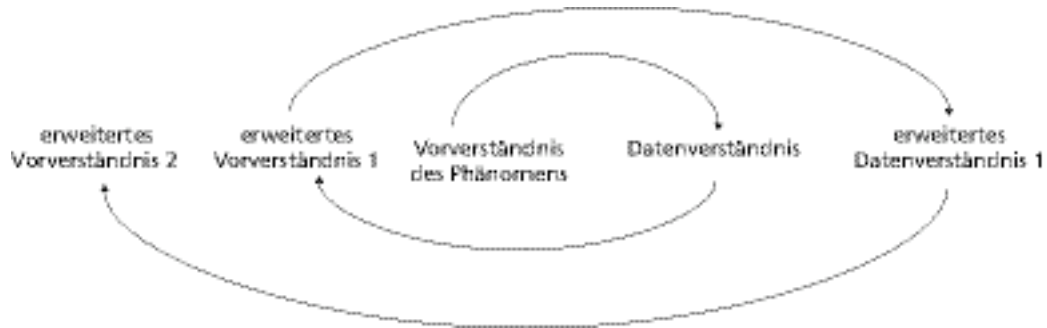


Abbildung 3-5: Hermeneutik quantitativer Daten: Zirkulärer Erkenntnisprozess (eigene Darstellung)

Datenquellen des digitalen Zeitalters, die durch die Aufzeichnung realer Handlungssituationen entstehen (vgl. oben), können typischerweise nicht direkt ausgewertet werden, da sie nicht auf die wissenschaftliche Bearbeitung ausgerichtet sind. Als Aufzeichnungen realer Handlungssituationen ist ihr Informationsgehalt zwar potenziell weit grösser als jener von in künstlichen Erhebungssituationen generierten wissenschaftlichen Daten, die Information ist jedoch unstrukturiert im natürlichen Handlungskontext eingewoben und kann nicht immer einfach herausgelöst werden. Es bedarf der detektivischen Kunst des Spurenlesens, um das Erkenntnispotenzial dieser Quellen zu erschliessen.

Die hermeneutische Methode ist ein geeigneter Zugang für die Erschliessung und Analyse von quantitativen Daten als Aufzeichnungen von natürlichen Handlungssituationen. Der hermeneutische Zirkel kann entsprechend abgewandelt werden: In einem zirkulären Prozess zwischen «Daten lesen», «Daten verstehen» und «Erweiterung des

Datenverständnisses» können die Phänomene erschlossen werden, die durch die Daten abgebildet werden.

3.2.2.5 Vorgehen bei einer «Hermeneutik quantitativer Daten»

Der erste Schritt einer hermeneutischen Analyse ist die unvoreingenommene Lektüre der Textquellen. Bei der hermeneutischen Analyse quantitativer Daten entspricht dieser erste Schritt dem Prozess der Datenerkundung. An Stelle der Werkzeuge der klassischen Hermeneutik werden hierfür Methoden der explorativen Datenanalyse verwendet. Von grosser Bedeutung sind dabei statistische Strukturerkennungsverfahren. Mit dimensionsreduzierenden Verfahren wie Faktorenanalyse (Überla 1971) oder Korrespondenzanalyse (Greenacre 1984) können latente Grunddimensionen aus einer grossen Zahl von Variablen extrahiert werden. Mit Gruppierungsverfahren wie der Cluster- oder der Diskriminanzanalyse können Merkmale und Variablen geordnet werden (vgl. Bahrenberg et al. 1992). Iterative Positionierungsverfahren wie die multidimensionale Skalierung (Kruskal/Wish 1978) oder Self-Organizing Maps (Kohonen 1995) helfen Ordnung in komplexen Strukturen zu erkennen.

Neben den statistischen spielen auch Methoden der Visualisierung eine wichtige Rolle für die Erkundung von angefallenen Daten. Dabei kann mit statischen Konzepten wie Karten und digitalen Oberflächen gearbeitet werden oder mit dynamischen, welche die Integration zusätzlicher Dimensionen erlauben. Mit 3D-Rotation oder der «3D grand tour projection», einem Verfahren, bei dem ein n-dimensionaler Raum schrittweise exploriert wird, in dem die verschiedenen Dimensionen wechselnd ausgetauscht werden (Asimov 1985; Swayne et al. 1998), können komplexe, mehrdimensionale Zusammenhänge visuell erkannt werden.

Mit dem ersten «Datenlesen» werden die in den Daten eingebetteten Strukturen und Zusammenhänge freigelegt. Im Gegensatz zum deduktiv-konfirmativen Vorgehen ist der explorative Ansatz offen für unerwartete Zusammenhänge und Erkenntnisse, wie sie in digitalen Aufzeichnungen von realen Handlungssituationen enthalten sind. Erst der explorative Zugang zu diesen Daten vermag deren Potenzial auszuschöpfen.

Die Exploration ist jedoch nur ein Schritt im hermeneutischen Erkenntnisprozess. Erkenntnisoffenheit ist zwar die Basis für das Aufspüren von Neuland, das naive Vertrauen auf empirische Eingebung ist jedoch kein geeigneter Ansatz für den Erkenntnisfortschritt. Nur wenn der thematische Kontext der Daten und ihrer Produktion erschlossen wird, können die entdeckten Zusammenhänge eingeordnet und mit bestehendem Wissen in Beziehung gesetzt werden. Vorwissen und Sachkenntnis schärfen den Blick für interessante Fährten und verdeckte Indizien. Oder wie

es George Bernhard Shaw einmal auf den Punkt gebracht hat: «Gedanken springen wie Flöhe vom einen zum anderen, aber sie beißen nicht jeden».

Auf Basis der Ergebnisse der explorativen Datenanalyse wird der zweite Schritt des hermeneutischen Zirkels eingeleitet. Unter Rückgriff auf theoretische Ansätze und bestehende wissenschaftliche Erkenntnisse werden die «Entdeckungen» bewertet und eingeordnet. Mit dem so gewonnenen erweiterten Vorverständnis werden die Daten ein zweites Mal gelesen. Mit geschärftem Blick und verfeinerten Kategorien werden die Daten erneut untersucht. Dabei können Hypothesen, die bei der ersten Datensicht aufgestellt wurden, mit verfeinerten Methoden überprüft und neue Fragen, die durch die Erweiterung des Verständnisses aufgeworfen wurden, an die Daten gestellt werden. Solange Datenanalyse und Verständniserweiterung zu einer Differenzierung der Kenntnisse führen, wird der hermeneutische Zirkel wiederholt.

3.2.3 Raummetaphern als Instrumente der Exploration

Das zentrale Arbeitswerkzeug der Forschung mit regionalen Mentalitäten in der Schweiz ist der «Raum der Weltanschauungen». Es handelt sich dabei um ein mehrdimensionales Modell der politischen Grundhaltungen. Zweck dieses Modells ist es, den abstrakten Wirklichkeitsbereich von Werten und Einstellungen zu konkretisieren und damit der Analyse zugänglich zu machen. Die Konkretisierung erfolgt durch die Umsetzung der genannten mentalen Kategorien in räumliche Kategorien. Der Raum dient als Metapher für die Darstellung von weltanschaulicher Nähe und Distanz. Auch wenn das so geschaffene Raummodell nur metaphorischen Charakter besitzt, ermöglicht es, abstrakte, mehrdimensionale Zusammenhänge zu visualisieren.

3.2.3.1 Raum als formaler Ordnungsraster

Die traditionelle Vorstellung von Raum ist die eines «Containers», der alle körperlichen Dinge der Welt enthält und dabei als Behälter selber objekthaften Charakter besitzt. Dieser Containerraum galt bis in die Zeit der raumwissenschaftlichen Geografie als einer der zentralen Forschungsgegenstände der Geografie. In der modernen Sozialgeografie wurde das Konzept des Containerraums jedoch zunehmend von einem relationalen Raumbegriff ersetzt (Werlen 1995). Im Sinne von Kant (1985 [1787]) wird Raum nicht mehr als gegenständlicher Behälter, sondern als Kategorie des Denkens und Wahrnehmens aufgefasst.

Raum ist ein Konzept, das Objekte miteinander in Beziehung stellen lässt, ohne jedoch selbst ein Objekt zu sein. Räumliche Kategorien wie Nähe, Distanz und

relative Lage können dabei auf beliebige Dinge materieller und immaterieller Natur angewendet werden. Raum ist in diesem Sinn ein formales Ordnungsraster. Laut Kant gehört Raum zu den Apriori des Denkens. Das heisst, Raum ist kein Wahrnehmungsinhalt, sondern Voraussetzung der Wahrnehmung. Es ist deshalb für einen Menschen auch nicht möglich, sich eine Welt ohne Raum vorzustellen. Als kognitives Werkzeug dient das Konzept des Raums dazu, die Sinneseindrücke zu ordnen und Distanzen und Relationen richtig abzuschätzen. Da Raum als kognitives Werkzeug losgelöst von der Objektwelt existiert, kann dieses auf beliebige abstrakte Vorstellungswelten angewandt werden. So werden beispielsweise die räumlichen Kategorien «oben» und «unten» dazu verwendet, soziale Gegensätze einzuordnen, auch wenn diese nicht im physischen Raum verortet sind.

Raum ist als formales Ordnungsraster für nicht physisch-räumliche Beziehungen sowohl in der Wissenschaft als auch im Alltag verbreitet. In der Mathematik ist beispielsweise von Zahlenräumen die Rede, und im Alltag benutzen wir räumliche Kategorien, um die Beziehung zwischen Menschen zu beschreiben. Man sagt: «Zwei Menschen stehen sich nahe», auch wenn die physische Distanz zwischen ihnen sehr gross ist.

Raum wird als kognitives Werkzeug von seinem konkreten Bezug gelöst und Ordnungsraster für nicht-materielle Gegenstandsbereiche verwendet. Analog dazu können wissenschaftliche Werkzeuge zur Erfassung und Analyse räumlicher Zusammenhänge von ihrem ursprünglichen Verwendungszweck gelöst werden. Das heisst, die kartografische Sprache, aber auch Geografische Informationssysteme können von ihrem erdräumlichen Bezug gelöst und auf metaphorische, abstrakte oder symbolische Räume übertragen werden.

3.2.3.2 Soziale Welt und Raummetaphern

Ein typischer Verwendungszweck von räumlichen Metaphern ist die Erfassung von sozialen und politischen Gegensätzen. So wird die soziale Stellung einer Person in einem Spektrum von «oben» nach «unten» eingeordnet, und politische Positionen werden typischerweise zwischen den Polen «links» und «rechts» aufgespannt. Forschungen der strukturalistischen Kulturosoziologie haben gezeigt, dass es eine «universelle, kulturübergreifende Sprache der sozialen Ungleichheit» gibt, indem gesellschaftliche Hierarchien überall mit vertikalen Polaritäten ausgedrückt werden (Schwartz 1981). Die Differenzierung der sozialen Welt in unterschiedliche Positionen, Einstellungen und Klassen lässt sich gut mittels räumlicher Modelle erfassen, welche soziale Positionen in der Art einer Landkarte in Beziehung zueinander setzen.

Obwohl räumliche Metaphern ein fester Bestandteil des gesellschaftlich-politischen Alltagsdiskurses sind, ist die Erfassung der sozialen Differenzierung als Raummodelle in den Sozialwissenschaften noch immer relativ selten. Die verbale und textliche Informationsvermittlung dominiert. Dabei stösst die gesprochene und geschriebene Sprache aufgrund ihrer linearen Struktur immer dann an Grenzen, wenn (mehrdimensionale) räumliche Zusammenhänge dargestellt werden müssen. Wie an einer Perlenschnur reihen sich Wörter aneinander, so dass mehrdimensionale Beziehungen für ihre Erfassung in einzelne lineare Sequenzen geteilt werden müssen. Mehrdimensionale Zusammenhänge lassen sich sprachlich nur schwer erfassen. Schon eine einfache Wegbeschreibung erfordert umständliche Erklärungen. Viel einfacher ist es, den Weg in einer Skizze grafisch darzustellen.

Weil sich mehrdimensionale Strukturen und Phänomene textlich nur schwer fassen lassen, Texte jedoch die bestimmende Kommunikationsform der Sozialwissenschaften sind, ist die Wahrnehmung dieser Strukturen und Phänomenen im sozialwissenschaftlichen Diskurs unterentwickelt (Bourdieu 1994 [1979]: 211f). Die allgemein gebräuchliche Form zur Kommunikation mehrdimensionaler Phänomene in den Sozialwissenschaften ist die Tabelle. Einzig in der Psychologie hat das «Mapping» von mentaler Nähe und Distanz eine lange Tradition. Seit einiger Zeit kann jedoch auch in den anderen Zweigen der Sozialwissenschaften ein Trend zur vermehrten räumlichen Repräsentation von Sachverhalten festgestellt werden (z.B. Bourdieu 1994 [1979]; Kitschelt 1994; Vester et al. 2001).

Im Vergleich zu geografischen Karten sind die Darstellungen räumlicher Modelle in den Sozialwissenschaften, die meist nicht über einfache Streudiagramme hinausreichen, häufig eher rudimentär. Sozialwissenschaftler verfügen in der Regel nicht über Kenntnisse der Potenziale von GIS und Kartografie. Umgekehrt fehlt auf der Seite von Geografie und Kartografie häufig das Bewusstsein, dass ihre Instrumentarien als Kommunikationsmittel losgelöst vom Erdraum eingesetzt werden könnten. Um diese Lücke zu schliessen, bedarf es eines gegenüber der heutigen Vorstellung verallgemeinerten Kartenbegriffs.

3.2.3.3 Das Konzept der Karte

Um zu einem allgemeineren und offeneren Kartenbegriff zu gelangen, müssen als erstes die Eigenheiten einer kartografischen Darstellung herausgeschält werden. Ältere Definitionen betonen, dass Karten einen vereinfachten und verkleinerten Ausschnitt der Erdoberfläche als Grundrissbild in einer Ebene abbilden. Neuere Definitionen zählen zusätzlich Dimensionalität und Ausrichtung an einem geodäti-

schen Koordinatensystem, die Darstellung von räumlichen Beziehungen zwischen Objekten sowie die Symbolisierung von Information mittels grafischer Zeichen zu den Charakteristiken von Karten (vgl. Witt 1979, Dorling/Fairbairn 1997). Entkleidet man den Kartenbegriff von seiner Fixierung auf den Erdraum, so kann das Konzept Karte wie folgt umschrieben werden:

Eine Karte ist eine planimetrische Darstellung und dient der Kommunikation von räumlichen Informationen und Zusammenhängen. Karten sind generalisiert. Die Kartenobjekte werden durch konventionelle grafische Zeichen wiedergegeben. Ihre Verortung wird möglich durch Einordnung in ein Netz von Koordinaten, die durch Raumdimensionen gegeben sind. Eine grosse Stärke des Konzeptes Karte ist das Layer-Prinzip, d.h., dass verschiedene thematische Ebenen übereinander gelegt werden können, indem sie aufgrund ihrer Symbolisation unterschieden werden.

Der derart verallgemeinerte Kartenbegriff kann für die Darstellung sozialer Relationen eingesetzt werden. Wie die geografische ist auch der soziale Raum, der eine grosse Menge an heterogenen und unregelmässig angeordneten Objekten (z.B. Berufe, Bildungsabschlüsse, Lebensstile oder Werte) gekennzeichnet. Eine Karte kann in beiden Arten von Räumen zu einem besseren Verständnis von Strukturen und Zusammenhängen führen. Entscheidend ist dabei, dass der soziale Raum zwar eine komplexe Fülle von relationalen Beziehungen aufweist, die jedoch durch relativ wenige Dimensionen beschreiben werden können. Bereits mit eindimensionalen Raummodellen (links-rechts oder oben-unten) können wesentliche gesellschaftliche Differenzierungen erfasst werden.

Mit zwei- bis dreidimensionalen Modellen wie beispielsweise dem Sozialen Raum von Bourdieu (1994) oder dem Raum der Weltanschauungen (Hermann/Leuthold 2001c) können bereits die grundlegenden gesellschaftlichen Differenzierungsachsen abgebildet werden.

3.2.3.4 Kartografie und «Spatialization»

Bereits in den 1960er Jahren wurde in der Kartografie die Aufweichung des herkömmlichen Kartenbegriffs eingeleitet. Diese Aufweichung umfasste jedoch nur eine Flexibilisierung der Geometrie und rüttelte nicht an der erdräumlichen Verankerung des Koordinatensystems. Bei der Darstellungsform des Kartogramms wird die Raumgeometrie so verzerrt, dass die Fläche der dargestellten Raumeinheiten, dem Wert der dargestellten Variable entspricht. So werden zum Beispiel die Länder eines Kontinents gemäss ihrer Einwohnerzahl vergrössert oder verkleinert dargestellt (Dorling/Fairbairn 1997: 147f.). Auch die so genannten Mental Maps weichen von

der objektiv messbaren Raumgeometrie ab. Sie zeigen die Vorstellung, die davon in den Köpfen der Menschen besteht (Downs/Stein 1982). Beide kartografischen Darstellungsformen, Kartogramme und Mental Maps, verzichten auf die geometrische Genauigkeit und die Lagetreue der Objekte. Das Bezugssystem Erdrum bzw. Erdoberfläche wird jedoch beibehalten.

Der Schritt weg vom erdräumlichen Bezugssystem ist erst in jüngster Zeit erfolgt. Unter dem Namen «Spatialization» werden Methoden und Ansätze summiert, die kartografische Konzepte auf metaphorische Räume übertragen. Es geht dabei um die Entwicklung geeigneter Darstellungsformen und ebenso um die Frage, wie kartografische Darstellungen von nicht-erdräumlichen Zusammenhängen von Kartenlesern und -leserinnen überhaupt wahrgenommen und verstanden werden. Spatialization bildet somit die methodische Grundlage für die kartografische Darstellung von mehrdimensionalen sozialen Zusammenhängen.

Der thematische Schwerpunkt der Spatialization-Forschung liegt gegenwärtig bei der kartografischen Darstellung der Inhalte grosser Datenbanken (z.B. Card et al 1999; Fabrikant 1999; Skupin/Fabrikant 2003). Spatialization hilft dabei nicht nur, inhaltliche Ähnlichkeitsbeziehungen auszumachen, ebenso bedeutend ist bei einer Karte als Datenbankinterface die Möglichkeit des Zoomens zwischen verschiedenen Massstabsebenen. Dadurch können interaktiv verschiedene Level-of-Detail fokussiert werden.

3.2.3.5 Voraussetzungen für Konstruktion und Visualisierung

Metaphorische Räume sind konstruierte Räume. Ihre Struktur und Dimensionalität besteht nicht von vornherein, sondern muss im Laufe des Forschungsprozesses entwickelt werden. Bereits in der klassischen Kartografie hat die Wahl der Projektion Konsequenzen für die Darstellung, beim Arbeiten mit metaphorischen Räumen ist die Raumkonstruktion jedoch weit stärker durch subjektive Entscheide bestimmt. Dazu gehören die Datenbasis, die Methode und bei der gewählten Methode schliesslich auch die Festlegung der Parameter. Bei einer metaphorischen Raumdarstellung kann deshalb nie derselbe gesellschaftliche Konsens erzielt werden wie bei einer Darstellung der Erdoberfläche. Die Universalität von metaphorischen Karten bleibt im Vergleich zu topografischen Karten immer beschränkt. Zeigen sich allerdings persistente und dominante Strukturen, die in verschiedenen Analysen immer wieder auf ähnliche Weise reproduziert werden, so können die entsprechenden metaphorischen Räume durchaus zu einem breit einsetzbaren Kommunikationsmittel werden. Ein Beispiel hierfür ist der soziale Raum, wie er ursprünglich von Bourdieu (1994

[1979]) entwickelt und seither auf Basis unterschiedlichster Datenquellen reproduziert wurde (z.B. Vester et al 2001) und dabei zu einem grundlegenden Konzept der Sozialwissenschaften geworden ist.

Metaphorische Räume werden mit dimensionsreduzierenden Verfahren wie der Faktoren- oder der Korrespondenzanalyse oder mit Positionierungsverfahren wie der multidimensionalen Skalierung (MDS) erzeugt. Eine erste Verbreitung fanden diese Verfahren in den 1960er Jahren mit der Entwicklung der Computertechnologie. Bereits damals wurde die Darstellung von mehrdimensionalen Beziehungsverhältnissen als «Mapping» bezeichnet, Konzepte und Sprache der Kartografie wurden jedoch nicht in aller Konsequenz angewandt. Die Maps blieben meist auf dem Darstellungsniveau eines einfachen Streudiagramms und hatten somit eher den Charakter von Diagrammen als von Karten. Die hohen technischen Ansprüche an die Informationsverarbeitung dieser Zeit führten dazu, dass das Mapping vor allem von technisch-methodischer Seite vorangetrieben wurde und eine Verankerung in den sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen ausgeblieben ist.²² Die im Kapitel zur «Hermeneutik quantitativer Daten» geforderte Rückführung der empirischen Erkenntnisse in den fachtheoretischen Kontext blieb deshalb aus. Der Erfolg des Konzepts von Raummetaphern in den Sozialwissenschaften hängt von der erfolgreichen Verbindung der Methoden der Statistik und Visualisierung mit den inhaltlichen Fragestellungen in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen ab.

3.2.4 Hermeneutische Analyse der politisch-mental Topografie

Das Konzept der «Hermeneutik quantitativer Daten» und das Werkzeug der metaphorischen Raumdarstellung bilden die methodischen Eckpunkte, deren Potenzial und Bedeutung in den vorangegangenen methodentheoretischen Ausführungen dargelegt wurden. Im folgenden Abschnitt soll eine Brücke geschlagen werden zwischen den theoretischen Betrachtungen zu den verwendeten Methoden und der Darstellung des konkreten methodischen Vorgehens in den nächsten Kapiteln.

3.2.4.1 Zwischen Datenanalyse und sozialtheoretischer Interpretation

Das Datenfundament für die Analyse regionaler Mentalitäten bilden die Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen in den Gemeinden der Schweiz. Diese Messgrößen entstehen, da in der Schweiz die Auszählung von Wahl- und Abstimm-

²² Ausnahme bildet die Psychologie, wo die Faktoranalyse für die Persönlichkeitsforschung seit den 1950er-Jahren eine zentrale Rolle spielt (Bortz 1993: 475).

mungsergebnissen auf Stufe der Gemeinden erhoben werden. Seit 1981 werden die kommunalen Abstimmungsergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BfS) zentral gesammelt und für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um den Datentyp der «ausserwissenschaftlich erhobenen Daten». Die Daten werden nicht für wissenschaftliche Zwecke erhoben, sondern es sind Protokolle politischer Handlungen, die zu Dokumentationszwecken aufgezeichnet werden. Als digitale Spuren realer Alltagshandlungen sind sie Forschungsmaterial für einen induktiv-hermeneutischen Forschungszugang.

Im Wesentlichen können acht Umgänge eines hermeneutischen Zirkels ausgemacht werden zur inhaltlichen Erschliessung und Durchdringung dieser Datenbasis. Es handelt sich dabei um eine Iteration zwischen Datenanalyse (A) und Erweiterung des Datenverständnisses (V). Am Ende der Analyse steht eine dynamische politisch-mentale Topografie, deren innere Strukturierung auf den Kontext des globalen gesellschaftlichen Wandels wie auch auf lokale sozialräumliche Differenzierungsprozesse zurückgeführt werden kann.

1. Schritt (A) – «unvoreingenommene» Datenexploration: Mit der Methode der explorativen Faktorenanalyse werden die Abstimmungsergebnisse in den Gemeinden analysiert. Die grosse Zahl der Variablen wird dabei auf wenige latente Faktoren reduziert. Dadurch werden die persistenten und dominanten Strukturen sichtbar. Das Resultat der explorativen Analyse ist eine stabile, orthogonale dreidimensionale Raumstruktur.

2. Schritt (V) – Erweiterung des Daten- und Kontextverständnisses. In diesem Analyseschritt gilt die Aufmerksamkeit dem Kontext der Datenproduktion und der semantischen Dimension der Daten. Dies bedingt zum einen eine Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Debatten zur Institution der direkten Demokratie. Zum andern werden mit qualitativen Text- und Inhaltsanalysen die Themenfelder der politischen Auseinandersetzung bestimmt. Hierfür werden die im Abstimmungskampf vorgebrachten politischen Ziele und Argumente kategorisiert.

3. Schritt (A) – Zuordnung politischer Ziele zu den Abstimmungen und Faktoren: Die inhaltsanalytisch bestimmten politischen Ziele werden den einzelnen Abstimmungen zugeordnet. Auf Basis der Faktorladungen der Abstimmungen werden die politischen Ziele ausserdem auf die Faktoren übertragen.

4. *Schritt (V) Interpretation und Benennung der Faktoren:* In einer schrittweisen Reduktion, Abstraktion und Generalisierung werden die drei Dimensionen benannt. Mit Rückgriff auf theoretische Konzepte von Macht und Ohnmacht (Giddens 1995 [1984]), Produktion und Reproduktion (Bourdieu 1994 [1979]) und der Ambivalenz des Mensch-Natur-Verhältnisses (Bischof 1997) werden die drei Dimensionen als tiefer liegende gesellschaftliche Dichotomien interpretiert. Die drei orthogonalen Dimensionen bilden den Raum der Weltanschauungen.

5. *Schritt (A) – Modellieren der politischen Landschaften:* Die Raumeinheiten (Gemeinden) werden aufgrund ihrer Faktorenwerte im Raum der Weltanschauungen positioniert. Mit GIS-Werkzeugen wird die Verteilung der Bevölkerung im Raum der Weltanschauung geschätzt und als Dichteoberfläche modelliert. Diese Dichteoberfläche wird mittels kartografischen Layer-Konzepts als politische Landschaft visualisiert.

6. *Schritt (V,A) – Erkunden des politischen Raumes:* In diesem Schritt stehen die Datenproduzenten im Zentrum. Wer sind die Stimmbürger? Welche politisch-gesellschaftlichen Lager zeigen sich? Welche gesellschaftlichen Konfliktlinien und Gräben lassen sich erkennen? Welche regionalen Disparitäten zeigen sich im politischen Raum? Dieser Schritt ist selber wiederum in kleinere zirkuläre Analysen von wechselseitiger Datenanalyse und theoretischer Interpretation gegliedert. Zum einen werden weitere Informationen (Daten) über die Gemeinden aus den Volkszählung zur Analyse beigezogen, zum anderen werden die Ergebnisse auf der Basis von theoretischen Konzepten zur Sozialstruktur und Mentalität, zum Einfluss des kulturellen Erbes auf die politische Mentalität und zum Zusammenhang von sozial-räumlicher Differenzierung und politisch-mentaler Differenzierung analysiert.

7. *Schritt (A) – Integration einer temporalen Dimension:* Um die Statik von Sozialtopologien und Raummetaphern aufzubrechen, wird dem Raum der Weltanschauungen eine zeitliche Dimension beigelegt. Mit dem neu entwickelten zeitlichen Interpolationsverfahren können die Veränderungen in der politisch-mental Topografie der Schweiz modelliert und visualisiert werden.

8. *Schritt (V) – Gesellschaftlicher Wandel, sozialgeografischer Wandel und politischer Wandel:* Der festgestellte Wandel in der politisch-mental Topografie der Schweiz, wird gestützt auf empirische Analysen zum sozialräumlichen Wandel,

vertieft analysiert. Mit Rückgriff auf theoretische Arbeiten zum räumlichen Strukturwandel (z.B. Taylor 2004; Scott 2001), zum gesellschaftlichen Wandel (z.B. Beck 1983; Giddens 1995 [1990]; Inglehart 1977) und zum politischen Wandel (z.B. Kitschelt 1994) werden die Verschiebungen in der politisch-mental Topografie als Zusammenwirken dieser verschiedenen Faktoren erklärt.

3.2.4.2 «Ground truth» und Einbezug von Alltagsexperten

Das Prinzip des hermeneutischen Zirkels besteht in einem Wechselspiel von Datenanalyse und Erweiterung des Datenverständnisses. Die acht Hauptschritte dieses Zirkels zur Erforschung der regionalen politischen Mentalitäten in der Schweiz wurden im vorangegangenen Abschnitt dargelegt. Wie beim 6. Schritt gezeigt, kann ein solcher Zirkel selber durch weitere Unterzirkel ergänzt werden. Der zirkuläre Prozess ist nicht eindimensional und stetig, sondern spielt sich auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Dimensionen ab.

Eine für diese Forschungsarbeit besonders wichtige Dimension des hermeneutischen Zirkels geht über den wissenschaftlichen Rahmen im engeren Sinn hinaus. Mit der Präsentation der Forschungsergebnisse in einer Vielzahl von Gutachten, Vorträgen und Zeitungsartikeln wurden diese von einem breiten ausserwissenschaftlichen Personenkreis rezipiert und kommentiert. Durch dieses kommunikative Engagement wurde deshalb nicht nur der Wissenstransfer befördert, sondern die Forschungsergebnisse konnten einer Art «ground truth» bei den Datenproduzenten unterzogen werden.²³

In diesem Sinne wurde der hermeneutische Zirkel durch das Wechselspiel zwischen wissenschaftlicher Analyse und praktischer Prüfung um eine Dimension erweitert.

Der Raum der Weltanschauungen und die politischen Landkarten sind bei Personenkreisen aus dem gesamten politischen Spektrum auf Akzeptanz gestossen. Was als wichtiges Indiz dafür gewertet werden kann, dass der Einfluss der persönlichen ideologischen Perspektive der Forschenden zu keinem gravierenden Bias bei der Modellkonstruktion geführt hat. Mögliche Quellen für Milieuverzerrungen sind jedoch nicht nur die politische, sondern ebenso die sozial- und kulturellräumliche Position der Forschenden. Zum «ground truth» haben deshalb ebenfalls Präsentationen der Forschung in unterschiedlichen sozialen Milieus und Regionen der Schweiz beigetragen. Die überzeugendste Art der Modellvalidierung bildete dabei die Tatsache, dass die ausserwissenschaftlichen Rezipienten jeweils die Kategorien und

²³ Als « ground truth» wird in der Satellitenfernerkundung und in Geoinformatik die Überprüfung der digital erfassten und modellierten Informationen durch Feldbegehungen und -messungen bezeichnet.

Begriffe des Raumes der Weltanschauungen schnell verinnerlicht haben und mit ihnen ihrerseits aktiv zu argumentieren wussten.

Die «Rückverankerung» der erarbeiteten Modelle und Ergebnisse bei den Datenproduzenten – den politischen Akteuren – dient jedoch nicht nur als Werkzeug der Ergebnisvalidierung, sondern trägt nicht unwesentlich zur Erweiterung des Datenverständnisses bei. Politische Akteure vom Gemeindepolitiker bis zum Bundesrat, aber auch Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ohne politisches Amt, haben mit ihren Reaktionen zur Überprüfung der Stimmigkeit und der Verständlichkeit des Modells beigetragen. Im Gespräch mit den Alltagsexperten konnten Unstimmigkeiten bei der Begriffswahl und Missverständlichkeiten bei der grafischen Repräsentation behoben werden. Fragen und Reaktionen führen ausserdem immer wieder zu neuen Ideen und Hypothesen, die in die Analyse integriert werden konnten. Von vielen Gesprächspartnern wurde lokales Wissen über regionale Partikularitäten vorgebracht, welche die Details der Struktur der quantitativ bestimmten politischen Ordnung erklären können. Diese Iteration von analytischer Modellentwicklung und diskursiver Überprüfung führte zu einer stetigen Weiterentwicklung des begrifflichen Systems und des Modells des Raumes der Weltanschauungen insgesamt.

3.3 Analytische Konstruktion des Raums der Weltanschauungen

In den Resultaten der eidgenössischen Volksabstimmung steckt eine Vielzahl von Informationen über Werthaltungen und politische Mentalitäten. Damit diese Informationen operabel eingesetzt und mit den Indikatoren des sozialen und des sozialräumlichen Wandels verglichen werden können, braucht es eine Verdichtung und eine Generalisierung dieser Information auf eine geringere Anzahl unabhängiger und aussagekräftiger Dimensionen. Die drei Dimensionen des Raums der Weltanschauungen sind das Resultat einer solchen Verdichtung und Generalisierung. Methodisch lehnt sich die Konstruktion des Raumes der Weltanschauung an die Verfahren der ökologischen Abstimmungsforschung an (vgl. Kapitel 3.1.5). Ausgehend von den Kritiken am Ansatz und den bisherigen Arbeiten wurden in Kapitel 3.1.6 die Anforderungen und methodischen Innovationen für eine Neuauflage formuliert, die es zu realisieren gilt. Es sind dies im Wesentlichen die folgenden fünf Punkte:

- Verwendung eines tiefen Aggregationsniveaus (Gemeinden),
- inhaltliche Analyse der Abstimmungsinhalte und der Abstimmungskämpfe,
- Einbettung in einen theoretischen Begründungszusammenhang,
- Mapping zum Zwecke der Interpretation und der vergleichenden Analyse,
- Erweiterung der Faktorenanalyse um eine zeitliche Dimension.

Das Modell des Raumes der Weltanschauungen wurde von Michael Hermann und Heiri Leuthold mit der nachfolgend beschriebenen Methode entwickelt und publiziert (Hermann/Leuthold 2001c). Es wurden dabei alle 158 zwischen 1981 und 1999 durchgeführten eidgenössischen Volksabstimmungen verwendet. Für die weiterführenden vergleichenden Analysen wurde der Datensatz um 60 zwischen 2000 und 2005 durchgeführte Abstimmungen aktualisiert und das Modell mit derselben Methode neu berechnet.

3.3.1 Induktiv-hermeneutische Perspektive

Das Ziel der meisten Analysen von Volksabstimmungen ist die Erklärung des Stimmverhaltens der Ja- und der Nein-Stimmenden. Das Stimmverhalten wird dabei häufig auf bekannte Cleavages wie zum Beispiel den Graben zwischen Stadt und

Land zurückgeführt.²⁴ Politische Konfliktlinien werden folglich mittels *deduktiven* Schlüssen aus der gesellschaftlichen Differenzierung abgeleitet. In dieser Arbeit wird eine konträre Perspektive eingenommen. In einem *induktiv*-hermeneutischen Prozess werden politische Meinungsäusserungen untersucht, um grundlegende gesellschaftliche Konflikte und gegensätzliche Wertorientierungen aufzuspüren. Das was in deduktiven Ansätzen Ziel der Erklärung ist, nämlich das Stimmverhalten, stellt hier die Ausgangslage dar. Abstimmungsergebnisse werden als Indikatoren zur Bestimmung der ihnen zu Grunde liegenden Weltanschauungskonflikte verwendet, ohne dass diese Konflikte a priori inhaltlich oder zahlenmässig festgelegt werden.

3.3.1.1 Abstimmungen als Indikatoren

Dass sich eidgenössische Volksabstimmungen zur Erschliessung von grundlegenden Dimensionen der Weltanschauung eignen, liegt an den direktdemokratischen Instrumenten Referendum und Initiative (vgl. Kapitel 3.1.1.1): Über jedes politische Thema, das die Gesellschaft spaltet, wird früher oder später abgestimmt. Abstimmungen können losgelöst von ihrer politischen Funktion – der direkten Mitbestimmung der Bürger – als eine besondere Art von Meinungsumfragen betrachtet werden. Sie unterscheiden sich jedoch in wesentlichen Punkten von normalen Umfragen: Volksabstimmungen bestehen aus sehr grossen, regional fein aufgelösten Daten und basieren auf realen Situationen, was die Verbindlichkeit der geäusserten Meinungen erhöht. Andererseits treten wie bei normalen Umfragen auch bei Volksabstimmungen systematische Verzerrungen der Repräsentativität auf, die durch Nichtteilnahme hervorgerufen werden. Einschränkend wirkt die Tatsache, dass es sich um Aggregatdaten handelt, die nicht beliebige Rückschlüsse auf individuelles Verhalten erlauben. Dies betrifft besonders den Zusammenhang von spezifischem Verhalten und Personenmerkmalen, die nicht räumlich segregiert auftreten, wie Geschlecht, Alter oder Zivilstand.²⁵ Ein weiterer Unterschied ist, dass Abstimmungsfragen dem politischen Alltag entspringen und nicht aus Hypothesen abgeleitet sind, was zwar konfirmatorische Aussagen verunmöglicht, es andererseits aber ermöglicht, Zusammenhänge aufzudecken, die nicht aus den vorgängigen theoretischen Überlegungen abgeleitet worden sind. Keinen direkten Zugang erhält man zu den Motiven, die zu einem Stimmentscheid führen, diese sind in hier aber auch nicht von Belang. Die aufge-

²⁴ Vergleiche hierzu die Ausführungen zu den Zielsetzungen und Schliessrichtungen in der Abstimmungsforschung in Kapitel 3.1.2 «Themen der Abstimmungsforschung» und 3.1.3 «Abstimmungen als Forschungsgegenstand».

²⁵ Zu den methodischen Problemen von Aggregat- und Individualdatenanalysen vgl. Kapitel 3.1.1.6.

zählten, besonderen Eigenschaften der Datenbasis und der induktive Zugang erfordern eine schrittweise, theoriegeleitete Abstraktion der politischen Konflikte von ihren Inhalten hin zu den Gradienten der mentalen Differenzierung.

Die Datengrundlage für die Analyse bilden die Volksabstimmungen seit 1981. In einer ersten Hauptanalyse flossen alle 158 Abstimmungen bis 1999 in die Untersuchung ein.²⁶ Mit der grossen Zeitspanne wird erreicht, dass die beständigen und prägenden Mentalitätsunterschiede in den Regionen, Gemeinden und Städten der Schweiz und nicht tagespolitische Ereignisse oder Konflikte um einzelne Sachfragen zum Ausdruck kommen.

Das methodische Vorgehen lehnt sich an den älteren Arbeiten zur ökologischen Abstimmungsforschung an (vgl. Kapitel 3.1.5), unterscheidet sich aber durch einen induktiven Zugang, durch das Aggregationsniveau der Analyse und die Verknüpfung von quantitativer Faktorenanalyse und qualitativer Inhaltsanalyse zu einem integriert qualitativ-quantitativen Verfahren von diesen.

Mit der Faktorenanalyse (vgl. z.B. Bahrenberg et al. 1992) werden auf rein statistischer Basis Verwandtschaften zwischen Abstimmungsvorlagen ermittelt und mit Hilfe dieser Korrelationen die grundlegenden Konfliktlinien extrahiert. Diese Konfliktlinien sind vorerst bedeutungs- und namenlos. Zur Feststellung ihrer Bedeutung bedarf es einer inhaltlichen Identifizierung der an der Urne ausgetragenen Konflikte. Deshalb wurde parallel zur Faktorenanalyse die politische Debatte zu jeder einzelnen Abstimmungsvorlage analysiert. Daraus resultierte ein induktiv hergeleiteter Katalog allgemeiner und spezieller politischer Ziele, die im Abstimmungskampf für oder wider eine Vorlage ins Feld geführt wurden. Die Integration der politischen Zielkonflikte in die Faktorenanalyse ist die Grundlage zur Benennung der Faktoren als weltanschauliche Konfliktachsen bzw. als Dimensionen der Weltanschauung.

3.3.1.2 Benennung und Mehrdimensionalität

Die extrahierten Faktoren werden als Komponenten der Weltanschauung betrachtet. Weil politische Gesinnungen, Wertorientierungen oder Einstellungen rein mentale Phänomene sind, wird bei der Benennung der Faktoren mit Kategorien und Begriffen gearbeitet, mit denen sich Mentalitäten wirklich beschreiben lassen. Hierfür eignen sich die gebräuchlichen Bezeichnungen für Cleavages nicht, denn diese bezeichnen die Träger der Konflikte, nicht aber die Wertkonflikte selber. So sagt uns die Bezeichnung Stadt-Land-Konflikt oder eine Klassen-Cleavage zwar etwas darüber aus,

²⁶ Es handelt sich dabei um die Abstimmungen Nr. 306–464 gemäss Zählweise des Bundesamtes für Statistik.

welche gesellschaftlichen Gruppen mobilisiert und politisiert werden, aber es geht nicht aus der Bezeichnung hervor, welche gegensätzlichen Werte sich dahinter verbergen, und auch nicht, welche divergenten Deutungsmuster den politischen Konflikt auslösen.

Eine besondere Berücksichtigung verdient die Tatsache, dass Weltanschauung keine diskrete Grösse ist, sondern ein mehrdimensionales Kontinuum. Es gibt nicht einfach nur links und rechts, sondern eine Weltanschauung kann mehr oder weniger links sein und sie kann aus mehr als nur einer Komponente bestehen, so dass es neben einer linken auch eine linksliberale oder linkskonservative Weltanschauung gibt. Diesem Umstand wird Rechnung getragen, indem die Weltanschauung als mehrdimensionaler Merkmalsraum modelliert wird. Es werden dabei Zusammenhänge, Interdependenzen und Konflikte sichtbar, die bei einer bipolaren Beschreibung von Konflikten gar nicht festgestellt werden könnten.

3.3.2 Konstruktion des Raums der politischen Ziele

Grundlage für die Erfassung der weltanschaulichen Konflikte ist der Raum der politischen Ziele. Die Konstruktion dieses Raums erfolgt in drei Teilschritten: Der erste Schritt ist die statistische Analyse der Abstimmungsergebnisse zum Zweck der Reduktion der Dimensionen. Mit einer Faktorenanalyse wird bestimmt, welche statistischen Verwandtschaften zwischen den Abstimmungen bestehen. Dazu werden die Ja-Stimmen-Anteile der rund 3000 Gemeinden der Schweiz verglichen. Mit Hilfe der Faktorenanalyse kann entschieden werden, wie viele unabhängige Konfliktlinien (Faktoren) hinter den Abstimmungen stehen. Der zweite Schritt erfolgt unabhängig vom ersten. In einer inhaltlichen Analyse der Argumente von Gegnern und Befürwortern werden für jede Abstimmung die mit Annahme oder Ablehnung angestrebten politischen Ziele eruiert und systematisch zugeordnet. Im dritten Schritt werden die Ergebnisse der beiden ersten Schritte integriert. Die statistisch ermittelten Konfliktlinien werden hierfür zu einem mehrdimensionalen Raum zusammengefügt, indem die Lage der politischen Ziele abgebildet wird.

3.3.2.1 Kategorisierung der Abstimmungen

Abstimmungen können nach unterschiedlichen Kriterien kategorisiert werden. Eine nahe liegende Möglichkeit ist die Ordnung nach Politikbereichen (Aussenpolitik, Sozialpolitik, Verteidigung usw.). Dies ist für die Analyse von politischen Konfliktfeldern jedoch nicht sachdienlich, da Politikbereiche durch unterschiedliche Gegen-

sätze charakterisiert sein können. Zugang zu den interessierenden Konflikten erhält man über die mit den Vorlagen assoziierten politischen Ziele. Diese geben Aufschluss über die Haltung von Befürwortern und Gegnern und über den Konfliktstoff, der in einer Sachvorlage eingelagert ist.

Zugriff zu den politischen Zielen erhält man über die Debatte, die im Vorgang zu einer Volksabstimmung über die Vorlage geführt wird. Mit einer Inhaltsanalyse der Pro- und Kontra-Argumente können die politischen Ziele kategorisiert und den einzelnen Vorlagen zugeordnet werden. Als Quellen für die Inhaltsanalyse werden die Informationsbroschüren der Bundeskanzlei für die Stimmberechtigten – die sogenannten «Bundesbüechli» – verwendet.²⁷ Diese enthalten auf knappem Raum die wichtigsten Argumente von Gegnern und Befürwortern der Vorlage.²⁸ Durch ihre formalisierte, im Verlauf der letzten dreissig Jahre weitgehend unveränderte inhaltliche Struktur erlauben sie eine systematische und effiziente Analyse auch einer grossen Anzahl von Volksabstimmungen.

3.3.2.2 Katalog der politischen Ziele

Das Resultat der Inhaltsanalyse ist ein Katalog von politischen Zielen. Er unterscheidet drei Typen von Zielen: wertorientierte Ziele, institutionelle Ziele und Sachziele. Diese Einteilung wird der Tatsache gerecht, dass in den Kontroversen im Vorfeld von Abstimmungen auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen argumentiert wird. Die abstrakteste Ebene wird bei Grundsatzdiskussionen angesprochen, wenn auf Werte und Ideale verwiesen wird. Die mittlere Ebene bilden Argumentationen über die Ausgestaltung von Institutionen und Regeln zum Erreichen bestimmter allgemeiner Ziele. Die konkreteste Ebene bilden schliesslich Sachdiskussionen, bei denen es um einzelne politische Massnahmen geht. Zu ein und derselben Vorlage – nehmen wir als Beispiel die Einführung einer Mutterschaftsversicherung – kann auf allen drei Ebenen argumentiert werden. Auf der wertorientierten Ebene werden allgemeine Ideale wie «selbstbestimmter Lebensstil» oder «soziale Wohlfahrt» ins Feld geführt. Die institutionelle Ebene betrifft die Forderung nach «Reform des Sozialversicherungssystems». Auf der Sachebene liegt schliesslich das konkrete politische Ziel «rechtliche Gleichstellung der Frau».

²⁷ Die Broschüren und weitere Angaben zu den Volksabstimmungen finden sich unter: <http://www.admin.ch/ch/d/pore>; Zugriff vom 30. Juni 2006.

²⁸ Bei fakultativen Referenden oder Volksinitiativen enthalten die Broschüren die Argumente der entsprechenden Komitees, bei obligatorischen Abstimmungen diejenigen der Minderheitspositionen im Parlament, die im Kontrast zur Haltung des Bundesrats stehen.

In jeder Argumentation, sei sie Pro oder Kontra, spiegeln sich Präferenzen und damit auch Werthaltungen. Bereits im Abstimmungskampf wird teilweise das vollzogen, was wir mit unserer Analyse bezwecken, nämlich die Verbindung von Abstimmungsvorlagen mit Werthaltungen. Im politischen Diskurs wird von Sachkonflikten auf grundlegende Weltanschauungen abstrahiert und zwar vor allem dann, wenn mit wertorientierten Zielen argumentiert wird. Diesen kommt in der Analyse deshalb eine besondere Bedeutung zu.

wertorientierte Ziele		institutionelle Ziele	
soziale Wohlfahrt	20	institutionelle Reformen	34
(bzw. wirtschaftliche Eigenverantwortung)		Föderalismus (bzw. Zentralismus)	11
Schutz der natürlichen Umwelt	11	Handels- u. Unternehmensfreiheit	9
Recht und Ordnung (bzw. Autoritätskritik)	11	überschaubare Institutionen	5
Abrenzung gegen Fremde (bzw. Integration)	10	Förderung des Wettbewerbs	4
nationale Unabhängigkeit (bzw. Öffnung)	8	direkte Demokratie (bzw. Parlamentarismus)	4
militärische Verteidigung (bzw. Pazifismus)	8	Ausgaben reduzieren	2
traditioneller (bzw. selbstbest.) Lebensstil	8		
technische Machbarkeit	7		
insgesamt zugeordnet	83	insgesamt zugeordnet	69
Sachziele			
Landschaftsschutz	17	europäische Integration	4
Strassenverkehr	16	Tierschutz	4
naturnahe Nahrungsmittel	8	Konsumentenschutz	3
Arbeitnehmerschutz	8	Atomenergie	3
Schutz des Einheimischen	8	Gesundheitsschutz/Prävention	3
Ökosteuern	7	Energie sparen	3
Schienenverkehr	6	Drogenliberalisierung	3
rechtliche Gleichstellung der Frau	6	Bankenmacht reduzieren	3
Schutz des Bauernstandes	6	Zivildienst	2
Kulturförderung	4	Genschutz	2
		insgesamt zugeordnet	116

Tabelle 3-1: Katalog der politischen Ziele in eidgenössischen Abstimmungsvorlagen von 1981 bis 1999 und Häufigkeit ihrer Zuordnung (Hermann/Leuthold 2001c)

Der Katalog ist kein abschliessendes System von politischen Zielen, sondern er bezieht sich nur auf die untersuchten Vorlagen. Die Zuordnung der Vorlagen erfolgte in einem iterativen Verfahren. Nach einer ersten Zuordnung wurden die Kategorien verfeinert und die Zuordnung erneut durchgeführt. Dieser Kreislauf wurde mehrmals wiederholt.

Da die einzelnen Abstimmungen die Funktion von Indikatoren haben, beschränkte sich die Zuordnung eines Ziels zu einer Vorlage auf jene Vorlagen, die ein bestimmtes Ziel gut und klar repräsentieren und somit als Indikator tauglich sind. Die Inhaltsanalyse der Abstimmungsbroschüren wurde im mit den 158 Abstimmungs-

vorlagen zwischen 1981 und 1999 durchgeführt. Bei 12 Vorlagen wurde auf eine Zuweisung verzichtet.

3.3.2.3 Faktorenanalyse und Integration der politischen Ziele

Als Datenbasis für die quantitative Analyse dienten die Ja-Stimmenanteile der 158 in den Jahren 1981 bis 1999 durchgeführten eidgenössischen Abstimmungen in den rund 3000 Gemeinden der Schweiz. Das Resultat der Faktorenanalyse waren drei dominante Faktoren, die einen summierten Eigenwert von 75.1 besitzen und damit 47.5% der Gesamtvarianz aller Abstimmungen auf sich vereinen. Die Eigenwerte der einzelnen Faktoren geben an, wie viel jeder Faktor am gesamten Modell beiträgt, d.h., welchen Anteil der gemeinsamen Varianz ein Faktor erklärt. Auch wenn der vierte Faktor und die folgenden durchaus einen gewissen Anteil der gemeinsamen Varianz beschreiben, ist ihr Erklärungsanteil im Vergleich zu den drei ersten zu gering, um sie in das Modell der politischen Weltanschauung aufzunehmen. Nach einer orthogonalen VARIMAX-Rotation sind die drei Faktoren ähnlich stark, d.h., sie vereinen jeder einen ähnlich hohen Anteil der Varianz auf sich (17.7%, 15.9% und 13.9%). Dies lässt darauf schliessen, dass der Grossteil der in der Untersuchungsperiode an der Urne ausgefochtenen politischen Konflikte zu gleichen Teilen entlang von drei Konfliktlinien verliefen (oder sich aus einer Kombination davon zusammensetzten). Mit Hilfe der Faktorladungen können die Ergebnisse der Inhaltsanalyse mit den Ergebnissen der Faktorenanalyse verknüpft werden. Die Faktorladung eines Ziels des Kategorienkatalogs kann bestimmt werden als durchschnittliche Faktorladung aller Vorlagen, die in der Inhaltsanalyse diesem Ziel zugeordnet wurden. Durch die Umsetzung der drei Faktoren als Achsen eines Raums ist es möglich, die relative Lage der politischen Ziele auf einer Karte darzustellen (vgl. Abbildung 3-6 und Abbildung 3-7).

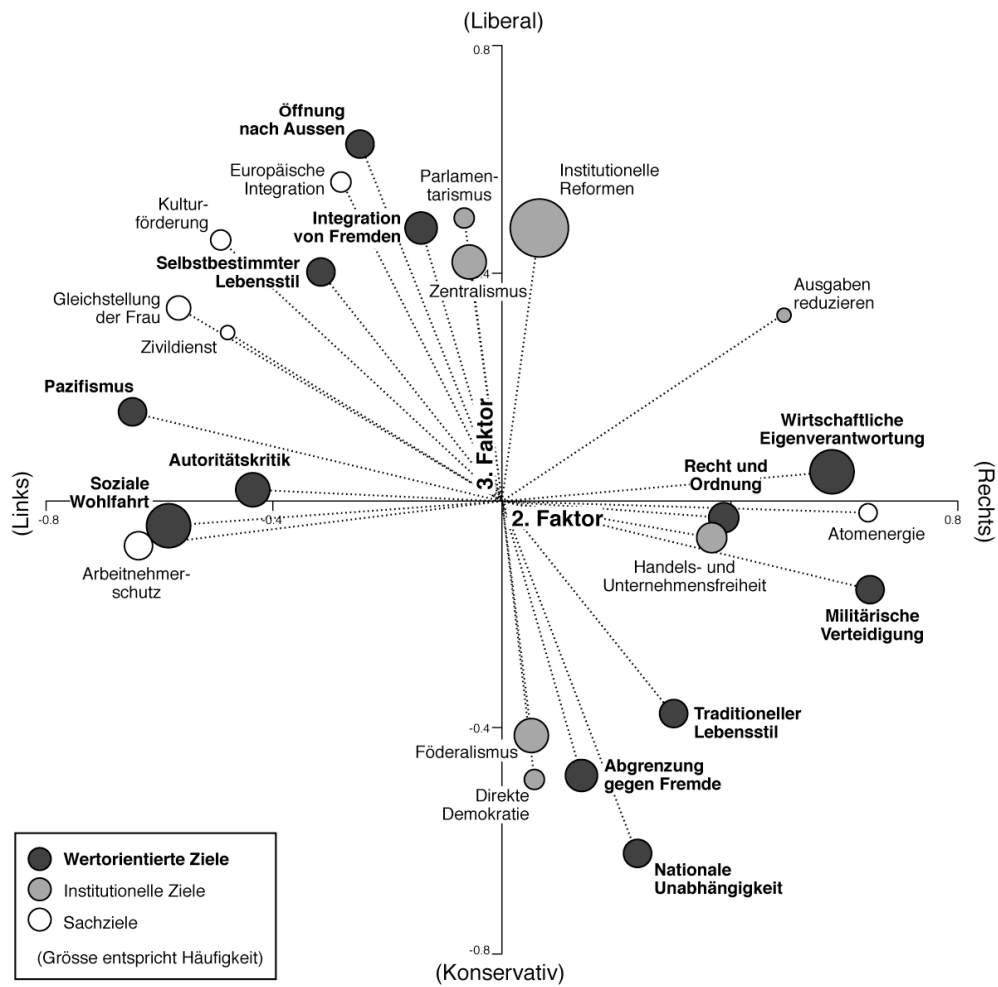


Abbildung 3-6: Politische Ziele im Faktorraum. 2. und 3. Faktor (Hermann/Leuthold 2001c)

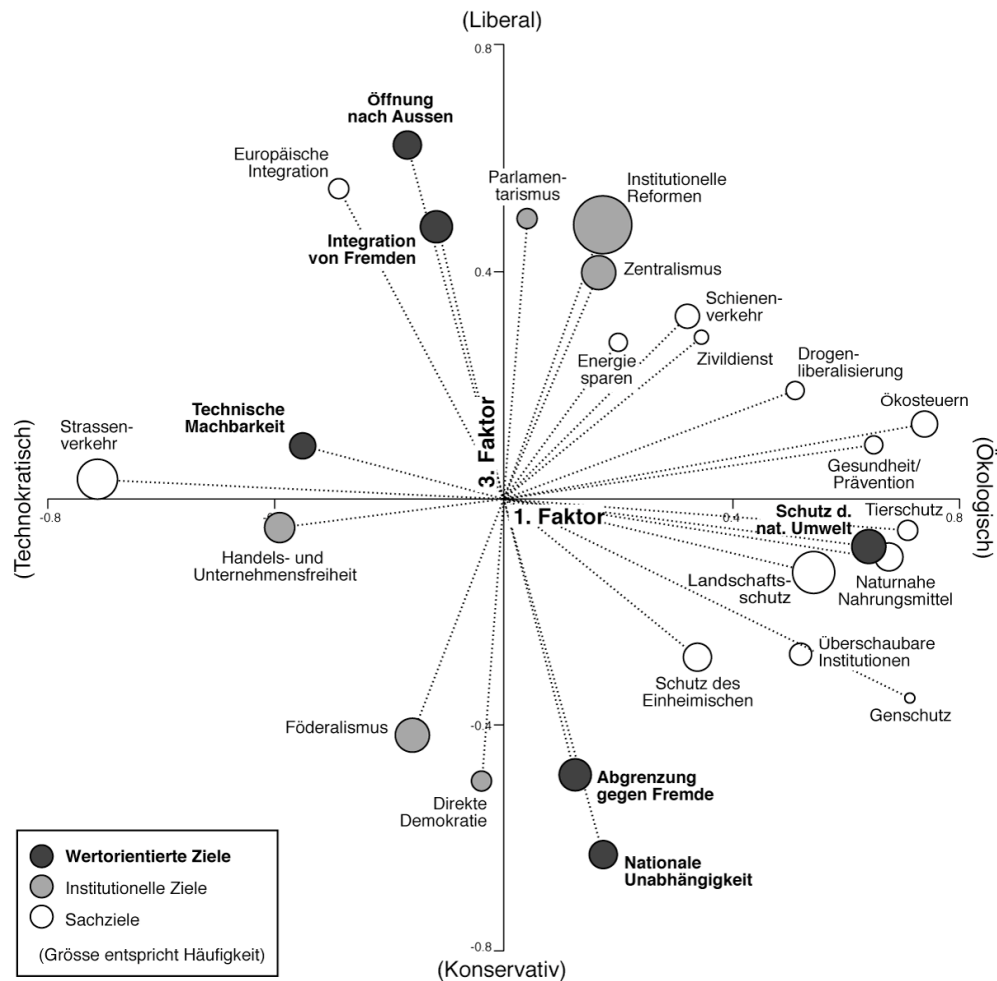


Abbildung 3-7: Politische Ziele im Faktorraum. 1. und 2. Faktor (Hermann/Leuthold 2001c)

3.3.2.4 Ergebnisse der aktualisierten Faktorenanalyse

Wie eingangs des Abschnitts zur methodischen Konstruktion des Raums der Weltanschauungen erwähnt wurde, hat sich die Datenbasis der eidgenössischen Volksabstimmungen seit der ersten Faktorenanalyse der Gemeinderesultate von Hermann (1998) und der Publikation der Methode (Hermann/Leuthold 2001c) laufend erweitert. Die statistische Analyse wurde dabei immer wieder mit den aktualisierten Daten durchgeführt. Dabei hat sich die Faktorenstruktur sowohl in quantitativer als auch in inhaltlicher Hinsicht als ausgesprochen konstant und robust erwiesen. Die erklärte Varianz der drei ersten Faktoren hebt sich bei allen Untersuchungen deutlich von den weiteren ab, so dass von einer stabilen dreidimensionalen Faktorstruktur ausgegangen werden kann.

Die aktuellste Auswertung aller 213 eidgenössischen Volksabstimmungen von 1981 bis 2005²⁹ ergibt folgende Abfolge der Eigenwerte: 43.4, 34.6, 26.3, 9.2, 8.2, 6.5 usw. Die drei ersten Faktoren haben einen summierten Eigenwert von 104.4. Damit erfassen sie rund 49.0% der gesamten Varianz aller 218 Abstimmungen und vereinen nach der Rotation 17.6%, 16.1% und 15.3% der gemeinsamen Varianz auf sich.

²⁹ Es handelt sich dabei um die Abstimmungen Nr. 306 bis 519.

3.4 Interpretative Konstruktion des Raums der Weltanschauungen

3.4.1 Drei Dimensionen der Weltanschauung

Der Raum der politischen Ziele verbindet den quantitativ-statistischen Analyseteil mit dem qualitativ-inhaltlichen. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, um von den politischen Zielen auf die inhaltliche Bedeutung der Faktoren zu schliessen. Mit der Faktorenanalyse wurde die grosse Datenmenge der Abstimmungsergebnisse auf drei hauptsächliche Konfliktlinien verdichtet. Daraus kann geschlossen werden, dass drei unabhängige Dimensionen der Weltanschauung existieren, die durch die drei extrahierten Faktoren repräsentiert werden.

Zur inhaltlichen Identifizierung der drei Dimensionen wird aus der Vielfalt von politischen Zielen im Faktorraum auf grundlegende Bündel von Werten und Einstellungen geschlossen. Dies geschieht aufgrund ihrer Lage im Raum der politischen Ziele. Das heisst mit anderen Worten: Aus den politischen Zielen, die einen der Faktoren prägen, werden im Sinne einer phänomenologischen Reduktion und Abstraktion die gemeinsamen Elemente herausgeschält und so die bestimmenden Konfliktfelder der einzelnen Dimensionen bestimmt. Hierzu wurden auch einzelne Abstimmungen herbeigezogen, die auf einem der Faktoren eine hohe Ladung aufweisen. Die verschiedenen thematischen Konfliktfelder und die daraus hergeleiteten Wertkonflikte dienen zur inhaltlichen Charakterisierung der drei Dimensionen der Weltanschauung. Bei ihrer Benennung wurde auf gebräuchliche politische Begriffe zurückgegriffen. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass im politischen Diskurs ein Vorverständnis über weltanschauliche Gegensätze besteht, dem keine Neologismen entgegengesetzt, sondern dessen Kategorien und Begriffe verfeinert und geschärft werden sollen.

Die Verwendung von allgemein gebräuchlichen Begriffen wie «liberal», «links» und «konservativ» ist nicht ganz unproblematisch, da nicht jeder und jede dasselbe darunter versteht. Während beispielsweise in Kontinentaleuropa der Begriff «liberal» in erster Linie eine auf wirtschaftliche Eigenverantwortung orientierte Haltung umschreibt, ist damit in den USA eine Haltung gemeint, die sich für bürgerliche Freiheiten, gegen die Todesstrafe und gegen wirtschaftliche Benachteiligung einsetzt. Der Begriff «rechts» wird in Deutschland mit einer nazifreundlichen Haltung in Verbindung gebracht, in Frankreich ist «droite» dagegen vor allem eine kapitalisti-

sche beziehungsweise anti-sozialistische Haltung. Aufgrund dieser ganz unterschiedlichen Verwendungen ist es notwendig, die Begriffe und die Art, wie sie sich zu einem Begriffssystem zusammenfügen, genauer zu definieren.

3.4.1.1 Links gegen rechts

Eine Dimension der Weltanschauung wird durch den 2. Faktor repräsentiert, der rund 16% der Varianz erklärt.³⁰ Diese Dimension wird von zwei Konfliktfeldern geprägt, die einerseits die *Kontroll*- und andererseits die *Verteilfunktion* des Staates betreffen. Gegensätzliche Haltungen zur Kontrollfunktion kommen in Konflikten um die Institutionen Militär, Polizei und Justiz zum Ausdruck. Die Forderungen nach Stärkung der Armee und Erhöhung der inneren Sicherheit machen eine autoritätsfreundliche Haltung aus. Dagegen stellt sich eine autoritätskritische Haltung mit der Forderung nach Abbau der Armee und Schutz vor Übergriffen und Eigenmächtigkeiten des staatlichen Ordnungsapparates.³¹ Der Konflikt um die Verteilfunktion des Staates bezieht sich auf die Institutionen der Sozialversicherung und auf die vom Staat durchgesetzte Wirtschaftsordnung. Es stehen sich die wertorientierten Ziele «soziale Wohlfahrt» und «wirtschaftliche Eigenverantwortung» gegenüber. Diese markieren den Gegensatz zwischen einem sozialen und einem kompetitiven Verteilungsideal.³² Dem sozialpolitischen Konflikt liegen zwei gegensätzliche Ideale der Güterverteilung zu Grunde. Das eine ist das soziale Verteilungsideal, welches das Wohlergehen eines jeden ins Zentrum setzt. Das andere ist das an Konkurrenz orientierte kompetitive Verteilungsideal, welches für das Recht der Tüchtigen und Durchsetzungsfähigen steht. Der Grundsatz «jedem nach seinen Bedürfnissen» steht dem Grundsatz «jedem nach seinen Fähigkeiten» gegenüber.

³⁰ Die drei Dimensionen werden hier aus inhaltlichen Gründen nicht in der Reihenfolge ihrer quantitativen Stärke abgehandelt. Der zweite und der dritte Faktor bilden die sozialräumliche Differenzierung nach vertikalen und horizontalen Unterschieden ab, während der erste Faktor vor allem die Sprachregionen trennt (vgl. auch Hermann/Leuthold 2003a: 48–51; Hermann/Leuthold 2003b). Die quantitative Stärke des ersten Faktors kann mit dieser sprachregionalen Komponente erklärt werden. Weil die sprachliche Vielfalt in der Schweiz territorialisiert ist, werden diese Unterschiede bei Aggregatdatenanalysen tendenziell überbewertet (vgl. die Ausführungen zu Aggregatdatenanalysen und zum MAUP in Kapitel 3.1.1.4).

³¹ Von den wertorientierten Zielen betrifft dies das Gegensatzpaar «militärische Verteidigung/Pazifismus» (z.B. Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, Abschaffung der Armee, Bau neuer Waffenplätze) und das Gegensatzpaar «Recht und Ordnung/Anti-Autoritarismus» (z.B. Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Verschärfung des Strafgesetzes, Abschaffung der politischen Polizei).

³² Wichtige Vorlagen zu diesem Gegensatzpaar betreffen einerseits die Wochenarbeitszeit, das Rentenalter und die Länge der bezahlten Ferien und andererseits den Ausbau von AHV/IV, Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

Aus der statistischen Übereinstimmung der beiden Konfliktfelder kann geschlossen werden, dass die Einstellungen zu Kontrolle (bzw. Autorität) und zu Verteilung Ausdruck eines einzigen weltanschaulichen Gegensatzes sind. An einem Pol dieses Gegensatzes steht eine sozial-autoritätskritische und am anderen eine kompetitiv-autoritätsfreundliche Haltung (vgl. Abbildung 3-8). Diesen vorgefundenen Gegensatz bezeichnen wir – in Anlehnung an die alltägliche Verwendung der Begriffe – als links gegen rechts.

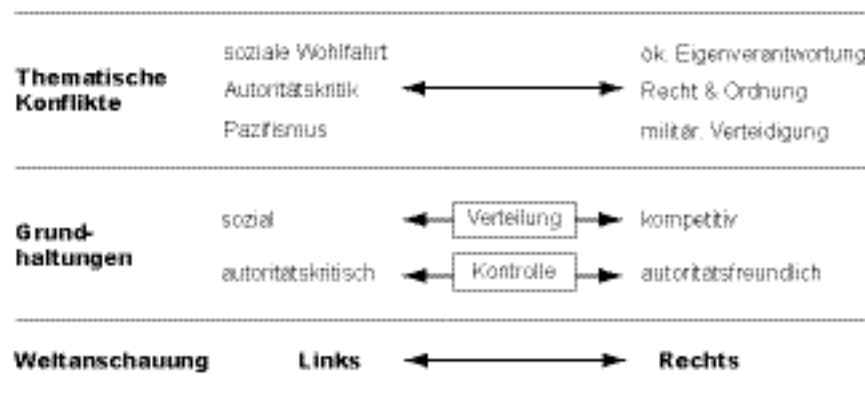


Abbildung 3-8: Thematische Konfliktfelder des Links-rechts-Gegensatzes (eigene Darstellung)

Sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik wird der Links-rechts-Gegensatz häufig nur an der sozialen Frage festgemacht³³, wodurch der Eindruck entsteht, dass es sich dabei um einen Konflikt um «mehr oder weniger Staat» handelt. In seiner ganzen Breite betrachtet, ist der Links-rechts-Gegensatz jedoch ein Konflikt um zwei verschiedene Staatsauffassungen, letztlich sogar um zwei verschiedene Gesellschaftsideale. Das linke Gesellschaftsideal stellt den sozialen Ausgleich, persönliche Freiheiten und Pazifismus ins Zentrum, das rechte dagegen «Recht und Ordnung», militärische Stärke und unternehmerische Freiheiten.

3.4.1.2 Liberal gegen konservativ

Spätestens mit dem Einsetzen der Europadebatte in der Schweiz Anfang der 1990er Jahre wurde offensichtlich, dass die Gesellschaft nicht einfach in links und rechts eingeteilt werden kann. Im Hinblick auf die EWR-Abstimmung 1992 haben sich

³³ So zählt z.B. Kitschelt (1994: 10) nur die distributive Komponente des Links-rechts-Gegensatzes zum Konflikt Socialist vs. Capitalist.

Koalitionen gebildet, die quer durch die traditionell «verfeindeten» Lager von links und rechts verliefen. Neben den traditionellen Lagern haben sich seither auch die Lager der «Öffnungsfreundlichen» und der «Öffnungsskeptiker» etabliert. Die Faktorenanalyse bestätigt diese Beobachtung.

Diese Dimension der Weltanschauung ist durch den dritten Faktor charakterisiert, der rund 14% der Varianz erklärt. Wie bei der ersten Komponente sind auch hier zwei Konfliktfelder, die sachlich unabhängig sind, vereinigt. Es geht einerseits um Öffnung und andererseits um Reformen.

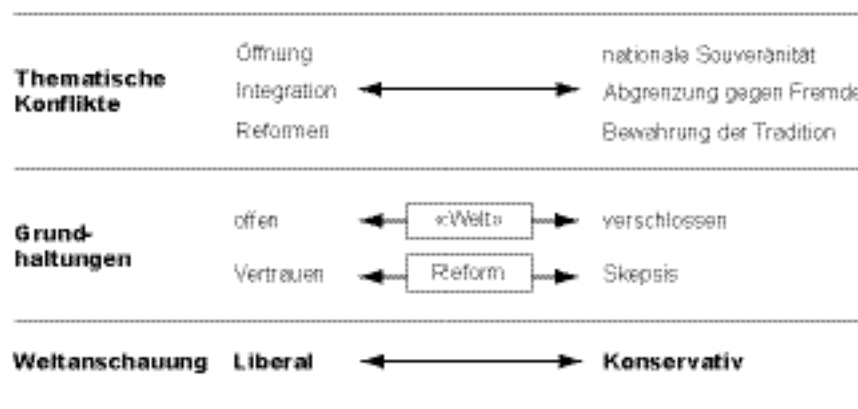


Abbildung 3-9: Thematische Konfliktfelder des Liberal-konservativ-Gegensatzes (eigene Darstellung)

Die Lage der Ziele im Faktorraum zeigt, dass sich Öffnung nicht bloss auf das Verhältnis der Schweiz zur Staatengemeinschaft bezieht,³⁴ sondern auch auf die Öffnung gegenüber den Fremden im Innern und deren Integration in die Gesellschaft.³⁵ Eine weltoffene Haltung steht einer auf Abgrenzung und Selbstbehauptung bedachten, weltverschlossenen Haltung gegenüber. Das andere Konfliktfeld besteht aus dem Gegensatz zwischen Reformieren und Bewahren. Dieser Gegensatz kommt vor allem bei der Reform von Finanzordnung, Regierung und Verwaltung zum Ausdruck, zeigt sich aber auch bei der Auseinandersetzung zwischen Bewahrung des Föderalismus und Schaffung von neuen Bundeskompetenzen. Beim bewahrenden Pol befindet sich schliesslich auch das Anliegen der Stärkung der direkten Demokratie; die Stärkung

³⁴ Dies spiegelt sich im Zielkonflikt «Öffnung nach Aussen/nationale Unabhängigkeit» (z.B. Bretton-Woods-Organisationen, EWR, UNO-Friedenstruppen).

³⁵ Hierfür steht der Zielkonflikt «Integration von Fremden/Abgrenzung gegenüber Fremden» (z.B. erleichterte Einbürgerung junger Ausländer, Einführung einer Rassismusstrafnorm).

des Parlaments fällt dagegen mit den Reformanliegen zusammen. Aus den beiden oben kurz umrissenen Konfliktfeldern geht hervor, dass die zweite Komponente der Weltanschauung aus einem Konflikt zwischen weltoffen-reformorientierter und weltverschlossen-bewahrender Haltung besteht. Wir bezeichnen diese Komponente als liberal gegen konservativ. Wir wählen dieses Begriffspaar zur Benennung, da der Konflikt in seiner ganzen Breite in der realen politischen Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen enthalten ist. Wir knüpfen dabei an der historischen Bedeutung der beiden Begriffe aus dem 19. Jahrhundert an und verwenden «liberal» im Sinne von fortschrittlich und freiheitlich, von modernistisch und offen. «Konservativ» setzen wir als antagonistische Haltung zu liberal. Konservativ bedeutet deshalb nicht nur bewahrend, wie es aus dem Wortstamm hervorgeht, sondern auch selbstbezogen; nicht nur retrospektiv, sondern auch binnenorientiert.

Wissenschaft und Medien in Kontinentaleuropa verwenden den Begriff «liberal» häufig zur Bezeichnung einer anti-etatistischen, «neoliberalen» Haltung. Die vorgeschlagene Begriffsverwendung orientiert sich dagegen am alltäglichen Wortgebrauch, bei dem das staatskritische Element nicht im Vordergrund steht. Liberal bezeichnet eine weltoffene und freiheitliche Haltung: Dazu gehören eine liberale Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch und eine liberale Einbürgerungspraxis gleichermassen wie eine liberale Wirtschaftspolitik. Die liberale Haltung existiert sowohl in einer rechten (rechtsliberalen) als auch einer linken (linksliberalen) Variante.

3.4.1.3 Ökologisch gegen technokratisch

Die dritte Dimension der Weltanschauung wird durch den Faktor repräsentiert, der den grössten Anteil der Varianz erklärt (17.7%).³⁶ Wir benennen sie als ökologisch gegen technokratisch. Diese Bezeichnung geht bereits aus den beiden wertorientierten Zielen hervor, die diesen Faktor prägen. Es sind «Schutz der natürlichen Umwelt» am einen Pol und «technische Machbarkeit» am entgegengesetzten. Zudem laden auch verschiedene klassisch ökologische Sachziele wie «Landschaftsschutz», «naturnahe Nahrungsmittel» und «Tierschutz» positiv auf diesem Faktor.³⁷ Neben den ökologischen Themen im engeren Sinn prägen auch Themen die dritte Komponente, die mit der Integrität von Mensch, Natur und Gesundheit im weiteren Sinne zu tun haben wie Gentechnologie, Gesundheitsschutz und Prävention.³⁸

³⁶ Zur Begründung der Reihenfolge der Präsentation vgl. Fussnote 30.

³⁷ Eine Ausnahme bildet die Kategorie «Atomenergie», die zu den erwähnten Sachzielen passen würde, jedoch beim Konflikt links gegen rechts zu finden ist.

³⁸ Hier handelt es sich vor allem um das Werbeverbot für Alkohol und Tabak.

Offensichtlich wird die dritte Dimension der Weltanschauung von einem einzigen Gegensatz dominiert, wenngleich sehr unterschiedliche Sachbereiche betroffen sind wie Gesundheitspolitik, Landwirtschaft, Naturschutz, Verkehr und Energie. Der eigentliche Konflikt entspringt dabei immer unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie menschliche Eingriffe in die (eigene) Natur zu bewerten sind.

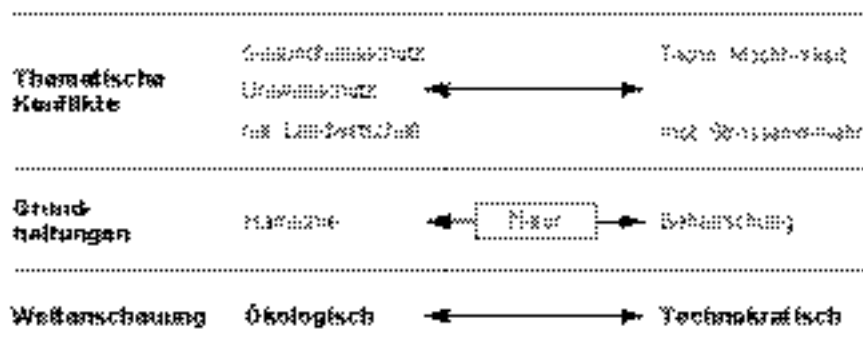


Abbildung 3-10: Thematische Konfliktfelder des Ökologisch-technokratischen Gegensatzes (eigene Darstellung)

Die Benennung gestaltet sich bei der Dimension ökologisch gegen technokratisch etwas schwieriger als bei den anderen beiden, da dieser Konflikt erst seit verhältnismässig kurzer Zeit in institutionalisierter Form in der Parteienlandschaft aufgetaucht ist und daher griffige Bezeichnungen aus dem politischen Alltag fehlen.³⁹ Als technokratisch bezeichnen wir eine Haltung, die dafür einsteht, dass die Kräfte der Natur gebändigt und möglichst weitgehend ausgenutzt werden sollen. Die ökologische Haltung steht dagegen für einen ganzheitlichen Umgang mit der Natur und ist von Skepsis gegenüber rein technischen Lösungen geprägt.

3.4.2 Der Raum der Weltanschauungen

3.4.2.1 Zwei Arten der Liberalisierung

Die beiden Konfliktlinien links–rechts und liberal–konservativ sind zwei Dimensionen des politischen Raums. Daraus folgt, dass eine liberale Haltung sowohl mit

³⁹ Die Bezeichnung «grün», wie sie im politischen Alltag verwendet wird, ist ungeeignet, da grüne Parteien meist linke Gruppierungen sind, der hier beschriebene Gegensatz jedoch unabhängig vom Links-rechts-Gegensatz ist.

linken als auch mit rechten Einstellungen verbunden sein kann, genauso wie es auf der konservativen Seite die Kombination mit linken und mit rechten Werten gibt. Politische Sachfragen betreffen häufig beide Achsen des Raums. Das heisst, sie verlaufen entlang der Diagonalen. Diese «diagonalen» Konfliktlinien weisen in sich ebenfalls Ähnlichkeiten auf und können damit als eigene Gruppe gefasst werden. So zeigt es sich, dass Vorlagen zur gesellschaftlichen Liberalisierung meist auf der Diagonale zwischen linksliberal und rechtskonservativ verlaufen. Beispiele sind die Vorlagen zur Liberalisierung des Sexualstrafrechts (1992), zur Erneuerung des Ehrechts (1985) oder zur Einführung einer Mutterschaftsversicherung (1999). Die Erweiterung der gesellschaftlichen Freiheiten und das Ziel, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu führen, sind typisch linksliberale Anliegen.

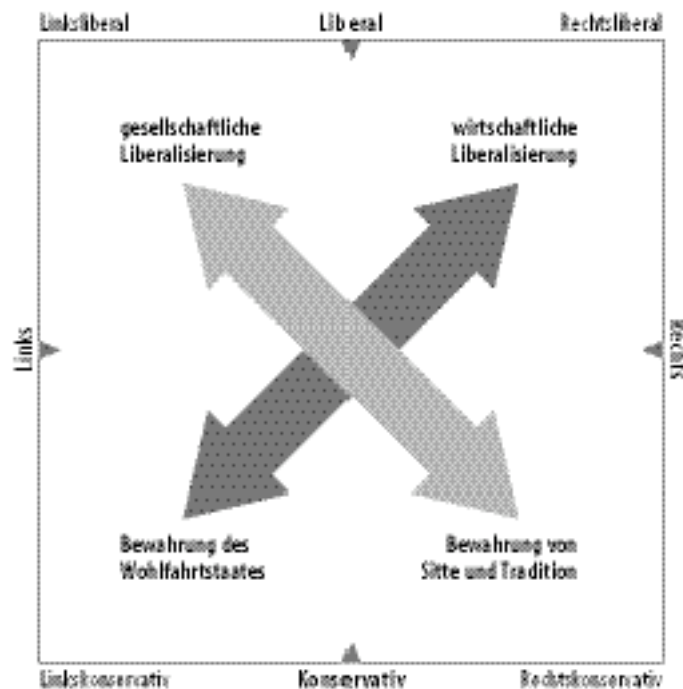


Abbildung 3-11: Diagonale Konfliktlinien im Raum der Weltanschauungen (Hermann/Leuthold 2003c)

Während aus linksliberaler Sicht die gesellschaftlichen Freiheiten im Zentrum stehen, geht es aus rechtsliberaler Sicht in erster Linie um wirtschaftliche Freiheiten. Mit der Liberalisierung und Deregulierung von Wirtschaft und Staat sollen effizientere und moderne Strukturen geschaffen und die unternehmerische Freiheit erhöht werden. Vorlagen zur wirtschaftlichen Liberalisierung wie das neue Arbeitsrecht (1996), das

Elektrizitätsmarktgesetz (2002) oder die Abschaffung des Beamtenstatus' (2000) verlaufen denn auch typischerweise zwischen linkskonservativ und rechtsliberal. Analog präsentiert sich die Situation auf der konservativen Seite. Rechtskonservative stehen in erster Linie für eine Bewahrung der gesellschaftlichen Normen und Sitten ein. Demgegenüber stellen sich Linkskonservative primär gegen den Strukturwandel und gegen Effizienzsteigerungen in Wirtschaft und Verwaltung, weil sie dadurch Arbeitsplätze und die hart erkämpften sozialen Errungenschaften in Gefahr sehen.

3.4.2.2 Der dreidimensionale Raum

Die politischen Konfliktlinien, die mittels Faktorenanalyse aufgedeckt wurden, ermöglichen eine präzise Vorstellung von den divergierenden Grundwerten in der Schweiz. Die Grundhaltungskonflikte, welche in der Gesellschaft bestehen, sind weitaus vielseitiger als in der institutionellen Politik, wo sich die Parteien und ihre Exponenten bis heute weitgehend in ein Spektrum von links nach rechts einordnen lassen. Während der Konflikt zwischen einer liberalen und konservativen Grundorientierung im letzten Jahrzehnt mehr und mehr auch in der Parteienlandschaft sichtbar wurde, kommt der Gegensatz zwischen ökologisch und technokratisch in der Politik kaum als eigenständige Konfliktlinie zum Tragen.

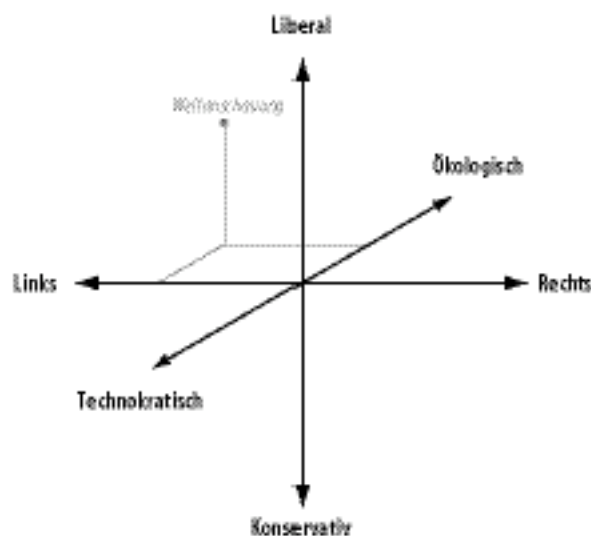


Abbildung 3-12: Der dreidimensionale Raum der Weltanschauungen (Hermann/Leuthold 2003c)

Die Analyse der Volksabstimmungen macht nicht nur die Eigenständigkeit von drei politischen Grundhaltungskonflikten, sondern auch ihr Zusammenwirken sichtbar. Im Abschnitt über die «zwei Arten der Liberalisierung» wurde die Überlagerung des Links-rechts- und des Liberal-konservativ-Gegensatzes thematisiert. Auch die dritte Konfliktlinie zwischen ökologisch und technokratisch steht nicht isoliert, sondern ist auf vielfältige Weise mit den anderen beiden verknüpft.

Ökoliberale Vorlagen sind beispielsweise die Förderabgabe für erneuerbare Energien (2000) oder die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (1998). Dies sind innovative Systemreformen, die darauf abzielen, ein umweltverträglicheres Verhalten zu fördern. Die Verbindung von ökologisch und konservativ kommt dementsprechend in Vorlagen zum Ausdruck, die in der Regel mit Einschränkungen und Verboten etwas Bestehendes erhalten wollen. Beispiele sind die Genschutz-Initiative (1998) oder die Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat (1984). Eine Verbindung von linken und ökologischen Werten zeigt sich am stärksten beim Streit um die Atomtechnologie. Diese Technologie besitzt sowohl militär- als auch energiepolitische Bedeutung und wurde deshalb von Anfang an mit pazifistischen und mit ökologischen Argumenten bekämpft. Bis heute wird die Atomkraft denn nicht nur in ökologischen, sondern auch in links stimmenden Regionen abgelehnt.

3.4.3 Gesellschaftliche Basis

Die drei Dimensionen des Raums der Weltanschauungen widerspiegeln die grundlegenden Wertkonflikte in der Gesellschaft. Diese mentalen Gegensätze sind nicht frei schwebend, sondern es liegen ihnen gesellschaftliche Differenzierungsachsen zugrunde. Eine theoretische Begründung für diesen Schluss findet sich im Konzept der «Inkorporierung» von Bourdieu (1994 [1979]). Nach Bourdieu sind kognitive Strukturen inkorporierte soziale Strukturen. Das heisst, menschlichen Akteure nehmen die objektiven Teilungen der Gesellschaft wahr, ordnen sich darin ein und übernehmen bzw. verinnerlichen die bestehende gesellschaftliche Hierarchie und die damit verbundene symbolische Ordnung aus der Perspektive ihrer eigenen Position. Diese lage- und positionsspezifische Einverleibung der fundamentalen sozialen Gegensätze führt zu sozial differenzierten Klassifikationsschemata oder nach unserer Terminologie zu unterschiedlichen Weltanschauungen auf Basis gesellschaftlicher Differenzierung und Struktur.

3.4.3.1 Produktion und Reproduktion

Dem Konflikt links gegen rechts liegt eine gesellschaftliche Dichotomie zugrunde, die bei sozialen Verbänden jeder Grössenordnung und jedes Organisationsgrades existiert, sei dies die Familie, ein Verein oder der Staat als Ganzes. Für das Bestehen eines Verbandes ist sowohl die Funktion der Produktion als auch die der Reproduktion essentiell. Die Funktion der Produktion besteht darin, Zugang zu Ressourcen zu schaffen und sich gegenüber Konkurrenten und Gefahren zu behaupten, kurz, die Existenz des Verbandes gegen aussen zu sichern. Die reproduktive Funktion hat dagegen den Zweck, die innere Existenz des Verbandes zu garantieren. Erst wenn für das Wohlergehen und die Entfaltung der einzelnen Mitglieder gesorgt wird, können diese in der Produktion eingesetzt werden.⁴⁰

Produktion und Reproduktion sind komplementär. Sie ergänzen sich funktional und stehen gleichzeitig in einem antagonistischen Verhältnis zueinander. Wird in einem Verband die Reproduktion vernachlässigt, werden durch Ungleichheiten interne Spannungen hervorgerufen. Kommt die produktive Funktion zu kurz, dann führen Strukturschwäche (fehlende Hierarchien bzw. Akzeptanz von Autorität) und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zur Minderung der Handlungsfähigkeit des Verbands. Der Links-rechts-Gegensatz ist das ideelle Abbild der funktionalen Teilung von Produktion und Reproduktion. Die Maximen einer rechten Weltanschauung – Konkurrenz und Autoritätsfreundlichkeit – sind darauf ausgerichtet, die produktive Funktion einer Gesellschaft zu erfüllen. Zur Gewinnung von Ressourcen bedarf es der ökonomischen Fitness und zum Schutz gegen Übergriffe von aussen sind Verteidigungsbereitschaft und Befehlsgehorsam vonnöten. Die linken Maximen – sozialer Ausgleich und Beschränkung von Autorität – zielen dagegen auf die Reproduktionsfunktion. Wohlfahrt bedarf der sozialen Fürsorge und die Entfaltung des Einzelnen verlangt nach Schutz vor autoritärer Unterdrückung.

3.4.3.2 Macht und Ohnmacht

Im Konflikt liberal gegen konservativ spiegelt sich der Gegensatz von Macht und Ohnmacht in der Gesellschaft. Um diesen Zusammenhang nachvollziehen zu können, muss der Begriff der Macht in einem umfassenden Sinn verstanden werden. Laut Anthony Giddens (1995 [1984]: 65f) ist Macht «die Möglichkeit anders zu handeln».

⁴⁰ Reproduktive Institutionen des Staates sind: Gesundheitswesen, Sozialversicherungen oder Schulen. Dagegen sind Justiz, Polizei, Armee eher dem produktiven Bereich zuzuordnen. Auch innerhalb der Institutionen existiert eine analoge Teilung, beispielsweise in der Armee, wo jeder Einheit ein Stab angegliedert ist, der mit den reproduktiven Aufgaben betraut ist.

Mächtig handeln heisst demnach, aus freien Stücken in die Welt einzugreifen (oder einen solchen Eingriff zu unterlassen) und dabei etwas zu erreichen. Nach Giddens hat Macht zwei Gesichter. Macht bedeutet einerseits die «Mobilisierung von Einfluss in Institutionen», andererseits ist Macht aber auch das Vermögen, selbstbestimmt zu handeln.

Das Bewusstsein eigener Macht ist Voraussetzung für eine liberale Weltanschauung. Die Bereitschaft, den Staat zu reformieren und nach aussen zu öffnen, besteht nur bei Menschen, die an ihr eigenes Handlungsvermögen glauben und somit darauf vertrauen, dass Institutionen und Organisationen in einem positiven Sinn gestaltet werden können und dass durch Konfrontation mit anderen die eigene Identität nicht verloren geht. Wenn hingegen Ohnmacht das herrschende Lebensgefühl ist, dann bestimmen Angst vor Identitätsverlust und das Gefühl, vom Lauf der Welt überrollt zu werden, das Handeln. Eine gegen Neuerungen gerichtete und mit Abneigung gegen das Fremde durchsetzte Weltanschauung ist die Folge davon. Entscheidend für das mentale Phänomen Weltanschauung ist nicht die objektive Macht, die jemand besitzt, sondern die subjektiv wahrgenommene. Das Gefühl, mächtig zu sein, muss also nicht zwingend an grosses ökonomisches oder kulturelles Kapital gebunden sein. Die Wahrscheinlichkeit ist allerdings klein, dass sich jemand selbst als mächtig wahrnimmt, dessen Handlungsmöglichkeiten überall an Grenzen stossen. Umgekehrtes ist wahrscheinlicher, nämlich Personen, die über viele Ressourcen verfügen, sich selber aber als ohnmächtig wahrnehmen und daher auch entsprechend defensiv handeln.

Anders als der im nächsten Abschnitt besprochene Links-rechts-Gegensatz widerspiegelt der Gegensatz liberal gegen konservativ nicht eigentlich einen ideologischen, sondern eher einen methodologischen Gegensatz. Je nach Selbstwahrnehmung werden Probleme machtbewusst, aktiv und kreativ gelöst oder ihnen wird ohnmächtig mit Massnahmen der Abschottung und Bewahrung begegnet.

3.4.3.3 Wirkungsmacht und Eigenmacht

Die Kombination des Machtbegriffs von Giddens mit dem Gegensatz zwischen Produktion und Reproduktion führt zu einem differenzierten Machtbegriff. Zum einen bedeutet Macht Herrschaft über Sachen und Personen, zum anderen das Vermögen ,selbstbestimmt zu handeln. Die beiden Gesichter von Macht bilden sich im Raum der Weltanschauungen ab: Eines entspricht einer rechten und das andere einer linken Konzeption von Macht.

Diese Unterscheidung leitet sich direkt aus den mit den beiden Haltungen verknüpften politischen Zielen ab. Die rechte Haltung, die sich an Autorität und Eigentum

orientiert, ist mit einem Machtbegriff verknüpft, der auf Vermehrung von Eigentum und Besitz und auf den Aufstieg in Hierarchien zielt. Wir nennen dieses an der Produktion orientierte Verständnis von Macht *Wirkungsmacht*, da sie sich im Ausmass ihrer äusseren Wirkungen messen lässt. Die reproduktiven Ziele auf der linken Seite – Wohlfahrt und ideelle Freiheiten –, stehen für einen Machtbegriff, der auf Selbstbestimmung in der Gestaltung des eigenen Lebens setzt. Dazu gehören insbesondere die autonome Festsetzung von Inhalt und Menge des Arbeitens, die freie Wahl der Wohnform und der Art der Partnerschaft. Dieses Verständnis von Macht nennen wir *Eigenmacht*, da sie sich an den eigenen Möglichkeiten und nicht an der Herrschaft über andere und anderes orientiert.

Wie Produktion und Reproduktion stehen auch Wirkungs- und Eigenmacht in einem Spannungsverhältnis. Eine klassische Wirtschaftskarriere eröffnet zwar ein grosses Potenzial an Wirkungsmacht, schränkt aber die Eigenmacht ein: Anpassung an Verhaltenskodizes, Einordnung in Hierarchien und eine Bereitschaft zu Mobilität sind Voraussetzungen für den Erfolg. Umgekehrt schränkt die einseitige Orientierung an Eigenmacht und die damit einhergehende Unverbindlichkeit das Potenzial zum Erlangen von Wirkungsmacht ein. Eigen- und Wirkungsmacht schliessen sich nicht grundsätzlich aus. Die Möglichkeit zur besseren Vereinigung der beiden Machttypen ist ein wichtiger Faktor des gesellschaftlichen und politischen Wandels der letzten Jahrzehnte.

3.4.3.4 Natur und Kultur

Die Dichotomie, die hinter dem Konflikt zwischen technokratisch und ökologisch steht, weist über das Gesellschaftliche hinaus: Es spiegelt sich darin das Spannungsfeld zwischen Natur und Kultur. Dieses entsteht, weil der Mensch als sich selbst bewusstes Wesen aus der Natur geworfen ist und gleichzeitig darin verhaftet bleibt. Wie eine umfassende Studie des Psychologen Norbert Bischof (1997) zeigt, ist der Mensch seinem partiellen «Rauswurf» aus der Natur schon immer auf zwei Weisen begegnet. Einerseits kann die Trennung von der Natur als Verlust einer paradiesischen Harmonie empfunden werden, andererseits auch als Überwindung eines unwirtlichen und beengenden Urzustands (Tohuwabohu). Diese beiden Zugänge zum Verhältnis zwischen Natur und Kultur liegen dem weltanschaulichen Konflikt zwischen ökologisch und technokratisch zugrunde. Aus ökologischer Perspektive bilden Natur und Kultur eine Ganzheit und sollten deshalb versöhnt werden. Menschliche Eingriffe in die Natur und das technisch-operationale Denken werden als Störungen dieser Ganzheit begriffen. Störungen, die letztlich auf den Menschen selbst zurück-

fallen. Aus technokratischer Sicht ist die Trennung von Natur und Kultur, von Körper und Geist die Basis für Fortschritt. Die natürliche Umwelt und auch der menschliche Körper werden als Dinge betrachtet, die beherrscht werden sollen, damit der Mensch seine Abhängigkeit von der Willkür der Natur verliert.

Ist der Liberal-konservativ-Gegensatz vor allem methodologisch und der Links-rechts-Gegensatz vor allem ideologisch, so ist der ökologisch-technokratische primär ein ontologischer Konflikt. Das heisst, es liegen ihm unterschiedliche Annahmen über die Welt und das *Sein* zugrunde. Dabei kann die ökologische Ontologie als holistisch und die technokratische als dualistisch identifiziert werden.

Auch bei diesem Konflikt kommt die Inkorporierung der alltäglichen Lebensbedingungen zum Ausdruck: Wer in seinem Alltag die Kräfte der Natur eher als feindlich und hinderlich wahrnimmt, sei es weil Schädlinge seine Ernte vernichten oder Lawinen sein Haus bedrohen, strebt die artifizielle Zähmung der natürlichen Kräfte an und neigt somit zu einer technokratischen Haltung. Im urbanen Alltag sind natürliche Einflüsse eher unbedeutend, anthropogene Immissionen und Mangel an Grünflächen werden dagegen als Beeinträchtigung der Lebensqualität empfunden.

3.4.4 Extraktion von Sachkonflikten

Mit der induktiv-hermeneutischen Analyse haben wir aus der Vielzahl der Abstimmungsvorlagen die grundlegenden weltanschaulichen Dimensionen rekonstruiert. Der Analyseprozess führte von konkreten politischen Vorlagen zu abstrakten mentalen Dispositionen. Als Ergebnis der Analyse resultieren jedoch nicht nur drei Dimensionen der Weltanschauung, sondern ebenso die Verortung einzelner Abstimmungen und – auf der Basis der inhaltlichen Kategorisierung – auch die Verortung von politischen Zielen in der Abstimmungslandschaft. Die induktiv-hermeneutische Analyse liefert Erkenntnisse über die Konfliktstruktur konkreter Sachthemen. Die Analyse zeigt, durch welche Konfliktlinien die verschiedenen Politikbereichen geprägt sind.

Auf der Grundlage des induktiv gewonnenen Wissens über die Konfliktstruktur von Abstimmungsvorlagen und politischen Zielen haben wir in einem deduktiven Prozess ein Set von politischen Sachkonflikten definiert und beschrieben. Das resultierende 9-dimensionale Modell dient als Ergänzung zum «Raum der Weltanschauungen»; es ermöglicht das Erstellen eines detaillierten politischen Profils für einzelne politische Einheiten, die von besonderem Interesse sind.

3.4.4.1 Politisches Profil in 9 Dimensionen

Das detaillierte politische Profil setzt sich aus einem Set von Sachkonflikten zusammen. Die Sachkonflikte sollen dabei vier Kriterien erfüllen.

1. Sie sollen insgesamt die wichtigsten Politikbereiche abdecken.
2. Sie müssen jeweils einen politischen Grundkonflikt repräsentieren, zu dem in Gesellschaft und Politik kontroverse Grundhaltungen bestehen.
3. Es müssen Sachkonflikte sein, die regelmässig auf ähnliche Weise politisch thematisiert werden
4. Sie müssen durch Volksabstimmungen repräsentiert sein.

Das vierte Kriterium bildet die Voraussetzung dafür, dass Gemeinden und andere politische Einheiten, die sich ausschliesslich bei Volksabstimmungen politisch positionieren, überhaupt erfasst werden können. Das vierte Kriterium ist jedoch auch ein Faktor für die Erfüllung des ersten: Aufgrund der Initiativ- und Referendumsmöglichkeiten gelangen gesellschaftlich virulente und umstrittene Sachkonflikte regelmässig an die Urne. Die Instrumente der schweizerischen Direktdemokratie haben somit eine Art Filterwirkung.

In Tabelle 3-2 sind die neun Sachkonflikte aufgeführt, welche die aufgestellten Kriterien erfüllen. In der ersten Spalte der Tabelle ist der Politikbereich aufgeführt, dem der entsprechende Sachkonflikt zugeordnet ist. Die zweite Spalte beschreibt den eigentlichen Sachkonflikt. Die Beschreibung der Konfliktlinie ist unidirektional angegeben. Grundsätzlich besteht jeder Sachkonflikt jedoch aus zwei konkurrierenden Zielrichtungen. So entspricht die Ablehnung des Anliegens der «ausserpolitischen Öffnung» dem Anliegen der «nationalen Eigenständigkeit».

Politikbereich	Sachkonflikt
Wirtschaftspolitik	<i>wirtschaftliche Liberalisierung</i>
Sozialpolitik	<i>starker Sozialstaat</i>
Finanzpolitik	<i>sparen & Steuern senken</i>
Sicherheitspolitik	<i>starke Armee & Polizei</i>
Ausländerpolitik	<i>restriktive Ausländerpolitik</i>
Aussenpolitik	<i>aussenpolitische Öffnung</i>
Umweltpolitik	<i>Schutz der Umwelt</i>
Gesellschaftspolitik	<i>gesellschaftliche Liberalisierung</i>
Staatspolitik	<i>starke Regierung, starkes Parlament</i>

Tabelle 3-2: Neun Sachkonflikte: Übersicht

Die neun Sachkonflikte umfassen Politikbereiche aus allen sieben Departementen (Ministerien) der Bundesregierung. Trotzdem werden durch das Modell nicht alle wichtigen Politikbereiche abgedeckt. So ist beispielsweise die Verkehrspolitik nur implizit und partiell in der Umweltpolitik enthalten. Der Grund hierfür ist, dass die Verkehrspolitik in eine Reihe spezifischer Konflikte zerfällt. Jedes Infrastrukturprojekt, sei es Schiene oder Strasse, besitzt eine unterschiedliche Konfliktstruktur, weil davon jeweils unterschiedliche Regionen positiv oder negativ betroffen sind. Das heisst: die Verkehrspolitik ist war ein wichtiger Politikbereich, dieser beinhaltet jedoch keinen allgemeinen und wiederkehrenden Sachkonflikt.

3.4.4.2 Inhaltliche Beschreibung der Sachkonflikte

Der folgende Kriterienkatalog skizziert den Inhalt der neun Sachkonflikten und bildet die Grundlage für die Zuordnung der politischen Vorlagen.

Wirtschaftliche Liberalisierung

Deregulierung der Wirtschaft und Förderung des Wettbewerbs, Liberalisierung und Privatisierung der staatlichen Grundversorgung, Effizienzsteigerung in Verwaltung, Gesundheitswesen und in den Sozialwerken.

Starker Sozialstaat

Erhalt oder Ausbau der Leistungen im Sozial- und Gesundheitswesen, Erhalt und Ausbau des Arbeitnehmer- und Mieterschutzes, Besserstellung der sozial Schwachen.

Sparen & Steuern senken

Verpflichtung von Regierung und Parlament zur Ausgaben- und Haushaltsdisziplin (Ausgabenbremse usw.), Ablehnung von neuen Steuern und Steuererhöhungen, Verstärkung des Steuerwettbewerbs (Sachpolitische Vorlagen mit finanzpolitischen Implikationen, z.B. Ausgaben für Armee oder Soziales, zählen nicht dazu).

Starke Armee und Polizei

Unterstützung von Rüstungsprojekten, Festhalten an der Wehrpflicht und Ablehnung einer Reduktion der Armeebestände, Verstärkung der Inneren Sicherheit auf Kosten der Bürgerrechte, Befürwortung eines rigiden Strafrechts und Strafvollzugs.

Restriktive Ausländerpolitik

Ablehnung von Integrationsmassnahmen, Begrenzung der Einwanderung, Hohe Einbürgerungshürden und eine restriktive Asylpolitik.

Aussenpolitische Öffnung

Zivile und militärische Beteiligung der Schweiz an internationalen Organisationen, Personenfreizügigkeit und Freihandel, europäische Integration.

Schutz der Umwelt

Begrenzung des Strassenverkehrs und des Strassenbaus, Schutz von Tieren, Landschaft und Gewässern, naturnahe Landwirtschaft, Ablehnung von Technologien mit Umweltrisiken (Kernenergie, Gentechnologie usw.).

Gesellschaftliche Liberalisierung

Lockerung und Abschaffung von Sittengesetzen, freie Wahl des persönlichen Lebenswandels (Homosexualität, Drogenkonsum usw.), liberale Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, Massnahmen zur Emanzipation der Frau (Tagesschulen usw.).

Starke Regierung, starkes Parlament

Reform der politischen Institutionen (Verbesserung der Abläufe und der Infrastruktur), Erhöhung der Kompetenzen von Regierung und Parlament, Zentralisierung von Aufgaben.

3.4.4.3 Zuordnung der Abstimmungen

Von den 97 eidgenössischen Volksabstimmungen, die in den zehn Jahren von 1996 bis 2005 abgehalten wurden, können 71 einer der neun oben definierten Sachkonflikten zugeordnet werden. Nicht alle diese Abstimmungen repräsentieren jedoch den Sachkonflikt gleich gut. Um Unterschiede in Bedeutung und Güte der Abstimmungen zu berücksichtigen, wurden diese mit einem Gewicht von 1, 2 oder 3 versehen. Das Vorzeichen zeigt an, welche Ausrichtung eine Abstimmung auf dem jeweiligen Sachkonflikt besitzt.

Nr.	Inhalt	Gewicht	Datum
Wirtschaftliche Liberalisierung			
433	Arbeitsgesetz I	1	1.12.1996
436	Aufhebung des Pulverregals	1	8.6.1997
448	Arbeitsgesetz (2. Anlauf)	2	29.11.1998
473	Bundespersonalgesetz (BPG)	1	26.11.2000
490	Elektrizitätsmarktgesetz	2	22.9.2002
492	Arbeitslosenversicherung	1	24.11.2002
507	11. AHV-Revision	1	16.5.2004
512	Postdienste für alle	-3	26.9.2004
519	Personenfreizügigkeit (Ost-Erweiterung)	2	25.9.2005

521	Ladenöffnungszeiten	2	27.11.2005
Starker Sozialstaat			
437	Finanzierung der ALV	-1	28.9.1997
444	10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters	1	27.9.1998
458	Mutterschaftsversicherung	1	13.6.1999
469	Flexibilisierung der AHV – gegen Erhöhung des Rentenalters für Frauen	1	26.11.2000
470	flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann	1	26.11.2000
486	36-Stundenwoche	1	3.5.2002
497	Faire Mieten	1	18.5.2003
499	Gesundheitsinitiative	1	18.5.2003
500	Behinderteninitiative	1	18.5.2003
503	Lehrstellen-Initiative	1	18.5.2003
505	Änderung des Mietrechts	1	8.2.2004
513	Mutterschaftsversicherung	1	26.9.2004
Sparen & Steuern senken			
439	Massnahmen zum Haushaltsausgleich	2	7.6.1998
451	Wohneigentum für alle	1	7.2.1999
480	Schuldenbremse	1	2.12.2001
484	Kapitalgewinnsteuer	-2	2.12.2001
508	Erhöhung MWST für AHV/IV	-1	16.5.2004
509	Steuerpaket	2	16.5.2004
514	Neuer Finanzausgleich	-1	28.11.2004
Starke Armee & Polizei			
441	S.o.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei	-1	7.6.1998
471	Umverteilungsinitiative	-1	26.11.2000
482	Schweiz ohne Armee (GsoA II)	-1	2.12.2001
483	Ziviler Friedensdienst	-1	2.12.2001
506	Verwahrungsinitiative	1	8.2.2004

Restriktive Ausländerpolitik

432	gegen die illegale Einwanderung	1	1.12.1996
455	Dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich	1	13.6.1999
467	18-Prozent-Initiative	2	24.9.2000
491	Asyl-Initiative	2	24.11.2002
510	Erleichterte Einbürgerung 2. Generation	-2	26.9.2004
511	Erleichterte Einbürgerung 3. Generation	-2	26.9.2004

Aussenpolitische Öffnung

464	Bilaterale Verträge	3	21.5.2000
474	Ja zu Europa	1	4.3.2001
478	Militärgesetz (Ausbildungszusammenarbeit)	1	10.6.2001
485	UNO-Beitritt	3	3.5.2002
517	Abkommen Schengen/Dublin	2	5.6.2005
519	Personenfreizügigkeit (Ost-Erweiterung)	2	25.9.2005

Schutz der Umwelt

430	Volksinitiative naturnahe Landwirtschaft (Gegenentwurf)	1	9.6.1996
440	Gen-Schutz-Initiative	1	7.6.1998
442	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe	1	27.9.1998
443	Kleinbauern-Initiative	1	27.9.1998
463	Verkehrshalbierungs-Initiative	1	12.3.2000
465.1	Solar-Initiative	1	24.9.2000
465.2	Förderabgabe für erneuerbare Energien	1	24.9.2000
466	Energielenkungsabgabe	1	24.9.2000
476	Tempo 30	1	4.3.2001
498	Sonntags-Initiative	1	18.5.2003

Gesellschaftliche Liberalisierung

438	Jugend ohne Drogen	-1	28.9.1997
447	DroLeg-Initiative	1	29.11.1998
456	ärztliche Verschreibung von Heroin	3	13.6.1999
458	Mutterschaftsversicherung	1	13.6.1999
462	menschenwürdige Fortpflanzung	1	12.3.2000
487	Fristenlösung	3	2.6.2002
488	Mutter und Kind	-1	2.6.2002
513	Mutterschaftsversicherung	2	26.9.2004
516	Stammzellenforschung	1	28.11.2004
518	Partnerschaftsgesetz	3	5.6.2005
521	Ladenöffnungszeiten	1	27.11.2005

Starke Regierung, starkes Parlament

434	EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!	-2	8.6.1997
453	neue Bundesverfassung	3	18.4.1999
459	Reform der Justiz	1	12.3.2000
460	Beschleunigungsinitiative	-3	12.3.2000

Tabelle 3-3: Zuordnung der Vorlagen zu den neun Sachkonflikten

3.5 Zeitliche Analyse von Merkmalsräumen

Die Methode der Faktorenanalyse erlaubt es, aus einer Vielzahl von Volksabstimmungen die latenten Dimensionen der politischen Weltanschauung in der Schweiz zu extrahieren. Neben den räumlichen und inhaltlichen Dimensionen der politischen Mentalität liegt der Fokus dieser Arbeit auf der Dimension «Zeit». Um den Wandel der politischen Mentalitäten untersuchen zu können, musste die klassische Faktorenanalyse «dynamisiert» werden. Hierzu wurde ein Interpolationsverfahren entwickelt, das die zeitlichen Positionsveränderungen der Messobjekte im Faktorraum berechnet.

3.5.1 Grundlagen

3.5.1.1 Darstellung von zeitlichen Entwicklungen

Der auf Basis einer Faktorenanalyse erstellte «Raum der Weltanschauungen» gehört zu der Klasse der Merkmalsräume. Ein Merkmalsraum ist ein mehrdimensionales Klassifikationssystem zur Beschreibung von Messobjekten. Typische Darstellungsweise von Merkmalsräumen ist das *relationale Diagramm*. Es werden dabei meist zwei Merkmalsdimensionen als Abszisse und Ordinate gegenübergestellt, so dass die Lage der Objekte im zweidimensionalen Koordinatensystem ihrer Merkmalsausprägung entspricht.

Die Integration der «Zeit» in einen Merkmalsraum stellt im Prinzip keine spezielle Herausforderung dar, denn die Zeit kann wie die inhaltlichen Merkmale als Merkmalsdimension aufgefasst werden und analog zu den inhaltlichen Merkmalen in einem relationalen Diagramm dargestellt werden. Im Allgemeinen wird die Zeit auf der Abszisse eingetragen und mit einem inhaltlichen Merkmal auf der Ordinate in Beziehung gesetzt (vgl. Abbildung 3-13, Grafik A). Das daraus resultierende *Zeitreihendiagramm* bildet die häufigste Diagramm-Art überhaupt (vgl. Tufte 2001: 28).

Eine wichtige Erweiterung zum normalen Zeitreihendiagramm bildet das zweidimensionale *Zeitspurendiagramm* (vgl. Abbildung 3-13, Grafik B). In einem Zeitspurendiagramm sind Abszisse und Ordinate für inhaltliche Merkmale reserviert. Die zeitliche Entwicklung wird als Zeitspur ins relationale Diagramm integriert. Hierzu werden die Objekte gemäss ihrer Merkmalsausprägung (x,y) zu verschiedenen Zeitpunkten dargestellt ($t_1 \dots t_j$). Analog zu einer Spur im Sand, wie sie von einem sich bewegenden Objekt hinterlassen wird, werden die zeitlichen Ausprägungen der Objekte durch Linien zu einer Zeitspur verbunden.

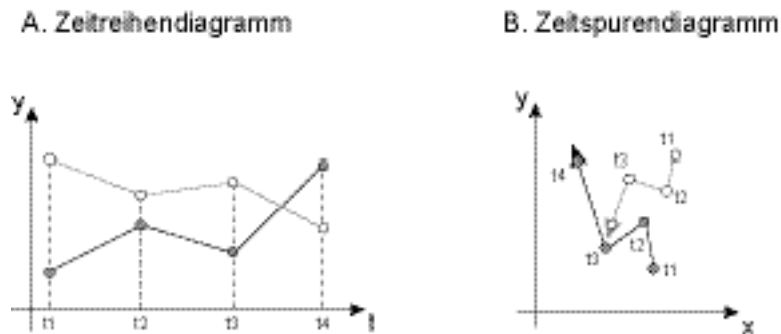


Abbildung 3-13: Zeitliche Entwicklungen im ein- und zweidimensionalen Kontext (eigene Darstellung)

Der Prozess der Veränderung, der in einem Zeitspurendiagramm festgehalten ist, kann durch den Einsatz von *dynamischen Zeitspurendiagrammen* intensiver und anschaulicher kommuniziert werden. Mit Hilfe von Animated Gifs, von Applikationen wie Macromedia Flash oder von Auszeichnungssprachen wie Scalable Vector Graphics (SVG) lassen sich Objekte nicht nur als statisches, sondern auch als dynamisches Bild darstellen. Dabei werden die Objekte entlang ihrer Zeitspur bewegt und so ihre zeitliche Veränderung simuliert. Durch die Rekonstruktion der zeitlichen Veränderung wird nicht nur die Dynamik wahrnehmbar, es wird damit ebenfalls die Konstellationen zu jedem Zeitschnitt visualisiert. Ein weiterer Vorteil von dynamischen Zeitspurendiagrammen ist die grössere Datendichte, die damit dargestellt werden kann, im Vergleich zu statischen Zeitspurendiagrammen, die besonders bei sich kreuzenden Zeitspuren relativ schnell an ihre Kapazitätsgrenzen stossen.

3.5.1.2 Zeitliche Vergleichbarkeit in den Sozialwissenschaften

Zeitreihenanalysen setzen voraus, dass zu jedem Messzeitpunkt von denselben Objekten dieselben Merkmale in derselben Art gemessen werden können. Was in einem experimentell-naturwissenschaftlichen Kontext relativ gut kontrolliert und eingehalten werden kann, ist in der sozialwissenschaftlichen Praxis häufig nur annäherungsweise möglich. Exemplarisch zeigt sich dies beim zeitlichen Vergleich von Geldwerten. Da Geld im Zeitverlauf aufgrund der Teuerung einen Teil seines Werts verliert, kann mit dem Vergleich von Geldwerten nur bedingt ein Rückschluss über die Entwicklung des Werts einer Sache gemacht werden. Nominale Geldsummen werden deshalb unter Berücksichtigung der Teuerung auf ihren «realen» Wert umgerechnet. Mittels Teuerungsbereinigung kann die Vergleichbarkeit von Geldwerten verbessert werden, der Begriff des «realen» Geldwerts täuscht dabei jedoch eine Objektivität vor, die es gar nicht gibt. Der Warenkorb, auf dessen Grundlage die

Teuerung berechnet wird, ist nicht objektiv gegeben, und auch die Güter, die den Warenkorb bilden, sind nicht immer vergleichbar, da sich ihre Qualität verändert. Computer oder Mobiltelefone in der Qualität, wie sie heute auf dem Markt sind, waren vor wenigen Jahren noch gar nicht erhältlich.

Schwierigkeiten wie beim Vergleich von Geldwerten bestehen bei den meisten Analysen im sozialwissenschaftlichen Kontext. So wie Geld unterliegen beispielsweise auch akademische Titel einer Inflation (vgl. Bourdieu 1988; 1994 [1979]): Je mehr Menschen einen akademischen Abschluss haben, desto geringer ist der distinktive Wert dieser Titel. Akademiker zu sein, bedeutet heute nicht mehr dasselbe wie vor zwanzig Jahren, so dass der Indikator «Anteil Hochschulabgänger» zur Bemessung des sozialen Status' eigentlich «inflationsbereinigt» werden müsste.

Auch klassisch geografische Analysen sind mit dem Problem der zeitlichen Vergleichbarkeit behaftet: Soll beispielsweise die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in verschiedenen Siedlungstypen (z.B. Kernstadt, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum) untersucht werden, besteht die Schwierigkeit, dass die Grenzen zwischen diesen Siedlungstypen sich im Laufe der Zeit verschieben. Jeder Zeitvergleich beruht deshalb auf einem *trade-off*: Man kann entweder die Grenzen anpassen und dabei in Kauf nehmen, dass nicht immer dieselben Raumeinheiten verglichen werden, oder man belässt die Raumeinheiten und nimmt in Kauf, dass dabei die Verschiebung der Grenzen nicht abgebildet wird.

Diese Beispiele zeigen die Problematik von Zeitvergleichen, wie sie den Sozialwissenschaften inhärent ist: Es ist das Auseinanderfallen von Form und Inhalt. Auch wenn die Messgrößen und Indikatoren der sozialwissenschaftlichen Forschung der Form nach gleich bleiben, ist nicht garantiert, dass sie immer denselben Inhalt abbilden. Aufgrund eines Wandels des Kontexts oder der Bedeutungszuweisung driften Zeichen- und Bedeutungsebene auseinander. Auch wenn es gelingt, wiederholt scheinbar dieselben Merkmale zu messen, kann ein Bedeutungswandel dieser Merkmale nie ausgeschlossen werden. Durch Ausgleichsrechnungen wie beispielsweise einer Inflationsbereinigung kann der Bedeutungswandel eines Merkmals zwar teilweise berücksichtigt werden, mehr als ein Abfedern der Problematik ist dies jedoch nicht. Bei der aufgezeigten Problematik handelt es sich um ein spezifisch sozial- und geisteswissenschaftliches Phänomen, das in den Naturwissenschaften nicht existiert, da dort die semantische Ebene nicht in Betracht gezogen wird und deshalb auch Bedeutungsveränderungen keine Rolle spielen.

Verstärkt wird das Problem der zeitlichen Bedeutungsfixierung in den Sozialwissenschaften durch die Subjektivität ihres Forschungsgegenstandes. Giddens spricht

hierbei von der «Reflexivität der Sozialwissenschaften» (1995 [1990]: 26–28; 54–62). Indikatoren, die als solche in der Gesellschaft wahrgenommen werden, verändern dadurch unwillkürlich ihre Bedeutung. So reagieren Menschen auf Meinungsumfragen mit dem Wissen, dass sie mit ihrer Antwort das Ergebnis der Umfrage beeinflussen können. Die Resultate von politischen Meinungsumfragen und die realen Abstimmungs- und Wahlergebnisse stimmen häufig nicht überein, da die teilnehmenden Subjekte die beiden «Erhebungssituationen» zu unterscheiden wissen. Das Auseinanderfallen von Form und Inhalt und die Reflexivität der Sozialwissenschaften verlangen, dass Zeitreihenanalysen in den Sozialwissenschaften immer in ihrer Aussagekraft relativiert und einer kritischen Interpretation unterzogen werden (vgl. auch Giddens 1984; 1995 [1984]).

3.5.1.3 Strukturerkennende Verfahren und Zeitvergleich

Strukturerkennende Verfahren wie Faktorenanalyse, Korrespondenzanalyse oder multidimensionale Skalierung (MDS) sind statische Verfahren, die nicht für Zeitvergleiche konzipiert sind. Der Grund liegt darin, dass die Messwerte, die in die Analyse einfließen, sowohl die Positionierung der Messobjekte als auch die Bedeutung der Merkmalsdimensionen bestimmen. Werden mehrere Faktorenanalysen oder MDS für unterschiedliche Zeitschnitte durchgeführt, so können die Ergebnisse nicht direkt verglichen werden, denn Veränderungen können sowohl aus dem Bedeutungswandel der Dimensionen resultieren als auch aus der Veränderung der Messobjekte.

Zeitvergleiche werden erst dann möglich, wenn die Merkmalsdimensionen fixiert werden. Wie im letzten Abschnitt dargelegt, ist im sozialwissenschaftlichen Kontext eine absolute Fixierung des Gemessenen nicht möglich, so dass es dabei nur um eine Minimierung des Bedeutungswandels der Merkmalsdimensionen geht. Eine solche Minimierung ist bei der Faktorenanalyse und der Korrespondenzanalyse möglich, nicht jedoch bei der MDS. Während die beiden ersten Verfahren einen absoluten Raumbezug aufweisen, ist der Raumbezug bei der MDS bloss relativ. Die Lage der Objekte ergibt sich nicht aufgrund deren Ausprägung auf den Raumdimensionen, sondern direkt aus den Distanzbeziehungen zu den anderen Objekten. Eine Fixierung der Merkmalsdimensionen ist deshalb grundsätzlich nicht möglich.

Faktorenanalyse und Korrespondenzanalyse sind dagegen zweistufige Verfahren: Im ersten Schritt werden die Merkmalsdimensionen bestimmt. Die Messobjekte werden in einem zweiten Schritt gemäss ihren Ausprägungen auf den Merkmalsdimensionen positioniert. Ein zeitlicher Vergleich wird möglich, wenn die beiden Schritte getrennt werden. Der erste Schritt – die Bestimmung der Dimensionen – wird nur einmal

durchgeführt. Sind die Dimensionen bestimmt, können Messwerte für unterschiedliche Zeitschnitte eingesetzt und so die zeitliche Veränderung der Objekte im Merkmalsraum verfolgt werden. Das heisst, das eigentliche strukturerkennende Verfahren wird nicht für mehrere Zeitpunkte durchgeführt, sondern es werden bloss Messwerte unterschiedlicher Zeitpunkte auf die einmalig festgelegten Merkmalsdimensionen umgelegt.

3.5.1.4 Projektions- und Interpolationsansatz

Es können zwei Ansätze für die Analyse zeitlicher Entwicklungen auf Basis von strukturerkennenden Verfahren unterschieden werden. Beim ersten Ansatz wird ein zeitlicher Nullpunkt festgelegt, auf dessen Merkmalsdimensionen andere Zeitschnitte projiziert werden. Beim zweiten Ansatz werden die Merkmalsdimensionen für die gesamte Untersuchungsperiode bestimmt und die zeitliche Veränderung der Objekte durch ein Interpolationsverfahren berechnet.

Projektionsansatz

Voraussetzung für den Projektionsansatz ist eine Messreihe, in der bestimmte Attribute von Objekten mehrmals auf gleiche Weise gemessen werden. Von der Messreihe $(t_1..t_n)$ wird beim Projektionsansatz ein Referenzzeitpunkt t_j ausgewählt. Mit den Messwerten dieses Zeitpunkts wird ein strukturerkennendes Verfahren – zum Beispiel eine Faktorenanalyse – durchgeführt. Die Attributwerte zum Zeitpunkt t_j bestimmen somit die Struktur des zu untersuchenden Merkmalsraums. Die berechneten Merkmalsdimensionen können in der Folge als Bezugssystem für jeden anderen Messzeitpunkt $(t_1..t_n)$ verwendet werden. Durch die Fixierung der Merkmalsdimensionen auf einen Zeitpunkt können Positionsveränderungen der Messobjekte in Bezug auf diese Dimensionen berechnet werden. Die Messwerte werden dabei gewissermassen auf den Merkmalsraum eines bestimmten Referenzzeitpunkts projiziert.

Die Projektion erfolgt mittels Faktorwertkoeffizienten. Diese bilden die Basis zur Berechnung der Lage der Messobjekte im Merkmalsraum. Da für alle Messzeitpunkte dieselben Attribute vorhanden sind, können die Faktorwertkoeffizienten des Zeitpunkts t_j zur Berechnung der Werte der Objekte aller Zeitpunkte $t_1..t_n$ eingesetzt werden.

Der Projektionsansatz setzt voraus, dass dieselben Merkmale derselben Objekte zu mehreren fixen Untersuchungszeitpunkten erhoben werden. Diese Voraussetzungen sind vor allem bei periodisch durchgeführten amtlichen Statistiken gegeben (Volkszählungen, Mikrozensus usw.). Der Projektionsansatz kam beispielsweise zur

Anwendung in vergleichenden Sozialraumanalysen der Agglomerationen Zürich, Bern und Winterthur (vgl. Heye/Leuthold 2004; 2005; 2006; Gächter et al. 2006). Die Dimensionen «sozialer Status» und «Individualisierung» wurden mittels einer Faktorenanalyse von Variablen der Volkszählung 2000 durchgeführt. Mit der Verwendung derselben Variablen der Volkszählung 1990 und derselben Koeffizienten konnten die Positionsverlagerungen der Messobjekte (Gemeinden und Stadtquartiere) im Merkmalsraum aufgezeigt werden.

	Projektionsansatz	Interpolationsansatz
Anforderungen	Periodische Messung gleicher Attribute von Objekten	Messung ähnlicher Attribute in grosser zeitlicher Dichte von Objekten
Bestimmung der Dimensionen	Auf Basis der Messwerte eines bestimmten Zeitpunkts (t_j) innerhalb der Messreihe	Auf Basis aller Messwerte der Untersuchungsperiode (t_p bis t_q)
Berechnung zeitlicher Entwicklungen	Projektion der Faktorwertkoeffizienten von t_j auf alle bestehenden Messzeitpunkte ($t_n..t_m$)	Interpolation beliebiger Zeitpunkte innerhalb der Untersuchungsperiode durch eine zeitliche Gewichtung der Messwerte

Tabelle 3-4: Vergleich von Projektions- und Interpolationsansatz (eigene Darstellung)

Interpolationsansatz

Der Interpolationsansatz bildet eine Alternative zum Projektionsansatz, falls im Zeitverlauf nicht dieselben Messungen periodisch wiederholt werden. Der Interpolationsansatz ist in seinen Anforderungen weniger streng als der Projektionsansatz, ist aber nur dann sinnvoll, wenn eine hohe Zahl ähnlicher Variablen in grosser zeitlicher Dichte zur Verfügung steht.

Anders als im Projektions- wird im Interpolationsansatz kein Messzeitpunkt als Grundlage für die Faktorenanalyse (oder eines anderen strukturerkennenden Verfahrens) fixiert. Vielmehr wird das Verfahren zunächst mit allen Variablen der Untersuchungsperiode durchgeführt. Wenn die resultierenden Merkmalsdimensionen von Variablen aus der gesamten Untersuchungsperiode beschrieben werden, kann von einer zeitstabilen Struktur ausgegangen werden, so dass eine zeitliche Analyse möglich ist.

Die Werte müssen dabei mit einem Interpolationsverfahren geschätzt werden. Je näher der Messpunkt einer Variablen am fokussierten Zeitpunkt t_j ist, desto grösser ist ihr Anteil zur Beschreibung von t_j . Dadurch lassen sich für jeden Zeitpunkt der

Untersuchungsperiode t_p bis t_q Schätzwerte für die Lage der Messobjekte im Merkmalsraum berechnen.

Der Interpolationsansatz verlangt nach einer grossen Zahl von Variablen mit einer grossen inhaltlichen Schnittmenge, die eine bestimmte Zeitperiode abdecken. Im Gegensatz zu den amtlichen Statistiken, welche die Bedingungen des Projektionsansatzes erfüllen, eignet sich der Interpolationsansatz für Themenfelder mit elektronisch erfassten Handlungsspuren. Diese Daten zeichnet eine grosse inhaltliche und zeitliche Dichte aus, gleichzeitig jedoch auch ein tiefer Strukturierungsgrad. Das zeitliche Interpolationsverfahren wurde für die Analyse von eidgenössischen Volksabstimmungen entwickelt, es kann jedoch auf verschiedene Typen angefallener Daten adaptiert werden.

3.5.2 Zeitliche Interpolation von angefallenen Daten

Der Fortschritt der Computertechnologie führt dazu, dass immer mehr digitale Handlungsspuren entstehen, die wissenschaftlich ausgewertet werden können (vgl. Kapitel 3.2). Im Gegensatz zu erhobenen Daten sind angefallene Daten häufig durch eine nicht vorhandene Systematik und mangelnde Periodizität gekennzeichnet. Diesen Daten fehlen deshalb die formalen Voraussetzungen für direkte Zeitvergleiche. Die formalen Nachteile werden allerdings meist durch spezifische Vorteile aufgewogen: Dazu gehören eine grosse Datenfülle und häufig ein permanenter Erhebungsprozess. Das heisst, die Daten sind zwar unstrukturiert, dafür sind sie durch eine grosse Redundanz gekennzeichnet. Sollen zeitliche Entwicklungen nachgezeichnet werden, so gilt es, diese Redundanz auszunützen.

Mit der Verbindung von Faktorenanalyse mit einem Interpolationsverfahren können zeitliche Entwicklungen auf Grundlage von angefallenen Daten geschätzt werden.⁴¹

Bevor auf das eigentliche Interpolationsverfahren eingegangen wird, gilt es zunächst, die Elemente und Berechnungsmodelle der Faktorenanalyse⁴² detaillierter zu betrachten, in die für die zeitliche Interpolation eingegriffen wird.

⁴¹ Das Interpolationsverfahren «weighted moving focus» wurde von M. Hermann und H. Leuthold konzipiert und unter ihrer Anleitung von Sandro Bischof (2001) in seiner Diplomarbeit «Dynamik von Merkmalsräumen» theoretisch fundiert, formal ausgearbeitet und umgesetzt.

⁴² Die folgenden Ausführungen zur Faktorenanalyse beziehen sich auf Überla 1971, Bahrenberg et al. 1992 und Bortz 1993.

3.5.2.1 Faktorenanalyse

Die Methode der Faktorenanalyse erlaubt es, latente Grunddimensionen aus einer Datenmenge zu extrahieren. Dabei können Variablen mit einem hohen Anteil an gemeinsamer Varianz zu einem Index oder wenigen Indizes (bzw. Faktoren) zusammengefasst werden. Die Faktorenanalyse eignet sich wie alle strukturerkennenden Verfahren zur Verdichtung von angefallenen Daten.

Die Faktorenanalyse schafft die Basis für den zeitlichen Vergleich von angefallenen Daten. Dazu werden alle Variablen einer Untersuchungsperiode in eine einzige Faktorenanalyse integriert. Der Faktorenanalyse kommt dabei eine zweifache Funktion zu: Erstens zeigt sie, welche Variablen einen statistischen Zusammenhang aufweisen und folglich in eine Zeitreihe gestellt werden können. Zweitens gibt sie Auskunft darüber, ob überhaupt ein Zeitvergleich möglich ist. Ein Zeitvergleich ist nur dann möglich, wenn die Struktur des resultierenden Merkmalsraums während der Untersuchungsperiode stabil ist. Kriterium für die zeitliche Stabilität ist die Verteilung der Variablen und ihrer Ladung auf den einzelnen Faktoren. Eine zeitstabile Struktur ist gegeben, wenn für die gesamte Untersuchungsperiode Variablen mit einer hohen Faktorladung für jeden Faktor vorhanden sind. Ausserdem muss eine klare inhaltliche Deutung der Faktoren für alle Zeitabschnitte der Untersuchungsperiode möglich sein. Bringt die Faktorenanalyse eine zeitliche Instabilität zu Tage, kann die Untersuchungsperiode zeitlich eingegrenzt oder unterteilt werden, so dass eine Zeitverlaufsanalyse zumindest in einer begrenzten Zeitperiode möglich wird. Ergibt die Faktorenanalyse einen zeitstabilen Merkmalsraum, so kann die zeitliche Entwicklung der Messobjekte in diesem Merkmalsraum aufgezeigt werden. Die Variablen, die gemeinsam auf einen Faktor laden, bilden dabei die Messpunkte einer Zeitreihe.

3.5.2.2 Faktorwertkoeffizienten

Durch die Faktorenanalyse werden diejenigen Variablen identifiziert, die eine hohe Korrelation mit den extrahierten Faktoren aufweisen, was sich in einer hohen Faktorladung (*factor loadings*) ausdrückt. Variablen mit einer hohen Ladung auf einem Faktor können als Indikatoren für diesen Faktor interpretiert werden. Die Faktorladungen bilden die rechnerische Basis für die Bestimmung der Faktorwerte (*factor scores*). Die Matrix der Faktorladungen wird hierfür mit der Matrix der Korrelationskoeffizienten der Variablen multipliziert, so dass für jede Variable ein Faktorwertkoeffizient (*scoring coefficient*) entsteht.

Die Faktorwertkoeffizienten bilden das Gewicht, mit dem die Variablen zur Bestimmung des Faktorwerts beitragen. Der Faktorwert (fw) eines Messobjekts (x) ergibt sich aus einer Linearkombination aller Faktorwertkoeffizienten (s) und aller Variablenwerte ($v_1..v_n$) dieses Messobjekts:

$$fw_x = s_1v_{x1} + s_2v_{x2} + \dots + s_nv_{xn}$$

Der Faktorwert entspricht der Lage des Messobjekts auf dem Faktor. Die Formel zur Bestimmung des Faktorwerts weist eine ähnliche Struktur auf wie eine lineare Regression. Führt eine Überschneidung des Informationsgehalts von mehreren Variablen bei einer Regression jedoch zu einer Reduktion ihres Gewichts in der Gleichung, verhalten sich die Faktorwertkoeffizienten gerade umgekehrt: Variablen mit einem grossen Anteil an gemeinsamer Varianz erhalten einen hohen Koeffizienten. Wird der Faktorwert durch eine grosse Anzahl von Variablen beschrieben, so zeichnet sich die Datenbasis durch eine dementsprechend grosse Redundanz aus. Die Zahl der Variablen kann folglich reduziert werden, ohne dass sich der Gehalt des Faktors wesentlich verändert (nur dessen Absolutwert nimmt aufgrund der reduzierten Variablenzahl ab).

Diese Tatsache kann für die Zeitreihenanalyse ausgenützt werden. Verteilen sich die Variablen mit einem hohen Faktorwertkoeffizienten gleichmässig im gesamten Untersuchungszeitraum, kann mit der Reduktion der Variablen das Zeitfenster, auf das sich der Faktorwert bezieht, eingegrenzt werden. Um den Faktorwert für einen bestimmten Zeitpunkt (t_i) zu bestimmen, kann dieser theoretisch durch eine einzige Variable (mit einem hohen Faktorwertkoeffizienten) errechnet werden, deren Messung genau auf dem Zeitpunkt t_i liegt. Eine solche Reduktion würde allerdings auf Kosten der inhaltlichen Aussagekraft gehen: Jede Variable, auch wenn sie einen hohen Koeffizienten besitzt, hat neben der gemeinsamen Varianz mit dem Faktor auch einen Anteil an spezifischer Varianz. Durch die Reduktion der Variablenzahl nimmt die Bedeutung der spezifischen Varianz gegenüber der gemeinsamen zu, so dass der resultierende Faktorwert durch eine zunehmende inhaltliche Unschärfe charakterisiert ist.

Es existiert ein *trade-off* zwischen zeitlicher Eingrenzung und inhaltlicher Aussagekraft. Je stärker die Zahl der Variablen reduziert wird, desto besser kann der zeitliche Fokus auf den gewünschten Zeitpunkt (t_i) eingegrenzt werden. Gleichzeitig mit der Reduktion der Variablen steigt jedoch die inhaltliche Unschärfe des resultierenden Faktorwerts.

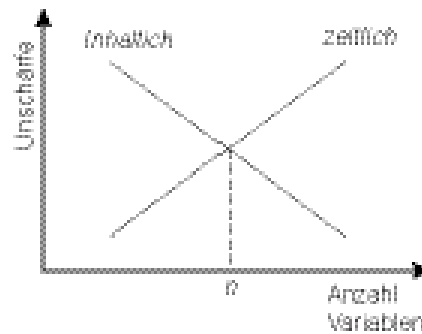


Abbildung 3-14: Trade-off zwischen zeitlicher und inhaltlicher Unschärfe (eigene Darstellung)

Abbildung 3-14 zeigt das theoretische Optimum der Anzahl der zu wählenden Variablen (n). Dieses Optimum ist bloss theoretisch, da es keine eindeutigen Kriterien zur vergleichenden Bewertung von zeitlicher und inhaltlicher Unschärfe gibt. Grundsätzlich gilt: Das Ziel einer grösseren zeitlichen Schärfe wird immer mit einer Zunahme an inhaltlicher Unschärfe «erkauft». Je besser die Datenlage, desto besser ist jedoch eine zeitliche Fokussierung möglich.

3.5.2.3 Zeitlich gewichtete Faktorwertkoeffizienten

Im letzten Abschnitt wurde gezeigt, dass die Faktorwerte auf einen bestimmten Zeitpunkt (t_i) zugeschnitten werden können, indem nur jene Variablen in die Faktorwertberechnung integriert werden, die in einem begrenzten Zeitfenster zwischen $t_i - \delta$ und $t_i + \delta$ liegen. Adäquater als die Definition eines Zeitfensters ist der Ansatz der zeitlichen Gewichtung. Das heisst, je grösser die zeitliche Distanz einer Variablen (v) zum Zeitpunkt (t_i), desto geringer ist ihr Gewicht (τ) für die Bestimmung des Faktorwerts (fw). Die Formel zur Bestimmung des Faktorwerts wird entsprechend abgewandelt:

$$fw_x^{(t_i)} = \tau_1 s_1 v_{x1} + \tau_2 s_2 v_{x2} + \dots + \tau_n s_n v_{xn}$$

Jede Variable ($v_1..v_n$) erhält somit zusätzlich zum inhaltlichen Gewicht (s entspricht dem Faktorwertkoeffizienten) ein zeitliches Gewicht (τ). Durch die zweifache Gewichtung der Variablen verändert sich die Summe der Gewichte. Wie im letzten Abschnitt dargelegt, sollte aus Gründen der Vergleichbarkeit die Summe der Gewichte konstant gehalten werden. Die Linearkombination wird deshalb mit einem Korrekturfaktor (K) multipliziert:

$$f\mathcal{W}_x^{(t_j)} = (\tau_1 s_1 v_{x1} + \tau_2 s_2 v_{x2} + \dots + \tau_n s_n v_{xn}) \cdot K$$

Der Korrekturfaktor (K) leitet sich aus dem Verhältnis der summierten Absolutwerte der Gewichte ohne τ und mit τ ab:

$$K = \frac{\sum_{y=1}^n |s_y|}{\sum_{y=1}^n |\tau_y s_y|}$$

3.5.2.4 Definition des zeitlichen Fokus

Der Wert des zeitlichen Gewichts τ_i der Variable v_i hängt von der zeitlichen Distanz dieser Variable zum fokussierten Zeitpunkt (t_j) ab. Je grösser die zeitliche Distanz ($|t_j - t_i|$), desto geringer der Wert von τ_i . Dieser Zusammenhang leitet sich aus dem Prinzip der zeitlichen Autokorrelation ab. Je näher sich zwei Situationen zeitlich liegen, desto stärker ist ihr Zusammenhang.

$$\tau_i = f(|t_j - t_i|)$$

Die Funktion zur Bestimmung des zeitlichen Gewichts ist folglich stetig und abnehmend. Angemessen repräsentiert werden, kann diese Funktion durch eine Gauss'sche Glockenkurve.

$$\tau_i = a \cdot e^{-b(t_j - t_i)^2}$$

Die Parameter a und b verändern die Gestalt der Glockenkurve. Sie können beispielsweise so gesetzt werden, dass die Kurve die Form einer Normalverteilung

annimmt. Abbildung 3-15 zeigt den funktionalen Zusammenhang zwischen der zeitlichen Distanz und dem zeitlichen Gewicht.

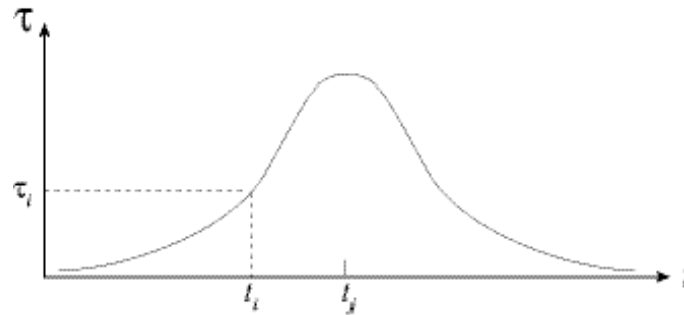


Abbildung 3-15: Zeitliche Gewichtung in Abhängigkeit der zeitlichen Distanz zum fokussierten Zeitpunkt t_f

3.5.2.5 Zeitreihenanalyse: «weighted moving focus»

Faktorenanalyse und zeitliche Gewichtung ermöglichen Zeitreihenanalysen von unstrukturierten angefallenen Daten. Die Variablen werden dabei doppelt gewichtet, einmal durch ein inhaltliches und einmal durch ein zeitliches Gewicht. Die inhaltliche Gewichtung erfolgt durch eine integrierte Faktorenanalyse aller Variablen des Untersuchungsraums, die zeitliche Gewichtung wird für jeden Zeitpunkt mittels Gewichtungsfunktion neu bestimmt. Abbildung 3-16 zeigt die Kombination von inhaltlicher und zeitlicher Gewichtung für verschiedene Zeitpunkte (t_1, t_2, t_j).

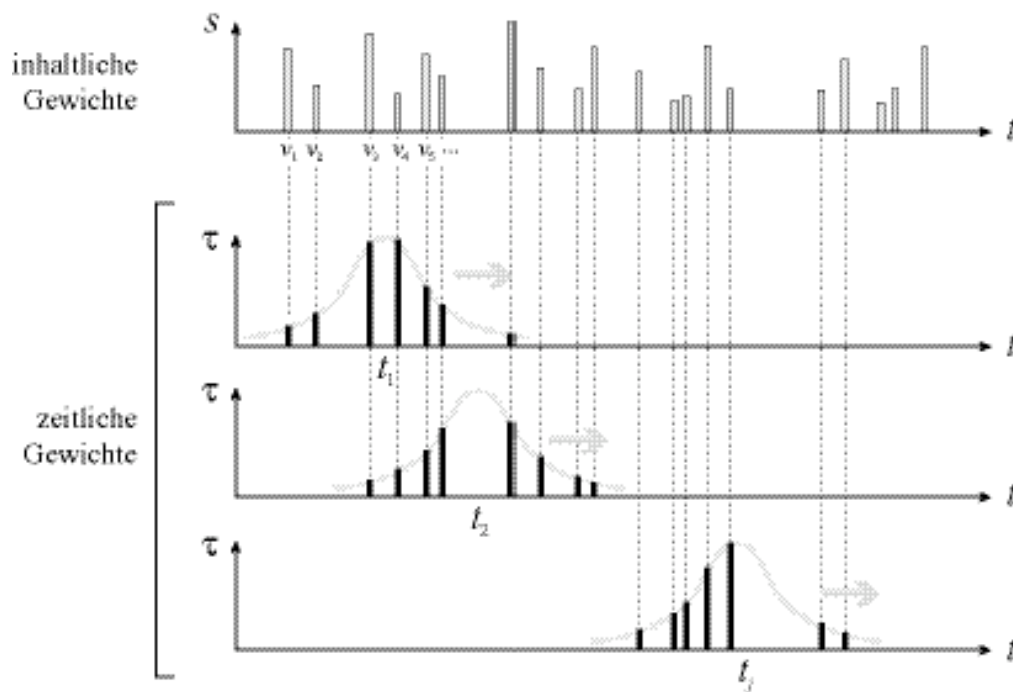


Abbildung 3-16: Koeffizienten der inhaltlichen und zeitlichen Gewichtung (eigene Darstellung)

Die zeitliche Gewichtungsfunktion wird entlang der Zeitachse verschoben, so dass für jeden Zeitpunkt innerhalb der Untersuchungsperiode die Gewichte der einzelnen Variablen festgelegt werden. Es entsteht dabei ein gewichteter Fokus, der entlang der Zeitachse gleitet, beziehungsweise ein «weighted moving focus».

3.5.3 Zeitliche Interpolation im Raum der Weltanschauungen

Die Voraussetzung für die Durchführung von zeitlichen Interpolationen in einem Faktorraum ist eine grosse Zahl von Variablen mit einem hohen Anteil an gemeinsamer Varianz. Diese Voraussetzungen sind bei Resultaten der eidgenössischen Volksabstimmungen gegeben. Die Faktorenanalyse der 213 Abstimmungen von 1981 bis 2005 ergibt bei drei Faktoren eine Kommunalität von 104.4. Das heisst, 49% der gesamten Varianz dieser Variablen können durch drei latente Dimensionen beschrieben werden.

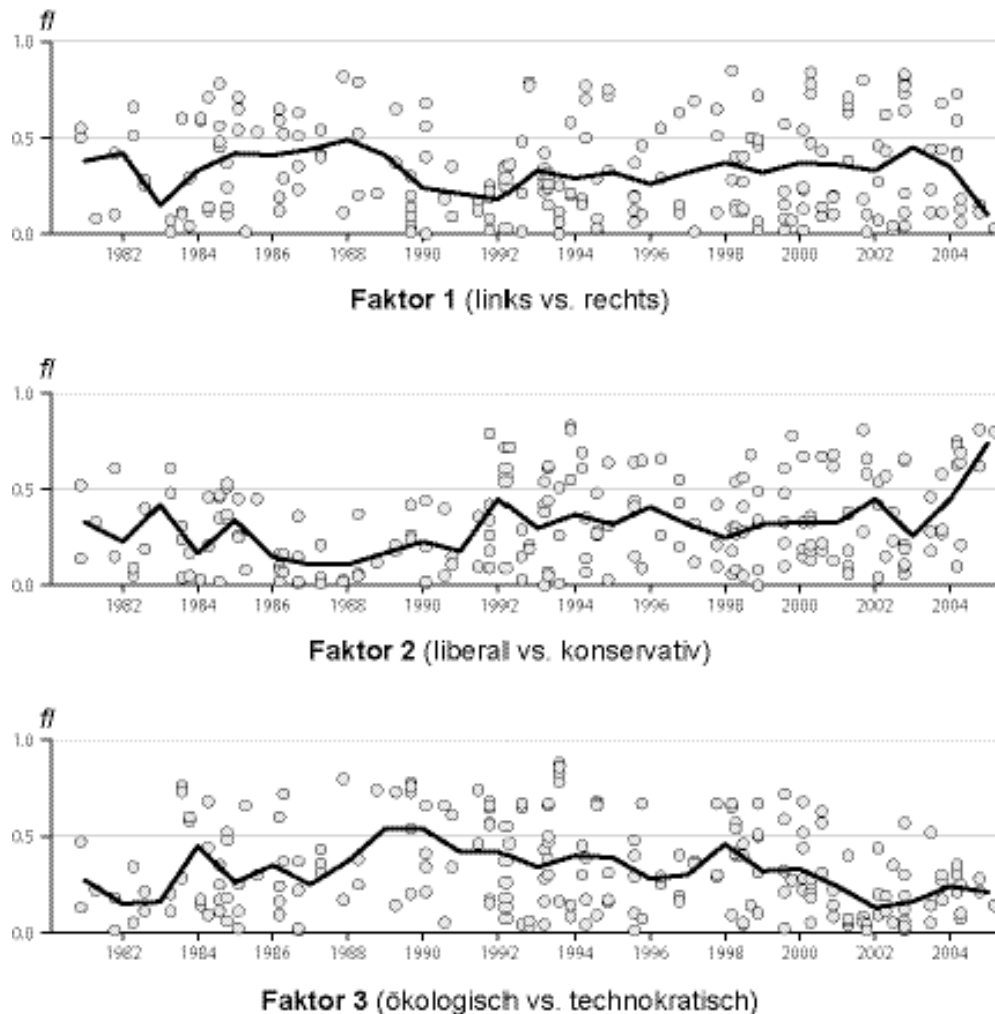


Abbildung 3-17: Faktorladungen der 213 Volksabstimmungen von 1981 bis 2005 mit Mittelwert

Die Darstellung der Faktorladungen der Variablen im Zeitverlauf zeigt eine relativ stabile Struktur des Faktorraums. Hohe Faktorladungen finden sich für alle drei Faktoren während der gesamten Untersuchungsperiode. Die schwarze Linie zeigt den Durchschnitt der Faktorladungen.

3.5.3.1 Veränderung der Bedeutung der Dimensionen

In den drei Diagrammen spiegeln sich aber auch zeitliche Entwicklungen. So finden sich 47 von 52 Abstimmungen mit hohen Faktorladungen (>0.5) auf dem Gegensatz «liberal vs. konservativ» in der Periode seit 1992. Darin spiegelt sich die Tatsache, dass der Konflikt an dieser Achse erst seit der Auseinandersetzung um den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu einer zentralen Konfliktlinie geworden ist. Eine abnehmende Bedeutung seit Beginn der Neunzigerjahre weist dagegen der

Gegensatz «ökologisch vs. technokratisch» auf. Die ökologische Frage hat im Vergleich zu den späten Achtzigerjahren an Virulenz verloren. In den letzten fünf Jahren gab es nur vereinzelte Abstimmungen mit einer starken ökologischen Komponente. Insgesamt die konstanteste Struktur zeigt der Faktor «links vs. rechts», der in allen Teilen des Untersuchungszeitraums eine ähnlich grosse Anzahl an Variablen mit hoher Faktorladung aufweist.

Trotz dieser Verschiebungen erweist sich das Modell als ausgesprochen robust. Werden in der Faktorenanalyse nur die Abstimmungen ab 1991 berücksichtigt, resultiert dieselbe durch drei Dimensionen geprägte Faktorstruktur, die zirka 50% der Gesamtvarianz beschreibt. Seit Beginn der Neunzigerjahre beschreibt jedoch der Gegensatz «liberal vs. konservativ» den grössten Anteil der Varianz (19%) und der Gegensatz «ökologisch vs. technokratisch» (15%) den geringsten. «Links vs. rechts» liegt mit 17% im Mittelfeld.

Diese Unterschiede in der Erklärungskraft der Dimensionen spiegeln wichtige Verschiebungen in der politischen Agenda, sie haben jedoch keine Auswirkungen auf die zeitliche Interpolation, da die Messwerte für die Faktorwertberechnung standardisiert werden.

3.6 Kartografische Repräsentation

Die drei Gegensätze «links vs. rechts», «liberal vs. konservativ» und «ökologisch vs. technokratisch» sind das Resultat einer hermeneutisch eingebetteten Faktorenanalyse. Aufgrund ihrer statistischen Unabhängigkeit (Orthogonalität) und ihrer metrischen Skalierung (Gradualität) können die drei Faktoren als Achsen eines kartesischen Koordinatensystems interpretiert und zu einem dreidimensionalen Raum der Weltanschauungen integriert werden. Dieser metaphorische Raum bildet die Basis für drei verschiedene Analysenarten:

1. *Positionierung von politischen Einstellungen im dreidimensionalen weltanschaulichen Koordinatensystem.* Verschiedene politische Haltungen können bezüglich ihrer Ähnlichkeiten und Abweichungen miteinander verglichen werden. Diese Art von Analyse dient der politikwissenschaftlichen Analyse, indem politische Akteure wie Parteien, Verbände oder Einzelpersonen aufgrund ihrer Abstimmungsparolen oder ihrer inhaltlichen Programme im Raum der Weltanschauungen positioniert werden.
2. *Analyse der weltanschaulich-ideologischen Struktur von politischen Sachfragen und Projekten.* Das Modell der Weltanschauungen kann dazu verwendet werden, die Konfliktstruktur von künftigen politischen Vorlagen abzuschätzen. Dazu werden die inhaltliche Struktur der Vorlage und die mit der Vorlage verbundenen Argumente in die bekannten Konfliktdimensionen des Raums der Weltanschauungen eingeordnet. Durch die Einordnung von Vorlagen und ihrer einzelnen Komponenten wird die Grundlage für strukturelle Prognosen geschaffen. Das heisst, es können Unterschiede in der Zustimmungseigung für bestimmte Abstimmungsvorlagen abgeschätzt werden.
3. *Analyse von regionalen Mentalitäten im Raum der Weltanschauungen.* Gemeinden, Stadtquartiere, Regionen, Bezirke oder Kantone können aufgrund ihrer Abstimmungsergebnisse bzw. der daraus resultierenden Faktorwerte im Raum der Weltanschauungen positioniert werden. Unter Beizug von sozioökonomischen und soziokulturellen Indikatoren für die entsprechenden Regionen können die Einflüsse der verschiedenen «globalen» Faktoren auf die

regionalen politischen Mentalitäten analysiert werden und gleichzeitig auch von den regionalen Eigenheiten und Partikularitäten unterschieden werden.

Die erste und die zweite Analyseart kommen vor allem bei politikwissenschaftlichen Analysen zur Anwendung.⁴³ Beim dritten Typ steht dagegen die sozialgeografische Analyse von regionalen politischen Mentalitäten im Zentrum. Im Folgenden wird der Fokus auf die geografische Komponente des Raums der Weltanschauungen gelegt. Diese wird als politisch-mentale Topografie bezeichnet. Im Sinne des in Kapitel 3.2.3.4 beschriebenen Konzepts «Spatialization» wurde für die Veranschaulichung dieser Topografie mit Hilfe von GIS-Werkzeugen eine eigene kartografische Darstellungsform entwickelt. Diese orientiert sich an der im Alltag gebräuchlichen Metapher der «politischen Landschaft».

Da sich kartografische Darstellungen in erster Linie für zweidimensionale Raumstrukturen eignen, muss der dreidimensionale Raum der Weltanschauungen hierfür auf jeweils zwei Dimensionen reduziert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei bei den beiden Dimensionen «liberal vs. konservativ» und «links vs. rechts», welche die grundlegenden gesellschaftlichen Dichotomien abbilden. Die dritte Dimension «ökologisch vs. technokratisch» wird zusammen mit dem Links-rechts-Gegensatz zu einer zweiten Ansicht des Raums der Weltanschauungen zusammengefügt. In dieser zweiten Ansicht manifestieren sich spezifische Unterschiede zwischen den verschiedenen Kulturräumen der Schweiz.

3.6.1 Modellierung der politischen Landschaften

Die Grundlage für die Darstellung politischer Landschaften bildet die Verteilung der untersuchten Raumeinheiten (Gemeinden) im Raum der Weltanschauungen auf Basis ihrer Faktorwerte. Die Modellierung der politischen Landschaften erfolgt in drei konzeptionellen Schritten: Als erstes wird die Bevölkerungsverteilung im Raum der Weltanschauungen mittels eines Dichtealgorithmus⁴ modelliert. Dabei entsteht eine kontinuierliche Oberfläche, welche die «Bevölkerungsdichte» als Z-Wert angibt. In einem zweiten Schritt wird für jeden Punkt der Dichteoberfläche die dort dominie-

⁴³ Die beiden in dieser Abhandlung nicht behandelten Analysearten kamen andernorts vielfach zur Anwendung. So wurden beispielsweise die politischen Parteien im Rahmen einer Diplomarbeit aufgrund ihrer Parolen in den Raum der Weltanschauungen integriert (von Wartburg 2004). Seit 2004 bildet der Raum der Weltanschauung ein fester Bestandteil der Online-Wahlhilfe «smartvote» (vgl. Rouiller et al. 2004). Strukturanalysen von (künftigen) Abstimmungen wurden bereits mehrfach zur Planung von politischen Kampagnen angewendet.

rende Landessprache berechnet und als Farbmerkmal in die Karte integriert; im letzten Schritt wird über die Dichteoberfläche ein Layer mit Vektordaten gelegt. Dieser Layer enthält Beschriftungen und Symbole, welche die Positionen ausgewählter Gemeinden darstellen.

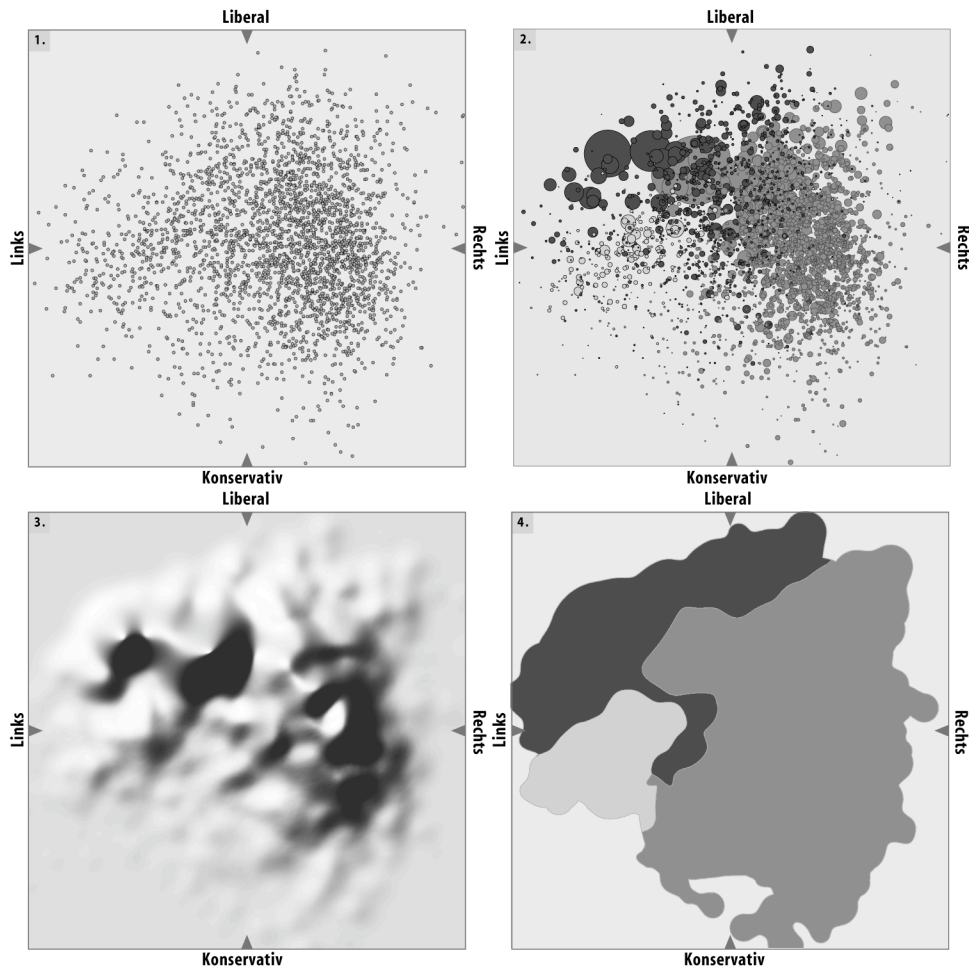


Abbildung 3-18: Komponenten der politischen Landschaft: (1) Einfaches Streudiagramm. (2) Kreisscheibenkarte mit Einwohnerzahl als Kreisscheibengröße und Sprache als Farbe. (3) Dichteoberfläche mit Schräglingschattierung und (4) Zonen sprachlicher Dominanz.

3.6.1.1 Punktkarten und Kreisscheiben

Die einfachste Form der Darstellung eines Merkmalsraums bildet das klassische Streudiagramm, das einzig die Verteilung der Messobjekte wiedergibt. In den Sozialwissenschaften geht das Mapping von Merkmalsräumen häufig nicht über diese einfachste Darstellungsform hinaus.

Im Streudiagramm der Faktorenwerte (vgl. Abbildung 3-18: 1) wird die Verteilung der Gemeinden im Faktorenraum sichtbar. Die Gemeinden konzentrieren sich in der rechten Hälfte des Raumes, derweil der linksliberale und der linkskonservative Quadrant eher dünn besetzt sind. Das Streudiagramm zeigt wohl die Verteilung der Gemeinden im Raum der Weltanschauungen, vermittelt aber einen trügerischen Eindruck über die tatsächlichen Stärkeverhältnisse, weil die Einwohnerzahl der Gemeinden stark variiert. So zählt die grösste Gemeinde Zürich rund 365'000 Einwohner, derweil in der kleinsten Gemeinde der Schweiz, dem Tessiner Dorf Corippo, nur 22 Menschen wohnen.

Eine Kreisscheiben-Darstellung mit Kreisflächen, deren Grösse proportional zur Einwohnerzahl ist, vermittelt ein anderes Bild als das einfache Streudiagramm (vgl. Abbildung 3-18: 2). Die grossen Städte des Landes konzentrieren sich im linksliberalen Quadranten des Raums der Weltanschauungen und verleihen diesem ein bedeutend grösseres Gewicht, als es das Streudiagramm vermuten lässt. Der rechtskonservative Quadrant verliert demgegenüber an Gewicht, da dort vor allem kleinere Gemeinden liegen.

Um eine Übersicht über die Verteilung der Sprechregionen zu erhalten, können die Kreisscheiben farblich nach ihrer Hauptsprache unterschieden werden. Die entsprechende Darstellung zeigt, dass die lateinische Schweiz (italienisch oder französischsprachig) gemeinsam mit den Deutschschweizer Grossstädten die linke Hälfte des Raumes der Weltanschauungen dominiert, während die rechte Hälfte vor allem von Deutschweizer Agglomerations- und Landgemeinden besetzt wird.

3.6.1.2 Interpolation der Dichteoberfläche

Die Darstellung von Kreisscheiben vermag einen besseren Eindruck der Konzentrationen und Mehrheitsverhältnisse in einem Merkmalsraum zu geben als ein einfaches Streudiagramm. Wenn sich jedoch viele Kreisscheiben überlagern, weil sich die dargestellten Objekte räumlich konzentrieren, vermag auch diese Darstellungsform die Verteilung nicht optimal wiederzugeben. Ein differenzierteres Bild über die Verteilung der Anteilsverhältnisse im Raum bieten kontinuierliche Dichteoberflächen.

Ein zweiter unbefriedigender Aspekt von Kreisscheibendarstellungen ist ihre fehlende Unschärfe (*fuzziness*). Die diskrete Darstellung der Bevölkerungsverteilung im Raum der Weltanschauungen suggeriert, dass sich alle Einwohner einer Gemeinde an demselben Ort befinden, d.h., dass sie alle dieselben politischen Wertvorstellungen haben. Eine Vorstellung, die nicht haltbar ist. Die Position einer Gemeinde im Raum

der Weltanschauungen kommt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zu Stande und nicht durch einstimmige Entscheide. Die Position einer Gemeinde muss deshalb als Mittelwert der weltanschaulichen Positionen ihrer Einwohner betrachtet werden, um den sich die Positionen der Einwohner streuen.

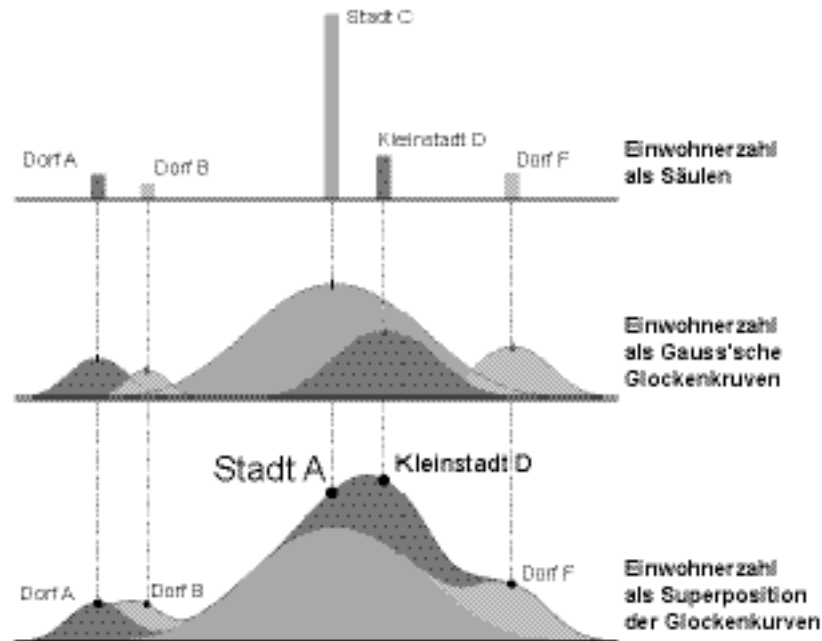


Abbildung 3-19: Schematische Darstellung der Modellierung von Dichtegebirgen (eigene Darstellung)

Zur Modellierung der politischen Landschaften wurde aus den diskreten Punktkarten eine kontinuierliche Dichteoberfläche interpoliert. Hierzu wurde die Einwohnerzahl der Gemeinden als Z-Wert eingesetzt. Herkömmliche Dichtealgorithmen in geographischen Informationssystemen berechnen die Dichte eines Merkmals an einem Punkt des Raumes aufgrund der Werte im Umkreis dieses Punktes innerhalb eines klar definierten Radius' mit Hilfe eines «Inverse-Distance-Weigthing-Verfahrens» (IDW) oder eines «Kernel-Glättungsverfahrens» (Baily/Cartrell 1995). Für unsere Anforderungen genügten diese Dichteberechnungen nicht, weil sie für alle Punkte denselben «Wirkungsradius» anwenden, egal ob es sich dabei um eine grosse Stadt oder ein kleines Dorf handelt. Die Fixierung des Wirkungsradius erscheint zu restriktiv für unsere Zwecke. Angemessener ist die Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit einer weltanschaulichen Position eines Individuums umso geringer ist, je weiter diese

Position von der Position der Wohngemeinde entfernt ist. In Bevölkerungsdichten ausgedrückt heisst das, je näher ein Punkt des Raumes der Weltanschauungen an der Position einer Gemeinde liegt, umso mehr Gemeindeglieder nehmen diese Position ein. Als Modellannahme wurde von einer Normalverteilung der weltanschaulichen Positionen der Einwohner einer Gemeinde um die errechnete Position der Gemeinde im Faktorenraum ausgegangen.

Die Interpolation der Dichteoberflächen erfolgte in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wurde für jede der 2900 Gemeinden eine eigene dreidimensionale Oberfläche über den gesamten Raum der Weltanschauungen gerechnet. Diese Oberflächen haben die Form einer dreidimensionalen Gauss'schen Glockenkurve. Das Zentrum, das gleichzeitig das absolute Maximum der Kurve markiert, befindet sich an jener Stelle im Raum der Weltanschauungen, wo die entsprechende Gemeinde positioniert ist. Jede einzelne Oberfläche wurde so dimensioniert, dass das Volumen unter der Oberfläche proportional zur Einwohnerzahl der Gemeinde ist. Im zweiten Schritt wurden die 2900 Oberflächen vertikal addiert.

Die resultierende Oberfläche aus den aufsummierten Teiloberflächen bildet die Topografie der politischen Landschaft der Schweiz ab. Sie zeigt Berge und Täler, Hügelzüge und weite Ebenen. Mit standardisierten GIS-Funktionalitäten können die Schräglightschattierung der Gebirge berechnet (vgl. Abbildung 3-18: 3) und die Höhenlinien gezeichnet werden; diese bilden dann die kartografischen Elemente zur Darstellung des Reliefs der politischen Landschaft. Die Karte der politischen Landschaft wird insofern generalisiert, als ein Schwellenwert von 50 Einwohnern gesetzt wird. Zonen mit weniger Bevölkerung werden als «unter dem Meeresspiegel liegend» betrachtet und blau eingefärbt.

3.6.1.3 Punktsignaturen und Beschriftungen

Die modellierte Dichtekarte dient als Basiskarte der politischen Landschaft. Ihre Gipfel und Täler zeigen die quantitative Verteilung der politischen Einstellungen und Mentalitäten. Weiter zeigt sie grossregionale Unterschiede wie die ideologische Dimension der sprachlichen Gliederung des Landes.

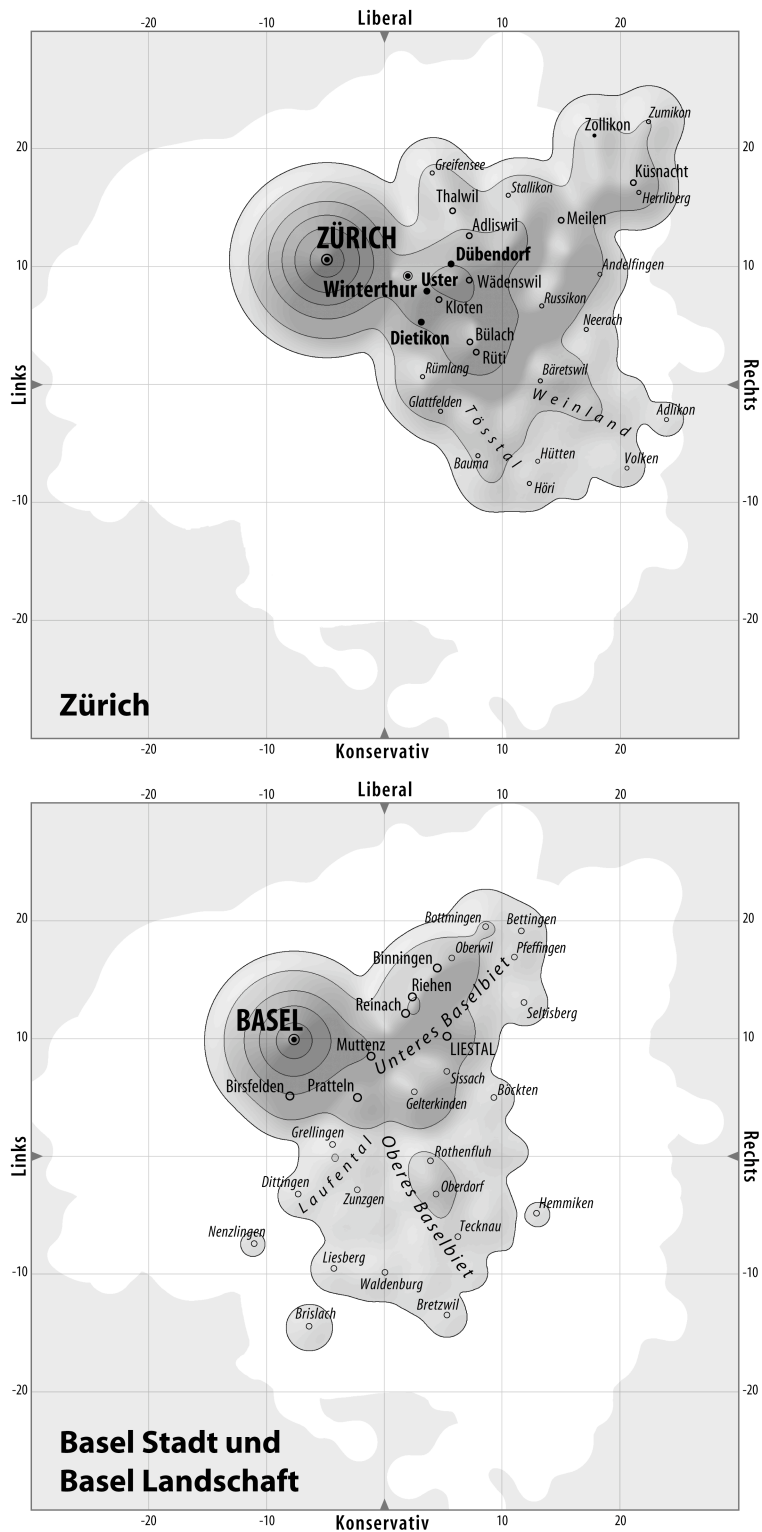


Abbildung 3-20: Politische Landschaften der Kantone Zürich und beider Basel (Hermann/Leuthold 2003a)

Im Gegensatz zu den Punktkarten sind in den interpolierten Landschaften Mikrostrukturen in einem geringeren Detaillierungsgrad nicht identifizierbar, so etwa die Lagen einzelner Gemeinden, die Unterscheidung ob es Städte oder Dörfer sind, sowie beispielsweise die relativen Lagen von Agglomerationsgemeinden zueinander. Dieser Limitierung der Aussagekraft auf Makrostrukturen kann mit der Integration eines weiteren kartografischen Layers mit Partikularinformation zu Städten, Dörfern und Regionen begegnet werden. Indem die Lagen von einzelnen Gemeinden mit einer Punktsignatur angezeigt werden, werden bekannte Fixpunkte zur Orientierung und als Hilfe für die Karteninterpretation gesetzt. Mit der Beschriftung der Punktsignaturen mit den Ortsnamen und der Beschriftung von weltanschaulichen Feldern mit Regionsnamen erhält die Karte der politischen Landschaften erst ihren Informationsgehalt und Wert für einen ortskundigen Betrachter.

3.6.2 Generalisierung und Fokussierung

Aus der Integration der drei kartografischen Layer, «Basiskarte mit Höhenmodell», «Zonen sprachlicher Dominanz» und «Punktsignaturen und Beschriftungen» resultiert eine Karte der politischen Landschaft, die auf den ersten Blick aussieht wie eine traditionelle topografische Karte (vgl. Abbildung 3-20). Das Land oder einzelne Kantone erscheinen als eine Insel mit Bergen, Tälern, Ebenen, Halbinseln, und Buchten.⁴⁴ Anstelle der erdräumlichen Himmelsrichtungen Nord und Süd orientiert sich der Kartenleser an den weltanschaulichen Ausrichtungen liberal und konservativ. Anstatt der Himmelsrichtungen West und Ost markieren die weltanschaulichen Haltungen links und rechts die horizontale Kartenachse.

Mit der Integration von interpolierten Dichtegebirgen und den Punktesignaturen für die einzelnen Ortschaften in einer Karte werden sehr unterschiedliche Detaillierungsgrade (levels of detail) in ein und demselben Modell dargestellt. Damit wird die von Agnew (1996) als Geissel der Sozialwissenschaften dargestellte Dichotomie von globaler, auf allgemeingültige strukturelle Zusammenhänge fixierter Perspektive, und der lokalen, auf spezifische Charakteristiken und Partikularitäten gerichteten Sichtweise durchbrochen.

Die Modellierung der Basiskarte, bestehend aus der Interpolation der Dichteoberfläche, stellt eine Generalisierung der Information dar. Sie dient dazu, die grossen Makrostrukturen wie die quantitative Verteilung der Bevölkerung im Raum der

⁴⁴ Eine Karte der politischen Landschaft der ganzen Schweiz findet sich in Kapitel 4.1.

Weltanschauungen, das Gefälle von Stadt und Land oder die Zusammenhänge zwischen sprachkultureller Prägung und politischer Mentalität darzustellen. Eigenheiten von einzelnen Gemeinden oder Regionen aufgrund von spezifischen kulturellen, historischen oder anderen Umständen werden in diesem Detaillierungsgrad als Rauschen betrachtet, das die Sichtbarkeit der globalen Strukturen beeinträchtigt. Im Vergleich dieser Makrostrukturen zwischen verschiedenen Regionen werden systematische Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede erkennbar. So beispielsweise die tripolare Struktur von urbanen Räumen, wie der Vergleich der Karten des Kantons Zürich und der beiden Basel in Abbildung 3-20 zeigt.

Die spezifischere Information über die Einflussfaktoren und Zusammenhänge in der politischen Landschaft wird mit Hilfe der Punktsignaturen und regionalen Beschriftungen dargestellt. Diese Information bezieht sich auf spezifische soziale Bedingungen an einem Ort, Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur, ökonomische Abhängigkeiten, aber auch kulturelles Erbe und kollektives Gedächtnis. Indem bestimmte Gemeinden ausgewählt und hervorgehoben werden, können feine Unterschiede innerhalb von Agglomerationen, aber auch zwischen einzelnen Gemeinden in einer ländlichen Region dargestellt werden.

Dieser Multi-Level-Ansatz in der Visualisierung erlaubt das Erkennen von Anomalien der politischen Landschaft, die durch eine lokale Eigenheit der Sozialstruktur bedingt ist. So sind auf der Mikroebene Ortschaften erkennbar, in denen eine dezidiert andere Bevölkerungszusammensetzung herrscht als in den Nachbargemeinden. Solche Anomalien sind häufig durch die Präsenz einer spezifischen Infrastruktur oder einer bestimmte Firma als Hauptarbeitgeberin erklärbar, wie etwa ein Kernkraftwerk, ein Waffenplatz oder ein grosser Rangierbahnhof. Auf einer Meso-Ebene können Regionen ausgemacht werden mit systematisch abweichenden regionalen politischen Kulturen, die nicht durch die globalen sozioökonomischen Faktoren erklärbar sind, aber auch nicht auf einzelne Akteure, Firmen oder Infrastrukturen zurück geführt werden können, sondern ihren Ursprung in ihrer spezifischen Geschichte oder in einer bestimmten Konstellation von religiöser oder sprachlicher Minderheits- bzw. Mehrheitssituation haben.

4 Empirischer Teil

4.1 Analyse sozialräumlicher Spannungsfelder

4.1.1 Einleitung

Die Basis für die Analyse der mentalen Topografie der Schweiz sind die Gemeinderesultate der 213 eidgenössischen Volksabstimmungen zwischen 1981 und 2005. Da es sich bei diesen Daten um eine Vollerhebung von effektiven politischen Entscheidungen handelt, besitzen alle gefundenen Zusammenhänge – und seien sie noch so fein und differenziert – eine reale Basis. Sie repräsentieren Unterschiede im politischen Verhalten derer, die sich an Abstimmungen beteiligen (sie erlauben jedoch keine direkten Aussagen über die freiwilligen oder unfreiwilligen Stimmabstinenten). Die Vollerhebung bildet die Grundlage für einen Zugang im Sinne der quantitativen Hermeneutik (vgl. Kapitel 3.2.2). Die Datenbasis kann nicht nur zur Beantwortung vorgängig erstellter Fragestellungen verwendet werden, sondern erlaubt ein induktives Aufdecken von Strukturen und Zusammenhängen. In einem hermeneutischen Analysezyklus können die gefundenen Strukturen verfeinert und mit sekundären Daten empirisch fundiert werden. Durch die langjährige Analyse und Beobachtung der sich wandelnden mentalen Topografie haben wir ein zunehmend differenzierteres Bild der politisch-mental Landschaft der Schweiz entwickeln können.

Die nachfolgende empirische Analyse der mentalen Topografie und ihrem Wandel baut auf den bisherigen Analysen und Publikationen zum Thema auf (vgl. Hermann/Leuthold 2001a; 2001b; 2002a; 2002c; 2003a; 2003b; 2004; 2005).

4.1.1.1 Die mentale Topografie im Überblick

Um einen ersten Überblick über die mentale Topografie der Schweiz zu erhalten, lohnt sich der Blick auf die politische Landkarte der Schweiz wie wir sie im «Atlas der politischen Landschaften – ein weltanschauliches Porträt der Schweiz» publiziert haben. In dieser integrierten Kartendarstellung spiegeln sich die wichtigen politisch-weltanschaulichen Spannungsfelder, die in diesem Land bestehen.

Die Sprachregionen

Die drei Hintergrundfarben grün, rot und ocker repräsentieren die Dominanzgebiete der drei grossen Sprachregionen. Zwischen links und liberal erstreckt sich das Kerngebiet der Romandie (in rot). Die Deutschschweiz beherrscht die ganze rechte Hälfte des politischen Raums (grün). Sie erstreckt sich von rechtsliberal bis rechtskonservativ.

Die Lage der Dominanzgebiete zeigt einen wichtigen Unterschied in der Konfliktstruktur im frankofonen und im deutschsprachigen Teil des Landes. Die Romandie weist die stärkste Ausdehnung auf der horizontalen Links-rechts-Achse aus, in der Deutschschweiz zeigen sich die grössten regionalen Gegensätze dagegen auf der politischen Achse liberal-konservativ. Auch die kleinste der grossen Sprachregionen, die italienischsprachige Schweiz, besitzt ein eigenes Dominanzgebiet im linkskonservativen Feld des politischen Raums (ocker).

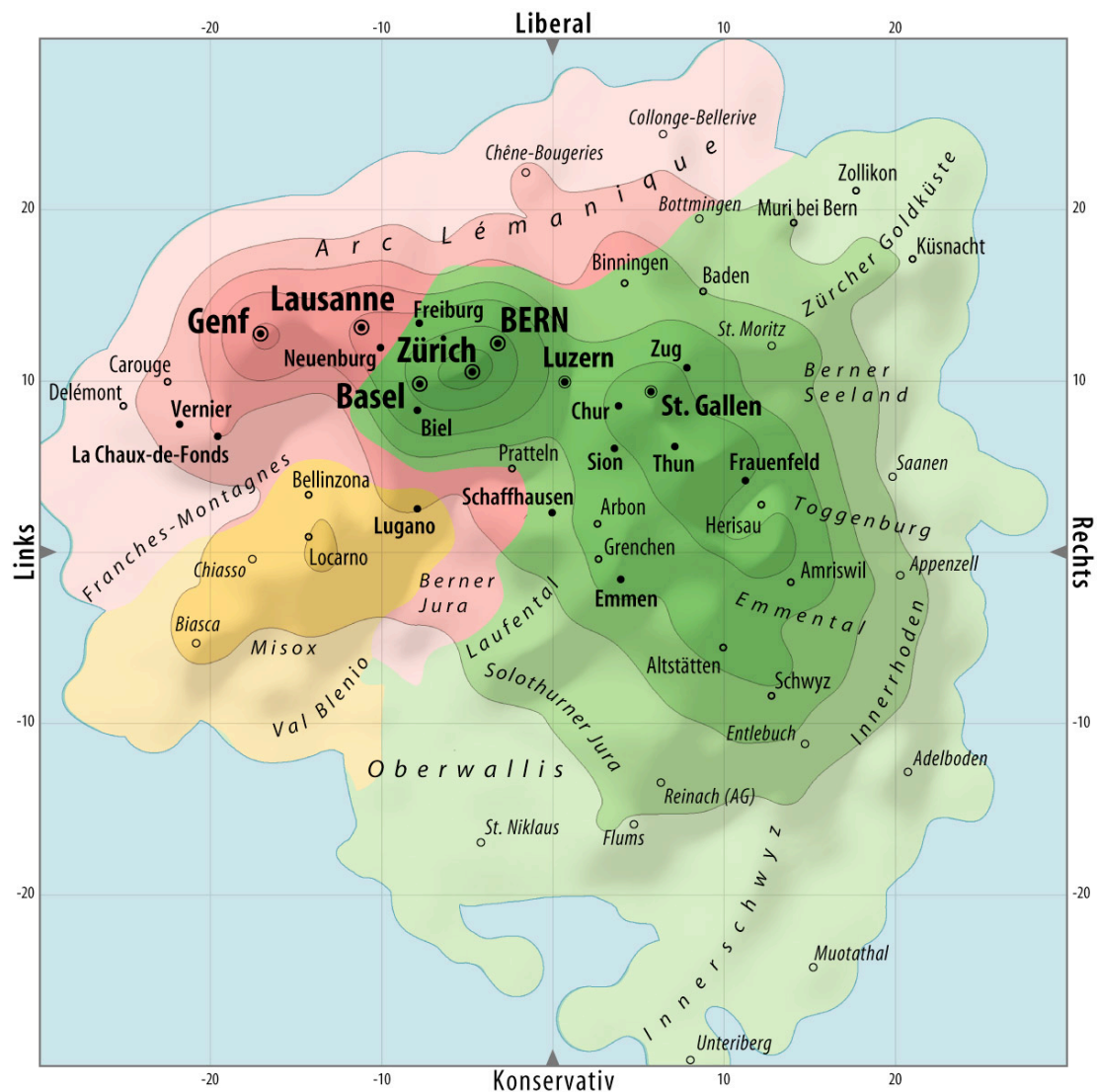


Abbildung 4-1: Politische Landkarte der Schweiz im Koordinatensystem links-rechts, liberal-konservativ. (Hermann,/Leuthold 2003a)

Die Karte zeigt einerseits ausgeprägte Unterschiede im politischen Profil der Sprachregionen, andererseits typische Muster innerhalb davon. Auffällig ist die Ballung der grossen Städte im linksliberalen Quadranten der Karte. Auf der entgegengesetzten Seite – im rechtskonservativen Quadranten – konzentrieren sich die ländlich-periphere Regionen und Gemeinden.

Der Zentrum-Peripherie-Gegensatz

Die Lage der grösseren und kleineren Städte und die Lage der zentrumsnahen und der zentrumsfernen Regionen macht deutlich, dass die Diagonalen des politischen Raums zwischen linksliberal und rechtskonservativ wesentlich durch den Zentrum-Peripherie-Gegensatz geprägt ist. Die Relevanz dieses Gegensatzes für die mentale Topografie der Schweiz wird von der Gestalt der «Gebirgstopografie» unterstrichen. Die Höhe des Gebirges repräsentiert die «Mächtigkeit» der Bevölkerung am jeweiligen Ort der politischen Landkarte (vgl. Hermann/Leuthold 2003a). Der Verlauf des Gebirgsrückens vom linksliberalen Genf bis zum rechtskonservativen Schwyz repräsentiert die Hauptachse der regionalen mentalen Differenzierung.

Der soziale Gegensatz

Dies ist jedoch nicht alles, was die Übersichtskarte über die mentale Topografie zu enthüllen vermag. Wer mit den Verhältnissen in der Schweiz vertraut ist, erkennt sofort den spezifischen Charakter der Gemeinden im rechtsliberalen Quadranten. Orte wie Zollikon bei Zürich, Bottmingen bei Basel, Collonge-Bellerive bei Genf oder Muri bei Bern gehören zu den besten Adressen im Umland der grossen Schweizer Städte. Die rechtsliberalen Ausläufer der politischen Landkarten sind von den statushohen Gemeinden der grossen Agglomerationen besetzt.

Das sozialräumliche Gegenstück zu den statushohen Agglomerationsgemeinden sind die Arbeitervororte und -vorstädte, in denen sich die unterprivilegierten Schichten konzentrieren. Auf der politischen Landkarte der Schweiz nehmen diese Orte keine exponierte Position ein. Dies gilt zumindest für die Arbeitervororte der Deutschschweiz. Im französischsprachigen Teil finden sich Vernier und Carouge, zwei Arbeitervorstädte von Genf, ganz links aussen auf der Karte. Zusammen mit den Regionen des Jurabogens markiert das grossstädtische Arbeiterumland den linken Pol der politischen Landkarte der Romandie. In der Deutschschweiz sind dagegen die grossen Kernstädte am weitesten links positioniert. Die Industrie- und Arbeitergemeinden nehmen dagegen eine eher unauffällige Position in der Mitte der politischen Landkarte ein. Beispiele sind Pratteln bei Basel und Schlieren bei Zürich. Die Arbeiter- und Industriegemeinden der Schweiz sind nur im Vergleich zu den ländli-

chen Regionen und im Vergleich zu den Gemeinden der Oberschicht eher links positioniert.

4.1.1.2 Historisch-kulturelle und sozioökonomische Faktoren

In der Darstellung der politischen Landkarte der Schweiz kommt der multifaktorielle Charakter der politisch-mental Topografie klar zum Ausdruck. Die Position der Gemeinden und Regionen ist ebenso durch sozioökonomische Gegensätze (soziale Schichtung, Zentralität) als auch durch kulturelle Faktoren (Sprache) bestimmt. Im «Atlas der politischen Landschaften » (2003a) haben wir die feingliederige Vielfalt der mentalen Topografie dieses Landes dargestellt. Wir konnten dabei zeigen, dass neben der Sprache zu einem geringeren Grad auch die Konfession als kultureller Faktor die Mentalitätsunterschiede mitprägt. So ist beispielsweise die ökologische Orientierung in katholischen Regionen (2003a: 110) weniger ausgeprägt als in jenen mit einer reformierten Mehrheit.

Im mentalen Profil spiegeln sich aber auch einzelne Wirtschaftsbranchen, die einen massgeblichen Einfluss auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Sein entwickeln können. So zeichnen sich beispielsweise die touristischen Zentren in den Alpen durch ein verhältnismässig liberales Profil aus (ebd. 43 f.).

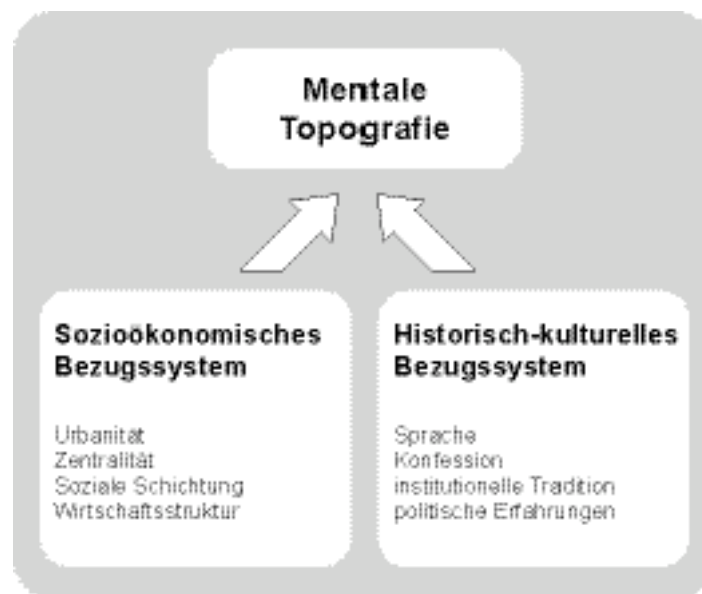


Abbildung 4-2: Bezugssysteme der mentalen Topografie (eigen Darstellung)

Grundsätzlich können zwei Bezugssysteme unterschieden werden, die für die Ausbildung der mentalen Topografie verantwortlich sind: Das sozioökonomische und das historisch-kulturelle. Das sozioökonomische Bezugssystem steht für die Gegensätze, die in der sozialen und ökonomischen Differenzierung der Gesellschaft begründet sind und sich auf die Ordnung des Raums übertragen.

Mentalitäten und politische Einstellungen sind jedoch immer auch ein kulturelles Phänomen. Es kommen darin regionale Eigenheiten zum Ausdruck, die der individuellen Geschichte und Entwicklung einer Region entspringen und durch das kollektive Gedächtnis (vgl. Kapitel 2.1.2.3) reproduziert werden. Wir sprechen dabei vom historisch-kulturellen Bezugssystem.

Im Atlas der politischen Landschaften haben wir gezeigt, dass die Kartierung der politischen Mentalitäten auf Basis von eidgenössischen Volksabstimmungen feinste Unterschiede und Differenzierungen zwischen Gemeinden, Regionen und Kantonen freilegen kann, die in der Geschichte und Struktur dieser Gebiete begründet sind.

4.1.1.3 Fokus der Analyse

Der Schwerpunkt der nachfolgenden empirischen Analyse liegt beim sozioökonomischen Bezugssystem der mentalen Topografie. Wir wollen zeigen, auf welche Weise sich die sozialräumliche Differenzierung der Siedlungstopografie der Ausbildung regionaler Mentalitäten und politisch-weltanschaulicher Konfliktlinien zugrunde liegt. Es ist dies die mentale Regionalisierung, die durch räumliche Entmischung der sozialen Schichten entsteht, es ist der weltanschauliche Gegensatz zwischen zentralen und peripheren Regionen, und es ist schliesslich der Gegensatz zwischen kernstädtischen und suburbanen Lebenswelten.

In einem zweiten Schritt konzentrieren wir uns anschliessend auf den Wandel der politisch-mental Topografie im Zeitraum zwischen 1981 und 2005. Hierfür greifen wir auf das Verfahren der zeitlichen Interpolation in Merkmalsräumen zurück, das wir in Kapitel 3.5 vorgestellt haben.

Die sozialräumlichen Differenzierungsachsen zwischen Oberschichts- und Unterschichtsregionen, zwischen Zentrum und Peripherie repräsentieren Strukturen, die nicht an die spezifischen Bedingungen der Schweiz gekoppelt sind, sondern in dieser oder ähnlicher Art in allen westlichen Länder bestehen. Die Gegensätze, wie sie sich in dieser Analyse zeigen, sind deshalb über den rein schweizerischen Kontext hinaus von Bedeutung. Die Verallgemeinerbarkeit gilt jedoch nur im Grundsatz. Selbst solche Faktoren, die auf den ersten Blick rein sozioökonomischen Charakter besitzen, sind durch spezifische kulturelle und institutionelle Rahmenbedingungen mitgeformt

worden. Dies zeigte bereits die Überblicksdarstellung der politischen Landschaft der Schweiz im vorangegangenen Abschnitt: So ist der politisch-mentale Gegensatz zwischen Oberschichts- und Unterschichtsregionen vor allem in der französischen Schweiz stark ausgebildet, der Zentrum-Peripherie-Gegensatz dagegen primär im deutschsprachigen Teil des Landes.

Regionale Mentalitätsunterschiede haben nie einen rein sozioökonomischen Charakter, sondern sind immer durch kulturelle Faktoren mitgeprägt. Trotz der Fokussierung auf sozialräumliche Gegensätze kann deshalb das kulturelle Element in den folgenden Ausführungen nicht ausser Acht gelassen werden. Ganz im Gegenteil: Die kulturelle Vielfalt der Schweiz ermöglicht es, die mentale Dimension der sozialräumlichen Differenzierung vergleichend zu betrachten. Von den vier Sprachregionen der Schweiz eignen sich die deutsche und die französische für einen Vergleich. Beide Regionen weisen das gesamte Spektrum von der Grossstadt bis zur peripheren Landregion auf. Dabei stimmt das Stärkenverhältnis zwischen urbanen und ländlichen Regionen praktisch überein: In der Romandie lebt 54.6 Prozent der Bevölkerung in einer Grossagglomeration, in der Deutschschweiz sind es 54.5 Prozent. Im ländlichen Raum leben 26.2 Prozent der Romands und 27.4 Prozent der Deutschschweizer.

4.1.2 «Deutsch» und «Welsch» im Vergleich

Als Bezugssystem für die vergleichende Analyse dienen uns die beiden grossen Sprachregionen der Schweiz. In den nachfolgenden Analysen werden wir die innere sozialräumliche Gliederung der beiden Sprachregionen vergleichend betrachten. Als Grundlage und Ausgangspunkt für die vergleichende Analyse soll zunächst das politische Spannungsfeld zwischen Deutschschweiz und Romandie in seinen Grunddimensionen charakterisiert werden.

Politische Auseinandersetzungen zwischen Deutsch und Welsch sind so alt wie der schweizerische Bundesstaat. Im 19. Jahrhundert waren es jedoch nicht eigentlich weltanschauliche Gegensätze, die zu politischer Uneinigkeit führten. Damals weckte in erster Linie das Anliegen, die Zentralregierung des noch jungen Bundesstaates zu stärken, den Widerstand der welschen Kantone; sie befürchteten, als Minderheit übergangen zu werden. Mit der Festigung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen verlor die Allianz der kulturellen Minderheiten ihre Bedeutung. An Stelle von machtpolitischen Gegensätzen sind immer mehr die eigentlichen Mentalitätsunterschiede ins Zentrum der Auseinandersetzungen gerückt.

Der politische Graben zwischen Deutsch und Welsch, der sich seit den 1970-Jahren unter dem Etikett «Röstigraben» im öffentlichen Bewusstsein festgesetzt hat, gehört zu den breit erforschten Themen der politischen Wissenschaften in der Schweiz (z.B. Altermatt 1996; Kriesi et al. 1996). Während bei den klassisch politologischen Analysen die Häufigkeit und Intensität des Sprachgegensatz im Vordergrund steht, interessieren wir uns vor allem für den inhaltlich-thematischen Gehalt des Gegensatzes. Vertiefte Analysen des weltanschaulichen «Röstigrabens» und dessen Entwicklung finden sich im Atlas der politischen Landschaften (2003a) und in der Publikation «Deutsch und Welsch im Raum der Weltanschauungen» (2003b).

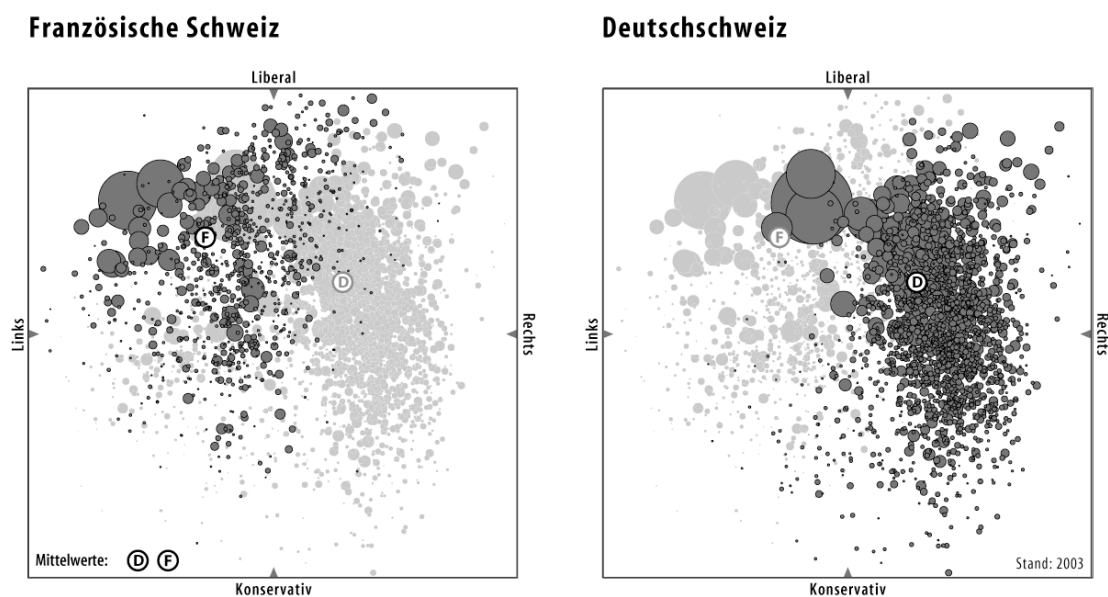


Abbildung 4-3: Deutsch und Welsch im politischen Raum

In Abbildung 4-3 sind die Gemeinden der beiden Sprachregionen im politischen Raum dargestellt. Was wir bereits anhand der Übersichtskarte (Abbildung 4-1) zeigen konnten, kommt hier noch deutlicher zum Ausdruck: Deutschschweiz und Romandie unterscheiden sich in Bezug auf ihre Verteilung auf der Links-rechts-Achse des politischen Raums: Die Gemeinden der Romandie sind im Durchschnitt deutlich links der Deutschschweizer Gemeinden positioniert. Weit weniger ausgeprägt ist der Gegensatz auf der Achse liberal-konservativ, wo sich die Romandie insgesamt durch eine etwas liberalere Grundorientierung auszeichnet.

Die Darstellung zeigt, dass sich die beiden Sprachregionen nicht nur in ihrer mittleren Position, sondern auch in ihrer inneren Gliederung stark unterscheiden. Die Faktoren,

die dafür eine Rolle spielen, sind das Thema der nachfolgenden empirischen Analysen. Zunächst wollen wir jedoch die politisch-weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Gesamtregionen differenzierter aufschlüsseln.

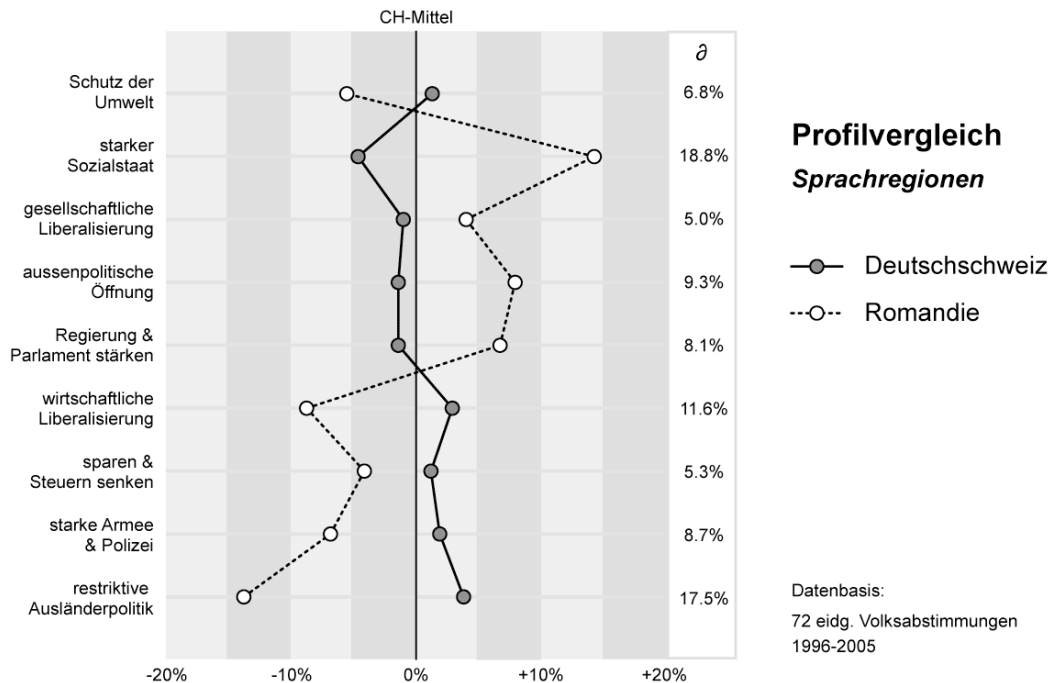


Abbildung 4-4: Politisches Profil nach 9 Themenkonflikten.

Einen detaillierten Einblick in Unterschiede im politischen Profil der beiden Regionen ermöglicht der Vergleich nach neun Themenkonflikten in Abbildung 4-4. Das Diagramm zeigt, dass in der Periode von 1996 bis 2005 die grössten Einstellungsunterschiede zwischen Deutsch und Welsch bei sozialpolitischen Vorlagen bestanden. Im Durchschnitt lag das Zustimmungsniveau für Vorlagen, die den Ausbau oder den Erhalt des Sozialstaats verlangten, in der Romandie um 18.8 Prozent höher als in der Deutschschweiz. Die zweitstärkste Differenz zeigt sich im Konfliktfeld in Bezug auf eine «restriktive Ausländerpolitik». Das Anliegen einer restriktiven Ausländerpolitik fand im alemannischen Landesteil durchschnittlich 17.5 Prozent mehr Zustimmung als im frankophonen Teil.

Diese markanten Unterschiede zeigen, dass sich die Sprachregionen sowohl in ihrer sozialökonomischen Grundorientierung als auch in gesellschaftspolitischen Fragen unterscheiden. Die Romandie ist in sozioökonomischen Belangen linker orientiert und in gesellschaftspolitischen Fragen liberaler ausgerichtet als die Deutschschweiz.

Das eher auf Bewahrung und Erhalt des Bestehenden orientierte Profil der Deutschschweiz bezieht sich jedoch nicht auf das wirtschaftspolitische Feld. Beim Konflikt um die wirtschaftliche Liberalisierung, der in den letzten Jahren zunehmende Bedeutung erhalten hat, nimmt die Romandie die Rolle der Bewahrerin ein. Die Deutschschweiz zeigt im Schnitt ein um 11.6 Prozent höheres Zustimmungsniveau zu wirtschaftsliberalen Anliegen als die französische Schweiz.

4.1.3 Stadt-Land-Gegensätze

Alleine die Überblicksdarstellung der politischen Landkarte der Schweiz in Kapitel 4.1.1.1 verrät einiges über den Zusammenhang zwischen der sozialräumlichen Differenzierung und der mentalen Topografie. Für eine objektive Begründung des Zusammenhangs von Siedlungsstruktur und mentaler Regionalisierung bedarf es jedoch einer objektiven sozialräumlichen Typisierung der im politischen Raum dargestellten Gemeinden.

Grundlage für die Typisierung der Gemeinden sind zum einen die vom Bundesamt für Statistik (BFS) erstellten Analyseregionen (Schuler et al. 2005), zum anderen können wir hierfür auf unsere im Auftrag des BFS erstellte Studie «Soziokulturelle Unterschiede in der Schweiz – Vier Indizes zu räumlichen Disparitäten, 1990-2000» (Hermann et al. 2005) zurückgreifen.

4.1.3.1 Zentrum-Peripherie-Gegensatz

Datenbasis für die Erfassung des Zentrum-Peripherie-Gegensatzes bildet die Agglomerationsdefinition für das Jahr 2000 des BFS. Für die Bestimmung des Siedlungstyps «Zentrum» kann jedoch nicht eins zu eins auf die offizielle Agglomerationsdefinition abgestützt werden. In der Schweiz werden auch kleinste Ballungsräume wie St. Moritz mit 15'000 oder Wohlen (AG) mit 20'000 Einwohnern zu den Agglomerationen gezählt. Ergänzend zur offiziellen Einteilung des BFS unterscheiden wir zwischen Gross- und Kleinagglomerationen. Zu den grossen Agglomerationen zählen wir solche, die im Jahr 2000 80'000 und mehr Einwohner⁴⁵ umfassten. Gemeinden, die in einer Grossagglomeration liegen, werden zum Siedlungstyp «Zentrum» gezählt. Zum Siedlungstyp «Peripherie» zählen wir Gemeinden, die zu keiner Agglomeration gehören. Diese Gemeinden bilden gemäss BFS-Definition den «ländlichen Raum».

⁴⁵ Dazu zählen im Jahr 2000: Zürich, Basel, Genève, Bern, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Lugano, Baden-Brugg, Olten-Zofingen, Zug, Fribourg, Thun, Biel/Bienne und Vevey-Montreux.

Zentrum-Peripherie in der Deutschschweiz

Abbildung 4-5 zeigt die Teilung der politischen Landschaft der Deutschschweiz in Zentrum (Grossagglomerationen) und Peripherie (ländlicher Raum). Die Gemeinden der Grossagglomerationen verteilen sich von den Mitte des politischen Raums zum rechts- und zum linksliberalen Pol, mit einem linksliberalen Schwergewicht. Auf diese innere Differenzierung in eine tripolare Struktur werden wir weiter unten genauer eingehen.

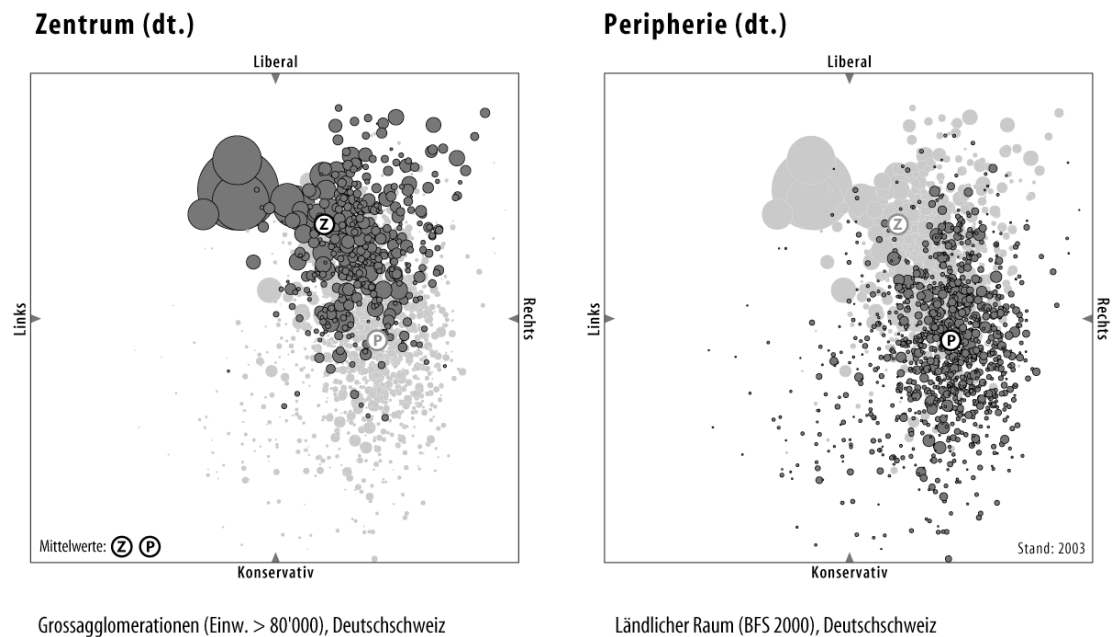


Abbildung 4-5: Zentrum-Peripherie, Deutschschweiz

Entscheidend ist fürs erste der relative Unterschied zu den Gemeinden des ländlichen Raums. Diese sind im politischen Raum ähnlich stark gestreut wie die Gemeinden der Grossagglomerationen. Die Verbreitungsgebiete der beiden Siedlungstypen weichen jedoch klar voneinander ab. Die Gemeinden des ländlichen Raums ballen sich im rechtskonservativen Quadranten des politischen Raums.

Der Vergleich der beiden Mittelwerte zeigt, dass sich im Zentrum-Peripherie-Gegensatz ein Konflikt zwischen (links-)liberalen und (rechts-)konservativen Anschauungen manifestiert.

Zentrum-Peripherie in der französischen Schweiz

Abbildung 4-6 zeigt, dass der Zentrum-Peripherie-Gegensatz im französischsprachigen Landesteil eine analoge Struktur aufweist wie im deutschsprachigen, er ist hier jedoch weniger akzentuiert. Auffällig ist das ausgesprochen liberale Profil der Grossagglomerationen, die zwar stark auf der Links-rechts-Achse ausdifferenziert sind, jedoch keine Ausläufer in die rechtskonservativen Zonen des politischen Raums besitzen.

Die Gemeinden des ländlichen Raums sind konservativer, streuen jedoch breit sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung. Mit ein Grund für die lockere Verteilung der Gemeinden der Romandie im politischen Raum ist die geringere Bevölkerungsstärke dieser Sprachregion (1.7 Mio. Einwohner) im Vergleich zum deutschsprachigen Landesteil (5.2 Mio.).

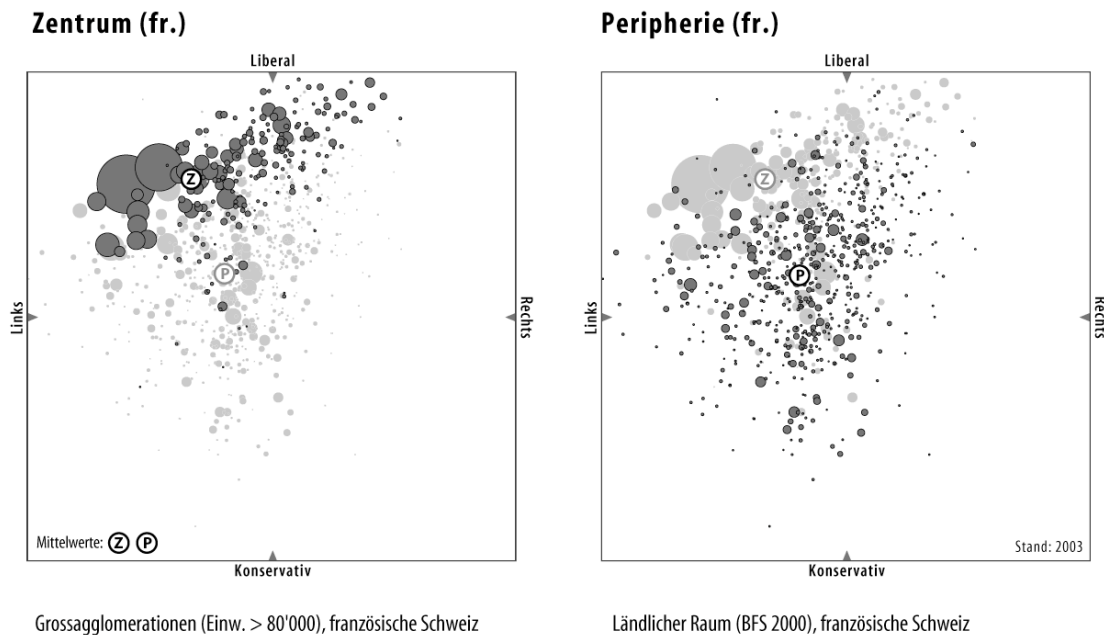


Abbildung 4-6: Zentrum-Peripherie, französische Schweiz

Profilvergleich in neun Dimensionen

Der Gegensatz (links-)liberal vs. (rechts-)konservativ, der sich zwischen Zentrum und Peripherie öffnet, spiegelt sich in der Gestalt der beiden Profillinien nach neun Themenkonflikten in Abbildung 4-7.

Die grössten Einstellungsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie bestehen beim Konfliktfeld zur «ausserpolitischen Öffnung». In den Grossagglomerationen wurde in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um 13.8 Prozent stärker für eine politische Öffnung der Schweiz votiert als in den Gemeinden des ländlichen Raums. An zweiter Stelle folgt das Themenfeld der «gesellschaftlichen Liberalisierung». Hier liegt das Zustimmungsniveau durchschnittlich um 12.1 Prozent höher.

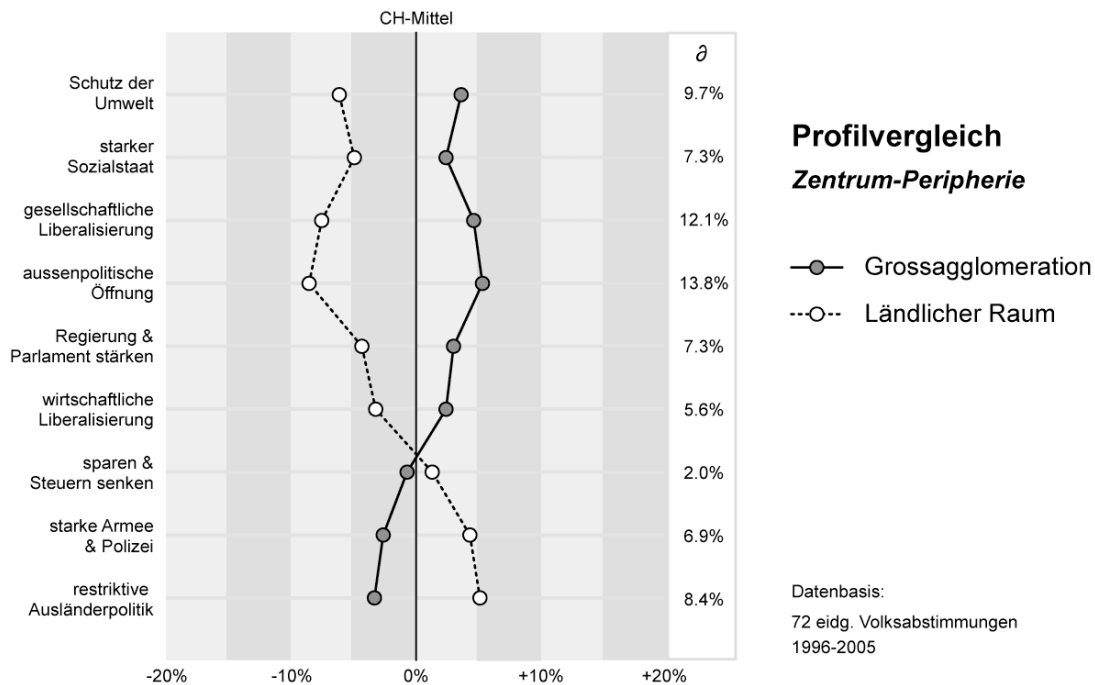


Abbildung 4-7: Zentrum-Peripherie – Profilvergleich

Die beiden Themenkonflikte zeigen, dass der Grad der Weltoffenheit in politischen und gesellschaftlichen Belangen das Merkmal ist, welches die Bevölkerung von Zentrum und Peripherie politisch am stärksten teilt. Die unterschiedliche Einstellung zur gesellschaftlichen und politischen Öffnung reflektiert die Tatsache, dass in den Ballungsgebieten der Wandel und die Öffnung der Gesellschaft weit vorangeschritten sind und sich die Menschen an diese Prozesse gewöhnt haben oder gar aktiv daran teilnehmen. Im ländlichen Raum, wo der Wandel der Strukturen weniger weit vorangeschritten sind und die Verankerung im Lokalen noch grösser ist, stellt die politische und gesellschaftliche Öffnung eine grössere Bedrohung dar. Für die politische Grundorientierung ist es dabei unerheblich, ob es sich um eine tatsächliche oder um eine bloss empfundene Bedrohung handelt.

Starke Einstellungsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie bestehen auch bei ökologischen Fragen. Die Gemeinden der Grossagglomerationen stimmten in den letzten 10 Jahren im Schnitt 9.7 Prozent stärker für den «Schutz der Umwelt» als die Gemeinden des ländlichen Raums. In den Ballungsgebieten, wo die «Natur» am stärksten zurückgedrängt und gezähmt ist, besteht offenbar ein grösseres Bedürfnis nach dem Schutz derselben als im ländlichen Raum, wo diese nach wie vor eine wirtschaftliche Ressource darstellt.

In Bezug auf den klassischen, sozialökonomischen Links-rechts-Gegensatz zeigt das Einstellungsprofil ein mehrdeutiges Bild: So positionieren sich die Ballungsgebiete in der Sozialpolitik klar links vom ländlichen Raum («starker Sozialstaat»: +7.3%), in wirtschaftspolitischen Fragen nehmen sie dagegen eine rechttere, beziehungsweise eine wirtschaftsfreundlichere Haltung ein. Die Zentren stimmten im Durchschnitt um 5.6 Prozent stärker für das Anliegen der «wirtschaftliche Liberalisierung». Keine wesentlichen Unterschiede bestehen bei finanzpolitischen Vorlagen («Sparen & Steuern senken»).

Die gegenläufigen Positionsnahmen in der Sozial- und der Wirtschaftspolitik bringen die unterschiedlichen Sensitivitäten und Bedürfnislagen in Zentrum und Peripherie zum Ausdruck: Die Zentren als Ganzes sind für den Wettbewerb gerüstet und gehören deshalb zu den Profiteuren der wirtschaftlichen Liberalisierung. Die grössere wirtschaftliche Dynamik im Vergleich zum ländlichen Raum führt jedoch zugleich auch zu grösseren sozialen Ungleichheiten. Aufgrund der fortgeschrittenen Individualisierung werden soziale Risiken zu einem geringeren Grad durch die Gemeinschaft abgefangen, was die Bedeutung der institutionalisierten Solidarität erhöht (vgl. Hermann et al. 2005).

Die Staatsorientierung des ländlichen Raums zielt demgegenüber weniger auf den Schutz des Einzelnen als auf den Schutz wirtschaftlicher Strukturen und öffentlicher Dienstleistungen, die durch den globalen Wettbewerb und die Sparbemühungen des Staates unter Druck geraten. Der Staatsbezug im ländlichen Raum hat nicht individuellen, sondern holistischen Charakter. Dem primär sozialpolitischen Etatismus in den Zentren steht ein wirtschaftspolitischer Etatismus im ländlichen Raum gegenüber.

4.1.3.2 Kernstadt-Umland-Gegensatz

Die grossen Agglomerationen sind durch eine starke innere Differenzierung gekennzeichnet. Eine wichtige Teilung verläuft dabei zwischen dem Agglomerationszentrum (Kernstadt) und dem Agglomerationsgürtel (Umland). In wirtschaftlicher Hinsicht sind Agglomerationen eng verflochten und vernetzt und es kann keine scharfe Grenze

zwischen den Kernstädten und ihrem Umland gezogen werden, in Bezug auf das politische Profil bilden die Kernstädte jedoch ein Milieu, das sich klar von den übrigen Zonen der Agglomeration unterscheidet.

Kernstadt-Umland in der Deutschschweiz

Der Kernstadt-Umland-Gegensatz zeigt sich besonders akzentuiert in den Grossagglomerationen der Deutschschweiz. Zwischen den beiden Siedlungstypen besteht ein markanter Links-rechts-Gegensatz. Wie das linke Diagramm in Abbildung 4-8 zeigt, teilen sich die Kernstädte ihrerseits nach Einwohnerzahl (= Fläche der Kreisscheiben). Die Grossstädte sind links der kleineren Kernstädte positioniert.

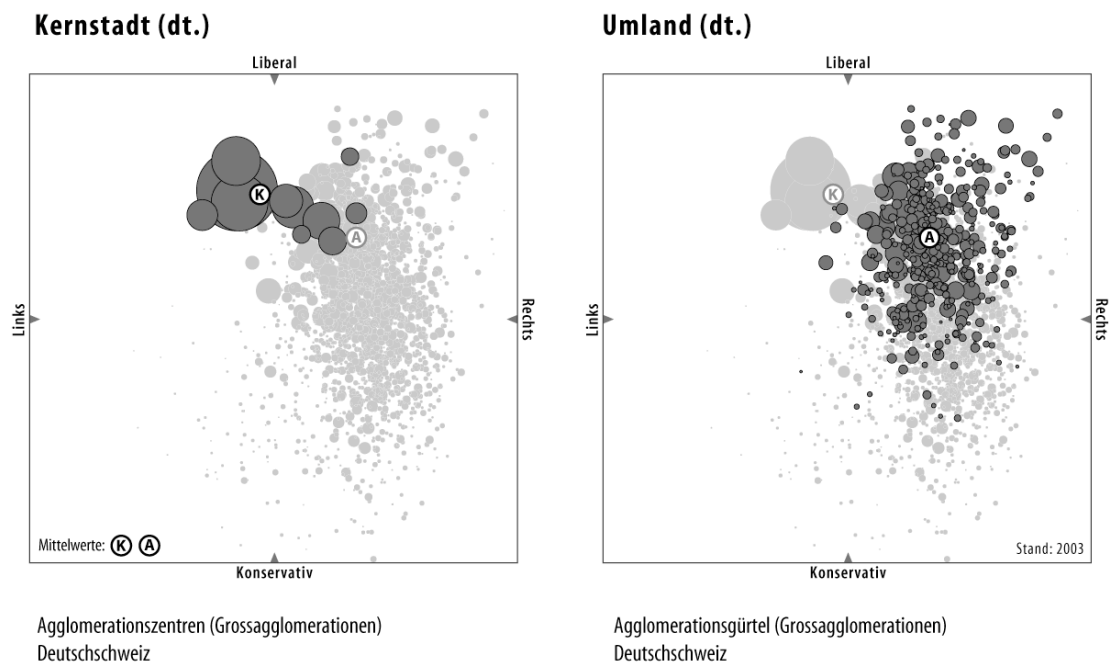


Abbildung 4-8: Kernstadt-Umland, Deutschschweiz

Zürich, Bern und Basel sind die Hochburgen der Stimmenden mit einer linken Grundorientierung. Links der drei grossstädtischen Kreisschreiben findet sich allerdings noch eine kleinere. Es handelt sich dabei um die zweisprachige Stadt Biel/Bienne, deren Positionierung durch den frankofonen Einfluss mitgeprägt ist. Der Grad der Urbanität ist in der Deutschschweiz das bestimmende Merkmal für die Positionierung auf der Links-rechts-Achse.

Unterschiedliche Lebenswelten

Der Links-rechts-Gegensatz im klassischen, wohlfahrtsstaatlichen Sinn basiert auf dem Gegensatz zwischen «Arbeit» und «Kapital». Das heisst, er ist ein Gegensatz zwischen dem wohlhabenden Bürgertum und der abhängigen Arbeiterschaft. Der Links-rechts-Gegensatz, der sich zwischen Kernstadt und Umland öffnet, kann nicht auf soziale Ungleichheiten zwischen den beiden Raumtypen reduziert werden. Zwar gehören die Kernstädte nicht zu den Oberschichtsgemeinden der Agglomeration, sie gehören aber auch nicht zu den statustiefen Gemeinden (vgl. Hermann et al. 2005). Wie wir weiter unten zeigen werden, sind die statustiefen Gemeinden im Agglomerationsgürtel der Deutschschweiz zwar links von den Gemeinden des Oberschichtsumlands positioniert, auf der Links-rechts-Achse liegen sie jedoch gleichwohl näher am Oberschichtsumland als an den Kernstädten.

Dies und die Tatsache, dass vor allem die vergleichsweise statushohen Grossstädte ein linkes Profil aufweisen, zeigen, dass das Konzept der sozialen Ungleichheit nicht als Hauptbegründung für den vorgefundenen Links-rechts-Dualismus zwischen Kernstadt und Umland dienen kann. Die Erklärung liegt in den unterschiedlichen Wohnstandortqualitäten des urbanen und des suburbanen Raums (Hermann/Leuthold 2003a; 2004).

Kernstädte sind durch kurze Wege, ein vielfältiges soziales Angebot, Anonymität und belebte öffentliche Räume charakterisiert. Der suburbane Raum bietet demgegenüber mehr Raum, mehr Ruhe und Distanz zu störenden Einflüssen und in der Schweiz in der Regel auch einen tieferen Steuerfuss. Wie wir gezeigt haben, spiegelt sich dies in einer horizontalen sozialen Differenzierung zwischen Kernstadt und Agglomerationsgürtel (Hermann et al. 2005). Während in den suburbanen Regionen klassisch bürgerliche Lebensmodelle vorherrschen, sind die Kernstädte durch individualisierte Lebensformen (z.B. Single-Haushalte, Paare ohne Kinder) charakterisiert. Wie wir unten zeigen werden, sind Kernstädte durch die Konzentration von Personen, die in sozialen, kommunikativen und kreativen Berufen tätig sind, charakterisiert, während sich im suburbanen Raum kommerzielle Berufe konzentrieren.

Die urbane Lebenswelt ist das Habitat der kreativen Klasse. Sie ist für individualisierte, an Selbstentfaltung orientierte Personen attraktiv und zeichnet sich deshalb durch eine linksliberale Grundorientierung aus. Die suburbane Lebenswelt besitzt dagegen vor allem für bürgerlich orientierte Personen eine grosse Anziehungskraft, was sich in einer eher rechten Positionierung auf der Links-rechts-Achse manifestiert.

Profilvergleich: Deutschschweiz

Der Links-Rechts-Gegensatz zwischen Kernstadt und Umland ist kein klassisch sozialer, sondern ein lebensweltlicher. In der Terminologie, wie wir sie im theoretischen Teil dieser Arbeit eingeführt haben, bedeutet dies, dass die typisch urbane Mentalität nicht von Wohlfahrts-, sondern von Selbstentfaltungswerten geprägt ist. Die Charakteristik dieser Grundwerte zeigt Abbildung 4-9.

Von Interesse ist zunächst die Abweichung der kernstädtischen Profillinie vom gesamtschweizerischen Mittel. Am stärksten ist diese beim Anliegen «Schutz der Umwelt». In den Kernstädten liegt hier die Zustimmung um 11.8 Prozent über dem schweizerischen Mittel. An zweiter Stelle folgt das Anliegen der «ausserpolitischen Öffnung» (+9.6%) und an dritter «starke Armee & Polizei», wobei die Zustimmung zu diesem Anliegen 7.2 Prozent unter dem Durchschnitt liegt.

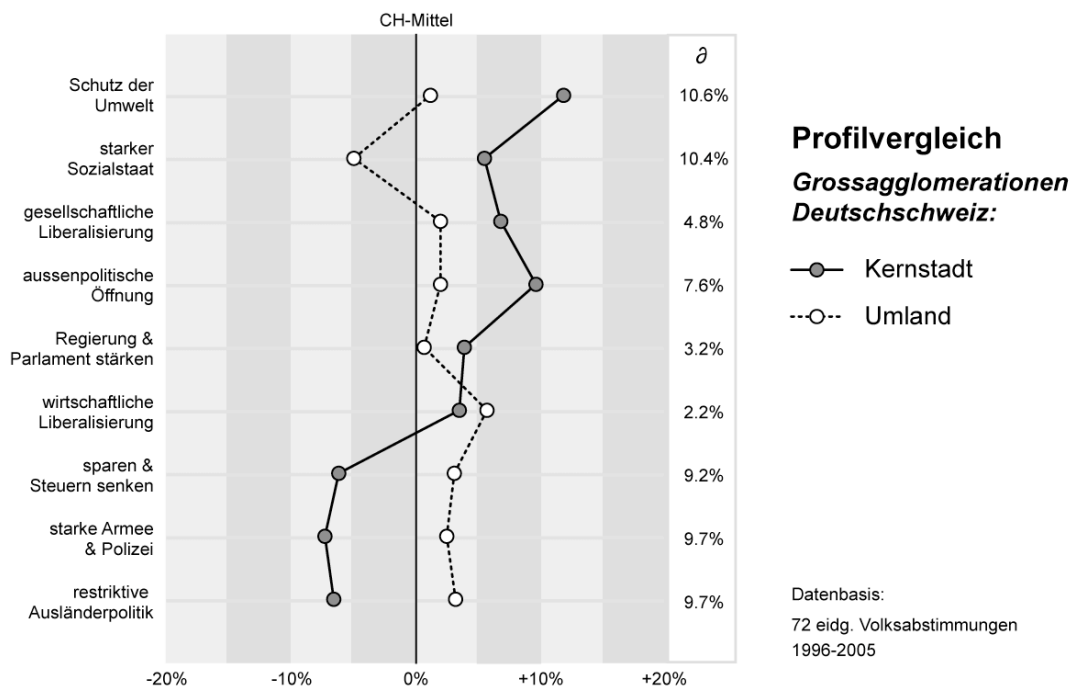


Abbildung 4-9: Kernstadt-Umland, Deutschschweiz – Profilvergleich

Insgesamt zeichnen sich die Kernstädte durch ihr linkes und zugleich weltoffenes Profil aus. Im Unterschied zu einer klassisch wohlfahrtstaatlichen Grundorientierung stehen dabei jedoch nicht Finanz-, Wirtschaft- und Sozialpolitik im Zentrum, sondern

es sind vielmehr Themen, die nicht primär ökonomischen Charakter besitzen – namentlich Umwelt-, Gesellschafts- und Aussenpolitik.

Im «neuen» linken Profil der Kernstädte kommt deutlich der postmaterialistische Charakter im Sinne von Inglehart zum Ausdruck. Dazu gehören eine positive Einstellung zu ökologischen und sozialen Anliegen und eine kritische Haltung zu hierarchisch-autoritären Organisationen wie Polizei und Armee. Das urbane Profil kann jedoch nicht auf das Attribut des Postmaterialismus' reduziert werden. Die Stimmenden der Deutschschweizer Kernstädte zeichnen sich zwar durch soziale und ökologische Einstellungen aus, sie stimmen jedoch auch überdurchschnittlich stark für das Anliegen der «wirtschaftlichen Liberalisierung» (+3.3%).

Wie wir im theoretischen Teil dargelegt haben, zeugen Selbstentfaltungswerte von einer entwickelten Individualität und von einer Sättigung der materiellen Grundbedürfnisse (Kapitel 2.6.3). Der wirtschaftliche Strukturwandel und der damit verbundene Konkurrenzdruck werden im urbanen Milieu nicht primär als Gefahr angesehen. Dies zeigt sich auch in der positiveren Einstellung gegenüber Fremden und gegenüber einer aussenpolitischen Öffnung des Landes.

Das politische Profil der Gemeinden des Deutschschweizer Agglomerationsumlands verläuft relativ Nahe am gesamtschweizerischen Mittel. Die stärkste Abweichung besteht bei den Anliegen der «wirtschaftlichen Liberalisierung» (+5.7%) und dem «starken Sozialstaat» (-4.9%). Dies zeigt, dass der suburbane Raum der Deutschschweiz in den meisten Konfliktfeldern die politische Mitte des Lands repräsentiert. Im Vergleich zu den Kernstädten haben die Agglomerationsgürtel jedoch ein klar bürgerliches, wirtschafts- und wettbewerbsfreundliches Profil.

Kernstadt-Umland in der französischen Schweiz

Während der Zentrum-Peripherie-Gegensatz in beiden grossen Sprachregionen der Schweiz besteht, ist der Kernstadt-Umland-Gegensatz in der Romandie nur schwach ausgebildet. Die welschen Kernstädte liegen zwar ganz links oben im politischen Koordinatensystem, da jedoch auch die meisten Gemeinden des Agglomerationsgürtels liberal und links positioniert sind, heben sich die Kernstädte nicht grundsätzlich von den Umlandgemeinden ab (vgl. Abbildung 4-10).

Innerhalb der Grossagglomerationen sind die Kernstädte zwar links positioniert, anders als in der Deutschschweiz bilden sie jedoch nicht den linken Pol des Ballungsgebietes. Wie wir bereits bei der Übersichtsdarstellung des politischen Raums (Abbildung 4-1) zeigen konnten, ist eine Reihe von Arbeitervorstädten links der Kernstädte positioniert. In den Grossagglomerationen der Romandie besteht kein

eigentlicher Kernstadt-Umland-Gegensatz, gleichwohl sind diese Siedlungsgebiete in politischer Hinsicht keineswegs homogen.

Zwischen den Kernstädten und einem Teil des Umlands öffnet sich ein Links-rechts-Gegensatz, der sich in derselben Grössenordnung wie in der Deutschschweiz bewegt. Dieser Gegensatz beruht jedoch – anders als in der Deutschschweiz – nicht primär auf den unterschiedlichen Qualitäten der urbanen und suburbanen Lebenswelt. Wie wir zeigen werden, ist die politische Differenzierung der Ballungsgebiete der französischen Schweiz massgeblich durch soziale Ungleichheiten charakterisiert.

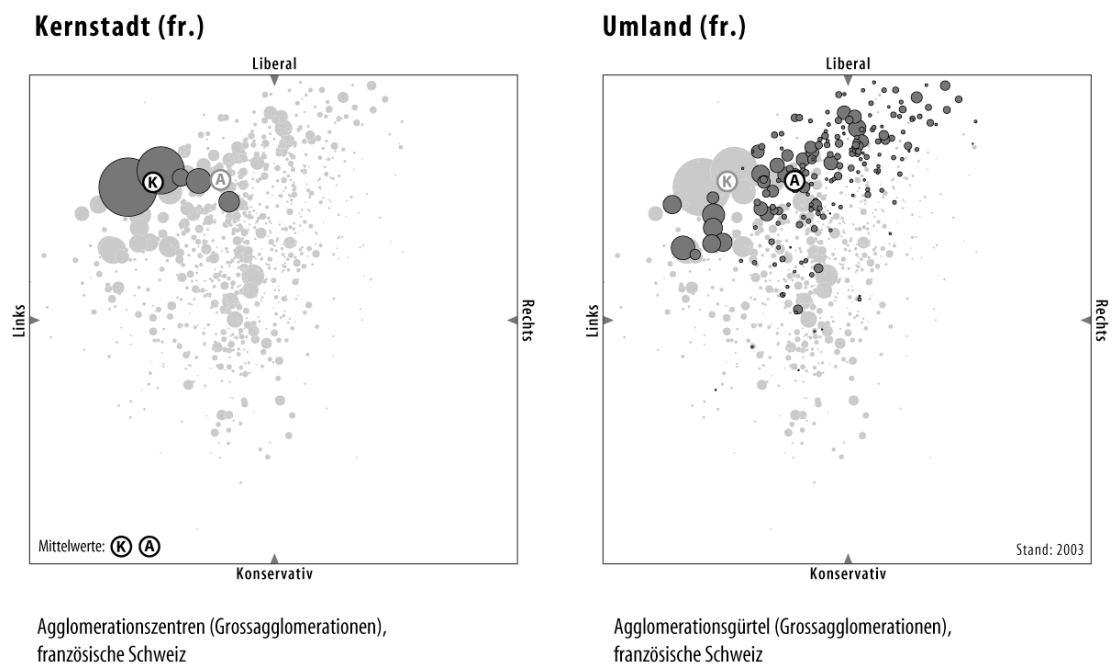


Abbildung 4-10: Kernstadt-Umland, französische Schweiz

Profilvergleich: französische Schweiz

Abbildung 4-11 zeigt die Profillinien von Kernstadt und Umland in der französischen Schweiz. Beide Linien weichen stark vom gesamtschweizerischen Mittel ab. Der Gesamtverlauf der beiden Profillinien bringt jedoch nicht in erster Linie die Eigenheiten der beiden Siedlungstypen zum Ausdruck, sondern sie zeigen die Abweichung des politischen Profils der Romandie von der Deutschschweiz, die aufgrund ihrer Bevölkerungsstärke den Mittelwert massgeblich bestimmt.

Die Profillinien von Kernstadt und Umland in der Romandie zeigen insgesamt einen ähnlichen Verlauf wie die Profillinie der Deutschschweizer Kernstädte (vgl. Abbildung 4-9). Beide Profillinien stehen für eine linke und zugleich weltoffene Grundorientierung. Entsprechend bestehen zwischen den Kernstädten und ihrem Umland in der Romandie insgesamt geringere Einstellungsunterschiede als in der Deutschschweiz.

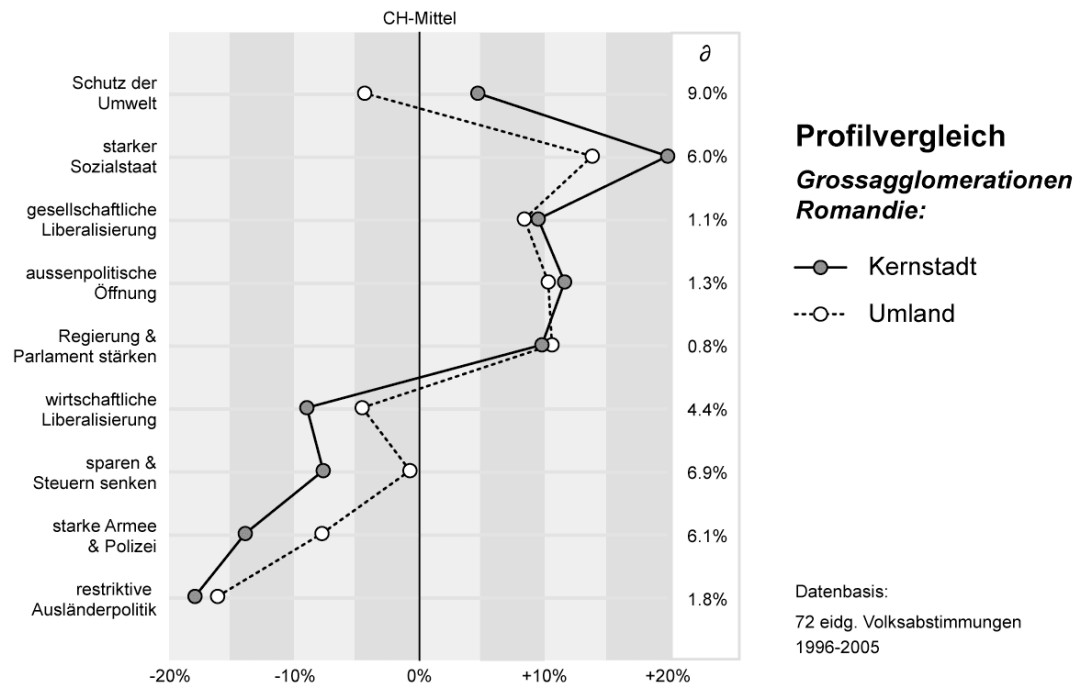


Abbildung 4-11: Kernstadt-Umland, französische Schweiz – Profilvergleich

Ein ähnlich starker Einstellungsunterschied wie im Deutschschweizer Kontext besteht einzig bei ökologischen Fragen. Die durchschnittliche Zustimmung zu Vorlagen für den «Schutz der Umwelt» ist in den Kernstädten um 9.0 Prozent grösser als im Umland. Dies zeigt, dass die ökologische Frage unabhängig vom kulturellen Hintergrund ein virulentes Konfliktfeld zwischen Kernstadt und Umland ist. Es ist ein Konfliktfeld, bei dem sich weltanschauliche Dispositionen und Nutzenüberlegungen gegenseitig verstärken. In den Kernstädten konzentrieren sich einerseits die postmaterialistischen Grundwerte andererseits sind die Städter und Städterinnen (vor allem im Bereich des Verkehrs) die Hauptprofiteure einer ökologischen Politik.

Gar keine Abweichungen zwischen Kernstadt und Umland bestehen in gesellschaftspolitischen Fragen. Öffnung und Toleranz sind nicht wie in der Deutschschweiz

typisch kernstädtische Phänomene, sondern es ist eine Charakteristik des gesamten urbanen Raums.

4.1.4 Sozialer Gegensatz

Die Übersichtskarte (Abbildung 4-1) hatte gezeigt, dass sich nicht nur die verschiedenen Stadt-Land-Gegensätze im politischen Raum niederschlagen, sondern auch die sozialen Ungleichheiten, die sich auf die Siedlungsgeografie übertragen. Insbesondere in den grossen Ballungsgebieten besteht eine so weiträumige Segregation, dass sich nicht nur Quartiere, sondern ganze Gemeinden in ihrem sozialen Profil ausdifferenzieren. Es können Ober-, Mittel- und Unterschichtsgemeinden unterschieden werden. Dabei muss man sich allerdings der Künstlichkeit einer solchen Dreiteilung bewusst sein. Es gibt weder scharfe Grenzen zwischen den Schichten, noch teilen sich die sozialen Schichten klar auf die einzelnen Gemeinden auf.

4.1.4.1 Soziale Hierarchie in den Grossagglomerationen

Grundlage für die empirische Analyse der sozialen Gegensätze im politischen Raum sind die Gemeinden der Grossagglomerationen (ohne die Kernstädte), wie wir sie oben definiert haben. Die Gemeinden teilen wir gemäss ihrem sozialen Profil in drei gleich grosse Gruppen (Unter-, Mittel- und Oberschicht). Basis für die Einteilung sind die von uns entwickelten Indizes zur Beschreibung soziokultureller Bevölkerungsprofile (Hermann et al. 2005).⁴⁶

Abbildung 4-12 zeigt die soziale Schichtung in den Agglomerationsgürteln der französischen Schweiz im politischen Raum. Der Zusammenhang zwischen dem sozialen und dem politischen Profil der Gemeinden tritt dabei deutlich hervor: Das schmale Band der Agglomerationsgemeinden, das wir bereits bei den vorangegangenen Analysen gesehen haben, erweist sich als Abbild der sozialen Differenzierung innerhalb der Agglomerationen. Die Regionen der Oberschicht markieren den rechtsliberalen Pol der Romandie, jene der Unterschicht zeichnen sich durch ein ausgesprochen linkes Profil aus.

⁴⁶ Die primäre Grundlage für die Schichteinteilung bildet der Statusindex (Bildung, Einkommen, Stellung im Beruf). Ein tiefer sozialer Status ist jedoch nicht nur ein Kennzeichen von Unterschichts-, sondern auch von ländlich-peripheren Gemeinden. Um wirklich die Gemeinden zu erfassen, in der sich überdurchschnittlich viele sozial Schwache Personen konzentrieren, berücksichtigen wir auch den Individualisierungsgrad. Klassische Unterschichtsgemeinden zeichnen sich durch eine Kombination von tiefem Status und hoher Individualisierung aus (Hermann et al. 2005: 57). Der Individualisierungsindex fliesst dabei mit halbem Gewicht in die Berechnung ein.

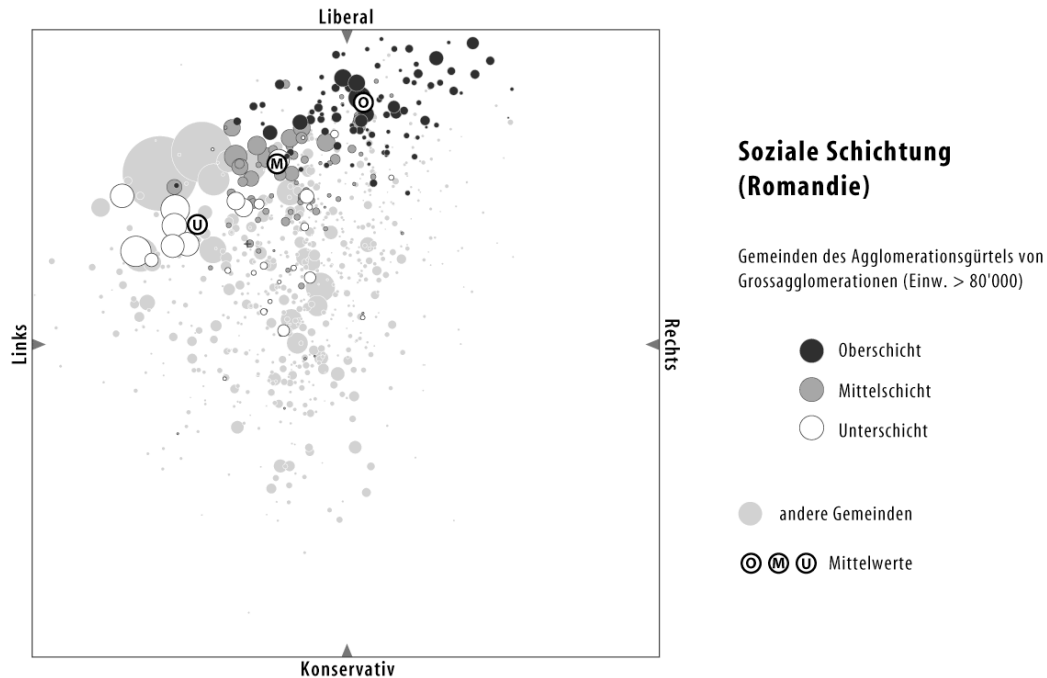


Abbildung 4-12: Soziale Schichtung, französische Schweiz

Es kommt dabei der Gegensatz zwischen liberalen Leistungswerten und sozialdemokratischen Wohlfahrtswerten zum Ausdruck, wie wir ihn im theoretischen Teil der Arbeit beschrieben haben (vgl. Kapitel 2.6.4). Die Darstellung zeigt, dass sich die grossen Kernstädte (Lausanne, Genf) annähernd in das Band, das von den Gemeinden des Agglomerationsgürtels aufgespannt wird, einreihen und sich dabei an der Grenze zwischen dem unteren und dem mittleren Drittel der sozialen Schichtung positionieren.

In der Deutschschweiz ergibt die analoge Einteilung der Agglomerationsgemeinden ein etwas anderes Muster im politischen Raum (vgl. Abbildung 4-13). Grundsätzlich bildet sich die sozialen Gegensätze auch hier deutlich ab, der Links-rechts-Gegensatz zwischen den Ober- und den Unterschichtsgemeinden ist jedoch nur schwach ausgebildet. Die Gemeindetypen unterscheiden sich vor allem in Bezug auf ihre Positionierung auf dem Liberal-konservativ-Gegensatz. Die Unterschichtsregionen bilden nicht den linken, sondern den konservativen Pol der Grossagglomerationen. (Der linke Pol ist von den grossen Kernstädten besetzt).

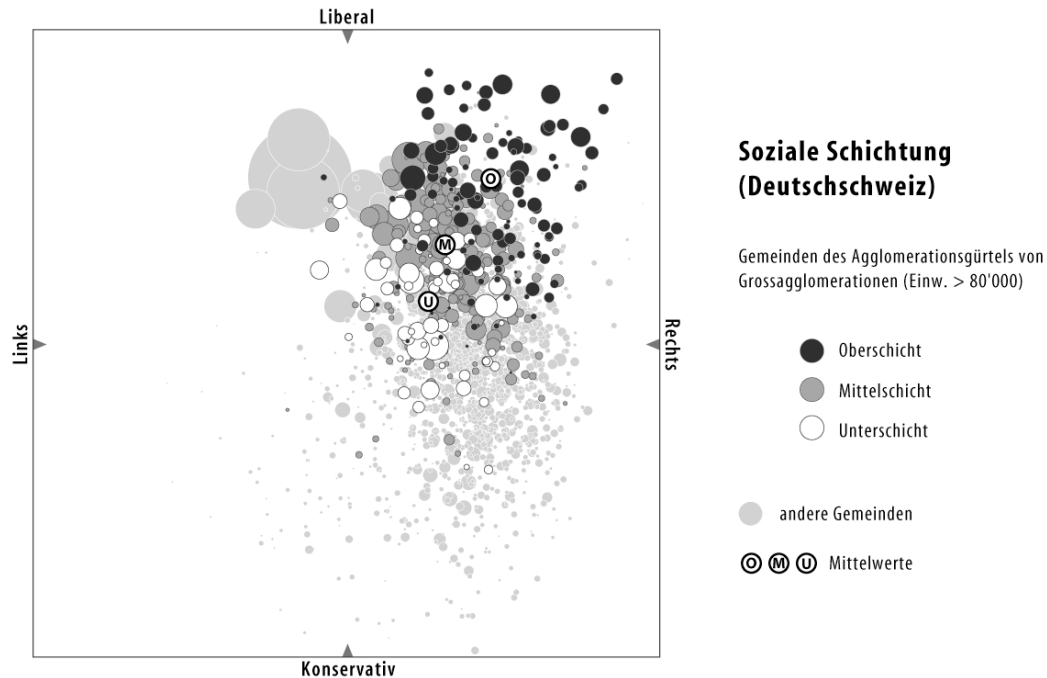


Abbildung 4-13: Soziale Schichtung, Deutschschweiz

Die relative Lage des Oberschichtsumlands im politischen Gefüge gleicht sich in beiden Sprachräumen. Absolut gesehen sind die reichen Vorortsgemeinden im Welschland zwar linker positioniert als ihre Pendants in der Deutschschweiz, bezogen auf den eigenen Sprachraum bildet das Oberschichtsumland jedoch in beiden Fällen den rechtsliberalen Pol. Strukturelle Unterschiede bestehen demgegenüber im Profil des Arbeiterumlands. Während die statustiefen Gemeinden in der französischen Schweiz mit ihrem linken Profil klar vom ländlichen Hinterland abheben, zerfließt der Schichtgegensatz in der Deutschschweiz teilweise mit dem Zentrum-Peripherie-Gegensatz. Das Profil der statustiefen Gemeinden der Grossagglomerationen ist vor allem konservativ und nur ansatzweise links. Es gleicht damit dem Profil der zentrumsfernen Zonen.

4.1.4.2 Verblässende Wohlfahrtswerte

Der detaillierte Vergleich nach den neun wichtigen Einstellungsdimensionen zeigt allerdings, dass der soziale Gegensatz auch in der Deutschschweiz durchaus durch charakteristische Einstellungskonflikte geprägt ist. Erstaunlich ist dabei, dass die Zustimmung bei den Vorlagen für einen «starken Sozialstaat» im Unterschichtsumland nur gerade um 3.7 Prozent höher ist als in den Regionen der Oberschicht.

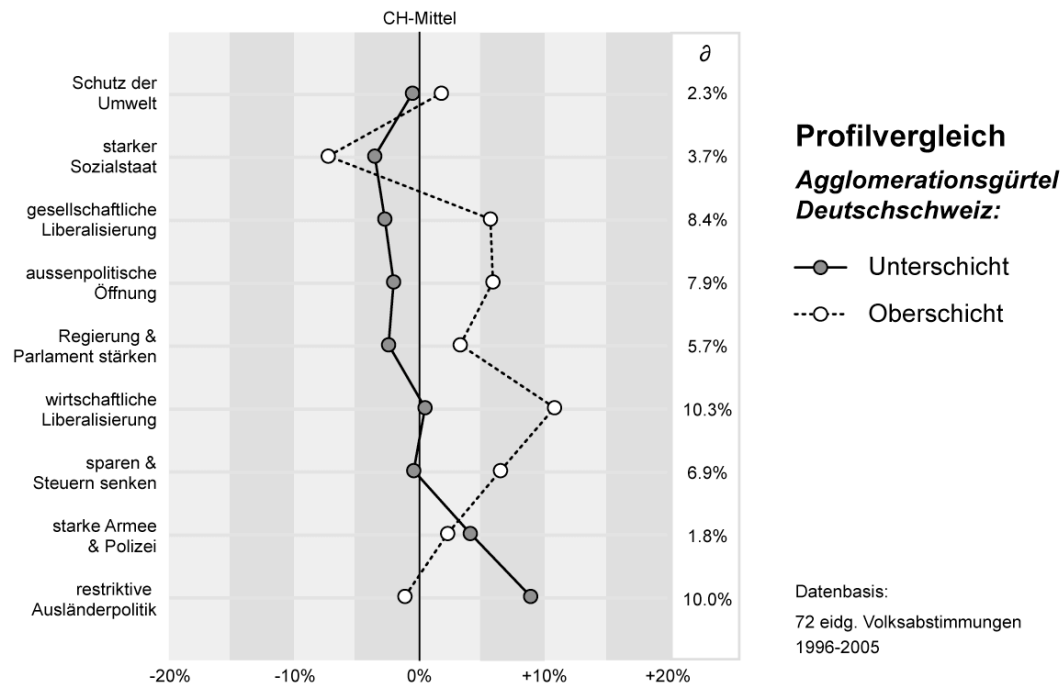


Abbildung 4-14: Soziale Schichtung, Deutschschweiz – Profilvergleich

Die klassisch sozialdemokratische Weltanschauung ist in diesen Regionen weitgehend verblasst. Der Gegensatz zwischen Wohlfahrt- und Leistungswerten bildet sich heute in einem anderen Konfliktfeld ab: bei der «wirtschaftlichen Liberalisierung». Mit einer durchschnittlichen Differenz von 10.3 Prozent besteht hier der grösste Einstellungsunterschied zwischen den beiden Siedlungstypen. Die Thematik der wirtschaftlichen Liberalisierung ist in der Schweiz erst seit wenigen Jahren zu einem bestimmenden Thema der politischen Agenda geworden. Die anhaltende Bedeutung bildet die Grundlage dafür, dass auch in der Deutschschweiz die soziale Ungleichheit sich wieder verstärkt als Links-rechts-Gegensatz manifestieren könnte.

In einer ähnlichen Grössenordnung wie bei der «wirtschaftlichen Liberalisierung» bewegen sich die Einstellungsunterschiede beim Konflikt um eine «restriktive Ausländerpolitik» (10.0%). Die Unterstützung einer restriktiven Ausländerpolitik ist überhaupt das hervorstechende Merkmal des politischen Profils der Unterschichtsregionen in der Deutschschweiz (vgl. Abbildung 4-14). Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die in diesen Regionen einst dominierende Sozialdemokratie stark zurück gedrängt wurde und sich stattdessen die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei als starke Kraft etablieren konnte.

Ganz anders präsentiert sich die Situation in der französischsprachigen Schweiz, wo die Arbeiterregionen noch heute ein markant linkes Profil besitzen. Die starken Ausschläge der Profillinien der Ober- und der Unterschichtsregionen in Abbildung 4-15 haben zunächst jedoch nichts mit der sozialen Schichtung zu tun. Es kommt darin das insgesamt stark von der Deutschschweiz abweichende Stimmverhalten der Romandie zum Ausdruck (vgl. Abbildung 4-3).

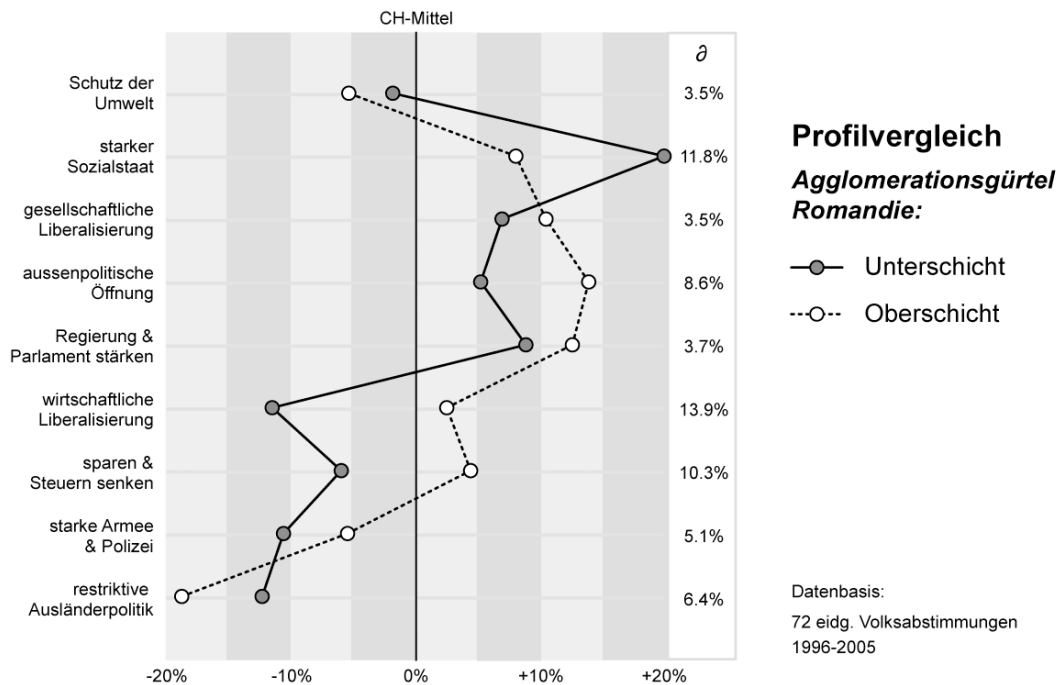


Abbildung 4-15: Soziale Schichtung, französische Schweiz – Profilvergleich

Die grössten Abweichungen zwischen den Profillinien der Ober- und der Unterschichtsregionen bestehen bei den Anliegen «wirtschaftliche Liberalisierung» (13.9%), «starker Sozialstaat» (11.8%) und «sparen & Steuern senken» (10.3%). Es sind dies die drei Kernkonflikte der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Dies zeigt deutlich, dass der klassische sozialökonomisch geprägte Links-rechts-Gegensatz des Industriezeitalters in Romandie noch heute bestimmend ist.

Die gesellschaftlich-kulturelle Konfliktdimension zeigt sich zwar auch hier, sie ist jedoch weniger stark ausgeprägt: So stimmen die Oberschichtsregionen um 8.6 Prozent stärker für eine «aussenpolitische Öffnung» und die Unterschichtsregionen weisen ein um 6.4 Prozent höheres Zustimmungsniveau zu einer «restriktiven Aussenpolitik» auf.

Die grössere Bedeutung der verräumlichten sozialen Ungleichheit für die politische Landschaft spiegelt sich schliesslich auch darin, dass in der Romandie die weltanschaulichen Gegensätze zwischen Ober- und Unterschichtsregionen stärker ausgeprägt sind als in der Deutschschweiz. In den 94 Volksabstimmungen der Jahre 1996-2005 lag die Differenz der beiden Regionen in der Romandie bei 7.9 Prozent und in der Deutschschweiz bei 5.7 Prozent.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Analyse der detaillierten Profillinien zeigt eindrücklich, wie gross die Bedeutung kultureller Faktoren selbst für klassisch sozioökonomische Konfliktfelder ist. Bei sozialpolitischen Fragen besteht zumindest in der Romandie durchaus ein Gegensatz zwischen «Arbeit» und «Kapital». Die wohlhabenden Vorortsgemeinden am Genfersee weisen ein um 11.8 Prozent tieferes Zustimmungsniveau bei Vorlagen für einen «starken Sozialstaat» auf als die Arbeitervorstädte. Im gesamtschweizerischen Vergleich weisen die welschen Oberschichtsgemeinden jedoch eine klare Affinität für sozialpolitische Anliegen auf (+8.0%). Das Zustimmungsniveau liegt dabei sogar um 11.5 Prozent über jenem der Unterschichtsgemeinden in der Deutschschweiz.

Der heutige Sozialstaat ist stark entwickelt und ausgebaut. So stark, dass die politische Einstellung dazu nur noch partiell auf die soziale Lage zurückgeführt werden kann, sondern massgeblich durch kulturelle und lebensweltliche Faktoren geprägt ist. Anders verhält es sich mit der Wirtschaftspolitik. Der Konflikt um wirtschaftliche Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung und um den Abbau des Service public bildet sowohl in der Deutschschweiz als auch in der Romandie den stärksten Einstellungsunterschied zwischen Ober- und Unterschichtsregionen. Die welschen Oberschichtsgebiete sind zwar deutlich weniger positiv gegenüber einer «wirtschaftlichen Liberalisierung» eingestellt als jene in der Deutschschweiz, dennoch positiver als das Deutschschweizer Unterschichtsumland.

Der Vergleich von Wirtschafts- und Sozialpolitik zeigt, dass sich der «Klassenkampf» heute in der Schweiz kaum mehr in der Sozialpolitik abspielt, in der Konshaltungen dominieren. Vielmehr bildet die Wirtschaftspolitik, die aufgrund des wachsenden globalen Konkurrenzdrucks in Bewegung geraten ist, das aktuelle Konfliktfeld zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen.

4.1.5 Integrierende Perspektive

4.1.5.1 Die sozialräumliche Gliederung im Vergleich

Die politische Landschaft der Schweiz ist zum einen durch historisch-kulturelle und zum anderen durch sozialräumliche Gegensätze und Differenzierungen geprägt. In dieser Abhandlung konzentrieren wir uns auf die sozialräumlichen Gegensätze im kulturellen Vergleich zwischen deutsch- und französischsprachiger Schweiz. In den vorangegangenen Ausführungen haben wir dabei drei Gegensätze vorgestellt: Der Zentrum-Peripherie-Gegensatz, der Kernstadt-Umland-Gegensatz und der klassisch soziale Gegensatz.

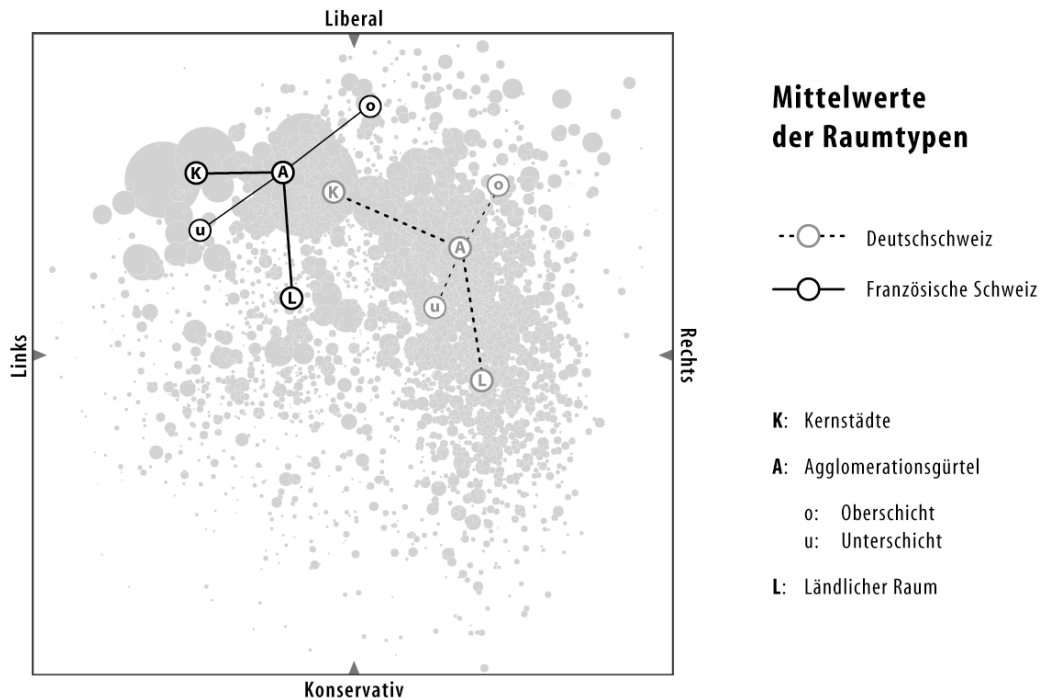


Abbildung 4-16: Synoptische Darstellung der Raumtypen

Von Interesse sind jedoch nicht nur die einzelnen Spannungsfelder, sondern ebenso ihr Zusammenspiel, das der Struktur der politischen Landschaft zugrunde liegt. In Abbildung 4-16 sind die im vorangegangenen Kapitel eingeführten und beschriebenen Raumtypen synoptisch zusammengefasst und als gewichtete Mittelwerte im politischen Raum dargestellt. Die Darstellung zeigt, dass die Konfliktfelder der beiden grossen Sprachregionen sich zwar stark in ihrer relativen Lage unterscheiden, jedoch grundsätzlich dieselbe Topologie besitzen. Der durch die drei Siedlungstypen

Kernstadt, Agglomerationsgürtel und ländlicher Raum beschriebene *regionale Gegensatz* verläuft auf der Diagonale von linksliberal nach rechtskonservativ. Mehr oder weniger orthogonal zum regionalen verläuft der *soziale Gegensatz* zwischen den rechtsliberalen Ober- und den linkskonservativen Unterschichtsregionen.

Die Darstellung zeigt zudem, dass in der Romandie der soziale Gegensatz die dominante Teilung ist, in der Deutschschweiz die politische Landschaft dagegen massgeblich durch den regionalen Gegensatz geprägt ist. Die grössten Unterschiede zeigen sich im Verhältnis zwischen Unterschichtsumland und Kernstadt. Im franko-phonon Kontext liegen diese beiden Raumtypen nahe beisammen, im deutschsprachigen Kontext klafft dagegen eine grosse Lücke zwischen den beiden. Der Mittelwert der Unterschichtsgemeinden der Deutschschweiz liegt näher beim Typ «ländlicher Raum» als beim Typ «Kernstadt».

Die beiden eher links orientierten Raumtypen – Kernstadt und Unterschichtsumland – sind in der Deutschschweiz stark in vertikaler Richtung auseinander gezogen. Wie wir oben gezeigt haben, ist das Profil der statustiefen Regionen weniger durch linke als durch konservative Einstellungen charakterisiert (z.B. «restriktive Ausländerpolitik»). Ein klar linkes Profil besitzen in der Deutschschweiz einzig die Kernstädte. Diese sind jedoch zugleich ausgesprochen liberal orientiert. In der Deutschschweiz wird die linke Hemisphäre der politischen Landschaft folglich durch die urbane, linksliberale Wertekombination dominiert.

4.1.5.2 Weltanschauliches Raumtypenschema

Die Struktur der politischen Landschaft, die Abbildung 4-17 zum Ausdruck bringt, bildet die Grundlage für das weltanschauliche Raumtypenschema. Dieses Schema zeigt die sozialräumliche Gliederung der politischen Landschaft und abstrahiert dabei von den historisch-kulturellen Eigenheiten. Es ist eine Schematisierung einer politischen Landschaft, die gleichermassen durch den sozialen und regionalen Gegensatz geprägt ist. Das Schema stellt somit eine politische Landschaft dar, die sich zwischen dem Typ «Deutschschweiz» und dem Typ «Romandie» befindet.

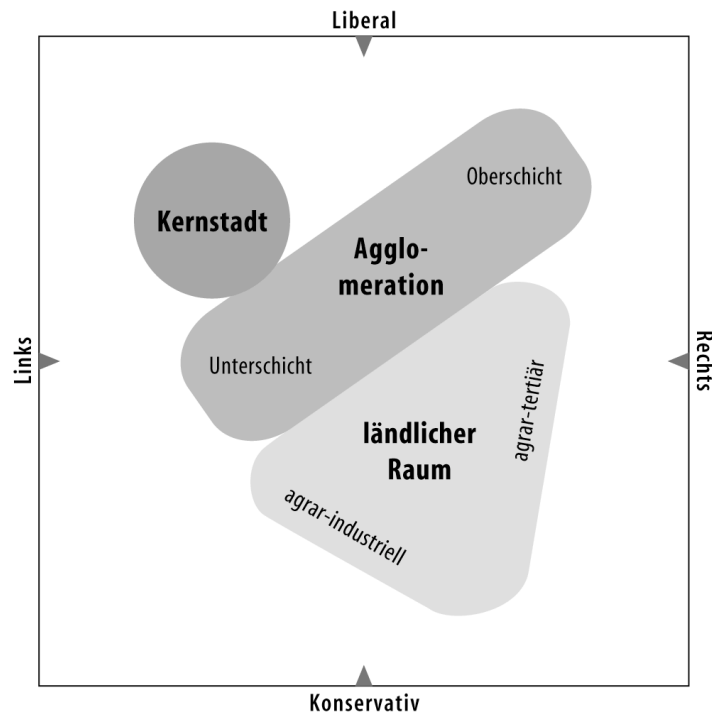


Abbildung 4-17: Weltanschauliche s Raumtypenschema (Hermann/Leuthold 2003a)

4.1.6 Wirtschaftsgeografische Grundlagen

In den Politikwissenschaften wird der Gegensatz zwischen städtisch und ländlich noch heute am Cleavage-Konzept von Lippset und Rokkan festgemacht. Die beiden Politologen definierten die Stadt-Land-Cleavage 1967 als Interessengegensatz zwischen industrieller und ländlich-gewerblicher Produktion. Das Spannungsfeld zwischen ländlich-gewerblich und industriell bestimmte das Stadt-Land-Verhältnis im Zeitalter der Industrialisierung – in der heutigen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist diese Dichotomie nur mehr von untergeordneter Bedeutung.

4.1.6.1 Wissensbasierte Dienste

Der Stadt-Land-Gegensatz, der sich heute im politischen Meinungsbildungsprozess manifestiert, besitzt gleichwohl einen wirtschaftsgeografischen Hintergrund. Er steht für eine Dichotomie zwischen wissensbasierten Diensten, die sich in den grossen Ballungsräumen konzentrieren und produktiven Branchen, die vor allem ausserhalb der Ballungsräume verankert sind. Wissensbasierte Dienste wie Finanzdienstleistungen, Beratung, Forschung & Entwicklung, Bildung, Kommunikation und Kultur sind im nach-industriellen Kontext die wirtschaftsgeografischen Merkmale des urbanen Raums.

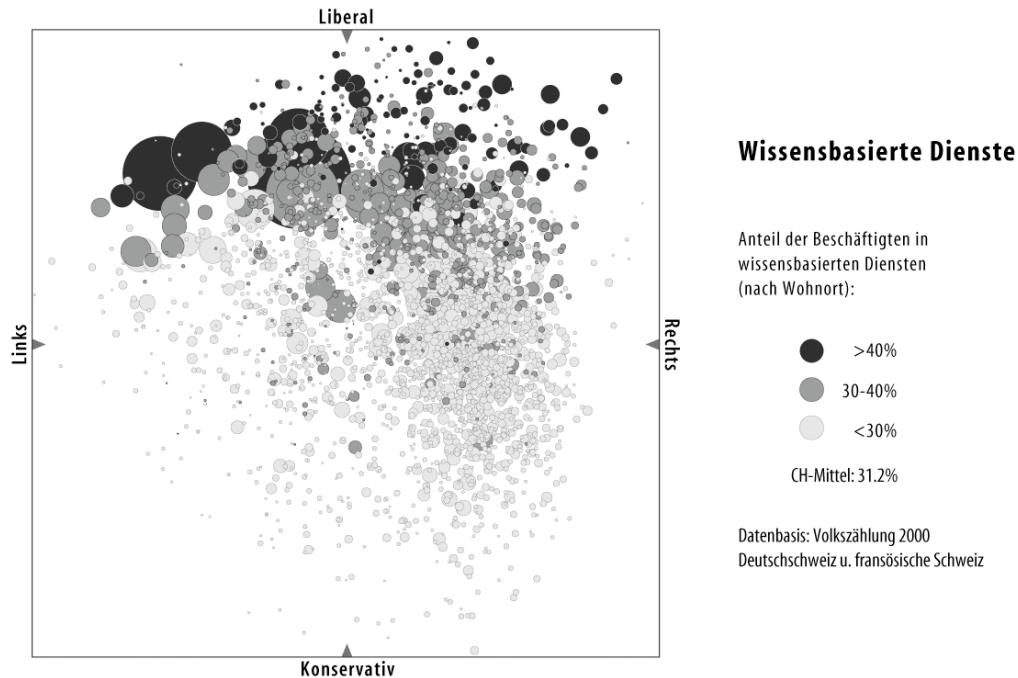


Abbildung 4-18: Wissensbasierte Dienste

Die räumliche Konzentration wissensbasierter Dienste in den grossen Ballungsräumen bildet eine wichtige Grundlage für den politischen Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie. Wie in Abbildung 4-18 dargestellt, besteht ein klarer Zusammenhang zwischen dem Anteil der in einer Gemeinde wohnhaften Beschäftigten in einem wissensbasierten Wirtschaftszweig⁴⁷ und der politischen Liberalität dieser Gemeinde. Eine Dominanz wissensbasierter Dienste ist typisch für die Gemeinden ganz oben im politischen Raum im gesamten Spektrum von links- bis rechtsliberal – gleichermassen für die Romandie wie für die Deutschschweiz. Bei diesen Gemeinden handelt es sich, wie wir gezeigt haben, um Grossstädte und um statushohe Gemeinden im Umland dieser Städte.

Im starken Zusammenhang zwischen politischer Liberalität und dem Anteil an *Knowledge Workers* einer Gemeinde kommt der Kern des weltanschaulichen Gegen-

⁴⁷ Dazu zählen wir folgende Wirtschaftszweige (Volkszählung 2000): Banken, Finanzgesellschaften, Versicherungen, Immobilien, Treuhandbüro, Revisionsgesellschaft, Advokatur-, Notariatsbüro, Unterrichtswesen, Forschung und Entwicklung, Prüfung, Literatur, Sprache, Bildende Künstler, Sport, Unterhaltung, sonstige kulturelle Einrichtungen, Kino, Theater, Tanz und Musik, Film, Radio- Und Fernsehstudio, technische Beratung und Planung, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Informatik, Vermietung, Leasing, Medizinische- und Veterinärpraxen, Praxen des Pflegebereichs, Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens, Dienstleistungen für die Allgemeinheit, Interessenvertretungen, öffentliche Verwaltung.

satzes zwischen liberal und konservativ zum Ausdruck. Es ist ein Konflikt zwischen den gesellschaftlichen Schichten, denen mit der Modernisierung neue Chancen und Perspektiven erwachsen, und jenen Schichten, die subjektiv oder objektiv zu den Verlierern der Modernisierung gehören.

Mit der Entwicklung der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung wissensbasierter Branchen laufend zu. Gemäss Volkszählung ist der Anteil der Beschäftigten in wissensbasierten Wirtschaftszweigen in der Schweiz zwischen 1980 und 2000 um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Wissensarbeiter und -arbeiterinnen sind die Gewinner von Modernisierung und Globalisierung. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass sie der politischen Öffnung und dem Strukturwandel insgesamt positiver gegenüberstehen als Personen, deren wirtschaftliche Basis durch diese Prozesse in Frage gestellt wird.

Der Liberal-konservativ-Gegensatz, wie er sich bei Volksabstimmungen manifestiert, ist ein Gegensatz zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern. Er ist jedoch nicht nur dies. Wissensarbeiter und -arbeiterinnen besitzen in der Regel eine weiterführende Schulbildung und ihre Tätigkeitsfelder sind mit Gestaltungsmacht und persönlichen Freiheiten verbunden. Es sind dies Faktoren, die für die Entwicklung eines individuellen Selbstbewusstseins ausschlaggebend sind (vgl. Kapitel 2.6.1.4). Die Erfahrung, die eigenen Lebensbedingungen gestalten zu können, macht es leichter, eine positive Grundhaltung gegenüber Wandel und Veränderungen zu entwickeln und einfacher, sich gegenüber Fremdem zu öffnen.

4.1.6.2 Horizontale Differenzierung

Der klassische wirtschaftsgeografische Stadt-Land-Gegensatz zwischen industrieller und ländlich-gewerblicher Produktion, wie ihn Lipset und Rokkan beschrieben hatten, ist heute von einem wirtschaftsgeografischen Zentrum-Peripherie-Gegensatz abgelöst worden, der zwischen strukurstarken und strukturschwachen Branchen unterscheidet.

Der Grad der Industrialisierung, der einst ein wichtiger Faktor der politischen Landschaft bildete, spiegelt sich in der Schweiz zumindest im grossstädtischen Kontext kaum noch in der politischen Landschaft. Die Chemiestadt Basel gleicht in ihrer politischen Orientierung den anderen Deutschschweizer Grossstädte und zeichnet sich trotz ihrem industriellen Profil nicht mehr durch eine besonders wohlfahrtstaatliche Orientierung aus. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass auch die Industrie heute weitgehend tertiarisiert ist. In den Zentren konzentrieren sich die

Stabsfunktionen, während die eigentliche Produktion aus den Ballungsräumen ausgelagert wird.

Ein spezifisch industrielles Profil findet man in der Schweiz in Ansätzen noch ausserhalb der Ballungsgebiete. Gemeinden, in denen die industrielle Produktion bis heute eine dominante Rolle spielt, sind im Schnitt etwas linker positioniert als Gemeinden mit einem ländlich-gewerblichen Gepräge. Dies zeigt die folgende Abbildung, welche die Mittelwerte der Gemeinden mit einem entsprechenden Profil darstellt:

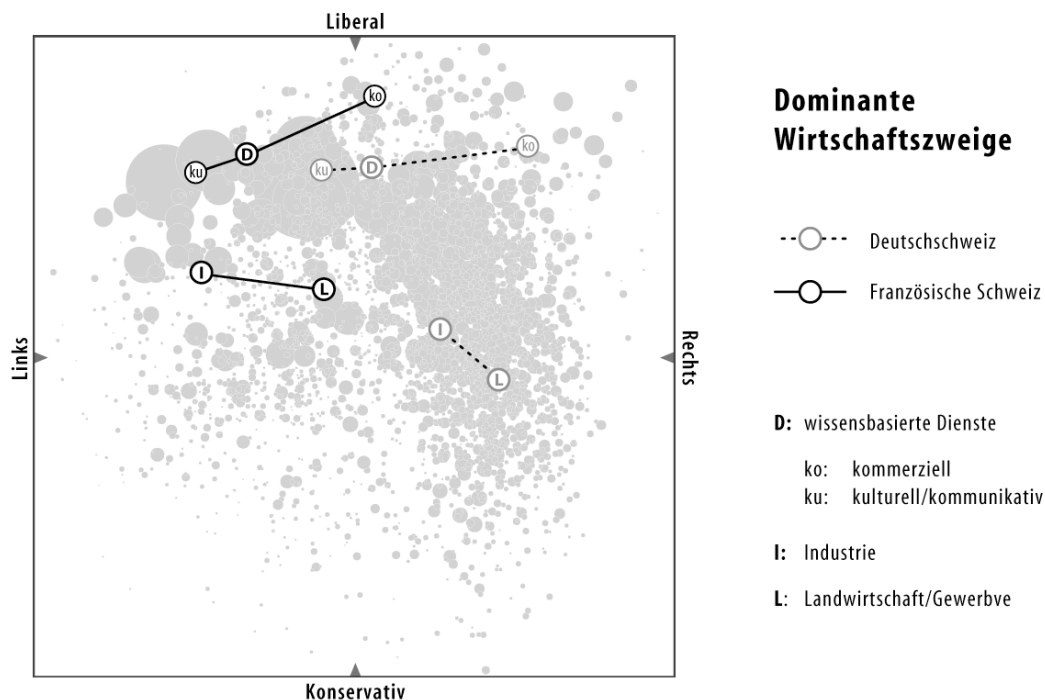


Abbildung 4-19: Dominante Wirtschaftszweige

Nur schwach ausgeprägt ist der Unterschied im politischen Profil zwischen ländlich-gewerblich und industriell in der Deutschschweiz, wo eine linke Grundorientierung – wie wir bereits zeigten – vor allem ein grossstädtisches Phänomen ist. Von grösserer Bedeutung ist der Gegensatz in der Romandie. Die industriellen Gemeinden besitzen hier ein klar linkes Profil. Es handelt sich dabei zumeist um jurassische Uhrenindustrie-Gemeinden.

Der klassisch wohlfahrtsstaatliche Links-rechts-Gegensatz, der die politische Topografie der grossen Agglomerationen der Romandie prägt, zeigt sich also auch ausserhalb dieser Agglomerationen. In den Ballungsgebieten besitzt der wohlfahrts-

staatliche Links-rechts-Gegensatz sozialgeografischen Charakter. Das heisst, er hat nichts mit der Regionalisierung der Wirtschaft zu tun, sondern er ist Ausdruck der sozialräumlichen Entmischung der Wohnbevölkerung. Nur im ländlichen Raum hat der Gegensatz eine wirtschaftsgeografische Grundlage. Das heisst, dass das politische Profil von der Art der Produktion – gewerblich oder industriell – abhängt.

Kommerziell vs. kreativ/kommunikativ

Die wissensbasierten Dienste konzentrieren sich in den Ballungsgebieten, was die Grundlage für den wirtschaftsgeografischen Zentrum-Peripherie-Gegensatz ist. Die wissensbasierten Dienste sind jedoch keineswegs homogen, sondern bestehen aus einem breiten Spektrum von Berufstypen. Wie die Abbildung 4-19 zeigt, kann dabei ein grundlegender Gegensatz ausgemacht werden. Personen, die in kommerziellen Branchen arbeiten (Banken, Versicherungen usw.), konzentrieren sich in den rechtsliberalen Gemeinden in den wohlhabenden Agglomerationsgürteln. Personen, die in kulturellen und kommunikativen Feldern tätig sind, finden sich dagegen vermehrt in den linksliberalen Kernstädten. Sie bilden den Kern der «kreativen Klasse», welche heute das Leben im urbanen Raum dominiert.

Die Teilung zwischen kommerziell und kulturell beruht nicht auf einer wirtschaftsgeografischen Regionalisierung dieser Branchen, sondern in der sozialgeografischen Entmischung der Bevölkerung. Innerhalb der Agglomerationen besteht nur ein Arbeitsmarkt. Für die Segregation der Bevölkerung ist die Charakteristik der Wohnorte ausschlaggebend. Die kernstädtische Lebenswelt ist offensichtlich für kulturell und kommunikativ Tätige von grösserer Attraktivität als für Personen, die in kommerziellen Branchen tätig sind und Wohnstandortbedürfnisse besitzen, die am ehesten in Suburbia befriedigt werden können.

4.2 Analyse der zeitlichen Entwicklung

Mit dem Verfahren der zeitlichen Interpolation (vgl. Kapitel 3.5) kann die politische Landschaft in ihrer Entwicklung verfolgt werden. Dabei zeigt sich, dass sich die Strukturen und Konfliktlinien, die wir bis hierhin beschrieben haben, teilweise durch eine grosse zeitliche Persistenz auszeichnen, während sich ein Teil der Konfliktlinien erst in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Mit den Abstimmungsdaten der Zeitperiode von 1981-2005 kann die Entwicklung vom Ende des Industriezeitalters bis heute verfolgt werden.

Die Methode der zeitlichen Interpolation beruht auf standardisierten Werten der Abstimmungsergebnisse, wie sie in die Faktorenanalyse einfließen. Da die Eingangswerte standardisiert sind, können mit der Interpolationsmethode nur relative Veränderungen der Struktur der politischen Landschaft untersucht werden. Absolute Verschiebungen des weltanschaulichen Gefüges in die eine oder andere Richtung können dagegen nicht erfasst werden. Eine derartige Untersuchung des Wertewandels ist grundsätzlich mit den Abstimmungsdaten kaum möglich. In den schweizerischen Volksabstimmungen kommen zwar immer wieder dieselben Themenkonflikte zum Ausdruck, die konkrete Sachfrage ist jedoch kaum einmal identisch. Eine Analyse der absoluten Veränderungen der gesellschaftlichen Grundorientierungen ist nur mit periodischen Erhebungen derselben Einstellungsfragen möglich.

4.2.1 Entwicklung des Sprachgegensatzes

Die politische Konfliktstruktur unterscheidet sich in den beiden grossen Sprachregionen der Schweiz. Während in der Romandie bis heute der klassische wohlfahrtsstaatliche Links-rechts-Gegensatz bestimmend ist, wird die politische Landschaft der Deutschschweiz von einem regionalen Gegensatz zwischen linksliberalen Zentren und rechtskonservativem Hinterland bestimmt.

Wie wir in Kapitel 4.1.2 dargelegt haben, unterscheidet sich jedoch nicht nur die politische Konfliktstruktur in den beiden Regionen, sondern es bestehen auch bedeutende politische Konfliktlinien zwischen den Sprachregionen. Gegensätze und Konflikte zwischen den Sprachregionen gehen zwar bis in die Anfänge des Bundesstaats zurück (Büchi 2000), im Untersuchungszeitraum zwischen den frühen 1980er- und den frühen 2000er-Jahren haben die Unterschiede im Stimmverhalten jedoch stark zugenommen. Dies zeigt Abbildung 4-20.

Entwicklung: Sprachregionen

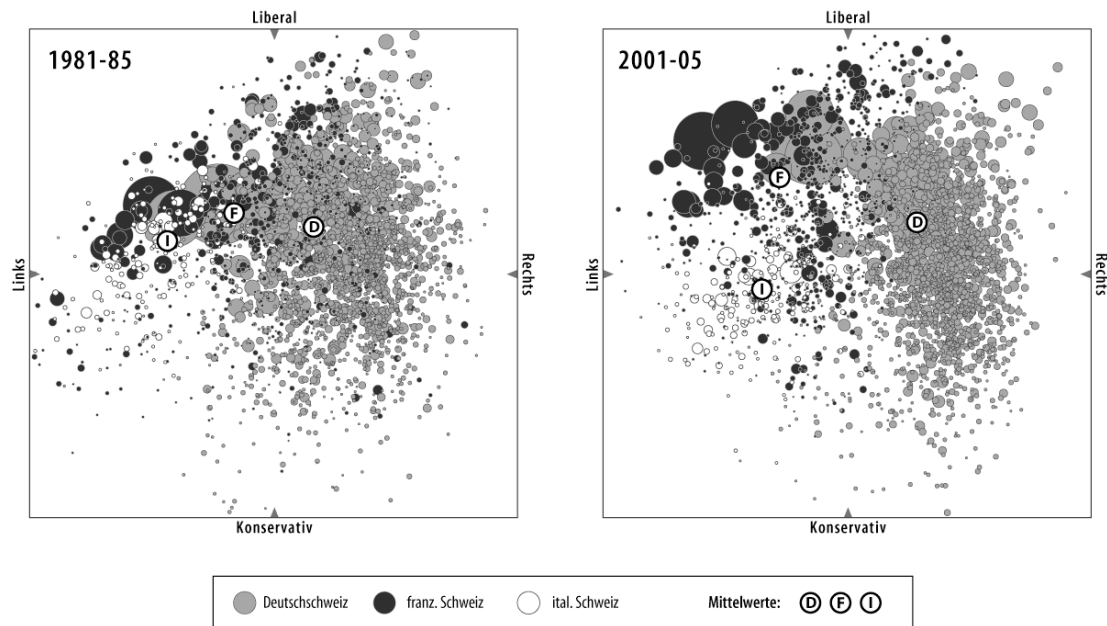


Abbildung 4-20: Sprachregionen – Entwicklung

In der Darstellung links, welche die Situation in den frühen Achtzigerjahren visualisiert, überlagern sich die beiden grossen Sprachregionen grösstenteils. Erst im Verlauf der letzten zwanzig Jahre ist es zu einer fast vollständigen Segregation der Sprachregionen im politischen Raum gekommen. Die Verlagerung der Mittelwerte zeigt, dass sich vor allem der Links-rechts-Gegensatz stark akzentuiert hat, ausserdem hat sich auch eine Differenz auf der Achse liberal-konservativ entwickelt, die es zwanzig Jahre zuvor nicht gegeben hat.

Die Differenzierung auf der Liberal-konservativ-Achse beschränkt sich nicht auf die beiden grossen Sprachregionen, sondern betrifft auch die italienische Schweiz, die in den letzten Jahren ein eigentlich linkskonservatives Profil ausbildete (vgl. Abbildung 4-20). Eine zentrale Rolle für die Zunahme der Konfliktivität zwischen den Sprachregionen auf der vertikalen Achse des politischen Raums spielt die Thematik der europäischen Integration, die vor allem in den Neunzigerjahren die politische Debatte der Schweiz dominierte. Die europäische Integration wird in der Romandie überdurchschnittlich positiv, in der italienischen Schweiz dagegen überdurchschnittlich negativ bewertet.

Die Segregation der Sprachregionen im politischen Raum, wie sie sich im rechten Diagramm der Abbildung 4-20 manifestiert, darf jedoch nicht alleine auf weltan-

schauliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen zurückgeführt werden. Die ungleiche Bevölkerungsstärke der Sprachregionen führt dazu, dass die schweizerische Politik von der Deutschschweiz dominiert wird. Weichen die kleineren Sprachregionen mehrheitlich von der Deutschschweizer Meinung ab, so können sie sich in der Regel nicht durchsetzen. Die Majorisierung durch den dominanten Sprachraum bildet die Basis für die Überzeichnung der bestehenden Gegensätze. Das Gefühl der Machtlosigkeit begünstigt die Solidarisierung mit der Mehrheit der eigenen Sprachregion und die Ablehnung der Meinung der dominanten Mehrheit.

4.2.1.1 Der sozialpolitische Gegensatz

Für die vorliegenden Analysen von besonderem Interesse ist die Entwicklung des sozialpolitischen Gegensatzes. Wie wir gezeigt haben (Kapitel 4.1.2), bestehen heute bei Abstimmungen zur Sozialpolitik die grössten Einstellungsunterschiede zwischen Deutsch und Welsch.

Der sozialpolitische «Röstigraben» ist jedoch ein junges Phänomen. Während der Hochblüte der Industrialisierung waren wohlfahrtsstaatliche Grundorientierungen in der Deutschschweiz weiter verbreitet als in der französischen. Während sich in der Romandie die Industrialisierung auf Genf und auf den Jurabogen konzentrierte (Uhrenindustrie), erfolgte sie in der Deutschschweiz grossflächig und dezentral (Fritzsche et al. 2001). Folgende Abbildung zeigt die Zustimmung zu sozialpolitischen Vorlagen mit einer wohlfahrtsstaatlichen Zielrichtung seit den 1920er-Jahren.

Bis in die 1960er-Jahre erhielten AHV-Vorlagen und Initiativen zur Arbeitszeitverkürzungen in den Industrieregionen die grösste Unterstützung. Von den welschen Kantonen zeichneten sich nur die reformierten Industriekantone Genf und Neuenburg durch ein wohlfahrtsstaatliches Profil aus. Die katholischen Regionen im Wallis, in Freiburg und im Jura und der reformierte Agrarkanton Waadt stellten sich dagegen klar gegen den Ausbau des Wohlfahrtsstaats.

Seit den Sechzigerjahren hat sowohl die Bedeutung der Konfession als auch der Industrialisierung für den politischen Links-rechts-Gegensatz stark abgenommen. Die katholischen Regionen der französischen Schweiz haben sich nach und nach gegen links orientiert, während die Industrie- und Arbeiterregionen der Deutschschweiz ihr linkes Profil weitgehend verloren haben.

Sozialpolitische Vorlagen: Entwicklung

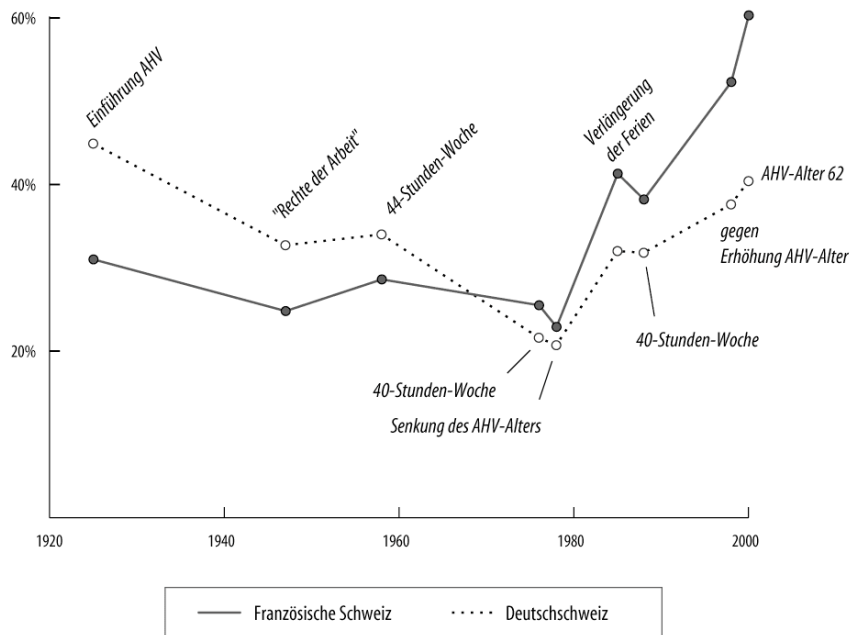


Abbildung 4-21: Sozialpolitische Vorlagen, Deutsch-Welsch, Entwicklung 1920-2000

In den 1990er-Jahren hat sich ein eigentlicher sozialpolitischer «Röstigraben» geöffnet. Die grössten Gegensätze im Abstimmungsverhalten bestanden bei der Vorlage zu Sparmassnahmen in der Arbeitslosenversicherung (1997) und bei jener über die Einführung der Mutterschaftsversicherung (1999). Letzterer stimmten sämtliche Bezirke der Suisse Romande zu und sämtliche Bezirke der Deutschschweiz lehnten sie ab.

4.2.2 Wandel der Stadt-Land-Gegensätze

Parallel zur Ausbildung des sprachregionalen Gegensatzes veränderte sich die politische Konfliktstruktur innerhalb der Sprachregionen. Die auffälligste Entwicklung ist hierbei diejenige der grossen Kernstädte, die in den letzten zwanzig Jahren einen eigenständigen Pol der politischen Landschaft ausgebildet haben. Abbildung 4-22 zeigt die politische Landschaft der Deutschschweiz der frühen Achtzigerjahre und des aktuellen Jahrzehnts im Vergleich.

Entwicklung: Siedlungstypen (dt.)

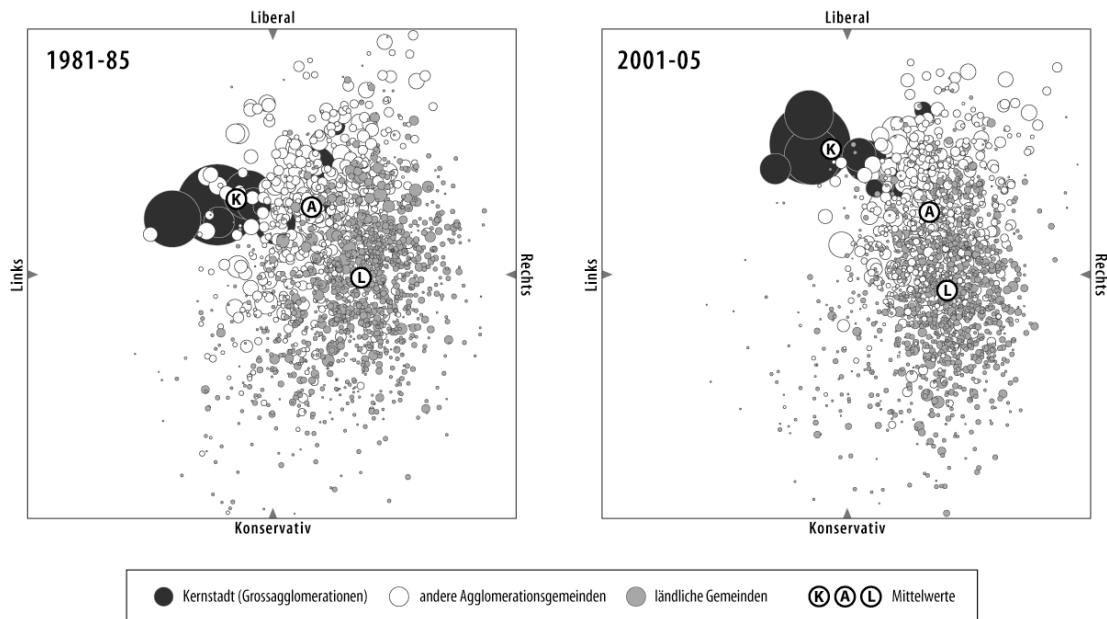


Abbildung 4-22: Siedlungstypen, Deutschschweiz – Entwicklung

Wie das Diagramm links zeigt, gehörten die Grossstädte bereits in den frühen Achtzigerjahren zu den links positionierten Gemeinden der Deutschschweiz. Anders als heute teilten sie diese Position jedoch mit anderen Agglomerationsgemeinden, nämlich den Arbeitervorstädten (vgl. Kapitel 4.1.4). Wie die Verlagerung der Mittelwerte zeigt, ist der Links-rechts-Gegensatz zwischen den Kernstädten und anderen Agglomerationsgemeinden seit den frühen Achtzigerjahren stark angewachsen. Nicht nur die grossen, sondern auch die mittelgrossen Städte zeichnen sich heute durch ihr relativ linkes Profil aus. Die exponierte Position auf der politischen Landkarte, welche die Kernstädte eingenommen haben, ist nicht so sehr Ausdruck eines Linksrutsches als einer Verbürgerlichung der Agglomeration. Auf der Links-rechts-Achse befand sich der Agglomerationsmittelwert in den frühen Achtzigerjahren in der Mitte zwischen Stadt und Land. Heute ist die Links-rechts-Positionierung von Agglomerationsgürtel und ländlichen Raum annähernd gleich.

Entwicklung der urbanen Weltanschauung

Die auffälligste Entwicklung bezieht sich nicht auf die horizontale Achse des politischen Raums, sondern es ist die Bewegung der Kernstädte Richtung «oben» hin zum liberalen Pol. Auf der Konfliktachse liberal-konservativ positionierten sich die Grossstädte in den frühen Achtzigerjahren auf dem Niveau des Arbeiterumlands,

seither haben sie sich auf das Niveau der liberalsten Gemeinden bewegt und bilden das linksliberale Pendant zu dem durch Oberschichtsgemeinden geprägten rechtsliberalen Umland.

Der Wandel der urbanen Weltanschauung lässt sich exemplarisch anhand der Abstimmungen zur Begrenzung der Einwanderung illustrieren. Zwischen 1970 und 2000 gelangten in der Schweiz fünf Volksinitiativen zur Abstimmung, die eine Begrenzung der Einwanderung forderten. Wie Abbildung 4-23 zeigt, lag das Zustimmungsniveau zu diesen Vorlagen in der Grossstadt Zürich bis in die Achtzigerjahre über dem Niveau des restlichen Kantons Zürich. Erst bei der jüngsten Überfremdungsvorlage von 2000 haben sich die Verhältnisse ins Gegenteil gekehrt. Die für Unterschichtsgemeinden typische Skepsis gegen Ausländer und Einwanderung (vgl. Abbildung 4-9) ist einer weltoffeneren Haltung gewichen.

«Überfremdungsinitiativen»: Entwicklung Zürich

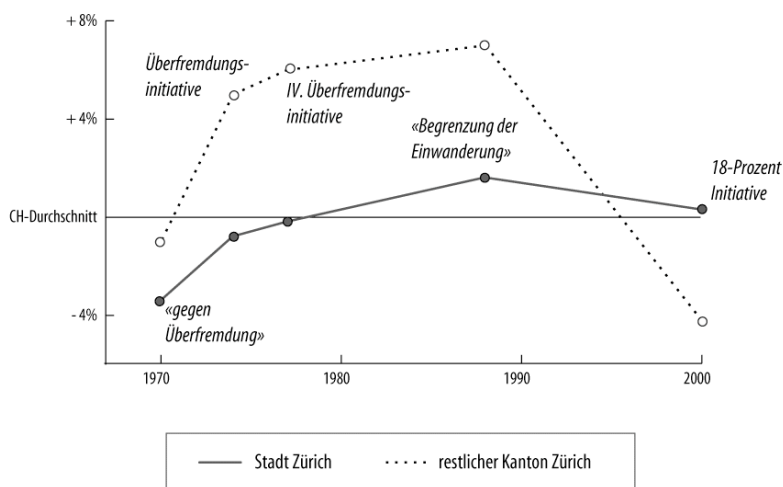


Abbildung 4-23: «Überfremdungsinitiativen», Stadt und Kanton Zürich, Entwicklung

Die Liberalisierung des städtischen Werteprofiles ist Ausdruck einer Renaissance des Städtischen. Seit den Neunzigerjahren verzeichnen die Grossstädte der Schweiz einen überdurchschnittlichen Statusanstieg (vgl. Hermann et al. 2005). Da politische Liberalität Ausdruck von Macht und Möglichkeiten ist (vgl. Kapitel 2.6.1.4), hat die Entwicklung einer «neuen urbanen Mittelschicht» zu einer Veränderung der politischen Grundorientierung geführt. Anders als die Oberschichtsgemeinden im Agglo-

merationsgürtel ist die Liberalität der Städte jedoch nicht mit einer rechten Orientierung verbunden. Wie oben erwähnt, ist die städtische Lebenswelt das Habitat der kreativen Klasse. Trotz wachsendem Wohlstand und zunehmender Liberalität sind die städtischen Milieus politisch nicht verbürgerlicht. Es ist das eigentliche Kennzeichen der kreativen Klasse, dass sie Macht und Möglichkeiten mit einem ungebundenen Lebensstil und mit Werten der sozialen und ökologischen Sensibilität verbindet.

Die Entwicklung im frankofonen Raum

Im Gegensatz zur Deutschschweiz teilen die Kernstädte in der Romandie bis heute ihr linkes politisches Profil mit den Unterschichtsgemeinden des Agglomerationsgürtels. Insgesamt sind die regionalen Gegensätze weniger stark entwickelt. Der Vergleich der Konfliktstruktur der frühen Achtzigerjahre mit der heutigen zeigt jedoch, dass der Wandel der politischen Landschaft in beiden Sprachregionen in dieselbe Richtung weist (vgl. Abbildung 4-24).

Entwicklung: Siedlungstypen (fr.)

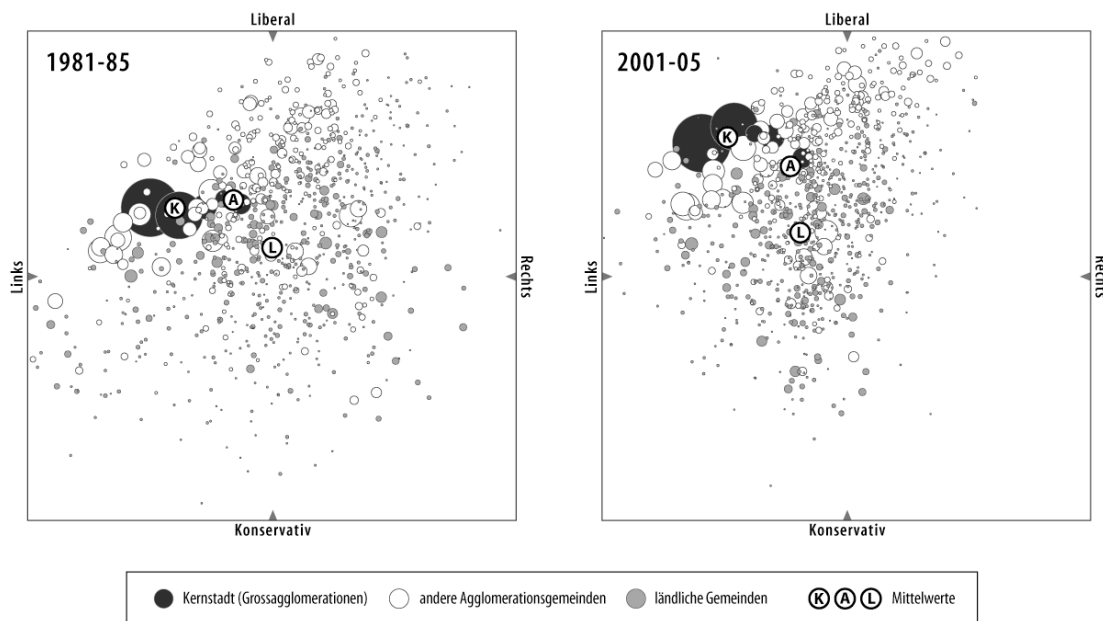


Abbildung 4-24: Siedlungstypen, französische Schweiz – Entwicklung

Analog zur Deutschschweiz beschreiben die Mittelwerte der drei dargestellten Siedlungstypen eine Drehung im Uhrzeigersinn. Auch in der französischen Schweiz nehmen die grossen Kernstädte im Vergleich zu den übrigen Agglomerationsgemeinden eine zunehmend liberale Position ein. Weil jedoch die Gemeinden des Agglo-

rationsgürtels der Entwicklung hin zu liberaleren Werten zumindest in Ansätzen folgen und sich nicht wie in der Deutschschweiz Richtung rechtskonservativ bewegen, ist der Wandel der regionalen Konfliktlinien weniger augenfällig als in der Deutschschweiz.

Analog zur Deutschschweiz präsentiert sich auch die Entwicklung des Verhältnisses von Agglomeration und ländlichem Raum: Der Links-rechts-Gegensatz, der noch in den frühen Achtzigerjahren zwischen den beiden Siedlungstypen bestand, ist in den letzten zwanzig Jahren verschwunden.

4.2.3 Die fünf grossen Agglomerationen in Bewegung

Durch die Entwicklung der linksliberalen urbanen Grundorientierung hat sich das politisch-weltanschauliche Gefüge in den Ballungsgebieten grundlegend verändert. Dies gilt insbesondere für die grossen Fünf – Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne –, deren Entwicklung wir im Folgenden skizzieren.

4.2.3.1 Agglomeration Zürich

In Zürich, dem grössten Ballungsraum der Schweiz, zeigt sich der Wandel der politischen Konfliktstruktur besonders ausgeprägt. In den frühen Achtzigerjahren verteilten sich die Gemeinden der Agglomeration – inklusive der Stadt Zürich – auf einem Band zwischen links und rechtsliberal (vgl. Abbildung 4-25).

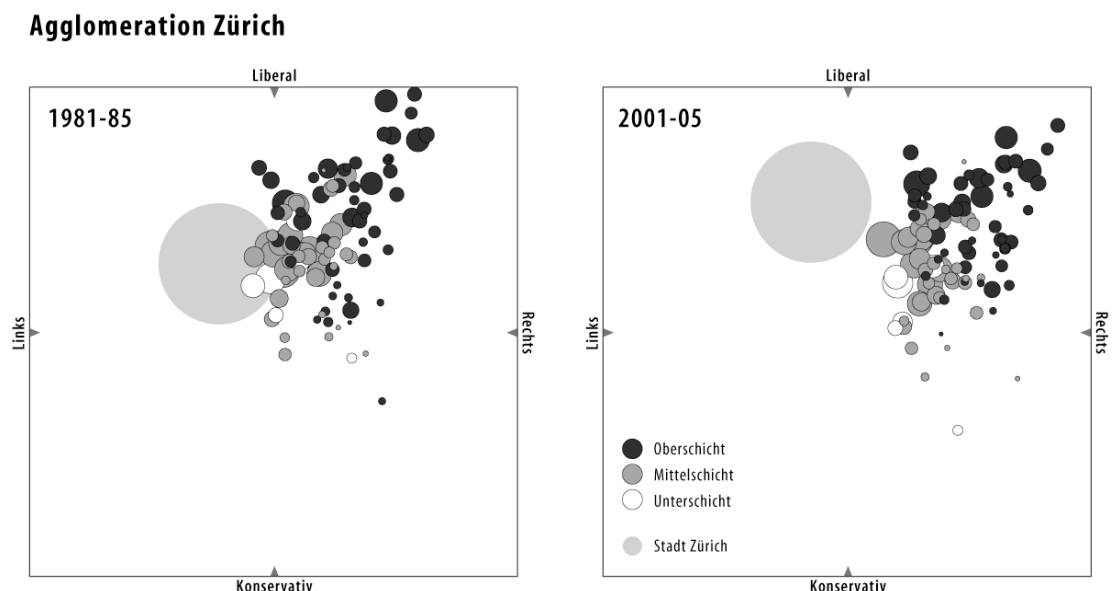


Abbildung 4-25: Agglomeration Zürich, soziale Schichtung – Entwicklung

Der Gegensatz zwischen Wohlfahrts- und Leistungswerten dominierte das politische Gefüge innerhalb des Ballungsraums. Die politische Position entsprach der Stellung in der sozialen Hierarchie. Auch wenn die Kernstadt Zürich schon in den frühen Achtzigerjahren einen Extrempunkt des politischen Spektrum bildete, hat sie sich erst in den letzten Jahren zu einem eigenständigen Pol der politischen Landschaft entwickelt, der jenseits des klassischen sozialen Gegensatzes liegt. An die Stelle eines bipolaren Konfliktmusters ist ein tripolares getreten.

Die Stadt Zürich steht dabei in Distanz ebenso zu den Unterschichts- wie zu den Oberschichtsgemeinden des Agglomerationsgürtels. Der Agglomerationsgürtel ist zwar noch immer durch den klassisch sozialen Gegensatz geprägt, dieser hat jedoch an Spannkraft verloren: Das schmale Band der frühen Achtzigerjahre hat sich zu einem Klumpen verdichtet. Insgesamt dominiert der Kernstadt-Umland-Gegensatz heute über die sozialen Gegensätze.

4.2.3.2 Agglomeration Basel

Basel, die zweitgrösste Agglomeration der Deutschschweiz zeigt im Wesentlichen dasselbe Entwicklungsmuster wie Zürich. Der Wandel der Konfliktstruktur ist jedoch weniger dynamisch. Die Wanderung der Kernstadt zum liberalen Pol der politischen Landschaft ist etwas zaghafter als in Zürich und Bern (wie wir unten zeigen werden), so dass der Kernstadt-Umland-Gegensatz heute weniger ausgeprägt ist.

Wie das linke Diagramm in Abbildung 4-26 zeigt, zeichnete sich Basel in den Achtzigerjahre durch ein – für Deutschschweizer Verhältnisse – ausgesprochen linkes Profil aus. Im Gegensatz zu Zürich und Bern positionierten sich nicht nur die Kernstadt auf der linken Seite des Diagramms, sondern auch die meisten Gemeinden der Agglomeration. Die Pharmastadt Basel ist diejenige der fünf Schweizer Grossstädten, deren Wirtschaft bis heute stark durch den industriellen Sektor geprägt ist. Vor dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft war ein starker industrieller Sektor ein wichtiger Faktor für die Verbreitung von Wohlfahrtswerten. Noch in den Achtzigerjahren spiegelte sich die Dominanz der Pharmaindustrie in einer relativ linken Grundorientierung der gesamten Region Basel.

Agglomeration Basel

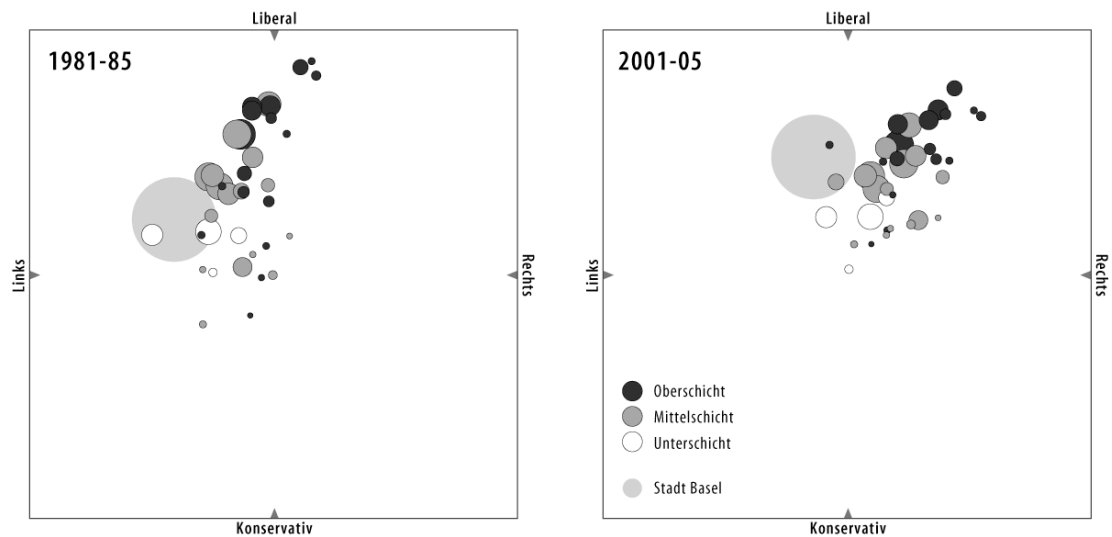


Abbildung 4-26: Agglomeration Basel, soziale Schichtung – Entwicklung

Davon ist heute kaum noch etwas zu spüren. Zwar zeichnet sich das gehobene Umland bis nach wie vor durch ein für diesen Siedlungstyp eher linkes Profil aus und unterscheidet sich darin vom ausgesprochen wirtschaftsliberalen Umland Zürichs. Die Stadt Basel ist jedoch in den untersuchten zwanzig Jahren im Vergleich zu Zürich und Bern nach rechts gerückt. Ein starker industrieller Sektor bildet (zumindest im urbanen Kontext) keine Basis mehr für eine linke Grundorientierung. Die neuen linken Werte werden von der kreativen Klasse getragen. Ausschlaggebend für die Verbreitung dieser ist jedoch nicht der Industrie-, sondern der Dienstleistungssektor.

4.2.3.3 Agglomeration Bern

Die Bundeshauptstadt Bern und ihr Agglomerationsgürtel zeichnen sich durch eine besonders starke Transformation der Konfliktsstruktur aus. Wie das Diagramm rechts in Abbildung 4-27 zeigt, besteht heute zwischen den Ober- und den Unterschichtsgemeinden kaum noch ein Links-rechts-Gegensatz, sondern diese unterscheiden sich einzig in ihrer Liberalität. Die Stadt Bern positioniert sich dagegen weitab von den übrigen Agglomerationsgemeinden im linksliberalen Sektor des politischen Raums. Die nur schwach industrialisierte «Beamtenstadt» besass noch in den frühen Achtzigerjahren durch das bürgerlichste Profil der Schweizer Grossstädte, heute ist Bern – zumindest in der Deutschschweiz – die Stadt mit der linksliberalsten Grundorientierung.

Agglomeration Bern



Abbildung 4-27: Agglomeration Bern, soziale Schichtung – Entwicklung

Die unterschiedlichen Entwicklungen von Basel und Bern stehen exemplarisch für den Wandel der Linken in der deutschsprachigen Schweiz. Während in den frühen Achtzigerjahren Basel die linkste und Bern die bürgerlichste der grossen Städte der Deutschschweiz waren, haben sie im Verlauf der letzten zwanzig Jahre ihre Positionen getauscht. An die Stelle der Industriestadt ist die durch den staatlichen Dienstleistungssektor dominierte Bundeshauptstadt getreten. Dabei spielt nicht nur die Nähe zum Staat eine Rolle, sondern auch der Charakter der in Bern vorherrschenden Dienstleistungsbranchen, die weniger kommerziell als soziokulturell ausgerichtet sind.

4.2.3.4 Agglomeration Genf

Betrachtet man Abbildung 4-28, so scheint es, als ob sich die politische Struktur der Agglomeration Genf in den letzten zwanzig Jahren kaum verändert hätte. Anders als in den Ballungsräumen der Deutschschweiz ist hier die bipolare Struktur der politischen Landschaft nicht durch ein tripolare abgelöst worden.

In den frühen Achtzigerjahren genauso wie zwanzig Jahre später ist der Genfer Ballungsraum durch den klassischen Links-rechts-Gegensatz geprägt. In einem schmalen Band reihen sich die Gemeinden gemäss ihrem sozialen Status von links nach liberal.

Bei einer etwas genaueren Betrachtung zeigt der Vergleich zwischen dem linken und dem rechten Diagramm jedoch sehr wohl eine Entwicklung. Wie in den städtischen

Regionen der Deutschschweiz hat sich auch in Genf die Kernstadt Richtung liberal bewegt. Dabei sind ihr jedoch die Gemeinden des Agglomerationsgürtels gefolgt. Zumindest in Ansätzen hat sich die Stadt Genf aus der Mitte des Bands der restlichen Gemeinden entfernt.

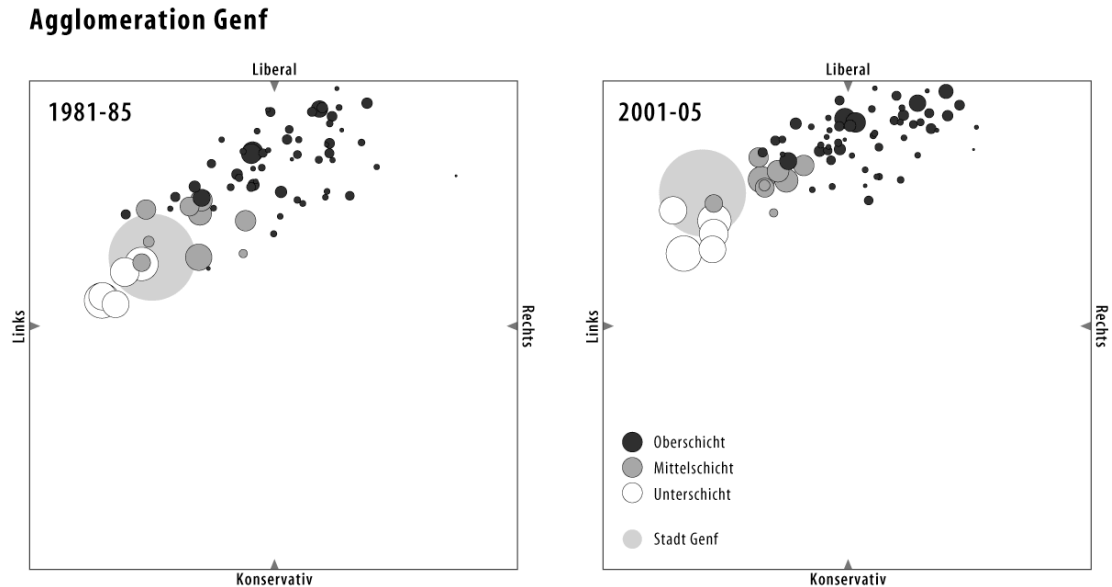


Abbildung 4-28: Agglomeration Genf, soziale Schichtung – Entwicklung

Dies zeigt, dass die welsche Metropole denselben Entwicklungsprozessen unterliegt wie die Deutschschweizer Städte. Die mit der Renaissance des Städtischen verbundene Liberalisierung führt jedoch nicht zu einem Kernstadt-Umland-Gegensatz. Der entscheidende Unterschied zur Deutschschweiz ist die unterschiedliche Entwicklung des Unterschichtsumlands, das seine linke Grundorientierung erhalten und kein konservatives Profil ausgebildet hat.

4.2.3.5 Agglomeration Lausanne

Die Struktur und Entwicklung der Agglomeration Lausanne im politischen Raum bestätigt die Unterschiede und Übereinstimmungen in den beiden grossen Sprachregionen der Schweiz. Analog zur grossen Schwesterstadt am Genfersee bleibt auch in Lausanne der Wandel von einer bi- zu einer tripolaren Konfliktstruktur aus, obwohl sich die Kernstadt an den liberalen Pol der politischen Landschaft bewegt hat.

Im Vergleich zu Genf hat sich jedoch Lausanne stärker aus dem Verbund der Agglomerationsgemeinden gelöst. In Ansätzen ist die Entwicklung einer tripolaren Konfliktstruktur erkennbar.

Agglomeration Lausanne

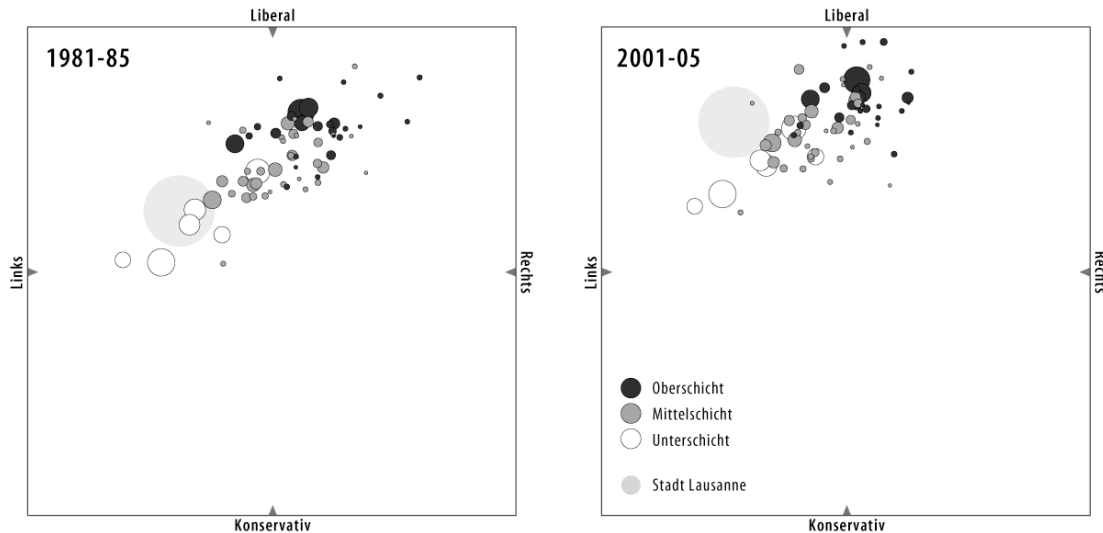


Abbildung 4-29: Agglomeration Lausanne, soziale Schichtung – Entwicklung

Obwohl die Entwicklung des politischen Profils klar dem frankophonen Grundtyp entspricht, spiegelt sich in den beiden Diagrammen von Abbildung 4-29 eine gewisse Nähe zum Deutschschweizer Typus. Im Vergleich zur stark nach Frankreich orientierten Agglomeration Genf ist Lausanne sowohl geografisch als auch historisch-politisch (als ehemaliges Untertanengebiet von Bern) enger an die Deutschschweiz gebunden.

4.2.4 Innerstädtische Entwicklung

Die Entwicklung der politischen Landschaft der Schweiz ist wesentlich durch die Dynamik der grossen Kernstädte geprägt. Von Interesse ist dabei jedoch nicht nur die Entwicklung der Städte als Ganzes, sondern auch die Veränderung der politischen Konfliktstruktur innerhalb des städtischen Siedlungsgebiets. Städte sind keine homogenen Gebilde, sondern zeichnen sich im Gegenteil durch eine starke innere Gliederung aus. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Wandel hin zu einem linksliberalen Profil alle Teile der Kernstadt in gleicher Weise betrifft oder ob dieser Trend zu einer Teilung auch innerhalb des städtischen Gebiets führt.

Für die beiden grössten Städte der Schweiz ist eine entsprechende Analyse möglich, da hier die Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen für einzelne Zählkreise publiziert werden.

4.2.4.1 Entwicklung der Stadtkreise Zürichs

Für die für die Untersuchung relevante Periode von 1981 und 2005 liegen die Abstimmungsergebnisse der zwölf Stadtkreise Zürichs vor.⁴⁸ Die Position und Veränderung der Zürcher Stadtkreise im politischen Raum ist in Abbildung 4-30 dargestellt. Das Diagramm links zeigt, dass sich in den frühen Achtzigerjahren nicht nur die Stadt als Ganzes in die Konfliktstruktur der Gesamtagglomeration eingeordnet hat, sondern auch die einzelnen Stadtkreise. Der sozialpolitische Konflikt zwischen den statushohen und den statustiefen Zonen setzte sich nahtlos vom Agglomerationsgürtel in die Kernstadt fort. Der noble Zürichberg (Kreis 7) bildete den liberalen und das Industriequartier (Kreis 5) den linken Pol der politischen Landschaft Zürichs.

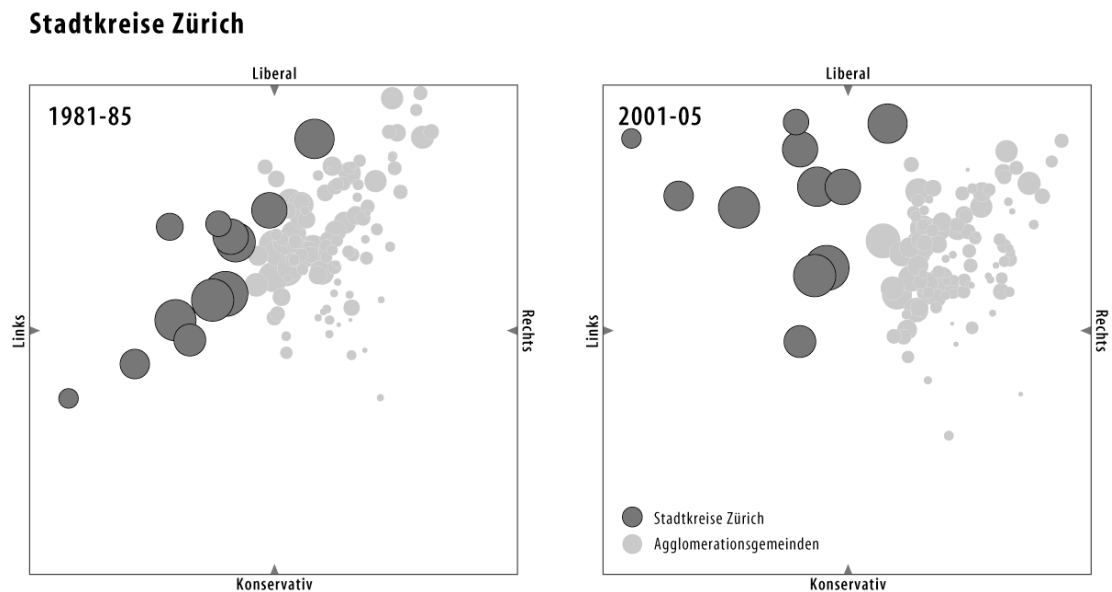


Abbildung 4-30: Stadtkreise Zürich (Agglomeration Zürich) – Entwicklung

⁴⁸ Seit September 2005 werden die Abstimmungsergebnisse nur noch für neun Zählkreise erhoben. Im Zuge einer Wahlkreisreform wurden die kleineren Stadtkreise zusammengelegt. Zum Kreis 1 werden seit Beginn der Neunzigerjahre die Stimmen der Auslandschweizer und -schweizerinnen gezählt. Da diese einen substantiellen Anteil der Stimmenden ausmachen, ist eine Positionierung des Kreis 1 nicht möglich.

Das Diagramm rechts zeigt die Situation in den frühen 2000er-Jahren. Die meisten Stadtkreise haben sich vom Agglomerationsgürtel weg in den linksliberalen Quadranten des politischen Raums bewegt. Dabei hat sich die lineare Anordnung der Stadtkreise zu einem Dreieck verformt. Ein Übergang von einer bi- zu einer tripolaren politischen Struktur zeigt sich also nicht nur in der Gesamttagglomeration, sondern auch innerhalb der Kernstadt.

Gentrifizierung

Eine eindruckliche Wandlung im politischen Raum haben in den letzten Jahren die ehemaligen Arbeiterquartiere der Innenstadt (Kreise 3, 4 und 5) vollzogen. Sie sind von links unten nach links oben im politischen Raum gewandert. Die Basis für den Wandel der politischen Mentalität in diesen Gründerzeitquartieren ist der Prozess der Gentrifizierung. Die Stadtgebiete, deren Profil sich stark liberalisierte, sind jene Zonen der Agglomeration, die in den letzten Jahren den stärksten Anstieg des sozialen Status verzeichneten (vgl. Hermann et al. 2005). Aus den ehemaligen Arbeiterquartieren sind Hochburgen der kreativen Klasse geworden.

Trotz Statusanstieg und trotz zunehmender Liberalität sind die gentrifizierten Gebiete nicht verbürgerlicht. Die Position der Kreise 3, 4 und 5 hat sich auf der horizontalen Links-rechts-Achse nicht verschoben – sie haben nicht von ihrer linken Grundorientierung verloren.

Marginalisierung

Nicht alle ehemaligen Arbeiterquartiere sind den Weg der weltanschaulichen Liberalisierung mitgegangen. Die Kreise am nördlichen und westlichen Stadtrand (9,11 und 12) haben ihre relative Lage in Bezug auf die Agglomerationsgemeinden nicht verändert. Sie haben ein eher konservatives, wohlfahrtstaatliche Profil beibehalten und gleichen darin den Unterschichtsgemeinden im Agglomerationsgürtel.

Aufgrund ihrer relativen Zentrumsferne sind die Arbeiterquartiere am Stadtrand für die kreative Klasse auf ihrer Suche nach einem urbanen Wohnumfeld nicht von hoher Attraktivität (vgl. Leuthold 1999). Das heisst, dass diese Quartiere und Stadtkreise Zonen der städtischen Unterschicht bleiben. Das Eindringen der kreativen Klasse in die innenstädtischen Arbeiterquartiere führt jedoch dazu, dass sich die soziale Hierarchie im städtischen Wohnstandortsgefüge verändert.

Ursprünglich besaßen die nach dem Ideal der Gartenstadt erbauten Arbeiterquartiere am Stadtrand eine privilegierte Position unter den städtischen Arbeiterquartieren. Durch die relative Aufwertung der Innenstadt sind sie in der Hierarchie der Wohnorte

jedoch abgerutscht. Die sozialen Brennpunkte der Stadt verlagern sich zunehmend in die durch Marginalisierungstendenzen geprägten Stadtrandquartiere.

4.2.4.2 Entwicklung der Zählkreise Genfs

Der Übergang von einer bi- zu einer tripolaren politischen Konfliktstruktur in der Stadt Zürich zeigt, dass die politische Landschaft selbst innerhalb einer Stadt durch einen Zentrum-Peripherie-Gegensatz mitgeprägt sein kann. Je zentraler die Quartiere und Stadtkreise, desto attraktiver sind diese für die kreative Klasse mit ihrer Affinität zur urbanen Lebenswelt.

Wie wir oben gezeigt haben, ist der Zentrum-Peripherie-Gegensatz in der französischen Schweiz weniger akzentuiert als in der Deutschschweiz. Die wichtigste Teilung war und ist die soziale zwischen Gemeinden mit einem statushohen und solchen mit einem statustiefen Bevölkerungsprofil. Die typisch frankofone Konstellation zeigt sich auch in der innerstädtischen Gliederung Genfs. Abbildung 4-31 zeigt die 17 Zählkreise der Stadt Genf im politischen Raum. Weder in den frühen Achtzigerjahren noch heute weichen die Quartiere von der durch die Agglomeration vorgezeichnete Konfliktstruktur ab. Statt eines Übergangs zu einer tripolaren Struktur bleibt in den Quartieren Genfs der Gegensatz zwischen Wohlfahrts- und Leistungswerten dominant.

Zählkreise der Stadt Genf

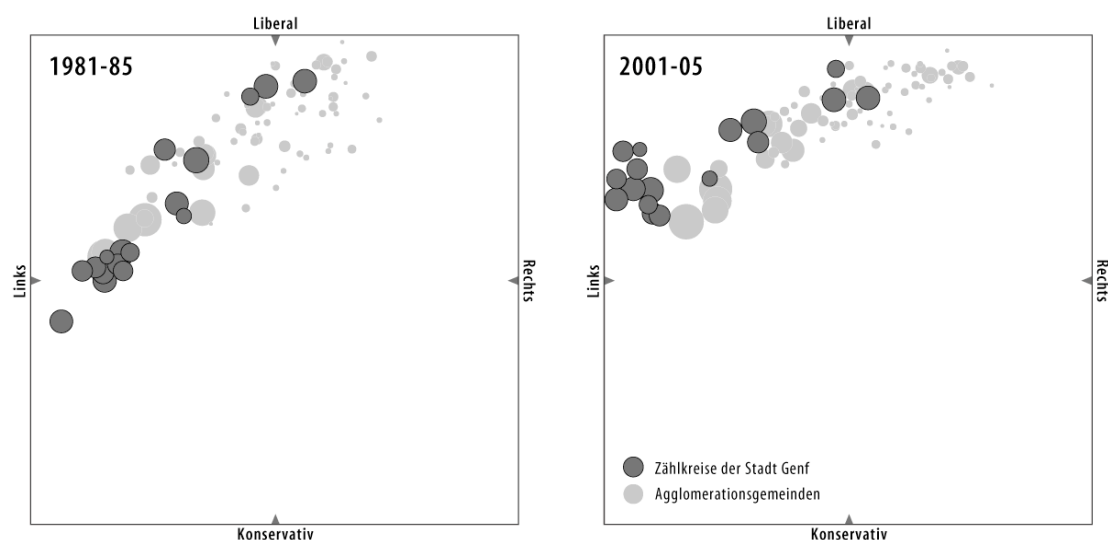


Abbildung 4-31: Zählkreise Stadt Genf (Agglomeration Genf) – Entwicklung

Vergleicht man die beiden Diagramme links in Abbildung 4-30 und in Abbildung 4-31, so zeigt sich, dass in den frühen Achtzigerjahren die politische Konfliktstruktur Zürichs und Genfs weit gehend identisch war. Unterschiede haben sich erst in den letzten Jahren ausgebildet: Während sich in Zürich ein neuer Gegensatz zwischen zentrumsnahen und zentrumsfernen Quartieren entwickelt hat, bleibt in Genf die Konfliktlinie zwischen linken und bürgerlichen Quartieren bestehen.

Der Vergleich der beiden Diagramme in Abbildung 4-31 zeigt jedoch, dass sich die Positionierung der Genfer Stadtquartiere sehr wohl verändert hat: Das langgezogene Band, auf dem sich die Gemeinden und Zählkreise der Agglomeration Genf einreihen, hat sich gedreht. Die aufgewerteten Quartiere in Zentrumsnähe bewegen sich Richtung «liberal» genauso wie ihre Pendants in Zürich. Der entscheidende Unterschied ist – wie wir bereits oben gesehen hatten –, dass die Stadtrandquartiere und die Vorstädte diese Bewegung teilweise mitmachen und nicht wie in der Deutschschweiz ein konservatives Profil ausbilden.

5 Synthese und Schlussfolgerungen

5.1.1.1 Regionale und soziale Hierarchie

Die empirische Analyse der politischen Landschaft der Schweiz auf Basis von Abstimmungsergebnissen hat gezeigt, dass diese durch zwei Hierarchien geprägt ist. Zum einen ist dies die *soziale Hierarchie* zwischen Ober- und Unterschicht, zum anderen die *regionale Hierarchie* zwischen zentralen und peripheren Regionen. Die soziale Hierarchie steht für die Ungleichheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenz von Individuen. Die regionale Hierarchie beruht in der Ungleichheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenz von Regionen.

Beide Hierarchien sind zentrale Momente der gesellschaftlichen Differenzierung, in der Regel wird jedoch, je nach wissenschaftlicher Perspektive, nur die eine oder die andere Hierarchie thematisiert. So konzentriert sich die Soziologie auf Hierarchien, die sich aus der Arbeitsteilung zwischen Individuen bzw. Klassen ableiten. Regionalgeografie und Regionalökonomie fokussieren dagegen regionale Disparitäten und Hierarchien von Regionen und Orten, die sich bezüglich ihrer Zentralität und Wirtschaftskraft unterscheiden. Die für das Verständnis der gesellschaftlichen Differenzierung wichtigen Verbindungen zwischen den beiden Hierarchietypen fallen dabei aus dem Blickfeld. Mit der integrierten Analyse der politischen Landschaft wird der Blick jedoch auf das Zusammenwirken der beiden Hierarchietypen gelenkt.

Soziale Dimension des Regionalen, regionale Dimension des Sozialen

Jede regionale Hierarchie besitzt eine soziale Dimension und jede soziale Hierarchie eine regionale. Offensichtlich ist dies bei der sozialen Hierarchie: Da sich statushohe Personen mit einem grossen Kapitalvolumen andere Wohnorte aneignen können als solche mit beschränkten Mitteln, werden Segregationsprozesse in Gang gesetzt. Innerhalb einer Siedlungszone überträgt sich die soziale Hierarchie auf den Raum und es bilden sich Quartiere und Regionen unterschiedlicher sozialer Ausprägung. Die Verräumlichung des Sozialen ist die Voraussetzung dafür, dass sich die soziale Hierarchie überhaupt in der Abstimmungslandschaft manifestiert.

Umgekehrt besitzt die regionale Hierarchie auch eine soziale Dimension. Im Kern kommt in der regionalen Hierarchie jedoch keine soziale Rangordnung, sondern die funktionale Gliederung des Raums zum Ausdruck. Agglomerationsvorteile führen dazu, dass sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionen in Orten hoher Zentralität konzentrieren. Agglomerationskosten führen dazu, dass Funktionen geringer Wertschöpfung aus den Zentren weg verlagert werden. Beides hat zur Folge, dass Regionen – ähnlich wie Individuen in einem sozialen Verband – zueinander in einer hierarchischen Rangfolge stehen.

Die hierarchische Gliederung des Raums in zentrale und periphere Regionen überträgt sich indirekt auf die soziale Ordnung: Aufgrund des qualitativ hoch stehenden Arbeitsplatzangebots (wissensbasierte Dienste) in den Zentren leben in deren Einzugsgebieten überdurchschnittlich viele statushohe Personen. Im ländlichen Raum bestehen dagegen wenige Berufe und Ausbildungsgänge, die eine Grundlage für einen hohen sozialen Status bilden. Die Vergleichende Analyse des sozialen Profils der Gemeinden und Stadtquartiere in der Schweiz (Hermann et al. 2005) zeigt denn auch, dass der wirtschaftsgeografische Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie sich in einer grossräumigen Regionalisierung des Sozialen widerspiegelt: In den grossen urbanen Ballungsräumen ist der soziale Status insgesamt am höchsten, in den ländlich-peripheren Regionen insgesamt am tiefsten.

Strukturwandel und Öffnung

Jede Hierarchie besitzt ein «Oben» und ein «Unten». Im politischen Raum ist das «Oben» sowohl der sozialen als auch der regionalen Hierarchie mit einer liberalen Grundorientierung verknüpft und das «Unten» mit einer konservativen. Das heisst, dass an zentralen Orten liberaler gestimmt wird als an peripheren, ebenso wie in den Oberschichtsquartieren liberalere Einstellungen vorherrschen als in den Quartieren der Unterschicht. Abbildung 5-1 zeigt die schematische Übertragung der beiden Hierarchien in den politischen Raum.

Wie wir oben dargelegt haben, beruht eine liberale Grundorientierung (verstanden als Welt- und Zukunftsoffenheit) in der Wahrnehmung der Wirklichkeit als etwas im positiven Sinne gestaltbares. Die soziale und die regionale Hierarchie stehen denn auch für eine asymmetrische Verteilung von Gestaltungsmacht. Oben in der Hierarchie ist die Gestaltungsmacht gross – Wandel und Öffnung bilden die Grundlage für neue Möglichkeiten und Chancen. Dies gilt gleichermassen für die persönliche wie für die regionale Ebene. Aufgrund der Ballung strukturstarker wissensbasierter Branchen in den Zentren profitieren diese von der Modernisierung, ebenso wie Personen, die in diesen Branchen Arbeiten und einen vollen Bildungsrucksack mitbringen.

Für die Personen unten in der sozialen und für die Regionen unten in der regionalen Hierarchie sind Wandel und Öffnung dagegen vor allem mit Risiken verknüpft. Der Strukturwandel und die Globalisierung erhöhen den Konkurrenzdruck und implizieren eine Abwertung und einen Bedeutungsverlust einfacher, manueller Tätigkeiten.

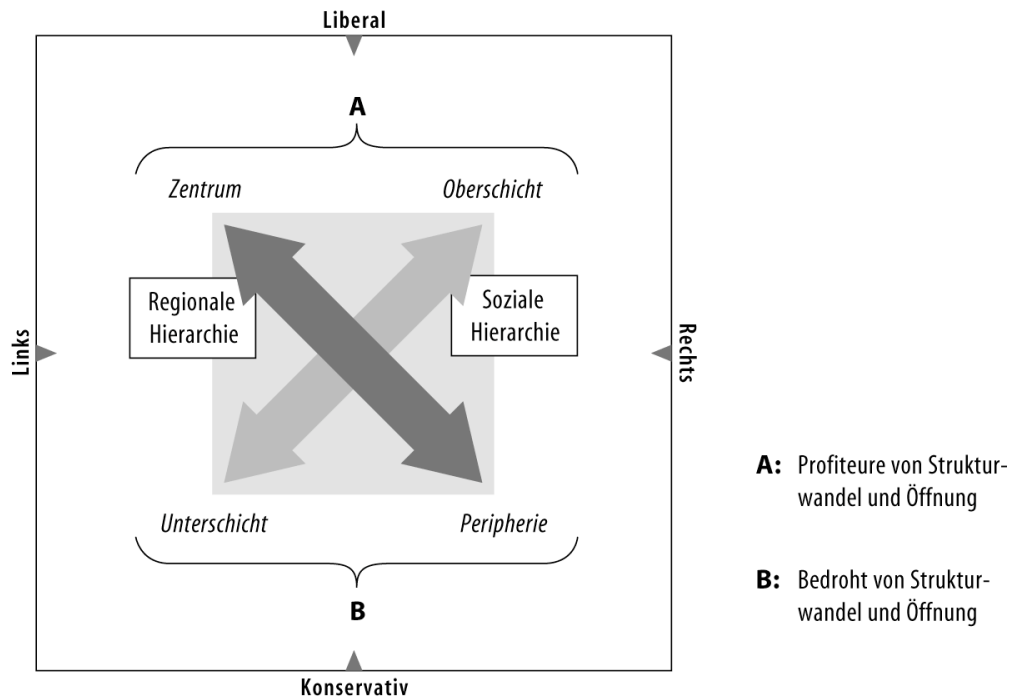


Abbildung 5-1: Regionale und soziale Hierarchie im weltanschaulichen Bezugssystem

Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Lebenswelt

In Bezug auf Ungleichverteilung der Gestaltungsmacht und in Bezug auf die Konsequenzen von Strukturwandel und politischer Öffnung gleichen sich die soziale und die regionale Hierarchie. Trotzdem können sie nicht gleich gesetzt werden.

Die soziale Hierarchie steht für eine Rangordnung auf individueller Ebene, bei welcher Personen innerhalb eines sozialen Bezugssystems über- und untergeordnet sind. Es ist eine Hierarchie, die sich am Arbeitsplatz täglich manifestiert und anhand der unterschiedlichen Ausstattung mit Gütern und Möglichkeiten jederzeit sichtbar ist.

Die regionale Hierarchie impliziert dagegen keine direkte Rangordnung von Individuen, sondern sie steht für eine Ordnung räumlicher Einheiten. Innerhalb der eigenen regionalen Lebenswelt ist die regionale Hierarchisierung nicht sichtbar, da sich das gesamte soziale Bezugssystem auf derselben Stufe der regionalen Hierarchie befindet.

Das heisst, die soziale Hierarchie steht für Ungleichheiten *innerhalb* der eigenen Lebenswelt, die regionale Hierarchie führt dagegen zu Ungleichheiten *zwischen* den Lebenswelten. Dieser strukturelle Unterschied der beiden Hierarchien wirkt sich massgeblich auf deren Wahrnehmung aus. Dies macht der, oben angesprochene

Vergleich des sozialen Profils der Gemeinden und Stadtquartiere der Schweiz deutlich (Hermann et al. 2005). Die Auswertung nach Einkommen, Bildungsabschluss und Stellung im Beruf zeigt, dass nicht die Unterschichtsgemeinden in den Agglomerationen die Bevölkerung mit dem tiefsten sozialen Status beherbergen, sondern die Gemeinden der ländlichen Peripherie. Nimmt man den sozialen Status der Bevölkerung als Massstab, so müssten also die ländlich-peripheren Regionen als Habitate der Unterschicht bezeichnet werden. Tatsächlich wird der ländlich-periphere Raum jedoch weder in der Selbst- noch in der Fremdwahrnehmung als Unterschicht-region bewertet.

In jeder noch so peripheren Region existiert eine lokale, soziale Rangordnung, die auf sich bezogen und in sich ausgewogen ist. Diese lokale soziale Rangordnung spiegelt sich im Raum: Irgendwo in jedem grösseren Dorf findet man eine Ansammlung grösserer Einfamilienhäuser, in der die lokale Oberschicht residiert. Und irgendwo im Dorf gibt es eine Blocksiedlungen, wo sich die sozial Schwächeren der Gemeinde konzentrieren.

5.1.1.2 Weltanschauliche Implikationen

Hierarchien innerhalb von Lebenswelten wirken sich anders auf die Entwicklung kollektiver Mentalitäten aus als Hierarchien, die zwischen den Lebenswelten bestehen. Dies ist mit der empirischen Analyse der Verteilung der Gemeinden im politischen Raum deutlich geworden. Im politischen Raum spiegeln sich die innerlebensweltlichen Hierarchien in einem klassischen Links-rechts-Gegensatz. Wie wir in Kapitel 4.1.4 gezeigt haben, sind die Unterschichtsgemeinden innerhalb der Ballungsräume eher links und die Oberschichtsgemeinden eher rechts positioniert.

Wahrgenommene Ungleichheiten

In einer modernen Gesellschaft, in der Ungleichheiten und Rangordnungen nicht als gottgegeben angenommen werden, bilden innerlebensweltliche Hierarchien den Nährboden für soziale Spannungen. Personen am unteren Ende der sozialen Hierarchie sind in ihrem Arbeitsalltag häufig der Macht und Willkür ranghöherer Personen ausgesetzt und in ihrer arbeitsfreien Zeit werden sie damit konfrontiert, dass ihre Ressourcen und Chancen im Vergleich zu den Habenden begrenzt sind. Die erlebte Ungleichheit ist die Grundlage dafür, dass sich in den unteren sozialen Schichten linke Grundorientierungen verbreiten und dass Forderungen nach einer gerechteren Verteilung von Macht und Möglichkeiten aufkommen.

Zu einer Akzentuierung der (wahrgenommenen) sozialen Ungleichheiten kam es in der Zeit der Industrialisierung im 19. und im frühen 20. Jahrhundert. Viele verliessen damals ihre ländlich-dörfliche Lebenswelt, die für immer weniger Menschen Arbeit bot, und liessen sich in den urbanen Industrieregionen nieder. Mit der Arbeitsaufnahme in einer Fabrik konnte zwar die Existenz gesichert werden, zugleich wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer neuen Lebenswelt mit steilen Hierarchien und grossen sozialen Ungleichheiten konfrontiert. Industrialisierung und Urbanisierung bildeten somit die Basis für die Verbreitung von sozialistischen und sozialdemokratischen Wertorientierungen.

Wahrgenommene Ungleichheiten bilden die Grundlage dafür, dass sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie linke Wohlfahrtswerte ausbreiten, sie formen jedoch auch die Weltanschauung der oberen sozialen Schichten. Anders als in einer vormodernen Gesellschaft besteht in einer modernen bürgerlichen Gesellschaft das Bedürfnis Ungleichheiten rational zu legitimieren. Die wichtigste Legitimation für die Akkumulation von Macht und Möglichkeit bildet dabei das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Die oberen sozialen Schichten stellen demzufolge den linken Wohlfahrtswerten, rechten Leistungswerte gegenüber. Wer sich innerhalb eines sozialen Bezugssystems eine herrschende Stellung erarbeitet hat, glaubt in der Regel an die Legitimität der damit verbundenen Macht und Möglichkeiten und versucht seine Ressourcen vor dem Zugriff des umverteilenden Staats zu schützen.

Unsichtbare Ungleichheiten

Soziale Ungleichheiten, die nicht innerhalb, sondern zwischen den Lebenswelten bestehen, entziehen sich der alltäglichen Wahrnehmung. Dies hat zur Folge, dass sich in ländlich-peripheren Regionen trotz des tiefen sozialen Status nicht dieselben Weltanschauungen entwickeln, wie in den Unterschichtszonen der Ballungsräume. In Regionen, in denen das Wohlstandsniveau generell tief ist, werden die damit verbundenen Beschränkungen der Möglichkeiten als normal und gegeben wahrgenommen. Die Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage spielt jedoch für die Ausbildung der ländlich-peripheren Weltanschauung auch deshalb keine zentrale Rolle, weil sich hier aufgrund der eher schwachen wirtschaftlichen Dynamik und der kleinteiligen Betriebsstruktur keine ausgeprägten innerlebensweltliche Gegensätze ausbilden (vgl. Hermann et al. 2005). Dementsprechend haben sich in der Schweiz selbst in ärmlichen Landregionen keine linken Grundorientierungen entwickelt. Statt Wohlfahrtswerten dominieren zumeist konservative Ordnungswerte.

Dass sich Wohlfahrtswerte im ländlichen Raum nur beschränkt verbreitet haben, hängt, wie oben angesprochen, auch mit der Ausgestaltung der sozialen Beziehungen zusammen. Eine gewerblich geprägte Wirtschaft und starke gemeinschaftliche Banden fördern die soziale Integration und fangen soziale Härten ab. Die fehlende Anonymität führt jedoch auch dazu, dass Personen, die sich nicht in die bestehende Ordnung einfügen können oder wollen, den Druck der sozialen Kontrolle zu spüren bekommen und deshalb häufig aus dem ländlichen Raum abwandern.

5.1.1.3 Objektive und wahrgenommene Ungleichheiten

Die empirische Untersuchung des politisch-weltanschaulichen Profils der Gemeinden und Regionstypen in der Schweiz zeigt, dass sich im politisch-weltanschaulichen Profil der Gemeinden ihre objektive soziale und ökonomische Lage spiegelt. Sowohl die soziale als auch die regionale Hierarchie bilden sich als politisch-weltanschauliche Konfliktlinien ab. Beide Hierarchien weisen im politischen Raum eine Verbindung zur Achse liberal-konservativ auf (vgl. Abbildung 5-1). Unterschiede in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten führen zu unterschiedlichen Einstellung zur Öffnung und Modernisierung der Gesellschaft. Die in Abbildung 4-18 dargestellte Konzentration der wissensbasierten Dienstleistungen am liberalen «Saum» der politisch-weltanschaulichen Landschaft zeigt eindrücklich den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem objektiven sozialen und ökonomischen Potenzial (das in diesen Branchen besonders gross ist) und der subjektiven Wahrnehmung der politischen Möglichkeiten. Eine liberale Grundhaltung – im der von uns definierten Bedeutung – bringt den Glauben an eine im positiven Sinn gestaltbare Wirklichkeit zum Ausdruck, in der sich die Einzelnen als Individuen behaupten können und in der in Veränderungen eher Chancen als Risiken gesehen werden.

Während die politisch-weltanschauliche Konfliktachse liberal-konservativ eine unmittelbare Verknüpfung mit der mit den objektiven Hierarchien der Gesellschaft aufweist, gilt dies für die Konfliktachse links-rechts nur bedingt. Die Vorstellung, dass soziale und ökonomische Ungleichheiten sich primär in einem Gegensatz zwischen linken Wohlfahrtswerten und rechten Leistungswerten manifestieren, bestätigt sich nur teilweise. Ein klassischer Links-rechts-Gegensatz zwischen oben und unten in der sozialen Hierarchie zeigt sich nur innerhalb regionaler Lebenswelten. Wie wir gezeigt haben, führen Wohlstandesunterschiede, die nicht auf der sozialen, sondern auf der regionalen Hierarchie beruhen, zu keinem sozialen Links-rechts-Gegensatz. Im Gegenteil: Wirtschaftsstarke Regionen besitzen als Ganzes in der Regel ein linkeres Profil als wirtschaftsschwache.

Voraussetzung für den klassisch sozialen Links-rechts-Gegensatz sind objektive Ungleichheiten nur dann, wenn sie als solche wahrgenommen werden. Die Basis für soziale Spannungen sind Ungleichheiten, die innerhalb einer Lebenswelt bestehen und zu sichtbarer Unter- und Überordnung führen. Sozialdemokratische Wohlfahrts-werte beziehen sich denn auch primär auf innerlebensweltliche Ungleichheiten. Die Lebensbedingungen der sozial Schwachen in der eigenen Lebenswelt lösen mehr Empathie aus als die Lebensbedingungen von sozial Schwachen, die in einer anderen Region, einem anderen Land oder gar in einem anderen Erdkreis leben. Dies zeigt daran, dass Produkte aus Schwellenländern in der Regel ohne schlechtes Gewissen konsumiert werden, auch wenn sie unter Arbeitsbedingungen produziert werden, die für das soziale Empfinden eines westlichen Wohlfahrtsstaats an sich unhaltbar sind. Die Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage beruht zwar auf objektiven Gegensätzen, sie ist jedoch durch Wahrnehmung und Kontext geprägt, dies zeigt sich auch daran, dass in der französischen Schweiz der klassische Links-rechts-Gegensatz heute noch virulent ist, während er in der Deutschschweiz längst verblasste, obwohl beide Sprachregionen ein vergleichbares Wohlstandsniveau besitzen und grundsätzlich in denselben institutionellen Rahmenbedingungen stehen.

Entwicklung und Ausblick

Wahrgenommene Ungleichheiten führen zu anderen mentalen Dispositionen als solche, die zwar objektiv besehen, aber sich ausserhalb des eigenen regionalen Kreises abspielen. Der Geografie kommt deshalb eine zentrale Rolle zu bei Ausbildung der politischen Konfliktstruktur. Veränderungen in den geografischen Rahmenbedingungen führen zu Veränderung in der politisch-mental Landschaft.

Die Entwicklung der Mobilität, des Kommunikations- und Informationsverhaltens und die anhaltende Verflechtung der Wirtschaft führen dazu, dass Distanzen und Raumwiderstände schwinden. Damit rücken Ungleichheiten von Macht und Möglichkeiten, die nicht innerhalb, sondern zwischen Regionen bestehen, zunehmend ins Bewusstsein. Für die Wahrnehmung der sozialen Lage einer Person, die einem ländlichen Dorf lebt, werden neben den anderen Dorfbewohnern und -bewohnerinnen zunehmend auch die sozialen Verhältnisse und Möglichkeiten in der fernen Grosstadt relevant.

Durch das Aufbrechen der regionalen Selbstbezogenheit der Lebenswelten gleichen sich die politische Dimension der sozialen und der regionale Hierarchie an. Die selbstbezogene Weltsicht in zentrumsfernen Regionen wird durch eine aufs Zentrum orientierte abgelöst. Die empirische Analyse des politisch-weltanschaulichen

Wandels in der Schweiz zeigt denn auch, dass sich das Profil der Unterschichtsregionen in den Ballungsgebieten und das Profil der Gemeinden im ländlichen Raum in den letzten zwanzig Jahren angeglichen haben. Der ländliche Raum ist relativ zum urbanen Raum nach links(-konservativ) gerückt. Die Zonen der Unterschicht ihrerseits unterscheiden sich mit ihrem linkskonservativen Profil zunehmend von den linksliberalen Kernstädten.

Noch nicht absehbar ist, wie weit mit dem Schwinden der Distanzen auch das soziale Bewusstsein seine räumliche Bindung verliert und damit auch soziale Benachteiligungen, die in einer andern Region oder einem anderen Land geschehen, das politische Denken beeinflussen können. Die wachsende Bedeutung von Fairtrade-Produkten ist ein Indiz dafür, dass sich das soziale Bewusstsein zumindest teilweise mit der Globalisierung mitentwickelt. Anders als die Wirtschaft, die kein Schranken kennt, bleibt das soziale Bewusstsein – allein schon aus Gründen des Selbstschutzes – jedoch immer primär in der eigenen Lebenswelt verankert.

6 Literatur

- Almond, Gabriel & Sidney Verba (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, Princeton University Press.
- Androutsopoulos, Jannis, Hrsg. (2003). *HipHop. Globale Kultur – lokale Praktiken*. Bielefeld, transcript.
- Asimov, Daniel (1985). "The grand tour: a tool for viewing multidimensional data." *SIAM Journal of Scientific Statistical Computing* 6 (1): 128–143.
- Atteslander, Peter (2000). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin, De Gruyter.
- Auzanneau, Michelle (2003). Rap als Ausdrucksform afrikanischer Identitäten. In: J. Androutsopoulos, Hrsg. *HipHop. Globale Kultur – lokale Praktiken*. Bielefeld, transcript: 190-217.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson & Wulff Plinke (2000). *Multivariate Analysemethoden: eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin, Springer.
- Bahrenberg, Gerhard, Ernst Giehse & Josef Nipper (1992). *Statistische Methoden in der Geographie. Band 2: Multivariate Statistik*. Stuttgart, Teubner.
- Bailey, Trevor C. & Anthony C. Gatrell (1995). *Interactive Spatial Data Analysis*. Reading MASS, Addison-Wesley Publishers.
- Ballmer-Cao, Than-Huyen (1977). *Analyse des niveaux de participation et de non-participation politiques en Suisse*. Genève, Lang.
- Battelli, M. (1932). *Les Institutions de démocratie directe en droit Suisse et comparé moderne*. Paris.
- Beck, Ulrich (1983). Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: R. Kreckel, Hrsg. *Zur Theorie sozialer Ungleichheiten*. Göttingen, Schwartz: 35–74.
- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Berg-Schlosser, Dirk (1972). *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*. München, Verlag Ernst Vögel.
- Berger, Peter L. & Thomas Luckmann (1994 [1966]). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main, Fischer (TB.).
- Bischof, Norbert (1985). *Das Rätsel Ödipus*. München, Piper.
- Bischof, Norbert (1997). *Das Kraftfeld der Mythen. Signale aus einer Zeit als wir die Welt erschaffen haben*. München, Piper.
- Bischof, Norbert (2005). "Das Paradox des Jetzt." *Psychologische Rundschau* 56 (1): 36-42.
- Bischof, Sandro (2001). Dynamik von Merkmalsräumen. Entwicklung und Vergleich von Methoden zur zeitlichen Interpolation am Beispiel des Weltanschauungsraumes. Zürich, Geographisches Institut der Universität Zürich. Diplomarbeit.
- Bischof-Köhler, Doris (2002). *"Von Natur aus anders". Die Psychologie der Geschlechtsunterschiede*. Stuttgart, Kohlhammer Verlag.

- Blöchliger, Hansjörg & Andreas Spillmann (1992). "Wer profitiert vom Umweltschutz? Verteilungswirkungen und Abstimmungsverhalten in Verkehrs und Umweltvorlagen." *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 128 (3): 525–540.
- Bortz, Jürgen (1993). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin, Springer.
- Bortz, Jürgen & Nicola Döring (1995). *Forschungsmethoden und Forschungsevaluation*. Berlin, Springer.
- Bourdieu, Pierre (1979 [1972]). *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1988 [1984]). *Homo Academicus*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1994 [1979]). *Die feinen Unterschiede: Kritik an der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998). *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz, UVK.
- Bourdieu, Pierre et al. (1997). *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen des alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz, UVK.
- Breit, Gotthard & Siegfried Schiele, Hrsg. (2000). *Werte in der politischen Bildung*. Didaktische Reihe der Landeszentrale für politische Bildung
- Baden-Württemberg. Schwalbach, Wochenschau Verlag.
- Buri, Christof & Gerald Schneider (1993). "Gründe und Scheingründe für das Schweizer Abstimmungsverhalten." *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 19 (3): 389–417.
- Butler, David & Austin Ranney (1994). *Referendums Around the World: The Growing Use of Direct Democracy*. Washington D.C., AEI Press.
- Büchi, Christophe (2001). «Röstigraben»: *Das Verhältnis zwischen deutscher und französischer Schweiz. Geschichte und Perspektiven*. Zürich, NZZ Verlag.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin & Warren Miller (1976 [1954]). "The Voter Decides."
- Card, Stuart K., Jock D. Mackinlay & Ben Shneiderman (1999). *Readings in Information Visualization. Using Vision to Think*. San Francisco, Morgan Kaufmann.
- Coser, Lewis A. (1977). *Masters of Sociological Thought: Ideas in Historical and Social Context*. Fort Worth, Harcourt Brace Jovanovich.
- Cronin, Thomas E. (1989). *The Politics of Initiative, Referendum, and Recall*. Cambridge/London, Harvard University Press.
- Dahrendorf, Ralph (1957). *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart, Ferdinand Enke Verlag.
- Delley, Jean-Daniel (1978). *L'initiative populaire en Suisse. Mythe et réalité de la démocratie directe*. Lausanne, L'Age d'Homme.
- Diamond, Jared (1997). *Guns, Germs, and Steel: The Fates of Human Societies*, W.W. Norton & Company.
- Dinzelbacher, Peter, Hrsg. (1993). *Europäische Mentalitätsgeschichte*. Stuttgart, Kröner.

- Dorling, Daniel (1995). *New Social Atlas of Britain*. London, John Wiley and Sons.
- Dorling, Daniel & David Fairbairn (1997). *Mapping: Ways of Representing the World*. London, Longman.
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York, Harper and Row.
- Downs, Roger M. & David Stea (1982 [1977]). *Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen*. New York, UTB.
- Durkheim, Emile (1997 [1897]). *Der Selbstmord*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Durkheim, Émile (1984 [1925]). Werturteile und Wirklichkeitsurteile. In: K. Lenk, Hrsg. *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main/New York, Campus: 161-169.
- Elias, Norbert (2001 [1939]). *Über den Prozess der Zivilisation III*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Elias, Norbert (2001[1991]). *Symboltheorie*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Elias, Norbert (2002 [1969]). *Die höfische Gesellschaft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Ellis, Richard J. (2002). *Democratic Delusions: The Initiative Process in America*. Lawrence, University Press of Kansas.
- Erikson, Erik H. (2003 [1966]). *Identität und Lebenszyklus*. Frankfurt am Main, Suhrkamp stw.
- Eschet-Schwarz, André (1989). "Political Participation in Swiss Referenda at Federal and Cantonal Levels." *Political Behavior* 11 (3): 255–272.
- Falter, Jürgen W. & Harald Schoen (2005). *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Feld, Lars & Gebhart Kirchgässner (2001). "Income Tax Competition at the State and Local Level in Switzerland." *Regional Science and Urban Economics* 31: 181–213.
- Fest, Jochaim (1991). *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters*. Berlin.
- Fivaz, Jan, Michael Hermann, Heiri Leuthold & Daniel Schwarz (2004). *Das neue Ratsinformationssystem (RIS). Perspektiven bezüglich Transparenz und Öffentlichkeit*. Staatskanzlei des Kantons St. Gallen, St. Gallen
- Flanagan, Scott C. (1979). "Value change and partisan change in Japan: The silent revolution revisited." *Comparative Politics* 11 (3): 253-278.
- Flanagan, Scott C. (1987). "Value change in industrial societies." *American Political Science Review* 81 (4): 1303-1318.
- Flick, Uwe (2000). *Qualitative Sozialforschung*. Hamburg, Rowohlt.
- Fotheringham, Alexander Stewart (2000). "A Bluffer's Guide to «A Solution to the Ecological Inference Problem»." *Annals of the Association of American Geographers* 90: 582–586.
- Fotheringham, Alexander Stewart & David W. S. Wong (1991). "The Modifiable Areal Unit Problem in Multivariate Statistical Analysis." *Environment and Planning A* 23 (7): 1025–1044.
- Franklin, M. N., C. Van Der Eijk & M. Marsh (1995). "Referendum outcomes and trust in government: public support for Europe in the wake of Maastricht." *West European Politics* 18 (1): 101 - 117.

- Freud, Sigmund (1923). *Das Ich und das Es*. Wien.
- Frey, Bruno S. (2001). *Inspiring Economics. Human Motivation in Political Economy*. Cheltenham, Edward Elgar Publishing.
- Frey, Bruno S. & Matthias Benz (2002). Ökonomie und Psychologie: eine Übersicht. In: D. Frey & L. von Rosenstiel, Hrsg. *Enzyklopädie der Wirtschaftspsychologie*. Göttingen, Hogrefe Verlag.
- Fukuyama, Francis (1992). *The End of History and the Last Man*. New York, Free Press.
- Funk, Friedrich Otto (1925). *Die eidgenössischen Volksabstimmungen von 1874 bis 1914*. Bern, Verlag Gustav Grunau.
- Gallagher, Michael & Pier Vincenzo Uleri, Hrsg. (1996). *The Referendum Experience in Europe*. Basingstoke, Macmillan.
- Gehlen, Arnold (1940). *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*. Berlin, Junker und Dünhaupt.
- Geiger, Theodor (1948/49). "Über Soziometrik und ihre Grenzen." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1: 292-302.
- Geiger, Theodor (1949). *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*. Köln/Hagen, Kiepenheuer.
- Geiger, Theodor (1987 [1926]). *Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolutionen*. Stuttgart, Enke.
- Geiger, Theodor (1987 [1932]). *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*. Stuttgart, Enke.
- Geissler, Rainer (1999). Theodor Geiger (1891-1952). In: D. Kaesler, Hrsg. *Klassiker der Soziologie*. München, Verlag C.H. Beck. Band 1: 278-296.
- Giddens, Anthony (1984). *Interpretative Soziologie: eine kritische Einführung*. Frankfurt am Main, Campus.
- Giddens, Anthony (1995 [1984]). *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Giddens, Anthony (1995 [1990]). *Die Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Giddens, Anthony (1996 [1990]). *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Giddens, Anthony (1997 [1994]). *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Giger, Andreas (1976). *Der politische Bürger. Eine sozialpsychologische Analyse politischen Verhaltens im Kanton Schaffhausen*. Zürich, Juris Druck und Verlag.
- Gilg, Peter (1987). "Stabilität und Wandel im Spiegel des regionalen Abstimmungsverhaltens." *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 27: 121-158.
- Gilg, Peter & Ernst Frischknecht (1976). "Regionales Verhalten in eidgenössischen Volksabstimmungen." *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 16: 181-219.
- Giovanoli, Fritz (1932). "Die eidgenössischen Volksabstimmungen 1874-1931." *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 68.
- Girod, Roger & Charles Ricq (1970). "Microsystèmes sociaux et abstentionnisme électoral à Genève." *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 10: 71-90.

- Glazer, Nathan (2002). Zur Entflechtung von Kultur. In: L. Harrison & S. Huntington, Hrsg. *Streit um Werte. Wie Kulturen den Fortschritt prägen*. Leipzig, Europa Verlag.
- Greenacre, Michael J. (1984). *Theory and Applications of Correspondence Analysis*. London, Academic Press.
- Greif, Avner (1994). "Cultural Beliefs and the Organization of Society: A Historical and Theoretical Reflection on Collectivist and Individualist Societies." *Journal of Political Economy* 102 (5): 912-950.
- Gross, Peter (1994). *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Grossmann, Henryk (1970 [1929]). *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*. Frankfurt am Main, Verlag Neue Kritik.
- Gruner, Erich (1987). "Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe." *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 27: 283–313.
- Gruner, Erich & Hans Peter Hertig (1983). *Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Le citoyen et la «nouvelle» politique*. Bern, Haupt.
- Gurr, Ted R. (1973 [1970]). Ursachen und Prozesse politischer Gewalt. In: K. von Beyme, Hrsg. *Empirische Revolutionsforschung*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Hand, David, Mannila Heikki & Padhraic Smyth (2001). *Principles of data mining*. Cambridge, MIT Press.
- Hardmeier, Sibylle (1995). "Die schweizerische Partizipationsforschung im Lichte aktueller theoretischer Zugänge und Debatten im Ausland." *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 21 (1): 131 - 154.
- Harrison, Lawrence & Samuel Huntington, Hrsg. (2000). *Culture matters: how values shape human progress*. New York, Basic Books.
- Hartke, Wolfgang (1956). "Die Sozialbrache als Phänomen der geographischen Differenzierung der Landschaft." *Erdkunde* 10 (4): 257–267.
- Hartke, Wolfgang (1962). Die Bedeutung der geographischen Wissenschaft in der Gegenwart. In: Hrsg. *Tagungsberichte und Abhandlungen des 33. Deutschen Geographentages in Köln 1961*. Wiesbaden: 113–131.
- Haskell, John (2001). *Direct Democracy or Representative Government?* Boulder CO, Westview Press.
- Heberle, Rudolf (1963). *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.
- Heberle, Rudolf (1978). Die Wahlökologie und Wahlgeographie. In: R. König, Hrsg. *Band 12: Wahlverhalten, Vorurteile, Kriminalität*. Stuttgart, Deutscher Taschenbuch Verlag. 12.
- Hechter, Michael (1974). "The Political Economy of Ethnic Change." *American Journal of Sociology* 79 (5): 1151–1178.
- Hepp, Gerd (1994). *Wertewandel*. München/Wien, Oldenbourg.

- Hermann, Michael (1998). Der Weltanschauungsraum. *Geographisches Institut der Universität Zürich*. Zürich. Diplom.
- Hermann, Michael (2004). Zwischenland – Eine mentale Topografie des Obergeraargaus. In: J. V. Obergeraargau, Hrsg. *Jahrbuch des Obergeraargaus 2004*. Langenthal - Herzogenbuchsee, Merkur Druck Ag. 47: 93–100.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2000). *Einsatz von kartographischen Methoden und GIS zur Analyse und Visualisierung mehrdimensionaler Strukturen in den Sozialwissenschaften*. Visualisierung raumbezogener Daten: Methoden und Anwendungen. 3. GeoVisc-Workshop, Münster, Institut für Geoinformatik Münster.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2001a). *Deutsch und Welsch im Raum der Weltanschauungen*. Interdisziplinäres Fachkolloquium. Zwischen Rhein und Rhône – verbunden und doch getrennt., Zürich and Prangins, Forum Helveticum.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2001b). *Die gute Adresse. Divergierende Lebensstile und Weltanschauungen als Determinanten der innerstädtischen Segregation*. 53. Geographentag Leipzig, Leipzig, Deutsche Gesellschaft für Geographie (DGfG).
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2001c). "Weltanschauung und ihre soziale Basis im Spiegel eidgenössischer Volksabstimmungen." *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7 (4): 39 - 63.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2001d). Zwei Gesichter des Röstigrabens. *Neue Zürcher Zeitung*. Zürich.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2002a). *The Consequences of Gentrification und Marginalisation on Political Behaviour*. Upward Neighbourhood Trajectories: Gentrification in a New Century, Glasgow.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2002b). «*Spatialization*» in den Sozialwissenschaften. *Raummetaphern und kartographische Methoden zur Analyse, Interpretation und Visualisierung von statistischer Information*. Statistikkultur und Statistikmarkt. Statistiktage Schweiz 2000, St. Gallen.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2002c). *Urbanität als Faktor in der politischen Landschaft*. Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft 2002, Fribourg.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2003a). *Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich, Vdf Hochschulverlag AG ETH Zürich.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2003b). "Deutsch und Welsch im Raum der Weltanschauungen." *Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte* 60 (1/2): 187–192.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2004). Ein Graben der Werte trennt Stadt und Land. *Tages-Anzeiger*. Zürich.
- Hermann, Michael & Heiri Leuthold (2005). Der doppelte Gegensatz zwischen Stadt und Land. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension einer politischen Konfliktlinie. *NZZ*. Zürich.
- Hertig, Hans Peter (1982). "Sind Abstimmungserfolge käuflich? – elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen." *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 22: 35–57.

- Heussner, Hermann & Otmar Jung, Hrsg. (1999). *Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte – Praxis – Vorschläge*. München, Olzog.
- Heye, Corinna & Heiri Leuthold (2004). *Das Konzept des „sozialgeographischen Raumes“ - Theoriegeleitete Sozialraumanalyse unter den Bedingungen einer individualisierten Gesellschaft. Wohnungsmärkte in Grenzräumen*. Tagung des Arbeitskreises Wohnungsmarktforschung 2004, Zittau.
- Heye, Corinna & Heiri Leuthold, Hrsg. (2004). *Segregation und Umzüge in der Stadt und Agglomeration Zürich*. Zürich.
- Hillmann, Karl-Heinz (1979). Wertezerfall und Wertesynthese: Kennzeichen einer Zivilisation in der Wandlungskrise. In: H. Klages & P. Kmiecik, Hrsg. *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Hillmann, Karl-Heinz, Hrsg. (1994). *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart, Alfred Kröner Verlag.
- Hillmann, Karl-Heinz (2004). *Wertwandel. Ursachen - Tendenzen - Folgen*. Würzburg, Carolus.
- Hitzler, Ronald & Anne Honer, Hrsg. (1997). *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen, Leske und Budrich.
- Hofstede, Geert (1997). *Cultures and Organizations*. New York, McGraw Hill.
- Hofstede, Geert (2001). *Culture's Consequences: Comparing Values, Behaviors, Institutions, and Organizations Across Nations*. Thousand Oaks, Sage Publications.
- Hradil, Stefan (1995). *Die "Single Gesellschaft"*. München, C. H. Beck.
- Hradil, Stefan (2002). Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In: W. Glazer, R. Habich & K. U. Mayer, Hrsg. *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen, Leske und Budrich. Festschrift für Wolfgang Zapf.
- Hug, Simon (1994). La cohésion des parties fédérales dans la phase référendaire. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 85–112.
- Hug, Simon (1994). Les coalitions référendaires. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 57–84.
- Hug, Simon (1994). Mobilisation et loyauté au sein de l'électorat. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 161–202.
- Hug, Simon (1997). "Integration Through Referendums." *Aussenwirtschaft* 52: 287–310.
- Huntington, Samuel P. (1993). "The Clash of Civilizations." *Foreign affairs* 72 (3): 21–49.
- Huntington, Samuel P. (1995). *The Clash of Civilizations and Remaking the World Order*, Simon and Schuster.
- Huntington, Samuel P. (1997). *Kampf der Kulturen. die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. Hamburg, Europa-Verlag.
- Hümbelin, Peter (1948). *Eidgenössische Volksabstimmungen im Lichte der Statistik*. Basel, Dissertation.

- Imboden, Max (1963). Die Volksbefragung in der Schweiz. In: G. A. Ritter & G. Ziebur, Hrsg. *Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag*. Berlin, de Gruyter.
- Inglehart, Ronald (1971). "The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies." *American Political Science Review* 65 (4): 991 - 1017.
- Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Policies*. Princeton, Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1997). *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*. Princeton, Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (2000). Culture and Democracy. In: L. Harrison & H. S. P., Hrsg. *Culture Matters: How Values Shape Human Progress*. New York, Basic Book.
- Inglehart, Ronald (2002). Kultur und Demokratie. In: H. L. & H. S., Hrsg. *Streit um Werte*. Hamburg, Europa Verlag.
- Inglehart, Ronald & Roland Welzel (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Joye, Dominique (1987). *Structure politique et structure sociale: analyse écologique des votations suisses 1920–1980*. Grenoble.
- Kagan, Robert (2003). *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin, Siedler.
- Kant, Immanuel (1985 [1787]). *Kritik der reinen Vernunft*. Stuttgart.
- Kaufmann, Bruno & Waters Dane M. (2004). *Direct Democracy in Europe*. Durham NC, Carolina Academic Press.
- King, Gary (1997). *A solution to the Problem of Ecological Inference*. Princeton, Princeton University Press.
- King, Gary (2000). "Geography, Statistics and Ecological Inference." *Annals of the Association of American Geographers* 90 (601–606).
- Kirchgässner, Gebhart (2002). "Auswirkungen der direkten Demokratie auf die öffentlichen Finanzen: empirische Ergebnisse für die Schweiz." *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 138: 411–426.
- Kirchgässner, Gebhart, Lars Feld & Marcel Savioz (1999). *Die direkte Demokratie: modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. Basel, Helbing und Licherhahn.
- Kirchgässner, Gebhart & Werner W. Pommerehne (1978). "Gemeindegrösse und Stimmbeteiligung: Ein einfaches Regressionsmodell." *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 4 (2): 361–376.
- Kirchgässner, Gebhart & Tobias Schulz (2005). "Was treibt die Stimmbürger an die Urne? Eine empirische Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz, 1981-1999." *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11 (1): 1–56.
- Kitschelt, Herbert (1994). *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge, Cambridge University Press.

- Kitschelt, Herbert (1995). *The New Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor, University of Michigan Press.
- Kitschelt, Herbert (1999). European social democracy between political economy and electoral competition. In: H. Kitschelt, P. Lange, G. Marks & J. D. Stephens, Hrsg. *Continuity and change in contemporary capitalism*. Cambridge, Cambridge University Press: 317-345.
- Klages, Helmut (1984). *Wertorientierung im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalys, Prognosen*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Klages, Helmut (1988). *Wertedynamik: Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen*. Zürich, Edition Interform.
- Klages, Helmut & Willi Herbert (1983). *Wertorientierung und Staatsbezug*. Frankfurt am Main/New York, Campus Forschung.
- Klages, Helmut & Peter Kmiecik, Hrsg. (1979). *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Klemperer, Victor (1975 [1947]). *LTI (Lingua Tertii Imperii). Notizbuch eines Philologen*. Leipzig, Reclam Verlag.
- Kobach, Kris (1997). "Spurn thy Neighbour: Direct Democracy and Swiss Isolationism." *West European Politics* 20 (3): 185–211.
- Kobi, Silvia (2000). *Des citoyens suisses contre l'élite politique. Le cas des votations fédérales 1979–1995*. Paris, L'Harmattan.
- Kohonen, Teuvo (1995). *Self-Organizing Maps*. Berlin, Springer.
- Kriesi, Hanspeter (1992). "Bürgerkompetenz und direkte Demokratie. Die Schweizer StimmbürgerInnen, Stimmbeteiligung und Wahlentscheidung nach neuen VOX-Umfragen." *Widerspruch* 24: 92–100.
- Kriesi, Hanspeter (1994). Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit. In: F. Neidhardt, Hrsg. *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*. Opladen, Westdeutscher Verlag: 234–260.
- Kriesi, Hanspeter (1995). *Le système politique Suisse*. Paris, Economica.
- Kriesi, Hanspeter, Romain Lachat, Peter Selb, Simon Bornschiefer & Marc Helbling (2005). *Der Aufstieg der SVP - Acht Kantone im Vergleich*. Zürich, NZZ Verlag.
- Kriesi, Hanspeter, Boris Wernli, Pascal Sciarini & Matteo Gianni (1996). *Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse*. Bern, Bundesamt für Statistik.
- Kruskal, Joseph B.
Wish, Miron (1981). *Multidimensional Scaling*. Beverly Hills; London, Sage Publications.
- Küppers, Günter, Hrsg. (1996). *Chaos und Ordnung. Formen der Selbstorganisation in Natur und Gesellschaft*. Stuttgart, Reclam.
- Ladner, Andreas (2004). *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

- Ladner, Andreas & Michael Brändle (2001). *Die Schweizer Parteien im Wandel: von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen*. Zürich, Seismo.
- Lamnek, Siegfried (1995). *Qualitative Sozialforschung. Band 1: Methodologie*. Weinheim, Beltz Psychologie Verlags Union.
- Laszarsfeld, Paul F., Bernard R. Berelson & Hazel Gaudet (1968 [1944]). *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York, Columbia University Press.
- Laszarsfeld, Paul, Bernhad Berelson & Hazel Gaudet (1944). *The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. New York, Duell, Sloan & Pearce.
- Lenk, Hans (1986). *Zwischen Wissenschaftstheorie und Sozialwissenschaft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Lenk, Kurt, Hrsg. (1984). *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Lenk, Kurt (1989). *Deutscher Konservatismus*. Frankfurt am Main/New York, Campus.
- Leuthold, Heiri (1999). Die gute Adresse. innerstädtische Wohnstandortverteilung in Zürich als Produkt sozial differenzierter Klassifikation. *Geographisches Institut der Universität Zürich*. Zürich. Diplomarbeit.
- Leuthold, Heiri, Michael Hermann & Sara Irina Fabrikant (2006). "The Potential of Spatialization for Social Science – Experiences from a Study of Swiss Political Geography." *Environement and Planning B* (Special Issue "Mapping Humanity's Knowledge annd Expertise in the Digital Domain").
- Linder, Wolf (1990). Die Zukunft der Demokratie. In: Hrsg. *Aufbruch aus der Verspätung*. Zürich, Stiftung für Geisteswissenschaften.
- Linder, Wolf (1999). *Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven*. Bern, Verlag Paul Haupt.
- Linder, Wolf (2002). Politische Kultur. In: U. Klöti, P. Knoepfel, H. Kriesi, W. Linder & Y. Papadopoulos, Hrsg. *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung: 15 - 34.
- Linder, Wolf, Claude Longchamp & Stämpfli Regula (1991). *Politische Kultur der Schweiz im Wandel: am Beispiel des selektiven Urnengangs*. Schweizerischer Nationalfonds, Basel
- Linder, Wolf, Hans Riedwyl & Jürg Steiner (2000). "Konkordanztheorie und Abstimmungsdaten: eine explorative Aggregatsanalyse auf Bezirksebene." *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6 (2): 27–56.
- Linder, Wolf, Adrian Vatter & Peter Farago (1997). "Determinanten politischer Kultur am Beispiel des Schwyzer Stimmverhaltens." *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3 (1): 31–64.
- Lipset, Seymour Martin & Stein Rokkan (1967). Cleavage structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: S. M. Lipset & S. Rokkan, Hrsg. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, Free Press: 1–63.

- Longchamp, Claude (1991). "Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit: zu den Möglichkeiten und Grenzen des politischen Marketings bei Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz." *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 31 (303–326).
- Lorenz, Konrad (1941). "Kants Lehre vom Apriorischen im Lichte gegenwärtiger Biologie." *Blätter für deutsche Philosophie* 15: 94 – 125.
- Lucassen, Jan & Leo Lucassen, Hrsg. (1997). *Migration, Migration History, History: Old Paradigms and New Perspectives*. Frankfurt am Main, Peter Lang.
- Mannheim, Karl (1995 [1929]). *Ideologie und Utopie*. Frankfurt am Main, Klostermann.
- Marquis, Lionel (1997). *Politique extérieure et démocratie directe: effets du consensus et du conflit sur la formation des attitudes en matière de politique extérieure Suisse*. Université de Genève, Genève
- Marquis, Lionel & Pascal Sciarini (1999). "Opinion Formation in Foreign Policy: The Swiss Experience." *Electoral Studies* 18 (4): 453–471.
- Marx, Karl & Friedrich Engels (1969 [1846]). Die deutsche Ideologie. In: Hrsg. *Marx-Engels-Werke*. Berlin (DDR), Dietz Verlag. 3.
- Maslow, Abraham H. (1943). "A Theory of Human Motivation." *Psychological Review* 50: 370-396.
- Maslow, Abraham H. (2005 [1954]). *Motivation und Persönlichkeit*. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt.
- McCrae, Robert R. & Paul T. Costa (1997). "Personality trait structure as a human universal." *American Psychologist* 52 (5): 509-516.
- McKenzie, Roderick. D. (1924). "The Ecological Approach to the Study of the Human Community." *American Journal of Sociology* 30: 287-301.
- Mead, George Herbert (1934). *Mind, Self and Society from the Standpoint of a Social Behaviorist*. Chicago, University of Chicago Press.
- Merton, Robert K. (1936). "The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action." *American Sociological Review* 1 (6): 894-904.
- Merton, Robert K. (1957). *Social Theory and Social Structure, Enlarged Edition*, Free Press.
- Metzger, Wolfgang (1953). *Gesetze des Sehens*. Frankfurt am Main.
- Mitbo, Tor & Hines Kjell (1988). "The Referendum-Election Nexus: An Aggregate Analysis of Norwegian Voting Behavior." *Electoral Studies* 17 (1): 77 - 94.
- Moeckli, Silvano (1994). *Direkte Demokratie. Ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Lichtenstein und Australien*. Bern und Stuttgart.
- Monsch, Martin (1973). *Die geographische Verteilung der Abstimmungsergebnisse im Kanton Zürich (1959–1967)*. Zürich, Dissertation.
- Mottier, Véronique (1993). La structuration sociale de la participation aux votations fédérales. In: H. Kriesi, Hrsg. *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich, Seismo: 123–144.

- Mottier, Véronique (1995). "Citizenship and Gender Division in Swiss Direct Democracy: from Structures to Political Action." *West European Politics* 18 (1): 161–172.
- Muralt-Müller, Hanna, Andreas Auer & Thomas Koller (2002). *E-voting. Actes de colloque Journées d'Informatique Juridique 2000*. Bern, Stämpfli.
- Müller-Jentsch, Walther (2003). *Organisationssoziologie - Eine Einführung*. Frankfurt am Main, Campus.
- Münch, Richard (1999). Talcott Parsons (1902-1979). In: D. Kaesler, Hrsg. *Klassiker der Soziologie*. München, Verlag C.H. Beck. Band 2: 24-50.
- Nef, Rolf (1979). *Bundesabstimmungen 1950–1977. Eine Untersuchung über politische, gesellschaftliche und kulturelle Verhaltensmuster*. Zürich
- Nef, Rolf (1980). "Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten. Zur interregionalen Variation von politischen Präferenzen in der Schweiz 1950–1977." *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 6 (1): 155–190.
- Nef, Rolf (1981). *Determinanten der Zustimmung zur eidgenössischen Atominitiative auf Bezirks- und Gemeindenniveau*. Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich
- Nef, Rolf (1985). *Das letzte Aufgebot der Patriarchen? Eine statistische Analyse der Bundesabstimmungen «Eherecht», «Gleiche Rechte für Mann und Frau» sowie «Frauenstimmrecht» auf der Basis von 1655 Gemeinden*. Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich
- Nef, Rolf (1985). *Gescheiterter Kreuzzug gegen die Moderne? Eine statistische Analyse der Bundesabstimmungen «Recht auf Leben» und «Fristenlösung» auf der Basis von 1655 Gemeinden*. Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich
- Nef, Rolf (1988). *Wahl und Plebiszit – politische Kultur zwischen Beharrung und Anpassung*. Soziologischen Instituts der Universität Zürich, Zürich
- O'Loughlin, John (2000). "Can King's Ecological Inference Method Answer a Social Scientific Puzzle: Who Voted for the Nazi Party in Weimar Germany?" *Annals of the Association of American Geographers* 90 (592–601).
- Openshaw, Stan (1977). "A geographical study of scale and aggregation problems in region-building, partitioning and spatial modelling." *Transactions of the Institute of British Geographers* 2: 459–72.
- Openshaw, Stan (1984). *The Modifiable Areal Unit Problem*. Norwich, Geo Books.
- Ossipow, Wiliam & Jean Papadopoulos (1982). *Recueil des prises de position de dix-neuf partis politiques et groupes lors des votations populaires fédérales 1970-1979*. Genève, Université de Genève.
- Papadopoulos, Yannis (1994). Conflit et consensus dans le système de parties et de la société. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 203–244.
- Papadopoulos, Yannis, Hrsg. (1994). *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales.

- Papadopoulos, Yannis (1994). Les votations fédérales comme indicateur de soutien aux autorités. In: Y. Papadopoulos, Hrsg. *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne, Réalités sociales: 113–160.
- Papadopoulos, Yannis (1998). *Démocratie directe*. Paris, Economica.
- Pappi, Franz Urban (1970). *Wahlverhalten und politische Kultur. Eine soziologische Analyse der politischen Kultur in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Stadt-Land-Unterschieden*. Meinsheim am Glan, Verlag Anton Heim.
- Park, Robert E. & Ernest W. Burgess (1921). *Introduction to the Science of Sociology*. Chicago, The University of Chicago Press.
- Park, Robert Ezra (1974 [1925]). Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung. In: P. Atteslander & B. Hamm, Hrsg. *Materialien zur Siedlungssoziologie*. Köln: 90–100.
- Parsons, Talcott (1951). *The Social System*. London, Routledge and Kegan Paul Ltd.
- Parsons, Talcott (1994 [1939]). *Aktor, Situation und normative Muster*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Parsons, Talcott (1996 [1971]). *Das System moderner Gesellschaften*. München, Juventa.
- Passy, Florence (1993). Compétence et décision politique. In: H. Kriesi, Hrsg. *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich, Seismo.
- Patterson, Orlando (2000). Taking Culture Seriously: A Framework and an Afro-American Illustration. In: L. Harrison & S. Huntington, Hrsg. *Culture matters: how values shape human progress*. New York, Basic Books.
- Pongs, Armin (Hrsg) (1999). *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich. Band 1*. München, Dilemma Verlag.
- Pongs, Armin (Hrsg) (2000). *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich. Band 2*. München, Dilemma Verlag.
- Putnam, Robert D. (1993). *Making Democracy Work. Civic traditions in modern Italy*. Princeton, Princeton University Press.
- Reichardt, Robert (1979). Wertstrukturen im Gesellschaftssystem – Möglichkeiten makrosoziologischer Analysen und Vergleiche. In: H. Klages & P. Kmiecik, Hrsg. *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt am Main/New York, Campus: 23-40.
- Robbins, Lionel C. (1932). *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*. London, Macmillan.
- Rohe, Karl (1982). Zur Typologie politischer Kulturen in westlichen Demokratien. Überlegungen am Beispiel Grossbritanniens und Deutschlands. In: H. Dollinger, H. Gründer & A. Hanschmidt, Hrsg. *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982*. Münster, Aschendorffsche Buchdruckerei.
- Rokeach, Milton (1973). *The Nature of Human Values*. New York, The Free Press.
- Rokkan, Stein (1970). *Citizens, Elections, Parties*. Oslo, Universitetsforlaget.

- Rouiller, Sebastien, Jan Fivaz, Schwarz Daniel & Albert Waajenberg (2004). *Der Einsatz der Online_Wahlhilfe smartvote bei den kantonalen Wahlen in St Gallen*. politools, Bern
- Sager, Fritz, Vincent Kaufmann & Dominique Joye (1999). "Die Koordination von Raumplanung und Verkehrspolitik in urbanen Räumen der Schweiz: Determinanten der politischen Geographie, der politischen Kultur oder der institutionellen Struktur?" *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 5 (3): 25-55.
- Sardi, Massimo & Eric Widmer (1993). L'orientation du vote. In: H. Kriesi, Hrsg. *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich, Seismo: 191–212.
- Schelling, Thomas C. (1971). "Dynamic Models of Segregation." *Journal of Mathematical Sociology* 1 (2): 143-186.
- Schelling, Thomas C. (1978). *Micromotives and Macrobehavior*. New York, W.W. Norton.
- Scheuch, Erwin K. (1973). Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten. In: R. König, Hrsg. *Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 1: Geschichte und Grundprobleme*. Stuttgart, Deutscher Taschenbuch Verlag: 161–273.
- Schiller, Theo, Hrsg. (2002). *Direkte Demokratie: Forschung und Perspektiven*. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst (1977 [1838]). *Hermeneutik und Kritik*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Schneider, Marie-Luise (2003). Zur Rationalität von Volksabstimmungen im Gentechnikkonflikt im direktdemokratischen Verfahren. Wiesbaden, Universität Duisburg. Dissertation.
- Schneider, Norbert (1998). *Erkenntnistheorie im 20. Jahrhundert: Klassische Positionen*. Stuttgart, Reclam.
- Schulz, Tobias (2002). Wie 'rational' sind Volksentscheide: eine empirische Untersuchung des Einflusses von Framing-Effekten auf Volksabstimmungen zur Umweltpolitik in Kalifornien und in der Schweiz. *Universität St. Gallen*. St. Gallen, Universität St. Gallen. Dissertation.
- Schwartz, Barry (1981). *Vertical Classification: A Study in Structuralism in the Sociology of Knowledge*. Chicago, University of Chicago Press.
- Schönbein, A (1933). *Alters- und Hinterlassenen-Versicherung. Eidgenössische Volksabstimmungen 1925 und 1931*.
- Sciarini, Pascal & Alexandre Trechsel (1996). "La démocratie directe en Suisse: l'élite politique prisonnière des droits populaires?" *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft – Sonderheft Staatsreform* 2 (2): 201 – 232.
- Scott, Allen J., Hrsg. (2001). *Global City-Regions – Trends, Theory, Policy*. Oxford, Blackwell.
- Seitz, Werner (1996). *Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten. Begriffsgeschichte und Methodenkritik*. Zürich, Realtopia Verlagsgenossenschaft.
- Siegfried, André (1913). *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*. Paris, Armand Colin.

- Siegfried, André (1949). *Géographie électorale d l'Ardèche sous la IIIe République*. Paris, Armand Colin.
- Sigg, Oswald (1978). *Die eidgenössischen Volksinitiativen 1892–1939*. Bern, Francke Verlag.
- Simmel, Georg (1900). *Philosophie des Geldes*. Berlin, Duncker & Humblot Verlag.
- Skupin, Andre & Sara Irina Fabrikant (2003). "Spatialization Methods: A Cartographic Research Agenda for Non-Geographic Information Visualization." *Cartography and Geographic Information Science* 30 (2): 95–119.
- Smith, Adam (2006 [1776]). *Der Wohlstand der Nationen: eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. München, FinanzBuch.
- Smith, G. (1976). "The functional properties of the referendum." *European Journal of Political Research* 4 (1): 1 - 23.
- Spencer, Herbert (1960). "The Social Organism." *The Westminster Review for January*.
- Stern, Fritz (2005 [1961]). *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Stuttgart, Klett-Cotta.
- Stigler, George J. & Gary S. Becker (1977). "De Gustibus Non Est Disputandum." *American Economic Review* 67 (March): 76-90.
- Stolz, Peter (1972). "Wählereinfluss und Wählerverhalten in ökonomischer Sicht. Ein Vergleich zwischen der schweizerischen Referendumsdemokratie und der parlamentarischen Demokratie." *Wirtschaft und Recht* 24: 58–68.
- Strauss, Anselm (1994). *Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. München, Wilherlm Fink Verlag.
- Stroebe, Wolfgang, Klaus Jonas & Miles Hewstone, Hrsg. (2002). *Sozialpsychologie: Eine Einführung*. Berlin, Springer.
- Swayne, Debora F., Diane Cook & Andres Buja (1998). "X-Gobi: Interactive Dynamic Data Visualization in the X-Window System." *Journal of Computational and Graphical Statistics* 7 (1): 113–130.
- Sweetser, F. L. (1965). "Factorial Ecology." *Demography* 1: 372–386.
- Taylor, Peter J. & Ronald D. Johnston (1979). *The Geography of Elections*. London, Penguin.
- Trechsel, Alexandre (2002). Volksabstimmungen. In: U. Klöti, P. Knoepfel, H. Kriesi, W. Linder & Y. Papadopoulos, Hrsg. *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich, Verlag NZZ.
- Trechsel, Alexandre & Fernando Mendez, Hrsg. (2004). *The European Union and E-voting. Addressing the European Parliament's internet oting challange*. London, Routledge.
- Trechsel, Alexandre & Pascal Sciarini (1998). "Direct democracy in Switzerland: Do elites matter?" *European Journal of Political Research* 33 (1): 99–123.
- Troitzsch, Klaus G. (1996). Individuelle Einstellungen und kollektives Verhalten. In: Hrsg. *Chaos und Ordnung. Formen der Selbstorganisation in Natur und Gesellschaft*. Stuttgart, Reclam.
- Tufte, Edward R. (2001). *The Visual Display of Quantitative Information*. Cheshire, Graphics Press.
- Turner, Jonathan H., Leonard Beeghley & Charles H Powers (2002). *The emergence of sociological theory*. Belmont, Wadsworth Thomson Learning.

- Vatter, Adrian (1994). "Der EWR-Entscheid: Kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext. Eine theoriegeleitete Abstimmungsanalyse anhand von Aggregat- und Individualdaten." *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 20 (1): 15–42.
- Vatter, Adrian & Ruth Nabholz (1995). "Der Stimmbürger als Homo Oeconomicus? Ein empirischer Theorietest bei kantonalen Kreditvorlagen aus der Schweiz." *Politische Vierteljahresschrift* 36 (3): 484–501.
- Vester, Michael, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann & Dagmar Müller (2001). *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt a. Main, Suhrkamp.
- Walter, Franz (2003). "Der Wandel des Wertewandels kommt bestimmt." *Berliner Republik* (5).
- Wartburg, André von (2004). Politische Landschaft der Schweiz. Dynamische Analyse und Visualisierung. *Geographisches Institut*. Zürich, Universität Zürich. Diplomarbeit.
- Weber, Max (1963). Das Verhalten der Stimmberechtigten gegenüber Finanzproblemen im Schweizerischen Bundesstaat. In: Hrsg. *Kultur und Wirtschaft. Festschrift für Eugen Böhler*. Zürich: 87 ff.
- Weber, Max (1972 [1922]). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen, J.C.B. Mohr.
- Weber, Max (1996 [1904/05]). *Die protestantische Ethik und der «Geist» des Kapitalismus*. Weinheim, Beltz Athenäum Verlag.
- Wehling, Hans-Georg, Hrsg. (1985). *Regionale politische Kultur*. Stuttgart, Verlag W. Kohlhammer.
- Werder, Hans (1978). *Die Bedeutung der Volksinitiative in der Nachkriegszeit*. Bern, A. Francke Verlag.
- Winkler, Jürgen R. (2003). "Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa." *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26.
- Witt, Werner (1979). *Lexikon der Kartographie*. Wien, Deuticke.
- Überla, Karl (1971). *Faktorenanalyse. Eine systematische Einführung für Psychologen, Mediziner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg, Springer.

